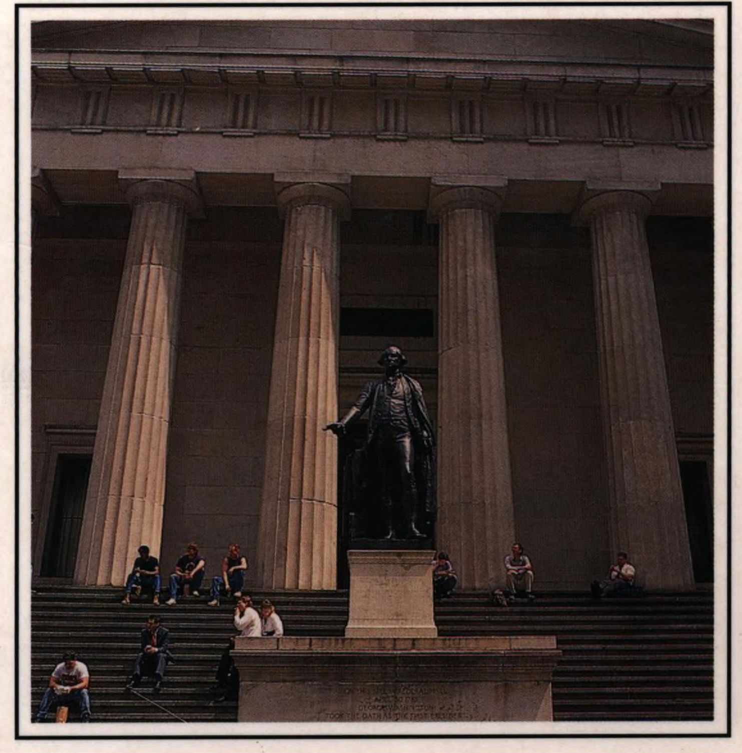
Paul Findley

Die Israel Lobby



Hinter den Kulissen der amerikanischen Politik

Paul Findley

DIE ISRAEL-LOBBY

Hinter den Kulissen der amerikanischen Politik

Aus dem Amerikanischen übersetzt
von Sigrun Augstein

„Wenn das amerikanische Volk wüßte, wie diese Leute unsere Regierung im Griff haben, würde es einen bewaffneten Aufstand geben. . ." Mit diesen Worten umreißt der ehemalige Stabschef der vereinigten amerikanischen Streitkräfte, Admiral Moorer, jene Machenschaften, die der langjährige US-Kongreßabgeordnete Paul Findley in seinem jetzt in deutscher Ausgabe erscheinenden Buch anprangert.

Als Kongreßabgeordneter der Republikaner konnte Findley nach 22jähriger Tätigkeit in Washington nicht mehr länger schweigen. Zum Wohle seines Landes und zur Erhaltung des Friedens wollte er nach umfangreichen Recherchen endlich kundtun, was sich im geheimen hinter den Kulissen des Weißen Hauses abspielt. Kein Wunder, wenn Paul Findley wegen seines Buches als „Israels Staatsfeind Nr. 1" gebrandmarkt wurde. Mittlerweile hat die von Findley seit jeher erhobene Forderung „Frieden gegen Land" auch seine ehemaligen Widersacher wie den US-Präsidenten George Bush zur Einsicht bewegt.

Findleys sorgenvolle Visionen von ehedem, die er in seinem Buch mit Insider-Informationen aus amerikanischen Regierungskreisen untermauert, werden angesichts der explosiven Entwicklung im Nahen Osten auch von mutigen Publizisten wie Rudolf Augstein nachempfunden, der in einem SPIEGEL-Kommentar die verzweifelte Frage stellte: „Ist Israel noch zu retten?"

Wer als kritischer Beobachter wissen will, welche Mächte hinter den Kulissen der US-Politik agieren, dem bietet Findleys amerikanischer Bestseller wertvollste Erkenntnisse.



Gewidmet unseren Enkelkindern Andrew, Cameron, Henry und Elisabeth – und allen Enkelkindern in Deutschland – mögen sie immer ohne Furcht offen reden können.

Paul Findley

Die Israel Lobby

Hinter den Kulissen der amerikanischen Politik

Verlagsgemeinschaft Berg

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel:
They dare to speak out: People and Institutions confront Israel's Lobby

First published in the United States by
Lawrence Hill Books, Brooklyn, New York

1. Auflage 1992

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Sigrun Augstein

Schutzumschlag: Graphic Design Georg Schmidt, Haag, unter Verwendung eines Fotos von Thomas K. Müller, La Gomera

Satz: VGB, Berg

Druck und Bindung: Ebner Ulm

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Wenn ich Deutscher wäre, wäre ich zutiefst beunruhigt über die im Nahen Osten herrschende Gefahr eines Krieges und würde alles in Bewegung setzen, ihn zu vermeiden. In meinen Augen müßte diese Gefahr alle anderen politischen Themen an den Rand drängen. Die Herausforderungen, die eine deutsche und europäische Einigung mit sich bringt, Umwelt, Wirtschaft – es gibt Grund genug, Angst zu haben vor einem neuen arabisch-israelischen Krieg.

Ich bin natürlich kein Deutscher. Und die Erfahrungen, die ich in Deutschland gesammelt habe, beschränken sich auf eine Reihe parlamentarischer Sitzungen, an denen ich vor einem Jahrzehnt als amerikanischer Kongreßabgeordneter teilgenommen habe. Obgleich meine Besuche nur kurz und sporadisch waren, haben sie mir geholfen, diese Art von Unsicherheit zu verstehen, die das deutsche Volk während eines Großteils seiner Geschichte empfunden hat.

Auch heute hat Deutschland Grund, sich nicht sicher zu fühlen. Die Gefahr lauert nicht an den Grenzen und sie geht auch nicht, wie so häufig in den vergangenen Zeiten, von Rußland aus. Die Gefahr heute liegt im Nahen Osten.

Dieses Gebiet ist eine tickende Zeitbombe, die nicht nur Leben und Sicherheit von Millionen Juden und Arabern in der Region selbst bedroht, sondern ebenso das Wohlergehen der ganzen Welt. Die Deutschen, überhaupt die Europäer, sind ja nur einen Schuß entfernt vom israelisch-palästinensischen Konflikt, bei dem es von tiefsitzenden, heftigen Feindseligkeiten, die schnell zu einem häßlichen und weit um sich greifenden Krieg ausarten können, nur so wimmelt.

Die Alarmglocke, von der der Dichter John Donne spricht, läutet für uns alle. Falls es zu einem Krieg käme, würden die Vereinigten Staaten unweigerlich und schnell an die Seite Israels gerufen, – ein Schritt, der Deutschland und andere Großmächte vor qualvolle Entscheidungen, neu aufbrechende Krisen und enorme Kosten stellen würde.

Es wäre unklug, wenn das deutsche Volk sich weiterhin mit einer Zuschauerrolle begnügen und es der Regierung der Vereinigten Staaten überlassen würde, sich der Probleme anzuneh-

men und diplomatische Beziehungen zu unterhalten. Der Einsatz, den Deutschland zu einer gerechten Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts erbringen kann, ist vergleichsweise sogar größer als der der Vereinigten Staaten. Als wirtschaftliche und politische Führungsmacht in Europa kann das neugebildete Deutschland durchaus grundlegenden Einfluß nehmen auf die Politik der Amerikaner und der Europäischen Gemeinschaft sowie der in die Auseinandersetzungen verwickelten Staaten des Nahen Ostens. Das deutsche Volk ist aufgerufen, unter Einbringung aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Vorteile die Rolle eines Friedensstifters zu übernehmen.

Aber um dieser Herausforderung gerecht werden zu können, müssen die Deutschen erst einmal begreifen, gegen welche Kräfte sie dabei anzutreten haben. Insbesondere müssen sie die äußerst wirkungsvollen Techniken, Fertigkeiten und Leistungen Israels auf dem Gebiet des politischen Lobbyismus durchschauen.

Unter diesem Aspekt ist die Lektüre dieses Buches ein absolutes Muß. Es gibt kein anderes Buch, in dem erklärt wird, wie die Israel-Lobby – die tatsächlich nur aus einer relativ kleinen Gruppe von Amerikanern besteht – es zuwegebringt, die einzige Supermacht der Welt wirkungsvoll unter Kontrolle zu halten. Ich habe in diesem Band meine in 22 Jahren als Kongreßabgeordneter gewonnene Kenntnis und Erfahrung zu einem Insider-Bericht verarbeitet. Ich zeige auf, mit welchen Mitteln es der Lobby gelingt, den Kongreß und andere Machtzentren der Regierung einzuschüchtern, die Nahost-Politik der Vereinigten Staaten zu beherrschen, Druck aus dem Weißen Haus abzuwehren, ein ständiges Anwachsen der Zuwendungen aus dem amerikanischen Staatshaushalt zu sichern und die Haltung der Vereinigten Staaten im arabisch-israelischen Konflikt auf die eigenen Ziele hinzulenken.

Es verwundert kaum, daß nur wenige Deutsche im Moment darüber Bescheid wissen, was die amerikanische Israel-Lobby macht und wie sie vorgeht. Sogar jetzt noch sind die meisten Amerikaner darüber nicht informiert. Die Lobby arbeitet leise im Verborgenen, sie erstickt fast jedes kritische Wort, das im Weissen Haus gegenüber Israel geäußert wird und tilgt auch aus den Medien die negativsten Israel-Berichte. Wer immer von dieser Israel-Lobby weiß, hält die Information jedoch gegenüber seinen Mitbürgern tunlichst zurück, um seinen Job nicht zu ris-

kieren oder sich nicht der Beschuldigung, Antisemit zu sein, auszusetzen.

Dieses Zusammenspiel von Einschüchterung und Unwissenheit bildet die Basis, auf der die Lobby gedeiht. Ihre Drahtzieher meiden das Licht der Öffentlichkeit dermaßen erfolgreich, daß selbst alte Kämpfer der Washingtoner Scene sich ihrer Methoden und Auswirkungen nicht bewußt werden. So haben zum Beispiel die Enthüllungen in meinem Maunskript Donald Neff, einen Journalisten und Historiker, der über Jahre mit dem Nahen Osten und der Politik Washingtons befasst war, völlig umgeworfen.

Als ich mich der mühevollen und delikaten Aufgabe unterzog, für dieses Buch zu recherchieren, hatte ich die weitverzweigte und wirkungsvolle Umklammerung durch die Lobby aus meinem Bewußtsein verdrängt, obwohl ich 22 Jahre im Kongreß hinter mir hatte und in meinen letzten drei Jahren dort zum „Feind Nr. 1" erklärt worden war.

Mein eigener Lernprozeß begann, als ich nicht mehr Kongreßmitglied war. Während der etwas lahmen Kongreßperiode, die meiner Wahlniederlage im November 1982 folgte, rief mich ein Interessensvertreter, den ich seit Jahren gekannt und bewundert hatte, an und drängte mich, ich solle ein Buch schreiben über das Schicksal einiger Prominenter, die der Lobby entgegengetreten waren.

Dieser Anruf brachte mich auf eine faszinierende Spur, der nachzugehen mir in den darauffolgenden zwei Jahren den größten Teil meiner Zeit und Kraft kostete. Ich fand auf diesem von mir eingeschlagenen Weg große Unterstützung bei einer Vielzahl von Menschen und jede Menge Enttäuschungen bei anderen. Einerseits erstaunte mich die großartige und vielfältige Bereitwilligkeit, mit mir zusammenzuarbeiten, denn niemand weigerte sich, sich von mir befragen zu lassen, auch wenn viele darauf bestanden, anonym zu bleiben. Daß ich andererseits aber auch häufig enttäuscht werden würde, hatte ich erwartet.

Von den fünf Menschen, die am meisten zur Zusammenstellung des Manuskripts beigetragen haben, kann ich hier nur einen nennen: Robert W. Wichser, der ein guter Freund von mir und 14 Jahre lang Leiter meiner Kongreßabgeordnetengruppe war, – er ist 1985 bei der Hochwasserkatastrophe ums Leben gekommen. Die anderen vier, die zwar von diesem Buch begeistert sind und die Überzeugung vertreten, daß mit ihm ein lange

fällige Lücke geschlossen würde, baten mich, ihre Namen an dieser Stelle nicht zu nennen.

Da sie um die bösartige Macht der Lobby wissen, waren sie sich einig, daß sie mit der Erwähnung ihrer Namen ihre weiteren Laufbahnen aufs Spiel setzen würden. Einer von ihnen drückte es ganz lakonisch so aus: „Ihnen zu helfen, ist für mich eine große Chance. Aber wenn herauskommt, daß ich es getan habe, stehe ich auf der Straße."

Viele der hier veröffentlichten Fakten sind mir von Regierungsbeamten übermittelt worden, die zwar die amerikanische Öffentlichkeit über die Machenschaften der Lobby aufklären, jedoch, um die eigenen Positionen nicht zu gefährden, nicht namentlich genannt werden wollen. Es wird sie freuen zu hören, daß ihre Auskünfte nun dazu beitragen, daß man auch in Deutschland Einsicht in die Zusammenhänge gewinnt.

Großer Dank gebührt meiner Frau Lucille, die sich mitunter als „Textverarbeitungswitwe" bezeichnet hat, ohne sich tatsächlich darüber zu beklagen. Sie hat sogar angeboten, nötigenfalls von Wasser und Brot zu leben, wenn es der Fertigstellung dieses Buches dienlich wäre. Seither hat sie sechs Jahre der Nachwehen über dieses Buch ausgehalten – eine Unzahl an Vorträgen, über 100 Fernseh- und Funkauftritte in den Vereinigten Staaten und im Ausland, sowie Tausende von Telefongesprächen. Über 1.000 Leserbriefe haben mich erreicht, von Menschen, die wissen wollten, was sie dazu beitragen könnten, um den von der Israel-Lobby verursachten Schaden wieder zu beheben.

Am nervtötendsten erwies sich die Suche nach einem Verleger. Der New Yorker Literaturagent Alexander Wylie lehnte es rundheraus ab, mich zu vertreten, weil er ganz klar voraussah, daß kein größerer amerikanischer Verlag das Maunskript annehmen würde. Bruce Lee von William Morrow & Company fand mein Maunskript zwar „hervorragend", aber seine Firma erwartete dadurch „Ärger in- und außerhalb des Hauses". Genauso entschieden 22 andere größere Verlage.

Als im Juli 1984 mehr als zwei Drittel des Manuskripts abgeschlossen waren, erklärte sich der alte Hase Lawrence Hill bereit, die Sache zu riskieren. Sie sollte sich zu seinem erfolgreichsten Renner entwickeln. Kurz bevor er 1988 starb, begründete er noch einmal seine damalige Entscheidung: „Ihr Buch handelt über Redefreiheit und mußte einfach veröffentlicht werden." Er hätte sicher seine Freude daran gehabt, wenn er gewußt

hätte, daß inzwischen über 200.000 Exemplare in englischer und über 15.000 in arabischer Sprache verkauft worden sind und daß dieses Buch nun auch in Deutschland einen wichtigen neuen Leserkreis erreicht.

Genauso hätte es ihn gefreut zu wissen, daß immer mehr Amerikaner sich des von der Israel-Lobby an amerikanischen Einrichtungen verursachten Schadens bewußt werden und dagegen anarbeiten. Jüngstes Beispiel dafür ist das „Council for the National Interest", eine hauptsächlich von Lesern meines Buchs initiierte Interessensvertretung mit Sitz in Washington. Hauptzweck dieser Gruppe ist es, die amerikanischen Interessen in der Nahostpolitik zu befördern. Nach der Lektüre der folgenden Seiten wird den Lesern die Notwendigkeit einer derartigen Organisation offensichtlich sein – und möglicherweise auch die Notwendigkeit ähnlicher Aktivitäten in Deutschland.

Es gab in den letzten Jahren einige Vorfälle, die dazu beitrugen, die Amerikaner im ganzen Land aufzuwecken. Dazu gehört als erstes und wichtigstes Ereignis der Palästinenser-Aufstand in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten. Daß über den Aufstand – die Intifada – während der ersten Monate bis ins Kleinste berichtet wurde, übte nachhaltigen Eindruck auf Millionen von Amerikanern aus. Es war zum ersten Mal, daß sie die dunkle, gewalttätige Seite Israels wahrnahmen. Kurz darauf machte der Spionagefall Jonathan Jay Pollard Schlagzeilen. Jetzt erfuhren meine Mitbürger, daß die Israelis einen im Marine Department beschäftigten Amerikaner bestochen hatten, für sie streng vertrauliche Unterlagen zu stehlen. Einige dieser Geheiminformationen waren an die Sowjetunion weiterverkauft worden, die damals die Staaten des Warschauer Pakts beherrschte und den Großteil ihrer Raketen gegen die Vereinigten Staaten gerichtet hatte. Die von Pollard gestohlenen Dokumente könnten eine 10x10x15 Fuß große Kiste füllen. Pollard legte ein Geständnis ab und sitzt jetzt in Haft. Die Regierung Israels hat bereits über 200.000 US Dollar in Rechtsverhandlungen zu seiner Freilassung investiert und deponiert darüberhinaus zu Pollards späterer Verwendung monatlich 5.000 Dollar auf ein Bankkonto. Sie verweigert jede Mithilfe bei der strafrechtlichen Verfolgung von Pollards Komplizen und hat in unvergleichlicher Arroganz sogar zwei israelische Beamte, die in diesem Spionagefall als Pollards Handlanger fungierten, durch Beförderung ausgezeichnet.

Diese Enthüllungen haben viele Amerikaner aktiviert. In den landesweiten Fraktionssitzungen für die Präsidentschaftsnomi-

nierung von 1988 wurde immer wieder für die Menschenrechte der Palästinenser eingetreten. Bei der Nominierungsversammlung der Demokraten führte Dr. James Zogby eine pro-palästinensische Protestveranstaltung an, die mehrere Stunden lang das Geschehen und die landesweiten Fernsehübertragungen beherrschte. In den führenden Zeitungen tauchten Briefe auf, die Kritik übten an der von Israel ausgehenden Gewalttätigkeit. Zum ersten Mal wurden auch Bürger arabischer Herkunft und Moslems – die inzwischen über sechs Millionen der Bevölkerung ausmachen – politisch aktiv.

Dieses amerikanische Aufbegehren fand seinen besten Ausdruck in dem von George Bush im Herbst 1991 vertretenen und in dieser Art nahezu beispiellosen Standpunkt. Entschlossen, eine Nahost-Friedenskonferenz zustandezubringen, drohte er, sein Veto einzulegen gegen die Verabschiedung eines 10 Milliarden Dollar-Kredits für Israel. Er bestand darauf, die Behandlung dieser Frage mindestens 120 Tage aufzuschieben und er setzte sich durch. Obgleich die Israel-Lobby schon schriftliche Unterstützung von über drei Viertel der Mitglieder des Senats und in ähnlichem Ausmaß auch aus dem Repräsentantenhaus sichergestellt hatte, schwenkten die Pro-Israel-Kräfte ein.

Es war vor allem die öffentliche Meinung, die die Entscheidung der Lobby beeinflußte. Umfragen hatten deutlich gemacht, daß über 80 Prozent des amerikanischen Volkes die Position von Präsident Bush unterstützte.

Aber was geschieht morgen? Wird die Regierung der Vereinigten Staaten an ihrer Politik, die sowohl Arabern wie auch Israelis gerecht zu werden versucht, festhalten? Auch das wird im Kern von der öffentlichen Meinung abhängen und davon, wie das amerikanische Volk sich zu neu auftauchenden Problemen stellt. Und dies wiederum hängt zu einem großen Teil davon ab, wie die Menschen in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, sich verhalten.

Auch Sie stehen in der Verantwortung. Es ist Ihre Chance.

1040 West College Avenue
Jacksonville, IL 62650 USA

1. November 1991 Paul Findley

Einführung

Was ein Kongreßabgeordneter aus dem Mittleren Westen im Nahen Osten zu suchen hatte

Immer wieder fragten sich meine Wähler:„Wie konnte ein Kongreßabgeordneter aus der Kornkammer Amerikas sich plötzlich in die Politik des Nahen Ostens verstricken?" Wie die meisten ländlichen Kongreßabgeordneten hatte ich in meinem Wahlbezirk keine Anhängerschaft, die mich für ihre ausländischen Interessen hätten mißbrauchen können. So begann ich, wie ich es mir vorgestellt hatte, meine politische Karriere im Landwirtschaftsausschuß, wo ich hauptsächlich mit bäuerlichen Fragen, mit Budget- und Fürsorgeproblemen beschäftigt war.

Als ich 1972 dem Unterausschuß zugeteilt wurde, der für unsere Beziehungen mit Europa und dem Nahen Osten zuständig war, hatte ich bereits meinen Heimatwahlkreis Springfield, Illinois, zwölf Jahre hindurch vertreten, ohne besondere Aufmerksamkeit im In- oder gar im Ausland erweckt zu haben.

Acht Jahre später aber sollte ich durch meine zufällige Verstrickung in die Probleme des Nahen Ostens in einen Konflikt geraten, der mich von seiten unseres jüdischen Lagers bzw. Israels mit Schimpf und Schande zu vernichten drohte. Demgegenüber zollte mir die gesamte arabische Welt nur Applaus für meine selbstverständlichen humanitären Hilfeleistungen. Das führte dazu, daß ich im Jahre 1980 durch bestimmte Pro-Israel-Aktionen, die nicht von unseren jüdischen Kreisen in Illinois ausgegangen waren, ohne mein Zutun die teuerste Kongreßhaus-Kampagne in der Geschichte der Vereinigten Staaten verursachte bzw. auslöste. Durch eine feindselige Dollarflut, die mich von unserer Ost- und Westküste sowie von meinem Nachbargebiet Chicago aus erdrücken sollte, geriet ich als *Israels Staatsfeind Nr. 1* unbarmherzig ins Fadenkreuz der amerikanischen Israel-Lobby. Dementsprechend erwartete ich einen Bombenhagel über meinem Haupt, wenn ich mich demnächst in meiner angestammten Heimat zur Wiederwahl stellen würde.

Nach Gesprächen mit einem Professor unseres *Illinois College*, hatte ich schon zu Beginn meiner Tätigkeit für den Unter-

ausschuß damit begonnen, die hochgepriesene Klugheit unserer Regierungspolitik gegenüber dem Nahen Osten in Zweifel zu ziehen. Meistens habe ich meine Ansichten hierüber nur in privatem Kreis geäußert –, nicht etwa, weil ich wegen meiner Meinung politische Konsequenzen befürchtete. Im Gegenteil. In der Tat war ich naiverweise damals noch davon überzeugt, daß man sich über unser demokratisches System seine eigenen Gedanken machen dürfe, um bestimmte Tendenzen in geeignetere Richtungen zu lenken. Mit meiner idealistischen Brille hatte ich aber noch nicht erkannt, wie tief und fest die Wurzeln israelischer Interessen unseren Staatsapparat bereits durchwachsen hatten.

Unsere Kongreßmitglieder beschäftigen sich immer nur mit den Anliegen Israels. Es gibt aber auch arabisch-amerikanische Lobbies, die sich in unserem Land Gehör verschaffen wollen für die Eigenheiten und Sorgen ihrer Völker. Arabische Botschaften sind – wenn auch nur widerstrebend – heute darauf angewiesen, für hohe Beträge professionelle Public-Relations-Agenturen anzuheuern, welche der amerikanischen Öffentlichkeit *arabische Wahrheiten* vermitteln sollten. Selbst wenn ein Kongreßabgeordneter für seine Meinungsbildung einen bestimmten arabischen Standpunkt ergründen möchte, ist es fast unmöglich, einen arabischen Sprecher zu finden, der die Komplikationen aus seiner Sicht beleuchtet.

Meine persönliche Verstrickung mit dem Nahen Osten ergab sich rein zufällig und notgedrungen. Es ging um die Lösung eines ganz normalen menschlichen Problems, das zunächst überhaupt nichts mit dem brennenden arabisch-israelischen Konflikt zu tun hatte. Es begann im Frühjahr 1973, als auf meinem Schreibtisch plötzlich ein Brief von Mrs. Evans Franklin lag, die ich von früher her kannte, als ich noch eine Bauernzeitung redigierte. Frau Franklin hatte mir damals regelmäßig Beiträge geschickt für die Rubrik *Nachrichten aus der Nachbarschaft.* Zu meiner Überraschung hatte sich diese Mutter aus meinem Wahlkreis jetzt besorgt an mich gewandt, ob ich nicht mithelfen könne, ihren Sohn Ed aus einem Gefängnis in Übersee zu befreien. Ed war wegen angeblicher Spionage zu fünf Jahren Einzelhaft verurteilt worden und befand sich in einem Gefängnis in Aden – das war die Hauptstadt der damals marxistisch-demokratischen Republik Südjemen. Nachdem ich den Hilferuf von Mrs. Franklin gelesen hatte, schlug ich zunächst einmal meinen Weltatlas auf, um festzustellen, wo sich Aden überhaupt befand.

Ich kannte diese Stadt nur als ehemaligen Hauptstützpunkt des britischen Kolonialreiches.

Wäre damals nicht zufällig eine bestimmte Flugroute in letzter Minute geändert worden, hätte sich Ed Franklin den Umweg über Aden – und damit seine Gefangenschaft – ersparen können. Ed hatte sich gerade – aus Äthiopien kommend – bereits im Anflug auf Kuwait befunden, wo er als Lehrer tätig war. Da mußte die Maschine noch einmal den Kurs ändern und daraufhin Aden anfliegen. Dort gab es nach der Landung noch einmal endlose Wartezeiten bis zum Start zurück nach Kuwait. Und während Ed Franklin sich dort die Zeit vertreiben und ein paar Erinnerungsfotos knipsen wollte, sollte sich sein Glück schlagartig zu einer Katastrophe verschlechtern. Völlig ahnungslos war er mit seiner Kameratasche in ein für Zivilisten verbotenes Gebiet spaziert, wo er auf mehreren Bildern die fremde Umgebung für sein Album festhalten wollte. Ed hatte keine Ahnung, daß er nach dem vor sechs Jahren erfolgten britischen Kommando-Überfall auf Aden als blondhaariger Tourist hier die nervösen Sicherheitsorgane besonders reizte. Als Franklin dann noch nichts Böses ahnend auf den Auslöseknopf seines Fotoapparates drückte, war er auch schon verhaftet. Nach monatelangen Verhören in einem Vernehmungslager, wurde er schließlich vor ein Gericht gestellt und kurzerhand verurteilt.

Meine Bemühungen, diesen gefangengehaltenen, amerikanischen Staatsbürger aus dem Gefängnis in Aden zu befreien, mußte ich größtenteils auf eigene Kappe – ohne Unterstützung unseres Außenministeriums – vorantreiben. Unsere Regierung hatte keine diplomatischen oder sonstigen Verbindungen zu Südjemen unterhalten, seit – durch einen Putsch im Jahre 1969 – das dortige Regime einen dramatischen Linksruck machte. Dadurch konnte auch die US-Regierung keinen direkten Vorstoß zur Befreiung von Ed Franklin unternehmen.

In dieser Situation wandte ich mich zunächst an einen alten Freund bei der Ägyptischen Botschaft in Washington mit der Bitte mir zu helfen. Franklins Eltern, Menschen aus bescheidenen Verhältnissen, die in einem kleinen bäuerlichen Ort wohnten, hatten an den Präsidenten von Südjemen, Salim Rubyai Ali, inzwischen ein Gnadengesuch für ihren Sohn gesandt. Parallel dazu schickte auch ich ein Bittschreiben in den Präsidentenpalast von Aden. Auch unser Außenministerium hatte sich mit den Engländern in Verbindung gesetzt, die in Aden eine Botschaft

unterhielten. Aber auf all diese Anfragen aus dem Westen gab es keinerlei Reaktionen aus dem Jemen.

Nach dieser absoluten Funkstille suchte ich im Dezember 1973 bei den Vereinten Nationen in New York den Botschafter von Südjemen, Abdallah Ashtal, auf. Ich wollte mit ihm ein Arrangement treffen, wonach er mir einen Weg eröffnen sollte, über den ich persönlich die Freilassung von Ed Franklin in Aden erwirken könnte. Ashtal, ein eher kleiner, gutaussehender jugendlich-charmanter Diplomat, der Abendkurse an der New Yorker Universität absolvierte, versprach mir eine prompte Antwort, die tatsächlich schon zwei Wochen später bei mir eintrudelte: „Sie sind herzlich willkommen in Aden!"

Wenn ich mich für die Reise in den Südjemen entscheiden würde, müßte ich aber völlig allein dorthin fliegen. Ich wäre somit das erste Kongreßmitglied, der erste Amerikaner überhaupt, den man nach der Gründung der Republik Südjemen im Jahre 1967 – und dem Abbruch unserer diplomatischen Beziehungen zwei Jahre später – dort als Vermittler aus den Vereinigten Staaten wieder empfangen würde. Obwohl sich alles sehr aufregend gestaltete, verbanden sich mit meiner bevorstehenden Jemen-Aktion aber doch gewisse schlimme Ahnungen. Erstens war ich offiziell nicht als Gesandter unserer Regierung bestellt worden. Und zweitens wurde der Südjemen, der auch als *Kuba des Nahen Ostens* bezeichnet wurde – von unserem Außenministerium immer wieder als das radikalste aller arabischen Länder hingestellt. Dazu hatte ein Freund aus dem US-Außenministerium meine Ängste noch mit dem Hinweis geschürt, daß der jetzige Außenminister in Aden seinen Job nur deshalb bekommen habe, „weil er mehr Oppositionelle gekillt hat als irgendein anderer Regierungskandidat."

Immer mehr Fragen beunruhigten mich bei meinen Reisevorbereitungen: Wie werden sie mich da drüben empfangen? Ich besprach meinen Trip mit Alfred L.Atherton jun., Abteilungsleiter für Nahost- und Südasienfragen im US-Außenministerium. Ich beriet mit ihm, was ich als erstes tun sollte, wenn sie mich einsperrten? Mein Freund lachte: „Dann such dir einen anderen Kongreßkollegen, der dich wieder herausholt!"

Ich kam immer mehr zur Überzeugung, daß ich wahrscheinlich der Einzige war, der alles einsetzen wollte, um der Mutter Franklin ihren Sohn Ed wieder nach Hause zu bringen. Sie war tief besorgt, daß Ed die fünf Jahre im jemenitischen Gefängnis nicht überleben würde. Obwohl meine Frau Lucille die

schlimmsten Befürchtungen auch für meine Sicherheit hegte, sagte sie: „Du hast gar keine andere Wahl, als für deine Wähler in den Jemen zu fliegen!"

Ich stellte mir vor, daß ich durch meine Reise in den Nahen Osten dort auch wieder eine Tür öffnen könnte zu besserem Verständnis für einen ebenso wichtigen wie unbekannten kleinen Teil unserer Welt. Durch die Wiedereröffnung des Suezkanals könnte eine Verbindung nach Aden für die Interessen der Vereinigten Staaten im Indischen Ozean äußerst wichtig sein. Darüberhinaus war Aden mit dem französisch besetzten Djibouti eine Art Wachturm an der lebenswichtigen Meerenge, der Einfahrt zum Suezkanal. Wenn den Sowjets, die dort bereits mit Hilfsmissionen und Militärberatern präsent waren, eine Korrumpierung der Regierung in Aden gelänge, könnten sie ungestört den Suezkanal vom Süden her kontrollieren bzw. manipulieren. Es war also notwendig, daß – von der Befreiung Ed Franklins ganz abgesehen – vor allem die Vereinigten Staaten sich vorsorglich gute Beziehungen in diesem sensiblen Krisengebiet schaffen.

Um so mehr war ich also von meiner Mission in den Nahen Osten jetzt überzeugt. Der Abflug wurde für Ende März geplant.

Von Nahost-Studenten hatte ich inzwischen erfahren, daß unser Außenminister Henry Kissinger – er bereitete sich damals gerade auf seine Vermittlungsverhandlungen zwischen Israel und Ägypten vor – bei der Regierung in Aden hoch angesehen war. Vor diesem Hintergrund bat ich Kissinger, ob er mir nicht einen Brief mitgeben könne, der nachdrücklich die amerikanischen Wünsche nach guten Beziehungen zu Aden beinhalten sollte. Tatsächlich erhielt ich drei Tage vor meiner Abreise ein dementsprechendes Schreiben von Henry Kissinger. Darin begrüßte er meine *humanitäre Mission* nach Aden und fügte hinzu: „Wenn sich die Gelegenheit dazu ergeben sollte, dürfen Sie Ihre Gesprächspartner, die Sie treffen werden, gerne über unsere fortgesetzten Bemühungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten sowie über unseren Wunsch der Verbesserung von Beziehungen zur arabische Welt informieren."

Kissingers Brief war an mich persönlich adressiert; nicht an die Regierung in Aden. Seine Mitteilung war eine Art diplomatische *Antenne*. So hoffte ich, daß Kissingers Schreiben auch alle anderen Beamten und Politiker, die ich kontaktieren wollte,

davon überzeugen würde, daß die Vereinigten Staaten normale Beziehungen zum Nahen Osten schaffen wollten.

Ein freundlicher Reisender hat üblicherweise auch Geschenke bei sich. Auf Anregung eines ägyptischen Freundes hatte ich daher von drei unserer Colleges in Illinois Stipendien besorgt für Studenten aus dem Südjemen. Ich hatte mir auch eine arabische Übersetzung der von Carl Sandburg verfaßten Lincoln-Biographie *The Prairie Years* (Die Jahre in der Prärie) in besonders schönem Leder binden lassen. Zusätzlich packte ich noch zwei kleine Büsten von Lincoln in mein Reisegepäck, weil ich dachte, daß man diese Symbolfigur unserer Verfassung auch in Aden kennen würde.

Ich bin rechtzeitig in Washington abgeflogen, um auf meinem Weg nach Aden auch Syrien besuchen zu können. Zu diesem Land hatten die USA seit dem 1967-Krieg mit Israel keine normalen diplomatischen Beziehungen mehr. Trotz der zunehmenden Bedeutung Syriens mitten im Krisenherd des Nahen Ostens, war während der vorangegangenen fünf Jahre kein Mitglied unseres Repräsentantenhauses hier aufgetaucht. Man kann sich daher meine Überraschung vorstellen, als in dieser gestörten Atmosphäre – ohne vorherige Verabredung – Präsident Hafez Assad von Syrien von einer Stunde zur anderen einer Unterredung mit mir zustimmte. Vielleicht war er verblüfft von der Anwesenheit eines amerikanischen Kongreßabgeordneten, der sich damit einführte, daß er die Probleme des Nahen Ostens an Ort und Stelle studieren möchte.

Assad – ein untersetzter, großer Mann, begrüßte mich in der geräumigen Empfangshalle im ersten Stock seines Regierungssitzes. Seine Worte betonte er mit Nachdruck, aber sie hatten dennoch keinerlei feindseligen Unterton. Während wir aus unseren Tassen den starken syrischen Kaffee schlürften, brachte er seine tiefe Besorgnis über die Unterstützung Israels durch die Vereinigten Staaten zum Ausdruck: „Wir sind schmerzlich berührt von den Geschützen und der Munition, mit denen Sie die Israelis bewaffnen. Aber unser Schmerz ist noch nicht zur Feindseligkeit geworden. Im Gegenteil. Wir schätzen das amerikanische Volk. Nur den Krieg bedauern wir, in den seit vielen Jahren Amerika und Syrien gleichermaßen verwickelt sind."

Nachdem ich Verständnis für dieses Verhängnis äußerte, nahm ich die Gelegenheit wahr, das syrische Staatsoberhaupt zur Wiederherstellung der alten diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu bewegen. Er solle, so riet ich

ihm, sich nicht von israelischen Übertreibungen beeindrucken lassen. In diesem Zusammenhang schlug ich ihm vor, er möge doch selbst zu uns in die USA kommen. Er könnte dort seine Anliegen dem amerikanischen Volk über das Fernsehen erklären.

Assad antwortete: „Vielleicht haben wir tatsächlich manchmal Fehler gemacht. Wir sollten wirklich geschicktere Public Relations betreiben. Ich stimme mit dem, was Sie sagten und anregen, vollkommen überein. Aber im Moment ist noch nicht abzusehen, wann ich nach Amerika kommen kann."

Als ich mich wieder verabschiedete, überraschte mich Assad mit den Worten: „Hiermit möchte ich Sie bevollmächtigen, in meinem Namen Ihre Kongreßkollegen so schnell wie möglich nach Syrien einzuladen. Sie sind hier alle herzlich willkommen. Wir freuen uns über die Kritiker aus Ihren Reihen ebenso wie über die Freunde unseres Landes."

Als ich nach meiner Rückkehr in die USA die Einladung Assads zahlreichen Abgeordneten persönlich und – in einem detaillierten Bericht – darüberhinaus dem ganzen Kongreß übermittelte, haben nur ein paar von ihnen eingewilligt. Es dauerte noch vier Jahre, bis 1978 die erste Gruppe amerikanischer Kongreßabgeordneter nach Syrien reiste.

Nach meiner damaligen Unterredung mit Assad war ich noch am späten Abend mit dem Wagen von Damaskus nach Beirut gebracht worden, zu meinem Weiterflug nach Aden. Als unser Fahrzeug die syrisch-libanesische Grenze überquerte, konnte ich bereits die Einschläge israelischer Granaten im Stadtgebiet von St. Hermon hören. Diese Explosionen waren ein nüchternes Zeichen dafür, daß – sieben Jahre nach dem Krieg von 1967 – die blutigen Kämpfe noch immer andauerten.

1974 war Beirut noch immer das *Paris des Nahen Ostens*, eine westliche Metropole mit glitzernd-sprudelndem Nachtleben und geschäftigen kommerziellen Aktivitäten. In der Nähe des Hafens war gerade ein neues *Holiday Inn* eröffnet worden. Jede Straße konnte sich mit mehreren internationalen Banken rühmen, mit mindestens drei Buchläden und einem Dutzend Restaurants. Aber schon ein Jahr später sollte das *Holiday Inn* zum Kriegsschauplatz werden zwischen Falangisten, die für Israel kämpften – und der libanesischen Linkskoalition, hinter der Moskau und verschiedene arabische Regierungen standen. Die Hotelmauern sollten von Bombenexplosionen durchlöchert werden. Der berühmte Dachpavillon des *Holiday Inn* wird mit den

Leichen von Scharfschützen übersät sein. Ein grausamer Bürgerkrieg wird Beirut 1975 in einen Schutthaufen verwandeln.

1974 war es aber noch nicht soweit, obwohl bereits damals die Palästinenser – abgetrennt vom Reichtum dieser märchenhaften Stadt – schon die längste Zeit in den Flüchtlingslagern außerhalb Beiruts dahinvegetieren mußten. Ich fuhr an den Bruchbuden von Sabra und Shatila vorbei, wo – neun Jahre später – die Massaker an Hunderten von Palästinensern die Welt erschüttern sollten. Meine Begleiter sagten: „In diesen Lagern hat sich seit zwanzig Jahren nichts geändert."

Ich sah auch das Flüchtlingslager von Tel Zaatar, dessen jämmerliche Insassen alsbald ein noch grausameres Schicksal erleiden sollten. Bereits ein Jahr nach meinem Besuch wurde Tel Zaatar von rechtsgerichteten, *christlichen* Milizen belagert, die von der israelischen Labour-Regierung bewaffnet und trainiert worden waren. Fünfzehntausend Palästinenser sollten bei der Belagerung ihr Leben lassen. Viele von ihnen wurden ermordet, nachdem sich die Lagerinsassen bereits ergeben hatten. Praktisch waren alle männlichen Überlebenden hingerichtet worden. Von diesem blutigen Gemetzel wurde im internationalen Blätterwald des Westens kaum Notiz genommen. Außer den betroffenen Palästinensern, erinnert sich fast niemand mehr an die Tragik von Tel Zaatar.

Damals – im Frühjahr des Jahres 1974 – hatte auch ich noch keine Vorahnung jener Katastrophen, die sich bald danach hier im Nahen Osten ereignen sollten. Relativ unbeschwert bestieg ich in Beirut meine Maschine nach Aden. Damals beschäftigte mich hauptsächlich eine Tragödie – nämlich jene von Ed Franklin, dem jungen inhaftierten Amerikaner aus meinem Heimatwahlkreis in Illinois.

Bei meiner Ankunft am Flughafen von Aden hatte mich eine Regierungsdelegation von fünf jungen Beamten empfangen. Drei von ihnen waren Kabinettsminister. Ich selbst war in dieser dunklen Nacht der einzige Grauhaarige. Die Empfangsdelegation hatte bis zwei Uhr nachts auf die Ankunft meines Flugzeuges gewartet: „Willkommen in Aden," sagte der Protokollchef. „Wir haben ein schönes Quartier für Sie hergerichtet." Das ist eine gute Nachricht, dachte ich. So sollte ich offenbar nicht in irgendein entlegenes Hotelzimmer abgeschoben werden. Tatsächlich brachte man mich in einem großräumigen alten Gebäude unter, das vor vielen Jahren – in der Kolonialzeit – dem britischen Luftwaffen-Kommandeur als Residenz gedient hatte. Von

einer durch hohe Bäume beschatteten Terrasse – das war eine Rarität in Aden – konnte ich den großen Hafen überblicken. Von hier aus waren im 16. Jahrhundert weiße Seefahrer gestartet, um zum erstenmal das *Kap der Guten Hoffnung* zu umsegeln.

Gleich an diesem ersten Abend erhielt ich die Genehmigung, Ed Franklin um 19.15 Uhr besuchen zu dürfen. Ich begegnete ihm im Beisein von Bewachungsposten in einem Apartment eines kleinen modernen Gebäudes. Als ich eintrat, erhob er sich von einer Couch in der Ecke eines Wohnzimmers. Wir waren uns vorher noch nie begegnet.

„Ich nehme an, Sie sind der Kongreßabgeordnete Findley."

Trotz der ergreifenden Emotion dieses Zusammentreffens mit einem gefangenen Landsmann, lächelte ich ihm freundlich zu. Das war meine erste Reaktion, um die traurige Stimmung zu verscheuchen, und Franklin nach 16 Monaten Einzelhaft ein wenig aufzumuntern. Ed war sehr abgemagert und hohlwangig, seine Hosen ein paar Nummern zu groß; sein blondes Haar war ordentlich gekämmt, sein braungebranntes Gesicht frisch rasiert. Er sah älter aus als 34 Jahre.

Wir konnten uns jetzt allein unterhalten. Ich sagte, er habe offenbar abgenommen. Aber er sähe trotzdem ganz gut aus. Ed antwortete: „Ich bin sehr happy, daß Sie gekommen sind, und ich fühle mich jetzt besonders wohl, da Sie hier bei mir sind. Vor ein paar Tagen, als ich zum erstenmal nach all den Monaten in einen Spiegel schauen durfte, war ich schockiert wie ich aussah." Ed sagte mir, seine Bräune rühre von den täglichen Leibesübungen im Gefängnishof her. Er sei erst vor zwei Tagen in dieses Appartment verlegt worden. Offenbar wollten die Behörden nicht, daß ich die Zustände im Gefängnis sehe.

„Hier hat mir Ihre Mutter eine Schachtel mit Lebensmitteln für Sie mitgegeben." Als ich ihm die Sachen von seinen Eltern überreichte, stand plötzlich wieder die Trostlosigkeit in seinem Gesicht, die bei unserer Begrüßung wie weggewischt schien.

„Soll das heißen, daß ich nicht heimfliegen darf mit Ihnen?"

Ich sagte: „Ich weiß es nicht."

Franklin hatte schnell das Thema gewechselt: „Ich habe meine Bibel in der Gefängniszelle zurücklassen müssen. Das hat mich sehr getroffen – denn ich möchte jeden Tag darin lesen."

Ich sagte: „Viele Leute haben gebetet für Sie."

Ed antwortete: „Das habe ich deutlich gespürt, noch bevor ich den ersten Brief von meinen Eltern erhalten habe."

Franklin berichtete mir, er sie keinesfalls physisch mißhandelt worden, aber die Verpflegung sei fürchterlich knapp. Und natürlich gingen ihm die Gefängnisvorschriften auf die Nerven. „Meine Mutter wird Ihnen gesagt haben, wie gerne ich Gedichte schreibe. Aber hier gibt man mir weder Bleistift noch Papier. Nur einmal hatte ich gleich zu Beginn meiner Gefängniszeit ein Gedicht auf einen Sack geschrieben. Daraufhin haben sie mir sofort den Bleistift weggenommen."

Trotz solcher Schikanen schien Franklin keinen Groll gegen seine Aufseher zu hegen. „Ich habe die arabische Welt lieben gelernt," sagte er. „Vielleicht könnte ich eines Tages, wenn die amerikanische Botschaft wieder hier eröffnet wird, einen Job bekommen."

„Ich werde alles tun, um Sie hier rauszukriegen," sagte ich zu Franklin. „Zumindest möchte ich erreichen, daß man Ihre Strafe herabsetzt. Deshalb bin ich hierhergekommen. Ich werde versuchen, Sie vor meiner Abreise noch einmal zu sehen. Und ich werde auch Bleistifte und Papier für Sie besorgen."

Auf dem Weg zurück in meine Unterkunft gab ich Franklins Bitte um Schreibmaterialien weiter an meinen Begleitoffizier. Er sagte nur: „Ich werde Ihr Ansuchen weiterleiten." Am folgenden Freitag, es war ein moslemischer Feiertag, fuhr ich hinaus in die menschenleere Umgebung von Aden. Die größte Touristenattraktion war ein uraltes massives Steinbecken, in dem das spärliche Regenwasser aufgefangen wurde. Am gleichen Abend lud ich den britischen Konsul, der in rührender Weise Franklin gelegentlich mit Lesestoff versorgt hatte, zum Essen ein. Seit jeher hatten es die Engländer verstanden, diplomatische Beziehungen auch mit feindlich gesinnten Ländern zu unterhalten. Selbst nach ihrem überstürzten Abzug aus Aden hatten sie dort schon wieder eine Botschaft errichtet.

Am Samstagmorgen besuchte mich der südjemenitische Außenminister M. J. Motie in meinem Quartier. Wir führten ein langes Gespräch über die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Jemen. Für ihn stand die Lage der Palästinenser unter den Härten der israelischen Besatzung an oberster Stelle der Tagesordnung, während für mich das Problem Ed Franklins das wichtigste war. Er behauptete: „Die Vereinigten Staaten unterstützen Saudi-Arabien, um die Subversionen entlang der jemenitischen Grenze zu organisieren."

Ich antwortete ihm, von solchen Aktivitäten noch nie etwas gehört zu haben. Dennoch versprach ich, der Sache nachzuge-

hen, um unsere Beziehungen wieder zu verbessern. Motie sagte: „Während die Vergangenheit sich nicht zu unseren Gunsten entwickelt hat, sieht die Gegenwart besser aus. Aber wir warten immer noch auf ein sichtbares Zeichen der Freundschaft. Zum Beispiel brauchten wir finanzielle Hilfe, um Weizen einkaufen zu können."

Nach diesem Gespräch verbrachte ich einen langen und fruchtlosen Nachmittag, um für meine Familie ein paar Spezialitäten einzukaufen, die sie sich gewünscht hatte. Im Bazar gab es nur wenige, meist billige japanische Sachen zu kaufen, Radios und allen möglichen Flitterkram. Ich fand eigentlich nichts, womit ich meine Leute daheim hätte erfreuen können. Um so überraschter war ich, als ich bei der Rückkehr in mein Quartier eine originelle Selektion von Geschenken vorfand, die – sorgfältig verpackt – auf dem Klubtischchen lag: u.a. ein traditioneller jemenitischer Säbel und eine große Zeremonienpfeife. Bei den Geschenken lag ein Kärtchen: „With compliments of the president."

Wollte man mich mit diesen Geschenken vielleicht einstimmen, um – statt heimzureisen – Ed Franklin in seiner Gefängniszelle die Zeit zu vertreiben? Oder war die Zeremonienpfeife etwa ein stilles Zeichen für einen Erfolg meiner Mission? Ich traute mich kaum, das Letztere zu glauben. Bis dahin hatte ich noch keine Nachricht erhalten, daß die Regierung Franklins Haftstrafe wenigstens verkürzen würde. Immerhin hatten sie mir die erbetenen Schreibutensilien für ihn inzwischen ausgehändigt.

Mein zweites Zusammentreffen mit Ed war entspannter als das erste. Er freute sich über den mitgebrachten Bleistift und den Schreibblock: „Ich hoffe, daß ich das Zeug nur noch heute Abend brauchen werde." Ich dämpfte für einen Moment seine Hoffungen und sagte, daß ich mir nicht vorstellen könne, ihn gleich mit nach Hause nehmen zu dürfen. Dennoch hatte ich eine dumpfe Vorahnung, daß sie meinen Freund alsbald wieder freilassen würden.

Am Abend vor meinem bereits gebuchten Rückflug in die Vereinigten Staaten wurde ich plötzlich in den schwerbewachten Wohn- und Regierungssitz des jemenitischen Präsidenten Ali gebracht. Zunächst geleitete man mich in eine lange Wartehalle, die ausgelegt war mit einem prächtigen blumengemusterten Teppich, hellblau und – an drei Seiten – golddrapiert. Das vierte Ende des Teppichs verlief weiter in einen riesigen über-

dachten Vorhof hinaus. Die Halle wurde von zwei Reihen leise surrender Ventilatoren angenehm gekühlt. In der Mitte des Raumes stand – wie verloren – ein goldgepolstertes Sofa mit reichgeschnitzten Stühlen.

Als ich diesen Empfangsraum betrat, waren durch den gleichen Eingang auch der jemenitische Außenminister und ein Dolmetscher hereingekommen. Auf die Vorstellungszeremonien konnte man verzichten; denn die Bilder des jemenitischen Präsidenten Ali hatten mich schon auf allen Plätzen und durch alle Straßen Adens hundertfach begleitet. All diese Fotos aber konnten nicht das wahre Aussehen und Wesen dieses Mannes vermitteln, so wie ich es jetzt erlebte. Ali war vierzig Jahre alt, ein großer und gutgebauter Mann. Sein schwarzes Haar war schon etwas graumeliert, sein Teint war dunkel, und sein Auftreten würdevoll. Er hatte ein äußerst gewinnendes Wesen. Und ich bemerkte zwei Goldzähne in seinem Gebiß, wenn er lächelte.

Nach den einleitenden Begrüßungszeremonien dankte ich dem Präsidenten für dessen Geschenke. Dann bot ich ihm meinerseits die aus den USA mitgebrachten Geschenke an: zuerst die Lincoln-Biographie, dann die beiden Büsten – und zuletzt die Stipendien für jemenitische Studenten.

Worauf er begierig wartete, war natürlich das Empfehlungsschreiben Kissingers, aus dem die Bedeutung ersichtlich werden sollte, welche die Vereinigten Staaten mit meiner Mission in den Jemen verbunden hatten. Nachdem ich Ali den Brief ausgehändigt hatte, versuchte ich, seinen Inhalt noch zu vertiefen.

„Vielleicht gestatten Seine Exzellenz noch ein paar zusätzliche Erklärungen", sagte ich. „Dieser Brief möchte formell den Wunsch der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringen, unsere diplomatischen Beziehungen wieder herzustellen. Das wäre äußerst wichtig. Unsere Regierung ist auf solche Beziehungen angewiesen, um die Politik Adens und deren Probleme besser verstehen zu können. Dem Präsidenten der USA und dessen Außenminister sind in bezug auf ihre Außenpolitik Schranken auferlegt. Sie können nur solche Vorhaben verwirklichen, die vom Kongreß gebilligt und unterstützt werden. In diesem Sinne ist es wichtig, daß sich die Kongreßabgeordneten ein klares Bild besonders über die Situation in Aden und auch über die arabische Welt aus eigener Anschauung bilden können."

Darauf gab Ali zur Antwort: „Aden ist ein leuchtendes Beispiel unserer Republik. Andere Gebiete unseres Landes sind un-

terschiedlich zu beurteilen. Die Menschen sind dort viel ärmer."
Bei diesen Worten mußte ich schlucken; denn ich hatte bisher nur die Verhältnisse in Aden gesichtet, die mein Gesprächspartner als *leuchtendes Beispiel* für den Fortschritt in diesem Lande herausstellte –, das mich aber in seiner Armseligkeit tief bewegte. Wie mußte es erst in den anderen Landesteilen des Jemen aussehen, die Ali als noch *viel ärmer* bezeichnete?

Während ich mir Notizen machte, erzählte mir Ali, daß verschiedene Nachbarstaaten seine Anstrengungen zur Beseitigung der Armut ständig unterminierten. Er sagte sehr deutlich: „In unserem Volk hat sich die Überzeugung verwurzelt, daß das ganze Leiden – vor allem die Umsturzbestrebungen – das eigentliche Werk der Vereinigten Staaten sind. Alle militärischen Ausrüstungsgegenstände, die wir sicherstellen konnten, stammen aus Amerika." Damit ich mich von der Wahrheit hinter seinen Worten überzeugen könne, habe der Präsident für mich eine Auswahl dieser Waffen außerhalb des Gebäudes bereitstellen lassen.

Hier warf ich ein, daß diese Informationen, die er mir gerade offenbart hatte, in den Vereinigten Staaten völlig unbekannt seien. Um so mehr seien daher diplomatische Beziehungen notwendig, damit solche Anschuldigungen aufgeklärt bzw. gestoppt werden können. Da stimmte er zu und sagte: „Ich begrüße solche Beziehungen zu den USA, allerdings müßten dabei auch die Benachteiligungen berücksichtigt werden, wie sie unsere Bevölkerung durch die momentanen Umstände in unserem Lande erleiden muß." Ali fügte noch hinzu: „Aden möchte unter keinen Umständen von den Vereinigten Staaten isoliert werden."

Dann bedankte er sich für meine Geschenke, womit er unsere Unterredung beendete. Da erfaßte ich im letzten Moment die langerwartete Gelegenheit – meine große Chance, den Präsidenten um die Freilassung meines Landsmannes Franklin zu bitten.

Noch bevor ich meinen Satz angefangen hatte, unterbrach mich Ali freundlich: „Und wegen des Gefangenen ..... nachdem ich von Ihrer Mission gehört hatte, ordnete ich sofort eine Vorzugsbehandlung für ihn an. Ich habe mich dann sorgfältig mit Ihrem Antrag, Mr. Franklin zu entlassen, beschäftigt, und ich habe entschieden, Ihrem Wunsch Folge zu leisten. Wenn Sie ihn haben möchten, können sie ihn mitnehmen."

Ich konnte kaum glauben, was ich eben gehört hatte. „Wenn Sie ihn haben möchten, können Sie ihn mitnehmen." Nach die-

ser Mitteilung habe ich – von Freude überwältigt – halbtaumelnd den Raum verlassen. Franklin war frei.

Jeder kann sich unseren Jubel vorstellen, als ich Franklin, der inzwischen in meinem Quartier auf mich gewartet hatte, von der Entscheidung des Präsidenten Ali unterrichtete. Um 6 Uhr des folgenden Morgens saßen wir bereits im Flugzeug nach Beirut, New York und weiter nach St. Louis – wo die Eltern Franklins ihren Sohn wieder in die Arme schlossen.

Der tiefere Grund für die Entlassung Ed Franklins aus dem Gefängnis von Aden war meines Erachtens eine Art vorsichtiger Sondierung für bessere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. Vorsicht war besonders angebracht, denn es gab in beiden Nationen bestimmte Kräfte, die an einem guten Kontakt zwischen beiden Nationen überhaupt nicht interessiert sein konnten. Ali war sicher der harmloseste Marxist in der herrschenden Drei-Mann-Junta von Aden. Einige *Arabianer* in unserem Außenministerium, die noch immer verärgert sind wegen des damaligen Rauswurfs der Amerikaner aus dem Jemen, betrachteten Aden als nichts anderes *als ein Trainingszentrum für PLO-Terroristen*. Andere wiederum, wie z.B. Henry Kissinger, sahen die Dinge anders. Ed Franklin hat uns durch seine Freilassung jedenfalls die Gelegenheit geschaffen, mit neuen Kontaktsondierungen zu beginnen.

Leider hat die US-Regierung diese Chance drei Jahre lang hinausgezögert und unentschlossen vertrödelt. Jimmy Carter hatte Gerald R. Ford im Weißen Haus abgelöst, und Cyrus Vance wurde zum US-Außenminister bestellt. Unsere Regierung hatte zunächst das Ansuchen aus Aden, in den USA Weizen auf Kreditbasis zu kaufen, kurzerhand abgelehnt. Washington hatte nicht mit sich reden lassen, als die südjemenitische Regierung lediglich drei gebrauchte Flugzeuge aus unseren alten Beständen kaufen wollte. Die Vereinigten Staaten hatten sich nicht einmal auf sondierende Gespräche eingelassen.

Im September 1977 fand dann mein zweites Treffen mit Präsident Ali statt, der gerade in New York weilte, um die Vereinten Nationen auf die Situation in seinem Lande hinzuweisen. Er wollte vor allem die alten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wieder aufnehmen und bat mich, unseren neuen Außenminister Cyrus Vance über unsere Gespräche zu informieren. Das habe ich natürlich sofort getan, mit dem Ergebnis, daß sowohl Vance als auch der südjemenitische Außenminister Motie einem Sondierungsgespräch zustimmten. Diese Bereitschaft war

zweifellos ein bedeutungsvoller Durchbruch im gestörten Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern. Die Gespräche sollten, wie vereinbart, bereits in den nächsten Wochen in Aden beginnen, und zwar kurz nach dem Neujahrstag 1978. Leider wurde dieses Treffen aber verschoben.

Als ich – zusammen mit einer Reihe anderer Kongreßmitglieder – dann im Januar 1978 in den Nahen Osten zurückkehrte, hatte man die vereinbarte Zusammenkunft noch immer nicht genau fixiert. Ich habe daraufhin meine Reise noch ein wenig verlängert, um meinerseits einen Abstecher nach Aden unternehmen zu können. Bevor ich mich von meinen Kongreßkollegen trennte, hatten wir uns mit Außenminister Vance getroffen, der mit seinem Gefolge unsere Reiseroute kreuzte. Dabei wurden wir auch von dem saudiarabischen Kronprinz Fahd empfangen – einer großen beeindruckenden Erscheinung, der alsbald König des Landes werden sollte. Fahd hatte bei unserem Treffen löblich meine Anstrengungen hervorgehoben und bat mich, bei meinem bevorstehenden Besuch in Aden den dortigen Regierenden zu sagen, daß Saudi-Arabien bereit sei, den Südjemen wieder mit Wirtschaftshilfen zu unterstützen.

„Das ist ein gutes Omen"

Als ich kurz nach unserer Audienz bei Kronprinz Fahd wieder in Aden eintraf, war ich überrascht, was sich hier seit meinem letzten Aufenthalt alles geändert hat. Der Südjemen hatte inzwischen schon wieder einen Botschafteraustausch mit seinem früheren Todfeind Saudi-Arabien vorgenommen, obwohl es nach wie vor Streitigkeiten wegen bestimmter Gebietsansprüche gab. Selbst nach Jordanien waren von Aden aus wieder diplomatische Brücken geschlagen worden. Ich war erstaunt, daß auch der lokale Radiosender nicht mehr die Amerikaner und Saudis als *Imperialisten* verteufelte, wie das letzhin noch geschah. Diesmal hatte mich auch meine Frau Lucille in den Nahen Osten begleitet. Und in Aden wurden wir im selben Gästehaus untergebracht, in dem ich während meiner *Befreiungsaktion* vor vier Jahren gewohnt hatte. Eine besondere Veränderung in den Bewirtungsgewohnheiten entdeckten wir in dem reichlich sortierten Kühlschrank, den die Gastgeber in unserer Suite aufstellen ließen.

Umrahmt von einer Ehrengarde, empfing uns Präsident Ali in der gleichen großräumigen Halle, die ich meiner Frau in allen Einzelheiten vorher beschrieben hatte. Obwohl er es vermieden hatte, näher auf das Angebot aus Saudi-Arabien einzugehen, sprach er von Kronprinz Fahd in aufrichtiger Herzlichkeit. Dann sagte er: „Wir erwarten die Ankunft der diplomatischen US-Delegation noch bis Ende des Monats."

Bei dieser hoffnungsvollen Äußerung des Präsidenten wären mir beinahe meine Gesichtszüge entglitten; denn ich wußte, daß unsere Abordnung nicht kommen würde. Die Mission wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Das hatte mir Vance – ohne Angabe von Gründen – vor einigen Tagen mitgeteilt gehabt. Als ich ihn fragte, ob Präsident Ali von dieser Verzögerung informiert wurde, sagte Vance: „Wir werden es ihm mitteilen." Leider wurde dieses Versprechen aber nicht eingehalten.

Man hatte Ali einen Tag um den anderen auf unsere Delegation warten lassen, die aber nie in Aden eintraf. Ich konnte ihm selbstverständlich nichts über unseren Kurswechsel sagen. So konzentrierte ich mich auf seine Ausführungen und bemühte mich um so mehr, unser Vorhaben wenigstens mit hoffnungsvollen Worten voranzutreiben. Ich wußte, daß durch die Verzögerung einer Zusammenkunft mit unserer Abordnung die Front seiner Kritiker, die gegen eine Aussöhnung mit den Vereinigten Staaten auftraten, erneut gestärkt werden würde.

In diesem ungünstigen Gesprächsklima wechselte ich das Thema: „Einige unserer Strategen sagten mir, daß Sie den Sowjets gestattet hätten, hier in Ihrem Land Marinestützpunkte zu errichten. Könnten Sie das näher erklären?"

Ali protestierte heftig: „Das ist nicht wahr. Wir erlauben weder den Sowjets noch irgendeiner anderen ausländischen Macht, in unserem Land Miltärstützpunkte zu errichten. Wenn wir dennoch mit den Sowjets zusammenarbeiten, so tun wir es deshalb, weil sie uns helfen." Am Schluß unserer Unterredung hatte mir Ali folgende Botschaft für Washington mitgegeben:

„Bitte entbieten Sie meine herzlichsten Grüße Präsident Carter. Unterrichten Sie ihn bitte davon, daß wir sehnlichst darauf warten, wieder ungestörte und freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Demokratischen Jemen und den Vereinigten Staaten herstellen zu können. Wir gehen davon aus, daß Präsident Carter daran interessiert ist, mit allen Ländern in gutem Einvernehmen zu leben. Das ist eine positive Politik. In diesem

Sinne sollten unsere Beziehungen zueinander weiterhin vertieft werden."

Als wir uns schließlich verabschiedeten, überreichte ich Ali eine Keramikvase, die unsere Tochter Diane für ihn geformt hatte. Er sagte: „Das ist sehr lieb. Bitte danken Sie Ihrer Tochter dafür. Die Vase gefällt mir sehr gut." Dann trat er zur Tür, um sich an etwas anderem zu begeistern – am Regen nämlich, der hier in Aden als Rarität empfunden wird: „Das ist wahrlich ein gutes Omen", sagte er, bevor wir uns trennten.

Ich verließ Aden mit der festen Überzeugung, daß die angestrebten diplomatischen Beziehungen den Vereinigten Staaten ebenso nützen würden wie unseren Freunden in der Region. Amerika und Saudi Arabien hatten ein gemeinsames Interesse daran, die sowjetische Präsenz im Südjemen zu verringern. Daher brauchten wir dort dringend eine diplomatische Mission. Nach Washington zurückgekehrt, versäumte ich keine Gelegenheit, dieses Anliegen unserem Außenminister Vance und den zuständigen Herren im Weißen Haus immer wieder vorzutragen.

Im Weißen Haus konnte ich einen Monat später meinen Apell dem Präsidenten persönlich erklären. Jimmy Carter sagte, er hätte „überrascht und mit Zufriedenheit" die Mitteilungen von Präsident Ali zur Kenntnis genommen.

„Seine Worte sind überraschend herzlich", stellte Carter fest. „Wir hatten gehofft, daß wir unsere Situation dort verbessern könnten." Bei diesen Worten hakte ich ein und drängte, daß wir die von mir eingeleiteten Gespräche nicht weiter verzögern dürften: „Eine nochmalige Terminabsage würde – um es gelinde auszudrücken – Präsident Ali vor den Kopf stoßen."

Präsident Carter dankte mir und wollte sich „um die Sache kümmern", so, wie es auch Vance schon vor längerer Zeit versprochen hatte.

Carter hatte sein Wort aber gehalten. Fünf Monate nach meinem letzten Treffen mit Ali sollte – am 26. Juni 1978 – ein Beamtenteam des US-Außenministeriums zu „erläuternden Gesprächen" nach Aden reisen und dort in „nicht-kompromittierender Weise" die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen aushandeln. Ali hätte die US-Delegation am Tage ihres Eintreffens empfangen sollen.

Es war leider zu spät. Adens marxistische Hardliner hatten sich zum Handeln entschlossen. Besorgt über Alis Bemühungen um engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Saudi-

Arabien, konfiszierten radikale Umstürzler ein paar Jagdflugzeuge, beschossen mit ihren Bordwaffen den Präsidentenpalast und übernahmen die Regierung des Landes. Am gleichen Tage, als die US-Abordnung in Aden landen sollte, wurde Ali verhaftet – und kurz danach von einem Exekutionskommando erschossen.

Zur gleichen Zeit rief mich Botschafter Ashtal aus New York an, um mir zu sagen, daß unsere Delegation – ungeachtet der inzwischen erfolgten Annullierung – nach wie vor willkommen sei. Unsere Verhandlungsdelegation, die nur bis Sa'ana, der Hauptstadt des Nordjemen, gekommen war, mußte unverrichteter Dinge wieder nach Washington zurückkehren.

Erschüttert über die Ermordung Alis, bat ich Botschafter Ashtal um eine Erklärung. Er sagte mir: „Das war eine interne Sache, in die sich fremde Mächte nicht einmischen sollten." Trotzdem hatte mich Alis Schicksal sehr beschäftigt, und ich bin noch immer davon betroffen. Ich habe auch oft darüber nachgedacht, ob nicht meine Mission und Alis mitleidvoller Gnadenakt gegenüber Ed Franklin letztlich seinen Sturz besiegelt.

Rückschauend betrachtet, hatten meine Reisen nach Aden für mich persönlich eine größere Wichtigkeit als die gescheiterten Anstrengungen zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen. Nach meiner langjährigen Tätigkeit im Kapitol war ich zum ersten Mal mit den arabischen Problemen in Berührung gekommen, vor allem mit der explosiven Situation der Palästinenser. Ich studierte die Literatur über den Nahen Osten, sprach mit Experten, und konnte dabei die momentanen Geschehnisse in der Region immer besser verstehen.

Meine spezielle Beschäftigung mit den Nahost-Problemen sprach sich rasch herum, und somit war mein Büro zu einer Art Anlaufstelle für Reisende vom und in den Nahen Osten geworden – für Studierende, für Geschäftsleute, Geistliche und Regierungsbeamte. Bis dahin hatte kaum jemand aus unserem Kongreß Arabien besucht und sich praktisch niemand für die dortigen Probleme interessiert. Ich begann, im Kongreß darauf hinzuweisen. Aufgrund meiner speziellen Erfahrungen hatte ich mir einen Blickwinkel geschaffen, der – wie ich glaubte – sich auch mit den Interessen der Vereinigten Staaten decken müsse – weder pro-Israel noch pro-Arabien. Ich vertrat den Standpunkt, daß unser Widerwille gegen direkte Gespräche mit den politischen Führern der Palästinenser sowie die Abneigung gegen

Präsident Ali im Südjemen, unsere Bemühungen um einen Frieden im Nahen Osten ad absurdum führten.

Diplomatische Kontakte mit anderen Gruppierungen, wie fremd sie uns auch sein mochten, – klein oder mächtig – sind in jedem Fall nur vorteilhaft für die Entscheidungsbildung unserer Regierung. Dabei muß man sich mit der Politik der betreffenden Gesprächspartner keinesfalls identifizieren. In diesem Sinne fragte ich, warum wir nicht direkt mit dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat reden, dem anerkannten Stimmführer der Palästinenser? Ein Hinderungsgrund, den ich entdeckte, lag bei Henry Kissinger, der zwar meine Nahost-Mission unterstützt hatte, aber – in Erfüllung israelischer Wünsche – eine formelle Verbindung zur PLO ablehnte, bis diese das Existenzrecht Israels endgültig anerkennt. Das war eine hartnäckige Forderung, besonders im Lichte der kategorischen Weigerung Isreals, auf der anderen Seite auch einen neuen Palästinenser-Staat als seinen Nachbarn zu akzeptieren!

Um das Eis zu brechen, entschloß ich mich in dieser Situation für eine direkte Kontaktaufnahme zu Arafat. Zuerst hatte ich den PLO-Führer während meiner Nahost-Mission getroffen, als ich – im Januar 1978 – zum letztenmal mit Präsident Ali zusammengekommen war. Jetzt schlossen sich meiner Initiative mehrere Kollegen an, u.a. die Demokraten Leo Ryan aus Kalifornien, der später bei den Ausschreitungen in Jonestown (Guyana) umkommen sollte und Helen Meyner aus New Jersey. Gleichfalls war auch ein republikanischer Kongreßabgeordneter mit von der Partie, der mich jedoch aus Furcht vor den israelischen Aktivisten seines Wahlkreises inständig gebeten hatte, seine Teilnahme an unserem Vorgehen nicht publik werden zu lassen. Bevor wir unser Meeting veranstalteten, hatte ich die gleichen schlimmen Vorahnungen wie ich sie bei meiner Reise nach Aden vor vier Jahren empfunden hatte. Ich mußte jetzt sehr vorsichtig agieren, denn durch ein Zusammentreffen mit Arafat hätte ich die Grenzlinie überschritten, die Henry Kissinger auf Verlangen Israels deutlich markiert hatte.

„Ich stehe zu meinem Wort"

Als ich dann wenig später diese Markierungslinie ungehorsam überschritten hatte, entdeckte ich zu meiner Überraschung einen Arafat, der uns zwar in seinem schwerbewachten Apartment

empfing, aber alles andere war als ein wildäugiger, pistolenschwingender Fanatiker. Er sprach mit leiser Stimme und hörte aufmerksam zu, was wir ihm zu sagen hatten. Nachdem er uns ohne Kopfbedeckung begrüßt hatte, sahen wir, daß er eine spärlich behaarte Glatze hatte. Dieses Bild überraschte uns natürlich, da man in der Öffentlichkeit den PLO-Führer immer nur mit der traditionellen Palästinenser-Kopfbedeckung oder dem zerdrückten Miltärkäppi sieht. Auf unsere Fragen bezüglich des PLO-Terrorismus wiederholte er die bekannte Litanei. Da er seine Äußerungen aber aus der Tiefe erlittener Erfahrungen schöpfte, erschienen sie irgendwie überzeugend zu sein: „Ich bin ein Friedenskämpfer. Wir kämpfen für das Recht unseres Volkes, für die Freiheit von vier Millionen Palästinensern, die in einem drei Jahrzehnte andauernden Krieg enteignet und aus ihrer Heimat vertrieben worden waren."

Im späteren Verlauf des Jahres hatte ich eine weitere und produktivere Zusammenkunft mit Arafat. Diesmal war ich allein. Wir trafen uns im gleichen Apartment wie letztesmal. Arafat hatte seinen Sicherheitschef Abu Hassan bei sich, der alsbald durch eine Autobombe in Beirut getötet werden sollte. Dann nahm noch Mahmoud Labadi an unserer Unterhaltung teil, der Leiter für Öffentliche Angelegenheiten. Er sollte wenig später Arafat im Stich lassen, um sich den Extremisten anzuschließen, die von Syrien unterstützt wurden. Das waren also die Triebkräfte dieser gepeinigten Bewegung. Ich ersuchte Arafat, die Bedingungen darzulegen, unter denen die PLO einen Frieden mit Isael garantieren könne. War Arafat grundsätzlich bereit, Israel anzuerkennen?

In einem vierstündigen Gespräch, bis spät in die Nacht hinein, gab er mir seine Antwort. Wort für Wort und Satz für Satz erarbeiteten wir abschließend ein Statement, das ich in seinem Namen der Weltöffentlichkeit bekanntgeben sollte. Ich schrieb seine Worte nieder und las sie ihm mehrmals vor, damit er deren Bedeutung abwägen konnte. Als wir die Korrekturen beendet hatten, bat ich ihn, seinen Namen unter die Endfassung zu setzen. Dann sagte er plötzlich: „Nein. Ich möchte nicht meinen Namen darunterschreiben, aber ich stehe dennoch hinter diesen Worten. Sie können mich jederzeit zitieren."

Hier sind meine historischen Aufzeichnungen aus jener Nacht: „Die PLO akzeptiert einen unabhängigen Palästinenserstaat, bestehend aus der West Bank und Gaza sowie einem Verbindungskorridor. Unter diesen Gegebenheiten verzichtet die PLO

zukünftig auf jedwede Gewaltanwendung, um dieses Staatsgebiet zu erweitern. Ich möchte mir selbstverständlich das Recht vorbehalten, mit gewaltlosen, d.h. diplomatischen Mitteln eine Wiedervereinigung von Palästina in seiner Gesamtheit zu erreichen. Wir werden den Staat von Israel de facto anerkennen. Wir werden in Frieden mit unseren Nachbarn leben.

----- Damaskus, 30. November 1978"

Ich war begeistert – vielleicht ein bißchen zu viel. Arafats Versprechen kontrastierten scharf mit der barschen Rhetorik früherer palästinensischer Erklärungen, die – in der Tat – die Eliminierung Israels forderten. Es war selbstverständlich nicht alles, was sich Israel und die Vereinigten Staaten vorstellten –, aber es war immerhin ein ermutigender Anfang. Wenn das Vereinbarte Wirklichkeit werden könnte, würde diese friedliche Wirklichkeit jene Fanatiker Lügen strafen, die ihre Ziele nur mit den Mitteln der Gewalt erreichen wollten. Während unserer langen Unterredung berührten wir viele kritische Punkte. Um ihm meine Vertrauenswürdigkeit zu demonstrieren, ersuchte ich Arafat, jene Äußerungen zu unterstreichen, die er nicht zu publizieren wünschte.

Von seinem obigen, vorsichtig formulierten Grundsatzversprechen gab es kein Wort zu streichen. Er wollte, daß die Welt durch mich seinen Standpunkt erführe – und er erwartete jetzt begierig eine positive Antwort von Präsident Carter. Um eine der gebräuchlichen PLO-Ausdrücke zu gebrauchen, hatte Arafat durch meine Autorisierung zur Überbringung seines historischen Versprechens jetzt eine seiner „Karten ausgespielt". Dieses Versprechen auf einen Gewaltverzicht und der Anerkennung der Existenz des Staates Israel war ein sensationelles Zugeständnis, wie es durch die bisherigen PLO-Erklärungen noch nie zum Ausdruck gebracht wurde.

Tragischerweise zeitigte Arafats Botschaft an die Welt keinerlei Reaktion der USA. Später mußte ich erfahren, daß Außenminister Vance unserer Regierung zwar *privat* empfohlen hatte, wenigstens davon *Kenntnis zu nehmen*. Es ist dann auch keine öffentliche Erklärung über das Entgegenkommen Arafats erfolgt. Er selbst war in nachfolgenden Interviews den Fragen über seine Grundsatzerklärung, die wir gemeinsam formuliert hatten, immer wieder ausgewichen. Arafat war ja ein gewandter Schauspieler.

Meine Bemühungen hatten aber dennoch einen gewissen Erfolg darin, daß nämlich der von Carter neu ernannte Sonderbot-

schafter für den Nahen Osten, Robert Strauss, der kürzlich noch Vorsitzender des *Democratic National Committee* war, von meiner persönlichen Verbindung zu Arafat erfahren hatte, und mich dadurch regelmäßig in meinem Büro aufsuchte und konsultierte. Ich habe Strauss und Arafat zusammenbringen wollen, weil ich gerade diesen Kontakt als unerläßlich für den Fiedensprozeß im Nahen Osten erachtete.

Die Tatsache, daß Strauss Jude ist, hätte Tausende israelischer Juden in Israel ermuntert, die unnachgiebige Politik ihrer Regierung entschärfen zu helfen. Obwohl der neue Sonderbotschafter ein intimes Verhältnis zu Carter hatte, obwohl er komplizierte innen- und außenpolitische Probleme zu meistern verstand, war es Strauss nie gelungen, den US-Präsidenten für die Durchsetzung seiner Ziele im Nahen Osten zu aktivieren. Am Ende seiner diplomatischen Mission, als er die Leitung der unheilvollen Kampagne zur Wiederwahl Carters übernommen hatte, sagte mir Strauss: „Wenn man mich nach meinen Vorstellungen hätte gewähren lassen, so würde ich schon vor Monaten mit Arafat direkt verhandelt haben."

Ich war inzwischen immer tiefer in unsere Politik um den Nahen Osten hineingezogen worden. Da rief mich im August 1979 an einem frühen Sonntagmorgen der Abteilungsleiter Harold Saunders vom US-Außenministerium in Illinois an und bat um meine Hilfe. Auf Arafats Geheiß forderte Kuwait die Abfassung einer UNO-Resolution zur Lösung der Palästinenserfrage. Die Vereinigten Staaten wollten aus Rücksicht auf Israel diese Resolution nicht unterstützen; sie wollten aber auch nicht offiziell dagegen stimmen. Die Abstimmung war zunächst auf den kommenden Dienstag verschoben worden. Saunders wollte Zeit gewinnen, um bis dahin eine Formulierung zu finden, die beide Seiten zufriedenstellte, die arabischen Staaten ebenso wie die Amerikaner. Ängstlich bedacht auf Carters Anweisung, wonach nicht einmal informelle Gespräche mit der PLO geführt werden durften, hatte er es achtsam vermieden, mich direkt um eine Kontaktvermittlung mit Arafat zu bitten. Aber ich kannte Saunders gut genug, um den eigentlichen Grund seines Anrufes an jenem Sonntagmorgen zu erkennen. Er hoffte, daß ich Arafat hätte überzeugen können, eine Verschiebung der bereits festgesetzten UNO-Abstimmung zu befürworten.

Mein Anruf in Arafats Büro wurde sehr rasch zu ihm durchgeschaltet. Das war bei dem chaotischen Telefonverkehr in der Beiruter Zentrale ein seltener Zufall. Ich drängte Arafat, die

UNO-Konfrontation hinauszuzögern, mit dem Argument, daß ihm ein solches Entgegenkommen nicht nur nichts kosten würde, sondern er sich damit sogar die Dankbarkeit der Vereinigten Staaten einhandeln könne. Zwei Stunden später hatte Arafat Kuwait veranlaßt, die Abstimmung bei den Vereinten Nationen zu verschieben. Diese Aktion hinter den Kulissen ersparte den Vereinigten Staaten einen peinlichen öffentlichen Streit mit seinen arabischen Freunden. Am gleichen Wochenende agierte Carters Botschafter bei den Vereinten Nationen, Andrew Young, weniger bedacht als Saunders und traf sich in derselben Sache mit Zuhdi Terzi, dem PLO-Beobachter bei den Vereinten Nationen. Dieser Verstoß gegen Carters Verbot von Gesprächen mit der PLO führte geradewegs zur Entlassung des UNO-Botschafters Young.

Es dauerte nicht lange – da war schon wieder das Außenministerium am Telefon. Diesmal brauchte man – wegen der vertrauten Kontakte zu Arafat – meine Hilfe bei der Befreiung von US-Geiseln aus unserer Botschaft in Teheran. Bei unserer Zusammenkunft im Jahre 1978 hatte mir der PLO-Führer von seinen engen Verbindungen zu den Revolutionären im Iran erzählt. Das fiel mir jetzt wieder ein. Ich erkannte, daß die momentane Krise im Iran für Arafat eine günstige Gelegenheit darstellte, um sich durch humanitäre Hilfeleistungen den Vereinigten Staaten gegenüber zu profilieren, und vielleicht das Tor zu öffnen für friedliche Verhandlungen auf breiter Basis. Bei meinem neuerlichen Vorstoß konnte ich Arafat nicht direkt erreichen. Er war gerade abwesend von seinem Hauptquartier. Ich erreichte nur seinen Stellvertreter Mahmoud Labadi, den ich bei meinem zweiten Interview mit Arafat bereits kennengelernt hatte, und mit dem ich jetzt ausführlich sprechen konnte.

Labadi erinnerte mich daran, daß Arafat meinen Rat im Zusammenhang mit der befürchteten Konfrontation vor den Vereinten Nationen sehr wohl befolgt hatte, aber – wie er sich ausdrückte – „nichts dafür bekommen hat". Damit hatte er recht. Bisher war noch kein einziger Kompromißvorschlag akzeptiert worden, und Arafat hat in der Tat wenig Dank geerntet. Labadi sagte mir, daß er wegen der Situation im Iran nicht einer Meinung mit mir sei; aber er wolle dennoch meine Argumente und Empfehlungen ausführlich dem PLO-Führer übermitteln. Noch einmal hatte Arafat geholfen. Er sandte einen Boten zu Khomeini. Dieser hatte – wie mir Saunders berichtete – in erfolgreicher Weise die Freilassung der ersten elf US-Geiseln arrangiert.

Für diese Hilfe dankte die Carter-Regierung dem PLO-Führer Arafat privat – sehr privat, möchte ich sagen. Öffentlich allerdings waren die Sprecher der Carter-Regierung den unbegründeten Spekulationen, wonach bei der Geiselnahme die PLO angeblich mit dem Iran zusammenarbeitete, in keiner Weise entgegengetreten. Marvin Kalb von der CBS berichtete diffus, daß man im Lagerraum der amerikanischen Botschaft „irgendjemanden" Arabisch sprechen hörte (Perser sprechen normalerweise Farsi, eine komplett andere Sprache!). Das sei ein Indiz dafür, daß die PLO für die Geiselnahme verantwortlich war. Die Wahrheit war aber genau umgekehrt. Kurz bevor er sein Amt aufgab, hatte mir Außenminister Vance offenbart, daß er „nahezu täglich" mit Arafat in Verbindung stand, und sein Stab während der hinhaltenden Geiselaffäre im Iran dankbar die Hilfe der PLO in Anspruch genommen hatte. Dennoch hatte Vance von diesem Entgegenkommen nichts in der Öffentlichkeit verlauten lassen.

Während verschiedener „nicht-protokollarischer" Meetings im Weißen Haus plädierte ich gegenüber dem Präsidenten, die gemäßigte kooperative Haltung Arafats öffentlich zu würdigen, und ich warnte davor, daß das Ausbleiben solcher Gesten die radikalen Kräfte nur stärken würde. Carter hatte mir zwar interessiert zugehört, aber meinen Rat nie befolgt. Später erfuhr ich, daß vor allem unser Vice Präsident Walter Mondale, mehr als jede andere Persönlichkeit in unserer Regierung, sich mit Überzeugung gegen jegliche öffentliche Statements gewandt hatte, die eine Kooperation mit der PLO erkennen ließen.

Mahmoud Labadi hatte vor diesem Hintergrund PLO-Chef Arafat dessen Zusammenarbeit auch nie verziehen. Schon drei Jahre danach desertierte er von der PLO, um zusammen mit den Rebellen in Tripoli Arafat unter Druck zu setzen. Um seinen Frontwechsel zu entschuldigen, richtete er heftige Kritik an die Adresse Arafats wegen dessen Hilfeleistung bei der Befreiung amerikanischer Geiseln: „Er (Arafat) hatte gutgläubig den USA gegenüber immer wieder Konzessionen gemacht, die von Carter aber rundweg ignoriert worden sind. Ich denke, wir sollten jetzt unseren bewaffneten Widerstand gegen die israelische Okkupation unseres Landes steigern." Labadi und seine abtrünnigen Kameraden richteten ihre Waffen nunmehr gegen Arafat. Dabei prophezeiten sie – wenn auch falsch –, daß ihre militärischen Aktionen den Palästinensern zukünftig das bringen werden, was

die Diplomatie des PLO-Chefs Arafat bisher nicht zu erreichen vermochte.

Im Verlaufe der Jahre 1979 und 1980, hatte ich angesichts der beklagenswerten Gewaltaten gegen Palästinenser mein Möglichstes getan, um Carter zu bewegen, schnellstens Einhalt zu gebieten, damit die wiederholten militärischen Attacken gegen den Libanon sofort eingestellt würden. Israel hatte die Bombardierung von kleinen Ortschaften und verschiedenen Beiruter Stadtvierteln mit grausamer Härte fortgeführt. Die israelischen Bomben töteten unschuldige Zivilisten. Auch hier waren die Bomben von den USA geliefert worden.

In dieser Situation entschloß sich Außenminister Vance schließlich zu einem ungewöhnlichen Schritt. Er hatte dem Kongreß einen formell verfaßten Bericht vorgelegt, wonach Israel beschuldigt wurde, das amerikanische Gesetz *möglicher weise verletzt* zu haben. Nach diesem Gesetz dürfen jene von den USA gelieferten Waffen nur zur Selbstverteidigung verwendet werden. Während unsere Regierung nicht die nächstlogische Maßnahme ergriff und – wegen der penetranten Gesetzesverletzung – ihre Militärhilfe für Israel stoppte, erklärten sie die Tolerierung der explosiven Situation mit der gummihaften Formulierung im Vance-Bericht: *möglicherweise verletzt hat.* Das war eine jener seltenen Augenblicke, da es eine US-Regierung gewagt hatte, Israel öffentlich – wenn auch konsequenzlos – zurechtzuweisen.

Hinter den Kulissen reagierte indessen Präsident Carter wesentlich härter – aber nur für kurze Zeit. Im Sommer 1980 sandte er einen seiner Diplomaten zu Ministerpräsident Menachim Begin, um ihn eindringlich davor zu warnen, daß die USA-Hilfe für Israel gefährdet sei, sollten die israelischen Luftangriffe gegen den Libanon nicht sofort eingestellt werden. Begin machte einen schnellen Rückzieher, rief seinen Luftwaffenchef an und gab ihm den Befehl zur unverzüglichen Einstellung der Attakken.

Angesichts der bevorstehenden November-Wahlen war Carters beherzte Entscheidung im Laufe des Sommers immer mehr ausgehöhlt und abgeschwächt worden. Israel durfte weiterhin und ungehindert seine US-Waffen gegen den Libanon einsetzen, und Carter hatte es still geduldet. Meine Proteste auch im Kapitol waren dementsprechend ohne Widerhall geblieben. Sie wurden einfach ignoriert von den Tonangebern unserer Regierung.

Mein Aufbegehren für den Frieden war aber trotzdem nicht ganz ungehört geblieben. Im Gegenteil. Durch meine zahlreichen Auftritte im Fernsehen und den vielen Interviews im Radio war ich zu einer Art amerikanischer Kuriosität geworden. Immer wieder haben amerikanische und ausländische Zeitungen über meine unkonventionellen Aktivitäten berichtet, manchmal auch gehässig. Und wenn ich auf den Anfang meines Kampfes für die Gerechtigkeit zurückblicke, muß ich an Ed Franklins Mutter denken – wie durch ihren Bittbrief aus dem Jahre 1974 seither mein Lebensweg unausweichlich vorgezeichnet wurde.

Aufruhr im Mittleren Westen

Während ich unbeirrt meine *Ein-Mann-Friedensinitiative* vorantrieb, organisierte die bekannte Gegnerschaft indessen die Vernichtung meines politischen Einflusses. US-Wahlstrategen hatten prognostiziert, daß angesichts meines erdrutschartigen Vorsprungs bei den Wiederwahlen – ich erhielt 70 Prozent der Wählerstimmen von 1978 – meine eigenwilligen Aktivitäten in unserer Aussenpolitik zu einem gefährlichen Stolperstein werden könnten. Meine Reisen in den Nahen Osten würden bestimmte Kreise zur Bereitstellung gewaltiger Geldmittel animieren, mit deren Hilfe man mich bei den kommenden Wahlen erbarmungslos attackieren würde.

Solche Attacken hatten bereits im Frühjahr 1979 begonnen, als – von israelischen Aktivisten stärkstens unterstützt – der aggressive frühere US-Gesetzgeber David Robinson seine Wahlkampagne gestartet hatte, um als Demokratischer Abgeordneter meinen Sitz im Kongreß einzunehmen, den ich neun Jahre lang innehatte. Wenig später – drei Monate vor der Erstwahl im März 1980 – trat noch der populäre Republikanische Bürgermeister von Quinci (Illinois), David Nuessen, auf den Plan. Durch eine professionell geführte Kampagne, die von pro-israelischen Aktions-Komitees und einflußreichen Personengruppen unterstützt wurde, sollte meine Wiederwahl mit allen Mitteln verhindert werden. Diese durch dubiose finanzielle Mittel unterstützten Angriffe empfand ich als unerbittliche Faustschläge, die mich mehr verletzten, als ich zunächst realisieren konnte. Mit knapper Not konnte ich bei den Republikanischen Vorwahlen nur noch 55 Prozent der Wählerstimmen für mich verbuchen.

Es war ein Jahr großer Überraschungen. Am meisten berührte

mich im Zusammenhang mit meiner Kanditatur damals die Reaktion von Dr. Arthur Burns, ehemals Vorsitzender des *Federal Reserve Board* und späterer US-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Unmittelbar nach der Vorwahl erklärte ich ihm telefonisch meine schwierige Wahlsituation in bezug auf gewisse gesetzgeberische Maßnahmen. Darauf hatte Burns großmütig geantwortet: „Wir können es uns einfach nicht leisten, dich zu verlieren. Deine Wiederwahl ist äußerst wichtig für unsere ganze Nation." Das klang sehr erfreulich für mich, daher machte ich ihm den folgenden bescheidenen Vorschlag: „Wenn du deine Ansichten in einem Brief zum Ausdruck bringen könntest, den ich für meine Wahlkampagne verwenden dürfte, dann wäre das wahrlich eine große Hilfe für mich."

Ein solches Empfehlungsschreiben wäre für Burns wirklich keine besondere Sache gewesen. Ich hätte ihn auch nie darum gebeten, wenn er vorher nicht von sich aus und so überschwenglich meine Verdienste gewürdigt hätte. Nur so konnte ich erwarten, daß Burns ohne Zögern meine Bitte erfüllen würde. Warum auch nicht? Ein derartiges Entgegenkommen wäre eine Selbstverständlichkeit gewesen für einen Republikaner, der genauso alt war wie ich. Burns war sein Leben lang nicht nur ein überzeugter Republikaner, sondern darüberhinaus auch mein enger Freund, der während meiner langen Kongreßtätigkeit immer an meiner Seite stand. Ein paar Jahre früher hatte er auf meine Bitte hin bei der Promotionsfeier meiner *alma mater* am *Illinois College* noch eine Rede gehalten. Wir hatten auch dieselben Ansichten in ökonomischen und fiskalischen Belangen.

Nach all diesen freundschaftlichen Gemeinsamkeiten aus der Vergangenheit schlug mir in diesem traumatischen Jahr seine Antwort eine tiefe Wunde: „Oh", ließ mich Burns kurz wissen. „Das kann ich wirklich nicht tun – wegen deiner Ansichten über die PLO. Es tut mir leid."

Ich war wie betäubt. Überraschungen waren nichts Neues für mich – auch Enttäuschungen wußte ich hinzunehmen. Aber der abschlägige Bescheid meines langjährigen Freundes Burns hatte mich sprachlos gemacht.

Was bedeutete diese Lektion? Kein Ereignis meiner Vergangenheit hatte mir so deutlich offenbart, welche versteckte Macht die Israel-Lobby in der politischen Szene der Vereinigten Staaten auszuüben vermag. Dieser große, liebenswürdige und edle jüdische Politiker – er war seit zwanzig Jahren mein persönlicher Freund – konnte sich einfach nicht über diese Lobby hin-

wegsetzen. Er traute sich nicht, auch nur ein gutes Wort zu Gunsten meiner Kanditatur öffentlich auszusprechen. Ich erzähle diese Episode, damit man erkennt, wie es in unserem Land mit der Meinungsfreiheit bestellt ist. Wenn schon ein bedeutender Mann wie Arthur Burns seine Ansichten nur privat und hinter vorgehaltener Hand äußern darf – wie gefährlich muß es dann erst für weniger bedeutende Bürger sein, wenn sie ihre wahre Meinung kundtun?

In der Zwischenzeit hatte der Demokratische Politiker Robinson begonnen, seine Wahlwerbungs-Anzeigen von Küste zu Küste in jüdischen Zeitungen zu plazieren. Um besondere Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit zu erwecken, attakkierte er mich darin als „praktizierenden Antisemiten und einen der ärgsten Feinde, den – in der langen Geschichte des Kongresses – Juden und Israel jemals erlebt haben." Robinson hatte für seine gehässige Werbung Unterstützungsgelder aus fünfzig Staaten kassiert, alles in allem 1,2 Millionen Dollar. Das war die teuerste Wahlkampagne in der Geschichte von Illinois. Wir anderen hatten lediglich je 600.000 Dollar ausgegeben. Studenten von New York und Kalifornien waren nach Illinois eingereist, um hier als Wahlhelfer den Demokraten Robinson in den Sattel zu heben.

„Dirty tricks" – jene schmutzigen Methoden verfolgten mich in die entferntesten Winkel unseres Landes. Eines Tages sollte ich vor dem Kuratorium für Auslandsbeziehungen in Chicago über unsere US-Außenpolitik sprechen. Als ich gerade meine besonderen Anliegen zu erläutern begann, schrie jemand aufgeregt vom Eingang herüber: „Wir haben soeben einen Anruf erhalten – hier im Saal ist eine Bombe installiert!" Etwa fünfhundert Zuhörer stürmten panikartig ins Freie hinaus. Die Polizei fand unter dem Deckel des Konzertpianos, das auf der Bühne stand, wenig später ein mit Kaugummi gefülltes Eisenrohr.

Robinsons Wahlhelferkolonnen hängten sich weiterhin verbissen an meine Fersen, bis nach Detroit und Michigan, wo ich auf den Versammlungen als Delegierter der Republikaner auftreten sollte. Dort hatten sich die Störtrupps unter die Menge gemischt und nach Pfeifkonzerten immer wieder ihre Sprechchöre angestimmt: „Paul, Paul, he must go --- he supports the PLO!" (Paul soll abhauen; denn er unterstützt die PLO!)

Zunächst war damals meine gefährliche Lage durch die parallel verlaufende Präsidentenwahl für Reagan gar nicht in Erscheinung getreten. Aber als Reagans Planungsstab erfuhr, daß wir in Springfield gerade ein Frühstück für Wahlsponsoren organisiert hatten, fragten ihn seine Manager, ob er nicht einen Abstecher dorthin machen könne. Diese spontane Herzlichkeit sollte sich aber schlagartig abkühlen; denn als Reagan schließlich nach Illinois kam, hatte ihn sein New Yorker Managerteam schon gewarnt gehabt: „Sie brauchen nur ein wenig freundlich zu sein mit Findley – dann haben Sie mit Sicherheit New York verloren!" Durch diesen Hinweis wurden dann außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, um Reagan, den Kandidaten meiner eigenen Partei, möglichst weit von meiner Person fernzuhalten.

Das war natürlich nicht ganz einfach; denn Springfield, im Herzen meines Wahldistrikts gelegen, war sozusagen das *Mekka der Republikaner*. Der erste Präsident der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln, stammte aus dieser Stadt. Dadurch war Reagan in die größte Verlegenheit geraten; denn er konnte es sich als Republikanischer Präsidentschaftskanditat nicht leisten, Springfield einfach links liegen zu lassen. Man kann sich vorstellen, wieviel Kopfzerbrechen im Reagan-Camp damals herrschte, um aus dieser peinlichen Zwickmühle herauszukommen: Einerseits konnte man sich nicht öffentlich und abrupt von mir distanzieren. Auf der anderen Seite war ein Auftritt Reagans an der Wiege der Republikaner in Springfield für ihn unerläßlich.

Greg Newell, der die Wahlveranstaltungen Reagans geleitet hatte, versuchte die peinliche Lage folgendermaßen zu meistern: Ronald Reagan sollte auf der Pilgerfahrt zunächst vor Lincolns altem Wohnhaus seine große Rede halten, just zu jenem Termin, als ich gerade meine Hauptveranstaltung zu Ehren von wohlhabenden Sponsoren absolvierte, die uns Republikanern zum Wahlsieg verhelfen wollten. Um schließlich allen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, hatte Newell überraschenderweise Reagans bedeutenden Auftritt vor dem Lincoln-Haus in letzter Minute an dessen Grabstätte verlegt, die am anderen Ende von Springfield lag. Raffinierterweise hatte er auch Reagans Rede gekürzt, um – im Zusammenhang mit seinem Auftritt in Springfield – das Interesse der Presse etwas abzuschwächen.

Ich wußte, daß viele meiner Wähler selbstverständlich und vor

allem auch Reagan sehen wollten, wenn er nach Springfield kommt. Um nun diesem Umstand Rechnung zu tragen, hatte ich vorsorglich meine Veranstaltung mit den Parteispendern auf einen früheren Zeitpunkt verlegt gehabt, damit wir alle – auch ich – Reagans Auftritt am Grabe von Abraham Lincoln miterleben konnten.

Inzwischen hatte aber Reagans Manager still und leise eine Anweisung erlassen, von der wir natürlich sehr rasch erfuhren: „Findley darf unter keinen Umständen in die Nähe von Reagan gelangen!" Auch diese Forderung konnte nur mit großen Schwierigkeiten erfüllt werden; denn bei allen anderen Veranstaltungen in Illinois standen – neben Reagan – auch seine Kandidaten für das Repräsentantenhaus mit auf der Rednerplattform. Nur ich sollte da plötzlich nicht erscheinen.

Als die intrigante Anweisung der Reagan-Strategen bei uns bekannt wurde, hatte mein eigener Wahlmanager Don Norton natürlich sofort und schärfstens dagegen protestiert. Da hatten Reagans Berater einen neuen Gang eingelegt: Diesmal verfügte man, daß alle Kongreßmitglieder während der Wahlveranstaltung in Illinois gleichermaßen zu behandeln sind. Demnach wurde auch allen anderen Parteikollegen verboten, das Podium zu betreten, geschweige denn sich neben Reagan zu stellen. Der Kongreßabgeordnete Ed Madigan – er sollte entweder vor Reagans Ankunft in Bloomington sprechen, oder warten, bis der Präsident die Rednertribüne wieder verlassen würde – war von dieser Anordnung derart konsterniert, daß er zu guter Letzt überhaupt nicht mehr ans Mikrophon trat.

In Springfield hatte der Stabsleiter des Reagan-Teams, Paul Russo, nur eine Aufgabe zu erfüllen, die aber als die wichtigste erschien. Er mußte mich aus dem Sichtwinkel aller Kameras hinauszaubern, wenn Reagan ins Rampenlicht treten würde. Ich fand mich dann auch – wie in einem Baby-Laufstall – regelrecht ausgesperrt, während sich Ronald Reagan, achtzig Meter entfernt von mir, vor der berühmten polierten Lincoln-Nase an der Statue am Eingang zur Gruft fotografieren ließ.

Am nächsten Veranstaltungsort, einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Springfield, hatten Russos Leute versucht, mich nicht mehr aus einem Bus herauszulassen, wobei sie gleichzeitig auch meinen Freund, den Senator Charles H. Percy, festhielten. Durch diese Aktion sollte – während Reagan zu den Bergleuten sprach – natürlich nur ich am Erscheinen gehindert werden. Durch das gegen mich gerichtete Vorgehen war auch Percy in

Mitleidenschaft gezogen worden. Nach gemeinsamen Anstrengungen war es uns schließlich gelungen, die Tür unseres Bus-Käfigs gewaltsam aufzubrechen. Aber da hatte Reagan bereits seine Rede beendet und war vom Schauplatz verschwunden.

Auch Bob Hope scherte aus

Die *Panik* um meine Person hat sogar Hollywood erfaßt. Bob Hope, der an den Fronten des Zweiten Weltkriegs oder in Korea nie gezittert hatte vor feindlichen Attacken, und der auch die schweren Angriffe überlebte, als er Präsident Nixons Vietnampolitik schärfstens verurteilte, sah sich einem neuerlichen vernichtenden Trommelfeuer ausgesetzt, nachdem er sich zu seinem persönlichen Erscheinen anläßlich einer Versammlung von Wahlsponsoren in Springfield bereiterklärt hatte.

Zwei Jahre vorher hatte ich – anläßlich seines 75. Geburtstages – meinerseits im Repräsentantenhaus eine Riesenparty für Hope organisiert. Dieses Fest zählte zu den lustigsten Momenten, die das Haus jemals erlebte. Bob Hope und seine Frau saßen auf der Galerie, als die Kongreßmitglieder unserem bedeutendsten Unterhaltungskünstler ununterbrochen ihre Glückwünsche zuriefen. Die Glückwunscheintragungen füllten vierzehn Seiten des *Congressional Record.*

In dankbarer Erinnerung dieser unvergleichlichen Party wollte Bob Hope jetzt auch mir bei meiner 1980-Wahl behilflich sein. Dazu hatte mir sein Manager Ward Grant, dem – im Zusammenhang mit meiner Nahost-Politik – die versteckten Angriffe der Israel-Aktivisten auf meine Person bestens bekannt waren, erklärte: „Wir brauchen in unserem Kongreß Männer, die sich auch zu widersprechen trauen."

Diese Ansicht schien sehr rasch ins Gegenteil umzuschlagen, als nämlich just in jenen Tagen – von der Ost- bis zur Westküste – ein unbarmherziges Kesseltreiben gegen mich inszeniert wurde. Dazu hatte Don Norton jenen dringenden Anruf von Bob Hopes Manager notiert:

„Grant sagte mir, daß Hope aus dem ganzen Land von Juden und Nichtjuden unter furchtbaren Druck gesetzt wird. Er sagte, daß Hopes 35jähriger Anwalt, der selbst Jude ist, bereits seine Kündigung angedroht hat. Die Pressionen waren unvorstellbar, sowas hatten sie noch nie erlebt, und Hope kann einfach nicht kommen."

Fassungslos gab Norton zu bedenken, daß unsere Veranstaltung bereits überall angekündigt worden sei, alle Arrangements seien getroffen, die Eintrittskarten verkauft – und die Begeisterung sehr groß. Seine Einwände konnten uns aber nicht weiterhelfen. Nachdem mich Norton von der schockierenden Absage unterrichtet hatte, versuchte ich von mir aus, Bob Hope selbst an die Strippe zu kriegen, um ihn zu überreden, seinen Entschluß noch einmal zu überdenken.

Nachdem ich nicht bis zu ihm vordringen konnte, schrieb ich an Bob Hope einen vertraulichen Brief, in dem ich ihm die Details meiner öffentlich unbekannten Bemühungen mitteilte, die vor einem Jahr zu einer Annäherung zwischen dem PLO-Führer Arafat und Carters Nahost-Emissär Robert Strauss führen sollten. Dazu übermittelte ich ihm Kopien jener Erklärungen, die ich auf Verlangen der beiden Politiker überbracht hatte. Ich bat Hope, meine Informationen vertraulich zu behandeln, denn – damals wie heute – hat unsere Regierung der Öffentlichkeit gegenüber eine Haltung gezeigt, als würde sie einen Kontakt zur PLO ablehnen. Auf diesen Brief erhielt ich keine Antwort mehr. Auch meine Telefonanrufe blieben ohne Reaktion.

Die einzige freudige Überraschung, die ich damals erlebte: Strauss – er war selbst Jude und ein prominenter Demokrat – versprach mir zu helfen. Als ich ihn – völlig unerwartet – eines Nachmittags auf der Treppe zum Repräsentantenhaus traf, berichtete ich ihm von meinen Problemen und fragte, ob nicht er einmal mit Bob Hope sprechen könne, um ihn von meinen Schwierigkeiten mit bestimmten Juden zu unterrichten, die nur deshalb entstanden sind, weil ich mich für unser Land und für den Frieden im Nahen Osten eingesetzt habe.

Zum damaligen Zeitpunkt hatte Strauss gerade seinen Diplomatenposten aufgegeben gehabt und arbeitete als Vorsitzender von Carters unheilvollem Wahlausschuß. In einer bemerkenswerten Geste seiner Großmut – noch dazu einem Republikaner gegenüber und inmitten eines angeheizten Wahlkampfes – wollte Strauss mein freundschaftliches Verhältnis zu Bob Hope wieder herstellen. Er sagte: „Vielleicht gelingt es mir, ihn (Hope) über die verrückten Pressionen, denen er ausgesetzt ist, aufzuklären.” Abschließend gab mir Strauss einige Telefonnummern, unter welchen ihn Bob Hope hätte erreichen können.

In einem Telegramm an Bob Hope erklärte ich: „...er (Strauss) würde gerne mit Dir oder jemand anderem über die Bedeutung meiner Arbeit sprechen und über die *verrückten* Pressionen –

wie er es formulierte –, denen Du durch unsere Verbindung ausgesetzt bist."

Im weiteren Verlauf der Ereignisse hat die *verrückte* Pression dann ihren Tribut gefordert, und Hope hatte sich auch nicht mehr gemeldet. Noch immer habe ich mir ein Souvenir aus jenen Tagen aufbewahrt, ein Blatt aus meinem Notizblock, auf dem ich mir die Telefonnummern aufgeschrieben hatte, die mir Strauss damals gab. Daneben vermerkte ich auch dessen Worte, die er zum Abschied sagte: „Ich wünsche Ihnen das Beste und hoffe, daß wir beide es am 4. November (Wahltag) schaffen werden. Wir werden dann viel zu arbeiten haben, um gemeinsam unsere Proleme zu bewältigen."

Ein paar Tage nach diesem letzten Gespräch mit Strauss hatte ich endlich und plötzlich Bob Hope wieder am Apparat. Es war nicht mehr der alte übersprudelnde Bob. Ich versicherte ihn meines Bedauerns, daß er plötzlich durch eine Lawine von Protestanrufen nahezu verschüttet wurde. Dennoch würde es mich sehr schmerzen, wenn er jetzt – da unsere Wahlveranstaltung schon vorbereitet sei – nicht erschiene.

Hope warf dazwischen: „Ich habe die Briefe gelesen, die du mir geschickt hast. Du solltest damit an die Öffentlichkeit gehen und dich mit den Fakten verteidigen." Ich sagte: „Ich kann das beim besten Willen nicht tun. Meine Informationen sind höchst geheim, und ihre Publizierung würde den Friedensprozeß zunichte machen, den Carter insgeheim vorantreibt." Bob hielt für einen Moment inne. Dann sagte er abschließend: „Ich kann dieses Problem wirklich nicht brauchen. Schließlich habe ich all diese Anrufe bekommen. Ich kann diesen Druck nicht mehr aushalten. Ich möchte da nicht mehr hineingezogen werden."

Hope ist unserer Wahlveranstaltung ferngeblieben, und glücklicherweise hat dennoch – außer einem einzigen Zuhörer – keiner seine Eintrittskarte refundieren lassen. Im Gegenteil. Die versammelte Menschenmenge hörte eine aufrüttelnde Rede des Kongreßabgeordneten Guy Vander Jagt, der in letzter Minute noch eingesprungen war.

Der Druck seitens der Lobby war ebenso spürbar, als Ex-Präsident Gerald R. Ford zugesagt hatte, in meinem Namen – diesmal in Alton, Illinois – aufzutreten. Hier begannen die Schwierigkeit mit einem sonderbaren Anruf aus Palm Springs. Fords Sekretär war am Telefon und entschuldigte sich windend, daß der Ex-Präsident leider nicht auf unserer Veranstaltung erscheinen könne. Sein Sekretariat hätte ihn für denselben Tag

versehentlich schon in Michigan eingeplant gehabt, um dort vor der *Bar-Association* eine Rede zu halten. Leider seien auch alle anderen Termine schon vergeben, sagte der Mann am Telefon. „Nur nach der Wahl – da wäre noch was frei!" Um dennoch einen Ausweg zu finden, hatte mein Sekretär Bob Wichser direkt bei der *Michigan Bar Association* rückgefragt. Dabei mußte er erfahren, daß es von ihrer Seite aus keinen Hinderungsgrund gab – auf dem Terminkalender des Verbandes war für den betreffenden Zeitraum keine Veranstaltung eingetragen.

Jetzt war ich vollkommen verunsichert. Sechzehn Jahre hindurch hatte ich mit Ford – er war Parteiführer der Republikaner im Repräsentantenhaus – eng zusammengearbeitet. Niemals war eine Meinungsverschiedenheit Anlaß für ihn, etwa einem Republikanischen Kollegen seine Hilfe zu verweigern, wenn es um dessen Wiederwahl ging. Als ich deshalb angerufen hatte, sagte er: „Paul, ich möchte ganz offen und ehrlich mit dir reden. Mein Problem ist ganz einfach deine Verbindung und deine Aktivitäten mit der PLO und Arafat."

Erst gestern hatte Reagan Carter den Kopf gewaschen, weil er sich weigerte, die PLO als terroristische Organisastion zu brandmarken. „Dieser Umstand drängt mich in eine schwierige Lage", sagte Ford. „Natürlich möchte ich Reagan unterstützen. Wenn ich aber jetzt daherkäme und mich auf jeder Pressekonferenz auch hinter dich stellte, würde man mich jagen und mit Fragen in die Zange nehmen, wie sich meine Haltung überhaupt vereinbaren läßt. Ich kann doch nicht für Reagan einstehen und gleichzeitig den Findley verteidigen, mit seinen Ansichten über die PLO."

Trotz dieser verheerenden Rückschläge und der über ganz Amerika entfachten Hetze gegen mich, habe ich 1980 dennoch die Wahl mit 56 Prozent der Stimmen gewonnen. Irgendwie war ich zufrieden, weil ich annahm, daß ich das Schlimmste überstanden hatte. Was konnten mir die Israel-Aktivisten noch Ärgeres antun? Mit dieser Erkenntnis setzte ich meine Friedensbemühungen unbeirrt fort. Allerdings habe ich damals noch nicht die stürmischen neuen Auseinandersetzungen ins Kalkül gezogen, die uns im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt noch ins Haus standen.

Ende 1981 hatte aufgrund bestimmter Strukturveränderungen ein Bundesgericht neue Grenzziehungen innerhalb meines Distrikt verfügt, wodurch meine alte Heimatstadt Jacksonville ausgegliedert, und dafür Decatur meinem Gebiet einverleibt wurde.

Decatur war die Stadt mit der höchsten Arbeitslosenrate in den Vereinigten Staaten. Dementsprechend gab es dort auch ein Übergewicht der Demokraten, das – durch die Einverleibung Decaturs – die Wählerstruktur bei uns substantiell veränderte. Dazu kam noch die fieberhafte Rezessionsangst und die Unzufriedenheit bei unseren Farmern.

Zwei Jahre später hatten vor diesem Hintergrund die neuen Wahlen begonnen. Ich hatte bei den Vorwahlen zunächst noch keine ernsthafte Opposition zu fürchten. Aber dann profilierte sich mein Demokratischer Herausforderer Richard Durbin immer mehr. Er war ein erfahrener und beliebter Politiker, der in unserem Wahlkampf jetzt in die alte Kiste griff, um die von Robinson hinterlassenen Hilfsmittel wieder hervorzuholen. Dazu gehörte vor allem die wertvolle Sponsorenliste mit den Namen seiner Sympathisanten aus ganz Amerika. Die *Associated Press* berichtete damals: „Amerikanische Anhänger des Staates Israel pumpen abermals Gelder in eine emotionale Wahlkampagne, wodurch dem Abgeordneten Paul Findley sein Mandat für Central Illinois entzogen werden soll."

Zu meinem Vorteil konnte ich diesmal jedoch mit der Unterstützung Reagans rechnen. Hier war es vor allem der Vizepräsident George Bush, mein früherer Kollege im Repräsentantenhaus, der die Pro-Israel-Einwände aus Texas aus dem Weg räumte und sich zu meinen Gunsten in Springfield einsetzte.

Damals sollte aber keine Nachwahl mehr stattfinden. Ich hatte dann mit einer Differenz von 1.407 Stimmen verloren, weniger als ein Prozent aus dem Gesamtergebnis. Bei einem derart knappen Wahlausgang war natürlich jeder geringste Negativfaktor ausschlaggebend. Die Attacken seitens der Israel-Aktivisten stellten nur einen dieser Faktoren dar. Dennoch beeilte sich das *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC), Washingtons einflußreichste Israel-Lobby, meine Niederlage auf ihre Fahne zu heften.

Kurz nach dem Wahltag verkündete auf einer jüdischen Versammlung in Austin deren Organisationsleiter Thomas A. Dine, daß seine Leute 150 Studenten von der Universität Illinois herbeigeschafft hätten, die sich „auf die Straße begaben und an die Türen klopften". Dine schloß seine Rede, daß seine Lobby – entgegen allen Erwartungen – es geschafft habe, Findley zu besiegen. Seine Strategie hatte er sodann detaillierter erläutert und

schätzte, daß von den 750.000 Dollar Wahlspenden aus Durbin allein 685.000 von Juden stammten. Addiert man hierzu etwa die gleiche Summe, die Republikanische Sponsoren für meinen Wahlkampf aufgewendet hatten, so stellt im Wettstreit um die zulässigen Gesamtausgaben dieser Betrag einen neuen US-Rekord dar.

Unerklärlich

Die großangelegte Kampagne, die mich aus dem Kongreß verdrängen sollte, hatte schon 1979 begonnen und wurde über die nächsten vier Jahre hinweg unvermindert fortgesetzt. Sie aktivierte die Aufmerksamkeit und gleichzeitig auch die Findigkeit von Bürgern aus allen Lagern der USA. Ihr Engagement schien unsere ganze Nation erfaßt zu haben. Senator Bob Dole aus Kansas, mit dem ich sechs Jahre hindurch im Landwirtschafts-Ausschuß zusammengearbeitet hatte, stellte fest, daß sich in seiner Heimatstadt Kansas die Pro-Israel-Anführer vor und nach der letzten Wahl sehr intensiv mit meiner Kanditatur beschäftigt hatten. Auch Clarence Palmby, ehemals Unterstaatssekretär für Landwirtschaft, hatte erfahren, daß meine Wahlniederlage 1982 – als ihr wichtigstes politisches Ziel – von den Partnern einer der größten New Yorker Anwaltsfirmen systematisch betrieben wurde.

Nach 22jähriger Kongreßerfahrung waren für mich Rückschläge auch gleichzeitig mit Enttäuschungen verbunden. Beides mündete aber immer in Staunen. Vor allem wunderte ich mich über das Verhalten der Israel-Aktivisten. Warum haben sie für meine Eliminierung aus dem Kongreß derart bedenkliche Mittel angewandt? Warum haben Leute aus allen Teilen Amerikas, die mich persönlich überhaupt nicht kannten, plötzlich Haßgefühle gegen mich entwickelt? Warum haben andere für meinen Ruin so tief in ihre Taschen gegriffen, und vereinzelt bis zu 1.000 Dollar gespendet?

Israel-Aktivisten werden da sicher keine schwarzen Flecken in meinem Wahlregister gefunden haben; denn Jahre hindurch habe ich immer wieder konsequent unseren Hilfeleistungen für Israel zugestimmt. Manchmal habe ich mich kritisch über Ägypten und andere arabische Staaten geäußert. Selbst als ich Präsident Carter zur Unterbrechung unserer Hilfslieferungen ermunterte, um Israel dadurch zur Einstellung seiner Angriffe auf

den Libanon zu zwingen, habe ich dem Kongreß für die Fortführung der Wirtschafts- und Militärhilfe an Israel unbeirrt meine Stimme gegeben. Interessanterweise hatten viele Israelis meine Ansichten geteilt. Meinungsumfragen zufolge traf das auch auf zahlreiche Juden innerhalb der Vereinigten Staaten zu. Abgesehen von meiner Nahostpolitik, hatte ich Entschließungen unterstützt, die von den meisten Juden gutgeheißen wurden: die Bürgerrechte, das Aktionsprogramm für Gemeinden, gleiche Rechte für Frauen, Einfrierung nuklearer Waffen und eine Normalisierung unserer Beziehungen mit China.

Im übrigen war ich nur einer von 435 Mitgliedern unseres Repräsentantenhauses. Neben anderen Senioren der Republikaner, war ich nur einer von neun Mitgliedern aus dem Unterausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, der sich mit Nahostfragen beschäftigte. Öfter als es mir lieb war, stand ich sowohl im Senat wie auch im Repräsentantenhaus völlig allein da, wenn ich es gewagt hatte, Israel zu kritisieren. Sicher haben sie erkannt, daß ich keine ernsthafte Gefahr darstellte. Konnten Israels Mentoren daher nicht wenigstens eine einsame Stimme des Widerspruchs erdulden?

Oder war es die Absicht der Lobby, an mir ein Exempel zu statuieren nach den bekannten Methoden aus der Zeit der Queen Elisabeth, die gelegentlich auch einen Admiral gehängt haben soll, als warnendes Beispiel für andere aufmüpfige Untertanen? War ich dazu ausersehen, mich auf den politischen Galgen stellen zu lassen, um andere Kongreßmitglieder dadurch einzuschüchtern, die Dinge gleichermaßen beim Namen zu nennen?

Ich konnte die brutale Taktik, mit der man mich behandelte, beim besten Willen nicht in Einklang bringen mit der traditionellen jüdischen Verteidigung bürgerlicher Freiheiten, mit jenem Ruhmesblatt aus jüdischer Vergangenheit, das ich zeitlebens bewundert habe. Jahrelang hatte ich – zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen – im Kongreß mit jüdischen Abgeordneten wie Allard Lowenstein, Stephen Solarz und Ben Gilman eng zusammengearbeitet. Verwundert habe ich daher eines Tages Doug Bloomfield aus dem Stab der AIPAC um eine Erklärung für das gegen mich gerichtete unbegreifliche Kesseltreiben gebeten. Bloomfield zuckte mit den Achseln: „Du warst der schärfste Kritiker der israelischen Politik. Das ist die deutlichste Antwort, die ich dir geben kann." Das war für mich nicht zu fassen.

So führte eine unbeantwortete Frage zur nächsten: Hatten andere Kongreßmitglieder ähnliche Erfahrungen durchgemacht? Ich konnte sicher sein, daß sich hierzu nur wenige äußern würden. Es erschien mir nach wie vor unbegreiflich, daß die Lobby ihre Gewehre nur auf mich allein abgelegt hatte. Ich wollte jetzt endlich die Fakten ergründen, die hinter all diesen dubiosen Machenschaften steckten.

Hinter dem Kongreß stand der Präsident und eine gewaltige Mannschaft von „Antreibern und Angetriebenen" in den Exekutivausschüssen.Welchen Pressionen sind diese Leute gegebenenfalls ausgesetzt? Eine Lobby, die immerhin imstande war, bei den Präsidentschaftswahlen 1980 Reagans Promotionteam sowie den Ex-Präsidenten Gerald Ford in Angst zu versetzen, muß offenbar einen gewaltigen Machteinfluß auf höchster Regierungsebene ausüben.

Und wie steht es mit den anderen Sparten unserer Gesellschaft? Die Lobby hatte meinen Freund Bob Hope eingeschüchtert. Setzt sie ihren Hebelarm auch bei anderen widerspenstigen Persönlichkeiten oder Institutionen an, zum Beispiel bei unseren Universitäten? Bietet die Tradition akademischer Privilegien unseren Lehrern und Verwaltungsorganen Immunität und Schutz vor Pressionen, wie sie seitens der Israel-Aktivisten gegen mich angewandt wurden? Kann sich der Klerus dieser Entwicklung entziehen? Wie steht es mit Geschäftstreibenden, großen und kleinen? Und – lebenswichtig für eine freie Gesellschaft – werden bei uns Reporter, Kolumnisten, Redakteure, Verleger, Kommentatoren beim Radio und im Fernsehen eingeschüchtert und gelenkt?

Das sind die besorgten und entscheidenden Fragen für den Erhalt unserer Demokratie, auf die ich keine befriedigenden Antworten fand. Deshalb entschloß ich mich, die Antworten selbst zu suchen. Ich begann meine Nachforschungen mit einem Anruf bei der AIPAC, dem *American Israel Public Affairs Committee* am Capitol Hill.

1. Kapitel

AIPAC – Die geheime Macht des Kapitols

Washington ist die Stadt der geheimen Mächte. Und die bekannteste dieser Mächte im Kongreß ist heute die AIPAC. Die bloße Erwähnung dieses Namens zeichnet nachdenklich verstohlene Züge in das Gesicht eines jeden, der sich am Capitol Hill mit Nahost-Fragen beschäftigt. AIPAC – das *American Israel Public Affaires Committee* – ist mittlerweile zur tonangebenden Kraft der Washingtoner Lobby geworden.

Als ich 1967 als verhältnismäßig unprofilierter Kongreßabgeordneter in den Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten berufen worden war, hatte ich noch nie diesen Namen gehört gehabt. Aber bald danach hatte es sich ergeben, daß ich während einer privaten Diskussion mit einigen Kollegen des Komitees den militärischen Angriff Israels auf Syrien mit ein paar kurzen Bemerkungen kritisierte. Daraufhin beugte sich mein Republikanischer Parteifreund William S. Broomfield aus Michigan lächelnd zu mir herüber und warnte mich hintergründig: „Warte nur, bis *Si* Kenen drüben von der AIPAC erfährt, was du gerade geäußert hast." Broomfield bezog sich mit seinem Hinweis auf jenen I. L. Kenen, den leitenden Direktor der AIPAC, dessen Name mir aber ebenso unbekannt war wie seine Organisation als solche. Später mußte ich allerdings erfahren, daß Broomfield durchaus keinen Spaß gemacht hatte mit seiner Bemerkung; denn die AIPAC erfährt mitunter auch aus privaten Unterhaltungen, wie verschiedene Kongreßabgeordnete unserer Nahostpolitik gegenüber eingestellt sind. Und solche Kollegen, die auch nur die leiseste Kritik an Israel äußern, setzen damit ihre politische Karriere aufs Spiel.

Obwohl die AIPAC nur einen Teil der Israel-Lobby darstellt, übt diese Organisation sicher den stärksten Einfluß auf unsere politische Öffentlichkeit aus. Sie hat in den letzten Jahren ihre Effektivität noch mehr vertieft und erweitert. Es ist nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß die AIPAC praktisch bei allen Aktivitäten, die sich auf den Nahen Osten beziehen, ihre Kontrolle ausübt. Nahezu ohne Ausnahme biedern sich dieser ein-

flußreichen Organisation daher die Mitglieder aus Senat und dem Repräsentantenhaus an, denn die meisten sehen in der AIPAC die eigentlichen Repräsentanten der politischen Macht, die ihre Chancen bei den Wahlen steigern oder vernichten können.

Ob es auf Tatsachen oder nur auf Phantasie beruht – letztlich zählt nur das Wahrnehmbare: Die AIPAC – das bedeutet Macht, rohe, einschüchternde Gewalt. Die Bedeutung dieser Organisation wird in einem Beitrag der *New York Times* prägnant umrissen: „Die einflußreichste, bestgeführte und effektivste ausländische Interessensgruppe in Washington." Der frühere Kongreßabgeordnete Paul N. „Pete" McCloskey hat es noch treffender formuliert: Der Kongreß wird von der AIPAC „terrorisiert". Andere Kongreßmitglieder haben sich in der Öffentlichkeit nicht so ehrlich geäußert. Dennoch stimmten zahlreiche Kollegen aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus in privatem Kreis dieser Ansicht zu.

Die Vormachtstellung der AIPAC ist relativ neu. Vor ein paar Jahren noch galt die *Konferenz der Präsidenten der Jüdischen Hauptorganisationen* als die stärkste Pro-Israel-Vereinigung in Washington. Sie hatte die Belange von 38 der größten jüdischen Gruppen der USA vertreten. Die *Anti Defamation League* (ADL), das *American Jewish Committee* und die AIPAC operierten in ihrem Schatten. Die beiden letztgenannten Organisationen hatten je 50.000 Mitglieder.

Die *Anti Defamation League* (ADL) ist der sogenannten *B'nai B'rith* untergeordnet, jener Loge, die 1853 von deutschen Einwanderern in New York gegründet wurde, und deren Ritual jenem der Freimaurer ähnelt. „Wohltätigkeit, Bruderliebe und Eintracht" ist die Devise dieser Vereinigung der „Söhne des Bundes" mit einer weltweiten Mitgliederzahl von 500.000. Allein in Deutschland existierten vor dem Zweiten Weltkrieg über 100 *Bne-Briss-Logen* mit 12.000 Mitgliedern. Diese Logen waren 1937 durch die Gestapo aufgelöst – und nach dem Kriege in Berlin und Frankfurt am Main und anderen Orten wieder errichtet worden.

Die im Schatten der *B'nai B'rith* operierende ADL (Anti-Defamation League) verfügt über ein erhebliches Eigenkapital und hat sich im wesentlichen ihre Unabhängigkeit erhalten. Obwohl diese Organisation in den letzten Jahren noch mehr an Bedeutung gewonnen hatte, wurden die beiden Washington-Repräsentanten Hyman Bookbinder vom *American Jewish Committee*

und Dave Brody von der *Anti Defamation League* durch die AIPAC-Organisation immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Die AIPAC-Repräsentanz in Washington ist lediglich die sichtbare Spitze der Lobby. Ihre Effektivität aber ist tief verankert im Fundament, das von US-Juden im ganzen Land errichtet wurde und durch 200 nationale Gruppen gestärkt wird. Ein Komitee-Angehöriger erklärt den Hintergrund der AIPAC-Organisation: „Ich würde sagen, daß höchstens zwei Millionen Juden politisch oder wohlfahrtsmäßig interessiert sind. Die anderen vier Millionen sind das nicht. Von den ersten zwei Millionen möchten die meisten – außer ihren geldlichen Zuwendungen – in nichts hineingezogen werden."

Praktisch handelt es sich bei jenen, die sich in der amerikanischen Judenschaft politisch aktiv betätigen, um nicht mehr als etwa 250.000 Personen. Das populärste Nachrichtenblatt der Lobby – der AIPAC-Near East Report – wird an etwa 60.000 Anhänger verschickt. Aus einer Marketinganalyse geht hervor, daß der *Near East Report* hauptsächlich von solchen US-Bürgern gelesen wird, die in Pro-Israel-Aktivitäten engagiert sind – gleichgültig, ob sie sich primär zur AIPAC, zur *B'nai B'rith*, zum *American Jewish Committee*, zur *Anti Defamation League*, zum *Jewish National Fund*, zum *United Jewish Appeal* oder irgendeiner anderen nationalen Gruppe zählen. Das Nachrichtenblatt wird kostenlos auch und vor allem an alle Medien, Kongreßabgeordnete, Beamte in Schlüsselpositionen der Regierung sowie andere wichtige Personen des Außenamtes verteilt. Für die AIPAC-Mitglieder sind die Kosten für den Bezug des *Near East Report* im jährlichen Beitrag von $ 35 inbegriffen.

Genau betrachtet, agieren die einzelnen Gruppen der Lobby als informelle Außenstellen der israelischen Regierung. Dieser Zustand wurde offenbar, als z.B. die AIPAC mitgeholfen hatte, den offiziellen Entwurf unserer Regierungserklärung zu formulieren, wonach das israelische Bombardement des irakischen Nuklearreaktors gerechtfertigt werden sollte. Diese Erklärung war gleichzeitig und gleichlautend mit jener der israelischen Botschaft veröffentlicht worden.

Keine der großen jüdischen Organisationen würde sich jemals öffentlich gegen bestimmte Positionen oder Maßnahmen aussprechen, die von Israel gutgeheißen wurden. Thomas A. Dine, leitender Direktor der AIPAC, hatte in erster Begeisterung den bekannten Friedensplan des Präsidenten Reagan vom September 1982 gepriesen. Wenig später aber, als Israel diesen Plan zu-

rückgewiesen hatte, war auch Dines Begeisterung ebenso schnell wieder erloschen.

Diese Art von synchronisierter Zusammenarbeit wurde auf den Gängen des Kongreßhauses immer wieder humorvoll kommentiert. So erinnerte sich der frühere US-Botschafter im Sudan, Don Bergus, an einen dieser Witze: „Wenn der israelische Ministerpräsident behauptet hätte, die Welt sei keine Kugel sondern eine Scheibe, so konnte man im Außenministerium damit rechnen, daß der Kongreß innerhalb von 24 Stunden eine Resolution verabschieden würde, um ihm die Glückwünsche für seine Entdeckung zu übermitteln."

Die jüdischen Organsisationen sehen im lobbyistischen Washington jedoch ein ernstzunehmendes Geschäft, wofür die AIPAC immer mehr die Führung übernehmen sollte. Stephen S. Rosenfeld von der *Washington Post* bezeichnete die AIPAC als „mit Sicherheit die führende jüdische Politmacht der Vereinigten Staaten."

In den AIPAC-Statuten wurde deren Aufgabe zwar als legislative Tätigkeit definiert; aber jetzt vertritt diese Organisation immer entschiedener die Interessen Israels, wann immer eine zum Wohle Amerikas erhobene Forderung in den Nachrichtenmedien, in den religiösen Gemeinden oder in den Fakultäten unserer Universitäten im Ansatz erkennbar ist. Da die AIPAC-Bediensteten mit Steuergeldern der amerikanischen Bürger entlohnt werden, waren für diese Organisation auch nicht die Bestimmungen zur amtlichen Registrierung von Auslandsagenten angewendet worden. Betrachtet man jedoch den Effekt dieser Organisation, so funktioniert die AIPAC ebenso wie ein ausländischer Agentenapparat.

Im Laufe der Jahre ist die Israel-Lobby mit aller Sorgfalt in unser Regierungssystem eingedrungen. Und die Organisation, die diese Aufgabe hervorragend bewältigte, war die AIPAC, an der selbst der Präsident der Vereinigten Staaten nicht vorbeiregieren kann, wenn er ein lästiges politisches Problem im Zusammenhang mit den arabisch-israelischen Auseinandersetzungen zu bewältigen hat.

Konfrontiert mit einer wachsenden Opposition gegen die Präsenz der US-Marines im Libanon, hatte Präsident Reagan im Oktober 1983 die AIPAC – das Amerikanisch-Israelische Komitee für Öffentliche Angelegenheiten – um deren Unterstützung gebeten. Die terroristische Bombardierung, welche zweihundert schlafende US-Marinesoldaten in ihren Barracken am

Beiruter Flughafen töten sollten, hatte damals noch nicht stattgefunden gehabt. Lediglich vier Soldaten waren seinerzeit schon getötet worden, drei von ihnen durch Scharfschützen. Kein Wunder, daß durch diese Vorfälle der Kongreß immer besorgter geworden war. Der Demokratische New Yorker Abgeordnete Sam Stratton bezeichnete in seiner bekannten bissigen Ausdrucksweise unsere Marineinfanteristen als „brütende Enten", für die er schwere Verluste prophezeite. Er forderte die Heimführung unserer Marinesoldaten aus dem Libanon.

Andere verwiesen auf die *War Power Resolution* und wollten wissen, ob der Präsident ohne ausdrückliche Zustimmung des Kongreßes überhaupt autorisiert sei, unsere Truppen länger als 90 Tage in einer feindlichen Verwicklung wie in Beirut einzusetzen. Einige Kongreßmitglieder begannen bereits Parallelen zu ziehen zwischen dem Einsatz der US-Marinesoldaten im Libanon und unserem damals beginnenden verheerenden Vietnamabenteuer.

Präsident Reagan erhob – ebenso wie seine Amtsvorgänger es taten – Einspruch gegen die Restriktionen, wie sie ihm durch die *War Power Legislation* auferlegt worden waren. Wenn die Vorschriften damals befolgt worden wären, hätte er nämlich innerhalb von 90 Tagen die US-Truppen aus dem Libanon zurückziehen – oder sich eine Einsatzverlängerung durch den Kongreß bewilligen lassen müssen. Wenn er sich weiterhin darauf berufen wollte, daß unser Gesetz in diesem Fall nicht angewendet werden könne, da der Libanon für uns kein Feindgebiet darstellte, so sollten ihn die kommenden Ereignisse schnell eines Besseren belehren. Abgesehen davon, mußte Reagan bei diesen Entwicklungen einen Aufstand im Kongreß befürchten.

In dieser Situation entschloß er sich, das Problem geschickt zu umsegeln. Er erbat sich vom Kongreß zunächst die Genehmigung, die bereits entsandten US-Marines für 18 Monate im Libanon stationiert zu halten. Damit würden sich bis auf weiteres die „strengen Gesetzeshüter" zufrieden geben, die da meinten, daß die Befolgung der Kriegsbevollmächtigungs-Resolution ohnehin Sache des Präsidenten sei, der mit diesem Gesetz leben müsse. Das würde Reagans Zwangslage erleichtern, denn er war zuversichtlich, daß er die Rückführung seiner Marinesoldaten innerhalb der gesetzlich begrenzten Frist von 18 Monaten durchführen konnte.

Durch eine außergewöhnliche Schützenhilfe von bestimmter Seite war Reagans Plan verhältnismäßig wohlwollend im Re-

präsentantenhaus behandelt worden. Der Sprecher Thomas P. „Tip" O'Neill, wohl der gewichtigste Vertreter des Demokratischen Flügels, hatte die Legislatur besonders stark unterstützt. Für ihn war es eine Frage von „Patrotismus", und mit dieser Devise aktivierte er genügend Demokraten, um die Annahme der Gesetzesvorlage durch das Demokratisch-gelenkte Repräsentantenhaus sicherzustellen.

Im Senat jedoch erwartete den Präsidenten ein weitaus schwierigeres Problem. Obwohl hier Reagans eigene Partei, die Republikaner, das Sagen hatten, zeichnete sich bei einem Kopf-an-Kopfrennen nur ein äußerst knapper Sieg – wenn nicht sogar eine Niederlage ab. In höchster Not wandte sich Reagan jetzt an Thomas A. Dine, jenen schmächtigen, dunkelhaarigen und aggressiven „Fuchs" im Kapitol, der seit 1981 den Kurs der AIPAC bestimmte.

Reagans Hilfebegehren an die AIPAC, wonach Dine den anstehenden Erlaß zur weiteren Stationierung von US-Marinesoldaten im Libanon unterstützen möge, stellte in der langen Geschichte unserer Demokratie einen erstaunlichen Präzedenzfall dar. Im schwebenden Gesetzesentwurf waren für Israel keine Mittel vorgesehen gewesen. Sowohl die AIPAC als auch andere israelische Lobbyisten hatten sich überdies aus dem Libanonkonflikt herausgehalten. Die Pro-Israelis in unserem Land wollten aber verhindern, daß letztlich der Staat Israel in Mißkredit gerät, falls unsere Marine-Einheiten im Libanon auf weitere Schwierigkeiten stoßen sollten.

Waren es nicht die Israelis selbst, die für die Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten im Libanon die Verantwortung zu tragen hatten? Israel hatte diskret aber effektiv mitgeholfen, die ursprüngliche Stationierung unserer Marinesoldaten in Beirut einzufädeln. Das war geschehen, weil Israel seine Truppen nur im Austausch mit multinationen Einheiten wieder zurückziehen wollte, unter der Bedingung, daß auch und vor allem die Amerikaner diesem Friedensverband angehörten. (Hier muß daran erinnert werden, daß die Stationierung multinationaler Verbände gar nicht notwendig gewesen wäre, hätte in erster Linie nicht Israel von sich aus den Libanon überfallen.) Obwohl – wenn auch nur hinter vorgehaltener Hand – gerade die AIPAC auf die Präsenz unserer Marine-Einheiten im Libanon gedrängt hatte, hielten sich die verantwortlichen Befürworter tunlichst im Hintergrund.

Reagans Hilferuf aus dem Weißen Haus war aber auch noch aus einem anderen Grund außergewöhnlich: Der Präsident brauchte nämlich die Unterstützung gerade jener Senatoren, die normalerweise seine entschlossensten Befürworter waren. Er war sich diesmal nicht sicher, ob ihm zwölf besonders wichtige Republikaner – unter ihnen John Warner aus Virginia, Dan Quale aus Indiana, William Cohen aus Maine und James A. McClure aus Idaho – ihre Stimme geben würden. All diese Abgeordneten, mit Ausnahme von McClure, waren zwar tatkräftige Förderer Israels – aber dennoch bekannt für ihre starre Haltung in militärischen Fragen. Als nun die AIPAC mit diesen parteiinternen Problemen konfrontiert worden war, bemerkte einer ihrer Direktoren: „Wenn das Weiße Haus diese Stimmen verlieren sollte, so wird der Entwurf keine Mehrheit finden."

Trotz seiner Scheu, öffentlich in die sensitive Angelegenheit hineingezogen zu werden, wurde die AIPAC dennoch aktiv. Das Ergebnis: neun der zwölf Senatoren, einschließlich der oben genannten, stimmten für Reagan. Damit hatten sie ihm mit 54 gegen 46 Stimmen zu einem knappen Sieg verholfen.

Was die AIPAC hinter den Kulissen zu dem Abstimmungsergebnis beigetragen hatte, war in den meisten Medienberichten über dieses dramatische Ereignis überhaupt nicht erwähnt worden. Tatsächlich hatte Präsident Reagan damals persönlich zum Telefonhörer gegriffen, um sich glückstrahlend bei Dine zu bedanken. Michael Gale, Verbindungsmann des Weißen Hauses zur Jüdischen Gemeinde, verfaßte eine Niederschrift dieses Gespräches und schlug vor, daß sein Bericht durch die AIPAC veröffentlicht werden sollte. AIPAC hatte dies jedoch abgelehnt und sich nach außenhin so verhalten, als hätte sie mit der Sache überhaupt nichts zu tun gehabt. So gab man den Text an Wolf Blitzer von der *Jerusalem Post* weiter, der früher den AIPAC *Near East Report* geschrieben hatte. In der *Jerusalem Post* wurde dann Reagans Danksagung an Thomas Dine zitiert, mit den Worten: „Ich möchte Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern für die große Hilfe danken, mit der Sie uns bei der Resolution zum *War Power Act* unterstützt haben... Ich weiß, wie Sie Ihre Basisorganisationen mobilisierten, um diese Unterstützung zu ermöglichen."

„Wir versuchen es halt übers Telefon", erwiderte Dine. „Das gehört zu unserem Job. Wir wollten es so machen, und wir werden es so weiterpraktizieren.... Wir möchten selbstverständlich zusammenarbeiten."

Zusammenarbeiten – das ist in der Tat geschehen. Die Reagan-Exekutive knüpfte mit der AIPAC alsbald ein beispielloses vertrauliches Verbindungsnetz. Es war nicht das erste Mal, daß sich das Weiße Haus oder das Außenministerium um Hilfe an diese Lobby gewandt hatte. Obwohl solche Vorstöße auf höchster Ebene selbst am Capitol Hill wenig bekannt sind, erweisen sie sich immer wieder als wirkungsvoll, wenn über Gesetzesvorlagen für Auslandshilfen abgestimmt werden soll. Wer immer auch das Weiße Haus kontrollieren mag – er kann ohne vorherige Genehmigung des Kongresses keine Auslandshilfen gewähren. Und da in unserer Gesetzgebung die wirtschaftliche und militärische Hilfe für Israel obligatorisch verankert wurde, wird man natürlich bei der AIPAC Schützenhilfe suchen. Neben einigen humanitären und kirchlich-verbundenen Organisationen, versorgt die AIPAC auch inländische Wahlbezirke mit den Früchten der Auslandshilfe.

Ohne die Unterstützung durch die AIPAC hätte das Auslandshilfe-Gesetz mit der Obergrenze von $ 7 Milliarden-plus im Jahre 1983 keine Zustimmung bekommen. Vielleicht wäre dieses Gesetz ohne AIPAC-Unterstützung überhaupt zu Fall gebracht worden. Damals wurde der Lobby hohe Anerkennung gezollt durch John K. Wilhelm, dem leitenden Direktor jener Präsidial-Kommission, die Ende 1983 Empfehlungen für den zukünftigen Einsatz unserer Auslandshilfe erarbeitet hatte. Während einer Anhörung im *Welt-Hunger-Ausschuß* des Außenministeriums im Januar 1984 erklärte John Wilhelm, daß für die Zustimmung des Kongresses zur Auslandshilfe letztlich die Unterstützung der Israel-Lobby „ausschlaggebend" war. In den frühen 60erjahren, als unsere Israel-Hilfe nur in gemäßigtem Umfang gewährt worden war (weniger als hundert Millionen im Jahr!), konnte ein Auslandshilfe-Antrag im Repräsentantenhaus nur mit knappen 5 Stimmen positiv entschieden werden. Die AIPAC steckte damals noch in den Kinderschuhen.

Die AIPAC hatte auch jene Strategie ausgetüftelt, die im Jahre 1983 eine Steigerung unserer Israel-Hilfe um 510 Millionen Dollar bewirkte. Diese zusätzliche US-Hilfe erschien deshalb als erstaunlich, als sie ausgerechnet im Anschluß an die verheerende Bombardierung von Beirut gewährt worden war. Hinzu kam, daß die israelischen Streitkräfte den Massakern an palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern von Sabra und Shatila keinen Einhalt geboten hatten. Dieses Vorgehen entfachte in un-

serer Öffentlichkeit eine unerhörte Auflehung gegen die Politik Israels.

Die Administration widersetzte sich der Steigerung unserer Auslandshilfe für Israel. Sie wurde aber beiseite manövriert. Als der Richter William Clark, Nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Reagan, seinen dringlichen Appell zur Blockierung der anstehenden neuen Israel-Hilfe an den Republikanischen Senator Mark Hatfield übermitteln wollte, war alles bereits beschlossen. Die AIPAC hatte inzwischen ihre Mühlsteine in Bewegung gesetzt, um die Mehrheit im Zuteilungs-Komitee davon zu überzeugen, daß die Frage nach einer Aufstockung der Hilfsaktionen deutlich zeigen wird, ob man für oder gegen Israel eingestellt ist. Unter diesen Vorzeichen wollte natürlich niemand mehr auf der Gegenseite stehen.

Während das Weiße Haus aus budgetären Gründen noch gegen eine Steigerung der Hilfeleistungen argumentierte, hatte die AIPAC den Verwaltungsapparat im Repräsentantenhaus bereits auf ihre Seite gezogen. Das Argument des Weißen Hauses, wonach eine Anhebung der Israel-Hilfe nur auf Kosten anderer bedürftiger Länder erfolgen könne, wurde anhand minutiöser Daten, die von AIPAC-Lobbyisten präsentiert worden waren, entkräftet. Danach konnte die Extrahilfe für Israel ohne weiteres wieder gewährt werden, ohne die Unterstützungsgelder für andere Länder zu kürzen. Ein AIPAC-Lobbyist faßte die Argumente zusammen: „Die Lobbyisten in den Verwaltungsstellen haben einfach ihre Hausaufgaben nicht bewältigt. Sie hatten offenbar ihre Unterlagen nicht vollständig beisammen." 1984 waren die Hilfeleistungen bereits auf über $ 2 Milliarden pro Jahr angestiegen. Dabei handelte es sich um Kreditbewilligungen ohne Rückzahlungverpflichtung, wobei die Zustimmungsgrenze bei 112 lag.

Im Februar 1983 berief Außenminister George Shultz eine Hosenband-Ordensgemeinschaft prominenter Bürger, welche Vorschläge zur Änderung unseres Auslandshilfe-Programms erarbeiten sollte. Zu den 42 Kommissionsmitgliedern gehörten 27 Senatoren oder Abgeordnete des Repräsentantenhauses, die an erster Stelle für die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Absicherung von Auslandshilfen verantwortlich waren. Die anderen hatten sich im Rahmen der Verwaltung unserer Auslandshilfe in den vergangenen Jahren profiliert.

Nur ein einziger Fulltime-Lobbyist war in die Kommission berufen worden: der AIPAC-Generaldirektor Thomas A. Dine. Meines Wissens war hier zum ersten Mal ein Lobbyist mit einer derart einflußreichen Regierungsaufgabe betraut worden. Dines außergewöhnliche neue Position war vor allem deshalb erstaunlich, weil sie ihn in engsten Arbeitskontakt mit jener kleinen Zahl von Leuten brachte, die unsere Politik ausgerechnet in jener Sache formulierten und exekutierten, in der sich die AIPAC als Richtungsweiser bewährte – nämlich der Hilfe für Israel.

Eine noch begehrenswertere Regierungsposition konnte man sich für einen außenstehenden Lobbyisten kaum vorstellen. Ex-Senator James Abourezk, Vorsitzender des *American-Arab-Anti-Discrimination Committee*, kommentierte die sonderbare Bestellung Dines folgendermaßen: „Es würde den gleichen Sinn ergeben, wenn man z.B. den Präsidenten der Lockheed Corporation in eine Kommission des Verteidigungsministeriums beriefe, die darüber entscheidet, welche Flugzeuge unsere Air-Force kaufen solle."

Im November war Dine auf seiner Washingtoner Leiter zu Prestige und Einfluß noch eine Sprosse hinaufgestiegen. Er wurde zu einem privaten Gespräch mit dem Nationalen Sicherheitsberater Robert C. McFarlane ins Weiße Haus gebeten. McFarlane war Reagans engster Berater für alle aktuellen Fragen, die den Mittleren Osten betrafen. Auf ihrer Gesprächsliste standen zwei außenpolitische Tagesthemen von höchster Brisanz: die Situation im Libanon und der Vorschlag, Jordanien beim Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe zu helfen. Diese beiden Anliegen waren gerade für Israel von vitaler Wichtigkeit. Die Einladung des AIPAC-Direktors Dine ins Weiße Haus erfolgte genau eine Woche nach dem bekannten jubilierenden Telefonanruf von Präsident Reagan.

Nach seinem Besuch im Weißen Haus hatte im Januar 1984 das *Washingtonian-Magazine* Thomas A. Dine bereits zu den einflußreichsten Männern der US-Metropole gekürt. Seine Reputation in den USA erregte sogar in den arabischen Metropolen Aufsehen; denn bereits im März 1984 war die AIPAC öffentlich durch König Hussein von Jordanien getadelt worden. Der Grund dafür lag zum Teil im Nachlassen des US-Einflusses und den damit zusammenhängenden Friedensinitiativen für den Nahen Osten. Der König kritisierte vor allem den unmäßigen Einfluß der Israel-Lobby auf unsere US-Präsidentschaftskandidaten. Er sagte, daß die Kandidaten gezwungen seien, sich „an-

zubiedern zum Gefallen der AIPAC, des Zionismus und Israels."

Ein Ereignis, das den König besonders provozierte, war – Mitte März 1984 – die Tatsache, daß Thomas Dine zehn Tage hindurch persönlich an direkten außenpolitischen Verhandlungen mit Staatssekretär Lawrence S. Eagleburger aus dem US-Außenministerium und dem Nationalen Sicherheitsberater McFarlane teilgenommen hatte. In einer dieser Sitzungen machte Eagleburger den Vorschlag, eine weithin publizierte Empfehlung zum Verkauf von Luftabwehrraketen an Jordanien wieder zurückzuziehen, wenn im Gegenzug die AIPAC ihren Druck auf die amerikanische Legislative aufgäbe, wonach die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt werden sollte.

Zu diesem Zeitpunkt war König Husseins scharfe Kritik an den Vereinigten Staaten und der AIPAC in den US-Zeitungen erschienen. Dine wußte, daß dies eine Stärkung der Opposition im Kongreß bedeutete, die ihrerseits den Verkauf von Flugabwehrraketen an Jordanien favorisierte und dafür votiert hatte. Während in dieser Situation Eagleburger seinen Vorschlag einbrachte, hatte die AIPAC bereits 48 Senatoren im Lager der Opposition für ihre Ziele aktiviert. Sechs weitere folgten am nächsten Tag. Auf diese Weise hatte die AIPAC den Raketenverkauf an Jordanien praktisch ohne Gegenleistungen unterbunden.

Nachdem er Eagleburgers Vorschlag verworfen hatte, wartete Dine jetzt mit dem Versprechen auf, daß sich die AIPAC nicht mehr aktiv der vorgeschlagenen US-Hilfe zum Aufbau einer jordanischen Eingreiftruppe widersetzen werde. Dines Lobby würde einen Kompromiß für eine Gesetzesvorlage zur Umsiedlung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem ausarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die US-Regierung zwei wichtige Bedingungen erfüllt:

Erstens dürften keine *Stinger*-Flugabwehrraketen mehr an Saudi-Arabien verkauft werden. Zum zweiten bestand die AIPAC auf der Publizierung einer offiziellen Erklärung, wonach die US-Regierung zukünftig keine indirekten Verbindungen zur PLO aufnehmen bzw. unterhalten würde. Obwohl der gewünschte *Offene Brief* nie publiziert worden war, hatte sich unsere Regierung aber dennoch aus dem Stinger-Geschäft sowohl mit Saudi-Arabien als auch mit Jordanien zurückgezogen.

Das Ansehen des AIPAC-Direktors Dine war nach diesem Verhandlungsergebnis enorm gestiegen. Auf der anderen Seite

stand aber Richard Murphy, Stellvertretender Staatssekretär für den Nahen Osten und Südasien. Obwohl er offiziell mit der Entwicklung und Realisierung der US-Politik in bezug auf den Nahen Osten betraut worden war, hatte man ihn zu den Dreierverhandlungen zwischen Eagleburger-McFarlane-Dine gar nicht eingeladen. Man unterrichtete ihn auch nicht über die Entscheidung zur Einstellung der Stinger-Lieferungen an Saudi-Arabien, obwohl die AIPAC schon zwölf Stunden danach diese Information erhalten hatte.

Die *Washington Post* resumierte, daß dieser Vorfall „Fragen aufwarf, ob unsere Administration berechtigt ist, in außenpolitischen Angelegenheiten mit einer privaten, speziell interessierten Organisation Geschäfte zu machen." Dine hatte seine Antwort bereits parat: „Wir meinen, daß es besser ist stark zu sein und kritisiert zu werden, als schwach dazustehen, ignoriert und unbeachtet."

Teilweise war die außergewöhnliche Rücksichtnahme unserer Regierung ein Tribut gegenüber Dines besonderer Charaktermixtur von einschmeichelnden Manieren, gepaart mit Hartnäkkigkeit, unerbittlichem Temperament und dynamischer Energie. Unter Dine waren die Mitgliederzahlen der AIPAC von 11.000 auf über 50.000 gestiegen, und das Budget von $ 750.000 auf mehr als $ 3 Millionen angewachsen.

Dines Einfluß ist überall zu spüren, wo die eigentlichen Schalthebel der Macht bewegt werden. Er empfängt Anrufe von Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten. Und er berichtet, daß der frühere Vizepräsident Walter Mondale „Lügen über uns verbreitet", jeweils bevor er seine Erklärungen über die Nahostpolitik der Vereinigten Staaten zum besten gibt. Die meisten vom Kongreß ausgehenden und unsere Nahostpolitik betreffenden Aktionen sind entweder mit der AIPAC vorher abgestimmt oder von der AIPAC initiiert worden.

Um seine große Aufgabe für Israel erfüllen zu können – manchmal in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, und dann wieder ohne ihn – beschäftigt der AIPAC-Direktor ein Team von emsigen Spezialisten, die ruhig und effektiv seine Anweisungen ausführen. Dine umreißt klar und präzis seine Strategien und verlangt in jeder Hinsicht Disziplin von seiner Mannschaft. Die Aufgabe der AIPAC besteht darin, die Politik Israels zu unterstützen – und sie nicht nach eigenen Vorstellungen zu formulieren. Dazu steht die AIPAC in täglichem Telefonkontakt mit der israelischen Botschaft, und

Dine trifft sich mindestens einmal in der Woche mit einem ihrer Diplomaten.

Obwohl die AIPAC – im Vergleich mit anderen jüdischen Organisationen der USA – nur eine geringe Zahl von etwa 60 festen Mitarbeitern beschäftigt, kann sie die Quellen eines über ganz Amerika ausgedehnten Systems von unbezahlten Aktivisten jederzeit anzapfen. Alljährliche Mitgliederversammlungen in Washington gehören zu den wesentlichen Praktiken, um die Anhänger immer wieder von neuem zu motivieren. Die Teilnehmer solcher Veranstaltungen werden von prominenten amerikanischen und israelischen Sprechern über die anstehenden Probleme unterrichtet, sie nehmen an Workshops und Seminaren teil und unterstützen finanziell die gemeinsame Sache.

Diese Konferenzen werden von unseren bedeutendsten Politikern besucht. Neben dem israelischen Botschafter, sind in dieser Runde die führenden Beamten des Weißen Hauses und des Außenministeriums, prominente Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses vertreten. Auf kürzlichen Versammlungen waren die Senatoren Paul Laxalt aus Nevada, Joseph Biden aus Delaware, Robert Kasten aus Wisconsin, Christopher Dodd aus Connecticut, Robert Packwood aus Oregon, Robert Dole aus Kansas und Daniel Inohouye aus Hawaii anwesend.

Auch die Spitzenpolitiker des Weißen Hauses sind bei solchen Konferenzen stets vertreten. So versicherte der damalige Vizepräsident George Bush den AIPAC-Delegierten, daß die Reagan-Regierung ihren Kampf gegen den Antisemitismus innerhalb der Vereinten Nationen fortsetzen werde. Bush kritisierte die Demokratischen Präsidentschaftskandidaten Walter Mondale, Gary Hart und Jesse Jackson wegen ihrer „weichen Antisemitismus-Haltung".

Mehr als 1200 Repräsentanten waren zur AIPAC-Nationalversammlung im Jahre 1983 aus 41 Staaten angereist. Dort hörten sie den New Yorker Kongreßabgeordneten und Vorsitzenden des Republikanischen Parteiausschusses, Jack Kemp, der sich selbst als „ein De-facto-Mitglied der AIPAC" bezeichnete. 43 Mitglieder des Repräsentantenhauses und 16 Senatoren waren auf dem Konferenzbankett erschienen.

Art Chotin, Vizedirektor der AIPAC, berichtete auf dieser Konferenz, daß im abgelaufenen Jahr in zehn verschiedenen Workshops über politische Fragen der „Pro-Israel-Gesellschaft" eine spezielle „Schulung zur Festigung ihres Einflusses" geboten wurde. Weitere zehn dieser Lehrgänge waren für 1984 ge-

plant. Chotin demonstrierte sodann die landesweite Wirkung solcher lokalen Ereignisse mit dem Hinweis auf den Workshop von 1982 in New Mexiko, wodurch der Demokrat Jeffrey Bingaman in den Senat gehievt worden war. Bingaman, der von Chotin als „eine starke Pro-Israel-Stimme in Washington" gepriesen wurde, war einer unter den 100 „Pro-Israel-Bürgern", die an der Veranstaltung von 1983 teilgenommen hatten.

Straff geplante Workshops werden – im Stil nationaler Konferenzen – jährlich in allen fünf Regionen durchgeführt. Die Zentren sind Atlanta, Fort Worth, Hollywood, Des Moines und Chicago. Von dort aus koordiniert ein Beauftragter dann die jeweiligen regionalen AIPAC-Aktivitäten. Zur Durchsetzung dieser weitreichenden Programme unterhält die AIPAC fixe Operationsstäbe in New York, New Jersey und in Kalifornien.

Chotin berichtete der Konferenz, daß während der Kongreßwahlen 1982 dreihundert Kandidaten „die AIPAC besuchten", um ihre Positionen darzulegen in bezug auf „Auslandshilfe, Waffenverkäufe an arabische Nationen sowie allgemeine Vorgänge in den amerikanisch-arabischen Beziehungen."

Verbindungen zu anderen Interessensvereinigungen werden sorgfältig kultiviert. So wurde die „christliche Annäherung" als neuestes Programm der AIPAC angekündigt, und Merrie White, ein „wiedergeborener Christ" wurde als Kontaktmann zur Christlichen Gemeinde vorgestellt. Chotin zufolge bestand das eigentliche Ziel darin, „diese (Christen) Gemeinschaft der AIPAC anzugliedern." Dine bestätigte die Präsenz von 50 christlichen Vertretern aus 35 Staaten als Beweis für den Fortschritt, der in dieser Richtung bis dahin erzielt worden war. Merrie White hatte bei der Organisation des jährlichen *Religiösen-Roundtable-Frühstücksgebetes für Israel* mitgeholfen (siehe 9. Kapitel). Chris Gersten, politischer Direktor der AIPAC, erwarb seine Position, nachdem er sieben Jahre hindurch dem Präsidenten der *Internationalen Union der Betriebsingenieure* als Sonderassistent gedient hatte.

Die von der Ostküste bis Kalifornien wirkenden AIPAC-Verbindungen werden noch durch ein ausgeklügeltes Vortragsprogramm verstärkt. Allein im Jahre 1982 hatten über 900 Funktionäre, Repräsentanten und Führungskräfte auf AIPAC-Veranstaltungen gesprochen. Unzählige Empfänge werden in kleineren Städten organisiert. Bei Schulungsgesprächen in den Wohnungen jüdischer Persönlichkeiten wird – als Aufbesserung

der Mitgliedsbeiträge – zu weiteren Geldspenden animiert. Durch soziale Veranstaltungen am Capitol Hill sollen Tausende von Studenten umgarnt werden, die hier als Assistenten in den Büros von Senatoren und Kongreßmitgliedern arbeiten.

Reiseveranstaltungen nach Israel, die von anderen jüdischen Gruppen organisiert werden, helfen die Basis zu festigen für das Programm der AIPAC. Zum Beispiel hatte im April 1982 die *Mission junger Führungskräfte*, als eine Aktion des *United Jewish Appeal*, einwöchige Reisen für 1.500 Juden aus den USA durchgeführt. „Den Besuchern", so konstatierte ein führender AIPAC-Mitarbeiter, „wurden die prachtvollsten Panoramas präsentiert, die sie auch anderswo in der Welt entdecken könnten." Aber er hob hervor, daß die Reise nach Israel jedesmal einen unvergleichlichen Eindruck bei den Touristen hinterläßt: „Die Reise vertieft das Bewußtsein für die gemeinsame Sache, und die Spendengelder fließen noch reichlicher. Aber der Höhepunkt für die Sponsoren kommt erst bei der letzten Darbietung. Er ist erreicht, wenn die Leute aus der Gedenkstätte für den Holocaust herauskommen." Der Effekt ist ehrfurchtgebietend: „Die Reisebegleiter kennen die Reaktionen seit langem", sagte der AIPAC-Reporter. „Sie wissen, welche Register sie ziehen müssen."

Schließlich werden die Einnahmen zwischen der Organisation *Vereinigter Jüdischer Appell* und Israel ehrlich geteilt. Lary Kraftowitz, ein Washingtoner Journalist, der an einer ähnlichen Tour teilgenommen hatte, bezeichnete seine Erfahrung als „tiefgründig". Und er fügte hinzu: „Ich fühle mich (im Gegensatz zur gegenwärtigen israelischen Regierungspolitik) persönlich mehr zu den neuen jüdischen Verhandlungszielen hingezogen. Aber ich muß zugeben, daß ich sehr beeindruckt war."

Solche Reisen werden nicht nur für Juden organisiert. Gouverneure, Beamte der gesetzgebenden Körperschaften, Gemeinderäte und Publizisten aller Medien wird die Möglichkeit einer kostenlosen Reise nach Israel geboten. Die Flüge werden landesweit für Politiker aller Coleurs organisiert, vor allem für jene aus dem Kapitol. Obwohl die AIPAC nicht als direkter Reiseveranstalter auftritt, fördert sie dennoch das Programm nach besten Kräften. So hat bereits über die Hälfte aller Kongreßmitglieder Israel besucht. Ein beachtlicher Teil meiner Kollegen betrachtete die Reise als dienstliche Angelegenheit, für deren Kosten der amerikanische Steuerzahler aufkommen mußte. Mit ein paar Ausnahmen wurden die Unkosten für die restlichen

Reisenden durch jüdische Organisationen bzw. Einzelpersonen vergütet.

Eine andere Gruppe einflußreicher Washingtoner Funktionäre, die sich die AIPAC gefügig gemacht hat, bilden die Stabsmitglieder des Kongresses. Die AIPAC arbeitet mit israelischen Universitäten zusammen, die kostenlose Reisen für bekannte Persönlichkeiten in Spitzenstellungen organisieren. Diese speziellen Reisen werden im Rahmen des sogenannten *Hal Rosenthal-Programms* gefördert. Hal Rosenthal, der schon bei der ersten derartigen Reise von Palästinensern niedergeschossen wurde, war Stabsgehilfe des früheren Republikanischen Senators Jacob Javits. Bereits 1984 hatten mehr als 50 Stabsmitglieder unseres Kongreßes an den Hal Rosenthal-Ausflügen nach Israel teilgenommen.

Wenn es darum geht, Gesetzgeber oder Justizbeamte von ihren Reisen in arabische Länder abzuhalten, so bewährt sich die AIPAC ebenso erfolgreich wie bei der Lobpreisung israelischer Belange. Als z.B. die *Nationale Arabisch-Amerikanische Vereinigung*, die mit dem *World Affairs Council* in Amman zusammenarbeitet, 1983 alle US-Kongreßmitglieder und deren Ehefrauen zu einem kostenlosen Besuch nach Jordanien mit einem Abstecher zur West Bank einlud, hatte eine Notiz im AIPAC *Near East Report* schlagartig die Gäste von der Teilnahme an dieser Reise abgeschreckt.

In dem Artikel wurde die Frage gestellt, wie Amann – ohne Genehmigung der Israelis – ihre Gäste über den Jordan-Fluß bringen würde, hinüber zu den Sehenswürdigkeiten auf der West Bank. In diesem Zusammenhang wurde auch Don Sundquist, Republikanischer Kongreßabgeordneter aus Tennessee, zitiert. Er hatte angeblich „Angst" geäußert, daß seine Kollegen, die nach Jordanien reisten, „benutzt" werden könnten für antiisraelische Propagandazwecke. Daraufhin nahmen nur noch drei Kongreßmitglieder an der Reise teil. Eine gleiche Veranstaltung, die 1984 stattfinden sollte, war mangels Interesse abgesagt worden.

Das Erweiterungsprogramm der AIPAC wird durch eine anhaltende Flut von Publikationen gefördert. Neben *Action Alert* und dem wöchentlichen *Near East Report*, werden auch Positionspapiere und Monografien an die Leser verteilt, die bestimmte Anworten auf kontroverse Kritiken enthalten, die durch die Medien verbreitet wurden. Die *Leserreaktionen*, in denen

die Kritiker häufig herabgesetzt und mitunter sogar diskriminiert werden, sind im Sinne Israels natürlich schöngefärbt.

Die umstrittenste aller Publikationen ist eine sogenannte *Feindliste* deren erste Ausgabe im Frühjahr 1983 veröffentlicht wurde. Eine gefällige 154-Seiten-Broschüre – *Die Kampagne zur Verleumdung Israels* – beinhaltet eine Aufzählung der Akteure: 21 Organisationen und 39 Einzelpersonen werden von der AIPAC darin als israelfeindlich identifiziert. Unter den Gebrandmarkten befinden sich ehrwürdige Staatsdiener wie der ehemalige Unterstaatssekretär George W. Ball, die pensionierten US-Botschafter Talcott Seelye, Andrew Killgore, John C. West, James Akins und der ehemalige Senator James Abourezk. Auf der *enemy list* sind auch fünf jüdische Andersdenkende und mehrere Gelehrte aufgeführt.

In einem von der AIPAC scheinbar getrennten Projekt veröffentlicht die *Anti-Defamation League* (ADL) der B'nai B'rith unter dem Titel *Pro-Arab Propaganda in America: Vehicles and Voices* nahezu gleichzeitig eine eigene Liste mit den Namen ihrer Gegner. Auch diese Broschüre, in der 31 Organisationen und 34 Einzelpersonen namentlich als Feinde Israels abgestempelt werden, wird als *Erstveröffentlichung* bezeichnet. Diese Bücher sind nichts weiter als die berüchtigten *Schwarzen Listen*, die an die schlimmsten Verfolgungspraktiken aus der McCarthy-Ära erinnern. Eine ähnliche *enemy list* verwendet die AIPAC auch im Rahmen ihres Ausdehnungsprogramms auf US-Colleges und Universitäten (siehe 7. Kapitel).

Durch regelmäßige Aussendungen der *Action Alert* (Aktion Alarm) werden durch die AIPAC in allen Teilen Amerikas mehr als tausend jüdische Führungspersönlichkeiten über anstehende Probleme informiert. Gebräuchlicherweise werden durch einen *Alarm* Aktionen ausgelöst, wodurch bestimmte Forderungen bei den Gesetzgebern im Kapitol durchgesetzt werden sollen. Solche Alarm-Aktionen werden in ihrer Wirkung durch Telefonanrufe, Telegramme und persönliche Vorsprachen bei widerspenstigen Kongreßabgeordneten noch verstärkt. Die in allen Landesteilen gestarteten Appelle führen meistens auch zu unverzüglichen Erfolgen.

Wie dieses Alarm-System funktioniert, konnte ich selbst erleben, als ich eines Tages einem Kollegen im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten zuflüsterte, daß ich demnächst einen Änderungsantrag für eine schwebende Gesetzesvorlage einbringen würde, wonach wir unsere Israel-Hilfe kürzen sollten. In-

nerhalb von 30 Minuten kamen bereits zwei andere Kongreßkollegen mit besorgten Gesichtern auf mich zu –, sie hätten wegen meines Antrages aufgeregte Anrufe aus ihren Wahlkreisen erhalten.

Paul Weyrich, der früher als Senatsgehilfe gearbeitet hatte, bevor er sich auf dem Gebiet der politischen Analyse betätigte, berichtete über die Methoden der AIPAC: „Sie haben ein bemerkenswertes System entwickelt. Wenn Du mit ihnen einer Meinung bist oder in ihrem Sinne sogar eine öffentliche Erklärung abgibst, verbreiten sie diese Meinung sofort durch ihre eigenen Publikationen und durch zugeneigte Redakteure überall in den Staaten. Natürlich funktioniert dieser Kreislauf auch umgekehrt. Wenn Du etwas sagst, das ihnen nicht gefällt, so wirst Du von den gleichen Kräften öffentlich gebrandmarkt oder zumindest getadelt. Durch diesen Druck von allen Seiten lassen sich vor allem Senatoren sehr leicht in ihren Vorhaben umstimmen, vor allem dann, wenn sie selbst unschlüssig sind oder Unterstützung brauchen."

Diese Aktivitäten werden durch ein sorgfältig errichtetes System von Offizieren, Komitees und Rechtsanwälten betrieben. Über dieses vertraulich gesponnene Netz vermag die AIPAC von einer Küste zur anderen ihre politischen Ziele durchzusetzen. Neunzehn Führungspersönlichkeiten treffen sich einmal im Monat, um mit Thomas Dine über die Organisation und das Management der AIPAC zu konferieren. Jeder ihrer fünf Stellvertreter kann erwarten, in der nächsten Führungsperiode eventuell selbst als Präsident zu agieren. Ein effektives Exekutiv-Komitee mit 132 Mitgliedern wird vierteljährlich zu Beratungen nach Washington eingeladen. In einem gesonderten Nationalen Konzil sind 200 Persönlichkeiten tätig, darunter die Vertreter der bedeutendsten jüdischen Organisationen der USA.

Der eigentliche AIPAC-Stab arbeitet nicht nur höchst professionell und stärkstens motiviert – die Führungskräfte verfügen vor allem über unschätzbare Erfahrungen und Verbindungen. Direktor Dine hatte in verschiedenen Capitol Hill-Jobs gearbeitet, zuerst im Stab des Demokratischen Senators Edward Kennedy, später im Auslands-Verbindungs-Komitee unter dem Demokratischen Senator Frank Church aus Idaho. Zuletzt war Dine sogar als Stabschef für Auswärtige Angelegenheiten im Budget-Komitee des Senats tätig.

Die vier Lobbyisten der AIPAC sind Douglas Bloomfield, Ralph Nurnberger, Ehster Kurz und Leslie L. Levy. Alle – au-

ßer Levy – hatten vor ihrem AIPAC-Engagement für Senatoren oder Kongreßabgeordnete in der Außenpolitik gearbeitet. Levy war als Student aushilfsweise zur AIPAC gestoßen, wo er sich dann schnell emporarbeitete.

Bloomfield, früher Assistent unter dem Demokratischen Senator Hubert Humphrey aus Minnesota, arbeitete zehn Jahre hindurch für den Demokratischen Kongreßabgeordneten Ben Rosenthal aus New York. Nurnberger war mehrere Jahre im *Foreign Relations Committee* des Senats und für den Republikanischen Senator James Pearson aus Kansas tätig. Kurz war der Reihe nach engagiert beim Demokratischen Kongreßabgeordneten Charles Wilson aus Texas und den Republikanischen Senatoren Jacob Javits aus New York sowie Arlen Specter aus Pennsylvania.

Diese vier Lobbyisten betreuen die Mitglieder sowohl des Repräsentantenhauses als auch des Senats, wobei sich jeder auf einen bestimmten Kreis von Abgeordneten konzentriert. In der Tat kann man als *Schlüssel zum Erfolg* lediglich ein halbes Dutzend Gesetzgeber bezeichnen. Jeder der vier Lobbyisten muß aber dennoch aufmerksam die Aktivitäten von rund dreißig anderen Gesetzgebern überwachen. Dabei konzentrieren sie sich auf die Legislatoren jener zwölf Staaten, die einen jüdischen Bevölkerungsanteil von mindestens drei Prozent aufweisen: New York, New Jersey, Kalifornien, Massachusetts, Ohio, Illinois, Michigan, Pennsylvania, Maryland, Delaware, Florida und Connecticut.

Der Übertritt von Stabsmitgliedern des Kongreßes zur AIPAC funktioniert gelegentlich auch in entgegengesetzter Richtung. So haben ein paar AIPAC-Veteranen hohe Regierungsposten übernommen, unter ihnen Jonathan Slade, der jetzt mit dem Demokratischen Kongreßabgeordneten Larry Smith aus Florida zusammenarbeitet. Marvin Feuerwerger, der dem Demokratischen Kongreßabgeordneten Stephen Solarz aus New York diente, gehört jetzt zum Politischen Planungsstab im Außenministerium. Beide, Smith und Solarz, sind Mitglieder des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten, und sie sind passionierte Förderer des Staates Israel.

AIPAC-Lobbyisten können sich jederzeit mit den Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses direkt in Verbindung setzen. Sie dürfen die Abgeordneten am Abend auch zu Hause anrufen. Eine Ausnahme bildet der Republikanische Kongreßabgeordnete Douglas Bereuter aus Nerbraska. Er möchte grund-

sätzlich nichts mit Lobbyisten zu tun haben, auch nicht mit jenen der AIPAC. Dieser Umstand fällt kaum ins Gewicht; denn für AIPAC-Lobbyisten bleiben die Türen fast aller anderen Kongreßmitglieder jederzeit weit geöffnet. Ein Kongreßgehilfe begründet dieses Entgegenkommen so:

„Professionalismus ist einer der Gründe. Sie wissen einfach, was sie wollen. Sie kommen sofort zur Sache und verschwinden wieder. Sie sind nützliche Quellen für wertvolle Informationen. Sie sind vertrauenerweckend und freundlich. Am wichtigsten aber sind ihre direkten und einflußreichen Verbindungen zu wichtigen Wählerkreisen."

Das Resultat ist eine bemerkenswerte Kooperation und ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den Lobbyisten und den Gesetzgebern. Bei einem zufälligen Zusammentreffen im Korridor des Kapitols kündigte ein AIPAC-Lobbyist an: „Morgen werde ich versuchen, mit fünf Herren des Hauses zusammenzukommen. Ich habe schon mit allen die Termine vereinbart, und sie werden mich sicher nicht warten lassen." Zwei Tage später war selbst dieser Mann von den Möglichkeiten der AIPAC erschrokken. Er berichtete, daß er anstandslos und sofort zu jedem einzelnen Abgeordneten vordringen konnte. „Unsere Querverbindungen funktionieren hier wirklich vorzüglich."

Diese erstaunlichen Zutrittsmöglichkeiten, deren sich die AIPAC erfreuen kann, stehen in krassem Gegensatz zu den Erfahrungen anderer Lobbyisten im Kapitol. Einer von ihnen erinnerte sich neidvoll: „Wenn ich tatsächlich zwei Abgeordnete an einem Tag treffen konnte, dann war dies schon ein erfolgreicher Tag."

Obwohl sie es in Abrede stellen, führt die AIPAC genaue Dossiers über jedes Mitglied des Hauses sowie der Senatoren. Zum Unterschied von anderen Lobbies, die lediglich zu ein paar Schlüssel-Persönlichkeiten im Hause oder dem Senatskorridor Verbindung halten, hat die AIPAC auch andere Aktivitäten im Kapitol unter ihrer Kontrolle. Sie verfolgt aufmerksam die Abstimmungen in den Komitees, informiert sich über Eingaben für Bürgschaftsbeteiligungen, wer bestimmte Briefe unterzeichnet und welche Ansprachen gehalten werden sollen. „Das nenne ich Gründlichkeit!" erklärte bewundernd ein ehemaliger Stabsangehöriger des Kapitols.

Ein bezeichnendes Beispiel des Lobby-Einflusses im Kapitol offenbarte sich am 3. Oktober 1984, als im Repräsentantenhaus eine Gesetzesvorlage zur Aufhebung aller Handelsbeschränkun-

gen zwischen den USA und Israel verabschiedet werden sollte. 98,5 Prozent (416) stimmten positiv – trotz der starken Opposition seitens der AFL-CIO und der *American Farm Bureau Federation*. Die enorme Zustimmung von 416 gegen 6 hätte – wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Absatzmärkte für US-Produkte – normalerweise heftige Reaktionen hervorgerufen.

Noch während der Abstimmung kannten nur wenige Abgeordnete jene relevante Studie des Wirtschaftsministeriums, wonach die in der Entschließung enthaltenen zollfreien Importe einen „bedeutenden Auflehnungs-Effekt" bei den amerikanischen Gemüseerzeugern auslösen würde. Nur weil das Weiße Haus die Gesetzesvorlage möglichst rasch durchpauken wollte, war – ungeachtet der negativen Folgen in bezug auf Arbeitsplätze und Märkte – die besagte Studie als *vertraulich* erklärt worden, um im Verborgenen zu verschwinden. Ein Kongreßabgeordneter, der dennoch eine Kopie der Studie ergattern konnte, beschwerte sich aufgebracht und völlig zu Recht, daß die AIPAC sich zu eigenem Nutzen diese *vertrauliche* Studie längst gesichert hatte.

„Ich habe es mit der AIPAC geregelt"

Bis zu seiner Niederlage während einer Auseinandersetzung am 6. November 1984 hatte der Kongreßabgeordnete Clarence D. „Doc" Long, ein 74jähriger Demokrat aus Maryland, noch einmal auf die engen Verbindungen hingewiesen, die zwischen der AIPAC und der US-Regierung bestehen. Als Vorsitzender des Bewilligungs-Unterausschusses im Repräsentantenhaus war er den Israelis stets gewogen.

Der große, grauhaarige ehemalige Wirtschaftsprofessor der John Hopkins-Universität posaunte seine Hilfeleistungen für Israel überall herum: „Die AIPAC machte meinen Wahldistrikt zu ihrem wichtigsten Interessengebiet." Diese Unterstützung für den Demokraten Long hatte natürlich seine guten Gründe: Er hielt nämlich – wie ein Auktionator – jedesmal den Hammer in seiner Hand, wenn es um die Finanzierung einer Israel-Hilfe ging. Kein Wunder, daß die Lobby diesen Zustand noch lange erhalten wollte.

Der Vorsitz im Bewilligungsausschuß richtet sich normalerweise nach dem jeweiligen Dienstalter, und da wäre eigentlich David Obey aus Wisconsin an der Reihe gewesen. Aber Obey,

der sich 1976 durch seinen Änderungsantrag zur Kürzung der Israel-Hilfe um $ 200 Millionen den größten Mißfallen der Lobby eingehandelt hatte, war durch Long aus dem Rennen gedrängt worden. „Doc" Long hingegen hatte wegen der Israel-Hilfe niemals Bedenken gehabt, und unterstützte daher seine Kollegen, um Obeys seinerzeitigen Änderungsantrag mit 342 gegen 32 Stimmen zum Scheitern zu bringen.

Nach einer langen Sitzung im Jahre 1982 hatte bei einer Unterhaltung im Restaurant des Repräsentantenhauses Clarence Long seine Karten auf den Tisch gelegt: „Schon vor langer Zeit hatte ich mir vorgenommen, allen Wünschen der AIPAC zuzustimmen. Mein Wahlbezirk ist einfach viel zu schwierig. Und da kann ich die Unannehmlichkeiten, die sie (Israel-Lobbyisten) inszenieren würden, nicht brauchen. So hatte ich mich dazu durchgerungen, ihre Unterstützung anzunehmen und sie mir zu erh0alten."

Das Gespräch drehte sich dann um die von Obey angeschnittene Frage über den gewaltigen Umfang unserer Hilfeleistungen für Israel. Long meinte dazu: „Ich kann mir nicht vorstellen, warum Dave (Obey) solche Dinge überhaupt erwähnt." Daraufhin tadelte ihn ein anderer Kollege: „Vielleicht macht er sich Gedanken über unsere eigenen nationalen Interessen."

Im September 1983 leitete Long eine Kampagne, um unsere US-Marinesoldaten aus dem Libanon herauszuholen. Dazu brachte er einen Änderungsantrag ein, demzufolge die Gelder für diese Operation nur noch 60 Tage gewährt werden sollten. John Hall, ein Reporter, der Longs enge Verbindung zur Lobby gut gekannt hatte, fragte ihn: „Bist du sicher, daß dich dein Änderungsantrag nicht in Schwierigkeiten bringen wird?" Der Kongreßabgeordnete antwortete ohne Zögern: „Ich habe es mit der AIPAC vorher geregelt." Das war kein Scherz.

Obwohl dies nicht der erste Antrag im Kongreß war, der im Vorfeld der Entscheidung mit der Israel-Lobby abgestimmt wurde, war deren Publizierung in den offiziellen Protokollen dennoch ein Novum. Der Vorschlag, unsere Unterstützung für den Libanon einzustellen, zog heftige Debatten nach sich. Aber dennoch wurde – mit den Gegenstimmen solcher Sprecher wie „Tip" O'Neill und Lee Hamilton, Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Mittleren Osten – der Antrag mit 274 zu 153 zum Scheitern gebracht.

Obwohl ihn die Pro-Israel-Interessenten stärkstens unterstützten – 18 Israel-Aktions-Komitees hatten 1982 für Longs Wie-

derwahl-Kampagne $ 31.250 beigesteuert – bestreitet Long eine persönliche Verstrickung: „Niemand muß mir Geld bezahlen, daß ich für die Israel-Hilfe votiere. Das tue ich schon seit 20 Jahren – die längste Zeit ohne Gegenleistung."

Das Geld und die Wählerstimmen, mit denen Israels Gönner die Kanditatur von Long 1984 unterstützten, hatten offenbar nicht das Erhoffte bewirkt. Obwohl ihm die Pro-Israel PACs $ 155.000 zur Verfügung stellten – viermal soviel wie jemals ein Kandidat erhalten hat – verfehlte Long dennoch sein Ziel um 5.727 Stimmen. Zu seinem Scheitern hat vor allem eine beachtliche Anzeigenkampagne beigetragen, die von bekannten Angehörigen der *National Association of Arab Americans* finanziert wurde. Diese Kampagne war wegen Longs unkritischer Großzügigkeit gestartet worden, mit der er die Wünsche Israels erfüllte. Obey – er war Longs aussichtsreichster Nachfolger als Vorsitzender – war der einzige Demokrat in diesem Ausschuß, der von den *Pro-Israel-PACs* (Political Action Committees) keine Wahlgelder angenommen hatte.

Internationale Auswirkungen

Die AIPAC verteidigt die Anliegen Israels nicht nur in den USA, sondern sie unterstützt auch deren weltweite Machtausdehnung. Erst kürzlich hat die Lobby ein internationales Erweiterungsprogramm initiiert, wodurch die Vereinigten Staaten – vordergründig – auch anderen bedürftigen Ländern Hilfe gewähren sollten. So wollte man 1983 zunächst dem afrikanischen Staat Zaire unter die Arme greifen, den Israel gerade als neuen Freund am Schwarzen Kontinent entdeckt hatte. Nach den Wünschen Israels sollte Zaire $ 20 Millionen als Militärhilfe erhalten, die von Präsident Reagan gefordert worden war. Die AIPAC hatte während dieser Prozedur auf eine direkte Einflußnahme durch ihre regulären Lobbyisten verzichtet.

Anstelle dafür wurde vorübergehend aber ein Berater engagiert, der sich die zuständigen Mitglieder im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten vorknöpfte. Ein entsprechender Änderungsantrag war zwar abgelehnt worden, aber die Anstrengungen haben sich für Israel dennoch gelohnt: Zaire hatte alsbald die volle diplomatische Anerkennung des Staates Israel garantiert.

Die beiden Kolumnisten Rowland Evans und Robert Novak

betrachteten dieses Vorgehen als ersten Schritt eines neuen israelischen Programmes. „Um seinen (Israels) eigenen Einfluß zu untermauern, will man jetzt (US)Hilfsgeschenke an andere Unterdrückte vermitteln, die auf der Hitliste des Kongresses stehen." Die Journalisten bezeichneten diese neue Praxis als „innerpolitische Machtausübung einer ausländischen Nation (Israel), die beunruhigende Fragen aufwirft."

Während ihre internationale Verästelung zunehmend gedeiht, konzentriert sich die AIPAC weiterhin auf die Lenkung von politischen Strömungen im Inland. In dieser Weise engagierte sich die AIPAC besonders stark im hitzigen Wahlkampf des Jahres 1984 in North Carolina. Hier war in einem aufwendigen Duell der Republikanische Amtsinhaber Jesse Helms, der sich gerne als *Apostel der Konservativen* bezeichnen ließ, gegen den Demokratischen Gouverneur Jim Hunt angetreten, der seinerseits als Führer des progressiven Kurses im *Neuen Süden* gelten möchte. Diese unterschiedlichen Werbeankündigungen offenbarten dennoch ein gemeinsames Anliegen, nämlich die Unterstützung Israels. Und gerade hierbei entfaltete Jesse Helms – überraschenderweise – ungeahnte Aktivitäten. Der Wahlkampf in North Carolina hatte inzwischen nationale Bedeutung erlangt, da – nach dem Scheitern des Senators Charles Percy – Jesse Helms als zweithöchster Republikaner im *Foreign Relations Committee* den Vorsitz übernehmen hätte können (siehe Kapitel 3).

Um jedoch die volle Unterstützung der Israel-Lobby zu erlangen, mußte Helms vorher ein paar unangenehme Barrieren aus dem Wege räumen. Da wurde er an eine Ansprache aus dem Jahre 1979 erinnert, worin Helms gewarnt hatte, daß die israelische West Bank-Politik „die Blockierung einer umfassenden Regelung" der arabisch-israelischen Beziehungen bedeuten würde. Besonders gravierend war aber noch eine zweite Rede, die Helms anläßlich der israelischen Invasion des Libanons im Jahre 1982 gehalten hatte – und worin er die Vereinigten Staaten aufforderte, ultimativ ihre Verbindungen zu Israel „abzubrechen".

Ganz oben auf der Liste seiner dunklen Punkte stand die *Auslandshilfe*, die Helms einmal als die „größte Schiebung aller Zeiten" betrachtete. In diesem Zusammenhang hatte er damals stolz verkündet: „....nicht einen Groschen (Dime) sollten wir für diese Programme ins Ausland schicken."

Da aber die bisher von Helms kritisierte *Auslandshilfe* auch

und vor allem Israel betraf, wurde er von seinem Demokratischen Herausforderer Jim Hunt heftig attackiert. Er rechnete ihm vor, daß Helms nicht weniger als fünfundzwanzigmal gegen Israel votierte, aber gleichzeitig – auf der anderen Seite – für die umstrittenen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien eingetreten sei.

Hunts Wahlkampfteam münzte diese „Fehler" sofort um, indem es konspirative Briefe an Israel-Sponsoren abschickte mit der Aufschrift: „Vorsicht: die beiliegende Information verursacht eine äußerst schädigende Wirkung gegen Israel." Der „Schaden" wurde angsterregend ausgemalt, indem man gegen Helms als zukünftigen Anti-Israel-Vorsitzenden im *Foreign Affairs Committee* Stimmung machte. Diese Art von Wahlgeldbeschaffung zeitigte natürlich Erfolge, die ein Helms-Mitarbeiter so zusammenfaßte: „Wir kalkulierten, daß 60% der Wahlgelder für Hunt aus jüdischen Gemeinden kamen." In der Tat waren bis Mitte August $ 130.350 von Pro-Israel *Political Action Committees* an Jim Hunt geflossen. Helms hingegen bekam null.

Um in seinem Wahlkreis die Gönner Israels wieder umzustimmen, startete Helms sofort einen Gegenangriff. Schon im Mai hatte er persönlich ein Likud-Mitglied des israelischen Parlaments im Senat empfangen, und darüberhinaus dessen außenpolitische Erklärungen im *Congressional Record* publizieren lassen. Helms wollte offenbar seine frühere Kritik an der israelischen Besatzungspolitik im Nahen Osten ungeschehen machen, indem er unserem Senat plötzlich empfahl, daß die Vereinigten Staaten „niemals einem Plan zustimmen sollten, der die Abtrennung der West Bank von Israel vorsieht."

Helms Fähigkeit, sich nach beiden Seiten hin zu verneigen, wurde durch seinen überraschenden Standpunktwechsel in der Frage der Verlagerung unserer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verdeutlicht. Obwohl Helms es zunächst ablehnte, den Gesetzesantrag wegen „tiefgreifender rechtlicher Bedenken" und „problematischer" Verfassungsmäßigkeit zu unterstützen, drängte er Präsident Reagan dennoch, den Umzug der US-Botschaft nunmehr ohne spezielle Gesetzesgrundlage anzuordnen.

Daraufhin sandte das Helms-Wahlteam in einem bemerkenswerten Gegenzug einen Spendenaufruf an jüdische Bürger. Man würde es, so hieß es darin, als besonders schmerzlich empfinden, wenn – angesichts seiner „Freundschaft" für Israel – ir-

gendein Jude die bevorstehende Wiederwahl von Jesse Helms verhinderte.

Für diese teuerste außerpräsidiale Wahl-Kampagne in der Geschichte der Vereinigten Staaten hatte Helms insgesamt $ 13 Millionen ausgegeben, während Hunt mit $ 8 Millionen den Sieg verfehlte. Die Stimmenauszählung bescherte Helms aber nur einen knappen Vorsprung.

Die AIPAC und die PACs

Die AIPAC unterscheidet sich von den meisten anderen Lobbies dadurch, daß sie es vermeidet, bestimmte Kandidaten öffentlich erkennbar zu unterstützen. Ebenso hütet sich die AIPAC davor, etwa auf direktem Wege politische Aktionen zu finanzieren. Die eigentlichen Werbefeldzüge werden offiziell von pro-israelischen *Political Action Committees* (PACs) vorbereitet und durchgeführt. Bei den US-Bundesbehörden sind über 3.000 solcher PACs registriert, wobei alle irgendwelchen speziellen Interessen-Lobbies angegliedert sind. Darunter befinden sich 75 PACs, welche sich die Unterstützung Israels zu ihrer Hauptaufgabe gemacht haben. Dennoch sind sie nach außenhin an keine der jüdischen Organisationen angeschlossen, auch nicht an die AIPAC.

Bis 1979 wurden Kandidaten und Parteiorganisationen ausschließlich von Einzelpersonen finanziert. Schon 1976 hatten sich bei der damaligen Kongreßwahl in Ohio einige dieser Privatpersonen in starkem Maße gegen die Kandidatur von Mary Rose Oakar gestellt, die als erste Person syrischer Abstammung in den Kongreß einziehen sollte. Als populäres Mitglied des Stadtrates von Cleveland mußte sie damals bei den Vorwahlen gegen zwölf andere weibliche Demokraten und eine Lawine jüdischen Geldes ihre Position verteidigen. Hier setzten die Israel-Kreise auf State Senator Tony Celebreze, der in Ohio als neuer politischer *Aufsteiger* betrachtet wurde. Ihn hatte man als offensichtlich fähigsten Kandidaten dazu ausersehen, die Rivalin Mary Oakar von der Bildfläche ihrer Nominierung wegzufegen.

Während des Wahlkampfes wurde Dennis Heffernan, ein Geldbeschaffer für Celebreze, von einem erstaunten und besorgten Kollegen um eine Aufklärung gebeten, warum mehr als 30 „jüdisch-klingende" Namen aufgelistet waren, von denen jeder $ 1.000 gespendet hatte. „Was geht hier vor sich?" fragte er mit

dem Verdacht, ob sein Freund Tony Celebreze sich womöglich anderen Interessen „gefügt" habe. Er wollte wissen: „Hat sich Tony etwa bestechen lassen, oder wurde dieses Geld für einen guten Zweck gespendet?" Heffernan erwiderte: „Ist Israel etwa keine gute Sache?"

Mary Oakar bezeichnete die gezielten Attacken der Israel-Aktivisten gegen ihre Person als „vernichtend". Sie erinnerte sich: „Ich hatte nie ein Wort über den Nahen Osten erwähnt –, so mußte es wohl an meiner ethnischen Abstammung gelegen haben. Mein Vater diente im Zweiten Weltkrieg, mein Bruder später in der Army. Dennoch könnte man jetzt meinen, wir seien schlechtere Amerikaner als andere."

Zwar konnte Celebrez mit dem Geld der Israel-Gönner die anderen elf Gegner damals schlagen; aber Mary Oakar gewann dennoch ihre Nominierung. Durch die überwältigende Demokratische Mehrheit in ihrem Wahlbezirk waren die Israel-Aktivisten in eine hoffnungslose Situation gedrängt worden, wodurch sie im Frühjahr sowie bei den weiteren Wahlen ihren Kampf gegen Mary Oakar aufgegeben hatten.

Die Vielzahl von „jüdisch-klingenden" Namen beim Wahlkampf in Ohio könnte ein Grund dafür gewesen sein, daß die Juden damals (1979) überall in Amerika ihre ersten pro-israelischen, politischen Aktions-Komitees (PACs) organisierten. 1982 hatten sich diese PACs pilzartig schon auf 32 Komitees vermehrt. *Pro-Israel-PACs* haben – laut Aufstellung der US-Bundeswahlkommission – im Berichtsjahr 1981/82 mit mehr als $ 1,8 Millionen insgesamt 268 verschiedene Wahlfeldzüge unterstützt. Diese Ausgaben waren von der Kommission als höchster Unterstützungsbetrag summiert worden. Mitte August 1984 zeigte dieses Bild noch wesentlich höhere Kurven. Inzwischen hat sich die Zahl der politischen Aktions-Komitees auf 75 verdoppelt. Die durch diese PACs aufgebrachten Untersützungsgelder für die Bundeswahl 1984 betrugen insgesamt $ 4,25 Millionen.

Keines dieser Aktions-Komitees hatte seine Pro-Israel-Tendenz etwa durch einen auffälligen PAC-Namen oder andere Hinweise ausgewiesen. Es gab auch keine Listen, die eine Verbindung zur AIPAC oder anderen jüdischen Organisationen offenbart hätten. Jede Vereinigung verschleierte ihre Israel-Verbundenheit durch die Wahl unverdächtiger und einschmeichelnder Namen wie: *Committee for 18, Arizona Political Inter-*

est Citizens, Joint Action Committee for Political Affairs oder *Government Action Committee.* Trotz dieser Tarnung waren sie alle in einem Punkt vereint: Israel.

„Niemand will etwas verheimlichen", protestierte Mark Siegel, Direktor des Pro-Israel *National Bipartisan Political Action Committee* und früherer Verbindungsmann des Weißen Hauses zur Jüdischen Gemeinde. Er besteht darauf, daß die netten Committee-Bezeichnungen deshalb gewählt worden waren, „weil es im politischen Umgang eben Leute gibt, die den Einfluß jüdischen Geldes (innerhalb eines bestimmten Wahlkampfes) negativ auslegen würden." Jene von Siegel geleitete PAC war ursprünglich gegründet worden, um 1978 die Präsidentschaftsbewerbung des vormaligen Senators Henry Jackson zu unterstützen.

Norman Silverman, Gründungshelfer des *Committee for 18* in Denver, drückte sich schon deutlicher aus, als er zugab, daß die Wahl des Namens „eine emotionale Sache" gewesen sei. Einige Organisatoren, hauptsächlich jüngere Leute, wollten ihre jüdische Identifizierung unmißverständlich und geradewegs im Komitee-Namen zum Ausdruck bringen. „Andere wiederum", so bemerkte Silverman, „sagten, daß sie nicht mitmachen würden, wenn wir das täten."

Wie immer die Komitee-Bezeichnungen auch lauten mögen, die Israel-Aktions-Komitees erleichtern den Schirmherrn Israels, dem von ihnen jeweils bevorzugten Kandidaten zum Durchbruch zu verhelfen. Das geschieht folgendermaßen: Eine Privatperson darf für einen einzelnen Kandidaten pro Wahl nur bis zu $ 1.000 spenden. Gibt er sein Geld aber einem *Political Action Committee*, so darf er bis zu $ 5.000 stiften. Die PACs ihrerseits können durch diesen kleinen Umweg jedem einzelnen Kandidaten $ 5.000 zukommen lassen. Besonders emsige Sponsoren zahlen zunächst die limitierten $ 1.000 auf direktem Wege an ihren Kandidaten, während zusätzliche $ 5.000, die demselben Kandidaten zugute kommen, an das betreffende Aktions-Komitee überwiesen werden.

Das bedeutendste Pro-Israel-PAC ist das *National Political Action Committee* (NatPAC), das sein Hauptquartier in New York hat. Es wird von Marvin Josephson geleitet, dem Direktor einer Agentur für künstlerische Talente. Geschäftsführer von NatPAC ist der in Washington ansässige Richard Altman, der vorher als Politischer Direktor der AIPAC arbeitete. Die NatPAC schöpfte hohe Beträge aus dem amerikanischen Entertain-

ment-Geschäft, womit sie ihrem Aktions-Komitee 1982 zu einem erstaunlichen Start verholfen hatte. Zu diesem Erfolg trug vor allem Woody Allen bei, der den ersten gesamtamerikanischen Wahlspenden-Aufruf mit seinem bekannten Namen unterzeichnet hatte. Das *National Journal* wertete die NatPAC als das größte politische Aktions-Komitee, dessen Mitglieder in freien Berufen tätig sind.

1982 hatte die NatPAC $ 1,04 Millionen gesammelt und $ 547.500 an Wahlkampfunterstützung zugunsten von 109 Kongreß-Kandidaten ausgegeben. Jeder der 31 Kandidaten erhielt den gesetzlich begrenzten Betrag von $ 5.000, womit 28 Kandidaten die Wahl gewonnen hatten. Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus haben 57 von den durch die NatPAC unterstützten 73 Kandidaten gewonnen. Von solchen Erfolgen ermuntert, veröffentlichte die NatPAC in der *New York Times* eine ganzseitige Anzeige, in der um weitere Spenden geworben wurde. In der Anzeige wurde klipp und klar auch der Verwendungszweck für die Spenden genannt, „...um in allen fünfzig Staaten die Wahl von Kandidaten zu unterstützen, die sich bewußt sind, daß das Überleben Israels auch für unsere eigene Existenz entscheidend ist."

Ein kürzlich versandter Spendenaufruf war durch einen Apell des Republikanischen Senators Robert Packwood aus Oregon und dem Demokratischen Senator Patrick Moynihan aus New York begleitet. Beide sind leidenschaftliche Schirmherrn des Israelischen Staates: „Wenn Sie – so wie wir – davon überzeugt sind, daß Israel eine wichtige strategische Stütze für die Vereinigten Staaten darstellt und unser vertrauenswürdigster Verbündeter in diesem Teil der Welt ist, dann lesen Sie bitte diesen Brief." Der Brief sollte zu Spenden animieren, damit NatPAC „die Petrodollar-Interessen weiterhin wahren kann."

Bei seiner Entscheidung, welche Kandidaten in den Genuß der NatPAC-Unterstützung gelangen sollten, wird Josephson von fünf Kollegen beraten: Barry Dillar, Vorsitzender der Paramount Pictures Corporation, George Klein, ein New Yorker Stadtplaner, James Wolfensohn, ein New Yorker Investment-Banker, Martin Peretz, Redakteur der Zeitung *The New Republic* sowie Rita Hauser, eine New Yorker Rechtsanwältin, die an prominenter Stelle auch für das *American Jewish Committee* arbeitet.

Geschäftsführer Richard Altman bezeichnet die NatPAC als eine Art „Basisbewegung". Ende 1983 verfügte er über 20.000

Mitglieder. 1984 wollte er diese Zahl auf 100.000 erhöhen. Nat-PAC bemüht sich auch um „ökumenische Spenden", sagt Altman, wobei er auf die Präsenz des Methodisten Bob Hope hinwies, der unter hundert prominenten Amerikanern als Gründungsmitglied verzeichnet war.

Richard Altman sagt es ganz offen: „Geld schmiert den politischen Apparat. Und wenn du einen Freund ins Rennen bringen willst, mußt du zahlen – und wir sind nicht die einzigen, die diese Weisheit kennen." Und er erklärt weiter, die Zusammenarbeit mit den PACs „ist für Amerikaner sowohl als auch für Juden zu einem Hauptanliegen geworden, ein Zeichen unserer Teilnahme am politischen Leben."

Kleinere PACs konzentrieren sich manchmal auf Kandidaten, die außerhalb ihres lokalen Wirkungsbereiches agieren sollen. Robert B. Golder, ein Geschäftsmann aus Philadelphia, organisierte 1981 das *Delaware Valley Political Action Committee* (Del-Val-PAC). Dafür konnte er 160 Mitglieder gewinnen – und verteilte $ 58.000 an 32 entfernt agierende Kandidaten, wovon 28 das Rennen machten. Golder bestätigte, daß es sein Ziel sei, auch „in entfernt liegenden Gebieten, in denen es keine jüdische Wählerschaft gibt", Kongreßkandidaten mit einer positiven Einstellung gegenüber Israel zu unterstützen. Zum Beispiel sandte seine PAC $ 1.500 an den Demokraten Jeffrey Bingaman nach New Mexico, um dessen Einzug in den Kongreß zu bewirken. Ende 1983 gingen $ 5.000 an Tom Concoran, dem erfolglosen Herausforderer des Republikanischen Senators Charles Percy aus Illinois. Ein Exekutiv-Komitee entscheidet darüber, wo das Geld eingesetzt wird.

Eine in San Francisco operierende PAC konzentrierte sich auf Wahlkämpfe außerhalb Kaliforniens. Melvin Swig, Leiter des *Bay Area Citizens Political Action Committee* stellte fest: „Es gibt in den örtlichen Wahlbezirken eine Menge Leute, die sich genügend für ihre Wählerschaft einsetzen. Wir haben unser Augenmerk aber auf Gebiete gerichtet, in denen das jüdische Element nicht so stark in Erscheinung tritt wie andere. Wir konzentrieren uns auf Orte, wo es weniger Juden gibt."

Golder umreißt die Ziele solcher Gruppen:

„Wir stellen fest, daß wir dadurch immer mehr jüdische Bürger gewinnen...Bedenken Sie, wieviel wir von der US-Regierung bekommen können, wenn wir politisch aktiv sind. Das ist die eigentliche Erklärung für die PACs. Wir versuchen solche Kandidaten durchzupauken, die *ja* sagen zur Auslandshilfe."

Golder, Swig und andere PAC-Organisatoren erhalten Unterstützung seitens der AIPAC. Sie werden von dort aus auf dem laufenden gehalten über die Ergebnisse von Wählerbefragungen und Erklärungen der Senats- und Hausmitglieder. Ebenso werden sie über die spezielle Einstellung ihrer nach Ämtern strebenden Kandidaten zu aktuellen Nahost-Fragen aufgeklärt. Die AIPAC läßt – was ihre Rolle in bezug auf bestimmte Unterstützungsmaßnahmen betrifft – nur manchmal ihre Maske fallen. Zum Beispiel war 1983 während eines von der AIPAC gesponsorten Workshops ein neues *Political Action Committee* gegründet worden.

Finanzielle Hilfen enden aber nicht an den Grenzen der Vereinigten Staaten. Jüdische Amerikaner, die in Israel leben, werden aufgerufen, sich an politischen Aktionen in den Vereinigten Staaten zu beteiligen. Newton Frolich, ein ehemaliger Rechtsanwalt aus Washington, der vor acht Jahren nach Israel ausgewandert war, leitet ein *Political Action Committee* in Jerusalem. Im Jahre 1984 verschickte dieses Komitee einen Aufruf an etwa 11.000 in Israel ansässige US-Familien. Man rechnete damit, durch diesen Aufruf insgesamt 50.000 dort lebende Amerikaner angesprochen würden, von denen viele die israelische Staatsbürgerschaft anstreben. Frolichs Organisation nennt sich *Americans in Israel Political Action Committee*. Durch dieses Komitee, so erklärte er, können die Amerikaner in Israel „weiterhin ihren Beitrag leisten" für die politische Entwicklung in den USA. Der Beitrag zahlt sich natürlich aus – in Form von gewaltigen amerikanischen Hilfeleistungen für Israel, die größer sind als die Zahlungen an andere Länder.

Ein Lobby-Veteran, Morris J. Amitay, der jetzt nur noch für die Geldbeschaffung tätig ist, äußerte seine Besorgnis über das Erscheinungsbild der Lobby. Als ehemaliger Geschäftsführer der AIPAC meint er, daß man am besten kleine lokale PACs organisieren solle. Er fürchtet, daß durch groß publizierte nationale *Political Action Committees* der Eindruck entstehen könne, als würden die Juden eine zu starke politische Macht ausüben. Amitay leitet das verhältnismäßig kleine Washingtoner *Political Action Committee*, das während der Wahlen im Jahre 1982 mit $ 89.075 insgesamt 158 Wahlveranstaltungen unterstützte.

Zuviel oder zuwenig – der jüdische Einfluß bei der Wahlgeldbeschaffung ist jedenfalls weithin bekannt. So berichtete im August 1983 das *Wall Street Journal*: „Mehrere hochrangige Kongreßmitglieder, von denen die meisten nicht erwähnt werden

wollten, sagten, daß der politische Effekt jüdischen PAC-Geldes größer sei als jener, den andere Lobbies erzielen; einfach deshalb, weil die Mittel auf ein ganz bestimmtes außenpolitisches Ziel konzentriert werden."

In der Tat konzentriert man sich auf ein Ziel. Die Pro-Israel-PACs unterstützen mit geballter Kraft ausschließlich unsere Bundes- und Senatswahlen, und sie konzentrieren sich auf Mitglieder des Repräsentantenhauses, die in Schlüsselpositionen der US-Außenpolitik tätig sind.

PAC-Leiter Mark Siegel meint, daß sich die PACs deshalb auf den Senat konzentrieren, weil er das „eigentliche Schlachtfeld" darstellt, wo die Fragen zur Außenpolitik entschieden werden. 1982 wurden $ 966.695 in Senats-Wahlen investiert; $ 355.550 davon dienten der Lenkung von Schlüsselentscheidungen im Repräsentantenhaus.

Die PACs wählen mit Unterstützung der AIPAC sorgfältig ihre Ziele aus. Als Lynn Adelman, ein jüdischer Senator in Wisconsin, bei den Vorwahlen 1982 auf jenen Platz hinaufkletterte, den dreißig Jahre hindurch der Demokrat Clement J. Zablocki verteidigte hatte, zeigte sich die AIPAC bei ihren Hilfeleistungen für Adelman dennoch zugeknöpft. Die AIPAC war zwar unglücklich mit Zablockis Vergangenheit. Sie hatte ihn aber dennoch nicht als Problemkind betrachtet. Ferner hatten sie sich ausgerechnet, daß Adelman, der nur $ 9.350 von dreizehn PACs bekommen hatte, nicht gewinnen konnte.

Das Wahlergebnis erregte nationales Aufsehen, denn Zablocki war Vorsitzender des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus, das mit sämtlichen Hilfs-Maßnahmen für Israel befaßt ist (siehe 2. Kapitel). Abgesehen von der zurückhaltenden Empfehlung der AIPAC, waren in einem Bittschreiben um Wahlspenden für Adelman zwei „Pluspunkte" zitiert worden, falls Zablocki unterliegen würde:

„Durch die Wahl Adelmans würde nicht nur ein neuer Freund Israels in den Kongreß einziehen, sondern auch im Repräsentantenhaus würde zukünftig ein Freund Israels als Vorsitzender des *Foreign Affairs Committee* fungieren." Dieser Hinweis war auf Dante Fascell aus Florida gemünzt, auf jenen Demokraten, der für Zablockis Nachfolge ausersehen war. Zablocki wurde mit einer Differenz von zwei zu eins wiedergewählt.

Inzwischen hatte Fascell, jener „andere Freund", der im Wahlspendenaufruf zitiert worden war, für seine Wiederwahl in Florida inklusive Miami große Unterstützung seitens der Pro-

Israel-PACs erhalten. 22 dieser PACs spendeten $ 43.250 für Fascell. Das war der zweithöchste Betrag, den man in diesem Jahr einem Kandidaten zum Repräsentantenhaus zur Verfügung gestellt hatte. Diese Gelder halfen ihm, der Herausforderung durch einen ehemaligen TV-Journalisten erfolgreich zu begegnen.

Trotz des dramatischen Anwachsens dieser PACs – eine Entwicklung, die seit 1979 verstärkt einsetzte – kommen die meisten Zuwendungen noch immer auf direktem Wege von privaten Israel-Aktivisten. Besonders Demokratische Kandidaten sind in verstärktem Maße von den Zuwendungen aus jüdischen Quellen abhängig. Ein nicht-jüdischer Wahlstratege berichtete Stephen D. Isaacs, dem Autor von *Juden und die amerikanische Politik*: „In unserer Politik kannst du, wenn du ein Demokrat bist, nichts erreichen ohne das Geld der Juden."

15 von 21 Personen, die dem Präsidentschaftskandidaten Hubert Humphrey im Jahre 1968 $ 100.000 und noch mehr zur Verfügung stellten, waren Juden. Den Feststellungen Isaacs zufolge, hatte das Demokratische National-Komitee, dessen vornehmste Aufgabe darin besteht, die Demokratischen Anliegen im Weißen Haus durchzusetzen, jahrelang rund 50% ihrer Gelder aus jüdischen Quellen erhalten.

Im Anschluß an die 1982-Wahl hatte Fascell – nach dem plötzlichen Tod von Zablocki, und ein Jahr bevor er zum Vorsitzenden des *Foreign Affairs Committee* gewählt wurde – folgendes geäußert: „Die ganzen Schwierigkeiten mit den Wahlfinanzierungen sind in der Hetze und im Geschrei zu suchen, daß man Dich gekauft hätte. Wenn Du das Geld brauchst – wirst Du es dann von Deinen Feinden kriegen? Nein – Du bekommst es von Deinem Freund!"

„Unsere eigenen außenpolitischen Vorhaben"

Ein großer Teil der Arbeit des *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) konzentrierte sich im Jahre 1982 auf die Ausdehnung von Hilfsmaßnahmen für die Basis-Organisationen. Daneben wurde das auf *Christliche Gemeinden* bezogene Erweiterungsprogramm intensiviert, und man half den *Political Action Committees* (PACs), ihre Aufmerksamkeit zu schärfen. Diese Anstrengungen richteten sich hauptsächlich auf eine Verstärkung des Lobby-Einflusses im Senat. Die AIPAC wollte den

Fehler nicht mehr wiederholen, als sie 1981 den Verkauf von AWACS-Frühwarnflugzeugen an Saudi-Arabien blockiert hatte.

Eine andere Praxis, mit der die AIPAC die Zahl ihrer Senats-Freunde zu vermehren trachtete, wird durch ihre Einmischung in eine kritische Wahl in Missouri illustriert. Die AIPAC stellte sich hinter einen Freund, und hatte gewonnen. Der Republikanische Senator John C. Danforth, ein geweihter Episkopalminister, war bei der Wiederwahl von einem jüdischen Demokraten, Harriett Woods, herausgefordert worden. In dem scharf geführten Wahlkampf mußte der nichtjüdische Danforth erkennen, daß ihm sein makelloser Lebenswandel unversehens die Unterstützung der AIPAC gegen seinen jüdischen Herausforderer sicherte. Die Hilfe war dennoch kritisch, da Danforth letztlich mit weniger als nur einem Prozent der Stimmen gewonnen hatte.

Die AIPAC hatte auch in Maine sehr erfolgreich gearbeitet, wo sie mithalf, den verlorenen Sieg des Demokratischen Senators George Mitchell über den Republikanischen Kongreßabgeordneten David Emery zurückzugewinnen. Der *Almanac of American Politics* faßte Mitchells Wahlchancen so zusammen: „...dem Demokratischen Senator werden von allen Seiten die geringsten Chancen für seine Wiederwahl eingeräumt." Er hat noch nie eine Wahl gewonnen. Nachdem er auch beim Rennen um den Posten des Gouverneurs 1974 von einem unabhängigen Kandidaten überflügelt worden war, hatte man ihn 1980 – nach dem Ausscheiden von Senator Edmund Muskie – zum Außenminister unter Präsident Carter ernannt.

Ermuntert durch die AIPAC, hatten jetzt 27 pro-israelische *Political Action Committees*, die durchwegs nicht von Maine aus operierten, mit $ 77.400 der Wahl Mitchells einen entscheidenden Ruck gegeben. Durch diese Schützenhilfe konnte Mitchell, der im übrigen aus dem Libanon stammte, die professionellen Vorhersagen aus dem Politiker-Almanach ins Gegenteil verwandeln; denn er hatte spielend gewonnen. Nach diesem Wahlsieg bedankte er sich telefonisch beim AIPAC-Direktor Thomas A. Dine: „Ich werde mich Deiner erinnern!"

In einem anderen Fall spendeten 20 PACs für die Wiederwahl des Republikanischen Senators David Durenberger aus Minnesota 1982 insgesamt $ 57.000. Diese Spende beinhaltete $ 10.000, die vom *Citizens Organized Political Action Committee* aus Kalifornien stammten. Das gleiche Komitee hatte – vier Monate nach Durenbergers Protest gegen den Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien – offenbar eine Mei-

nungsänderung des Senators herbeiführen wollen. Am Wahltag hatte das *Citizens Organized PAC* aus Kalifornien dem Republikaner Durenberger noch einmal mit $ 10.000 unter die Arme gegriffen. Unter den Führern dieses Komitees befand sich Alan Rothenberg, Anwaltspartner des *Democratic National*-Vorsitzenden Charles Manatt.

Bei unsicheren knappen Wahlausgängen setzen die Lobby-Interessenten sicherheitshalber manchmal auf beide Kandidaten. In dieser Art unterstützten die Israel-Aktivisten bei den Senatswahlen 1980 in Idaho zunächst ihren unerschütterlichen Freund, den Demokraten Frank Church. Gleichzeitig standen sie aber auch hinter dessen Rivalen Steven D. Symms, einem Republikaner.

Ein Grund für die doppelseitige Investition war die im kommenden Jahr anberaumte Abstimmung im Senat über den Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien. Symms und Church hatten sich bisher gleichermaßen immer gegen die Lieferung von AWACS ausgesprochen gehabt. Vorausblickend auf die bevorstehende Abstimmung hatte sich die Lobby daher in beiden Lagern je einen Freund gesichert. Dementsprechend waren auch beide Rivalen tatkräftig unterstützt worden.

Letztlich hatten sich aber die in Symms investierten Hilfeleistungen für die Israel-Gönner nicht ausgezahlt: denn ausgerechnet Symms war es, der bei der entscheidenden Abstimmung im Senat den Verkauf der AWACS an Saudi-Arabien nachdrücklich befürwortete. Symms verursachte mit seinem *Ja* zu diesen Waffenlieferungen der AIPAC einen ungewohnten Rückschritt bei ihren legislativen Bemühungen.

In einer Wahlanalyse ihres Newsletters *Near East Report* hob die AIPAC lobend hervor, der neue Senat im 98. Kongreß sei jetzt „wesentlich stärker pro-Israel" orientiert. Als Beweis für diesen Einfluß wird angeführt, daß zwei von fünf neuen Senatoren Juden wären: der Demokrat Frank Lautenberg aus New Jersey und Chic Hecht, ein Republikaner aus Nevada. Beide waren sie der AIPAC bekannt „durch ihre zahlreichen Hilfeleistungen für Israel."

Die AIPAC – so hieß es im *Near East Report* weiter – könne auch den Wahlerfolg des Demokraten Jeffrey Bingaman aus New Mexico, der den Republikanischen Senator Harrison Schmitt geschlagen hatte, als Pluspunkt für sich verbuchen. Mit seiner Befürwortung des Verkaufs von AWACS-Flugzeugen an

Saudi-Arabien sowie der Ablehnung weiterer Auslandshilfen hatte sich Schmitt natürlich schlechte Noten eingehandelt. Kein Wunder, wenn die AIPAC daher nicht seine, sondern die Wahl des Herausforderers Jeffrey Bingaman unterstützte.

Da bevorzugte Kandidaten mehr Geld benötigen, als aus den Quellen der PACs gefördert werden kann, tritt hier die AIPAC hilfreich zur Seite, indem sie Namenslisten zur Versendung von Spendenansuchen zur Verfügung stellt. Solche Aufrufe sind mitunter alarmierend. So wurden z.B. 1984 im Auftrag des Republikanischen Senators Rudi Boschwitz aus Minnesota Prospekte verschickt, wofür sein Kollege Lowell Weicker ein Vorwort geschrieben hatte. Um damit die Wähler auf seinen Parteifreund Boschwitz einzustimmen, verkündete er: „Ein Freund Israels ist in Gefahr." Dann wies er auf Boschwitzs Schlüsselposition als Vorsitzender jenes Ausschusses hin, „der jeweils den Umfang von Hilfsleistungen unseres Landes an Israel festlegt." In diesem Zusammenhang lobte er Boschwitzs Anstrengungen zur Blockierung unserer Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Der Aufruf enthielt auch Lobesworte des Senators Bob Packwood und Wolf Blitzer, Washington-Korrespondent der *Jerusalem Post.*

Die AIPAC hat den Kongreß mittlerweile davon überzeugt, daß die Interessen aller zur Wahl gehenden Juden praktisch von ihr, der AIPAC, vertreten würden. Diesen Anspruch hatte im Juni 1983 der Kolumnist Nat Hentoff in der New Yorker *Village Voice* untermauert. Er bezog sich in seinem Artikel auf einen Vorfall, wonach 18 dissidierende Rabbiner den Capitol Hill durchkämmten, um die Kongreßmitglieder davon zu überzeugen, daß einige Juden sich gegen die Politik Israels stellten. Die Rabbiner berichteten, daß mehrere Kongreßabgeordnete zwar ihre Ansichten teilten, aber Angst hätten, dafür einzustehen. Hentoff erklärte dazu: „Die einzige jüdische Wählerschaft, die von ihnen (Kongreßmitglieder) anerkannt wird, ist nur jene, die ihnen von der AIPAC und durch andere Sprecher des jüdischen Establishments genannt wird."

Ein Abgeordneter aus Ohio äußerte seine Angst und Besorgnis in bezug auf die AIPAC: „Die AIPAC ist die einflußreichste Lobby im Kapitol. Diese Leute sind unbarmherzig. Sie wissen genau, was sie wollen. Sie haben die Leute mit finanziellen Mitteln hinter sich. Sie haben eine Menge auf ihrer Seite. Mit ihrem grundlegenden wesentlichen Anliegen sympathisieren auch die meisten Amerikaner.

Was mir aber Sorgen bereitet, ist die Unfähigkeit der verantwortlichen amerikanischen Poltiker, die unsere nationalen Interessen nicht von den nationalen Interessen Israels unterscheiden können. Wenn sie (diese Interessen) sich miteinander vereinbaren ließen – wunderbar! Aber sie lassen sich nicht immer miteinander vereinbaren."

Nach der Wahl im Jahre 1982 hatte Thomas A. Dine die Bedeutung der AIPAC-Erfolge herausgestrichen: „Daraus ergibt sich, daß aus diesem Grund die amerikanischen Juden in der Lage sind, unsere eigene politische Tagesordnung zu gestalten."

Als er später die Ergebnisse der Wahl 1984 kommentierte, hatte er sie nicht den jüdischen Stimmen, sondern dem jüdischen Geld zugeschrieben. Vor diesem Hintergrund beanspruchte der AIPAC-Chef auch das Verdienst, die Wahlniederlage des Republikanischen Senators Charles Percy von Illinois und des Demokratischen Senators Walter Hudlestone aus Kentucky herbeigeführt zu haben. Gerade diese Senatoren waren es, die sich den Zorn der AIPAC zugezogen hatten, indem sie für einen Verkauf der AWACS-Flugzeuge an Saudi-Arabien stimmten. Dine sagte, diese Erfolge „kennzeichnen die politische Macht der Juden für den Rest dieses Jahrhunderts."

2. Kapitel

Wie man schwache Stimmen zum Schweigen bringt

Der jugendliche Kongreßabgeordnete aus Kalifornien hörte jetzt gespannt zu, als die Kollegen des Hauses ihre Ansichten zu seinen vorangegangenen Darlegungen äußerten. Sein ernsthaftes Benehmen und seine widerspenstigen Haare erinnerten an einen früheren Kongreßabgeordneten, John F. Kennedy. Der unerschrockene Abgeordnete Paul N. „Pete" McCloskey blickte nachdenklich in den Sitzungssaal und registrierte aufmerksam die Argumente seiner anderen 23 Kongreßkollegen. Deren Mitwirkung bestand hauptsächlich darin, daß sie sich durch den Vorsitzenden „Tip" O'Neill ordnungsgemäß ihre Sprechzeiten reservieren ließen, wobei sich in der anstehenden Debatte die meisten einer unangenehmen Sache zu entziehen schienen. In dieser legislativen Auseinandersetzung haben sie ihre Köpfe weggesteckt, anstatt zu kämpfen.

Eine echte Debatte über das von McCloskey aufgeworfene Thema war so gut wie unbekannt; denn es drehte sich um unsere Hilfeleistungen für Israel. Die meisten Kongreßmitglieder haben Angst vor Pressionen seitens der Lobby, und vermeiden daher verfängliche Statements oder Stimmabgaben, die ihnen als Kritik am Staate Israel ausgelegt werden könnten. McCloskey war aber aus anderem Holz geschnitzt.

Geachtet für sein mutiges Auftreten und seine Unabhängigkeit, hatte er sich schon früher als die meisten Amerikaner gegen den Vietnamkrieg aufzulehnen begonnen. Er widersetzte sich den Machenschaften der griechisch-amerikanischen Lobby, die unsere Waffenlieferungen an die Türkei verhindern wollte. Konsequent unterstützte er auch umstrittene Bürgerrechtsaktionen. Und jetzt rief er zu gemeinsamer Klugheit auf, um die Probleme im Mittleren Osten lösen zu können. McCloskey und ich gehörten zu einer winzigen Gruppe von Kongreßmitgliedern, die bereit waren, Israel öffentlich zu kritisieren. Dafür sollten wir aber beide den Kongreß alsbald unfreiwillig wieder verlassen.

An diesem Nachmittag im Juni des Jahres 1980 hatten die meisten Kongreßkollegen ihre Sprechzeiten an McCloskey abgetreten. Sie beteiligten sich aber rege an der Diskussion; denn darin erblickten sie den einzigen Ausweg, um sich vor der durch ihn forcierten Abstimmung zu drücken, die über einen Antrag zur Einstellung unserer Israel-Hilfe entscheiden sollte. Einige der Abgeordneten hatten privaterweise dem Standpunkt McCloskeys zugestimmt, aber sie waren dagegen, daß über seinen Antrag abgestimmt würde. Wenn das geschehe, wären sie in die peinliche Lage versetzt, auf den Druck der Israel-Lobby zu reagieren, und sich gegen den McCloskey-Antrag – und somit gegen ihr eigenes Gewissen entscheiden zu müssen.

Mit der eventuellen Einbringung seines Antrages hätte McCloskey gefordert, den Bau von Siedlungen im West Bank-Gebiet am Jordan River, das Israel mit Waffengewalt besetzt hielt, einzustellen. Um für die Erfüllung dieser Forderung einen gewissen Druck auf Israel ausüben zu können, wollte er die USA zur Kürzung ihrer Hilfsleistungen um $ 150 Millionen veranlassen. Das sei nach den Schätzungen McCloskeys jener Betrag, den Israel alljährlich für diese Projekte aufwendet. Letztlich war durch die harten Realitäten McCloskey aber dazu gedrängt worden, den Plan einer Abstimmung über seinen Antrag fallen zu lassen:

„Freunde und Feinde haben mich gleichermaßen gebeten, meinen Antrag nicht zu forcieren. Manche meiner Freunde argumentierten, daß mein Antrag im Falle der Abstimmung eine verheerende Abfuhr bekommen würde. Und wenn das geschehen sollte, so gaben sie zu bedenken, würde sich Israel in die Brust werfen und sagen. ‚Na und – hier hat sich einer vorgewagt. Aber schaut mal hin, wie wir ihn niederschmetterten.'"

Der Abgeordnete James Johnson, ein Republikaner aus Colorado und einer der wenigen auf der Seite McCloskeys, kannte den Druck, den andere Kongreßmitglieder auf ihn ausübten. Johnson erklärte, daß viele seiner Kollegen sich privat gegen eine Ausdehung der israelischen Siedlungen geäußert hätten. Aber er sagte, daß der Kongreß „unfähig" für Aktionen sei, die sich gegen die Interessen Israels richteten: „Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der wahre Grund, warum sich der Kongreß nicht mit dem Antrag dieses Mannes beschäftigt, die israelische Nation betrifft."

Es war nicht das erste Mal, daß der Druck von *oben* Anträge unterbunden hat, die als anti-israelisch betrachtet wurden; und

McCloskey war nicht der erste, der klein beigeben mußte, um sich seinen Kollegen zu fügen. Ein derartiger Druck bildet sich automatisch, wenn Anträge zur Begrenzung unserer Israel-Hilfe diskutiert werden sollen. Viele Kongreßabgeordnete geraten hierbei in Verlegenheit über den gewaltigen Umfang unserer Hilfeleistungen (Israel erhält immerhin ein Viertel des Gesamtvolumens der US-Auslandshilfen), und fühlen sich nicht wohl, wenn ihre Zustimmung veröffentlicht würde. Noch peinlicher aber wäre es, wenn sie – eingeschüchtert durch Israels Gönner – dagegenstimmten.

Wieviel von der Macht dieser Lobby nun als Tatsache oder nur als Illusion gewertet werden kann, bleibt dahingestellt. Weil sie diese scheinbare Macht aber als Realität wahrnehmen, wollen nur wenige Kongreßabgeordnete ein Risiko auf sich nehmen. Indem sie unentwegt auf ihr politisches Überleben bedacht sind, sagen sie sich: „Ich muß mich nicht unbedingt mit der Israel-Lobby anlegen. Wer braucht das schon?"

Als ich bei mehreren Gelegenheiten mich schon auf eine lästige Abstimmung zur Israel-Hilfe eingestellt hatte, flüsterte mir mein Kollege jedesmal zu: „Deine Einstellung zu diesem Thema ist hinreichend bekannt. Warum mußt du uns alle damit in Verlegenheit bringen?"

Die meisten Ausschußsitzungen sowie die Debatten im vollen Haus sind für die Öffentlichkeit zugänglich. Und wenn es um Fragen der Israel-Hilfe geht, ist auch jedesmal zumindest ein Abgeordneter der AIPAC anwesend. Durch seine Gegenwart ist sichergestellt, daß jegliche Kritik an Israel sofort an die entscheidenden Verbindungsstellen gemeldet wird. Der betreffende angriffslustige Kongreßabgeordnete muß sich – wenn er aus dem Sitzungssaal wieder in sein Büro zurückkehrt – dann bereits auf eilige und zornige Telefonanrufe seiner Wähler gefaßt machen.

AIPAC-Lobbyisten sind spezialisiert auf die Persönlichkeiten und Gebräuche des Hauses. Sobald Israel – selbst hinter verschlossenen Türen – auch nur erwähnt wird, sind im nächsten Moment die Verlautbarungen bereits in Berichtsform niedergelegt. Diese Lobbyisten wissen, daß die Israel-Hilfe bei einer Namensabstimmung durchwegs von allen Seiten unterstützt wird.

Die Lobbyisten in der Regierung rechneten auf solche Unterstützung, um den Erfolg sodann auch auf ihre weltweite Auslandshilfe ausdehnen zu können. Bei ihrer Zusammenarbeit verfolgen die beiden getrennten Lobby-Gruppierungen dennoch ge-

meinsame Interessen, indem sie gegenseitig ihre Kreise nicht stören, und solche *Bootsschaukler* wie McCloskey mit vereinten Kräften vernichten.

McCloskey aber kannte keinen Kompromiß. In seiner öffentlichen Karriere hat er sich immer wieder gegen politischen Druck zu wehren verstanden, obgleich seine Gegner oftmals unerbittlich auf ihn einschlugen. Das zeigte sich schon, als ihn ganz Amerika wegen seiner scharfen Kritik am Vietnamkrieg kennengelernt hatte. Damals, im Jahre 1972, bewarb er sich in einer ebenso dramatischen wie kurzen Wahlkampagne sogar um die Präsidentschaft des Landes. Sein Ziel war eine ausgedehnte und ungehinderte Diskussion über alle öffentlichen Belange – auch und vor allem über jene des Krieges. Die falschen Entscheidungen, so glaubte er, würden nur deshalb so schnell getroffen, „weil man die Ansichten der Minderheiten ignoriert oder die Meinungen denkender Menschen zum Verstummen bringt." Er behauptete, daß die Nixon-Regierung im Zusammenhang mit verschiedenen Vorkommnissen wichtige Auskünfte verweigerte, und er verurteilte dieses Verhalten, wenn „Menschen durch Angst, Haß und Zorn ausgenutzt" werden.

Als McCloskey seine Präsidentschaftskandidatur ankündigte, erblickten seine Anhänger darin einen „politischen Selbstmord". Seine Gegner, besonders vom rechten Flügel der Partei, frohlockten mit den gleichen Worten. Obwohl sich der Kalifornier McCloskey dessen bewußt war, daß ihm diese Herausforderung seinen Sitz im Kongreß kosten könnte, verkündete er dennoch die Fortsetzung des Kampfes: „Ich hatte – wie auch alle anderen Amerikaner – an Präsident Nixons Worte geglaubt, wonach er einen Plan zur Beendigung des Krieges in Händen hätte."

McCloskey verzweifelte bei dem Gedanken, daß zukünftig noch Tausende amerikanische Soldaten fallen – und die Luftmacht der USA ihre abscheulichen Streubomben wie einen tödlichen Regen auf die Zivilbevölkerung von Vietnam, Laos und Kambodscha abwerfen würde.

McCloskey hatte die Schrecken des Krieges am eigenen Leib verspürt. In Korea war er an der Spitze seiner Einheit als Marine-Infanterist bei Nahkämpfen in feindlichen Schützengräben verwundet worden – und hatte von dort das *Navy Cross*, den *Silver Star* und zwei *Purple Hearts* mit nach Hause gebracht. Später erklärte er, daß diese seine Kampferfahrung eines bei ihm hinterlassen hätte: „Ein ausgeprägtes Dankesgefühl für das Glück, noch am Leben zu sein." Es hat ihn auf der anderen

Seite auch härter gemacht für spätere Angriffe von verschanzten Feinden ganz anderer Art – für Anstrengungen, die ihm keine Tapferkeitsmedaillen einbrachten.

Wegen seines Protestes gegen den Krieg war McCloskey als „Gegner des politischen Fortschritts" gebrandmarkt – und sogar der Anlehnung an den Kommunismus beschuldigt worden. „Zumindest 50 Mitglieder des rechten Flügels im Haus sehen in McCloskey die neue Rote Gefahr", schrieb ein Journalist. Dieser Vorwurf war natürlich lächerlich, aber dennoch waren in Kalifornien einige stramme Republikaner unruhig geworden. Dem *California Journal* zufolge hatte sich die Nervosität sogar derart gesteigert, daß es „der persönlichen Intervention des vormaligen Vizepräsidenten Gerald R. Ford bedurfte, ihn bei den Vorwahlen 1974 zu retten."

Seine eigensinnigen Wege forderten natürlich ihren Preis. Zweimal war er für einen Posten im *Ways and Means Committee* abgelehnt worden. Die Konservativen der Kalifornischen Delegation hatten das Mitgliedsansuchen des freisinnigen Republikaners zurückgewiesen, obwohl McCloskey aufgrund seines höheren Dienstranges Anspruch auf den Posten gehabt hätte.

Seit McCloskey 1980 seinen unheilvollen Änderungsantrag zur Israel-Hilfe in die Diskussion geworfen hatte, stellte er sich selbst ins Fadenkreuz der Nahostkontroverse. Nach einer im Jahre 1979 unternommenen Nahostreise stellte er fest, daß die neue Politik Israels nicht unbedingt zum Wohle Amerikas ausgerichtet sei. McCloskey war alarmiert über das Versagen Washingtons, dem Bau der israelischen Siedlungen auf der West Bank, die von unserer Regierung selbst als *illegal* bezeichnet worden war, Einhalt zu gebieten. Er war ebenso aufgebracht, daß den Israelis der Einsatz von Waffen aus US-Lieferungen nicht verboten worden war. Der Kongreßkollege fragte: „Warum?"

Die Antwort war nicht schwierig zu finden. Die Angelegenheit war – wie die meisten anderen mit dem Mittleren Osten verbundenen Vorhaben – ein heißes Eisen. Schon der Vorschlag für eine Debatte löste unbarmherzige Presseattacken und besorgte Wählerreaktionen aus. McCloskey erschienen solche Attacken als ironisch. Denn er betrachtete sich selbst bisher als Förderer der jüdischen und israelischen Interessen. Als Collegestudent der *Stanford University* hatte er 1948 bei der Durchführung einer erfolgreichen Kampagne mitgeholfen, um die *Phi Delta Theta-Bruderschaft* zum erstenmal auch für jüdische Studenten

zugänglich zu machen. McCloskey erinnerte den Kritiker Earl Raab vom *San Francisco Jewish Bulletin*, daß er „jeder militärischen und wirtschaftlichen Hilfe, die wir Israel in der Vergangenheit gewährten, zugestimmt" habe. Mit Nachdruck verteidigte er auch das Recht Israels, ihre Lobby betreiben zu dürfen: „Lobbying ist – und so sollte es bleiben – ein ehrenhafter und wichtiger Bestandteil im amerikanischen politischen Verfahren" Er bezeichnete das *American Political Affairs Committee* (AIPAC) als „die machtvollste (Lobby) Washingtons." Dabei betonte er, daß damit „nichts Schlechtes oder Unrechtmäßiges" verbunden sei.

Dennoch hatte McCloskey eine herausfordernde Frage aufgeworfen: „Übt Amerikas Israel-Lobby nicht zuviel Einfluß aus?" In einem Artikel für die *Los Angeles Times* antwortete er: „Ja, er (dieser Einfluß) ist ein Hindernis für den Frieden im Nahen Osten."

McCloskey berief sich auch auf eine eventuelle nukleare Auseinandersetzung im Nahen Osten und auf die grundlegenden Unterschiede zwischen amerikanischen und israelischen Interessen. Er hatte beobachtet, daß Angehörige der Jüdischen Gemeinde gerade im Hinblick auf diese Differenzen vom Kongreß die Unterstützung für Israel forderten. McCloskey argumentierte: „Diese Forderung – gepaart mit der Schwäche des Kongresses angesichts solcher Macht – kann den Präsidenten in seiner entscheidenden Stunde zwischen Krise und Chance die erforderliche Flexibilität entziehen, um einen andauernden israelisch-palästinensischen Frieden zu schaffen."

Er schlug eine offene Diskussion vor: „Wenn sich die Vereinigten Staaten wirkungsvoll für den Frieden einsetzen wollen, muß die Macht dieser Lobby erkannt und in eine faire und offene Debatte einbezogen werden. Ich hatte gehofft, daß sich die amerikanische Jüdische Gemeinde soweit entwickelt hätte, daß die Bestrebungen ihrer Lobby angesprochen und debattiert werden könnten, ohne daß dabei gleich die rote Flagge des *Antisemitismus* hochgehoben wird. Die Macht einer Lobby transparent zu machen, bedeutet keine Kritik an der Lobby an sich."

Dieser Artikel war erschienen, kurz bevor McCloskey sich 1982 für eine Nominierung bei den Senatswahlen in Kalifornien beworben hatte. Es war – um es milde auszudrücken – ein unorthodoxes Eröffnungsgetöse, wobei die meisten Reaktionen sich kritisch artikulierten. Eine der wenigen Ausnahmen war eine Analyse im kalifornischen *Redlands Daily Facts*, worin

seine Wahlkampagne als „ein mutiges aber riskantes Business" bezeichnet wurde. Die Zeitung beschrieb ihn als „den Kandidaten für jene, die einen Mann wollen, mit dem sie uneins sind in manchen Dingen, der aber trotzdem mutig seine intelligenten Überzeugungen vertritt."

Im Gegensatz dazu schrieb Paul Greenberg in einem mehrfach veröffentlichten Artikel des *San Francisco Examiner*, daß McCloskey die Israel-Lobby beschuldigt hätte, „nationale Interssen emsig zu unterminieren." Darüberhinaus stellten sie ihn mit dem notorischen Judenfeind Gerald L.K. Smith in eine Reihe. Diesmal aber brauchte McCloskey nicht zurückzuschlagen; denn schon ein paar Tage später veröffentlichte dieselbe Zeitung eine gegenteilige Ansicht. Der Kolumnist Guy Wright stellte fest, daß Greenberg den Republikaner McCloskey beschuldigt habe, ohne auch nur „eine einzige Zeile aus seiner (angeblich) beleidigenden Rede" zitiert zu haben. Wright fügte hinzu, daß es gerade solche Formulierungen seien, die an ähnlich gemeine Methoden aus der McCarthy-Ära erinnerten.

Wright zählte dann mehrere von McCloskey entworfene Empfehlungen für unsere Außenpolitik auf und schloß mit den Worten: „Jetzt frage ich Sie: Sind das etwa die Phantasien eines Antisemiten? Oder ist es eine faire Kritik an den Vorgängen, die allzu lange als tabu galten?"

Derartig beipflichtende Worte hörte man nur selten. Ein Artikel im *B'nai B'rith Messenger* verurteilte McCloskey wegen eines Vorschlags, den er angeblich einigen Redakteuren der *Los Angeles Times* gegenüber unterbreitet hätte. Demnach sollten alle Rabbiner aufgefordert werden, sich als Auslandsagenten registrieren zu lassen! Der Autor dieses Artikels versicherte seinen Lesern, daß die brisante Äußerung aus „einer sehr vertrauenswürdigen Quelle" stamme. Dieser Hinweis war ebenfalls über ganz Amerika verbreitet worden. Der Vorwurf stellte sich hinterher allerdings als komplette Fälschung heraus, was der betreffende *Times*-Redakteur – er hatte jenes strittige Gespräch mit McCloskey geführt – ausdrücklich bestätigte.

Zwar mußte daraufhin der *B'nai B'rith-Messenger* seine falschen Behauptungen widerrufen; aber dennoch wurden die Anschuldigungen gegen McCloskey fortgesetzt. Offenbar war dem Washingtoner Büro der Israel-Lobby der „Wideruf" des *Messenger* entgangen; denn zwei Jahre später wiederholte Douglas Bloomfield, AIPAC-Direktor für gesetzgebende Angelegenheiten, in einem Interview den gleichen Vorwurf noch ein-

mal. Derartig falsche Informationen könnten McCloskeys Bild bei ihm verzerrt haben, wenn er neuerlich als „verbissen" bezeichnet wird, mit „einem ausgeprägten Hang zur Feindseligkeit gegen Juden."

Nach dem Widerruf des *B'nai B'rith Messenger* war die Beschimpfung McCloskeys nicht schwächer geworden. Dieselbe Zeitung beschuldigte ihn jetzt, er verunglimpfe die „verfassungsmäßige Behandlung von Kongreßanträgen als turbulentes Theater." Eine andere jüdische Publikation brachte sein Bild mit der Erklärung: „Goebbels' Erbe!" In einem Artikel der *Heritage Southwest Jewish Press* war McCloskey mit Kennzeichnungen wie „Nr. 1 Sonovabitch" (Schweinskerl, Hurensohn), „obszöne Einstellung gegen die Juden von Amerika" sowie als „schäbig" und „schmutzig" verleumdet worden.

Obgleich er die harten und niederschmetternden Cliquenkämpfe hinreichend kannte, war McCloskey dennoch geschockt von den unbarmherzigen Attacken. Kein Rabbiner und kein jüdisches Medium stellten sich schützend vor ihn. Lediglich eine kleine Anzahl unabhängiger Juden versuchten McCloskey zu verteidigen. Einer von ihnen, der bekannte kalifornische Geschäftsmann Merwyn Morris aus Atherton, stellte fest: „McCloskey ist um keinen Deut judenfeindlicher als ich selbst." Trotz dieser positiven Beurteilung hatte Morris bei den anstehenden Senatswahlen nicht McCloskey, sondern dessen Opponenten unterstützt.

Josh Teitelbaum, Sohn eines Rabbis aus Palo Alto, der vorübergehend für McCloskey gearbeitet hatte, zog sich aus dessen Stab zurück, zum Teil deshalb, weil er mit dessen Haltung gegenüber Israel nicht einverstanden war. Trotzdem stellte er sich im wesentlichen vor seinen ehemaligen Arbeitgeber: „McCloskey ist nicht antisemitisch eingestellt, obwohl seine Worte jene Leute ermutigen könnten, die es tatsächlich sind."

McCloskeys Ansichten über Israel komplizierten weitgehend die Geldbeschaffung für seinen Wahlkampf. Potentielle jüdische Geldquellen waren versiegt. Ein früherer Gönner, der jüdische Multimilliomär Louis E. Wolfson schrieb: „Ich glaube, daß ich mich jetzt den vielen anderen Amerikanern anschließen muß, um mit allen erdenklichen Mitteln Ihren Einzug in den US-Senat zu verhindern und sicherzustellen, daß Sie auch in Zukunft kein derartiges Amt bekleiden."

Obwohl McCloskey im Norden gewinnen konnte, hatte er in der Tat aber die Vorwahlen im dicht bevölkerten Süden verlo-

ren. Stephen S. Rosenfeld brachte in einem Leitartikel der *Washington Post* dieses negative Wahlergebnis auf einen Nenner: Durch die „politische Mitwirkung der Juden" ist McCloskey geschlagen worden.

Die Angriffe der Lobby waren aber mit seiner Wahlniederlage noch nicht beendet; denn McCloskey hatte sich seinerseits immer wieder mit der Lobby angelegt. Bereits ein paar Tage nach dem Massaker an Hunderten von Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Beirut hatte McCloskey in seiner Rede vom 22. September 1982 im Repräsentantenhaus einen neuen Subventionsantrag für die Israelis in Höhe von $ 50 Millionen angeprangert. Er warnte davor, daß dieses unser Entgegenkommen „als Befürwortung dessen angesehen werden könnte, was die Israelis bei ihrem Einmarsch in West Beirut verursachten, und das direkt zu dem Massaker führte." Trotz seines Protestes wurde aber die Israel-Hilfe genehmigt.

In den letzten Stunden des 97. Kongresses hielt – nachdem er „dieser geschätzten Institution" 15 Jahre hindurch gedient hatte – McCloskey seine Abschiedsrede. Nach der gestrigen Befürwortung einer noch höheren Pro-Kopfhilfe für Israel, prangerte er jetzt noch einmal unser „leidenschaftliches Engagement" gegenüber diesem Lande an. Die amerikanischen Unterstützungen – so warf er dem Kogreß vor – seien höher „als jene, die wir vielen Armen und Arbeitslosen in unserem eigenen Lande zukommen lassen." Und all das geschieht, obwohl „sich Israel gegenüber den Vereinigten Staaten nicht mehr wie ein Freund verhält."

McCloskeys akademischer Frieden

Da seine politische Karriere unterbrochen, wenn nicht sogar beendet war, wollte McCloskey wieder nach Palo Alto zurückkehren, in das Anwaltsbüro von John Wilson, einem Mitabsolventen der *Yale Law School*, dem er als Partner beim Aufbau seiner Praxis geholfen hatte: „Viele meiner alten Klienten sind noch immer erhalten geblieben", sagte er, „und ich wollte mich ihrer wieder annehmen. Ich habe niemals daran gedacht, woanders hinzugehen."

Aber andere hatten sich McCloskeys Zukunft anders vorgestellt. Ken Oshman, Präsident der *Rolm Corporation* und bedeutendster Klient des Büros von John Wilson, warnte davor, daß

seine Firma „ihre Rechtsgeschäfte woanders hintragen könnte", wenn McCloskey dorthin zurückkehrte. Die alten Teilhaber der Anwaltskanzlei hatten ihren Besucher zum Lunch eingeladen, wobei sie ihm versicherten, daß sie diese Episode nicht zum Anlaß nehmen würden, ihr Angebot wieder zurückzuziehen. Sie wollten ihn aber aufklären, damit McCloskey „das Problem begreift." Darauf antwortete McCloskey: „Ich möchte nicht zurückkommen und Sie derartig belasten." Parallel dazu brachte er in einem Schreiben an Oshman sein Entsetzen zum Ausdruck. Die Antwort des Industriellen klang zwar versöhnlich – seine Firma hätte niemals ein anderes Büro beauftragt. Dennoch wiederholte er seinen Standpunkt, wonach er mit McCloskeys Ansichten über Israel nicht konform gehen könne.

Daraufhin trat McCloskey als Partner in das Anwaltsbüro Brobeck, Phleger and Harrison in New York ein, wo er von den gleichen Pressionen verfolgt worden war. Das Büro erhielt den Anruf eines Mannes aus Berkeley, Kalifornien, der sich als Hauptaktionär der *Wells Fargo Bank*, einer der Hauptklienten des Büros, gemeldet hatte. Dieser Mann drohte damit, daß er auf der nächsten Aktionärsversammlung seine Bank auffordern würde, ihre Rechtsangelegenheiten zukünftig einem anderen Büro zu übertragen. Der Grund: Die Anwaltsfirma in San Francisco würde einen „bekannten Antisemiten" als Partner einstellen, der die Palästinensische Befreiungs-Organisation und deren Führer Yassir Arafat unterstützt hatte. Letztlich haben McCloskeys Partner aber die Drohung ignoriert, und die *Wells Fargo Bank* ist ihnen als Klient erhalten geblieben.

McClosky sollte auch als privater Bürger keinen Frieden mehr finden. Dafür sorgte eine durch die *Anti-Defamation League* der *B'nai B'rith* initiierte Verfolgungsjagd, wobei eine Denkschrift mit Einzelheiten über McCloskeys Aktionen und Reden an ihre Vertretungen im ganzen Land verteilt wurde. In diesem Memorandum wurden die örtlichen ADL-Gruppen dazu aufgerufen, bei der „Steuerung von Gegenaktionen" mitzuhelfen, wann immer sich McCloskey in der Öffentlichkeit zeige.

Der Ärger war ihm selbst im Universitätsbereich auf den Fersen geblieben. McCloskey hatte eine Einladung des Studentenrats der Stanford University angenommen, Vorlesungen über den Kongreß abzuhalten. Howard Goldberg – ein Ratsmitglied und gleichzeitig Direktor des *Hillil Center* (jüdischer Club der Universität) – äußerte vor der Gruppe, daß McCloskeys Einla-

dung, hier Vorträge zu halten, „ein Schlag ins Gesicht der Jüdischen Gemeinde" darstelle.

Durch die Beendigung seiner Vorlesungen an der Stanford Universität hatte McCloskey seine außenpolitischen Aktivitäten wieder verstärkt fortgesetzt. Während seiner Anwaltstätigkeit in den Jahren 1983 und 1984 hatte er in den USA immer wieder Vorträge über arabisch-israelische Streitfragen gehalten, flog mehrere Male nach Europa und in den Nahen Osten, wobei er seine politischen Erfahrungen in unzähligen Zeitungsartikeln publizierte. Dabei hatte er nicht einseitig etwa nur die Israelpolitik scharf kritisiert, sondern gleichzeitig auch an die Palästinenser oder andere Araber appelliert, ihrerseits die Existenzberechtigung Israels anzuerkennen.

Mit diesem Anliegen hatte McCloskey im September 1983 sogar vor der Internationalen Konferenz für Palästinafragen in Genf eine Rede gehalten. Darin forderte er, daß sämtliche UNO-Resolutionen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt unverzüglich unterzeichnet werden sollten. Durch diese Unterschriften, so erklärte er, würde sich die Genfer Konferenz zur Unterstützung der Rechte des Palästinenservolkes bekennen. Gleichzeitig würden sie damit aber auch den Rechten der Israelis zum Durchbruch verhelfen, nämlich in jenem Land zu leben, das sie vor dem arabisch-israelischen Krieg 1967 bewohnt hatten. Er unterbreitete der Konferenz bestimmte Verbesserungsvorschläge, wobei die einseitigen beharrlichen Standpunkte überwunden – und die Lösungen auf der Ebene von „Wahrheit und Gerechtigkeit" gefunden werden sollten. Bei solchem Vorgehen würden die Teilnehmer dieser Konferenz über ihre bloße Mitgliedschaft hinaus zu echten Erfolgen gelangen. Gleichzeitig wäre dies eine Antwort an „die Zweifler und Zauderer", die immer wieder diese Konferenz boykottierten.

McCloskey drängte auf eine Garantie-Erklärung nicht nur für die Sicherheit Israels, sondern in gleichem Maße auch für Gerechtigkeit gegenüber den Palästinensern. Eine derartige Aktion könnte „die öffentliche Meinung Amerikas und schließlich auch die Aktionen des US-Kongresses ändern". Die Genfer Konferenz hatte seinen Vorschlag aber abgelehnt.

„Das hat uns nicht umgebracht", sondern –

Während McCloskey als Leitfigur im weißen Lager der Republikaner für die Menschenrechte eintrat und gegen eine weitere Verwicklung der USA in den Vietnamkrieg kämpfte, verfolgte ein schwarzer Baptistenpastor aus Columbia, landesweit als „Straßenprediger" bekannt, dieselben Ziele in den Demokratischen Reihen.

Beide waren sie Mitglieder des Repräsentantenhauses und gute Freunde. Beide unternahmen sie umstrittene Reisen für den Frieden in den Libanon. Und beide zahlten einen hohen Preis für ihre Aktivitäten, wobei – im Gegensatz zu dem Ex-Marinesoldaten McCloskey – der Straßenprediger Walter Fauntroy aber politisch überlebte. Beiden war nicht ihr Kampf um die Menschenrechte in den USA oder deren Proteste gegen den Viertnamkrieg zum Verhängnis geworden, sondern ihr Eintreten für die Gerechtigkeit im Nahen Osten.

Großenteils hatten Fauntroys Schwierigkeiten bereits mit den Bemühungen eines anderen Schwarzenführers, Andrew Young, begonnen, der sich ebenso für eine umfassende Gerechtigkeit im Nahen Osten einsetzte, und deshalb unter Beschuß geraten war. Young mußte im August 1979 sein Amt als US-Botschafter bei den Vereinten Nationen niederlegen, nachdem aufgedeckt worden war, daß er sich mit dem UNO-Beobachter der PLO, Zuhdi Labib Terzi, getroffen hatte. Viele Schwarze waren wegen seines Rücktritts wütend geworden, und machten die Machenschaften Israels dafür verantwortlich. Sie alle konnten ebensowenig verstehen wie Young, daß unsere Politiker nicht einmal ein inoffizielles Gespräch mit PLO-Funktionären duldeten.

Die Beziehungen zwischen Schwarzen und Juden, die lange Zeit hindurch gemeinsam in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung kämpften, waren bereits durch die Uneinigkeit über praktikable Aktionsprogramme belastet worden, die den Schwarzen Arbeitsplätze sichern sollten, und auch durch die engen Beziehungen Israels zur Apartheid-Regierung in Südafrika.

Der Rücktritt von Young, dem prominentesten Schwarzen unter der Carter-Regierung, erhöhte diese Belastung noch mehr. „Dies ist sicher der spannungsgeladenste Augenblick in der Beziehung zwischen Schwarzen und Juden, an den ich mich erinnern kann." Mit diesen Worten kommentierte Pastor Jesse Jackson damals den Rücktritt Youngs.

Während der Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren hatte Fauntroy zusammen mit dem inzwischen zurückgetretenen Young in der *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC) unter Pastor Martin Luther King jr. gearbeitet. Weil sie bei den Bürgerrechtsaufmärschen immer Anzüge und Krawatten trugen, während die meisten anderen eher lässig gekleidet waren, gab man ihnen den Spitznamen „Die Brooks-Brüder".

Um für Youngs Unterstützung und gleichzeitig auch gegen die Politik der Vereinigten Staaten zu demonstrieren, fuhren Fauntroy und der SCLC-Präsident Joseph Lowery im Herbst 1979 nach New York, wo sie sich mit Terzi treffen wollten. Fauntroy äußerte seine Hoffnung, eine Annäherung zwischen Arabern und Israelis herbeiführen zu können, um somit eine gewaltlose Regelung der Nahostprobleme zu unterstützen. Er fügte hinzu: „Weder Andy Young noch ich noch andere Mitglieder der SCLC müssen sich dafür entschuldigen, daß sie die wichtigen Anliegen von Martin Luther King in der internationalen politischen Arena weiterhin vetreten werden."

Als Terzi sagte, er sei „glücklich und zufrieden" über das Treffen mit den Schwarzenführern, und er hoffe, „das amerikanische Volk würde sich noch verständnisvoller zeigen", waren prominente Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in Washington entsetzt. „Ich bin nicht der Auffassung, daß ein verantwortlicher Kongreßabgeordneter sich mit Terroristen einlassen sollte", beschwerte sich Rabbi Stanley Rabinowitz. Obwohl die meisten Juden diese Einstellung nachplapperten, hielten einige von ihnen zu Fauntroy. Der bekannte jüdische Kaufmann Joseph B. Danzansky sagte, Fauntroy „hat ein Recht das zu tun, was ihm seine Position zu tun vorschreibt." Danzansky, Fauntroys Freund und politischer Verbündeter, fügte noch hinzu: „Ich wäre äußerst schockiert, wenn es hier irgendein Anzeichen von antijüdischen Gefühlen gäbe. Er hat als Mensch mein volles Vertrauen."

Um die Kritiker zu beruhigen und gleichzeitig auch ihre „Fairness" zu demonstrieren, trafen Fauntroy, Lowery und andere SCLC-Führer mit den tonangebenden jüdischen Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten sowie mit Israels UNO-Botschafter Yehuda Blum zusammen. Nach dem Treffen äußerte Fauntroy Reportern gegenüber, daß die schwarzen Führer „beide Parteien (im Nahost-Disput) baten, gegenseitig die Menschenrechte und das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen." Aber die Befürworter Israels werteten das Ergebnis anders. Howard Squa-

dron, Präsident des Amerikanisch-Jüdischen Komitees, war aus dem Meeting herausgeeilt, um darauf hinzuweisen, daß der SCLC-Kontakt mit Terzi ein „schwerwiegender Fehler war, der einer Organisation, die sich des Terrorismus und der Gewalt bedient, ihre Rechtmäßigkeit verleiht".

In dieser angespannten Atmosphäre versammelten sich die schwarzen Führer aus allen Teilen der USA in New York, um ihre Beunruhigung über den Rücktritt von Young zum Ausdruck zu bringen und auf ihr Recht zu pochen, auch zu außenpolitischen Angelegenheiten offen Stellung nehmen zu dürfen. Einige wollten sogar eine „Unabhängigkeitserklärung" abgeben, wozu Fauntroy anmerkte:

„In jedem Krieg haben seit der Gründung dieses Staates schwarze Bürger Waffen getragen und sind für ihr Land gefallen. Ihr Blut wurde von Bunker Hill bis nach Vietnam vergossen. Es ist zu erwarten, daß schwarze Amerikaner auch bei einem eventuellen Krieg im Nahen Osten abermals aufgerufen werden, ihre Leben zu opfern. (Seine Worte sollten sich angesichts der Opfer, die durch Schwarze alsbald im Libanon und neuerdings im Irak erbracht würden, bitter bewahrheiten.) Während der Schwarzenanteil an der amerikanischen Gesamtbevölkerung lediglich 10 Prozent beträgt, waren – nach der terroristischen Bombardierung einer amerikanischen Fahrzeugkolonne in Beirut – von 246 gefallenen Marineinfanteristen allein 47 Schwarze zu finden. Das sind 20 Prozent.

Noch während sie sich gegen die Kritik über ihre Einmischung in die Palästinenserfrage auflehnten, befürchteten die Schwarzenführer, daß dadurch ihr Kampf um die Menschenrechte in den USA beeinträchtigt werden könnte. Jüdische Amerikaner waren schon lange Zeit hindurch aktiv für die Durchsetzung von Bürgerrechten eingetreten, und hatten diese Bemühungen finanziell stark unterstützt. Drei der vier ursprünglichen Organisatoren der NAACP waren Juden. Die *Washington Post* berichtete, daß während ihrer Meetings einige schwarzen Funktionäre „die Notwendigkeit betonten, in Fragen der Selbstbestimmung eine einheitliche Front zu bilden. Gleichzeitig bestätigten sie, daß das starke Vertrauen einiger schwarzer Organisationen auf die Menschenliebe der Juden ihre Ansichten mäßigen würde". Wie berechtigt diese Sorge war, ging später aus einem Bericht hervor, wonach jüdische Sponsoren die NAACP und die *UN Urban League* informiert hatten, sie würden keinerlei finanzielle Unterstützung mehr gewähren.

„Das hat uns nicht umgebracht", sagte Fauntroy, der ebenfalls Vorsitzender der SCLC ist. „Es hat uns nur einfallsreicher und empfindlicher gemacht, Prinzipien wie Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit höher zu werten als die Politik." Mit diesem Standpunkt hatte Fauntroy natürlich die Geldbeschaffung für seine eigene Wahlwerbung kolossal erschwert: „Darüber besteht kein Zweifel", sagte er. „Einige meiner früheren treuen Anhänger erklärten mir kategorisch, daß sie nichts mehr zu meiner Kandidatur beitragen würden, weil ich eben diese meine Stellung eingenommen hatte."

Seinen beharrlichen Standpunkt setzte er bereits drei Wochen später einer erneuten Bewährungsprobe aus, als er zusammen mit Lowry zu einer umstrittenen Reise in den Nahen Osten aufbrach. Vor ihrer Abreise äußerte Lowry ihre Entschlossenheit, „die moralischen Grundsätze für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte zu verkünden."

In einem Treffen mit Yassir Arafat appellierten sie für ein Ende der Gewalt und baten den PLO-Führer, er möge einer sechsmonatigen Unterbrechnung der Gewalttätigkeiten zustimmen. Und Arafat versprach, den Antrag dem PLO-Exekutivrat vorzulegen. Fauntroy erinnert sich an diesen dramatischen Moment: „Wir baten Dr. Harry Gibson von der Vereinigten Methodistenkirche, zu predigen. Dann las ein römisch-katholischer Priester ein Gebet in Arabisch. Wir weinten. Am Ende des Gebetes fing irgendjemand – ich weiß nicht wer – an, zu singen ‚We shall Overcome', und Arafat bekreuzte sich, und reichte uns die Hände."

Juden, die während der spannungsgeladenen Tage der Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Schwarzen dasselbe Loblied gesungen hatten, empfanden dieses Ereignis plötzlich als Angriff und waren alarmiert über die Fotos, die Fauntroy in Umarmung mit Arafat zeigten. Einige befürchteten, das emotionale Treffen symbolisiere eine neue Schwarze Allianz mit der PLO sowie einen Verrat ihres eigenen jüdischen Beistandes gegenüber den Schwarzen. Die beharrliche Behauptung der Schwarzenführer, sie seien neutrale Advokaten des Friedens, stellten sie entschieden in Frage.

Der Streit entzündete sich noch mehr, als Fauntroy nach seiner Rückkehr aus dem Nahen Osten bekanntgab, er habe Arafat in die Vereinigten Staaten eingeladen, um hier vor einem „Lehrforum" unter der Schirmherrschaft der SCLC zu sprechen. Es wäre die erste in einer Reihe von Reden, die es gestatte, wider-

sprechende Meinungen offen zu diskutieren. Fauntroy sagte: „Dies würde der amerikanischen Bevölkerung die Gelegenheit bieten, beide Seiten des Konfliktes zu hören, diesen zu verstehen und auf unsere Regierung Einfluß zu nehmen." Wie vorauszusehen war, entzündete sich die Kritik bereits bei der bloßen Bekanntgabe dieser Absicht. Rabbi Joshua Haberman von der *Washington Hebrew Congregation* erklärte, der Besuch von Arafat wäre „Öl in's sowieso schon brennende Feuer."

Bei einer Nachrichtenkonferenz in seiner *New Bethel Baptist Church* beschrieb Fauntroy seine Friedensmission und sagte, er würde beharrlich bleiben: „Ich bin hauptsächlich und überwiegend Pastor des Evangeliums, dazu berufen, jeden Tag zu predigen, daß Gott unser Vater und alle Menschen unsere Brüder sind – und das tue ich hier von dieser Kanzel aus." Er fügte hinzu: „Ich wäre nicht ehrlich meiner höchsten Berufung gegenüber, wenn ich ablehnen würde, sobald sich eine entsprechende Gelegenheit dazu böte."

Er forderte seine Kritiker heraus: „So laßt jeden, der es will, mich angreifen. Laßt jeden, der es will, seine Unterstützung zurückziehen. Ich mache mir nichts daraus."

Fauntroy regte sich auch nicht auf, als eine andere Sache, die ihm sehr am Herzen lag, bedroht wurde – nämlich die beantragte Verfassungsänderung, wonach der Bevölkerung des Staates Columbia volle Repräsentanz im Kongreß gewährleistet werden sollte. Der Antrag mußte noch von diversen legislativen Gremien genehmigt werden, und diese Prozedur – so sagten Fauntroys Kritiker – könnte durch seine Friedensbemühungen gefährdet werden. Fauntroy hingegen meinte, daß ihn solche Befürchtungen keineswegs berührten, speziell von „Menschen, die engstirnig sind und unsere Selbstbestimmungsrechte zwar in bezug auf Columbia schützen, aber nicht das Recht anderer Völker anerkennen wollen, die schließlich auch Kinder Gottes sind."

Fauntroys Entschlossenheit sollte während den anstehenden Gesetzesberatungen von Maryland getestet werden. Noch vor der Abstimmung über diese völlig bezugslose Angelegenheit haben dort zwei jüdische Delegierte, Stevenson Sklar und David Shapiro, die im vergangenen Jahr diesen Antrag befürwortet hatten, Fauntroy jetzt einen Denkzettel verpaßt. Sie warnten ihn, daß – sollte er sich einer Verurteilung der PLO widersetzen – sie seinem Antrag eine Abfuhr erteilten. Sie würden in diesem Fall ihre Stimmen der Gegenseite geben, und auch andere auffordern, ebenso zu verfahren. Fauntroy hatte dieses Ansinnen

zurückgewieen, was die Berichterstattung allerdings nicht zur Kenntnis nahm. Vielmehr waren die Fakten verdreht worden. In einer Reportage mit der Überschrift „Zu Kreuze kriechen für die DC-Änderung" berichtete die *Washington Post*, Fauntroy hätte versprochen, das geforderte Statement abzugeben, und wies ihn dementsprechend zurecht: „Eine Handvoll Delegierter aus Maryland hatte Walter Fauntroy über die Klinge springen lassen". Fauntroy bezeichnete die Story als „eine komplette Erfindung". Der Änderungsantrag wurde schließlich mit der Differenz von einer einzigen Stimme genehmigt – und zwar ohne Zustimmung der Delegierten Sklar und Shapiro.

Fauntroys Nahostprobleme nahmen Mitte Oktober neue Dimensionen an, als Vernon Jordan, Präsident der *National Urban League* in einer Rede die Kontakte zwischen den Schwarzenführern und der PLO als ein *Ablenkungsmanöver* anprangerte, wodurch die Aufmerksamkeit von den „vitalen Überlebenszielen der amerikanischen Schwarzen in ihrer Heimat" abgelenkt werden sollte. Einige Führer der Schwarzen, darunter der Bürgerrechtskämpfer Bayard Rustin vom Philip Randolph Institut und eine Reihe von Repräsentanten der NAACP stellten sich auf die Seite Jordans. Um seine Solidarität mit Israel zu bekunden, wollte Rustin noch kurz vor seinem Abflug alle Israelis wissen lassen, daß „eine große Anzahl Schwarzer den Wunsch hegt, die Vereinigten Staaten mögen Israel jegliche Unterstützung gewähren."

Andere Schwarze unterstützten Fauntroy, indem sie Jordan zornig anprangerten und ihn des „Ausverkaufs an die jüdisch-israelische Lobby" beschuldigten. „Jede Bürgerrechtsorganisation, die aus Angst um ihr weißes Geld keinen Fuß auf den Boden bekommen kann, verdient es nicht, sich als Bürgerrechtsorganisation zu bezeichnen", sagte Pastor George Lawrence von der *Progressive National Baptist Convention*. „Wir wissen, woher Vernon kommt ... Er möchte nicht seiner Existenzgrundlage beraubt werden. Wir unterstützen das Recht Israels auf seine Existenz. Aber wir treten gleichermaßen auch für die Gerechtigkeit gegenüber der palästinensischen Bevölkerung ein."

Noch vor diesem Schlagabtausch der schwarzen Wortführer gab Fauntroy bekannt, daß er die Einladung an Arafat zu dessen Besuch in den Vereinigten Staaten zurückgezogen hat, weil die PLO es verabsäumt habe, eine Unterbrechnung der Gewalttätigkeiten anzuordnen. Dennoch wolle er aber seine Friedensbemühungen fortsetzen. Er sagte: „Der Vorschlag, die PLO aufzufor-

dern, mit den Gewalttätigkeiten gegen israelische Männer, Frauen und Kinder aufzuhören und gleichzeitig aber das Existenzrecht Israels anzuerkennen, erscheint uns absurd; denn damit würden wir gleichermaßen den Terrorismus wie auch die Zerstörung Israels unterstützen."

Fauntroy fügte noch hinzu, daß er eine zehnprozentige Senkung der US-Militärhilfe an Israel begrüßen würde, was – wie er sagte – „eine Botschaft an Israel" wäre, keine US-Waffen gegen „nichtmilitärische Ziele" einzusetzen. Da Fauntroy in seinem Heimatbezirk Columbia als unschlagbar galt, hatten seine Nahostansichten beim Antritt zur Wiederwahl 1982 nur eine geringfügige Rolle gespielt. Marie Wembery allerdings, die Fauntroys Sitz im Kongreß angestrebt hatte, protestierte heftig gegen Walter Fauntroys Umarmung des PLO-Führers Yassir Arafat, mit dem zusammen er ‚We shall Overcome' gesungen habe. Sie erklärte, daß sie sich zum Nahostkonflikt nicht äußern wolle, und wies darauf hin, daß der Delegierte des Distrikts von Columbia „sich erst einmal um die Probleme hier an Ort kümmern sollte."

Einen Monat später, während der israelischen Invasion im Libanon, hatte sie diese Forderung während eines Kandidatenforums der *Washington Hebrew Congregation* erneut verkündet. Sie reizte Fauntroy: „Ich muß sagen, ich bin schockiert, daß Fauntroy die Kühnheit, ja die Frechheit besitzt, vor diesem Forum zu erscheinen und seine Geschichte der Gefühllosigkeit gegenüber der Jüdischen Gemeinde sowie der unverfrorenen Fehlinterpretation dieser Gemeinde vorzutragen."Später am Abend sagte sie, wenn der Delegierte Washingtons ein Jude wäre und den Hexenmeister des *Ku Klux Klan* umarmen würde, „könnte er niemals mehr nach Washington zurückkehren und mir weismachen, er würde für mich, als schwarzen Einwohner und Wähler dieses Distrikts, eintreten."

Fauntroy, der später vor demselben spannungsgeladenen Auditorium sprach, entgegnete: „Ich unterstütze Israel und verteidige sein Existenzrecht, aber ich habe dasselbe Gefühl für ein Minderheitenvolk, nämlich für das Volk von Palästina. Ich werde weiterhin das Recht des palästinensischen Volkes auf ein Heimatland befürworten."

Beide Kandidaten gaben schlagfertig Antworten auf die Frage, ob sie die israelische Invasion im Libanon befürworteten. Fauntroy sagte „nein". Als Wembery „ja" sagte, standen die Zuhörer auf und applaudierten. Die Kampagne des Herausforderers hatte

am Vorwahltag bei weitem noch nicht ihr Ziel erreicht, wohingegen Fauntroy 85 Prozent der Stimmen erhalten hatte. In dem durch und durch Demokratischen Distrikt gab es bei der allgemeinen Wahl im November für Fauntroy keinen Gegner mehr.

Im Sommer 1983 wurde Fauntroy erneut in einen Streit zwischen Schwarzen und Juden hineingezogen. Als Vorsitzender der 20. Jahresfeierlichkeiten zum Tode von Rev. Martin Luther King, hatte sich Fauntroy vergeblich bemüht, größere jüdische Unterstützung für den Gedenkmarsch nach Washington zu erlangen. Er war mit den anderen seiner Führer übereingekommen, angesichts dieses Marsches sein „außenpolitisches Positionspapier" zu revidieren und alle Sätze herauszustreichen, wodurch sich jüdische Funktionäre angegriffen fühlen konnten. In der endgültigen Version war also keine Rede mehr von der allgemeinen Opposition gegen die US-Politik im Nahen Osten oder von „palästinensischen Rechten". Weder Israel noch die USA waren in dem Positionspapier an die alte Forderung erinnert worden, mit der PLO Kontakt aufzunehmen. Trotz dieser Konzessionen haben die meisten nationalen jüdischen Gruppen aber dennoch ihre Teilnahme am Washingtoner Gedenkmarsch für Martin Luther King abgesagt.

Als er die Probleme überdachte, die durch seine Forderung nach Selbstbestimmung für die Menschen im Nahen Osten sowie für die Bürger im Columbia-Distrikt für ihn entstanden waren, wertete Fauntroy das Ganze als eine „Erfahrungsbereicherung" und plante, von nun an auf beiden Fronten zu kämpfen.

„Drei Anrufe innerhalb von 13 Minüten"

Außer McCloskey und Fauntroy haben nur wenige Mitglieder des Repräsentantenhauses in den letzten Jahren die Israelpolitik kritisiert. Zum großen Teil waren sie durch die Wachsamkeit und das Können der Regierungs-Lobby im Capitol daran gehindert worden, die schnell auf jegliches Anzeichen von Unzufriedenheit mit Israel, insbesondere aus dem *House Foreign Affairs Committee*, reagierte.

Ein junger Mann, der 1981 in dem Büro des früheren Demokratischen Kongreßabgeordneten von New York, dem Leiter des jüdischen Wahlausschusses Benjamin S. Rosenthal arbeitete, wurde unmittelbarer Zeuge der Auswirkung dieser Überwachung. Jener Mitarbeiter, Personalberater Michael Neiditch, saß

eines Morgens zusammen mit Rosenthal in dessen Büro, als kurz vor neun Uhr das Telefon klingelte. Morris Amitay, damals Exekutivdirektor der AIPAC, hatte an jenem Morgen in mehreren Zeitungen, u.a. in der *Washington Post*, die Kolumne von Evans und Novak gelesen, die ihm ganz und gar nicht gefiel. Die Journalisten behaupteten nämlich, daß Rosenthal vor kurzem einer Gruppe jüdischer Besucher gegenüber geäußert hätte: „Die israelische Besetzung der West Bank ist vergleichbar mit jemandem, der einen schweren Rucksack schleppt – je länger er ihn trägt, desto mehr beugt er sich nach vorne, aber umso weniger ist er sich der schweren Last bewußt." Rosenthal persönlich hatte den Vorfall Robert Novak zugeschrieben. Obwohl dieser die Umschreibung „immer sehr behutsam" verwendete, entstand, laut Neiditch, große Unruhe.

Rosenthal – so wurde er von Amitay gerügt – redete, obwohl er gar nicht gefragt war. Etwa fünf Minuten später rief Ephraim „Eppie" Evron, der israelische Botschafter in den Vereinigten Staaten, an. Er erkundigte sich wegen der gleichen Sache. Nur ein paar Minuten später folgte ein Anruf Yehuda Hellmans von der *Conference of Presidents of Major Jewish Organizations*. Und wieder dieselbe Nachricht. Neiditch erinnerte sich, daß Rosenthal herüberschaute und bemerkte: „Junger Mann, Sie haben gerade das Muskelspiel der jüdischen Lobby miterlebt." Neiditch erinnerte sich noch genau: „Es waren drei Anrufe innerhalb von 13 Minuten."

Ein anderes ranghohes Mitglied des Komitees, der republikanische Kongreßabgeordnete Charles Whalen aus Ohio, der den Interessen Israels unabhängiger gegenüberstand als Rosenthal, bemerkte, daß seine Aktivitäten trotzdem genau beobachtet wurden. Er bekam den Druck der Lobby zu spüren, als er im Februar 1973 kurzfristig eine Einladung zu einer Konferenz über Nahostfragen in London angenommen hatte. Diese Konferenz stand unter der Schirmherrschaft der Ford-Stiftung. Obwohl kein israelischer Repräsentant dort anwesend war, wurde Wahlen nach seiner Rückkehr in Washington überraschenderweise von einem Funktionär der Israel-Lobby angerufen, der alle Einzelheiten des Meetings wissen wollte – die Tagesordnung, die Anwesenden, warum Whalen hingegangen ist und warum Ford die Konferenz gesponsert hatte.

Whalen erinnert sich: „Es war erstaunlich. Sie haben nicht lokkergelassen." Whalen glaubt, daß es die letzte Konferenz dieser Art war, die Ford gesponsert hat. „Sie haben sie aus dem Tritt

gebracht" spekuliert Whalen und fügte hinzu, daß diese Erfahrung ein Wendepunkt in seinem eigenen Verhalten der Lobby gegenüber war: „Wenn ich zur Erweiterung meines Wissens nicht einmal eine Konferenz besuchen darf, dann frage ich mich, wofür das alles gut sein soll."

Ein Demokratischer Kollege aus Minnesota, Richard Nolan, hatte sich über Änliches wundern müssen. Nachdem er aus dem Kongreß ausgeschieden war und jetzt als Geschäftsmann in Minneapolis arbeitet, dachte er zurück an die Abneigung seiner früheren Kollegen, sich mit einer bestimmten wissenschaftlichen Publikation über den Nahen Osten zu identifizieren. Nolan hatte für den *Congressional Record* eine Abhandlung zusammenstellen wollen über den Umfang der Entwicklung unseres profitablen Handels mit den arabischen Staaten. Für diese Veröffentlichung hatte Nolan persönlich fünfzehn Kongreßabgeordnete einzeln angesprochen und sie um deren Mitarbeit gebeten. Geschrieben wurde der Artikel von Ghanim Al-Mazrui, einem Funktionär der Vereinigten Arabischen Emirate, der in seiner Arbeit einen umfassenden Dialog sowie die Unterlassung der üblichen Gehässigkeiten vorgeschlagen hatte. Nach den Regeln des Parlaments müssen die Mitarbeiter bzw. Informationsquellen für derartige Artikel im *Congressional Record* namentlich genannt werden.

Nolan berichtet: „Jeder der 15 von mir Angesprochenen sagte, dies wäre ein sagenhafter Artikel, der veröffentlicht werden sollte aber: ‚Bitte verstehen Sie – wenn Sie meinen Namen unter den Artikel setzten, würde dies einfach zu viel Ärger verursachen.' Ich bin nicht auf einen einzigen gestoßen, der die Qualität des Artikels in Frage gestellt hätte und – was die ganze Sache besonders traurig macht – ich hatte 15 Personen herausgesucht, von denen ich glaubte, daß sie wohl am ehesten mitmachen würden."

Der 16. Kongreßabgeordnete, den er ansprach – es war der Demokrat David E. Bonior von Michigan – kam Nolans Bitte nach. Der Artikel erschien am 5. Oktober 1983 auf Seite E 479 des *Record.* Dies war eine jener ungewöhnlichen Gelegenheiten, da im *Congressional Record* ein Statement veröffentlicht worden war, das als Kritik an der Politik bzw. der Position Israels gewertet werden konnte, oder – wie in diesem Falle – gar zu einem Dialog mit den Arabern ermunterte.

Es war dies eine von mehreren mutigen Aktionen des Kongreßabgeordneten Bonior, die ihn zukünftig aber zur Zielschei-

be der Israel-Lobby machen sollten. In seiner Rede vor der *Association of Arab American University Graduates* in Flint (Michigan) forderte – zwei Monate vor der Wahl 1984 – Bonior im Gegenzug für unsere Israel-Hilfe von der anderen Seite die Erfüllung bestimmter Bedingungen. In diesem Zusammenhang erklärte er, die Vereinigten Staaten belohnten „die gegenwärtige Regierung von Israel für ihre Politik, die sich konträr gegen unsere eigene richtet". Er beschuldigte Israel der Zerstörung von „Beziehungen der Vereinigten Staaten mit langjährigen Verbündeten, wie zum Beispiel Jordanien und Saudi Arabien".

„Ein unglaublicher Ausbruch an Ehrlichkeit"

Selbst in der Führungsspitze des Repräsentantenhauses gibt es Abgeordnete aus politisch sicheren Wahlbezirken, die ebenso wenig immun sind gegen die Einschüchterung seitens der Lobby. Sie stehen unter anhaltendem Druck ihrer heimischen Lobbyisten, und entscheiden sich manchmal sogar im Widerspruch mit ihrem eigenen Gewissen.

Im Oktober 1981 war im Kongreß der umstrittene Vorschlag von Präsident Reagan diskutiert worden, AWACS-Aufklärungsmaschinen sowie Umrüstungen für die F-15-Kampfflugzeuge an Saudi Arabien zu verkaufen. Der Kongreßabgeordnete Daniel Rostenkowski, Vorsitzender des *Ways and Means Committee* – er zählte zu den einflußreichsten Legislatoren unserer Regierung – geriet bei einem Gegenangriff der Israel-Lobby unter heftigen Beschuß. Es war die erste Kraftprobe zwischen der Lobby und dem neuernannten Präsidenten.

Nach dem Gesetz müßte der anstehende Waffenverkauf durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß er nicht von beiden Häusern abgelehnt wird. Die Strategie der Lobby richtete sich nun darauf, die erste Testabstimmung im Repräsentantenhaus durchzuführen, wo ihr Einfluß stärker war. Die Lobby rechnete damit, daß eine einseitige Ablehnung des Antrags durch das Repräsentantenhaus später auch den Senat zu einer gleichen Entscheidung beeinflussen würde.

Rostenkowski beugte sich dem schweren Druck der Lobby und stimmte mit „nein". Nach diesem Ereignis erzählte er einem Reporter der Chicagoer Radiostation WMAQ, daß er den Verkauf eigentlich gutgeheißen hätte, aber aus Furcht vor der „Jüdischen Lobby" dennoch dagegengestimmt hat.

Er behauptete, daß die Mehrheit der Abgeordneten, die sich gegen den Waffenverkauf an Saudi Arabien ausgesprochen hatte, derart überwältigend gewesen sei, daß seine eigene, das Geschäft favorisierende Stimme ohnehin „nichts mehr geändert hätte." Das Abstimmungsergebnis von 301 zu 111 kann wahrlich als *überwältigend* bezeichnet werden. Genau das wollte die Israel-Lobby erreichen: eine höchstmögliche Zahl ablehnender Stimmen, mit denen die anstehende Senatsentscheidung beeinflußt werden konnte. Aus diesem Grunde war für die Lobby auch Rostenkowsks „Nein" sehr bedeutungsvoll.

Der Kolumnist Carl Rowan nannte Rostenkowskis Eingeständnis „eine unglaubliche Portion an Offenheit". Zu seiner Washingtoner Erklärung, „der Apfelstrudel ist ebenso amerikanisch wie der Einsatz von Geldmittel zur Beeinflussung bestimmter Entscheidungen", fügte Rowan hinzu: „Es gibt da eine ganze Menge amerikanischer Juden mit sehr viel Geld, die schon vor langer Zeit gelernt haben, daß sie einen weit über ihre Zahl hinausreichenden Einfluß haben, und zwar durch zielführende Geschenke an Kandidaten ... Kein arabisches Volk spielt hier eine derartig mächtige Rolle." Rostenkowski jedoch gehörte nicht zu den Hauptempfängern von Spenden israelischer politischer Aktionskomittees. In dem darauffolgenden Jahr erhielt er von diesen Gruppen lediglich $ 1.000 für seine Kampagne.

Während die Lobby den ganzen Kongreß – insbesondere Führer wie Rostenkowski – unter ständiger Kontrolle hat, richtet sie ihr spezielles Augenmerk auf die Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten; denn dieses Gremium trifft jeweils die ersten Entscheidungen über unsere militärischen und auch wirtschaftlichen Hilfeleistungen. Und da führt bei den Abstimmungen die Untertanentreue gegenüber Israel manchmal zu sonderbarem Verhalten. Kongreßmitglieder, die – wenn es irgendeinen anderen Teil der Welt betrifft – bei ihren Entscheidungen zahm sind wie die „Tauben", entpuppen sich zu dreisten „Habichten", sobald Israel zur Debatte steht. Stephen S. Rosenfeld, Redakteur der *Washington Post*, schrieb im Mai 1983:

„Ein Marsbewohner, der den Kongreß bei der Behandlung von Unterstützungsansuchen für Israel und El Salvador beobachtet, könnte den Eindruck gewinnen, daß unser politisches System über Länder, die von uns abhängig sind, in wirklich unergründlicher Weise Entscheidungen über Leben und Tod trifft."

Rosenfeld war an einem bestimmten Tag, nämlich am 11. Mai 1983, über eine außergewöhnliche Maßnahme des *Foreign Af-*

fairs Committee verblüfft. Ohne zwischen der Behandlung zweier Vorlagen richtig Luft zu holen, richtete das Gremium zunächst ihre Forderung gegen die wehrlose Regierung von El Salvador, vorab „eine Reihe extrem hoher politischer Hürden zu überwinden", um gerade soviel Geld zu bekommen, „das kaum ausreichte, sich über Wasser zu halten"; während – ein paar Minuten später – Israel, der militärischen Supermacht des Nahen Ostens, „zu mehreren von der Regierung geforderten Milliarden noch eine Drittelmilliarde Dollar dazugezahlt wurde." Ein maßgeblicher Anhänger Israels, der Kongreßabgeordnete Stephen J. Solarz, setzte sich mit Enthusiasmus einerseits für die „Hürden" gegenüber El Salvador – und andererseits für die massive Anhebung der Israel-Hilfe ein.

„Niemand wird ‚nein' sagen"

Die Israel-Lobby richtet ihr Augenmerk besonders auf jene Persönlichkeit , die den Vorsitz des *Foreign Affairs Comittee* übernehmen wird. Und da dieser Er oder auch eine Sie die Tagesordnung für die Gesetzgebungsberatungen kontrollieren, ist man besonders auf der Hut, wenn im Vorstand eine Stelle frei wird.

In dieser Hinsicht war die Lobby im Januar 1977 aktiv geworden, als Clement J. Zablocki aus Wisconsin nach der Pensionierung von Thomas E. Morgan Vorsitzender des *Foreign Affairs Committee* werden sollte. Zablocki hatte immerhin 18 Jahre hindurch als nächstfolgender Demokrat auf diesen Posten gewartet. Dennoch hatte eine Gruppe junger Demokraten, angeführt von Benjamin S. Rosenthal aus New York, Zablocki vom Vorsitz des Komitees fernzuhalten versucht. Sie beriefen sich bei ihrer Herausforderung auf Behauptungen, die in einem geheimgehaltenen 38seitigen Bericht, der von Rosenthals Mitarbeiterstab vorbereitet worden war. In diesem Bericht wurde Zablocki bezichtigt, daß er gegen zu viele außenpolitische Initiativen der Demokraten gestimmt hätte. Außerdem unterhielte er dubiose Verbindungen zu Korea.

Zablocki wies die Anklage wegen Korea als „ausgemachte Lügen" zurück. Die Wahlstudie der *Congressional Quarterly* berichtete, er hätte mit seiner Partei bei den Abstimmungen im letzten Kongreß 79 Prozent Zeit beansprucht. Zablocki seinerseits erklärte, der eigentliche Vorwurf von Rosenthal und des-

sen Verbündeten bestand – wie sie es ausdrückten – in einem „Gefühl, daß ich mich Israel gegenüber nicht freundlich genug verhalten hätte." Diese Anschuldigung wurde erhoben, obwohl Zablocki mit Ausnahme einer einzigen Schlüsselabstimmung – der Israel-Hilfe immer zustimmte. Dem Kolumnisten Jack Anderson, der den Rosenthal-Bericht veröffentlicht hatte, sagte er: „Ich bin nicht antisemitisch eingestellt, aber ich bin halt nicht so pro-israelisch wie Ben Rosenthal. Selbst Rabin (damaliger israelischer Ministerpräsident) kann Rosenthal nicht zufriedenstellen."

Trotz der Opposition seitens der Lobby wurde Zablocki mit 182 zu 72 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. In dieser Position hatte er sich den Forderungen der Lobby nicht mehr widersetzt. Offenbar war durch die gemachten Erfahrungen sein Enthusiasmus für die Nahostkontroverse gedämpft worden. Einer seiner Gehilfen sagte, daß man Zablocki dafür wohl kaum verantwortlich machen könne, da die Führung des Repräsentantenhauses, hauptsächlich sein Sprecher „Tip" O'Neill, jeglicher Opposition gegen Israel den Wind aus den Segeln nimmt: „Niemand in der Führungsspitze wird der Israel-Lobby gegenüber nein sagen. Niemand."

„Die Vereinigung ‚Jüdischer Appell' wird überboten"

Stephen J. Solarz, ein äußerst fleißiger Kongreßabgeordneter, der einen beachtlichen jüdischen Bezirk in Brooklyn vertritt, rühmt sich selbst, viele gute Dinge für Israel geschaffen zu haben. Seit seiner ersten Wahl 1974 hatte Solarz den Ruf einer intelligenten „fleißigen Ameise", weitgereist, dynamisch und völlig den israelischen Interessen zugetan. In den Ausschußsitzungen schien er immer schon mit der nächsten Frage herausplatzen zu wollen, noch ehe der Befragte die erste beantwortet hatte.

Durch ein Rundschreiben an seine Wähler vom Dezember 1980 bietet er einen noch nie dagewesenen Einblick, wie Israel – trotz der finanziellen Einschränkungen, unter denen die US-Regierung arbeitet – es dennoch schafft, immer noch höhere Mittel von uns zu erlangen. Anfang des Jahres hatte er sein eigenes Ersuchen nach erhöhten Hilfsmitteln eingereicht. Er berichtete, daß er dazu Außenminister Cyrus Vance zu einem Besuch in seinem Büro überredet habe, um mit ihm darüber zu

sprechen. Dort drohte er Vance einen Kampf um die Stimmenmehrheit im Repräsentantenhaus an, falls sich die Verwaltungsorgane im Komitee dagegenstellen würden. Kurz danach habe Vance ihm die Nachricht zukommen lassen, daß die Regierung eine Aufstockung von zusätzlichen $ 200 Millionen für militärische Hilfe empfehlen werde. Das war nicht ganz so viel, wie Solarz gewünscht hatte.

Sein nächstes Ziel bestand darin, das *Foreign Affairs Comittee* von der seitens der Regierung empfohlenen Erhöhung der Israel-Hilfe zu überzeugen. Solarz war der Auffassung, daß eine vom Komitee bereits genehmigte Aufstockung auch das Repräsentantenhaus annehmen würde. Der erste Schritt war ein privates Gespräch mit Lee H. Hamilton, Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten, jenem Gremium, das als erstes den Antrag behandeln würde. Hamilton – groß, nachdenklich, klug und vorsichtig – rühmte sich, auf derselben „Wellenlänge" zu stehen wie die Mehrheit sowohl im Komitee als auch im Repräsentantenhaus. Zurückhaltend und niemals aggressiv, glättete er Streitigkeiten für gewöhnlich schon im Vorfeld der Entscheidungen, um ein öffentliches Gerangel zu unterbinden. Hamilton repräsentiert einen ländlichen Indianerbezirk ohne nennenswerten jüdischen Bevölkerungsanteil. Vor diesem Hintergrund kommt er durch die militärischen Abenteuer der Israelis natürlich immer wieder in Schwierigkeiten. Dennoch würde er in Washington öffentlich so gut wie keine Kritik anmelden. Dort spielt er seine Rolle als Vermittler.

Solarz fand Hamilton durchaus aufgeschlossen: „Er stimmte zu, unseren Vorschlag zur Erhöhung der Summe (für militärische Hilfe) zu unterstützen ... mit weiteren $ 200 Millionen". Das bedeutete eine Gesamtaufstockung auf $ 400 Millionen. Noch wichtiger aber war Hamiltons Zusage, einen Antrag zu unterstützen, wonach Israel von seiner Rückzahlungsverpflichtung über $ 785 Millionen Wirtschaftshilfe entbunden werden sollte. Unsere Regierung hatte von Israel die Rückzahlung eines Drittels der Summe verlangt.

Solarz beurteilte das Ergebnis seiner Anstrengungen folgendermaßen: „Wie wir erwarteten, segelte unser Antrag mit Hilfe des Kongreßabgeordneten Hamilton ungehindert sowohl durch den Unterausschuß als auch durch das komplette Komitee. Er war auch im Repräsentantenhaus niemals angefochten worden, als das Gesetz der Auslandshilfe zur Diskussion stand." Auch der Demokrat Frank Church aus Idaho, Vorsitzender des *For-*

eign Relations Committee im Senat, sowie der ranghohe Republikaner Jacob Javits – sie sind beide streng pro-israelisch eingestellt – brachten die Anträge auf gleicher Ebene glatt durch ihre Kammern.

Solarz faßte zusammen: „Als Ergebnis wird Israel bald einen Kredit von insgesamt $ 660 Millionen mehr an Militär- und Wirtschaftshilfe erhalten, als es im vergangenen Jahr von der US-Regierung empfangen hatte." Solarz preist die Bedeutung seiner Leistung: „Aufgrund der Kombination von Standhaftigkeit und Überredungskunst waren wir in der Lage, Israel allein in einem Jahr eine Aufstockung der militärisch-wirtschaftlichen Hilfe zu bieten, die der Unterstützung der nationalen UJA (United Jewish Appeal) von nahezu drei Jahren gleichkommt."

In seinem Rundschreiben verrät Solarz, er wolle Mitglied des *Foreign Affairs Committee* werden, weil „ich in der Lage sein wollte, mich für Israel hilfreich zu betätigen." Er erklärte, während „Hunderte von Mitgliedern des Kongresses, Republikaner gleichermaßen wie Demokraten" Israel unterstützen, „sind es die Mitglieder des *Foreign Affairs Committee* im Repräsentantenhaus und des *Foreign Relations Committee* im Senat, die wirklich dazu befugt sind, die Notwendigkeiten zu unterscheiden – im Bereich der Auslandshilfe, von der Israel jetzt so abhängig ist."

Solarz' Eifer war im September 1984 ungebrochen, da er als Mitglied auf der Kongreßkonferenz zur Erarbeitung der Durchführungsbestimmungen von Exportanträgen in einer öffentlichen Versammlung nach den Folgerungen unserer Gesetzgebung fragte, wie sie sich auf Israel auswirken könnten. Er richtete seine Frage an den Kongreßabgeordneten Howard Wolpe: „Gibt es irgendetwas, das die Israelis von uns wollen oder sich vielleicht von uns wünschen würden, was sie nicht bekommen können?"

Selbst als Wolpe mit einem klaren „Nein" antwortete, ließ Solarz nicht locker: „Haben Sie bei der (israelischen) Botschaft vorgesprochen?" Wolpe erwiderte: „Ich persönlich nicht – aber mein Büro". Dann versuchte Solarz es nochmals: „Sie geben mir also eine absolute Zusicherung, daß sie (die Israelis) zu all diesen Fragen keinerlei Einwände haben?" Als er schließlich davon überzeugt war, daß Israel mit unseren Gesetzesbestimmungen zufrieden war, konnte Solarz sich entspannen: „Wenn sie (die Israelis) keine Probleme damit haben, so ist auch für uns alles in Ordnung."

Ein alter Kongreßabgeordneter aus Ohio kommentierte diese Einstellung so: „Wenn Solarz und andere auf mehr Geld für Israel drängen, mag niemand *nein* sagen. Du brauchst nicht an die vielen Beispiele der Einschüchterung von Politikern zu denken, um zu erkennen, wo es langgeht. Die jüdische Lobby ist unheimlich. Sie bekommt alles, was sie will. Die Juden sind gebildet, haben oft sehr viel Geld und treffen ihre Wahlentscheidung auf der Basis eines einzelnen Zieles – nämlich Israel. In dieser Hinsicht sind sie einmalig. Zum Beispiel gibt es zahlreiche Gegner der Abtreibung. Aber sie sind nicht besonders gebildet – und sie haben auch nicht so viel Geld. Die jüdischen Lobbyisten haben beides, und sie sind politische Aktvisten ersten Grades."

Der gleiche Kongreßabgeordnete stuft seine Kollegen in vier Gruppen ein: „Für die erste Gruppe ist es ein Hurrah-Hurrah, Israel alles zu geben, was es wünscht. Die zweite Gruppe hat leichte Bedenken. Sie wagt es jedoch nicht, aus der Reihe zu tanzen. Sie sagen gar nichts. In der dritten Gruppe befinden sich die Kongreßabgeordneten, die schwere Bedenken haben, aber nur im Stillen versuchen, die Unterstützungsmaßnahmen für Israel zu reduzieren. Lee Hamilton ist hierfür ein Beispiel. In der vierten Gruppe stehen diejenigen, die offen die US-Politik in bezug auf den Nahen Osten in Frage stellen und Israels Verhalten anprangern. Seit dem Abgang von Findley und McCloskey existiert diese Gruppe eigentlich nicht mehr."

Der hier zitierte Abgeordnete rechnet sich selbst zur dritten Gruppe: „Vielleicht werde ich gegen den Gesetzesentwurf stimmen, der erstmalig für dieses Jahr die Auslandshilfe genehmigt. Wenn ich dies tue, werde ich jedoch keine Begründung dafür abgeben."

„Das Herz blutet einem"

Während Solarz niemals schwankend geworden war in seinem Engagement für Israel, hatte sich bei einem anderen Kongreßabgeordneten, der sich bei seinem Eintritt ins Komitee nicht minder stark für die Interessen Israels engagierte, ein Wandel vollzogen. Der Demokratische Abgeordnete Mervyn M. Dymally, ehemaliger Vizegouverneur von Kalifornien, war 1980 mit vorzüglichen Empfehlungen als Befürworter Israels nach Washington gekommen. Er sagte: „Wenn Sie sich das schwarze Amerika betrachten, so stehe ich – nach Bayard Rustin – sicher an zwei-

ter Stelle, was die Unterstützung Israels innerhalb der letzten 20 Jahre betrifft." Eher klein, gutaussehend und vornehm, war Dymally der erste schwarze Amerikaner, der nach den beiden Kriegen von 1967 und 1973 nach Israel reiste.

In seiner erfolgreichen Wahlkampagne für den Posten als Vizegouverneur trat er auf allen Demokratischen Kundgebungen für Israel ein. Er war es, der das Komitee der Schwarz-Amerikaner zur Unterstützung Israels mitbegründete, der pro-israelische Werbung in kalifornischen Zeitungen organisierte und auch andere schwarze Funktionäre für diese Sache interessierte. Im Kongreß war er als Mitglied des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten mit seiner Stimme stets auf der Seite Israels.

Trotzdem entzog ihm 1982 die pro-israelische Gemeinde ihre finanzielle Unterstützung, und im darauffolgenden Jahr setzte ihn die AIPAC-Organisation in Kalifornien auf ihre Abschußliste mit dem Ziel, einen glaubwürdigen Konkurrenten zu suchen, der sich 1984 gegen ihn aufstellen lassen würde. Als Erklärung für diese plötzliche Wende führt Dymally zwei „Minuspunkte" in seiner pro-israelischen Kongreßakte an. Der erste: Er „stellte dem Komitee gelegentlich herausfordernde Fragen über die Israel-Hilfe." Obwohl seine Fragen gemäßigt und nicht häufig waren, fiel er dennoch auf, weil sich niemand anderer so etwas traute. Zweitens – und das war in den Augen der AIPAC weitaus verdammenswürdiger – traf er sich zweimal mit dem PLO-Führer Yassir Arafat.

Beide Treffen waren nicht geplant. Das erste Zusammentreffen fand 1981 während eines Besuches in Abu Dhabi statt, wo Dymally auf seinem Rückweg von der außenpolitischen Konferenz in Südindien seine Reise unterbrach, um sich mit dem örtlichen Planungsminister zu treffen. Der Minister erzählte ihm, er habe sich gerade mit Arafat getroffen und fragte Dymally, ob er ihn sehen wollte. Dymally erinnert sich: „Ich war zu verblüfft, *nein* zu sagen. Aber ich dachte, mir würde nichts passieren dabei. Ich rechnete damit, daß Arafat nicht unbedingt einen unbekannten, frischgebackenen Kongreßabgeordneten sehen wollte, noch dazu bei so kurzfristiger Anmeldung."

Zu seiner Überraschung lud Arafat ihn dennoch zu einem sofortigen Treffen ein. Dies verursachte natürlich eine Panik bei Dymallys Begleitung, einem Angestellten der US-Gesandtschaft, der ihn auf seiner Besprechungsrunde im Wagen des Botschafters herumchauffierte. Der Wagen war an seinem vor-

deren Kotflügel mit dem US-Sternenbanner geschmückt, den der nervös gewordene Begleiter aber sofort entfernte. Er war sich offenbar der Weisung der US-Regierung bewußt, wonach Kontaktaufnahmen zwischen Regierungspersonal und PLO-Funktionären verboten waren. Dymally entschuldigte sich und wies den Fahrer dennoch an, ihn zur Verabredung mit Arafat zu bringen." Er hat wirklich fürchterlich geschwitzt," erinnert sich Dymally.

Nach seiner kurzen Besprechung mit Arafat traf er auf einen Reporter der Arabischen Nachrichtenagentur, der draußen wartete. Dymally sagte ihm, Arafat habe seinen Wunsch nach einem Dialog mit den Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht. In derselben Nacht berichtete Peter Jennings über die ABC-Abendnachrichten aus London seinen amerikanischen Zuhörern, Dymally wäre seit der Präsidentschaft Ronald Reagans der erste Kongreßabgeordnete, der sich mit Arafat getroffen habe.

Die Nachricht verursachte in der Jüdischen Gemeinde Aufruhr. Viele Juden bezweifelten Dymallys Erklärung, wonach das Treffen nicht geplant gewesen sei. Stella Epstein, jüdisches Mitglied des Kongreßpersonals von Dymally, quittierte aus Protest den Dienst.

Dymally traf 1982 auf ähnlich zufällige Weise erneut mit dem umstrittenen PLO-Führer zusammen. Er war mit seinen Kollegen, den Demokraten Mary Rose Oakar von Ohio, Nick Rahall aus West Virginia und David E. Bonoir aus Michigan sowie dem Republikaner Paul N. „Pete" McCloskey, in den Libanon gefahren, um sich dort mit den libanesischen Führern zu treffen, Flüchtlingslager zu besuchen und sich die Auswirkungen der israelischen Invasion anzusehen. Dymally war von dem, was er zu sehen bekam, schockiert: „Sie können diese (palästinensischen) Flüchtlingslager nicht besuchen, ohne daß Ihnen das Herz blutet." Nach ihrer Ankunft haben sie die Einladung zu einem Treffen mit Arafat angenommen, der zum damaligen Zeitpunkt in Beirut sein Hauptquartier hatte.

Dymallys Schwierigkeiten mit der Jüdischen Gemeinde wurden sogar noch größer, nachdem man ihn fälschlicherweise beschuldigte, 1981 für den Verkauf des Aufklärungsflugzeuges AWACS gestimmt zu haben. Tatsächlich stimmte er jedoch so, wie es die Israel-Lobby von ihm verlangte, nämlich gegen den Verkauf. Um darüberhinaus seine Position deutlich zu machen, brachte er während der Debatte im Repräsentantenhaus seinen

gegenteiligen Standpunkt in zwei getrennten Reden zum Ausdruck. Er habe die zweite Rede, die von einem seiner Helfer, Max Mont vom Jüdischen Arbeitskomitee geschrieben worden war, deshalb gehalten, „weil Mont sich beschwert hatte, daß die erste nicht stark genug war."

Die Botschaft war jedoch nicht richtig durchgedrungen oder wurde zu diesem Zeitpunkt geflissentlich vergessen. Da geschah es, daß Carmen Warshaw, eine bekannte jüdische Sponsorin seiner Wahlkampagne der Demokratischen Partei in Kalifornien, ihn während eines öffentlichen Dinners aufforderte: „Ich möchte mein Geld zurück." Dymally erwiderte: „Was habe ich getan, Carmen?" Sie antwortete: „Sie haben für die AWACS gestimmt."

Dymally betrachtet seine Mitgliedschaft im Foreign Affairs Unterausschuß für den Nahen Osten als „nicht gewinnbringend". Er hat Menschen von beiden Seiten vor den Kopf gestoßen. Während ein Mitglied des Stabes den Dienst quittierte, weil er sich mit Arafat getroffen hatte, verließ ein anderer, Peg McCormick, aus Protest seinen Posten, als er ein großes Hilfspaket befürwortete, das Gelder auch für den Bau von Kampfflugzeugen in Israel beinhaltete.

Für einige Zeit hatte sich Dymally im Komitee nicht mehr beschwert, und stellte auch keine weiteren Fragen im Zusammenhang mit Israel. Vom *Wall Street Journal* nach dem Grund seines Schweigens gefragt, verwies er auf die Machenschaften der Lobby bei meiner eigenen Wahlniederlage 1982 gegen den Demokraten Richard J. Durbin. Dem Reporter des *Wall Street Journal* sagte er: „Das Findley-Durbin-Rennen war zweifelsohne furchterregend."

Dymally begegnete solchen Einschüchterungsversuchen auch andernorts. Wann immer er sich beschwerte, sagte er, bekommt er prompten Besuch eines AIPAC-Lobbyisten, der für gewöhnlich von einem Dymally-Wähler begleitet ist. Eines Tages traf er mit einer Gruppe jüdischer Wähler zusammen – „alles alte Freunde" – und machte ihnen klar, daß er trotz seines Murrens am Ende doch immer wieder für die Israel-Hilfe stimme. Er sagte ihnen: „Nicht ein einziges Mal bin ich von diesem Kurs abgewichen." Daraufhin meldete sich einer seiner Wähler und meinte: „Das ist nicht ganz richtig. Einmal haben Sie sich der Stimme enthalten!" Dymally kommentierte diesen Einwand mit Bewunderung: „So gut sind sie – Der Mann hatte Recht."

„Ich höre Sie"

Nach seinem Einzug in den Kongreß hatte Dymally zwei Jahre gewartet, bevor er sich öffentlich über die Israel-Hilfe beschwerte. Er äußerte zum ersten Mal seine Besorgnis an einem Wintertag des Jahres 1983 im Anhörungssaal des Kapitols, der so voll war, daß nur Leute mit kräftigen Ellenbogen hineinkamen. Der neugegründete Unterausschuß des 98. Kongresses, der sich mit Europa und Nahostfragen beschäftigte, war im Repräsentantenhaus zur Anhörung von Aussagen über die Höhe der Wirtschaftshilfe an Israel zusammengetreten. Die Zuhörer erfuhren nun, warum eine derartige Hilfe so glatt den Kongreß durchläuft – und für gewöhnlich noch aufgestockt wird.

Am Zeugentisch saß Nicholas Veliotes, zu dem Zeitpunkt Abteilungsleiter für den Nahen Osten und Südasien im US-Außenministerium. Der große dunkelhaarige Berufsdiplomat griechischer Abstammung hatte vor kurzem in Israel und Jordanien gedient und war an diesem Tage im Kapitol erschienen, um zu erklären, warum die Reagan-Regierung vom Kongreß eine Genehmigung für $ 785 Millionen Wirtschaftshilfe an Israel beantragt hatte. Diese Summe war ein Teil des Hilfspaketes von $ 2.5 Milliarden für das kommende Finanzjahr. Die Gesamtsumme war genauso hoch wie jene, die im vorhergehenden Jahr gefordert worden war. Unsere Regierung hatte jedoch entschieden, daß in einem Antrag zur Entlastung unseres eigenen US-Budgets Israel ein Drittel aus der empfangenen Gesamtsumme zurückzahlen müsse.

An der Diskussion hatten sieben Demokraten und ein Republikaner teilgenommen, nämlich der frischgebackene Kongreßabgeordnete Ed Zschau aus Kalifornien. Die Nachrichtenmedien hatten sehr ausführlich von dem Ereignis berichtet und mit ihren Scheinwerfern noch zusätzliche Hitze und grelles Licht in den übervollen Raum gebracht. Die Scheinwerfer waren aber nicht die einzige Hitzequelle. Vielmehr war Veliotes zwei lange heiße Stunden hindurch in die Zange genommen worden. Fünf Kongreßabgeordnete bombardierten ihn abwechselnd mit Feststellungen und Fragen, die im wesentlichen die Regierung wegen des Versuches geißelten, die Israel-Hilfe im Vergleich der im vergangenen Jahr genehmigten Summe geringfügig zu kürzen. Diesmal stand nur Dymally auf der Seite der Regierung.

Die Art und Weise, die Intensität und auch die Einseitigkeit des Fragenbombardements mag bei einem Fremden den Ein-

druck erweckt haben, daß man Veliotes hier vernehmen wolle, und zwar nicht durch US-Kongreßabgeordnete – sondern durch ein Komitee des israelischen Parlaments.

In zwei Befragungsrunden wurde Veliotes durch den Demokraten Tom Lantos aus Kalifornien, ein weißhariger ungarischer Flüchtling, streng belehrt, weil dieser unansprechbar sei auf die neuen Bedrohungen Israels durch die in Syrien stationierten Sowjetraketen sowie die Erweiterung des sowjetischen Waffenverkaufs an den Libanon. Lantos verharmloste das Beharren der US-Regierung auf den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Libanon als *Ballonsonden-Politik.*

Diejenigen, die 1982 Lantos' Wahlkampagne zur Wiederwahl verfolgt hatten, waren nicht überrascht über diese Art Befragung. Wenn es um die Erhebung von Geldern ging, legte er sich für diese Sache schwer ins Zeug: „Israel braucht eine Stimme im Kongreß." Er bot sich selbst als diese Stimme an. „Die Stimme" in diesem Unterausschuß hörbar zu machen, bedeutete eine Leistungssteigerung.

Einige Jungdemokraten verfolgten ähnliche Befragungen. Lawrence J. Smith von Florida sah die israelischen Militäroperationen im Libanon als „wesentlichen Gewinn" für einen „Gesamtfrieden" an und forderte mehr Geld für Israel, da der Hilfsdollar durch Inflation „ausgehölt" sei.

Mel Levine, ebenfalls aus Kalifornien, schaltete sich ein und wies auf Israels „Verluste" bei den Staatseinkommen hin, als es entsprechend der Vereinbarung von Camp David die Kontrolle über die Ölfelder in Sinai an Ägypten abtrat. Robert Torricelli von New Jersey empfand es als „Nötigung", daß die US-Regierung ihre Forderungen für Israel nicht aufstockte.

Der Ausschußveteran Solarz bereicherte das Thema, indem er daran erinnerte, daß in den letzten paar Jahren der Kongreß jährlich den Umfang „nach oben angepasst" oder „die Bedingungen neu abgefaßt" habe, um „Israel mehr helfen zu können."

Nur Dymally beschwerte sich, daß unsere Israel-Hilfe zu hoch sei: „Wie können es sich die Vereinigten Staaten leisten, angesichts unserer Wirtschaftskrise so viel Geld auszugeben, an ein Land, das die Friedensinitiativen des Präsidenten abgewiesen und seine Ansiedlungen in den besetzten Territorien ausgebaut hat", fragte er.

Ed Zschau, ein Jungrepublikaner aus Kalifornien, bot die einzige Abweichung von der Pro-Israelbefragung: „Glauben Sie, es sollte andere Bedingungen (für die Israel-Hilfe) geben, die die

Zielvorstellungen zum Friedensprozess beschleunigen könnten?" Da er keine Antwort erhielt, drängte er weiter: „Vorausgesetzt, wir leisten Hilfe, um in dem Gebiet einen Fortschritt in Richtung Frieden zu erreichen, wäre es dann nicht sinnvoll, mit dieser Hilfe einige gemäßigte Bedingungen zu verknüpfen, wie zum Beispiel den Abbruch der Ansiedlungspolitik?"

Veliotes antwortete nur vorsichtig auf die Herausforderungen. Als Zschau aber auf eine direkte Antwort drängte, erwiderte Veliotes einfach: „Ich höre Sie." Wie auch immer seine persönlichen Empfindungen waren, er fühlte sich nicht befugt, die von Zschau vorgeschlagenen Bedingungen zu fördern.

Dymally meldete sich einen Monat später wieder zu Wort, als der Nahost-Unterausschuß über das Gesetz zur Genehmigung von Hilfsmittel an Israel und einige andere Nahostländer verhandelte. Dymally legte einen Antrag vor, mit dem die militäri sche Hilfe für Ägypten aufgestockt werden sollte, wobei die eine Hälfte als Darlehen und die andere als Subvention gewertet werden sollte. Sein Antrag war von Logik diktiert: Durch dieses Verfahren der Vereinigten Staaten gegenüber Israel und Ägypten würde ein „Gleichgewicht" entstehen. Beide Länder waren Vertragspartner im Camp David-Abkommen, und wurden als Freunde der Vereinigten Staaten angesehen. Weil – so argumentierte Dymally – Ägyptens Wirtschaftsprobleme schwerwiegender seien als die israelischen, sollte Ägypten die Großzügigkeit der Vereinigten Staaten zumindest in gleichem Ausmaß zu spüren bekommen wie Israel.

Sein Antrag wurde abgelehnt. Der Kongreßabgeordnete Lantos sprach sich aus „Budgetgründen" dagegen aus. Nur Dymally stimmte mit „ja". Die Ablehnung erfolgte ein paar Augenblicke später, nachdem der Unterausschuß ohne Gegenstimmen einen Antrag zur Aufstockung des militärischen „direkten Versöhnungskredites" – eine Umschreibung für direkte Schenkungen – an Israel genehmigte, und zwar in Höhe von $ 200 Millionen zuzüglich einer kräftigen Aufstockung der Wirtschaftshilfe in Höhe von $ 65 Millionen. Diesmal waren für den Unterausschuß die „Budgetgründe" unerheblich, und das trotz der Belastung unseres Bundesdefizits aufgrund dieser Änderung. An diesem Tag besaß nur Dymally die Tugend der Beständigkeit: Er hatte beiden Änderungsanträgen zugestimmt.

In der gleichen Sitzung stimmte der Unterausschuß auch darüber ab, den Verkauf von Jet-Kampfflugzeugen an Jordanien mit gesetzlichen Bedingungen zu verknüpfen. König Hussein

sollte erst einmal aufgefordert werden, Verhandlungen mit Israel aufzunehmen. Diese Vorbedingung spiegelte die vom Repräsentantenhaus vertretene Ansicht wider; denn 170 seiner Mitglieder hatten zum damaligen Zeitpunkt dazu eine öffentliche Verlautbarung unterzeichnet.

Obwohl durch diese öffentliche Zurechtweisung die persönlichen Bemühungen Präsident Reagans, Hussein zur Zusammenarbeit zu gewinnen, unterlaufen wurden, saß der im Auftrag der Regierung entsandte und vom US-Außenministerium bevollmächtigte Abteilungschef Robert Pelletreau schweigend im überfüllten Saal, als der Unterausschuß die Bedingungen angenommen hatte. Pelletreaus Schweigen demonstrierte die Abneigung der Regierung, mit der Lobby konfrontiert zu werden.

„Die Regierung kann keinen Ton angeben"

Obwohl Regierungsbeamte häufig den Kongreß der Überstrapazierung unserer Israel-Hilfe bezichtigen, sollten sie einen Teil dieser Beschuldigungen besser für sich selbst aufsparen. Einen Monat nach der Ablehnung von Dymallys Änderungsantrag im Unterausschuß – und Pelleteaus unpassendem Schweigen – hat das gesamte Komitee für Auswärtige Angelegenheiten dieselbe Gesetzesvorlage nochmals aufgegriffen. Dieses Mal schaffte es der als Zeuge der Regierung anwesende Alvin Drischler, ebenfalls bevollmächtigter Abteilungschef im Außenministerium, das anstehende Problem von beiden Seiten zu beleuchten, wodurch der eigentliche Zweck seiner Anwesenheit verfehlt wurde.

Zur Debatte stand ein Antrag des Kongreßabgeordneten Joel Pritchard aus Washington, die zusätzliche, vom Unterausschuß genehmigte Unterstützungshilfe an Israel in Höhe von $ 265 Millionen zu kürzen und die Gesamtsumme auf den von der Regierung ursprünglich geforderten Stand zurückzuschrauben. Um seine Stellungnahme gebeten, antwortete Drischler: „Wir unterstützen die Forderung der Regierung." Das heißt, er unterstützte den Pritchard-Antrag, was nicht verwunderlich war. Drischler fügte jedoch noch hinzu: „Aber wir sind nicht gegen die Aufzahlung."

Der ganze Verhandlungsraum bebte vor Gelächter, als der Vorsitzende Clement J. Zablocki klagte: „Wir sind verwirrt." Offensichtlich war die Entschlossenheit der Regierung, falls es

je eine gab, nicht mehr vorhanden. Vielmehr blieb es Pritchard jetzt überlassen, den Streit um den Regierungsantrag von nun an ohne Regierungsunterstützung allein auszufechten. Er warnte, die Regierung würde bei den Verhandlungen mit Israel ihren Einfluß verlieren, falls der Kongreß die Aufstockung genehmige, fügte aber offen seine eigene Meinung hinzu: „Es bestand schon immer der Eindruck, daß Israel im Kongreß ausreichende Unterstützung findet, um jede Regierungsinitiative schachmatt zu setzen."

Der Demokratische Kongreßabgeordnete George Crockett von Michigan warnte, daß die Aufstockung „zusätzliches Kapital für Begin (israelischer Ministerpräsident) zur Fortsetzung seiner Siedlungspolitik freigeben würde.". Aber da konterte der republikanische Kongreßabgeordnete Larry Winn aus Kansas mit dem Argument, daß eine Aufstockung unserer Subvention Israel „helfen" würde, seinen Schuldentilgungsverpflichtungen den Vereinigten Staaten gegenüber nachkommen zu können. Diese Verpflichtung war 1983 bereits auf $ 1 Milliarde angewachsen. Winn hatte im wesentlichen argumentiert, daß wir Israel deshalb finanziell unterstützen sollten, damit es seine Schulden an die Vereinigten Staaten zurückzahlen kann. Diese Art „Logik" setzte sich durch, während der Pritchard-Antrag mit 18 zu 5 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Lobbyist für die *US Agency for International Development* gab später zu, daß es für den Pritchard-Antrag deshalb keine Kampfabstimmung gab, weil „einfach keine Stimmen dafür vorhanden waren."

Pritchard, der den Einfluß Israels auf unseren Kongreß selbst miterlebt hatte, sieht das anders: „Die Regierung kann den Ton der amerikanischen Außenpolitik nicht bestimmen."

„Ich fühle mich nicht so frei"

Dymallys gelegentliche Gradlinigkeit bei der Beurteilung und in der Abstimmung über Nahostfragen brachte ihm, wie vorauszusehen, Beschwerden von israelischen Aktivisten seines Heimatbezirks ein. Obwohl sie keinen glaubwürdigen Gegenkandidaten für 1984 finden konnten, hielt er es dennoch für unwahrscheinlich, daß dieser Bruch gekittet werden könnte. Er beurteilte die Mitgliedschaft im Komitee für Auswärtige Angelegenheiten als eine Stelle „ohne Gewinn."

„Ich muß Ihnen gestehen", so erklärte Dymally, „daß ich mich

bei meiner Kritik an Israel nicht so frei fühle wie bei meiner Kritik etwa an Trinidad, der Insel, auf der ich geboren wurde." Als er erwähnte, daß Trinidad eine der Inseln war, welche die US-Invasion in Grenada 1983 unterstützten, bemerkte er, daß sich die Inselbewohner trotz seiner eigenen starken Ablehnung dieser Invasion niemals gegen ihn gewandt haben. „Sicher, einige Führer in Trinidad waren mit mir nicht ganz glücklich. Sie boykottieren deshalb aber nicht meine Werbekampagne zur Wiederwahl. In der Tat haben die Leute aus dieser Gegend in New York sogar einen Geldbeschaffer für mich eingesetzt. Sie halten mich nicht für einen Gegner der Schwarzen, einen Gegner Grenadas oder der West Indies. Wir sind nur uneinig in der Frage unserer Invasion. Aber sie wenden sich deshalb nicht ab von mir."

Er vergleicht diese Reaktion mit jener seiner jüdischen Kritiker in Kalifornien: „Die Tragik dabei ist, daß so viele jüdische Menschen Kritik an Israel fälschlicherweise als antijüdisch oder antisemitisch deuten." Er spricht bewundernd über die offene Kritik an der israelischen Politik, wie man sie in Israel selbst hören kann: „Es ist einfacher, Israel in der Knesset zu kritisieren als im US Kongreß, hier in unserem Land der freien Meinungsäußerung."

Dymally stellte fest, daß 10 der 37 Mitglieder des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten Juden sind. Daher sieht er „keine Chance für einen konstruktiven Dialog". Als das einzige Mitglied des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten, der ein „Schattenboxen" nicht scheut, nennt er den Republikanischen Kongreßabgeordneten Ed Zschau aus Kalifornien. Er meint, daß es in diesem Unterausschuß niemand gäbe, der „zuschlägt".

Dymally glaubt, die politische Szene in den Vereinigten Staaten würde sich verbessern, „wenn sich Bürger arabischer Herkunft zu effektiveren Lobbyisten entwickelten und sich von der Notwendigkeit überzeugen ließen, für ihre Sache Geld zu spenden". Eines ihrer Probleme, sagt er, ist das Unvermögen, ihre Interessen im Kapitol zu vertreten. „Ausländische Volksgruppen verstehen die Wichtigkeit des Lobbytums nicht. Sie haben anscheinend auch kein Gefühl für Menschenliebe." Peter Spieller, der als ehemaliger Studentenberater in seinem Kongreßbüro tätig war, hielt ihm vor: „Man erzählt sich (in der Jüdischen Gemeinde), Sie hätten sich für arabisches Geld verkauft."

Dymally konnte dazu nur lächeln: „Ich erwiderte ihm, daß ich

mir wünschte, die Amerikaner arabischer Abstammung würden mir Geld geben." Dymally sagte, sie hätten ihm nicht geholfen, obwohl er einen Teil seiner Wahlkampfschulden von 1980 bezahlen mußte. Im Jahr zuvor hatte Dymally noch mit einigen Tausend Dollar Wahlkampfbeitrag aus jüdischen Quellen rechnen können. Nachdem er aber Arafat getroffen und noch dazu damit begonnen hatte, Fragen zur Israelpolitik zu stellen, war dieses Geld „versiegt". Während der Wahlkampagne von 1982 hätte ihm ein jüdischer Freund zwei $ 100-Tickets für ein Dinner gekauft. „Das war," wie er sich erinnerte, „der ganze Umfang der jüdischen Unterstützungsgelder für dieses Jahr."

Dymallys Komitee für Auslandsfragen konnte von der Israel-Lobby sehr einfach dominiert werden, zum Teil wegen des Umstandes, daß die meisten Kongreßabgeordneten eine Berufung in dieses Komitee als politische Belastung empfinden. Da die meisten Amerikaner unsere Auslandshilfe gekürzt oder sogar gänzlich gestrichen wissen wollen, lassen sich Kongreßabgeordnete aus politischen Randbezirken auf ein gewagtes Spiel ein, wenn sie die Auslandshilfe befürworten oder gar in jenes Komitee berufen werden, das über diese Hilfe entscheidet.

Donald J. Pease, ein führender Demokrat aus Ohio und ehemaliges Mitglied im Komitee für Auswärtige Angelegenheiten, erklärt, warum Kongreßabgeordnete mit ausgeprägten Interessen an Israel keine Schwierigkeiten haben, in dieses Komitee berufen zu werden: „Es ist eines der am wenigsten gefragten Komitees. Wenn Sie einen Antrag auf Berufung dorthin stellen, wird er mit Sicherheit genehmigt. Es gab ein Jahr, da mußte das Komitee um neue Mitglieder werben, nur um die Bänke zu füllen. Von den meisten Demokraten wird es als Belastung angesehen. Nur für Mitglieder mit großen Wahlkreisen ist es von Vorteil." Die Republikaner denken ebenso.

Vierzehn Newcomer retten den Tag

Unter den wachsamen Augen der Israel-Lobby bedienen sich Kongreßabgeordnete extremer Maßnahmen, um einen Gesetzesantrag zur Israel-Hilfe durchzusetzen. Kurz bevor im Dezember 1983 der Kongreß seine Sitzung vertagte, hatte eine Gruppe von Newcomern aus dem Demokratischen Lager durch eine außergewöhnliche Aktion die Sache (für Israel) dadurch unterstützt, indem sie in den gedruckten Protokollen ihre Stimmeintragun-

gen änderten – ein Schritt, den Kongreßabgeordnete für gewöhnlich scheuen, da sie dadurch für unentschlossen gehalten werden. An diesem Tage aber arbeiteten in ihrer ersten Sitzungsperiode die neuen Abgeordneten mit größtem Eifer. Sie standen unter dem Druck der Pro-Israel-Wähler und waren durchaus damit einverstanden, ihren Kurs zu ändern, um ein allumfassendes Gesetz durchzupauken, das als Dauerresolution bekannt werden sollte. Durch diese Entscheidung wurden Gelder für bestimmte Programme zur Verfügung gestellt, die der Kongreß verabsäumt hatte, auf normalem Wege zu genehmigen. Dazu gehörte die Israel-Hilfe. Die eventuelle Verabschiedung des Gesetzes würde fortan jegliche Unterbrechung dieser Hilfe ausschließen.

Aber dieses eine Mal wurde sowohl die Demokratische Führung des Hauses als auch die AIPAC überrumpelt. Normalerweise hat die AIPAC alle gesetzgebenden Aktivitäten im Zusammenhang mit Israel unter voller Kontrolle. Und diesmal hatte sie die gärende Rebellion nicht bemerkt, die sich aus Besorgnis über unser eigenes Budgetdefizit und die umstrittenen Bedingungen in der Gesetzesvorlage für Zentralamerika ausgebreitet hatte – und die Demokratischen Neulinge im Haus dazu veranlaßten, sich gegen ihre eigene Führung zu stellen. Da sie selbst keine Änderungsanträge vorlegen konnten, beschlossen sie im Stillen untereinander, das gesamte Paket abzulehnen.

Als die Abstimmung beendet war, leuchtete am großen Anzeigendisplay über dem Pult des Sprechers das Wort *Ablehnung* auf. Die Resolution war mit 206 zu 203 Stimmen verworfen worden. Vierundzwanzig Demokratische Neulinge hatten ihrer Führung den Rücken gekehrt und mit *nein* gestimmt. Mit *nein* abzustimmen, bedeutete jedoch nicht, daß sie gegen die Israel-Hilfe opponierten. Einige von ihnen, die wegen unseres Bundesdefizits besorgt waren, betrachteten es als unbedingte Notwendigkeit für die US-Regierung, ein Gesetz zur Steuererhöhung zu erlassen. Andere widersetzten sich einfach nur aus Protest. Für Israel aber war dieses Ergebnis schwerwiegend.

„Die Jüdische Gemeinde wurde wahnsinnig," erinnert sich ein Kongreßveteran – und die AIPAC-Strategen machten sich an ihre Arbeit. Durch Telefonanrufe aus ihren Büros nur vier Blocks entfernt aktivierten die widerspenstigen Newcomer aufgrund einer Auswahlliste jetzt führende Persönlichkeiten in ihren Wahlbezirken. Sie arrangierten Spezialkonsultationen mit Schlüsselpersönlichkeiten, die bei der letzten Kongreßabstim-

mung eine wichtige Rolle gespielt hatten. Jeder mußte dringend seinen oder ihren Kongreßabgeordneten ans Telefon kriegen, auf einem persönlichen Gespräch beharren und folgende Gesichtspunkte übermitteln:

„Zustimmung zur Dauerresolution ist sehr wichtig. Ohne diese Zustimmung wird Israel zu leiden haben. Ich kritisiere nicht, daß Sie bei der ersten Abstimmung dagegen waren. Ich bin sicher, Sie hatten Ihre Gründe. Mir ist jedoch zu Ohren gekommen, daß dieselbe Sache nochmals zur Abstimmung kommen wird. Vielleicht schon morgen. Ich wende mich im Namen vieler Ihrer Freunde und Sponsoren mit der Bitte an Sie, Ihre Zustimmung zu ändern, wenn dieselbe Frage noch einmal behandelt wird."

Jeder wurde angewiesen, nach den erfolgten Anrufen der AIPAC Bericht zu erstatten. Die Anrufe wurden auftragsgemäß durchgeführt und entsprechend berichtet. Am Nachmittag setzte das Repräsentantenhaus die Frage dann noch einmal auf die Tagesordnung. Es war derselbe Antrag – Wort für Wort –, den das Haus zwei Tage zuvor abgelehnt hatte. Silvio Conte, ein führender Republikaner im Genehmigungausschuß, hatte – in Kenntnis des inzwischen ausgeübten Drucks – die Demokratischen Neulinge während der Debatte ermuntert, „als mutige Männer hinter ihren Kanonen zu stehen." Der Republikanerführer Bob Michel tadelte jene Abgeordneten, die unfähig waren, „den Druck von oben abzuschwächen".

Gewisser Druck kam natürlich auch von der aufgebrachten Demokratischen Führung. Aber die AIPAC war jene Institution, die letztlich eine Änderung des Abstimmungsergebnisses herbeiführte. Bei kritischen Fragen reagieren die Kongreßabgeordnete empfindlich auf den Druck, der von ihren heimatlichen Wahlkreisen auf sie ausgeübt wird, und darauf haben die Führer des Repräsentantenhauses wenig Einfluß. Für die Republikaner Silvio Conte und Bob Michel lag das Hauptproblem in der Notwendigkeit, unsere Staatsausgaben einzuschränken. Sie argumentierten, daß aus diesem Grunde die Maßnahme zurückgewiesen werden sollte. An diesem oder irgendeinem anderen Tag sprach während der Debatte niemand vom Einfluß der Israel-Lobby.

Drängende Anrufe aus den Wahlbezirken der Abgeordneten rissen nicht ab in diesen Stunden. Als schließlich zur Abstimmung aufgerufen wurde, hatten 14 dieser Demokratischen Neulinge – etwas verlegen – ihre Zustimmung geändert. Hierbei

handelte es sich um: C. Robin Britt von North Carolina, Jim Cooper von Tennesee, Richard J. Durbin aus Illinois, Edward F. Feighan von Ohio, Sander M. Levin aus Michigan, Frank McCloskey von Indiana, Bruce A. Morrison aus Connecticut, James R. „Jim" Olin und Norman Sisisky von Virginia, Timothy J. Penny aus Minnesota, Harry M. Reid von Nevada, Bill Richardson aus New Mexico, John M. Spratt jr. von South Carolina und Harley O. Staggers, jr., aus West Virginia.

Um den Demokratischen Newcomer-Abgeordneten eine Entschuldigung für ihren verwirrenden Seitenwechsel an die Hand zu geben, sollten sie erklären, daß ihnen ihre Parteispitze die Einbringung eines Änderungsantrages zu unserer Steuergesetzgebung versprochen habe. Jeder wußte, daß das nur ein Trick war: denn ein solcher Steuergesetzentwurf hatte keinerlei Chance, als Gesetz bestätigt zu werden. Aber die Ausrede war dennoch hilfreich. Die Entschuldigung hatte gewirkt, und der Antrag wurde mit 224 zu 189 Stimmen angenommen. Der Strom unserer Unterstützungsgelder für Israel floß ohne Unterbrechung weiter.

Spenden für den ausländischen Wettbewerb

Die Endabstimmung über die Dauerresolution hatte eine bemerkenswerte neue Form für unsere Hilfeleistungen an Israel geschaffen. Sie beinhaltete einen Antrag, der von der AIPAC entworfen und von den pro-israelischen Kongreßabgeordneten Clarence Long aus Maryland und Jack Kemp aus New York kräftig unterstützt wurde. Durch diesen Antrag wurden zusätzliche $ 250 Millionen Militärhilfe für die Entwicklung des neuen israelischen Kampfflugzeuges *Lavi* genehmigt. Das neue Flugzeug würde im internationalen Waffengeschäft in Konkurrenz treten mit Northrop F-20 und mit dem F-16 von General Dynamics konkurrieren können. Beide Maschinen waren speziell für den Export entwickelt worden. Dieser Antrag stellte eine Vorzugsbehandlung dar, die Onkel Sam bisher noch nie einem ausländischen Konkurrenten eingeräumt hatte. Dieses Entgegenkommen war auch noch aus einem anderen Grund außergewöhnlich: Hiermit wurde nämlich ein US-Gesetz entkräftet, wonach sämtliche Gelder unserer Auslandshilfe für Rüstungsgüter in den Vereinigten Staaten investiert werden müssen.

Während der Debatte über dieses Gesetz war der Demokrat

Nick J. Rahall als einziger Kongreßabgeordneter gegen das Gesetz aufgetreten. Er sah in diese Bedingungen eine Bedrohung für unsere Arbeitsplätze, und das zu einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit: „Als Folge davon würden etwa 6.000 Arbeitsplätze verlorengehen, wenn man die $ 250 Millionen der amerikanischen Wirtschaft entzieht und den Israelis erlaube, dieses Geld für Verteidigungsausrüstungen und Serviceleistungen auszugeben, die sie ebenso leicht hier in den Vereinigten Staaten kaufen könnten. Den Amerikanern werden die Steuerdollars aus der Tasche gezogen, um eine ausländische Industrie aufzubauen. Sie sollten nicht auch noch ihre Jobs dafür opfern."

An diesem Tage war es Rahall aufgrund der vom Hause vor Beginn der Debatte verfügten Einschränkungen nicht gelungen, einen Antrag vorzulegen, um seine Forderungen durchzusetzen oder abzuändern. Alles, was er oder irgenein anderes Mitglied tun konnten, war für oder gegen den Long-Kemp-Antrag zu stimmen, der die umstrittenen Bedingungen für El Salvador und die internatinalen Banken sowie die Israel-Hilfe umfaßte. Der Antrag wurde mit 262 zu 150 Stimmen angenommen. Im Gegensatz zu Rahall, opponierten die meisten anderen der 150 Negativstimmen nicht gegen die $ 250 Millionen Unterstützungsgelder für die israelische Flugzeugindustrie, sondern resultierten aus anderen Beanstandungen des Änderungsantrages.

Im darauffolgenden Mai legte Rahall während der Beratung über ein Gesetz zur Anpassung der Gelder für Auslandshilfe, einen Antrag zur Streichung der $ 250 Millionen vor, der jedoch mit 379 zu 40 Stimmen durchfiel. Trotz der offensichtlichen Wirkung des Antrages bei den Wählern, die mit der US-Flugzeugindustrie zu tun hatten, stimmten weniger als 10 Prozent der Mitglieder des Repräsentantenhauses für Rahalls Vorschlag. Dies war nach mehr als vier Jahren wieder die erste namentliche Abstimmung über einen Antrag, der ausschließlich die Israel-Hilfe betraf. Das Ausmaß dieser Niederlage vermittelt eine Vorstellung der AIPAC-Macht.

Nach der Abstimmung organisierte die AIPAC Proteste gegen die 40 Legislatoren, die diesen Antrag unterstützt hatten. Rahall erinnert sich an diese Kampagne, in der sie „diese unerschrokkenen 40 Kongreßmitglieder beschimpfte". Er fügte hinzu: „Fast alle von denen, die wie ich abgestimmt haben, erzählten mir, daß sie in ihren jüdischen Wahlkreisen noch immer die Hölle hätten. Sie stöhnen noch immer über die Schläge, die sie einstecken müssen."

Die „unerschrockenen" Kongreßabgeordneten erhielten wenig Dank. Zwei Volksgruppen, das *Amerikanisch-Arabische Anti-Diskriminierungs-Komitee* und der *Nationale Verband Arabischer Amerikaner* gratulierten Rahall zu seiner Initiative und drängten ihre Mitglieder, Gratulationsbriefe an jeden der 39 Abgeordneten zu schicken, die seinen Antrag unterstützten. Die Ergebnisse waren mager. Als Verfasser hätte Rahall mehr Befürworterpost erwarten können als die anderen. Er erhielt „weniger als 10 Briefe" und kalkulierte, daß die anderen 39 noch weniger erhalten haben.

„Erwarten Sie vom Kongreß keine Taten"

Die Zurückhaltung der Kongreßabgeordneten, sich kritisch über Israel zu äußern, war 1983 offensichtlich, als das Haus Präsident Reagan unter dem *Kriegsermächtigungs-Gesetz* die Genehmigung erteilte, die US-Marine-Einheiten für 18 Monate im Libanon zu belassen. Die Abstimmung hatte stattgefunden, nachdem ein paar Tage vorher über 240 unserer Marineinfanteristen durch den tragischen Lkw-Bombenangriff in Beirut getötet wurden. Zur gleichen Zeit, in der das Haus zu handeln begann, waren bereits mehrere Marinesoldaten gefallen. Einige Kongreßabgeordnete warnten vor noch weiteren Schwierigkeiten, wobei sie gegen Reagans Forderung opponierten und massiv auf den Rückzug der US-Streitkräfte drängten. Fünf andere Abgeordnete stellten sich auf die andere Seite und unterstrichen die Wichtigkeit der Anwesenheit unserer Marinesoldaten zur Sicherung der israelischen Nordgrenze.

Insgesamt hatten sich 91 Kongreßabgeordnete zu Wort gemeldet gehabt, aber sie verschwiegen die militärischen Aktionen, die Israel im vergangenen Jahr im Libanon durchführte – seine unaufhörliche Bomardierung von Beirut, womit sie die Evakuierung der PLO-Kämpfer erzwungen und es dann verabsäumt haben, für deren Sicherheit in den palästinensischen Lagern zu sorgen, in denen die Massaker erfolgten. Diese Ereignisse haben die libanesische Szene so gewaltig verändert, daß Präsident Reagan sich gezwungen sah, die Marine-Infanteristen wieder nach Beirut zu verlegen. Mit anderen Worten, waren es die israelischen Aktionen, welche den Einsatz unserer Marinesoldaten erforderlich machten. Keines dieser kritischen Ereignisse war

bei den Tausenden Worten dieser Debatte auch nur mit einem Laut erwähnt worden.

Der altgediente Kongreßabgeordneter Lee Hamilton – er hatte den Vorteil der späten Einsicht – nahm sich zu diesen Vorfällen kein Blatt vor den Mund. Gleich nach dem Angriff der Terroristen, durch den in ihrem Beiruter Lager schlafende US-Mariner getötet wurden, hatte man Hamilton gefragt, ob der Kongreß von sich aus alsbald eine eigene Aktion starten würde, um unsere Marinsoldaten aus dem Libanon herauszuholen. Die Frage war von William Quandt, einem Nahost-Spezialisten, der im Weißen Haus unter Carter gearbeitet hatte, zum Abschluß einer privaten Diskussion im Kapitol gestellt worden, bei der eine Reihe führender Kongreßabgeordneter anwesend war. Hamilton, der den Kongreß sowohl als auch den Nahen Osten bestens kannte, erwiderte: „Erwarten Sie vom Kongreß keine Taten. Wir wissen nur, wie die Israel-Hilfe aufzustocken ist."

Im folgenden Jahr waren die Diskussionen, die zu Entscheidungen von Hamiltons Unterausschuß über die Israel-Hilfe führen sollten, weniger ein öffentliches Spektakel; Hamilton selbst war auch nicht direkt damit befaßt. Bis Februar 1984 wurde er mit den Unterstützungsanliegen weder auf amtlicher Ebene noch privat konsultiert, solange, bis das von dem Demokratischen Newcomer Larry Smith aus Florida geleitete Komitee entsprechende Details ausgearbeitet hatte. Weitere Mitglieder in diesem Gremium waren Mel Levine und Tom Lantos aus Kalifornien und Robert Torricelli aus New York. Sie waren alle Demokraten. Torricelli – er ist italienischer Abstammung – vertritt einen der stärksten jüdischen Bezirke des Landes. Seine Kollegen hänseln ihn immer als „einen nicht-jüdischen Juden".

Die vier Stimmen dieser Gruppe konnten sich immer in dem Zehner-Komitee durchsetzen, da die anderen sechs Mitglieder niemals gegen eine pro-israelische Führungsmannschaft stimmten, und der Demokrat Mervyn M. Dymally sowie der Republikaner Ed Zschau nicht einmal Fragen stellten. Andere jüdische Demokraten im Gesamtkomitee – Howard L. Berman aus Kalifornien, Ted Weiss und Gary L. Ackerman aus New York, Sam Gejdenson von Connecticut, Howard Wolpe von Michigan und Stephen J. Solarz aus New York – akzeptierten die Entscheidungen des „Jüdischen Gremiums". Dadurch wurde Smith fast de facto Führer der 29 Juden im Haus – eine bemerkenswerte Rolle für einen Newcomer. Auf die Frage, wie ein Neuling zu derartigem Einfluß gelangen konnte, antwortete ein Regierungsvete-

ran: „Er ist immer präsent. Er versäumt nie ein Meeting. Er verpaßt niemals ein Projekt."

Als er auf dem Sektor *Wirtschaftshilfe* mit dem Gremium konfrontiert worden war, zeigte sich Hamilton damit einverstanden, ihre Empfehlungen zu unterstützen, jedoch mit einer Änderung. Er bestand darauf, daß die von der Regierung veranschlagte $ 850 Millionen-Subvention an Israel nur um $ 250 Millionen erhöht werde, und nicht um $ 350 Millionen, wie vom Gremium gefordert. Als alle Punkte vorzeitig erledigt waren, genehmigte der Unterausschuß ohne jede Diskussion dann noch die unvorstellbaren Durchführungsbestimmungen für Israel. Erst dann beschäftigte man sich mit den Hilfsmaßnahmen für andere Nahostländer. Die Diskussionsrunde genehmigte einen Antrag des Kongreßabgeordneten Zschau unter Hinweis darauf, daß die Gelder ausgezahlt werden „in Erwartung, daß die Empfängerstaaten eine Politik zur Herbeiführung des Friedensprozesses verfolgen – und auch alle Friedensinitiativen des Präsidenten und anderer beachten." Bis dieser Antrag schließlich dem Gesamtkomitee vorgelegt wurde, hatte die AIPAC – ohne Zschau vorher konsultiert zu haben – ihre Macht über derartige Dinge demonstriert, indem sie den Wortlaut eher den Camp David-Vereinbarungen anpasste, und nicht den Empfehlungen Reagans. Formuliert von dem AIPAC-Lobbyisten Douglas Bloomfield, wurde die Ersatzdiktion nach einer namentlichen Abstimmung akzeptiert.

In der einen oder anderen Form war der Antrag harmlos, was jedoch nicht von zwei anderen Anträgen gesagt werden konnte, die von der Lobby aufgesetzt und vom Unterausschuß mit überwältigender Mehrheit genehmigt wurden. Der erste Antrag, der ohne Gegenstimme genehmigt worden war, beinhaltete das Verbot jeglicher Kommunikation zwischen der PLO und der US-Regierung – auch nicht über Dritte –, bis die PLO Israel anerkennt. Es war beabsichtigt, dieser Art informeller Kontakte, wie sie mit der palästinensischen Führung von der Carter- und auch seitens der Reagan-Regierung gepflegt wurden, einen Riegel vorzuschieben. Der andere Antrag, der mit 7 zu 2 Stimmen angenommen wurde, sah das Verbot des Verkaufs irgendeines modernen Flugzeuges oder militärischer Ausrüstung an Jordanien vor, bis das Land sich „öffentlich dazu bereiterklärt", Israel anzuerkennen. Als König Hussein von Jordanien später den Einfluß der Israel-Lobby in Washington Anfang 1984 kritisierte, berief er sich auf diese beiden Anträge.

Mittlerweile hatte der Demokratische Kongreßabgeordnete Howard Berman aus Kalifornien Anhörungen über einen Gesetzesantrag in die Wege geleitet, der die US-Hilfe an Israel um eine beispiellose neue Dimension bereichern sollte. Eingebracht im Juni 1984, empfahl dieser Antrag eine Subvention von $ 20 Millionen zur Finanzierung von Israels eigenen Auslandshilfsprogrammen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Hierbei wurden öffentlich Aktivitäten unterstützt, ähnlich jenen, wie 20 Jahre lang insgeheim vom CIA finanziert wurden (siehe hierzu auch 5. Kapitel).

Der Demokrat Larry Smith klatschte zu Bermans Antrag: „Ich denke, es wird das Image der USA in der Dritten Welt verbessern." Der Republikaner Larry Winn aus Kansas verschaffte ihm die Zustimmung beider Parteien, bemerkte aber, die ersten $ 20 Millionen bedeuteten nur „einen Tropfen auf dem heißen Stein; wir werden in Zukunft noch nach viel mehr Geld suchen müssen". Obwohl dieser Änderungsantrag während der ganzen Sitzungsperiode 1984 beim Komitee auf seine Erledigung wartete, rechneten seine Befürworter damit, daß diese Art von Israel-Hilfe schließlich auch eines Tages genehmigt werden würde.

Offensichtlich wird sich der von Winn erwähnte Weg nach oben schlängeln. Unsere Unterstützung für Israel ist – trotz unserer eigenen Budgetprobleme, trotz des Einsatzes von US-Waffen und trotz israelischer Ansiedlungen im besetzten Gebiet und trotz des herausfordernden Verhaltens Israels den Vereinigten Staaten gegenüber – ständig im Steigen begriffen, wobei die Spitze des Berges noch nicht gesichtet werden kann.

3. Kapitel

Die Ratschläge der beratenden Versammlung

Vom Korridor im ersten Stock des Kapitolgebäudes, der den Mittelteil mit dem Senatsflügel verbindet, kommt man direkt in die wiederhergestellte Senatskammer. Hier können sich die Besucher umschauen und im Geiste dem Widerhall berühmter Debatten aus vergangenen Zeiten lauschen. Das Wirken weitsichtiger amerikanischer Politiker begründete den Ruf dieses Senats als „die bedeutendste beratende Versammlung der Welt", der kein Thema für eine offene Debatte zu heikel war.

In vieler Hinsicht war dieser Ruf verdient und auch geachtet. Tatsache ist, daß alle fünf früheren Senatoren – John C. Calhoun, Daniel Webster, Henry Clay, Robert LaFollette und Robert Taft – deren Bilder im prunkvollen Empfangsraum neben der großen, jetzt vom Senat benutzten Kammer hängen, sich durch ihre Unabhängigkeit und ihren Mut auszeichneten – und nicht durch ihre Fügsamkeit .

Heute sind, zumindest im Zusammenhang mit Nahostfragen, Unabhängigkeit und persönlicher Mut so gut wie unbekannt. Somit wird der Senat seiner eigentlichen beratenden Funktion nicht mehr gerecht. Dieses Phänomen war Thema einer Diskussion bei einem Frühstückstreffen 1982 zwischen Kronprinz Hassan von Jordanien und Senator Claiborne Pell von Rhode Island, führender Demokrat im Senatskomitee für Auslandsbeziehungen. Pell sprach in voller Offenheit, wie er auf der einen Seite konsequent die Interessen Israels unterstützte, und auf der anderen Seite die arabischen Anliegen vernachlässigte. Er sagte dem jordanischen Führer: „Ich kann Ihnen gegenüber ehrlich aber nicht fair sein." Diese Aussage ist typisch auch für seine anderen Kollegen.

Seit der Gründung des modernen Staates Israel im Jahre 1948 hat nur eine Handvoll Senatoren etwas gegen die Politik der israelischen Regierung gesagt oder getan. Diejenigen, die aus der Reihe tanzen, geraten in Schwierigkeiten. Der Ärger kann durch eine Rede, einen Antrag, eine Stimmabgabe, eine veröffentlichte Erklärung oder einer Kombination von alldem hervorgerufen

werden. Er verfolgt einen bei der nächsten Vor- oder Hauptwahl. Er kann sich auch erst später einstellen – nach Beendigung der offiziellen Tätigkeit im Senat. So ist es einem Senator aus Illinois ergangen.

„Adlai, Sie haben Recht. Aber –"

Die Titelseite der Monatszeitschrift *Jewish Chicago* vom Oktober 1982 schmückte ein Portrait von Adlai E. Stevenson III, dem Demokratischen Kandidaten für das Amt des Gouverneurs von Illinois. Über der rechten Schulter des lächelnden Stevenson starrte aus dem Hintergrund ein bewaffneter Araber mit drohenden Blicken durch einen Spalt seines Kopftuches, das auch den größten Teil seines Gesichtes bedeckte. Die Überschrift für den Leitartikel dieser Ausgabe lautete: „Adlai – mit jüdischen Augen gesehen."

Die Illustration und der dazugehörige Artikel waren Teil einer Kampagne gegen Stevenson, die von einigen Aktivisten aus der Chicagoer Jüdischen Gemeinde angezettelt war, der eine Viertelmillionen Mitglieder angehören. Ihr Ziel war es, daß Stevenson gegen seinen Herausforderer, den Gouverneur James R. Thompson Jr., unterliegen solle. Thompson – ein Republikaner – strebte etwas an, was in der Geschichte von Illinois zwar manchmal versucht, aber niemals erreicht wurde: eine dritte Amtsperiode als Gouverneur. Normalerweise kann ein Republikaner in Illinois an den Wahlurnen nur mit geringer jüdischen Unterstützung rechnen.

Ein entscheidendes Kampfmittel in der Kampagne gegen Stevenson war eine Karikatur aus seiner Nahostvergangenheit, als er noch Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten war. Diese Witzzeichnung stellte Stevenson als Verbündeten der PLO – und somit als Feind der Israelis dar.

Stevenson hatte nach einer zehnjährigen Dienstzeit im Senat, wo er sich sehr schnell als Unabhängiger etablieren konnte, sein politisches Comeback versucht. Bereits während der Ölknappheit Mitte der 70er Jahre hatte er gemeinsame Interessen wachgerüttelt, indem er die Gründung einer Regierungsgesellschaft zur Vermarktung des gesamten Rohöles anregte. Er warnte vor der „Saat der Zerstörung", die das nukleare Wettrüsten auslöste, und forderte internationale Sicherheitsmaßnahmen, um andere Nationen an der Herstellung und dem Einsatz von Nuklearwaf-

fen zu hindern. Besorgt über die immer schwächer werdende internationale Marktposition der USA, rief er die Regierung zu dirigistischen nationalen Wirtschaftsstrategien auf, um der Herausforderung des ausländischen Wettbewerbs begegnen zu können.

Stevenson ist alles andere als der Typ eines großspurigen und eitlen Politikers. Das *Time Magazine* beschreibt ihn als einen „nachdenklichen Mann, der in der politischen Arena fehl am Platze zu sein scheint." Bei seiner ernsthaften Tätigkeit im Komitee, das die meisten Gesetze ausarbeitet, war es ihm unangenehm, sich zur Stimmabgabe anzustellen. „Ich bin kein Schulterklopfer oder Kuhhändler", sagte er. „Ich empfinde es nicht als sinnvoll, herumzurennen und die Senatoren am Ärmel festzuhalten."

Der Kolumnist Mike Royko von der *Chicago Daily News* schrieb über Stevensons Mangel an Charisma in liebevollem lustigen Ton: „Das gefährlichste Element in der Politik ist die Ausstrahlung. Die Menschen bekommen glasige Augen und springen und kreischen und klatschen ohne jegliche Gedanken in ihren Köpfen. Das tut Adlai Stevenson niemals. Er macht die Menschen dösig. Sein Haar wird dünner. In seinen Reden hat er das ganze Feuer eines Algebralehrers. Seine Kleidung sieht aus, als ob er sie in dem Büro eines amtlichen Leichenbeschauers gekauft hätte. Wenn er sich wohl fühlt, sieht er aus, als hätte er einen Virus. Wir brauchen mehr solcher Politiker, die unser Blut nicht zum Brodeln bringen."

Royko hätte auch noch hinzufügen können, daß Stevenson nichts von der Selbstgerechtigkeit besitzt, der man so häufig im Kapitol begegnen kann. Als „Blaublut" – so adelig wie ein Amerikaner es nur sein kann – zeigte Stevenson wenig Interesse an Cocktailparties oder Showgeschäften der Politik. Bei einer Kongreßtour in China 1975 schien es ihm nichts auszumachen, daß den anderen drei Senatoren Limousinen mit Luxusausstattung zur Verfügung gestellt wurden, und er und seine Frau eine weniger pompöse Kutsche zugeteilt bekamen.

Während seiner zweiten Amtperiode im Senat wurde er durch die Carter-Regierung aller Illusionen beraubt. In seinen Augen war diese Regierung „erschreckend schwach" und mehr damit beschäftigt, ihre Macht zu erhalten, als sie wirkungsvoll einzusetzen. 1979 wollte er nicht zur Wiederwahl für den Senat antreten, sondern äußerte ein neues Interesse: nämlich die Präsidentschaft. Er wollte sich im nächsten Jahr für das Weiße Haus

bewerben. „Ich werde über Ideen sprechen – und ich werde sehen, ob sich eine Idee überhaupt noch durchsetzen läßt oder gar etwas bewegt", sagte er. Es hat sich aber nichts bewegt. Und so entschloß sich Stevenson, auf eine Kandidatur zu verzichten. Mit Senator Edward Kennedy im Rennen, glaubte er, daß ihm die Medien nur wenig Beachtung schenken würden. Als Kennedy dann immer mehr zulegte, hätte Stevenson ohnehin organisatorisch nicht mehr mithalten können. Ein Jahr später bewarb er sich 1981 für das Gouverneursamt von Illinois. Diesmal zog er den Wahlkampf durch.

Das Erscheinungsbild seiner Wahlkampforganisation, die Motive seiner Wahlwerbung und die Unterstützung, die er in der Vergangenheit von den jüdischen Nachbarschaften erhielt, hatten nur ganz schwach den Ärger angedeutet, der aus dem proisraelischen Lager auf ihn wartete. Einige der wichtigsten Mitglieder seines Wahlkampfteams waren Juden: Philip Klutznik, emeritierter Präsident von B'nai B'rith und Organisator der Präsidentenkonferenz der *Major Jewish Organizations*. Er wollte für Stevenson ein großes Wahlkampfessen veranstalten. Zudem unterstützten ihn noch Milton Fisher, prominenter Anwalt und Vorsitzender seines Finanzkomittees; Rick Jasculca, ein PR-Manager, der Stevensons hauptamtlicher Pressesprecher wurde.

Zudem wählte Stevenson in der Position eines Vizegouverneurs noch Grace Mary Stern als seine Führungsassistentin. Ihr Ehemann war bei der Durchsetzung jüdischer Anliegen in Chicago sehr aktiv. Stevenson selbst hatte in den vergangenen Jahren einige Ehrungen von jüdischen Gruppen erhalten. Er wurde 1974 auf Empfehlung des Amerikanisch-Jüdischen Komitees von der Jüdischen Gemeinde Chicago als „Mann des Jahres" gewählt für seine Gesetzesausarbeitung gegen den arabischen Boykott Israels im Jahre 1977. Er wurde geehrt von der Regierung Israels, die den Lehrstuhl Adlai E. Stevenson III beim Weizmann Institut für Wissenschaften in Rehovot errichtete. Stevenson hatte also allen Grund zu erwarten, daß die organisierten Juden von Illinois über seine gelegentliche mildkritische Haltung gegenüber der israelischen Politik hinwegsehen würden.

Aber dennoch konnte der Ärger nicht verhindert werden. Eine Abteilung der Jüdischen Gemeinde startete zunächst in aller Stille einen Angriff, der ihn teuer zu stehen kommen sollte. Stevensons Gegner waren entschlossen, ihn bei der Gouverneurswahl zu schlagen und somit einer zukünftigen Bewerbung Ste-

vensons um das Präsidentenamt jeglichen Wind aus den Segeln zu nehmen. Ihr wesentliches Werkzeug war hierbei ein von der AIPAC in Washington besorgtes Dokument, das als Zusammenfassung der Senatsaktionen Stevensons zu Nahostfragen präsentiert wurde. Darin waren seine fast makellosen Leistungen hinsichtlich der Unterstützung Israels und jene Tribute, die ihm die Jüdische Gemeinde als Beweis seiner Unterstützung gezollt hatte, nicht erwähnt worden. Auch diesem AIPAC-Dokument mangelte es an Ausgeglichenheit und Objektivität.

So beleuchtete die AIPAC aus einem 21seitigen Bericht nur jenen einzigen Satz, den Stevenson nach seiner Reise in den Nahen Osten ausgearbeitet hatte: „Zur Vertretung der Palästinenser gibt es – außer der PLO – keine andere Organisation mit einem weithin anerkannten Anspruch." Das war eine simple Tatsachenbehauptung. Aber der Schreiber des Artikels im *Jewish Chicago*, der diese sogenannte AIPAC-Zusammenfassung zitierte, behauptete, daß diese Worte dazu beigetragen hätten, Stevensons „Ruf als einen der schärfsten Kritiker der Israelpolitik sowie gleichzeitig auch der US-Unterstützung für den jüdischen Staat" zu festigen. Stevensons Beurteilung des PLO-Status innerhalb der palästinensischen Gemeinschaft wurde als Angriff auf Israel interpretiert.

Tatsächlich war aber der komplette Absatz in Stevensons Bericht, aus dem die AIPAC ihren kurzen Auszug herausgenommen hatte, wohl überlegt und auch angemessen formuliert: „Die Palästinenser sind, wie allgemein anerkannt, der Kernpunkt des Problems. Trotz schwerster Spaltung sind sie ständig gewachsen an Zahl, wirtschaftlicher und militärischer Stärke sowie Ernsthaftigkeit der Verfolgung ihrer Ziele. Sie können aus keiner Nahostregelung ausgeschlossen werden. Ihr Mangel an Einheit spiegelt sich wider in den höchsten Rängen der PLO. Aber es gibt keine andere Organisation außer der PLO mit einem weithin anerkannten Ziel, die Palästinenser zu vertreten.'

Der Stevenson-Bericht war in bezug auf eine gewisse israelische Politik zwar kritisch gehalten, aber nicht feindlich gegenüber Israel. „Der PLO", so schrieb er, „mag man mißtrauen, man mag sie verstoßen und verachten, aber sie ist eine Wirklichkeit. Somit gibt es außer ihr für die Palästinenser keine andere organisierte Interessensvertetung"

Im gleichen Artikel wandte sich Stevenson dann an die politischen Verantwortlichen von Amerika: „Eine neue Ordnung der Staatskunst ist für die Exekutive und auch die Legislative erfor-

derlich. Zu lange hat der Kongreß herumgewurstelt und ohne wirkliches Verständnis für den Nahen Osten seine Politik fortgesetzt. Weder den Vereinigten Staaten noch Israel oder irgendeinem anderen arabischen Staat wird es dienlich sein, wenn wir mit Einfältigkeit und der zweckdienlichen Politik mit Blick auf das Wahljahr so weitermachen."

Keines der Worte aus diesem positiven Kommentar war im AIPAC-Bericht oder im Artikel des *Jewish Chicago* oder irgendeiner anderen gegen Stevenson gerichteten Publikation mehr erwähnt worden, mit denen man während der Wahlkampagne 1982 die Jüdische Gemeinde versorgt hatte. Vielmehr stellten Stevensons Gegner mit Entsetzen fest, daß er 1980 einen Antrag unterstützt hatte, die Hilfsleistung an Israel zu reduzieren. Im Jahr zuvor hatte er einen ähnlichen Antrag des Senators Mark O. Hatfield, Republikaner aus Oregon, befürwortet. Der Hatfield-Antrag forderte eine 10prozentige Kürzung der Militärkredite aus dem Israelfond.

Stevensons Antrag hatte sich mit Israels Ansiedlungen in besetzten Territorien beschäftigt, die Präsident Carter und frühere Regierungen nicht nur als illegal, sondern auch als Hemmschuh für den Frieden bezeichneten. Außer gelegentlichen Bedauernsbekundungen haben sie aber nichts dagegen unternommen. Stevenson schlug vor, $ 150 Millionen zurückzuhalten, bis Israel den Bau und die Planung weiterer Siedlungen stoppen würde. Der Antrag sah keine Kürzung des Fonds vor; es sollte lediglich ein Bruchteil von insgesamt $ 2,18 Milliarden der diesjährigen Israel-Hilfe zurückgehalten werden. Als er für diesen Antrag sprach, wies Stevenson in seinem Antrag darauf hin, daß sich die Auslagen für Israel auf 43 Prozent aller US-Mittel belaufen würden, die für derartige Zwecke weltweit bestimmt waren:

„Durch diese Bevorzugung Israels werden Gelder für die Rettung von Menschenleben und die Erhaltung lebenswichtiger amerikanischer Interessen in anderen Teilen einer unstabilen Welt abgezweigt. Wenn damit die Stabilität im Nahen Osten herbeigeführt oder Israels Sicherheit erhöhen werden könnte, wäre sie gerechtfertigt. Sie spiegelt jedoch die anhaltende Zustimmung der Vereinigten Staaten zur Israelpolitik wider, die zu noch größerer Instabilität im Nahen Osten, zu noch größerer Ungewißheit für Israel und, zu wachsendem Verlust des Ansehens der Vereinigten Staaten in der Welt führen.wird. Unsere Hilfe für Israel steht hier nicht zur Debatte. Die von Israel gestartete Unterstützung der Ideale für Frieden und Gerechtigkeit

steht zur Debatte. Es liegt, so behaupte ich, an der israelischen Regierung, wieder zu erkennen, daß Israels Interessen mit den unseren harmonieren. Und in diesem Sinne wäre es wichtig, daß wir nicht die Stimmen für den Frieden in Israel unterminieren oder jene von Mr. Begin rechtfertigen, die darauf bestehen, daß die US-Subventionen als selbstverständlich vom Kongreß angesehen werden."

Der Antrag wurde, wie auch der von Hatfield, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Nach der Abstimmung über seinen Antrag bekam er – wie sich Stevenson erinnerte, entschuldigende Bemerkungen zu hören. „Einige Senatoren kamen zu mir und sagten: ‚Adlai, du hast ja Recht, aber du mußt vestehen, warum ich gegen dich stimmen mußte – Vielleicht das nächste Mal!'" Und Stevenson hatte es sehr wohl verstanden: die Einschüchterung durch die Lobby war Schuld an dem negativen Ausgang der Abstimmung. Er war auch an einer anderen Front mit Einschüchterungen konfrontiert worden: nämlich seitens der Nachrichtenmedien. Er wollte sich für eine Sendung zur Verfügung stellen, „weil ich dachte, der Öffentlichkeit stünde das Recht auf eine Debatte über das kritische Problem zu." Aber die Medien schenkten ihm keine Beachtung.

„Das ist ein anderer Punkt dieses Problems. Die Einschüchterungen kommen nicht nur von amerikanischen Politikern, sondern auch von manchen Journalisten. Und wenn es nicht die Journalisten sind, so stecken ihre Redakteure dahinter oder gar die Verleger selbst."

Die Initiatoren der Stevenson-Attacken hielten es auch für zweckdienlich, ihn – trotz seiner entgegengesetzten, weithin gepriesenen gesetzgeberischen Verdienste – als Befürworter der von den Arabern betriebenen Wirtschaftserpressung zu porträtieren. Eigentlich war Stevenson der Hauptverfasser des Gesetzes von 1977 über das Verbot der Mitwirkung amerikanischer Firmen an dem arabischen Boykott zum Schaden Israels. Aber in der schmierigen Kampagne, die während seiner Bewerbung um den Gouverneursposten gegen ihn geführt wurde, hatte man die Geschichte seiner gesetzgeberischen Verdienste umgeschrieben. Man hatte ihn allen Ernstes beschuldigt, die Anti-Boykott-Bemühungen unterminieren zu wollen.

In Wirklichkeit war es Stevenson, der durch seine einsamen und enttäuschten Bemühungen das Gesetz vor einem Desaster rettete. Für diese Leistung hatte er schließlich den Orden und

die Anerkennung des Amerikanisch-Jüdischen Komitees empfangen. Der Vorsitzende des *National Jewish Community Council,* Theodore R. Mann, brachte in einem Brief an Stevenson noch die „tiefe Dankbarkeit der Organisation für Ihren unschätzbaren Beitrag zur Annahme dieses *Meilensteingesetzes*" zum Ausdruck. Er fügte hinzu, daß durch dieses Gesetz „nicht nur die Amerikanisch-Jüdische Gemeinde erneut der amerikanischen Fairness und Nichtdiskriminierung im internationalen Handel versichert wurde, sondern – noch fundamentaler – als weitere Beteuerung unserer grundlegenden nationalen Einstellung zu Prinzip und Moral gewertet werden möge."

Im *Jewish Chicago,* war Stevensons Erfolg bei den Anti-Boykottmaßnahmen bzw. das uneingeschränkte Lob, das er von den jüdischen Führern erhielt, nicht erwähnt worden. Vielmehr wurde berichtet, daß er wegen des Boykottgesetzes in „große Konflikte" mit der „amerikanisch-jüdischen Führung" geraten sei.

Das Flugblatt eines Unbekannten mit dem Titel *Informierte Bürger gegen das Stevenson Komitee* brachte dieselbe Anschuldigung mit der Überschrift: „Die Wahrheit über Adlai Stevenson!" Darin konnte man Halbwahrheiten lesen, die Stevensons Haltung während seiner Senatsjahre als anti-israelisch brandmarkten und mit der abschließenden Empfehlung endeten: „Es ist ungeheuer wichtig, daß jüdische Wähler über Stevensons Vergangenheit vollständig informiert werden. Noch geblendet von dem Namen Stevenson, ist vielen Juden seine Feindschaft gegenüber den jüdischen Interessen überhaupt nicht gegenwärtig." Das „Komitee" gab keine Namen oder Adressen der Sponsoren bekannt. Aber Shirley Friedmann, freiberufliche Schriftstellerin in Chicago, hatte später das Flugblatt als ihr eigenes identifiziert. Die Botschaft auf dem Flugblatt schloß mit den Worten:

„Vergesst nicht: Es ist sehr wohl bekannt, daß Stevenson den Gouverneursstuhl nur als Steigbügel zum Präsidentenstuhl betrachtet. Verbreitet das Wort – Lasst die Wahrheit sprechen!"

Und dieses Wort wurde in der Tat im Sommer und Herbst 1982 in der Jüdischen Gemeinde von Chicago verbreitet. Der Redakteur des politischen Teils der Chicagoer *Sun-Times* berichtete im Juni, daß einige Thompson-Aktivisten damit beschäftigt waren, „seit Monaten in aller Stille eine Gruppe jüdischer Wähler zu mobilisieren", die gegen Stevenson auftreten sollten.".

Als Folge ihrer Bemühungen wurde „Die Vereinigung zur

Wiederwahl von Jim Thompson" gegründet, in der auch solche jüdischen Demokraten vertreten waren, die Thompson vor kurzem noch nicht unterstützt hatten. Als der republikanische Senator Rudy Boschwitz aus Minnesota als starker Befürworter Israels im Oktober nach Chicago gekommen war, um unter der Schirmherrschaft dieser Vereinigung ein Frühstückstreffen zu veranstalten, erklärte er, daß Stevenson als Senator „ein äußerst beharrlicher Gegner der Israel-Hilfe war."

„Schmierig und boshaft"

Das Hauptproblem war die zwar nicht gedruckte aber durch Flüsterpropagande weit verbreitete Anschuldigung, Stevenson sei ein Antisemit – ausgerechnet er, der wie sein Vater ein Leben lang für die Gleichberechtigung aller Amerikaner eingetreten war. Rückschauend erinnerte sich Stevenson: „Erst nach dem Wahltag habe ich erfahren, daß schon während der ganzen Wahlkampagne solche Andeutungen verbreitet wurden."

Phil Klutznicks Tochter, Frau Bettylu Saltzman, die in Stevensons Wahlkampfstab arbeitete, erinnert sich: „Da war sehr viel Gerede über ihn im Umlauf, er sei antisemitisch eingestellt. Es wurde schlimmer und schlimmer. Die Schwierigkeit dieses Problems kann sich kein Mensch vorstellen."

Stevensons Assistentin, Grace Mary Stern, erinnert sich: „Es gab eine heftige (gegen Stevenson gerichtete) Telefonkampagne in der Jüdischen Gemeinde." Sie sagt, Flugblätter mit dem Vorwurf, Stevenson sei anti-israelisch eingestellt, wurden überall an den jeweiligen jüdischen Synagogen verteilt und sie fügte hinzu, daß sehr viel über die Anschuldigung des Antisemitismus diskutiert wurde: „Es war eine sehr heftige Kampagne, Mann gegen Mann, Freund gegen Freund, ein Kreis gegen den anderen. Wir haben das Problem nie richtig in den Griff bekommen."

Die Geldbeschaffung für den Wahlkampf gestaltete sich dementsprechend schwierig. In beiden Wahlkämpfen um den Senat war Stevenson seinerzeit von der Jüdischen Gemeinde äußerst stark unterstützt worden. Aber nach seinen Bemerkungen in den letzten Jahren seiner Senatslaufbahn war die jüdische Unterstützung etwas versiegt. „Viele meiner großzügigsten jüdischen Sponsoren hielten zu mir, aber nicht die Organisationstypen, die Professionellen", erinnert sich Stevenson. Er war der Ansicht,

daß das Ausbleiben der Unterstützung durch organisierte Juden auch eine Kürzung der staatlichen Subventionen bewirkte, die er sonst bekommen hätte. Sein Rivale Thompson war somit in der Lage, Stevenson mit mehr als zwei zu eins auszubooten.

Anfang September hatte Stevenson die Nase voll von den unbegründeten Anschuldigungen unter dem Etikett des *Antisemitismus*. Er reagierte endlich mit dem Gegenangriff, daß von den Thompson-Anhängern eine „Untergrundkampagne mit den Mitteln der Boshaftigkeit und Verleumdung" gegen ihn geführt werde. Sein Pressesprecher Rick Jasculca beklagte, daß man mit dem von der *Vereinigung zur Wiederwahl von Jim Thompson* verteilten Material „versucht, den Eindruck zu vermitteln, Adlai sei ohne Frage anti-israelisch eingestellt." Thompsons politischer Leiter Philip O'Connor leugnete jede Verleumdungskampagne und stellte das Friedmann-Flugblatt in Abrede.

Thompson selbst sagte über Stevenson: „Ich glaube nicht, daß er ein Antisemit ist, (aber er ist) kein spezieller Freund von Israel." Die Chicagoer *Sun-Times* veröffentlichte eine redaktionelle Zurückweisung dieser Bemerkung: „Das ist so, als ob man sagen würde: ‚nein, ich denke nicht, daß Stevenson seine Frau schlägt, aber letzte Woche hatte sie ein blaues Auge.'" Weiter hieß es in dem tadelnden Hinweis: „Als noch wichtiger muß erscheinen, daß diese Feststellung nicht stimmt. Als Senator mochte Stevenson gelegentlich von der durch die israelische Regierung eingenommenen Haltung abgewichen sein – aber nur aus gut überlegten Gründen und dem ernsthaften Wunsch, einen dauerhaften Frieden für diese Gegend zu sichern. Thompsons verachtungsvolle Formulierung war ein verwerflicher Aufruf an den Wähler, der den Wert eines Kandidaten mit einem dehnbaren Gummimaßband mißt."

Die einzigen Juden, die den Angriff zu kontern versuchten, waren diejenigen, die Stevenson nahestanden. Philip Klutznick, ein prominenter Verfechter von jüdischen Anliegen und Vorsitzender von Stevensons *Dinner Committee*, sagte: „ Es ist unter der Würde der Jüdischen Gemeinde, diese Probleme in den Gouverneurswahlkampf hineinzubringen." Stevensons Finanzverwalter für den Wahlkampf, Milton Fisher, sagte: „Adlais Ansichten decken sich wahrscheinlich zu 40 Prozent mit jenen der Knesseth (israelisches Parlament)."

Stevenson wurde schließlich in der knappsten Gouverneurswahlentscheidung in der Geschichte der Vereinigten Staaten ge-

schlagen. Die Spanne war 5.074 Stimmen. Das war ein Siebentel von einem Prozent der Gesamtstimmen von 3,5 Millionen.

Die Wahl war überschattet von einer Reihe mysteriöser Ungereimtheiten, die das *Time-Magazin* zur Diskussion stellte. Sie waren „so unwahrscheinlich, so zufällig, so fragwürdig, daß das Ganze nur im Wunderland oder in einer eitlen City hätte passieren können." In der Wahlnacht waren auf unerklärliche Weise plötzlich Wahlurnen aus fünfzehn Chicagoer Vierteln verschwunden, und andere tauchten in den Wohnungen oder Autos der Wahlhelfer auf. Stevenson bat um Neuzählung – vergangene Neuzählungen hatten Verschiebungen von 5.000 bis 7.000 Stimmen gezeigt – aber das Oberste Gericht von Illionois lehnte seine Beschwerde mit 4 zu 3 Stimmen ab. Richter Seymor Simon, ein Demokrat, schloß sich den drei Republikanern am Gerichtshof an und stimmte gegen Stevensons Antrag.

Eine Nachwahlbetrachtung in der Zeitung eines Chicagoer Vorortes bestätigte die Auswirkung der konzertierten schmierigen Verleumdungskampagne auf den Wahlausgang: „Eine gewaltige in letzter Minute herbeigeführte Anstrengung der Juden im Chicagoer Distrikt, Adlai Stevensons Vorhaben zur Entmachtung des Gouverneurs James Thompson aus Illinois zu durchkreuzen, wäre bei der Wahl am vergangenen Dienstag beinahe von Erfolg gekrönt worden. Am Wochenende vor der Wahl sprachen sich aber schon viele Rabbis aus Chicago und den Randbezirken gegen Stevenson aus, denn sie hatten Tausende von Broschüren und Flugblätter erhalten, die alle den ehemaligen Senator attackierten."

Nach der Schilderung dieser Angriffe faßte das Blatt die Ereignisse zusammen: „Die konzentrierte, schmierige Kampagne gegen Stevenson, insbesondere deshalb, weil sie großenteils unbeantwortet verlief, kostete ihn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Tausende von den Stimmen der 248.000 Juden im Chicagoer Stadtgebiet. Das sind 266.000 im ganzen Land, die normalerweise immer in seine politische Richtung tendierten."

Wahlkampfmanager Joseph Novak bestätigte: „Wenn sich dieser Vorfall nicht ereignet hätte, wäre Stevenson heute Gouverneur." In den vornehmlich von Juden bewohnten Chicagoer Vororten Highland Park und Lake County „wurden wir einfach totgemacht – einfach völlig vernichtet." Pressesprecher Rick Jasculca fügte hinzu: „Was mich ärgert, ist, daß kaum ein Rabbi oder eine jüdische Führungspersönlichkeit, außer Phil (Klutz-

nick), bereit war, offen auszusprechen, daß es Unsinn ist, Adlais Einstellung als anti-israelisch zu bezeichnen."

Thomas A. Dine, geschäftsführender Direktor des Komitees für Amerikanisch-Israelische Öffentlichkeitsarbeit (AIPAC), brüstete sich: „Die Erinnerung an die von Adlai Stevenson während seiner Amtszeit im Senat gezeigten Feindseligkeiten gegenüber Israel verursachten ihm den Stimmenverlust in Illinois – und das kostete ihn den Gouverneursposten."

Befragt nach dem Einfluß der Israel-Lobby auf die politische Szene der Vereinigten Staaten, antwortete er ohne Zögern: „Es gibt eine einschüchternde, aktive Minderheit der amerikanischen Juden, die die Entscheidungen der isaelischen Regierung unterstützen, egal ob richtig oder falsch. Sie tun dies sehr lautstark aggressiv und in einer Weise, die andere so einschüchtert, daß es gleichermaßen auch ihre Stimme wird – selbst wenn sie eine Minderheit bilden, die in der amerikanischen Politik aber gehört und gespürt wird. Diese Minderheit ist in den Vereinigten Staaten noch viel lauter als in Israel. Mit anderen Worten: Sie finden eine viel stärkere, mehr stimmlich artikulierte Ablehnung in Israel als innerhalb der Jüdischen Gemeinden in den Vereinigten Staaten. Der israelische Ministerpräsident hat einen erheblich größeren Einfluß auf die amerikanische Nahost-Außenpolitik als auf die Politik seiner eigenen Regierung generell."

Der ehemalige Senator berichtete auch über eine grundlegende Änderung innerhalb der Jüdischen Gemeinde während der letzten Jahre: „Das von jüdischen Politikern demonstrierte alte leidenschaftliche Engagement gegenüber den Grundrechten, dem Sozialwesen, also der Liberalität, ist großenteils verschwunden. Jetzt ist das Ziel in der Hauptsache Israel selbst. Könnten sie zwischen dem traditionellen liberalen Engagement und dem geglaubten israelischen Engagement wählen, würden sie sich für das Israel-Engagement entscheiden."

Rückschauend auf seine Karriere und den Preis, den er für die Ablehung der israelischen Politik bezahlen mußte, verkündete Stevenson dieses Credo: „Ich werde nicht zögern, weiterzumachen. Ich wünschte nur, ich hätte früher angefangen und wäre erfolgreicher gewesen. Ich kann beim besten Willen nicht den Wert eines öffentlichen Amtes erkennen, wenn man der Öffentlichkeit nicht dienen kann. Es ist besser, zu verlieren. Es ist besser, nicht zu dienen, als belastet oder kompromittiert zu werden."

Stevenson setzte die Tradition der freien Debatte nach dem Vorbild eines anderen Kollegen, des berühmten Senators J. William Fulbright aus Arkansas fort, der wortgewandt über viele Jahre die israelische Politik und die amerikanische Außenpolitik ebenso kritisiert hatte.

Der Dissident

„Wenn wir schon alle tot sein werden, wird man sich nur an einen einzigen erinnern, an Bill Fulbright." Dieser Tribut, den ihm sein Demokratischer Kollege Senator Frank Church von Idaho zollte, war durchaus gerechtfertigt. Es gibt kaum einen Mann aus seiner Zeit, der wie J. William Fulbright das Verhalten der Nation zur vernünftigen Ausübung seiner Macht in einer durch Nuklearwaffen gefährdeten Welt mitgestaltete. Bedenken und Widerspruch waren die Kennzeichen seiner Politik. Aber sein Dissens war von Würde getragen. Und das Ergebnis war – Fulbright hatte für gewöhnlich Recht.

Zum ersten Male bewirkte Fulbright landesweites Aufsehen, als er den sogenannten McCarthyismus mit der Bezeichnung „Schweinepest" verurteilte. Als 1954 noch viele Amerikaner den Kreuzzug des ständigen Untersuchungsausschusses von Senator McCarthy aus Wisconsin bejubelten, stimmte Fulbright als einziger für eine Maßnahme, mit der die peinlichen Anhörungen im Unterausschuß beendet werdenn sollten. Durch diese Forderung mußte sich Fulbright sodann als „Kommunist, Sympathisant, Atheist (und) ein verachtenswürdiger Mann" beschimpfen lassen.

Fulbright stellte sich gegen das Eingreifen der Vereinigten Staaten in Kuba 1961 und in der Dominikanischen Republik vier Jahre später. Er war seiner Zeit voraus, als er nach Entspannung mit der Sowjetunion und diplomatischer Kontaktaufnahme mit China rief. Als er ein anderes System für die Präsidentenwahl vorschlug, war Harry Truman beleidigt und nannte ihn einen „überzüchteten Oxford Hurensohn". Fünfunzwanzig Jahre später wurde er 1974 durch die *New York Times'* als der „freimütigste Kritiker der amerikanischen Außenpolitik seiner Generation" gewürdigt.

Sein tiefstes und dauerhaftetes Interesse widmete er der Verbesserung internationaler Verständigung durch Erziehung. Tausende junger Menschen haben dann durch ein Schulsystem, das

seinen Namen trägt, ihren Horizont erweitern können. Fulbright wurde aber auch durch seinen offenen Widerstand gegen den Vietnamkrieg bestens bekannt. Seine Kritik an diesem amerikanischen Abenteuer als „endloser, aussichtsloser Krieg ... lähmend und ungebührlich", hatte ihm Vorwürfe seines ehemaligen Kollegen und guten Freundes, Präsident Lyndon B. Johnson, eingebracht. Präsident Johnson glaubte nämlich, Amerika habe eine edle Mission gegen eine internationale Verschwörung der Kommunisten in Südostasien gestartet. Fulbright hingegen hielt überhaupt nichts von dieser Verschwörertheorie. Er füchtete vielmehr, der Krieg könnte sich noch zu einem Machtkampf mit China ausweiten. Eine solche Entwicklung geißelte er als „Arroganz der Macht".

1963 war Fulbright als Vorsitzender eines Ermittlungsausschusses berufen worden, der die sonderbare Verwendung von Steuermitteln aus den Beiträge zur Israel-Hilfe ans Tageslicht brachte und den Zorn der Jüdischen Gemeinde entfachte. Durchgeführt wurde die Ermittlung von Walter Pincus, einem Journalisten, den Fulbright nach der Lektüre der sogenannten *Pincus-Studie* über den Lobbyismus angeheuert hatte. Pincus erinnert sich, daß Fulbright ihm freie Hand gelassen hatte, die zehn wichtigsten zu untersuchenden Lobby-Aktivitäten auszusuchen, und daß er ihn während der ganzen umstrittenen Untersuchung unterstützt habe. Eine der von Pincus – er ist selbst Jude – ausgewählte Gruppe war die jüdische *Telegraph Agency*, damals ein Hauptinstrument der Israel-Lobby. Beide, Fulbright und Pincus, wurden daraufhin des Versuchs beschuldigt, die *Telegraph Agency* kaputtmachen zu wollen; denn sie seien antisemitisch eingestellt.

Pincus erinnert sich an diese Vorfälle: „Mehrere Senatoren drängten darauf, unsere Untersuchungen der jüdischen Aktivitäten fallen zu lassen. Unter anderem waren dies die Senatoren Hubert Humphrey und Bourke Hickenlooper (der höchste Republikaner im Komite für Auslandsbeziehungen). Fulbright lehnte ab."

Die sogenannten Fulbright-Anhörungen förderten auch die gewaltigen, illegalen Zahlungen der Israelis an den *American Zionist Council* ans Tageslicht. Mehr als fünf Millionen Dollar wurden insgeheim in diesen Zionistenrat gepumpt, wo sie an Public Relations-Firmen für deren Israel-Propaganda verwendet wurden, so lange, bis Fulbrights Komitee dieser Operation einen Riegel vorschob.

Trotz seiner Furcht vor der Israel-Lobby, wagte Fulbright seinen außergewöhnlichen Schritt, den Vereinigten Staaten zu empfehlen, sie sollten Israels Grenzen garantieren. In einer beachtlichen Ansprache schlug er 1970 einen Vertrag zwischen Amerika und Israel vor, in dem sich die Vereinigten Staaten zu militärischem Beistand verpflichten würden, falls es notwendig werden sollte, „das Territorium und die Unabhängigkeit Israels „ innerhalb der Grenzen vor Ausbruch des 1967-Krieges „zu gewährleisten". Der Vertrag, so empfahl er, sollte eine Ergänzung des durch die Vereinten Nationen arrangierten Friedensvertrag darstellen. Der Zweck seines Vorschlages war, die Argumente derjenigen ad absurdum zu führen, die an ihrem Standpunkt festhielten, Israel brauche das eroberte Land für seine Sicherheit.

Fulbright sah in dem Rückzug der Israelis aus den im 1967-Krieg eroberten arabischen Ländern den Schlüssel zum Frieden: Israel kann nicht arabisches Territorium besetzen und gleichzeitig Frieden verlangen. Er sagte, Israels Politik der Ansiedlung in diesen Territorien „war gekennzeichnet vom Mangel an Flexibilität und Weitblick". Im Hinblick auf frühere Drohungen arabischer Führer, den israelischen Staat zu zerstören, bemerkte Fulbright, daß Präsident Nasser und auch König Hussein von Jordanien derartige drakonische Drohungen in Abrede gestellt hätten, „aber die Israelis scheinen die Zurückweisung dieser Behauptung nicht zur Kenntnis genommen zu haben."

In den 70er Jahren nahm Fulbright wiederholt Anstoß an der Behauptung, wonach die Nahostkrise als ein Test der amerikanischen Zweifel über eine sowjetische Einmischung. dienen könne. 1971 beschuldigte er Israel des „Schwindels mit der Kommunistenhetze", und er argumentierte, daß eine fortgesetzte Spannung im Nahen Osten die sowjetischen Interessen eher begünstigen würde.

In der 1973 ausgestrahlten CBS Fernsehsendung *Face the Nation* erklärte Fulbright, der Senat „unterwerfe sich" der israelischen Politik, die den amerikanischen Interessen feindlich gegenüberstehe. Er sagte, die Vereinigten Staaten trügen „einen großen Teil der Verantwortung" für die anhaltende Gewalt im Nahen Osten. „Es ist ganz offensichtlich, (daß) ohne die umfassende Unterstützung der Vereinigten Staaten mit Geld, Waffen, usw. die Israelis nicht das tun könnten, was sie tun."

In Fulbrights Augen hatten die Vereinigten Staaten es verabsäumt, Israel zu einem verhandelbaren Frieden zu zwingen;

denn: „Die große Mehrheit des Senats der Vereinigten Staaten – so um 80 % herum – ist voll für die Unterstützung Israels, und alles, was Israel haben will. Dies wurde immer wieder demonstriert, und dieser Umstand hat es unserer Regierung so schwer gemacht."

Der Senator beklagte, „Israel kontrolliert den Senat" und warnte: „Wir sollten uns mehr um die Interessen der Vereinigten Staaten kümmern." Sechs Wochen nach seinem Auftritt in der Sendung *Face the Nation* brachte Fulbright erneut seine Besorgnis über die israelische Besetzung arabischer Territorien zum Ausdruck. Er beschuldigte die Vereinigten Staaten, sie hätten Israel „unbegrenzte Unterstützung für unbegrenzte Ausdehnung geleistet".

Seine Kritik an der israelischen Politik verursachte Aufruhr in den USA. Juden, die ihn in der Vergangenheit unterstützt hatten, wurden unruhig. Nach Jahren leichter Wahlsiege zeichnete sich 1974 für Fulbright beginnender Ärger ab. Entmutigt, zum Teil durch die wachsende jüdische Ernüchterung über Fulbright, überraschte – kurz vor dem Termin zur Einreichung von Kandidaturansuchen zur Vorwahl der Demokraten – der Gouverneur Dale Bumpers die politische Welt dadurch, daß er Fulbrights Herausforderer für dessen Senatssitz wurde. Fulbright hatte nicht erwartet, daß Bumpers ins Rennen gehen würde, aber er erkannte sofort, daß der populäre junge Gouverneur eine ernsthafte Herausforderung darstellte: „Er (im Gegensatz zu Fulbright) hatte einen starken Haarwuchs. Er machte eine gute Figur im Fernsehen, und er hatte nie etwas getan, was andere verletzen konnte."

Da gab es aber auch noch andere Faktoren. Walter Pincus, später Reporter bei der *Washington Post*, war der Auffassung, daß Fulbrights Entscheidung, kurz vor dem Haupttermin einen Golfurlaub in Bermuda anzutreten, zu Bumpers Einschätzung beitrugen, daß Fulbright keinen harten Kampf um seine Nominierung führen würde. Außerdem befand man sich im Watergate-Jahr – eine schlechte Zeit für Bedienstete in öffentlichen Ämtern. In seiner Wahlkampagne wies Bumpers mit Besorgnis auf „das Durcheinander in Washington" hin und forderte eine Bereinigung der Situation. Die *New York Times* berichtete, daß er „geschickt eine alte Ansicht nutzte, wonach Mr. Fulbright seine ganze Zeit damit verbringe, mit Henry Kissinger zu dinieren und über den Nahen Osten zu jammern."

Das Verhalten der jüdischen Wähler, sowohl innerhalb als

auch außerhalb von Arkansas, war ein gleichwichtiger Faktor. „Ich glaube nicht, daß Bumpers sich ohne diese Ermutigung im Wahlkampf gestellt hätte", sagte Fulbright. Nach der Wahl hat eine nationale Jüdische Organisation dann das Verdienst für den fantastischen Sieg des jungen Gouverneurs für sich beansprucht. Fulbright besitzt eine Kopie jenes Memorandums, das im Mai 1974 im Nationalen Vorstand der B'nai B'rith in Umlauf gebracht wurde. Als „vertraulich" gekennzeichnet, kündigt die Erklärung des Generalsekretärs Hermann Edelsberg an, daß „... alle Anzeichen darauf hinweisen, daß unsere Aktionen zur Unterstützung Gouverneur Bumpers die Beseitigung von Mr. Fulbright aus seiner Schlüsselposition im Senat herbeiführen werden." Später wies Edelsberg dieses Memorandum als „unecht" zurück.

Nach seiner Niederlage verdammte Fulbright weiterhin die israelische Sturheit und warnte vor der Israel-Lobby. In einer Rede kurz vor Ablauf seiner Amtszeit im Senat beschwor Fulbright seine Kollegen: „Bei dem endlosen Druck, von den Vereinigten Staaten Geld und Waffen – und ständig alles und mehr zu erhalten als gefordert – nutzt Israel in unanständiger Weise einen guten Freund aus." Seine Hauptsorge war, daß der Konflikt im Nahen Osten in einen Nuklearkrieg ausarten könnte. In düsterer Vorahnung warnte er, daß „Israels Gönner in den Vereinigten Staaten ... durch Billigung der Unnachgiebigkeit Israels einen Kurs unterstützen, der zu seiner Zerstörung führen muß – und vielleicht sogar auch zu unserer."

Als er in seinem Büro, drei Blocks nördlich des Weißen Hauses, über die Zukunft unseres Landes nachdachte, erblickte Fulbright wenig Hoffnung, daß man im Kapitol die Israel-Lobby wirkungsvoll bekämpfen werde: „Für Politiker ist es Selbstmord, gegen sie zu opponieren. Die einzige Lösung wäre jemand wie Eisenhower, der sich bereits sicher fühlt. Eisenhower hat sich schon einen Namen gemacht. Er war in den Augen des Landes bereits ein großer Mann und hatte niemanden zu fürchten. Er konnte sagen, was er glaubte."

Dann fügte er in einem etwas optimistischeren Ton hinzu: „Ich glaube, ein Präsident könnte es sich leisten. Er müßte nicht unbedingt Eisenhower heißen." Dann berichtete Fulbright von einer verpaßten Gelegenheit:

„Nach Jerry Fords Amtsantritt 1975 ging ich zu ihm. Ich war damals nicht im Dienst. Ich kam gerade aus dem Nahen Osten, wo ich mit einigen führenden Männern zusammengekommen

war. Ich kam zurück und erzählte dem Präsidenten: ‚Sehen Sie, ich glaube, diese (arabischen) Führer sind bereit, Israel zu akzeptieren, aber die Israelis müssen sich innerhalb der Grenzen von 1967 zurückziehen. Das Problem kann gelöst werden, wenn Sie bereit sind, dazu Stellung zu nehmen."

Fulbright prophezeite, das amerikanische Volk würde Ford unterstützen, wenn er Israel zum Einlenken auffordern würde. Er erinnerte ihn daran, daß Eisenhower mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt wurde, und zwar unmittelbar nachdem er die Israelis gezwungen hatte, sich nach ihrem Einmarsch in Ägypten wieder zurückzuziehen:

„Sein entschiedenes Auftreten gegen Israel hatte Eisenhower nicht geschadet. Er behielt New York mit seiner großen jüdischen Bevölkerung weiterhin in seiner Hand. Ich sagte Ford, daß ich mir für ihn keine Niederlage vorstellen könne, wenn er es richtig anstellen würde. Er sollte den Israelis sagen, daß sie in ihre Grenzen von 1967 zurückgehen sollten. Wenn sie das nicht täten, gäbe es keine Waffen oder kein Geld mehr. Das ist genau die Art, mit der Eisenhower vorgegangen ist. Und Israel müßte sich fügen und – politisch gesehen, so drängte ich ihn, müßte er in der kommenden Wahlkampagne sagen, er stünde zu Israel. Aber an erster Stelle stünde für ihn Amerika."

Ford, so erinnert sich Fulbright, hörte höflich zu, war aber zurückhaltend: „Natürlich hat er meinen Rat nicht angenommen." Die angesichts dieser Enttäuschung hervorgerufene Entschlossenheit war in einer seiner letzten Reden als US-Senator noch immer zu hören: „Die Geschichte zweifelt in keinster Weise an der Fähigkeit menschlicher Wesen, mit ihren Problemen vernünftig umzugehen. Aber sie hegt den größten Zweifel an ihrem Willen, es auch tatsächlich zu tun. Die Zeichen der Vergangenheit sind stark überschattet und vieldeutig, sie deuten auf Hoffnung, aber nicht auf Vertrauen in den Sieg der Vernunft. Wenn man in keinem der Fälle etwas zu verlieren hat, scheint es einen Versuch wohl wert zu sein."

Vor „Absolutismus" wird gewarnt

James G. Abourezk aus South Dakota kam, nachdem er zwei Jahre im Repräsentantenhaus gewesen war, 1973 in den Senat. Als Sohn libanesischer Emigranten war er der erste Politiker arabischer Herkunft, der in den Senat gewählt wurde. Er sprach

für die Interessen Arabiens, und geriet daher schnell ins Kreuzfeuer der Kritik.

Bald nach seinem Amtsantritt nahm Abourezk eine Einladung an, vor der Yeshiva-Universität in New York zu sprechen. Dort machten ihn jedoch ängstliche Schulfunktionäre auf die zunehmenden Studentenproteste aufmerksam, die sich gegen sein Erscheinen richten würden. Ein paar Tage später wurde Abourezk durch den Vorsitzenden des Begrüßungskomitees gebeten, Israel und seine arabischen Nachbarn in einer öffentlichen Erklärung zu direkten Verhandlungen aufzufordern. Dabei versicherte er Abourezk, daß dieser Vorschlag, der sich mit jenem der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir deckte, die Einwände der Studenten mindern und die Proteste zu einem Ende bringen würde. Obwohl Abourezk derartige Verhandlungen befürwortete, lehnte er es jedoch ab, das von ihm geforderte Statement abzugeben. Er erklärte: „Ich möchte hier keine beschwichtigende Rolle für Agitatoren übernehmen."

Der Rabbi Israel Miller, Vizepräsident der Schule, war eigens nach Washington gekommen, um Abourezk dazu zu drängen, sich das Ganze noch einmal zu überlegen. Als Abourezk abermals abgelehnt hatte, rief ihn der Vorsitzende des Begrüßungskomitees erneut an. Dieses Mal berichtete er, daß die Studenten nunmehr damit begonnen hätten, Streikposten aufzustellen. Abourezk spürte, daß die Schulfunktionäre die Einladung zur Rede stornieren wollten und bot ihnen an, sich von der Verpflichtung zurückzuziehen. Sein Angebot wurde hastig angenommen.

Bald danach wurde Abourezk als Hauptredner bei einer Versammlung angekündigt, die in Rochester, New York, für eine Spendenaktion zu Gunsten der Opfer des libanesischen Bürgerkrieges abgehalten werden sollte. Das Organisationskomitee der Versammlung wurde schlagartig mit telefonischen Bombendrohungen überhäuft. In allen 23 Anrufen wurde gewarnt, daß das Gebäude in die Luft gehen würde, sollte Abourezk als Redner am Pult erscheinen. Das FBI hatte zusammen mit der örtlichen Polizei vorher das Gebäude ergebnislos nach Bomben untersucht und die Veranstaltung sodann eröffnet. Die Menge, die von den Drohungen nichts wußte, konnte die Kundgebung sodann ohne Zwischenfälle erleben.

Nach einer Reise durch die arabischen Staaten im Dezember 1973 äußerte Abourezk in seiner Rede vor dem nationalen Presseclub in Washington gewisse Sympathien mit den arabischen

Flüchtlingen. Wolf Blitzer hatte diesen Auftritt für die AIPAC-Zeitung *Near East Report* wahrgenommen und schrieb: „Wenn sich (Abourezks) Ansicht durchsetzen sollte, wäre das Leben Israels gefährdet." Blitzers Bericht wurde an jene Juden geschickt, die Abourezks Wahlkampagne unterstützt hatten. Diesem Bericht war ein Brief beigelegt worden, in dem der AIPAC-Direktor I. L. Kenen warnte, Abourezk sei dabei, in umfassender Weise die amerikanisch-israelische Freundschaft zu unterminieren. Mit diesem Brief, so erinnerte sich Abourezk, begann eine „feindliche Beziehung" zur AIPAC. Er fügt hinzu: „Ich glaube kaum, daß ich soviel Zeit mit unseren Nahostfragen verschwendet hätte, wenn ich gewußt hätte, daß dieser Einsatz in solchen unfairen persönlichen Angriffen mündet." Nach seinem Ausscheiden aus dem Senat gründete Abourezk 1980 das Amerikanisch-Arabische Antidiskriminierungs-Komitee, dem jetzt 20.000 Mitglieder angehören Dessen Ziel es ist, so sagt Abourezks, eine „ausreichende Macht als Gegengewicht zur Israel-Lobby zu festigen."

Einmal jedoch war es Abourezk im Senat gelungen, den Druck der Lobby umzudrehen und zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen. Das hatte 1974 damit begonnen, als er auf einen freien Posten im Rechtsausschuß des Senats berufen werden wollte. In diesem Zusammenhang hatte David Brody, Lobbyist der von der *B'nai B'rith* betriebenen *Anti-Defamation League*, gewarnt, daß – sollte ihm diese Berufung nicht zugesichert werden, er [Abourezk] einen Sitz im Auswärtigen Verbindungsausschuß anstreben würde.

Mit leisem Lächeln erinnerte sich Abourezk an jenen Vorfall: „Diese Warnung hatte den gewünschten Effekt. Das Letzte, was Brody wollte, war, mich im Auswärtigen Verbindungsausschuß zu wissen, in dem nämlich über die Israel-Hilfe entschieden wurde. Dank der Hilfe der Lobby erhielt ich schließlich aber die Benennung in dieses Rechts-Komitee, obwohl James Allen, ein höhergestellter Senator, diese Position auch wollte." Diese Berufung versetzte Abourezk in die Lage, 1977 die Anhörungen über die Legalität der israelischen Besetzung der West Bank und des Gazastreifens zu leiten. „Das waren die ersten – und letzten – Anhörungen zu diesem Thema," erinnert sich Abourezk. „Allerdings hatte keiner meiner Kollegen daran teilgenommen. Ich war da ganz allein."

1975 hatte Abourezk den Leiter des Beiruter PLO-Büros, Shafiqu al-Hout, zum Essen in den Senat eingeladen. Dabei mußte

er erfahren, daß man PLO-bezogene Geheimnisse nur schwerlich erlangen konnte. Auf Abourezks Zusicherung hin, daß das Zusammentreffen völlig vertraulich behandelt werden würde, nahmen noch weitere elf Senatoren an diesem Treffen teil, einschließlich Abraham Ribicoff aus Connecticut, ein Jude, und hörten sich al-Houts Worte über das Nahost-Problem aus der Sicht der PLO an. Innerhalb einer Stunde nach dem Treffen bat Spencer Rich von der *Washington Post*, Abourezk telefonisch um einen Kommentar. Er kannte bereits die Identität aller Senatoren, die dabeiwaren. Am nächsten Tag berichtete Israels führende englischsprachige Tageszeitung, *Jerusalem Post*, daß Ribicoff und andere mit dem „Mörder" al-Hout gegessen hätten.

1977 brach ein Riesensturm aus, als Abourezk sich kurzfristig einverstanden erklärte, als Hauptredner für Vizepräsident Walter Mondale beim jährlichen *Jefferson-Jackson-Day-Dinner* unter der Schirmherrschaft der Demokratischen Partei von Colorado in Denver einzuspringen. Die jüdischen Führer protestierten gegen sein Erscheinen, und John Mrozek, ein Arbeiterführer in Denver, warf Abourezk vor, „proarabisch und antiisraelisch" eingestellt zu sein. Betty Crist, ein Mitglied des Dinner-Komitees, beantragte die Zurückziehung der Einladung. Als der Crist-Antrag aber strikt abgewiesen worden war, versuchte das Komitee, einen Pro-Israelsprecher für die Abourezk-Diskussion zu finden, mit dem Hintergedanken, das Ereignis zu stornieren, falls eine Diskussion nicht zustande kommen würde. Dies gab dem ganzen Verfahren eine komische Wendung, denn Abourezk hatte überhaupt nicht daran gedacht gehabt, in seiner Rede das Nahostproblem anzuschneiden. Nachdem aber für eine Auseinandersetzung mit ihm niemand gefunden werden konnte, überlegte das Komittee noch einmal und hielt die Einladung an Abourezk weiterhin aufrecht.

Bei seiner Ankunft am Denver Flughafen erzählte Abourezk den Reportern: „Als Senator der Vereinigten Staaten habe ich auf die Regierung der Vereinigten Staaten geschworen, aber ich habe mir niemals träumen lassen, je aufgefordert zu werden, irgendeiner anderen Regierung Treue zu schwören." In seiner Rede vor der 700-köpfigen Zuhörerschaft warnte er vor dem „außergewöhnlichen Einfluß der Zionisten-Lobby." Er sagte, die Vereinigten Staaten „sind drauf und dran – wenn sie es nicht ohnehin schon sind – Gefangene seines Schutzstaates (Israel) zu werden."

Er sagte: „Der Grund für den Streit um diese Zusammenkunft

war meine Ablehnung, die absolutistische Stellung Israels hier zu verteidigen. In dieser Art des Absolutismus liegt für uns alle eine extreme Gefahr. Sie macht deutlich, daß nur eine Einstellung – nämlich unbeirrt auf der Seite Israels zu stehen – somit die einzige Alternative ist."

Die *Rocky Mountain News* berichtete, daß Abourezks Rede mit stehenden Ovationen begrüßt wurde, „obwohl es eine Handvoll Menschen gab, die sich nicht rührten". Die Denver-Zeitung stellte fest: „James Abourezk ist kein Fanatiker, der nach dem Blut der Israelis schreit. Die Demokraten von Colorado sollten stolz sein, ihn als ihren Sprecher zu haben. Er ist besser, als sie es verdienen."

Unterlassungs-Sünden

Die lange Siegeskette der Israel-Lobby im Kapitol wurde in den letzten fünfundzwanzig Jahren nur zweimal unterbrochen. Beide Rückschläge ereigneten sich im Senat und förderten den Verkauf militärischer Ausrüstungen an Saudi Arabien. 1978 hatte der Senat mit 54 zu 44 Stimmen zunächst den Verkauf von F-15-Kampfflugzeugen genehmigt. 1981 bekam auch der Verkauf von AWACS-Aufklärungsflugzeugen sowie weiterer Spezialausrüstung für die F-15 Flugzeuge mit 52 zu 48 Stimmen sein Okay. Eigenartigerweise war durch Kontroversen die AIPAC ins Gehege der Politik des Bundesstaates Maine geraten.

Diese Verwicklung begann an einem Nachmittag im Frühjahr 1978 auf der Senatsetage, als Senator Edward „Ted" Kennedy eine Flüsternachricht erhielt, die ihn vor Ärger erröten ließ. Die AIPAC hatte durch seine Lobby nämlich den Demokratischen Senator William Hathaway von Maine, der bisher ausnahmslos seine Stimme für die Interessen Israels abgegeben hatte, „fallengelassen", und zwar zugunsten von William S. Cohen, seinem republikanischen Kontrahenten. Kennedy war nach dieser Mitteilung in die angrenzende Gardarobe gestürzt und griff zum Telefon.

Kennedy verlangte von Morris J. Amitay, dem damaligen geschäftsführenden Direktor der AIPAC, eine Erklärung. Amitay aber leugnete nervös, daß die AIPAC gegen Hathaway Stellung bezogen hätte. Die Organisation, so behauptete er, biete Informationen über Kandidaten, mache aber keine Vorschläge. Von Kennedy unter Druck gesetzt, versprach Amitay nun, an Hatha-

way ein Schreiben zu schicken, in dem er ihn wegen seiner Unterstützung Israels loben sollte.

Der Brief wurde abgeschickt, aber der Schaden hatte sich bereits eingestellt. Obwohl Amitay theoretisch Recht hatte – die AIPAC schlägt niemals formell Kandidaten für das Haus oder den Senat vor – hatte die Lobby natürlich wirkungsvolle Möglichkeiten, ihr Gesicht zu zeigen, Geld zusammenzubringen und die Wahlen zu beeinflussen. Im Maine-Wahlrennen erhob sie ihre Stimme für Cohen und gegen Hathaway. Diese Wende – für Kennedy war sie höchst erstaunlich und ungereimt – resultierte aus einem einzigen „Fehler" seitens Hathaways. Es war zwar nur eine Unterlassungssünde, aber trotz alledem – ein Kardinalsvergehen.

Im Verlauf der Jahre hatte Hathaway sich mitunter geweigert, Schreiben und Resolutionen zu unterzeichnen, die von der AIPAC gesponsert wurden. Die Resolutionen waren Meinungsäußerungen des Senates – genannt „im Sinne des Senates" – und hatten keine gesetzlichen Auswirkungen. Die Briefe waren in aller Regelan den Präsidenten oder einen Kabinettsmitarbeiter gerichtet, in denen er bedrängt wurde, Israel zu unterstützen. Hathaways Verweigerung seiner Unterschrift hatte sich nicht nur auf AIPAC Projekte bezogen; oft lehnte er derartige Forderungen auch von anderen Interessengruppen ab. Er wollte ganz einfach seine eigenen Briefe schreiben und seine eigenen Resolutionen einbringen. Auch hat er der AIPAC gegenüber nicht immer alles abgelehnt. Manchmal vergaß er aus Gefälligkeit seine üblichen Vorbehalte – und unterzeichnete.

1975 stand Hathaway noch auf ihrer Seite, als die AIPAC seine berühmte Denkschrift *Spirit of 76* gesponsert hatte. Diese Arbeit über die Geisteshaltung im Jahre 1976 trug den Namen Hathaways sowie den von 75 seiner Kollegen. Sie wurde im folgenden Wortlaut an Präsident Gerald R. Ford überreicht: „Wir drängen darauf, daß Sie die langjährige Verpflichtung unseres Landes für Israels Sicherheit erneuern, und zwar mit einer Politik fortgesetzter militärischer Lieferungen sowie diplomatischer und wirtschaftlicher Unterstützung." Zu einem anderen Zeitpunkt hätte eine solche Formulierung keine Wellen geschlagen; denn seit der Regierungszeit von John F. Kennedy hatte die US-Regierung ja eine Politik der „ständigen militärischen Lieferungen" praktiziert. Als aber diese Denkschrift im Januar 1975 veröffentlicht wurde, erschütterte sie wie nur wenige Briefe, die je an den Senat geschickt wurden, unsere Exekutive.

Enttäuscht über das Verhalten der Israelis, hatte Ford gerade ein Statement herausgegeben, in dem er eine „Neubeurteilung" der amerikanischen Politik gegenüber dem Nahen Osten forderte. In seiner Erklärung war Israel zwar nicht namentlich als die verletzende Partei genannt worden. Aber seine Botschaft war klar: Ford bestand auf einer besseren Zusammenarbeit zur Schaffung eines Kompromisses mit den arabischen Interessen. Die Formulierung „Neubeurteilung" zielte auf ein Hinausschiebung der US-Hilfe, bis Israel seine Haltung geändert habe. Es war ein historischer Vorschlag; denn das erste Mal seit Eisenhower hat ein Präsident der Vereinigten Staaten öffentlich wenigstens angedeutet, er könne die Israel-Hilfe auch aussetzen.

Israels Antwort kam nicht aus seiner eigenen Hauptstadt, sondern vom Senat der Vereinigten Staaten. Statt sich mit einem direkten Protest im Weißen Haus zufriedenzugeben, aktivierte Jerusalem seine Lobby in den Vereinigten Staaten, die ihrerseits mehr als dreiviertel der Mitglieder des Senates der Vereinigten Staaten als Verteidiger des israelischen Standpunktes verpflichteten.

Eine vernichtendere – und einschüchterndere – Antwort konnte man kaum bekommen. Die sechsundsiebzig Unterschriften zeigten Ford sehr deutlich, daß er seine angedrohte „Neubeurteilung" nicht durchführen könne. Die Israelgetreuen im Senat – Demokraten und Republikaner gleichermaßen – waren zahlreich genug, um jeglichen von Ford präsentierten Gesetzesvorschlag, der Israel nicht angenehm erschien, abzulehnen und – gegen das eventuelle Veto des Präsidenten – dafür sogar eine pro-israelische Gesetzesbestimmung zu erwirken.

Der Brief war die Demonstration eines eindrucksvollen Schlages. Verfaßt und in Umlauf gebracht von der AIPAC, wurde er über Nacht von der Mehrheit der Senatsmitglieder unterschrieben. Mehrere Senatoren, die zuerst „nein" gesagt hatten, änderten schnell ihre Meinung. Senator John Culver gesteht offen: „Der Druck war zu groß. Ich habe kapituliert." So auch Präsident Ford. Er gab auf und hatte sich von da ab nie mehr gegen die Lobby gestellt.

Das war nicht das einzige Mal, daß Hathaway der Forderung der AIPAC entsprach, sich bei einem großen Problem dem Weißen Haus zu widersetzen. Drei Jahre später hat Fords Nachfolger Jimmy Carter einen ähnlichen Kampf mit der Israel-Lobby geführt. Dieses Mal stand eine Resolution zur Debatte, mit der Präsident Carters Antrag zum Verkauf der F-15 Kampfflugzeu-

ge an Saudi-Arabien abgelehnt werden sollte. Das Weiße Haus benötigte die Unterstützung von nur einer Kammer, um die Resolution vereiteln können. Strategen des Weißen Hauses hatten den Eindruck, daß sich das Repräsentantenhaus mit überwältigender Mehrheit für die Vereitelung des Verkaufes entscheiden würde, und beschloß daher, mit all ihren Reserven im Senat aufzuwarten.

Der Lobbyismus war auf beiden Seiten deutlich bemerkbar, und er war sehr aggressiv. Frederick Dutton, Saudi Arabiens Chef-Lobbyist, hatte die für den Verkauf stimmenden Kräfte im Kapitol organisiert. Die *Washington Post* berichtete dazu: „In diesen Tagen fahren fast jeden Morgen schwarze Limousinen vor dem Washingtoner Madison-Hotel vor, um ihre saudiarabischen Passagiere abzuholen. Sehr oft ist ihr Ziel das Kapitol, wo sich die Schlacht um die F-15 entfaltet."

Die Israel-Lobby hatte jetzt all ihre Register gezogen. Sie koordinierte eine landesweite Public Relations-Kampagne, die wie nie zuvor die Erinnerung an den völkermordenden Nazifeldzug gegen die europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung rief. Im Kielwasser der weitverbreiteten Fernsehreihe „Holocaust" wurde das Kapitol jetzt mit Freiexemplaren des Buches, auf der die TV-Serie basierte, regelrecht überschwemmt. Die Bücher waren begleitet von einem Schreiben der AIPAC, das besagte: „Dieser eiskalte Bericht über die Vernichtung von sechs Millionen Juden macht – wegen des schwindenden Vertrauens auf einen Beistand von außen – gerade während der gegenwärtigen Sicherheitsverhandlungen die Angst der Israelis erneut deutlich." Hinsichtlich der Buchverteilung sagte der AIPAC-Vertreter Aaron Rosenbaum *Washington Post*: „Wir sind – offen gesagt – der Meinung, daß es hier und da ein paar Stimmen beeinflussen und die Lobbyarbeit vereinfachen wird."

Senator Wendell Anderson aus Minnesota hatte vorerst zugestimmt, den empfohlenen Waffenverkauf zu befürworten. Er sagte zu einem Regierungsfunktionär: „Sicher, ich werde mich dafür einsetzen. Es hört sich vernünftig an." Aber ein paar Tage vor der Abstimmung machte er einen Rückzieher: „Ich kann nicht dafür stimmen. Ich habe mich zur Wahl gestellt, und mein jüdischer Vorsitzender lehnt es ab, weiter zu machen, wenn ich für die F-15 stimmen würde." Außerdem gab er zu, sich mit einer jüdischen Gruppe getroffen zu haben, die ihm klarmachte, daß in den vergangenen Jahren 70 Prozent der Unterstützungs-

gelder für das Demokratische Komitee im Senatorenwahlkampf des vergangenen Jahres aus jüdischen Quellen stammten.

Der Druck war anhaltend und stark. Höhergestellte Persönlichkeiten in der jüdischen Gemeinde warnten, das Kampfflugzeug würde eine ernsthafte Bedrohung für Israel bedeuten. Trotzdem stand ein prominenter jüdischer Senator, Abraham Ribicoff aus Connecticut, zu Carter. Dies war für Amitay, der bis vor kurzem in Ribicoffs Stab gearbeitet hatte, ein harter Schlag. Anfang des Jahres wagte Ribicoff während einer eigenen Sitzung zur saudischen Waffenexportfrage, den ungewöhnlichen Schritt, Israels Politik und ebenso die Machenschaften der AIPAC scharf zu kritisieren. In einem Interview mit dem *Wall Street Journal* bezeichnete Ribicoff Israels Beharren auf den von ihnen besetzten Gebieten als „falsch" und unwürdig gegenüber der Unterstützung seitens der USA. Er sagte, die AIPAC leiste damit „den Vereinigten Staaten, Israel und der jüdischen Gemeinde einen schlechten Dienst." 1980 trat er nicht mehr zur Wiederwahl an.

Als schließlich der besagte Waffenverkauf an Saudi Arabien mit 52 zu 48 Stimmen vom Senat genehmigt wurde, wurde im Verlauf des Verfahrens Präsident Carter derart verärgert, daß er wegen der Nahostpolitik nie mehr eine Kampfabstimmung im Kongreß forcierte.

Hathaway war einer der vierundvierzig Abgeordneten, die zur AIPAC hielten. Aber das allein reichte nicht aus bis zum nächsten Wahlkampfwirbel. Die AIPAC wollte einen Senator, auf dessen Unterschrift – und Stimme – sie sich stets verlassen konnte. Auf der Suche nach unbeirrbarer Loyalität verfiel die Lobby jetzt auf Cohen. Ihre Entscheidung kam genau zu dem Zeitpunkt, als Hathaway dem Druck wegen des saudiarabischen Problems widerstanden hatte. Der Stab des Demokratischen Komitees für den Senatorenwahlkampf war wütend geworden. Einer von ihnen erklärte einem Besucher: „AIPAC verlangt 100 Prozent. Wenn ein großartiger Senator wie Hathaway nur ein einziges Mal nicht mitmacht, sind sie bereit, seine Karriere in Zahlung zu geben." Ein Mitglied des Stabes des Senatskomitees kommentierte dieses Verfahren so: „Um AIPAC zu gefallen, müssen Sie reiner sein als Ivory-Seife – 99,99 Prozent Reinheit ist noch nicht gut genug." Weil er den Reinheitskriterien der AIPAC nicht entsprach, wurde Hathaway 1978 ausgebootet.

Gefangener im AWACS-Dilemma

William S. Cohen war in den Senat gewählt worden, und befand sich alsbald selbst in einem ähnlichen Sturm, wie ihn sein Vorgänger Hathaway erleben mußte. Wieder hatte ein Antrag zum Verkauf militärischer Ausrüstungen an Saudi-Arabien Besorgnis unter den pro-israelischen Mächten über einen Senator aus Maine hervorgerufen. Dies ereignete sich kurz nach Ronald Reagans Amtsantritt, als der neue Präsident entschieden hatte, dieselbe Forderung, die im Jahr zuvor von der Carter-Regierung abgelehnt wurde, zu genehmigen. Saudi-Arabien sollte die Erlaubnis zum Kauf ihrer eigenen AWACS-Flugzeuge erhalten sowie eine Sonderausrüstung, um die saudiarabischen F-15 Kampfflugzeuge für noch größere Reichweiten und Feuerkraft auszustatten. Israelische Funktionäre opponierten gegen diesen Verkauf, weil – wie sie sagten – diese Technologie Saudi-Arabien die Möglichkeit gäbe, die Operationen der israelischen Luftwaffe zu überwachen.

So wurde 1978 in dieser Sache der Senat zum Hauptkampfplatz, obwohl man das Weiße Haus nicht so schnell in Bewegung bringen konnte. Überzeugt, daß Jimmy Carter im vergangenen Jahr zu viele verschiedene Probleme auf einmal aufgegriffen hatte, beschlossen die Mitstreiter Reagans, sich in den ersten Monaten der neuen Regierung auf Steuer- und Budgetfragen zu konzentrieren. Somit war im Bereich der Außenpolitik ein Vakuum entstanden, das die AIPAC geschickt ausfüllte. Der neue Direktor Thomas A. Dine organisierte einen Gegenangriff auf den Waffentransfer nach Saudi-Arabien von zwei Seiten her. Noch ehe Reagan den AWACS-Antrag dem Kongreß zum Überdenken zustellte, berichtete die Associated Press, daß die Israel-Lobby „Majoritäten in Vetostärke" aufmarschieren ließ.

Die gegen den AWACS-Verkauf gerichtete Kampagne der AIPAC hatte im Repräsentantenhaus mit einem offenen Brief begonnen, in dem der von dem Republikaner Norman Lent aus New York und dem Demokraten Clarence Long aus Maryland befürwortete Antrag angegriffen worden war. Schließlich lehnte aber das Repräsentantenhaus im Oktober den beantragten Kauf mit 301 zu 111 Stimmen ab. Der eigentliche Kampf um die entscheidende Zustimmung sollte aber erst im Senat stattfinden. Einige Monate vorher, noch ehe der Senat das Problem aufgegriffen hatte, überraschte Senator Bob Packwood aus Oregon als linientreuer Anhänger Israels mit seiner Ankündigung, wo-

nach vierundfünfzig Senatoren – also eine Mehrheit – eine Forderung unterzeichnet hätten, daß Reagan die Idee fallen lassen solle. Das Weiße Haus brauchte Zeit, die Senatoren zur Änderung ihrer Haltung zu überreden. Dementsprechend war der Machtkampf verschoben worden. Im September hatten fünfzig Senatoren eine Resolution unterschrieben, daß sie ihr Veto einlegen würden, und sechs weitere versprachen – falls es noch erforderlich wäre – die Resolution ebenfalls zu unterschreibem. Wieder einmal blieb dem Weißen Haus nichts anderes übrig, als die Angelegenheit zu vertagen.

Aber diesmal gingen die Saudis daran, ihre Beziehung zum neuen US-Präsidenten zu testen und verstärkten gegenüber 1978 ihre Lobbyaktionen im Weißen Haus. Ihr Anliegen war in starkem Maße von den persönlichen Bemühungen der republikanischen Senatsspitze abhängig – von Howard Baker, Senator John Tower, Vorsitzender des Komitees der Streitkräfte, und Senator Charles Percy, Vorsitzender des Ausschusses für Auslandsbeziehungen. Der Lobbyist Frederick Dutton wurde angewiesen, sich im Hintergrund zu halten. David Sadd, geschäftsführender Direktor der Nationalvereinigung arabischer Amerikaner, hatte jedoch mitgeholfen, die Unterstützung der US-Industrie für den Waffenverkauf zu organisieren.

Mittlerweile durchwanderte Dines AIPAC-Team die Amtswege im Senat, während die anderen Kontaktmänner der AIPAC-Basis direkten Druck aus den Wahlbezirken ausübten. Die *Washington Post* berichtete, daß aus dem „AIPAC-Brunnen eine Leserschaft von schätzungsweise 200.000 Menschen mit Recherchenmaterial berieselt werden." Senator John Glenn aus Ohio sagte: „Ich habe von jeder jüdischen Organgisation im Lande Anrufe erhalten. Sie wollten nicht über das Problem sprechen. Aber die gewaltige Schubkraft hatte mich dazu bewegt, diesen Brief und diese Resolution zu unterzeichnen." Glenn hatte aber dennoch seine Unterschrift verweigert; hauptsächlich wohl in der Hoffnung, mit dem Weißen Haus sein Geschäft aushandeln zu können.

Der bekannte Kolumnist Carl T. Rowan schrieb: „Es existieren starke Beweise", daß der AWACS-Kampf „öffentlichen Ärger gegen die *jüdische Lobby*" verstärkt hat.

Die Auseinandersetzung wurde von einigen als Alternative herausgestellt zwischen Präsident Reagan und Ministerpräsident Begin. In ganz Washington tauchten plötzlich Plakate auf mit den Worten „Reagan oder Begin?" Als der Senat endlich ab-

stimmte, wechselte Cohen – obwohl er das Gegenteil angekündigt hatte – die Seiten und gab eine der entscheidenden Stimmen ab, die den AWACS-Verkauf befürworteten. Er erklärte seine Sinnesänderung mit der Darlegung, daß Israel sonst als Sündenbock für das Scheitern des Nahost-Friedensprozesses gebrandmarkt werden würde, wenn der Vorschlag abgelehnt worden wäre.

Abgesehen von dieser „Sünde", die von der AIPAC als ein „Vergehen" gewertet wurde, war sein Verhalten beispielhaft. Nicht ein einziges Mal ist er von seiner Linie abgewichen, und 1984 hatte sich auch die AIPAC nicht an seiner Bewerbung zur Wiederwahl gestört.

Der Mut zur Höflichkeit

Einer der populärsten Mitglieder des Senates, Charles „Mac" Mathias aus Maryland, ist so etwas wie ein Abtrünniger – eine vielleicht für sein politisches Überleben erforderliche Rolle. Er ist Republikaner in einem Bundesstaat, in dem die Demokraten den Rebublikanern zahlenmäßig mit 3 zu 1 überberlegen sind. Speziell während der Nixon-Regierung wich er wiederholt von der republikanischen Parteilinie ab. Seine Opposition gegen den Vietnamkrieg und seine unbeirrbare Befürwortung der Bürgerrechte sowie seine Initiativen im Zusammenhang mit dem Sozialwesen bescherten ihm einen Platz auf der „Feindesliste" der Nixon-Regierung. Vor dem Ausbruch der Watergate-Affäre im Demokratischen Hauptquartier, die zu Nixons Niederlage führte, und während das Land schwer gespalten war durch innenpolitische Spannungen und dem Vietnamkrieg, hatte Mathias in einer Rede im Dezember 1971 der Nixon-Regierung empfohlen, „die Wunden der Nationen zu verbinden". Er drängte den Präsidenten, bei seiner Wahlkampagne 1972 „den geraden Weg einzuschlagen" und sich von einer Strategie zu distanzieren, „die jetzt unnötigerweise zu einer stärkeren Polarisierung des Landes bestimmt zu sein scheint". In der gleichen Botschaft kritisierte Mathias Nixons Berater wegen „unruhestiftender Bürgerbefragungen über sogenannte soziale Anliegen (durch)...Hardliner-Redensarten über Kriminalität, Bürgerrechte, Freiheit der Bürger und Studentenunruhen." Mathias war äußerst besorgt über das, was er sah – nämlich das Abrutschen der Republikaner nach rechts.

1975 und 1976 hatte er in Erwägung gezogen, als unabhängige „dritte Macht" für die Präsidentschaft zu kandidieren, in dem Bestreben, eine „Zentrumskoalition" zu bilden. Der verstorbene Clarence Mitchell, ehemals Direktor des Washingtoner Büros der NAACP, sagte einmal: „Er hat immer auf vernünftige Weise sein Ziel erreicht." Zu Beginn seiner Karriere hatte er sich selbst als progressiv und als eifrigen Verfechter der Bürgerrechte bezeichnet – und sein Wahlkreis betrachtete seine Feinsinnigkeit in sozialen Belangen als großen Fortschritt. Ein Bewohner aus Mathias' Heimatstadt Frederick berichtete der *Washington Post*: „Warum glauben hier eine Menge Leute, daß er zu liberal ist. Sie scheinen ihn trotzdem zu wählen – weil er eben anständig ist. Er hat eben Klasse."

Da waren auch Anzeichen von Mut bei ihm zu finden, der sich in einem Artikel offenbarte, den er für die Frühjahrsausgabe 1981 der *Foreign Affairs* geschrieben hatte. Er war sich bewußt, daß er durch seine kritischen Ausführungen über den Einfluß der ethnischen Lobbies – speziell der Israel-Lobby – auf die Außenpolitik der USA mit einigen seiner jüdischen Wähler übers Kreuz geraten würde. Der umstrittene Artikel verwirrte vor allem die einflußreiche Jüdische Gemeinde von Maryland, die Mathias' politische Karriere bei den Wahlkämpfen immer konsequent unterstützt hatte. 1978 hatte Mathias schon einmal für den Verkauf von Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien gestimmt, und seine Stimme verschaffte Präsident Reagan 1981 neuerlich die Zustimmung des Senats für den Verkauf der AWACS an Saudi-Arabien.

Im selben Jahr, in dem der umstrittene Artikel erschienen war, und gerade nachdem ihn die Wähler für seine dritte Amtsperiode im Senat gewählt hatten, unternahm Mathias einen weiteren, politisch anscheinend so unklugen Schritt, daß viele Menschen annahmen, er hätte sich entschlossen, 1986 aus dem Kongreß auszuscheiden. Auf Drängen der Senatoren Howard Baker und Charles Percy, die einen anderen gemäßigten Republikaner im Ausschuß für Auslandsbeziehungen haben wollten, gab Mathias eine gehobenere Position im Genehmigungs-Ausschuß auf, um die Stellung im außenpolitischen Komitee zu übernehmen.

Seine Entscheidung zum Eintritt in dieses Komitee erschütterte die Führungsmannschaft von Baltimore, der größten Stadt im Lande, und ehemals Mitstreiter für die bundesstaatliche Vereinigung. Die *Baltimore Sun* kommentierte seinen Stellungswechsel in einem kritischen Artikel: „Wäre er im Genehmigungs-

Ausschuß verblieben, hätte Mr. Mathias höchstwahrscheinlich Vorsitzender des Unterausschusses werden können, der den Geldbeutel der Abteilung für Wohnungsbau und Urbanisierung verwaltet – eine für die *Renaissance* von Baltimore enorm wichtigen Institution.

Entgegen der Annahme politischer Beobachter von Maryland hatte Mathais nicht vor, sich zurückzuziehen. Obwohl er ein für seinen Wahlkreis wichtiges Komitee verlassen hatte, freute sich der Senator darauf, dem Komitee für Auslandsbeziehungen bei der Lösung der vorgetragenen Probleme helfen zu können. Er legte eine politische Philosophie an den Tag, die von dem früheren Senator Mike Mansfield, der ihn einmal „das Gewissen des Senats" nannte, und der auch vom früheren Außenminister Henry Kissinger bewundert wurde als „einen der wenigen Politiker, die ich in Washington getroffen habe."

Diese Qualitäten führten dann auch dazu, daß Mathias seinen umstrittenen Artikel im *Foreign Affairs* geschrieben hatte, mit dem er die „Wiedereinführung der Höflichkeit" in die Diskussion der „ethnischen Tätigkeit" im Kongreß forderte. Er erkannte an, daß Volksgruppen das Recht haben müßten, die Gesetzesgebung zu beeinflussen. Aber er warnte: „Die Bestätigung des Rechtes und der Gefahren, es außer Kraft zu setzen, ist keine Gewähr dafür, daß das Recht verantwortungsbewußt und zum allgemeinen Wohle ausgeübt wird."

Mathias bezog sich auf die Israel-Lobby als die mächtigste ethnische Pressure-group, wobei er feststellt, daß sie sich von anderen darin unterscheidet, daß diese Gruppe ihr Schwergewicht auf entscheidende nationale Sicherheitsinteressen legt und einen „konstanteren Druck" ausübt. Andere Lobby-Vereinigungen „tauchen in einem kritischen Moment auf und verschwinden dann wieder" und befassen sich mit Angelegenheiten ihres eigenen Landes. Mathias fährt fort: „Mit Ausnahme der Eisenhower-Regierung, die praktisch den Rückzug Israels aus Sinai nach dem Krieg von 1956 erzwungen hatte, waren ständig amerikanische Präsidenten, und zu einem noch höheren Maße Senatoren und Repräsentanten, wiederholten Pressionen einer Gruppe, die als Israel-Lobby bekannt wurde, ausgesetzt."

Er fügt noch einen anderen Vorwurf seiner Kollegen hinzu: „Zum größten Teil sprachen sie (auf den Druck der Israel-Lobby) an, und zwar aus Gründen, die sich nicht immer auf persönliche Überzeugung oder sorgfältiges Überdenken unseres nationalen Interesses beziehen."

Mathias untermauert seine Besorgnis mit einem Rückblick auf den „spektakulären" Erfolg der AIPAC im Jahre 1975, als sie die Denkschrift „Spirit of 76" unterstützte: „Sechsundsiebzig von uns haben prompt unsere Unterschriften daruntergesetzt, obwohl keine Anhörungen stattfanden, keine Debatten geführt wurden, und die Regierung auch nicht aufgefordert worden war, ihre Ansichten darzulegen."

Der Republikaner von Maryland hatte das Empfinden, die Unabhängigkeit des Kongresses sei durch die einschüchternde Wirkung des AIPAC-Einflusses kompromittiert worden. Er schrieb, die „Überzeugung des Kongresses" zu Gunsten Israels „ wurde unermeßlich bestärkt durch das Wissen, daß jeder mit politischen Sanktionen belegt wird, der es verabsäumte, zu reagieren" – und zwar auf Abstimmungen zur Unterstützung hochgradigiger Wirtschafts- und Militärhilfe zugunsten Israels.

Obwohl er 1975 den AIPAC-Brief an Präsident Ford mit unterschrieben hatte, widerstand Mathias 1978 der AIPAC-Beeinflussung gegen den Antrag der Carter-Regierung auf den Verkauf von 60 F-15 Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien. In der Senatsdebatte vor der Abstimmung sagte er, daß Israel und auch Saudi-Arabien Freunde der Vereinigten Staaten seien, und „beide unsere Unterstützung brauchen."

Trotz dieses Vorstoßes, die amerikanischen Interessen zwischen Israel und Saudi-Arabien auszubalancieren, sagte Mathias, daß die Frage des Waffenverkaufs „von einer emotionalen, urteilsträchtigen Atmosphäre" umgeben war. Er zitierte aus einem Brief an eine jüdische Tageszeitung, in dem seine Abstimmung verurteilt wurde:

„Mr. Mathias mißt dem Öl eine höhere Bedeutung zu als dem Wohlergehen der Juden und dem Staate Israel.... Das jüdische Volk kann sich von so einem Mann nicht an der Nase herumführen lassen, egal was er sagte – denn seine Taten zeigen, wer er wirklich ist."

Mathias hatte auf solche Kritik bereits in seinem *Foreign Affairs*-Artikel geantwortet: „Widerstand gegen den Druck einer bestimmten Gruppe als solcher signalisiert weder einen Verrat und schon gar nicht den Mangel an Sympathie für ein fremdes Land oder Anliegen, sondern eher ein aufrichtiges Überzeugtsein von den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten."

Er appellierte an den Präsidenten und auch an den Kongreß, „mitzuhelfen, Zwistigkeiten und Querelen zu vermeiden und unseren Sinn für den gemeinsamen amerikanischen Erfolg zu

stärken". Die amerikanische Wählerschaft bietet dem Präsidenten dazu eine einmalige Gelegenheit, dieses Endziel zu erreichen. Dazu muß allerdings unser Kongreß, „obwohl er diesen Pressure-Groups in stärkerem Maße ausgeliefert ist", ebenso aktiv sein, schrieb er.

Mathias versicherte, es reiche nicht aus, sich nur nach der öffentlichen Meinung zu richten: „Ein gewählter Repräsentant hat auch noch andere Pflichten, die allgemeinen Interessen genau zu umreißen und sie nach seinen oder ihren besten Möglichkeit verständlich zu machen, und er muß auch bereit sein, die politischen Konsequenzen für sein Handeln zu ziehen." Er warnte davor, daß jegliches ethnische Engagement zur Übertriebenheit tendiert und das höhere Gut nationaler Interessen vereitelt.

Die *Jewish Times* von Baltimore berichtete, daß jüdische Führer vor „einem delikaten Problem" standen, als sie überlegten, wie sie auf diesen Artikel reagieren sollten: „Ob sie was tun oder ob sie nichts tun – sie werden grundsätzlich immer verdammt. Wenn sie stillhalten und Mathias' Behauptungen nicht anzweifeln, haben sie das Gefühl, sich vor ihren Pflichten herumzudrücken und seinen Ansichten zuzustimmen. Wenn sie sich aber dem Senator anschließen würden, geraten sie in eine Falle, die seinen Hinweis auf die unerträglichen Pressionen bestätigt."

Einige Juden entschieden sich für den letzteren Weg. Arnold Blumberg, Geschichtsprofessor an der Towson State University, beschuldigte Mathias, er befinde sich „im Kielwasser jener Leute, die Amerika gedrängt hatten, ihre Handelsbeziehungen mit Japan und dem Nazideutschland weiterzubetreiben, nämlich bis zu jenem Moment, als die Schrottmassen auf die Köpfe amerikanischer GIs niederprasselten, die aus deutschen und japanischen Kampfflugzeugen abgeworfen wurden." Ein bekannter Funktionär der Jüdischen Gemeinde bezeichnete den Artikel als „bösartig", und äußerte seine Betroffenheit, daß Mathias „mit seiner Verderblichkeit derartige Ansichten äußerte."

Der Kongreßabgeordnete Benjamin S. Rosenthal, ein Demokrat aus New York und führendes Mitglied des Komitees im *House of Foreign Affairs*, beschwerte sich, Mathias stünde „an der Grenze zur Borniertheit" und verweigert „den ethnischen Lobbies sogar das Recht, bei der Festlegung der amerikanischen Außenpolitik mitzuwirken." Andere Kritiker befürchteten, daß der Artikel den Antisemitismus fördere.

Ein Sprecher der Jüdischen Organisation der Kriegsveteranen

von Maryland sagte, Mathias habe sich selbst „an die Sache der Saudis verkauft." In einem Leserbrief an die 'Baltimore Sun' schimpfte jemand: „Ich wünschte, er (Mathias) hätte die Ehrlichkeit besessen, diese Ansichten vor seiner Wiederwahl zu äußern und nicht ein Jahr danach".

Ein Kritiker, der als „ehemaliger Lobbyist" identifiziert werden konnte, wandte sich an die *Jewish Times* von Baltimore: „Mathias ist ein intelligenter, hochgeachteter Gesetzgeber, der im sowjetischen Judentum erfolgreich war. Wenn es sich aber um Israel handelt, kommt er immer erst als letzter ins Boot. Er hat sich immer ablehnend verhalten, und wurde daher von jüdischen Gruppen unter Druck gesetzt und hat sich über diesen Druck geärgert. Er sieht sich selbst als Politiker, der über den Dingen steht. Jetzt hat er offensichtlich das Gefühl, daß er es sich aufgrund seiner Stellung leisten kann, das zu sagen, was er wirklich denkt."

In seiner Ausgabe vom 3. August 1983 wurde im *Backgrounder* Mathias vom Verbindungsausschuß der Jüdischen Gemeinde von San Francisco wegen der von ihm aufgeworfenen Frage über „die doppelte Loyalität" innerhalb der „Jüdischen Lobby" kritisiert. Mathias hatte die Beschuldigung als falsch zurückgewiesen. In Maryland war dieser Artikel von einigen Rabbinern öffentlich angeprangert worden, obgleich ihn der Rabbi Jacob Angus aus Baltimore öffentlich verteidigt hatte.

Zwei befreundete Journalisten, Frank Mankiewicz und William Safire, hatten Mathias damals gewarnt und meinten, daß dieser Artikel „Ärger verursachen" würde. Zwei Jahre später beurteilte Mankiewicz die Zukunft des Senators als bedenklich, weil ihn sein Artikel in größte Schwierigkeiten verwickelt habe.

Nach wie vor ist Mathias über das ethnische Lobbytum tief besorgt. Während er sich jedes einzelne Wort überlegte, hatte er mir bei einer Tasse Tee Ende 1983 folgendes berichtet: „Ethnische Bindungen bereichern das amerikanische Leben. Aber man sollte begreifen, daß sie nicht so wichtig werden dürfen, daß damit die vornehmste Aufgabe – nämlich in erster Linie als amerikanischer Bürger zu handeln – vergessen wird. Manchmal kann gerade das Ausmaß dieser Art von Aktivität zu einem übertriebenen Eifer ausarten."

Mathias wundert sich über diesen Widerspruch: „Obwohl sie meinen Artikel überhaupt nicht gelesen hatten, waren einige von ihnen dennoch empört darüber." Bei den durch jüdische Kreise gesponserten Frühstücksversammlungen wurde Mathias

regelmäßig attackiert. „Wenn das geschah, fragte ich dann immer, wieviele den Artikel überhaupt tatsächlich gelesen hätten. Von 200 Personen haben dann vielleicht zwei aufgezeigt."

Hat die umstrittene Publikation den Kontakt zu den jüdischen Wählern unterbunden? „Ich kann nicht behaupten, daß mir dadurch der Zutritt zu ihnen versperrt worden wäre. Aber die Einladungen haben sich in den vergangenen zwei Jahren merklich verringert.

Wenn Mathias in der Folge auf eine vierte Amtsperiode im Senat verzichtete, so waren – wie er einem Freund anvertraute – die Streitigkeiten in der Jüdischen Gemeinde für diese Entscheidung ausschlaggebend.

$ 3,1 Millionen aus pro-israelischen Quellen

unermüdlicher Republikaner und Kämpfer für fortschrittliche Anliegen galt der *Wunderknabe der Industrie* und Selfmade-Millionär Charles H. Percy in den späten 60er Jahren einer der aussichtsreichsten Kandidaten für das Präsidentenamt. Sein raketenhafter Aufstieg im Senat hatte bereits 1967 begonnen, als er einen überraschenden Sieg über den beliebten aber alternden Liberaldemokraten Paul Douglas errungen hatte.

Bei seiner ersten Wahl mußte er noch 60 Prozent der jüdischen Stimmen – Illinois war immerhin die Heimat der viertgrößten jüdischen Bevölkerung des Landes – an Paul Douglas abgeben. Aber in den folgenden sechs Jahren profilierte sich Charles Percy, indem er die Israel-Hilfe unterstützte, die Sowjets zur Genehmigung der Judenauswanderung gezwungen hatte, den PLO-Terrorismus verurteilte – und viele soziale Anliegen derart stark förderte, daß die Juden ihn stärkstens unterstützten, als er zur Wiederwahl antrat. 1972 war Percy etwas zugefallen, was keiner vor ihm je erreichte: Er siegte in jedem Verwaltungsbezirk des Landes, und – was für einen protestantischen Republikaner aus Illionois noch erstaunlicher war – er erhielt 70 Prozent der jüdischen Wählerstimmen.

Sein Flirt mit den Juden wurde allerdings 1975 unterbrochen, als er von einer Nahostreise zurückgekehrt war und erklärte: „Israel und seine von mir hochgeschätzte Führung können in Zukunft nicht mehr damit rechnen, daß die Vereinigten Staaten einfach nur einen Blankoscheck ausfüllen." Er sagte, daß Israel einige Gelegenheiten für Verhandlungen verstreichen ließ, und

bezeichnete in diesem Zusammenhang den PLO-Führer Yassir Arafat als „wesentlich gemäßigter, wenn man an die anderen Extremisten denkt, wie zum Beispiel George Habash.” Er drängte Israel zu einem Gespräch mit der PLO, wenn diese Organisation auf den Terrorismus verzichtete und Israels Recht auf seine Existenz innerhalb gesicherter und vertretbarer Grenzen anerkennen würde. Dabei zitierte Percy die Worte von David Ben Gurion, des ersten israelischen Ministerpräsidenten, wonach Israel zum Tausch von *Land gegen Frieden* bereit sein müsse .

Eine Woche später war die Bombe geplatzt: Percy erhielt von seinem Stab folgende Mitteilung: „Wir haben 2.200 Telegramme und 4.000 Briefe als Antwort auf Ihre Nahosterklärung erhalten ... 95 Prozent äußerten sich negativ. Wie Sie sich vorstellen können, kommt der größte Teil der ablehnenden Briefe aus der Jüdischen Gemeinde in Chicago. Sie drohen damit, uns ihre Stimmen und ihre Unterstützung bei zukünftigen Bestrebungen zu verweigern.”

Im selben Jahr kam Percy abermals mit den pro-israelischen Aktivisten ins Gehege, als er sich weigerte, die berühmte Denkschrift „Spirit of 76” zu unterzeichnen, wodurch sechsundsiebzig seiner Senatskollegen die von Präsident Gerald R. Ford geforderte „Neubeurteilung” unserer Nahostpolitik wirkungsvoll blockieren wollten. Percys Ablehnung des *Spirit of 76* löste abermals eine Flut von Protestbriefen aus.

Ungeachtet ihres Grolls hatten die Pro-Israelis 1978 dennoch keinen nennenswerten Kampf gegen Percy inszeniert gehabt. Seine überragende Eroberung des Staates war allen noch in frischer Erinnerung. Deshalb hatten sie darauf verzichtet, weder für die Vor- noch für die Hauptwahl einen glaubwürdigen Gegenkandidaten aufzustellen. Als dann der verhältnismäßig unbekannte Rechtsanwalt Alex Seith von den Demokraten nominiert wurde, hatten die Juden wenig Notiz davon genommen. Selbst Percys Zustimmung für den Verkauf von F-15 Flugzeugen an Saudi-Arabien hatten ihm damals während der Wahlkampagne keine ernsthaften Schwierigkeiten verursacht.

In der Tat haben nur etwa hundert Chicagoer Juden, darunter nur wenige bekannte, Seith offen unterstützt. Seiths Manager, ein Jude, rief jede Synagoge, alle jüdischen Frauen- und Männerorganisationen an, aber nur einer wollte ihn als Redner zulassen. Wahlkampfmanager Gary Ratner kennt den Grund für diese Zurückhaltung: „Es war eine Ghetto-Mentalität. Die meisten

Juden hatten das Gefühl, daß Percy niemals verlieren könne. Warum sollten wir ihn dann noch aufreizen gegen uns." Von $ 1 Million, die Seith verbraucht hatte, stammten nur $ 20.000 von Juden. Philip Klutznick, ein prominenter Führer der Chicagoer Juden, organisierte für Percys Wahlkampagne noch ein Mehrfaches dieser Summe von den Juden aus Illinois. Von 70 jüdischen Persönlichkeiten, die um ihre Unterschrift unter eine Wahlinserat für den Senator gebeten wurden, hatten 65 unterschrieben. Diese Unterstützung hatte sich durch Percys Sieg am Wahltag bezahlt gemacht: Nachdem er landesweit nur 53 Prozent der Gesamtstimmen auf sich vereinen konnte, erhielt er überwältigende 61 Prozent von jüdischen Wählern.

Die Wahlkampagne 1984 wich in dramatischer Weise von der vorangegangenen ab. Pro-israelische Kräfte wollten seine frühzeitige Niederlage erzwingen, und dazu haben sie keine Minute lockergelassen. Das Klima war für ihn bedrohlich geworden, nachdem Percy die Juden wegen seiner Unterstützung der Reagan-Regierung zum Verkauf der AWACS-Radarflugzeuge an Saudi-Arabien (ein Verkauf, der früher auch schon von der Carter Regierung befürwortet worden war) gegen sich aufgebracht hatte. Diese Entwicklung lieferte der AIPAC neue Munition für den bereits schwelenden Angriff auf Percy. Percys Entscheidung war nach der Rückkehr einiger Stabsmitglieder aus Israel gefallen, die ihn über die Auffassung eines israelischen Militärfunktionärs unterrichtet hatten, wonach das strategisch-militärische Gleichgewicht nicht beeinträchtigt werden würde. Allerdings seien sie gegen die Verschleierung von Geschäften zwischen den USA und Saudi-Arabien.

Anfang 1984 hatte die AIPAC beschlossen, sämtliche verfügbaren Geldreserven aus der pro-israelischen Kampagne gegen Percy zu mobilisieren. Bei der Vorwahl im März förderte sie die Kandidatur des Kongreßabgeordneten Tom Corcoran, Percys Herausforderer für die Nominierung. Es ist bemerkenswert, daß einer der Hauptberater und Wahlmittelbeschaffer Corcorans Moris Amitay war, bekannt als ehemaliger, geschäftsführender Direktor der AIPAC. Corcorans ausgeklügelte Attacken porträtierten Percy abermals als anti-israelisch. Seine Spendenaufrufe an die Juden bezeichnete Percy als „Israels übelste Widerlichkeit im Kongreß." Ein von der Corcoran-Werbung finanziertes ganzseitiges Zeitungsinserat brachte ein Bild von Arafat mit der Überschrift „Die Gluckhenne Percy sagt, dieser Mann ist vernünftig!" Eine von 58 führenden Juden aus Illinois unterschrie-

bene und an jüdische Wähler verteilte Verteidigungsschrift für Percy hatte sogut wie keinen Eindruck hinterlassen.

Obwohl Percy diesen Herausforderungen während der Vorwahlen begegnen konnte, zerstörten Corcorans Attacken sein Ansehen bei den jüdischen Wählern und boten somit eine günstige Ausgangsbasis für weitere Anschuldigungen durch die AIPAC. Thomas A. Dine, geschäftsführender Direktor der AIPAC, stimmte auf einer Strategieversammlung in Chicago im Frühsommer den Ton für seine Wahlkampftaktik an, indem er Percys Vergangenheit attackierte. Die AIPAC rief zu Spenden für Paul Simon auf, während sie gleichzeitig ihre politischen Ressourcen in stärkstem Maße gegen Percy mobilisierte. Sie verpflichtete mehrere Internatsstudenten, um Belastungsmaterial in Sachen Percy zu recherchieren. Auf der anderen Seite waren mehr als hundert Universitätsstudenten aus anderen Bundesstaaten eingesetzt worden, um den Wahlkampf des Rivalen Paul Simon zu unterstützen.

Mitten in diesem Wahlkampf unternahm die AIPAC dann einen fragwürdigen Schritt, wodurch Percy ins Zwielicht geraten sollte. Die von der AIPAC ausgewählten sogenannten repräsentativen Stimmen, die zur Beurteilung aller Senatoren dienen sollten, zeigten, daß Percy im Verlauf seiner Karriere zu 89 Prozent Israel unterstützt hatte. Damit lag er nur ein paar Punkte hinter jenem Rekord von 99 Prozent, der Paul Simon im Repräsentantenhaus zugeschrieben worden war. Diesen unmerklichen Kontrast wollte die AIPAC natürlich nicht in ihrer gegen Percy gerichteten Hetzkampagne erwähnen. Daher löste die Lobby das Problem einfach dadurch, daß sie ihre eigenen Spielregeln mitten im Spiel änderte: Sie fügte der ausgewählten Liste ein paar zweifelhafte Stimmabgaben und Resolutionen aus dem Unterausschuß hinzu, die Percy nicht unterschrieben hatte. Durch diese Art Listenänderung wurde die Werteinschätzung des Senators Percy auf 51 Prozent herabgesenkt, was sich bei Simons Reden vor seinen jüdischen Zuhörern nützlich auswirkte.

Während die für Simon gesammelten Spendengelder der isrealfreundlichen Aktivisten größtenteils von Einzelpersonen stammten, belief sich die Unterstützung seitens der politischen Aktionskomitees auf weit höhere Summen. Bis Mitte August hatten diese Komitees Simon mit $ 148.870 unter die Arme gegriffen – mehr als für jeden anderen Senatskandidaten. Bis zum Wahltag war dieser Betrag mit Zuschüssen von 55 Komiteemitgliedern auf insgesamt $ 235.000 angestiegen.

Zusätzlich hatte durch eine Gesetzeslücke noch der jüdische Aktivist Miachael Goland aus Californien $ 1,6 Millionen für Plakat-, Radio- und Fernsehwerbungen gespendet, womit die Wähler in Illinois aufgefordert wurden, das „Chamäleon Percy fallenzulassen."

Percy ergriff energische Gegenmaßnahmen, wobei der ehemalige Senator Jacob Javits von New York, einer der prominentesten und geachtetsten Juden dieser Stadt, sowie Senator Rudy Boschwitz, Vorsitzender des Nahost-Unterausschusses im Senatskomitee für Auslandsbeziehungen in Chicago aufgetreten waren, um sich persönlich für Percy einzusetzen. Unter Führung von Edward H. Levi haben 100 Juden aus Illinois eine ganzseitige Anzeige gesponsert, mit der Beteuerung, Percy habe sich „ für Illinois eingesetzt und sich für Amerika und Israel aufgeopfert." In diesem Inserat wurde – ohne direkte Bezugnahme auf Golands Attacken – gewarnt: „Überlassen Sie die Entscheidung für unsere US-Senatswahl nicht dem Geld eines Kaliforniers."

Außer seiner auf einer Pressekonferenz geäußerten Beanstandung, wonach Simon angeblich von 100 Prozent der Pro-Israelstimmen unterstützt wurde, vermied Percy während des gesamten Wahlkampfes jeglichen Streit mit den Israel-Juden.

Aber selbst diese Vorkehrungen hatten sich als ebenso zwecklos erwiesen wie auch seine starken Gesetzesbemühungen. Percys Initiativen als Vorsitzender des Senatskomitees für Auslandsbeziehungen hatten Israel immerhin $ 425 Millionen mehr Subventionshilfe beschert, als Reagan 1983 gefordert hatte. 1984 kamen noch einmal $ 325 Millionen hinzu. Auch diese für Israel erzielten Erfolge schienen jedoch nichts mehr zu ändern. Eine Abstimmung, die vier Wochen vor der Wahl stattgefunden hatte, offenbarte eine große jüdische Stimmenmehrheit zugunsten von Simon. Im Percy-Lager fand man keine Mittel und Wege mehr zur „Eindämmung dieser Flut."

Das Wahlergebnis brachte Percy landesweit einen Verlust von 89.000 Stimmen. Eine Zwischenauszählung hatte gezeigt, daß Percy 35 Prozent der jüdischen Stimmen erhalten hatte. Im gleichen Wahlgang sprachen sich die Juden von Illinois nur zu 30 Prozent für die Wiederwahl Präsident Ronald Reagans aus, und dies, obwohl sie alles andere als glücklich waren mit den Ansichten ihres Staatspräsidenten über die Trennung der Kirche vom Staat, der Abtreibung und anderen sozialen Maßnahmen – ganz zu schweigen von seiner Beharrlichkeit in der Frage des Verkaufs der AWACS-Flugzeuge an Saudi-Arabien.

Bei einem mit so wenigen Stimmen herbeigeführtem Wahlergebnis könnte jeder größere Einfluß als entscheidend bezeichnet werden. Obwohl Percy das Programm von Reagan im großen und ganzen unterstützt hatte, erinnerten sich doch viele an ihn als einen gemäßigten und fortschrittlichen Republikaner. Trotzdem jubelten einige Republikaner über seine Niederlage. Das „neue Recht", wie es sich durch die AIPAC symbolisierte, stand – während es zu Beginn des Wahlkampfes zugunsten von Simon angewendet worden war – nicht mehr auf der Seite von Percy. Das ist verwunderlich, wenn man die extrem liberale Haltung Simons bedenkt, die er im Kongreß eingenommen hatte.

Allein die Nahostkontroverse hätte genügt, um Percy von seinem Senatssitz zu vetreiben. Tausende von Juden, die 1978 für Percy gestimmt hatten, wendeten sich sechs Jahre später von ihm ab und unterstützten den demokratischen Kandidaten. Diese Stimmen waren Simon vor allem deshalb zugefallen, weil die Israel-Lobby während des ganzen Wahljahres wirkungsvoll darauf hingearbeitet hatte, seinen Gegner Percy als israelfeindlich darzustellen. Diese Behandlung hatte Percy sicher nicht verdient; denn die lange Liste seiner Hilfeleistungen für Israel stand in krassem Gegensatz zu den neuerlichen Anschuldigungen. Zu seiner Verteidigung hatten sich öffentlich leider nur wenige Juden zu Wort gemeldet gehabt. Dem Senator blieb nur noch die Feststellung, daß – wenn ein Kandidat einmal als israelfeindlich abgestempelt wurde, das Gift so rasch und tief eindringt, daß es nicht mehr entfernt werden kann.

Der Nahe Osten hatte enormen Einfluß nicht nur auf die Finanzierung des Wahlkampfes, sondern auch auf dessen Ergebnis. Simons Ausgaben in diesem Jahr beliefen sich auf $ 5,3 Millionen, die von Percy auf $ 6 Millionen. Zusammen mit jenen $ 1,6 Millionen aus Golands Privattasche, die er für seinen eigenen getrennten Angriff auf Percy zur Verfügung stellte, belaufen sich die Ausgaben für Simons Kandidatur auf insgesamt $ 6,9 Millionen.

Vierzig Prozent – $ 3,1 Millionen – davon kamen von den Juden, die wegen Percys Einstellung zu den arabisch-israelischen Beziehungen verstimmt waren. Simon wurde bereits die Hälfte dieser Summe in Aussicht gestellt, noch ehe er kandidierte. Während er sich überlegte, ob er den sicheren Posten im Repräsentantenhaus aufgeben sollte, um in den Wahlkampf zu gehen, wurden ihm von jüdischen Quellen $ 1,5 Millionen zugesichert.

Das Versprechen kam von Robert Schrayer, Geschäftsmann in Chicago und Führer in der Jüdischen Gemeinde. Seine Tochter Elizabeth half als Assistentin des Direktors für politische Angelegenheiten in der AIPAC, den Widerstand gegen Percy zu organisieren.

Rückblickend auf die Auswirkung der Nahostkontroverse auf seine Niederlage, bemerkte Percy: „War sie schuld? Ich weiß es nicht. Aber eines weiß ich gewiß: Paul Simon wäre nicht in den Wahlkampf gegangen, wenn Bob Schrayer ihm nicht $ 1,5 Millionen zugesichert hätte." Auch Simon gibt zu: „Dieses Versprechen hatte zu meiner Entscheidung beigetragen."

AIPAC-Direktor Dine sagte vor kanadischen Zuhörern: „Alle Juden in Amerika, von einer Küste zur anderen, hatten sich zusammengeschart, um Percy auszubooten. Und alle amerikanischen Politiker – solche, die gegenwärtig öffentliche Ämter bekleiden oder sie anstreben – haben diese Botschaft erhalten."

4. Kapitel

Die Lobby und das ‚Oval Office'

John F. Kennedy, Kandidat der Demokraten, parkte an einem Sonntagnachmittag des Jahres 1960 seinen Wagen vor dem Anwesen 4615 W Street, unweit der Foxhall Road, in einem eleganten Viertel von Washington. Er war allein, ohne Geheimdienstbeamte, die ihn alsbald aber auf Schritt und Tritt begleiten sollten. Der junge Präsidentschaftskandidat wollte dem Rummel des Wahlkampfes entfliehen, um mit seinem langjährigen Freund, dem Journalisten Charles Bartlett, zu plaudern. Die beiden hatten sich schon in den ersten Nachkriegsjahren in Florida kennengelernt. Bartlett war es auch, der John F. Kennedy mit dessen zukünftigen Braut, Jacqueline Bouvier, bekanntgemacht hatte.

Bei seinem Gespräch mit Bartlett war Kennedy noch tief bewegt von einem sonderbaren Ansinnen, das man ihm in der vergangenen Nacht beim Dinner mit einer kleinen Gruppe reicher und prominenter Juden in New York unterbreitet hatte. Einer der Partygäste hätte ihm gegenüber ein Gerücht erwähnt, wonach er, Kennedy, mit seinem Wahlkampf in finanziellen Schwierigkeiten stecke. Im Namen der Gruppe habe sein Gesprächspartner angeboten, „zu helfen – und zwar kräftig zu helfen", wenn er im Falle seiner Präsidentschaft „ihnen erlauben würde, den Kurs der Nahost-Politik für die nächsten vier Jahre festzusetzen." Das war ein „höchst erstaunlicher" Vorschlag.

Kennedy habe darauf nicht als Präsidentschaftskandidat, sondern vielmehr als Bürger reagiert. „Er fühlte sich", wie sich Bartlett erinnerte, „darüber gekränkt, daß jemand ein derartiges Angebot machen würde – insbesondere einem Mann gegenüber, der nur eine geringe Chance habe, Präsident zu werden. Sollte er aber tatsächlich Präsident werden, so würde Kennedy ein Gesetz durchdrücken, wonach Zuschüsse für Präsidentschaftswahlen aus der Staatskasse finanziert werden sollten. Er fügte noch hinzu, egal wie hoch die Kosten für eine derartige Unterstützung auch sein mögen, Präsidentschaftskandidaten wären in Zukunft vor derartigen Druckmitteln geschützt, und dem Land

würden auf lange Sicht eine Menge Unannehmlichkeiten erspart bleiben."

Was Kennedy nun genau auf diesen Vorschlag hin geantwortet hatte, wußte Bartlett nicht. „Wie ich ihn kenne, hat er sicherlich eine allgemeine Bemerkung gemacht und das Thema gewechselt."

Nachdem ich von diesem Ereignis durch Bartlett erfahren hatte, sprach ich meinerseits mit einem der Partygäste, Myer Feldmann. Als Anwalt in Washington hatte er sich im Kennedy-Wahlkampf 1960 engagiert. Später wurde er Mitarbeiter des Präsidenten, mit Sonderzuständigkeiten für die Verbindung zur Jüdischen Gemeinde. Ich hoffte, daß er mir vielleicht weitere Details sagen könnte. Schon in den Jahren 1960-61 hatte ich als frischgebackener Kongreßabgeordneter bei einigen freundschaftlichen Wortgefechten mit Feldmann die Klingen gekreuzt. Damals ging es um die Weizenverkäufe an die UdSSR.

Feldmann erinnerte sich an das Treffen mit Kennedy, das – wie er sagte – in der Wohnung von Abraham Feinberg stattfand, dem Vorsitzenden der *American Bank and Trust Company* in New York, und der die nationalen jüdischen Angelegenheiten sowie die Demokratische Partei stark beeinflußte. Laut Feldmann waren die Anwesenden „sich über Kennedy nicht im klaren". Sie waren nicht sicher, „welchen Weg er einschlagen würde" bei der Nahost-Politik, und folglich auch nicht, ob sie ihn unterstützen sollten. Der Kandidat wurde „mit schwierigen und verwirrenden Fragen bombardiert". Nach seiner Meinung über die Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem gefragt, antwortete er: „Nicht unter den augenblicklich gegebenen Umständen." Kennedy habe alle Fragen direkt beantwortet und auf seine Gastgeber einen guten Eindruck gemacht. Feldmann sei sich jenes Vorschlages, der den zukünftigen Präsidenten „verletzt" habe, nicht bewußt gewesen.

Es war nicht das erste Mal, daß die Nahost-Politik derart stark einen Präsidentschafts-Wahlkampf beherrschte. Als der Journalist Bartlett das Erlebnis seines Freundes Kennedy an Roger L. Stevens, dem späteren Leiter des John F. Kennedy-Zentrums für Bildende Künste in Washington D.C. weiterberichtete, soll dieser geantwortet haben: „Das ist ja interessant. Genau dasselbe passierte Adlai (ehemaliger US Botschafter Adlai E. Stevenson) 1956 in Los Angeles." Stevenson war damals als Demokratischer Kandidat für die Präsidentschaft gegen Dwight D. Eisenhower angetreten.

Druck von ethnischen Gruppen ist allgegenwärtig in der Parteipolitik der USA. Und weil der Präsident der Vereinigten Staaten der Vollstrecker – und zum größten Teil auch der Formende unserer Außenpolitik ist, konzentriert sich natürlich jedweder Druck auf den, der gerade Präsident ist oder der es werden will. Wenn der Druck von Israels Freunden kommt, geben Präsidenten – und Präsidentschaftskandidaten – sehr oft nach.

Die Pressionen der Lobby auf das Weiße Haus vollziehen sich auf verschiedenen Ebenen. Der direkte Druck – von Mann zu Mann – ist sehr unterschiedlich und hängt von den Neigungen des jeweils gerade amtierenden Präsidenten ab. Einige dieser Lobby-Aktivisten sind enge, persönliche Freunde, deren Einfluß auf eine einzige Präsidentschaft beschränkt ist. Das traf zum Beispiel auf die intime Freundschaft Harry S. Trumans mit Ed Jacobson zu, der sein ehemaliger Partner im Herrenmodenhandel und zugleich glühender Zionist war. Herr und Frau Arthur Krim – er war Vorsitzender der Juden von New York – unterhielten enge freundschaftliche Beziehungen zu Lyndon B. Johnson. Ein Beamter des Weißen Hauses aus dieser Zeit erinnert sich: „Arthur Krim hielt sich in entscheidenden Momenten vor dem 1967-Krieg auf der LBJ-Ranch auf, und seine Frau Mathilde war oftmals Gast des Weißen Hauses während des Krieges." Aufzeichnungen des Weißen Hauses zeigen, daß Frau Krim tatsächlich häufig mit Johnson telefoniert hatte.

Andere jüdische Führer wahren ihre Beziehungen von einer Amtszeit zur anderen. Abraham Feinberg von New York, der Kennedy im Oktober 1960 zu jenem Dinner eingeladen hatte, hielt über Jahre hinweg vertrauliche Verbindung zum Weißen Haus. Während der Amtszeit Johnsons war er dort häufiger Gast. Aber erst 1984, in der Sitzung vor dem Präsidentschaftswahlkampf, brachte er die führenden Demokratischen Kandidaten Walter Mondale und Gary Hart in seiner New Yorker Wohnung zu einem Privatgespräch zusammen. Philip Klutznick von Chicago, ehemaliger Präsident von B'nai B'rith, hielt während der Amtszeiten von Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson und Carter enge Kontakte.

Manchmal konnten israelische Diplomaten auch verwandtschaftliche Beziehungen nutzen, die ihnen einen direkten Zutritt zum Präsidenten gestatteten. Ephraim Evron z.B., Chefdelegierter der Israelischen Botschaft und Freund aus den Senatstagen, unterhielt sich manchmal privat mit Johnson in dessen Regierungsbüro, dem sogenannten *Oval Office*.

Weitere Möglichkeiten der Einflußnahme auf das Staatsoberhaupt bieten sich den engen Mitarbeitern des Präsidenten – seinem Ratgeber für Beziehungen zur Jüdischen Gemeinde oder anderen seiner Topberater. Mit leisem Lächeln erzählte Präsident Kennedy einem Freund, daß während seiner Abwesenheit von Washington Myer Feldmann, sein Berater in jüdischen Angelegenheiten, gelegentlich jüdische Führer ins Weiße Haus zu einem Gespräch im Kabinettssaal eingeladen hatte.

Die dritte Möglichkeit, auf den Präsidenten Druck auszuüben, geschieht auf höchster Ebene der Ministerien – im Außenministerium, Verteidigungsministerium und im Nationalen Sicherheitsrat, wo israelische Regierungsbeamte und Gruppen von pro-israelischen US-Bürgern vorsprechen, um den Kabinettsmitgliedern oder Chefdelegierten ihre dringenden Anliegen vorzutragen (siehe 5. Kapitel).

„Die Wähler sind gegen Sie"

Bereits zu Beginn der Amtsperiode von Harry S. Truman hatten die Zionisten damit begonnen, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie verstärkten ihren Druck vor allem 1947, als sich Truman anfänglich gegen die Gründung eines Jüdischen Staates in Palästina äußerte. Jüdische Aktivisten belegten die Anzeigenspalten der Zeitungen, um durch Werbekampagnen die Betroffenheit und die Wut der Öffentlichkeit über den Holocaust in eine breite Unterstützung umzuwandeln für die Idee eines nationalen jüdischen Heimatlandes.

Als Truman sich weiterhin widersetzte und öffentlich die Bürger drängte, „die Erregung der Bewohner Palästinas" möglichst nicht zu schüren, telegrafierte eine Gruppe Juden aus New Jersey: „Ihre Palästina-Politik ... hat Sie 1948 unsere Unterstützung gekostet." Mit dem Näherrücken des Wahltages war dies eine deutliche Erinnerung an die unerbittlichen politischen Fakten des Lebens. Zwei Drittel der amerikanischen Juden lebten in New York, Pennsylvania und Illinois, und diese Staaten würden 110 Wahlstimmen bei der Präsidentschaftswahl abgeben. Da man ihn trotz seiner Amtszeit für die bevorstehende Wahl schon als Unterlegenen betrachtete, wußte Truman nur allzu gut, daß er diese Stimmen zu seinem Sieg gewinnen mußte.

Mit der Ankündigung, daß es bald einen Staat Israel geben werde, rief Truman seine Botschafter aus dem Nahen Osten zu-

sammen, um deren Meinung zu hören. Ihr Sprecher Pinkerton „Pinky" Tuck, US-Botschafter in Ägypten, riet von einer sofortigen Anerkennung des Staates Israel ab. Er riet seinem Präsidenten, die Entscheidung sollte solange verschoben werden, bis die Konsultationen mit den arabischen Staaten erfolgt seien, was Trumans Vorgänger dem König von Saudi-Arabien versprochen hatte.

Truman antwortete: „Mr. Tuck, Sie mögen durchaus Recht haben, aber die Wählerstimmen sind gegen Sie." Bei der Entscheidung zur sofortigen Anerkennung Israels wies Truman nicht nur Tucks Rat, sondern auch den seiner militärischen und diplomatischen Berater zurück. Stattdessen folgte er den Ratschlägen seines engen Freundes und ehemaligen Partners aus der Zeit des Herrenmodengeschäftes, Ed Jacobson. Tatsächlich betrachtet man im pro-israelischen Lager Trumans damalige schnelle Anerkennung des Staates Israel rückschauend als grundlegendes Exempel eines Lobby-Erfolges, der weniger mit den üblichen Druckmitteln, als vielmehr durch einen „Schlüssel-Kontakt" errungen worden war. Jacobsons zionistische Ansicht wurde von Trumans politischen Beratern, insbesondere von Clark Clifford, geteilt.

Außenminister George C. Marshall hatte stärkstens gegen diese Entscheidung opponiert, indem er Truman bereits einige Zeit nach der Bekanntgabe seiner Ernennung frank und frei gestand, daß – sollten am nächsten Tag erneut Wahlen stattfinden – er ihn nicht wählen würde. Die Ansichten in Israel waren natürlich andere. Bei seinem im Jahre 1949 erfolgten Besuch im Weißen Haus sagte der Oberste Rabbi von Israel zu unserem Präsidenten: „Gott legte Sie in den Schoß Ihrer Mutter, damit Sie einst zum Mittler werden für die Wiedergeburt des Staates Israel nach 2000 Jahren."

Parteipolitisch gesehen hat sich Trumans Entscheidung ausgezahlt. Am Wahltag erhielt er national 75 % der jüdischen Stimmen, was ihm zu einem knappen Sieg verhalf – und zu einem permanenten Ehrenplatz auf den israelischen Briefmarken sowie in den Herzen der Zionisten.

„Bestürzt über ‚Partei-Entscheidungen'"

Das Verhalten des US-Präsidenten gegenüber dem Staat Israel wendete sich in die entgegengesetzte Richtung, nachdem Tru-

mans Nachfolger, Dwight D. Eisenhower, dessen Amt übernommen hatte. Er widersetzte sich den Pressionen seitens der Israel-Lobby, und er zwang Israel bei drei Gelegenheiten, die Hauptziele ihrer Politik aufzugeben, für die es sich öffentlich und nachhaltig eingesetzt hatte.

Im September 1953 befahl Eisenhower die Streichung aller Unterstützungsgelder, etwa $ 26 Millionen, bis Israel seine Arbeit an der Kanalumleitung einstelle, die unter Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarungen von 1949 am Jordan gebaut wurde. Dieses Projekt sollte Israel die Kontrolle über die für alle Nationen in diesem Gebiet notwendigen Wasserquellen garantieren. Es war das erste Mal, daß ein US-Präsident tatsächlich jegliche Unterstützung für Israel untersagt hatte. Er wies auch das Finanzministerium an, eine Anordnung zu verfassen, um den steuerabzugsfähigen Status von Zuwendungen für die Organisation *United Jewish Appeal* und andere Vereinigungen, die in den USA Fonds für Israel errichteten, zurückzunehmen.

Wie vorauszusehen, wirbelte Eisenhowers Entscheidung enormen Staub auf. Dr. Israel Goldstein sagte vor einer Versammlung von 20.000 Zuhörern, die im New Yorker Madison Square Garden den dreitausendsten Geburtstag Jerusalems feierten: „Dem Frieden ist nicht gedient, wenn man – als Mittel ungerechtfertigten Zwanges – eine Hilfe verweigert." Die New Yorker Mitglieder des Kongresses schlossen sich der Welle der Entrüstung an. Senator Robert Wagner bezeichnete die Entscheidung „grausam und zügellos", und der Kongreßabgeordnete Emanuel Celler prangerte sie als ein „voreiliges Urteil" an. Alle großen jüdischen Organisationen mißbilligten die Aktion.

Eisenhower aber hielt unnachgiebig an seiner Verfügung fest, mit dem Ergebnis, daß sich Israel – knapp zwei Monate später – zum Abbruch der Arbeiten an dem Projekt der Flußumleitung bereit erklärte. Der Präsident hatte die erste Runde gewonnen: Die Konfrontation wurde verschoben und die Unterstützung für Israel wieder aufgenommen. Letztendlich unterblieb auch die Anordnung zur Beendigung des privilegierten Steuerstatus, dessen sich die Zionisten erfreuten.

Ein paar Tage vor seiner Wiederwahl war im Oktober 1956 Präsident Eisenhower jedoch erneut mit der Lobby konfrontiert. Diesmal hatte Israel mit Großbritannien und Frankreich einen geheimen Deal ausgehandelt, bei dem die drei Nationen einen militärischen Angriff auf das Nasser-Regime in Ägypten koordinieren wollten, das sich gerade den Suezkanal einverleibt hat-

te. Israel würde von der Sinaiwüste her angreifen und in Richtung Suezkanal marschieren, während die britischen und französischen Streitkräfte nach einem Luftbombardement von Norden her eindringen würden.

Die Regierungen der Alliierten waren davon ausgegangen, daß die Vereinigten Staaten sich nicht einmischten; Frankreich und Großbritannien glaubten, Eisenhower würde es auf eine öffentliche Kraftprobe mit seinen Verbündeten aus den Kriegsjahren nicht ankommen lassen. Inzwischen stand aber die US-Präsidentschaftswahl vor der Tür, und Israel rechnete damit, daß durch den von seiner amerikanischen Lobby ausgeübten Druck auf die Parteien der Präsidentschaftskandidat Eisenhower aus dem Rennen gedrängt würde. Diese Hoffnung sollte sich jedoch als Fehlkalkulation erweisen.

Als am 29. Oktober der israelische Angriff auf Ägypten gestartet wurde, ließ Eisenhower sofort sämtliche wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen für Israel stoppen. Er genehmigte lediglich die bereits auf dem Weg befindlichen Lebensmittellieferungen. Diese Maßnahmen verursachten einen derartigen Druck, daß Israel seinen Angriff sofort abbrach. Die Briten und Franzosen – sie waren durch die Haltung der USA ebenfalls in schwere Bedrängnis geraten – hatten ihre Invasion vom Norden her wieder abgeblasen.

Obwohl er wegen seiner Nahost-Politik heftigen Angriffen ausgesetzt war, wurde er als Präsident dennoch überlegen wiedergewählt. In der Tat stimmten 1956 mehr Juden für Eisenhower (40 Prozent) als 1952, als ihn nur 36 Prozent gewählt hatten.

Eisenhowers Probleme mit Israel waren jedoch noch längst nicht überwunden. Selbst nachdem die Invasion abgebrochen war, beschloß Israel, seine Besatzungsstreitkräfte im von Ägypten verwalteten Gazastreifen sowie auf dem strategisch wichtigen Stützpunkt Sharm el-Sheik am Zugang zum Golf von Aqaba zu belassen. Trotz Proteste der Vereinigten Staaten und sechs Resolutionen der Vereinten Nationen verweigerte Israel den Rückzug seiner Truppen. Als eine Woche nach der anderen reaktionslos verstrichen war, erhielt die Lobby Verstärkung für ihre Pressionen gegen die Position Eisenhowers. Nicht nur Eleanor Roosevelt, sondern auch der frühere Präsident Truman sowie die Führer beider Parteien im Senat, der Demokrat Lyndon Johnson aus Texas und der Republikaner William Knowland aus Kalifornien, standen im anderen Lager.

Als er erfuhr, daß die Vereinigten Staaten die UNO-Sanktionen gegen Israel möglicherweise unterstützen könnten, drohte Knowland mit seiner Abdankung als Mitglied der UNO-Delegation und warnte Außenminister John Foster Dulles: „Dies wird eine Trennung unserer Wege bedeuten". Dulles beharrte aber auf seinem Standpunkt: „Ich meine, Sie sollten einmal darüber nachdenken. Wir können nicht unsere gesamte Politik in Jerusalem machen lassen."

Dulles wandte sich an Henry Luce, Inhaber der Time Inc. und Verfechter der israelischen Interessen: „Mir ist bewußt, wie unmöglich es doch ist, in diesem Lande eine Außenpolitik zu betreiben, die nicht von den Juden gebilligt ist. Ich werde trotzdem versuchen, Außenpolitik zu machen. Dies heißt nicht, daß ich anti-jüdisch eingestellt bin. Aber ich glaube daran, was George Washington in seiner Abschiedsrede gesagt hatte: daß die emotionale Verbundenheit zu einem anderen Land nicht zu Konflikten führen sollte."

Für Eisenhower war es ein entscheidendes Problem. Deshalb hatte er die Zweiparteien-Führerschaft des Kongresses ins Weiße Haus gebeten, um sich ihrer Unterstützung zu versichern. Da sie sich aber nicht mit Israel-Aktivisten anlegen wollten, hatte die Gruppe das Ansinnen abgelehnt. An diesem Abend schrieb der Präsident in sein Tagebuch: „Als ich über die Kleinlichkeit bei der Diskussion von heute morgen nachgedacht habe, fand ich es irgendwie erschreckend, daß parteipolitische Überlegungen derart stark die Entscheidungen über Leben und Tod und Frieden oder Krieg beeinflussen."

Im Frühjahr 1957 wandte sich ein entschlossener Präsident dann in einer TV-Ansprache mit seinem Anliegen an das amerikanische Volk: „Sollte man einem Volk, das – angesichts der Mißbilligung durch die Vereinten Nationen – fremdes Territorium überfällt und besetzt, auch noch gestatten, daß es für den Fall des Truppenabzuges seine eigenen Bedingungen diktieren darf? Wenn wir es zuließen, daß der Agressor durch einen bewaffneten Überfall ebenso leicht an sein Ziel gelangen kann, dann fürchte ich, haben wir die Uhr der internationalen Ordnung zurückgedreht."

Hierauf wurde das Weiße Haus durch Briefen und Telegramme überflutet, die aber fast durchwegs von Juden stammten, von denen sich 90 Prozent für die Interessen Israels engagierten. Dulles beschwerte sich: „Es ist unmöglich bei der Stange zu bleiben; denn von den Protestanten im Lande erfahren wir keine

Unterstützung. Alles was wir bekommen, sind Prügel von den Juden."

Eisenhower blieb unbeirrt und erklärte, daß die Vereinigten Staaten eine Resolution über UNO-Sanktionen unterstützen würden, sollte sich Israel nicht von der gesamten Sinaihalbinsel sowie aus dem Gazastreifen zurückziehen. Er drohte, alle Steuervorteile zu streichen, die den Gönnern der israelischen Sache bisher gewährt worden waren. Konfrontiert mit solchen Erwartungen, hatte Israel schließlich kapituliert – und sich aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen.

„Waffentransporte sind ... klar zum Start"

Israel war es unter den nächsten Machthabern im Weißen Haus besser ergangen. Die Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson begannen damit, Israels militärische Aktivitäten zu unterstützen – und sie nicht mehr zu unterbinden.

Obwohl es keinen Beweis gibt, wonach Kennedy den besagten Dinnerparty-Vorschlag – Kontrolle über die Nahost Politik im Tausch mit Wahlkampfgeldern – tatsächlich akzeptierte, hatte er am Wahltag 1960 dennoch gut abgeschnitten. Er erhielt 82 Prozent der jüdischen Stimmen, wobei er sogar noch Harry Trumans seinerzeitiges Ergebnis mit 75 Prozent überbieten konnte. Vor diesem Hintergrund traf er als neuer Präsident eine für Israels militärische Pläne lebenswichtige Entscheidung: Zum ersten Male wurde der Verkauf von US-Waffen an Israel gebilligt.

Aber Israels militärisches Schicksal erfuhr mit dem späteren Einzug Präsident Lyndon B. Johnsons in das Oval Office einen noch viel größeren Auftrieb. Johnsons Sympathie für den Unterlegenen – diese war auf die Israelis bezogen – machte ihn für deren Forderungen und ihre Lobby in den USA noch gefügiger. Zu den Freunden Israels mit besonderem Einfluß gehörten Arthur Goldberg, US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Philip Klutznick von Chicago sowie drei New Yorker, nämlich Abraham Feinberg und Arthur und Mathilde Krim. Letztere arbeiteten häufig mit den Rostow-Brüdern zusammen – mit Walt Rostow, Johnsons Nationaler Sicherheitsberater, und Eugene Rostow, Staatssekretär für Politische Angelegenheiten im US-Außenministerium.

In einem Brief an Feinberg vom September 1966 forderte Klutznick eine verbesserte Beziehung zwischen Johnson und

der amerikanischen Jüdischen Gemeinde. Er wollte keine jüdischen Differenzen mit Johnson aufkommen lassen, etwa wegen des Vietnamkrieges oder der Unterstützung von Privatschulen, welche die amerikanische Hilfeleistungen für Israel komplizieren würden. Er bat Feinberg um Hilfe, vielmehr ein „Gefühl der Teilnahme" zu wecken. Die Ausgangspositionen lagen klar auf der Hand. Zum damaligen Zeitpunkt wünschte sich Johnson dringend eine öffentliche Unterstützung für den Krieg in Südostasien. Und die jüdischen Führer wünschten sich die Zusicherung, daß die Vereinigten Staaten dem Lande Israel in Krisenzeiten zur Seite stehen würden. Das Ausmaß der Hilfeleistungen wurde daraufhin erweitert. Für fast alle Waffenlieferungen waren Freigabegenehmigungen erteilt und umfassende Kredite verlängert worden.

Der Druck der Lobby wäre vielleicht nicht einmal nötig gewesen, um Johnson von der Unterstützung Israels zu überzeugen. Aber der Druck wurde dennoch nicht vermindert. Harald Saunders, Mitglied des Stabes des Nationalen Sicherheitsrates und später Carters Beauftragter für Nahost und Südasien im US-Außenministerium, erinnert sich an die Lawine von Telegrammen und Briefen, in denen Präsident Johnson aufgefordert wurde, hinter Israel zu stehen. Damals – im Mai 1967 – hatte Nasser gerade die *Straße von Tiran* schließen lassen: „Ich hatte 150.000 Telegramme und Briefe der Jüdischen Gemeinden kistenweise in mein Büro bekommen. Ich übertreibe nicht. Da lagen 150.000 Stück Papier herum. Überall stand dasselbe drauf. Und Johnson ordnete an, daß jede einzelne Anfrage beantwortet werden müsse."

Anfang Juni, am Tag des israelischen Angriffs auf Ägypten, erhielt der Präsident folgende dringende Botschaft von Rostow: „Arthur Krim berichtet, daß viele Waffenlieferungen verpackt und startklar seien mit Kurs Israel, aber noch zurückgehalten werden. Er hält es für sehr hilfreich, wenn diese freigegeben werden würden."

Israel führte Krieg, und dieses Mal hatte der Präsident der Vereinigten Staaten nichts dagegen einzuwenden. Die Hilfeleistungen sollten ohne Unterbrechung laufen, und Rufe nach UNO-Sanktionen gegen Israel sollten zukünftig auf harten Widerstand der USA stoßen. Die Vereinigten Staaten sollten Israels militärische Betrebungen aktiv unterstützen. Die mächtigen neuen Bindungen mit Israel würden alsbald dazu führen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sogar die Fakten der son-

derbarsten Katastrophe in der Geschichte der US-Marine bemänteln sollte – nämlich jenen dubiosen Angriff der Israelis auf die USS *Liberty* (siehe 5. Kapitel).

Saunders erinnert sich, daß nach dem arabisch-israelischen Krieg pro-israelische Interessengruppen das Weiße Haus mit der grundsätzlichen Forderung eindeckten, Israel dürfe nicht zum Rückzug aus dem von ihm besetzten Territorium gezwungen werden, ehe die arabischen Staaten einem „gerechten und anhaltenden Frieden" mit Israel zustimmten. Damit könnte Israel das besetzte arabische Territorium als Verhandlungsspielball benutzen, um seine Forderung der Anerkennung seines Staates durch die Araber durchzusetzen. Einen solchen Rechtsanspruch hatte Präsident Eisenhower den Israelis bereits nach dem Suezkrieg 1957 verweigert gehabt.

Saunders fügte hinzu: „Diese Forderung der Israelis wurde von Präsident Johnson ohne Diskussion im Nationalen Sicherheitsrat oder von anderen politischen Gremien akzeptiert. Die Entscheidung hatte tiefgreifende Auswirkungen auf den weiteren Verlauf der Ereignisse im Nahen Osten bewirkt." Laut Aussage eines anderen hohen Beamten aus jener Zeit wurde diese Taktik angewendet, weil es der Lobby inzwischen gelungen war, „mit ihrem ganzen Einfluß das Weiße Haus zu durchdringen."

Nixons Anordnung ignoriert

Obwohl Johnsons Nachfolger Richard M. Nixon nur mit geringer jüdischer Hilfe ins Amt gekommen war, unterstützte er Israel in seiner ersten Regierungszeit als Präsident so stark, daß – anläßlich seiner Wiederwahl-Kampagne 1972 – sogar der israelische Botschafter in Washington, Yitzhak Rabin, bei öffentlichen Wahlveranstaltungen für ihn auftrat. Nixon gewann 35 Prozent der jüdischen Stimmen, 20 Punkte mehr als vor vier Jahren.

1973 verteidigte er mit ganzer Macht die Interessen Israels, als die arabischen Staaten ihr von den Israelis 1967 besetztes Gebiet zurückgewinnen wollten. Während des Konfliktes erwiesen sich die Waffen und Versorgungsgüter, die Nixon per Luftbrükke nach Israel transportieren ließ, als wahrer Rettungsanker für die Israelis. Nixons Entscheidung, seine Streitkräfte weltweit in höchste Alarmbereitschaft zu versetzen, mag die Russen davon

abgehalten haben, entschiedener in das Geschehen einzugreifen.
Privat wurde Israel von Nixon kritisiert, da es nicht in der Lage wäre, mit seinen arabischen Nachbarn eine umfassende Regelung der Probleme herbeizuführen. Nixon hatte bei verschiedenen Gelegenheiten seinen Nationalen Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry Kissinger angewiesen, die Hilfeleistungen an Israel solange einzustellen, bis es kooperativer würde. Drei Tage vor seinem Rücktritt als Präsident hatte Nixon seinen Sicherheitsberater Kissinger noch beauftragt, die israelische Forderung „eines langfristigen militärischen Beistandes" abzulehnen. Kissinger schreibt in seinen Memoiren: „Er würde alle militärischen Lieferungen an Israel einstellen, bis es einem umfassenden Frieden zustimmt. Er bedauerte, dies nicht schon früher getan zu haben; er würde sich jetzt aber dafür einsetzen. Sein Nachfolger wird ihm dankbar dafür sein. Ich sollte die erforderlichen Papiere vorbereiten." Kissinger fügte hinzu, daß Nixon nicht mehr auf das Thema zurückkam. Obwohl „die entsprechenden Papiere vorbereitet waren", wurden sie, laut Kissinger „niemals unterzeichnet." Somit bestand für ihn auch keine Veranlassung mehr, die Anweisungen auszuführen. (Im Juli 1984 überprüfte Nixon den Kissinger-Bericht noch einmal. Er beurteilte ihn als korrekt und sagte, er „glaube noch immer, daß Hilfeleistungen für Israel abhängig gemacht werden sollten von Kooperationen auf der Basis eines umfassenden Abkommens."
Nehmen wir die Präsidentschaft von 1975. Ford hatte von den für Nixon vorbereiteten Papieren – sie waren inzwischen ad acta gelegt worden – keinen Gebrauch gemacht. Aber er konfrontierte Rabin, der damals gerade israelischer Premierminister geworden war, mit dem gleichen Anliegen einer umfassenden Friedensregelung. Um die Israelis zu größerer Kooperationsbereitschaft zu bewegen, gab er 1975 bekannt, daß er die US-Politik in bezug auf den Nahen Osten „neu überdenken" würde (siehe 3. Kapitel). Unter dem von der Lobby organisierten Druck auf den Senat hatte Ford alsbald sein neuerliches „Überdenken" aufgegeben. Als er sich im nächsten Jahr um eine Verlängerung seiner Amtsperiode bemühte, hatte dem Präsidenten sein Rückzugsmanöver aber keine Stimmenerfolge eingebracht. Vielmehr waren 1976 satte 68 Prozent der jüdischen Stimmen auf den Demokraten Jimmy Carter entfallen.

Durch kritiklose Unterstützung erweist man Israel keinen Gefallen

In der Zeit zwischen Carters Wahl im Jahre 1976 und seiner Amtseinführung im Januar 1977 war die israelische Lobby intensiv an der Entscheidungsbildung beteiligt, wer die US-Außenpolitik zukünftig managen sollte. Carter entschied sich für die Nominierung von Cyrus Vance als Außenminister. Vance war zweifellos ein Mann mit Anstand und Fairness, der die richtigen Vorstellungen für unsere Nahost Politik zu bieten hatte. Mit seiner Nominierung überging Carter jedoch George W. Ball, einen Mann mit denselben wichtigen Qualitäten. Ball hatte überdies auch noch einschlägige Erfahrung besessen, persönliche Stärke und weltweites Ansehen. Gerade solche Qualitäten wären angesichts der aufkommenden Krisen im Nahen Osten für Carter dringend gefragt gewesen.

Als ich George Ball im Sommer 1983 in seiner Residenz in Princeton, N.J., besuchte – ich sammelte gerade Hintergrundfakten aus dieser Zeit – war er gerade dabei, sein viertes bedeutendes Buch zu schreiben. Ich fand ihn am Ende eines schmalen, mit Karikaturen und Fotografien der politischen Vergangenheit geschmückten Korridors. Dort schwirrte er – wie in einer Zeitungsredaktion kurz vor Druckbeginn – vielbeschäftigt in einem großen, hohen Raum herum. Sein Studio war früher eine private Kunstgalerie. Jetzt war es angefüllt mit Computern, Zeitungen, Büchern und geschäftigen Menschen.

In der Mitte von alldem saß an einem U-förmigen Tisch George Ball, 73 Jahre alt. Er hatte unter zwei Präsidenten als stellvertretender Außenminister gedient; er vertrat die USA als Botschafter bei den Vereinten Nationen. Außerdem hatte er als Geschäftsführer die Geschicke einer der größten Investment-Banken von Manhattan geleitet. Jetzt fand ich ihn, auf der Tastatur seines Computers herumhackend, kaum sichtbar hinter den hohen Stapeln von Zeitungen und Büchern, damit beschäftigt, eine aus den Fugen geratene Welt wieder in Ordnung zu bringen Der *Manchester Guardian* charakterisierte ihn als „einen Idealisten, der dem Chaos mit Würde ins Auge sieht."

Ich hatte mir viele Fragen für ihn zurechtgelegt: Welchen Preis hatte Ball bezahlen müssen, nachdem er seine Meinung über das Nahostproblem deutlich zum Ausdruck brachte? Hatte Balls entschiedenes Auftreten seiner Anwaltspraxis geschadet? Waren seine Chancen für höhere Ämter dadurch verbaut wor-

den? Obwohl Ball sehr beschäftigt war, nahm er sich dennoch Zeit für unser Gespräch.

Er hatte gerade vor den Kadetten in West Point gesprochen und war schon wieder mit Neuem beschäftigt, mit einem Artikel für die *Washington Post*, in dem er die Reagan-Regierung vor kommenden Fußangeln in der libanesischen Politik warnen wollte. Er war einer meiner verehrten *Helden*, insbesondere wegen seines Mutes im Zusammenhang mit der Vietnampolitik. Ich bewunderte seine Brillanz als Autor. Er war äußerst wortgewandt und witzig. Als solcher erinnerte er mich – obwohl sie über unsere Vietnampolitik verschiedener Ansicht waren – immer wieder an seinen Kollegen aus der Johnson-Regierung, den ehemaligen Außenminister Dean Rusk.

„Ich werde in einer Minute bei Ihnen sein", sagte Ball. Er hämmerte noch ein paarmal auf seine Computertasten, dann stand er auf, fischte die Diskette aus dem Apparat und sagte seinem Assistenten, Lee Hurford: „Drucken Sie alles aus." Seine Statur von 1.87 Meter war eine Ballung von Stärke und Vertrauen. Während er sich den Weg durch seine scheinbare Unordnung bahnte, erklärte er: „Ich bin süchtig nach dieser Maschine. Ich würde niemals mehr eine Schreibmaschine benutzen. Ich pendle auch nicht mehr nach Manhattan", fügte er hinzu und zeigte mit einer Geste den Korridor entlang – „denn ich kann abends hier hereinschlüpfen, wenn ich bestimmte Ideen habe, die ich mir aufschreiben muß."

Aufgeschrieben hat er seine Vorstellungen ohne Zweifel, so etwa, wie in all den Jahren auch viele Diplomaten die Israel-Politik immer wieder kritisierten – meistens aber nur in privatem Kreise. Diejenigen, die öffentlich ihre Meinung geäußert haben, taten dies für gewöhnlich in zurückhaltender Weise. Obwohl er nie mit der Faust auf den Tisch geschlagen hatte, kannte Ball – wie seine engsten Freunde berichten – dennoch keine Zurückhaltung.

Ball hatte aber wegen seiner Offenheit in der Israel-Politik einen hohen Preis bezahlen müssen. Er war einer von drei Kandidaten, die unter Carter für die Berufung zum Außenminister zur Debatte standen. Abgesehen von seinen bekannten Äußerungen über die Nahost-Politik, wäre seine Nominierung auch sicher gewesen. Seine politischen und beruflichen Referenzen waren einwandfrei. Als linientreuer Demokrat hatte er sich mit Eifer zweimal bei Wahlkämpfen für den Präsidentschaftskandidaten Adlai E. Stevenson eingesetzt. Bei den Präsidentschaftswahlen

1959 stand er hinter John F. Kennedy. Seine diplomatische Erfahrung und sein Prestige waren vielseitig und unübertroffen. Er diente als zweiter Mann im Außenministerium, unter Präsident John F. Kennedy und Lyndon Johnson. Während dieser Amtszeiten bearbeitete er vertraulich sechs Jahre lang u.a. die kubanische Raketenkrise und die meisten anderen großen Aufgaben unserer Außenpolitik. Er übernahm das Amt des Botschafters bei den Vereinten Nationen, einen Job, den er nicht wollte; aber dennoch annehmen mußte. Er sagte: „L.B.J. (Lyndon B. Johnson) hatte mich bedrängt!"

Ball stellte die Militärpolitik innerhalb der Regierungskreise massiv in Frage. Bei bestimmten politischen Anfragen holte sich Johnson für gewöhnlich seinen Rat im Kabinett. Meistens sagte er dann: „Und jetzt wollen wir hören, was Ball dagegen zu sagen hat." Ball hatte ständig gegen die Truppenmassierungen in Vietnam argumentiert. Die *Washington Post* beschrieb ihn als „die konsequente Taube in einer Regierung aus Falken." Sein enger Freund, der Journalist Walter Lippman, drängte ihn wiederholt, das Amt unter Protest niederzulegen: „So, wie Du empfindest, solltest Du abtreten und Deine gegenteilige Meinung publik machen." Ball winkte ab. Auch wenn Johnson für gewöhnlich seinen Rat zurückwies, hielt es für wichtig, daß die Kritik am Kriege von der Regierung selbst ausgehen müsse.

Ball war einer der best bekannten und bewunderten Diplomaten Amerikas. Aber wahrscheinlich hatte er sich seine Chance, Carters Außenminister zu werden, selbst verbaut, und zwar durch einen Artikel mit dem Titel „Die aufkommende Krise in den israelisch-amerikanischen Beziehungen." Diese Arbeit war in der Winterausgabe 1975/76 des *Foreign Affairs* erschienen mit dem Resultat, daß sie einen Sturm der Proteste seitens der Jüdischen Gemeinden verursachte.

In dem Artikel erinnerte Ball an Präsident Eisenhowers Forderung, derzufolge sich Israel aus Sinai zurückziehen solle. Diese Aufforderung war „das letzte Mal, daß die Vereinigten Staaten jemals den drastischen Wünschen einer israelischen Regierung mit einer energischen Aktion begegneten und darauf beharrten." Für Ball war dieses Ereignis ein Scheideweg: „Danach begannen die amerikanisch-jüdischen Führer eine der wirkungsvollsten Lobbies von Washington aufzubauen, die jetzt eng mit der Botschaft Israels zusammenarbeitet."

Er beklagte sich über das routinemäßige Durchsickern von Informationen der allerhöchsten Geheimhaltungsstufe: „Nicht nur

die amerikanischen Gönner Israels haben einen mächtigen Einfluß auf viele Mitglieder des Kongresses. Es kann praktisch keine Aktion im Zusammenhang mit den Interessen Israels unternommen, ja – nicht einmal diskutiert werden, ohne daß die Regierung Israels blitzschnell davon erfährt." Er klagte über die Zurückweisung des Vorschlages der USA zu einem Zeitpunkt, da Israels Abhängigkeit von den US-Hilfsmaßnahmen den „absoluten Höhepunkt erreicht hatte". Dennoch war er nicht überrascht, daß Israel einen unabhängigen Kurs verfolgte: „Die Israelis sind es schon so lange gewöhnt, zu erwarten, daß die Amerikaner ihr Land unterstützen, ganz egal, wie oft sie ihrerseits amerikanische Ratschläge und Proteste sowie auch Amerikas eigene Interessen mißachten."

Trotz derartig scharfer Kritik war Ball dennoch von Präsidentschaftskandidat Carter eine Zeit lang als erster Berater für außenpolitische Fragen in Betracht gezogen worden. Als Carter schließlich zum Präsidenten gewählt worden war, hatte man Ball im Besetzungsverfahren des neuen Kabinetts von drei Endkandidaten für den Posten als Außenminister vorgesehen. Die anderen beiden Finalisten waren Paul Warnke, früherer zweiter Verteidigungsminister, und natürlich Cyrus Vance.

Zbigniew Brzezinski, Carters Nationaler Sicherheitsberater, schrieb in seinem Buch *Macht und Grundsatz*, daß Ball in der Zeit vor dem Wahltag sein bevorzugter Kandidat für den Posten des Außenministers gewesen sei, auch wenn er dann auf Vance zurückgegriffen habe. Nach seiner Meinung während des Nachwahlverfahrens in Plains (Georgia) gefragt, antwortete Brzezinski gegenüber Carter, daß Ball „ein großer Praktiker, aber wahrscheinlich ein schlechter Organisator ist, ein mit Bestimmtheit auftretender Mann, aber wahrscheinlich gehandikapt durch seine kontroverse Stellung hinsichtlich Nahost." Er sagte, Balls Benennung zum Außenminister würde „in Westeuropa und Japan äußerst positiv aufgenommen werden, wahrscheinlich jedoch weniger positiv in den Entwicklungsländern – und negativ in Israel."

Einige jüdische Führer drängten Carter, er möge Ball keinen bedeutsamen Posten in seiner Regierung zur Verfügung halten. Das Charakteristikum, wodurch Ball für die jüdische Lobby unakzeptabel wurde, war seine Aufrichtigkeit. Er fürchtete sich nicht, alles offen auszusprechen und die israelische Politik zu kritisieren. Carter verdrängte Ball aus seinen Überlegungen.

Nachdem Carters Auswahlverfahren für das Kabinett abge-

schlossen war, hatte Ball in gewohnter Weise weiterhin offen seine Meinung geäußert. Anfang 1977 schrieb er einen neuen Artikel in *Foreign Affairs* „Wie kann Israel vor sich selbst gerettet werden?" Darin drängte er die neue Regierung, endlich eine umfassende Regelung festzulegen, die fair sein sollte für Palästina und auch für Israel. Eine zeitlang bewegte sich Carter in diese Richtung. Er versuchte sogar über Saudi-Arabien mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Verbindung zu kommen. Als dieser Ansatz aber im Sande verlief, richtete Carter sein Augenmerk auf den Versuch, eine Regelung zwischen Ägypten und Israel in Camp David zu erreichen, wo – nach Balls Ansicht – Begin ein falsches Spiel mit Carter trieb. „Ich habe mit Carter kurz vor Camp David gesprochen. Wir hatten ein langes gemeinsames Essen. Er erzählte mir, er wolle versuchen, eine befriedigende Regelung der Nahostprobleme zu erreichen. Darüber hegte ich keinen Zweifel, und ich glaube, er wollte dies von ganzem Herzen." Nach Camp David machte Israel Carters Ziele zunichte, indem es weiterhin seine Siedlungen im besetzten Territorium baute und den Fortschritt zur Autonomie der Palästiner in den West Banks blockierte.

Obwohl er nicht der Carter-Regierung angehörte, war Ball weiterhin stets ein gern gesehener Gast bei TV-Interview-Sendungen. Eine dieser Sendungen führte zum öffentlichen Schlagabtausch mit einem jüdischen Führer. Bei einem Podiumsinterview Ende 1977 sagte Ball, er habe das Empfinden, die Jüdische Gemeinde in den USA habe die Interessen der Vereinigten Staaten „in vielen Fällen aufs Nebengeleise geschoben".

Für Morris B. Abram, Anwalt in Manhattan und ehemaliger Präsident des Amerikanisch Jüdischen Komitees, war dies eine Kampfansage. Im Jahr zuvor war Abram noch auf der Liste derer zu finden, die Balls Wahl zum Außenminister unterstützt hatten. Jetzt schrieb ihm Abram einen öffentlichen Brief in der *Washington Post*, in dem er den Vorwurf erhob, daß solche Bemerkungen Ball entlarvten „als einen Mann, der bereitwillig die uralten Schmähungen der Juden aufnimmt und verbreitet."

Mit seiner Antwort in der *Washington Post* stellte Ball richtig, was er mit seiner Formulierung, wonach „selbst der glühendste Zionist Israel bewußt Amerika vorziehe" gemeint hatte. Er erklärte: „Ich möchte eher sagen, daß die Auswirkungen ihrer unkritischen Ermutigung für Israels höchst unangemessene Aktionen nicht ganz mit den Interessen der Vereinigten Staaten ver-

einbar sind." Seine Korrespondenz mit Abram wurde in der *Washington Post* veröffentlicht. Ball schloß:

„Wenn führende Mitglieder der Amerikanisch Jüdischen Gemeinde der (israelischen) Regierung – was immer sie tut – unkritischen und unqualifizierten Beifall zollen und Ermutigung zusprechen – während sie soweit als möglich jede Kritik an ihren Aktionen im Kongreß und den öffentlichen Medien totzureden versuchen, leisten sie in meinen Augen weder sich selbst noch den Vereinigten Staaten gute Dienste."

Während der Reagan-Regierung war Ball einer der wenigen Demokraten, die versuchten, ihre Partei wieder zur Nahost-Moral von Eisenhower zurückzuführen. Von Reagan sagte er: „Er verlangte nicht – wie er es dem Gesetz nach hätte tun sollen – daß wir die gebotenen Strafen erzwingen, wenn Israel nicht aufhören würde, mit jenen Waffen, die wir ihnen nur zur Selbstverteidigung geliefert haben, Zivilisten zu ermorden. Stattdessen setzte er sie unter Druck, indem er unsere eigenen Marinesoldaten der Gefahr aussetzte, die Ordnung aufrechtzuerhalten, während er gleichzeitig die PLO-Führer überredete, vom Märtyrertod abzulassen, statt ihm ins Auge zu schauen."

Ball hatte ohne Rücksicht auf seinen beruflichen und politischen Werdegang die Dinge immer offen beim Namen genannt. Er gab zu, daß seine unsanften Äußerungen zu den Nahostproblemen seiner beruflichen Karriere „sicherlich nicht dienlich" waren:

„Ich bin sicher, daß meine Partner bei Gebrüder Lehmann ziemlich viel erleiden mußten. Aber sie waren tolerante und verständnisvolle Menschen. Ich hatte nie das Gefühl, ich würde was verlieren, wenn ich offen meine Meinung sagte. Politisch bin ich unantastbar, aber ich weiß, daß mich gewisse Gruppen von Leuten lieber erschießen würden, als sich mit mir auseinanderzusetzen."

Zwar wurde wegen seiner Ansichten niemals auf ihn geschossen, aber seine Zusammenstöße mit der Israel-Lobby waren zahlreich. Sie hatten bereits zu Beginn seiner Karriere begonnen. Ball erinnerte sich an jenen Tag während des Präsidentschaftswahlkampfes 1952, an dem ein pro-israelischer Abgesandter in Adlai Stevensons Wahlkampfhauptquartier von Springfield, Illinois, gekommen war. Der Abgesandte berichtete Ball, daß seine Freunde „sehr viel Geld" gesammelt hätten. Aber sie wollten zuerst „die Israel-Frage diskutieren", bevor sie es übergeben. Ball zufolge hatte sich Stevenson mit der Gruppe

getroffen. „Er traf sich zwar mit jeder Gruppe", aber – er „machte niemals die erwarteten Versprechungen".

Bei den letzten Präsidentschafts-Wahlveranstaltungen erlebte Ball einen Lobbydruck ganz anderer Art. Beeindruckt von den frühen Erklärungen John B. Andersons, gab Ball anfangs 1979 bekannt, daß er für jenen abtrünnigen Republikaner stimmen wolle, der sich der Präsidentschaftswahl als unabhängiger Kandidat gestellt hatte. Nachdem er davon gehört hatte, erhielt Ball einen begeisterten Anruf von Anderson, der ihn „demnächst" in Princeton aufsuchen wollte. Anderson änderte jedoch seine Meinung. Er ist niemals gekommen. Sein Wahlkampfstab hatte ihn überzeugt, daß – wenn er als Kandidat Fortschritte machen möchte – er lieber die pro-israelischen Verbindungen pflegen solle. Anderson ging Ball aus dem Wege – und stattete Israel einen zeremoniellen Besuch ab.

Der alternde Politiker hatte 1983 ein ähnliches Erlebnis. Eines Morgens war – nach einer Aussage vor dem Senatskomitee für Auslandsbeziehungen – der Senator John Glenn auf ihn zugekommen, der sich bereits auf dem Präsidentenparkett übte. Er bat, Ball möge ihn anrufen, da er seinen Rat in außenpolitischen Fragen einholen wollte. Nach vergeblichen Versuchen, telefonisch durchzukommen, schrieb Ball ihm ein paar Zeilen. Darin erklärte er seine Bereitschaft, Glenn zu helfen. Er fertigte auch eine Liste mit den Namen von Schülern und ehemaligen Diplomaten, die dem Kandidaten in den hektischen Tagen der Wahlschlacht mit Ideen, Aussagen und Reden helfen könnten. Ball hatte dasselbe bereits für Adlai Stevenson getan, damals im Jahre 1956. Einige Wochen später kam ein Brief von Glenn mit der Erklärung, daß er lieber den Empfehlungen seines Wahlkampfteams folgen würde. Damit endete Balls Verbindung zu Glenn.

Trotz der einschüchternden Faktoren, die Carter, Anderson und auch Glenn veranlassten, seine Hilfe zurückzuweisen, wird – nach Balls Ansicht – die Effektivität der Lobby-Macht überbewertet. Während sie in strategisch wichtigen US-Staaten viele Wähler kontrolliert und den Kandidaten finanzielle Unterstützung bietet, ist dies – wie Ball behauptet – nicht der Schwerpunkt ihrer Einflußfaktoren.

Ball ist der Auffassung, daß die stärkste Waffe der Lobby vielmehr ihr Bestreben ist, stärksten Gebrauch von der Anschuldigung des Antisemitismus zu machen: „Sie haben eine große Sache, die für sie arbeitet. Die meisten Menschen haben fürchterliche Angst, als *antisemitisch* eingestuft zu werden. Und die Lob-

by wirft eine Kritik an Israel immer wieder mit *Antisemitismus* in einen Topf. Sie hacken ständig auf diesem Thema herum, und die Menschen schrecken davor zurück, offen ihre Meinung zu sagen."

Nach Balls Auffassung haben viele Amerikaner ein „Schuldgefühl" wegen der Ausrottung von Juden durch die Nazis in Deutschland. Das Ergebnis dieses Schuldgefühles ist, daß die Furcht, als antisemitisch abgestempelt zu werden, „viel wirkungsvoller die Kandidaten und öffentlichen Führungskräfte zum Schweigen bringt, als etwa Drohmaßnahmen mit Wahlkampfgeldern oder Wählerstimmen."

Er war nicht konsequent

Obwohl er ohne die Dienste von George Ball seine Amtsgeschäfte weiterführte, gab sich Jimmy Carter vorübergehend den Anschein, als würde er als Präsident gegen Israel standhaft bleiben und im Nahen Osten eine Politik im Interesse der USA führen. Er hatte das Präsidentenamt übernommen mit dem festen Willen, den arabischen aber auch den israelischen Interessen gegenüber fair zu sein. Und als er schließlich im Amt war, befürwortete er sogar ein Heimatland mit sicheren Grenzen für die Palästinenser (siehe Einleitung).

Während diese Bemühung bald im Sande verlief, verzeichnete er woanders außenpolitisch große Fortschritte. Über das Zustandekommen der Camp David-Abkommen hinaus, konnte seine Regierung auch den Abschluß des Vertrages mit Panama verzeichnen, die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen mit China, eine große Reform in der internationalen Handelspolitik. Nicht zuletzt brachte sie auch die Initialabkommen mit der Sowietunion zustande, über den Abbau strategischer Waffen. Aber alles in allem mangelte es der Carter-Regierung in der Nahost-Politik an konsequenter Entschlossenheit und stärkerem Engagement.

Carter war bestürzt, als die Juden in den Vereinigten Staaten sich wegen seiner Staatsführung noch immer verstimmt zeigten – trotz seiner gewaltigen Anstrengungen für das Zustandekommen des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel, einem langersehnten Ziel der Israelis. Ein langgedienter Diplomat, der auf zwanzig Dienstjahre zurückblicken konnte, erinnert sich an die Pressionen seitens jüdischer Gruppen, wie sie nach dem ge-

meinsamen Communiqué der USA und der Sowjetunion im Oktober 1979 angewandt worden waren. Carter hatte sich bemüht, die Genfer Konferenz wegen der Nahostprobleme wieder aufleben zu lassen, um die arabisch-israelische Auseinandersetzung umfassend beizulegen. Die amerikanische Jüdische Gemeinde hatte schärfstens dagegen protestiert. Der Diplomat erzählt: „Ich erinnere mich, daß ich alle Hände voll zu tun hatte, um die protestierenden, jüdischen Gruppen zu empfangen. Einmal habe ich die Leute zusammengezählt, die sich als Vertreter der einzelnen Gruppen ausgegeben hatten. Dabei stellte ich fest, daß ich mit der halben Jüdischen Gemeinde der Vereinigten Staaten zusammengekommen war."

Die einzelnen Gruppen waren bestens vorbereitet, und alle – so sagte er – benutzten die gleichen Redewendungen: „Es war wirklich ein schreckliches, unpatriotisches Angebot, die Russen zurück in den Nahen Osten einzuladen; das war anti-israelisch, ja fast antisemitisch. Ich hätte viel Zeit damit verbringen müssen, um die jüdischen Gruppen in den Büros der Senatoren und Kongreßmitglieder im Kapitol zu empfangen. Ein anderes Mal kamen Grupen von 20 bis 40 Personen zu mir in meinen Konferenzraum im Außenministerium. Inzwischen sprach Außenminister Vance mit anderen Gruppen – und der Präsident hatte Gleiches zu tun.

Der Druck war kaum noch auszuhalten, so daß Carter sich der Lobby beugte und sein Angebot sehr schnell wieder aufgab. Auch Carter mußte – ebenso wie sein Vorgänger Ford – erfahren, daß sich ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Lobby in bezug auf Israel im Hinblick auf den Wahltag nicht auszahlte. Viele Juden hatten Carter später im Stich gelassen, als er 1980 zur Wiederwahl antrat.

„Sie würden ihm keinen Heller mehr geben"

Im selben Jahr wirkte sich der Druck der pro-israelischen Aktivisten entscheidend auf das Schicksal eines abtrünnigen Demokraten aus Texas aus. Dieser Mann, John Connally, hatte den Republikanern den Rücken gedreht, weil er Jimmy Carters Nachfolger als Präsident werden wollte. Im Oktober 1979 war Connally als Demokratischer Gouverneur von Texas nach Washington gekommen. Dort wollte er im Wahlkampf um die Präsidentschaft seine erste große außenpolitische Rede halten.

Der Ansturm der republikanischen Aspiranten auf das Weiße Haus war kaum noch zu bremsen. Obwohl Ronald Reagan noch nicht formell in den Wahlkampf eingegriffen hatte, verkündeten bereits sieben andere Republikaner ihre Kandidatur.

Connallys Wahlkampfthema lautete: „Amerika als Führungsmacht". Dementsprechend zeigte ihn die Fernsehwerbung als den „Kandidaten des in Vergessenheit geratenen Amerikaners, der sonntags in die Kirche geht". Dieser Amerikaner, so glaubte Connally, sehnte sich nach einer starken Führungspersönlichkeit. Seine Rede vor dem Washingtoner Presseclub enthielt unter anderem den Umriß eines Planes zur Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes. Teil seiner Wahlkampfstrategie war, den ehemaligen Finanzminister und Gouverneur von Texas als einen entschlossenen Führer zu zeigen, der in der Lage sei, von Mann zu Mann mit den Mächtigen des Auslandes zu sprechen. Er hatte im Kabinett des Präsidenten Nixon in verschiedenen Positionen gearbeitet. Aufgrund dieser umfassenden politischen Erfahrung hätte ihm eigentlich die Sensibilität des arabisch-israelischen Problems geläufig sein müssen.

Es waren schon einige Nahost-Friedenspläne von regierenden Präsidenten vorgelegt worden. Aber jener, den Connally in seiner Rede umrissen hatte, war sicher der ehrgeizigste, der jemals von einem Präsidentschaftskandidaten präsentiert wurde. Er argumentierte, daß die Carter-Initiative von Camp David mangels diplomatischer Führung abgewürgt worden wäre. Für die USA sei es daher an der Zeit, eine neue Nahostpolitik zu verfolgen. Diese Politik sollte „nicht auf den einzelnen arabischen oder israelischen Interessen beruhen, sondern auf denen Amerikas".

Die amerikanischen Interessen verlangten Frieden und Stabilität in dieser Region, sagte Connally. Und dies könne am besten dadurch erreicht werden, wenn sich – als Gegenleistung zur arabischen Anerkennung der Souveränität Israels und seiner territorialen Integrität – die Israelis aus den besetzten arabischen Gebieten zurückzögen. Die Araber wären dann verpflichtet, „für immer auf feindselige Aktionen gegen die Juden zu verzichten und nicht mehr mit Öl-Lieferungen und -Preisen einen politischen Kurswechsel zu erzwingen". Dies würde die ständige Versorgung mit Öl aus dem Nahen Osten sicherstellen, das – wie es Connally formulierte – „Leben für die westliche Zivilisation bedeutet und über weitere Jahrzehnte hinweg bedeuten wird". Die Vereinigten Staaten würden die Stabilität in dieser

Region durch Festigung ihrer dortigen militärischen Präsenz gewährleisten.

Connally war der erste prominente Präsidentschaftskandidat, der die Unabhängigkeit der Palästinenser befürwortete. Er sagte, die Palästinenser sollten die Möglichkeit haben, einen unabhängigen Staat in den West Banks und dem Gazastreifen oder einem autonomen Gebiet im Jordan zu gründen. Palästinensische Führer, die zur Erarbeitung einer Kompromiß-Friedensregelung bereit wären, sollten zu einem Gespräch eingeladen werden. Er fügte hinzu: „Die Extremisten, die eine Zusammenarbeit ablehnten und dem Terrorismus frönten, sollten von der internationalen Gemeinschaft wie internationale Vogelfreie behandelt werden".

Connally forderte weiterhin, daß die Hilfe Amerikas zukünftig von der Bereitschaft Israels abhängen sollte, eine vernünftigere Politik in den West Banks zu betreiben. Auf die Belastung der israelischen Wirtschaft durch die ständige militärische Einsatzbereitschaft hinweisend, sagte er: „Ohne die Milliarden Dollars amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe könnte Israel einfach nicht überleben. Es ist doch nur ehrlich zu sagen, daß – ohne die Bereitschaft der israelischen Führung zu Kompromissen mit seinen Nachbarn – eine Unterstützung in dieser Höhe ein Krebsgeschwür darstellt." Er kritisierte Begins Regierung wegen „seiner Politik der schleichenden Annektierung der West Bank." Dabei zitierte er eine Gruppe amerikanisch-jüdischer Führer, die bereits vor ein paar Monaten die israelische West Bank-Politik als „moralisch nicht akzeptabel und gefährlich für den demokratischen Charakter des jüdischen Staates" anprangerten.

Connally wußte, seine Rede würde Widerspruch erwecken. Und tatsächlich kam auch die Kritik schnell und hart. Rabbi Alexander Schindler, Präsident der Vereinigung Amerikanisch-hebräischer Kongregationen, sagte, Connallys Forderung nach einem Rückzug aus den Territorien „ist die Formel zu Israels Liquidierung". Der *Washington Star* zitierte namentlich nicht genannte israelische Regierungsbeamte aus Washington, die seinen Plan als „eine völlige Preisgabe an die Erpressung durch arabische, ölproduzierende Länder" bezeichneten. Henry Siegmann, Vorsitzender des Amerikanisch-jüdischen Kongresses, bemerkte, Connallys Kritik an dem Friedensverfahren von Camp David „ermutigt die konfrontierenden, arabischen Staaten, die auf eine brutale Lösung des arabisch-israelischen Kon-

fliktes drängen. Es ist enttäuschend, aber vielleicht nicht überraschend, daß sich Mr. Connally als Kandidat der Ölinteressenten entpuppt." Später beschuldigte Connallys Wahlkampfmanager die israelische Botschaft der Orchestrierung dieses Angriffes.

Wenige Nachrichtenkommenatoren lobten seine Rede. Der Kolumnist von *Christian Science Monitor*, Joseph C. Harsch, fand Connallys Friedensplan wegen seiner Ehrlichkeit bemerkenswert. Harsch schrieb, Connally habe „mit der Israel-Lobby gebrochen und sie tatsächlich klar definiert". Er „sagte Dinge über Israel, die lange Zeit kein prominenter, amerikanischer Politiker auszusprechen wagte, mit Ausnahme von Senator J. William Fulbright." Er war ebenfalls der Meinung, daß der Friedensplan eigentlich nicht ganz neu war, und behauptete, er stamme „aus den Schriften der offiziellen, amerikanischen Außenpolitik, worin er (der Friedensplan) seit dem Krieg von 1967 erwähnt wird." Das Ungewöhnliche erblickte Harsch darin, daß sich ein Präsdidentschaftskandidat zu dieser Politik klar und deutlich bekennen sollte:

„Da stellt sich sofort die Frage, ob Mr. Connally es möglich sein würde, den offiziellen Standpunkt der Regierung zur Nahostpolitik zu vertreten – und dennoch im jetzigen politischen Klima zu überleben."Arthur Samuelson bezeichnete in der *Nation* Connallys Plan als „eben so falsch wie gefährlich", fuhr aber fort, daß „Connallys Ehrlichkeit lobenswert" sei:

„Allzulange waren öffentliche Nahost-Debatten von Leuten, die eine Beamtenkarriere anstrebten, durch erstaunenswerte Unehrlichkeit gekennzeichnet. Statt darzulegen, wie sie aus der seit 1967 bestehenden Sackgasse der amerikanisch-jüdischen Beziehungen herauskommen könnten, überbieten sie sich gegenseitig mit Lobgesängen auf Israels Tugendhaftigkeit."

Die *Washington Post* nannte Connallys Rede „eine beredte Einschätzung, wie sich die amerikanische Debatte über dieses zentrale Problem entwickeln wird":

„Kein vorangegangener Präsidentschaftskandidat aus den großen Parteien hat eine Stellung bezogen, die unserer traditionellen Linie widersprechen würde. Mr. Connally zollte der *jüdischen Lobby* keinen Respekt, als er die gegenwärtige israelische Regierungspolitik frontal angegriffen hatte."

Innerhalb weniger Tage nach dieser Rede konnte man kaum noch freundliche Stimmen vernehmen. Ein jüdischer Republikaner, der sich um das Bürgermeisteramt in Philadelphia bewarb, hatte Connally brüskiert, weil er sich nicht mit ihm zusammen

fotografieren lassen wollte. Zwei jüdische Mitglieder aus Connallys Wahlkampfkomitee legten ihr Amt unter Protest nieder. Eines dieser Mitglieder, Rita Hauser, Vorsitzende des Rates für außenpolitische Fragen des Amerikanisch-jüdischen Komitees, nannte die Rede „unverzeihlich" und sagte, sie zeige eine „unverblümte Saudi-Taktik". Das zweite Mitglied, Anwalt Arthur Mason, befürchtete, daß Connallys Rede den Antisemitismus schüren könnte.

Die schlechten Nachrichten rissen nicht ab: Das republikanische Komitee in New York lud Connally, der anlässlich des jährlichen Lincoln Day-Essens sprechen sollte, wieder aus. Traditionell großzügige Sponsoren boykottierten eine Sammlung in New York, die zu Gunsten von Connally veranstaltet werden sollte. Die *Washington Post* zitierte aus einer namentlich nicht genannten Quelle. Demnach hätte sich Conally durch seine Rede selbst der Unterstützung beraubt, die ihm seine geschäftsorientierte Haltung bei einigen Juden eingebracht hat: „Jetzt würden sie ihm keinen Heller mehr geben".

Sicherlich litt die Connally-Kandidatur auch unter Problemen, die mit seinen Ansichten zur Nahostpolitik nichts zu tun hatten. Der Wahlkampf stieß auf organisatorische Schwierigkeiten. Der mächtige Texaner war einigen als zu „heiß" erschienen in dem „kühlen" Medium des Fernsehens. Zweifellos hat ihm auch sein Übertritt von den Demokraten zu den Republikanern 1973 geschadet.

Aber Winton Blount, Connallys Wahlkampfleiter, war der Ansicht, daß keiner dieser Faktoren mit der „verheerenden" Wirkung seiner umstrittenen Rede verglichen werden konnte. Connally selbst sagte, es sei „keine Frage", die Rede habe ihm geschadet. Der Kolumnist William Safire, ein Bewunderer Connallys – aber gleichzeitig auch ein harter Verfechter der israelischen Interessen – veröffentlichte eine vernichtende Kritik über die Auswirkung von Connallys Rede auf die Präsidentschaftswahl:

„Befürworter Israels – zusammen mit vielen anderen, die – angesichts der sowjetischen Militär- und der arabischen Wirtschaftsbedrohung – über die widerliche Schwäche der Vereinigten Staaten besorgt sind, entdeckten (in Connally) eine Neuauflage von Ronald Reagan. Dabei stellten sie fest, daß er zehn Jahre jünger aussah."

Kniefall vor dem israelischen Diktat

1984 gab es im Präsidentschaftswahlkampf auf republikanischer Seite kein Wetteifern – weder bei der Nominierung noch hinsichtlich der Israel-Politik. Ronald Reagan hatte das Feld für sich allein. Er riskierte allerdings keine Konfrontation, so, wie sie sich vier Jahre zuvor bei der Kandidatur von John Connally in fataler Weise ausgewirkt hatte.

Ende 1983 konnte Reagan als sicherer Kandidat für die Wiederwahl tatsächlich etwas anbieten – und nicht nur versprechen. Als Reaktion auf seinen Friedensplan vom September 1982 sowie seiner Verzögerung der Lieferung von Kampfflugzeugen zu Beginn der israelischen Bombardierung der Nuklearanlagen im Irak, war Reagan unter den Druck der Israelis geraten. Er hatte aber dennoch den anstehenden Entscheidungskampf mit Israel vermieden. Anfang 1983 konzentrierte sich Reagan vornehmlich auf die Stimmen der Juden. Er befriedigte die Israel-Lobby, während er gleichzeitig versuchte, die Nahostkrise bis nach der Wahl in der Hinterhand zu halten.

Die Wahlergebnisse zeigten deutlich, wie notwendig geeignete *Reparaturarbeiten* jetzt sein würden. 1980 hatte Reagan 40 Prozent der jüdischen Stimmen auf sich vereinen können. Das war ein Rekord, den noch kein Republikaner je erreichen konnte. Aber die Hälfte dieser Wählerstimmen waren seither schon wieder verloren gegangen. Im April 1983 hatte Albert A. Spiegel, der lange Zeit an Reagans Seite stand, seinen Dienst als Sonderberater des Präsidenten in jüdischen Angelegenheiten quittiert. Spiegel war entsetzt über einen Zeitungsartikel, demzufolge Reagan seinen Nahost-Friedensplan gegen den Widerstand Israels durchdrücken wollte, und der Meinung war, daß man ihn auch ohne die jüdischen Stimmen wiederwählen würde.

Im Dezember startete Reagan sodann ein breitangelegtes Programm, mit dem er die jüdischen Sympathien gewinnen wollte. Die erste Aktion war die Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Weißen Haus und der Jüdischen Gemeinde. Seine Änderungen an der politischen Front waren sogar von noch größerer Signifikanz. Nach seinem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir im Dezember 1983, verkündete Reagan eine drastische Erweiterung seiner Israel-Hilfe. Statt der alten Bestimmung, nach der Israel die einen Teil der Kredite zurückzahlen mußte, forderte die Regierung, daß jede zukünftige Unterstützung als Subvention gewertet werden soll-

te. Außerdem stimmte er entgegenkommenderweise zu, daß – in Anbetracht des sinkenden israelischen Industrieniveaus – $ 250 Millionen zur Finanzierung eines neuen israelischen Kampfflugzeuges als Hilfsfond nach Israel fließen sollten. Die Flugzeugfirmen der Vereinigten Staaten waren schockiert; denn sie erhalten von der Regierung keine Hilfe dieser Art. (Siehe 2. Kapitel)

Reagan schlug einen neuen, noch höheren Grad der „strategischen Zusammenarbeit" im militärischen Bereich sowie eine Freihandelsverbindung vor, wodurch Israel als einzige Nation zollfreien Zugang zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den USA bekommen würde. All dies erhielt Applaus seitens der Israel-Lobby. Im AIPAC-Nachrichtenblatt *Near East Report* wurde darüber berichtet: „...(Reagan) hat die Dankbarkeit aller Befürworter einer starken Beziehung zwischen den USA und Israel verdient."

Im März machte Reagan weitere Zugeständnisse an die Lobby. Er lehnte es ab, für König Hussein von Jordanien, den er gedrängt hatte, sich den Friedensbemühungen anzuschließen, in Israel zu vermitteln. Mit dem Ziel, Yassir Arafat gegen radikalere Elemente innerhalb der Palästinensischen Befreiungs-Organisation zu stärken und gleichzeitig seinen eigenen Einfluß in der Palästinasache zu verbessern, bat Hussein den US-Präsidenten um Hilfe. Der König wollte, daß Reagan Israel zwingen möge, die in West Bank und dem Gazastreifen lebenden Palästinenser an der Sitzung des bevorstehenden Palästinensischen Nationalrates teilnehmen zu lassen.

In einem anderen Schreiben bat Hussein um die Unterstützung einer UNO-Resolution, welche die israelischen Ansiedlungen im besetzten arabischen Gebiet für illegal erklärte; eine Haltung, wie sie schon von früheren US-Präsidenten eingenommen worden war. Reagan hatte jedoch beide Forderungen ausgeschlagen. Hussein erzählte einem Reporter der *New York Times*, daß „sich die Vereinigten Staaten dem Diktat der Israelis beugen". Daher erblickte er keine Hoffung für eine zukünftige Verbesserung der Beziehungen. Die führenden Demokratischen Kandidaten, wie Reagan, versäumten keine Gelegenheit, um Israel ihre Treue zu schwören.

Im Wettstreit zwischen dem ehemaligen Vizepräsidenten Walter Mondale und Senator Gary Hart gipfelte der Präsidentschaftswahlkampf 1984 sehr häufig in der Frage, wer Israel gegenüber der Loyalere sei. Mondale beschuldigte Hart, bei der Befürwortung des Umzuges der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu weich gewesen zu sein. Hart hingegen warf seinem Rivalen Mondale vor, er hätte während seiner Tätigkeit als Carters Vizepräsident versucht, „Israel einzuschüchtern und zu nötigen, wodurch er unannehmbare Risiken provozierte".

In der Tat war Mondale die treibende pro-israelische Kraft in Carters Regierung. Nachdem er sich im Wahlkampf 1980 dem Druck der Lobby gebeugt hatte, unterstützte er ein diplomatisches Manöver, das sich für die USA schon bald als kostspielig erweisen sollte. Als Donald McHenry, US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, am 1. März dafür stimmte, Israel öffentlich für die Ansiedlungspolitik zu rügen – seit Eisenhowers Regierungsperiode war es die erste Rüge dieser Art – waren die jüdischen Kreise, und mit ihnen auch Mondale, wütend geworden. McHenrys Abstimmung hatte eine Resolution unterstützt, welche die Israel-Lobby in zwei Punkten kränkte: Sie kritisierte Israels Ansiedlungen in der West Bank, und sie bezog sich auf Ost-Jerusalem als ein „besetztes Territorium".

Mondale organisierte sofort einen Gegenangriff innerhalb des Weißen Hauses. Er redete Carter ein, daß ihn das Außenministerium falsch beraten hätte. Noch am späten Abend der umstrittenen Abstimmung gab das Weiße Haus einen „Fehler in der Kommunikation" zwischen Washingtòn und New York bekannt. Es wurde erklärt, McHenry habe seine Instruktionen falsch verstanden und hätte sich daher der Stimme enthalten müssen. Drei Tage später nahm Außenminister Cyrus Vance die Schuld für den „Fehler" auf sich. Aber nur wenige glaubten ihm.

Beiden, unserer Nation sowohl als auch der Carter-Mondale-Kandidatenliste wäre es besser ergangen, wenn Carter Mondales Forderung nach Wahlaufhebung ignoriert hätte. Die Araber kochten vor Wut über das, was sie als schamlosen Rückzug vor jüdischen Pressionen bezeichneten. Amerikanische Juden, die durch Israels Verteidigungsminister Ariel Sharon zum Handeln gedrängt wurden, bezweifelten die Ehrlichkeit der Erklärung und fühlten sich betrogen. Sharon sagte zu den Juden in New

York: „Ich möchte mich nicht in interne Angelegenheiten der Vereinigten Staaten einmischen, aber die Frage der Sicherheit Israels ist eine Frage aller Juden in der Welt." In den Augen der Welt erschien unsere Regierung somit außer Kontrolle.

Senator Edward Kennedy zog den Hauptnutzen aus Carters mißlicher Lage. Nachdem er die UNO-Abstimmung als „Betrug" an Israel bezeichnet hatte, gewann er die Vorwahl in Massachusetts mit 2 zu 1 gegen Carter. Er gewann auch in New York und Connecticut, wo bei früheren Wahlen Carter an der Spitze stand. In New York wählten die Juden Kennedy mit 4 zu 1. Ein Mitglied des israelischen Parlaments sagte: „Die Amerikanisch-Jüdische Gemeinde hat nun selbst gezeigt, daß sie die Macht besitzt, um ein Wahlergebnis dahingehend zu entscheiden, ob sich der Präsident der Sache Israels gegenüber als nützlich erweist."

Mondale konnte mit seinen Maßnahmen die jüdischen Wähler nicht beschwichtigten, worauf im November Carter-Mondale mit ihrem demokratischen Wahlprogramm zum ersten Mal keine jüdische Stimmenmehrheit für sich verbuchen konnten. Die Endergebnisse zeigten, daß höchstens 47 Prozent auf Carter entfielen.

Nachdem er mit dem Carter-Programm gegen Reagan-Bush verloren hatte, widmete sich Mondale jetzt ganz der Führung des Präsidentschafts-Wahlkampfes, wobei die kritiklose Unterstützung Israels als Hauptpunkt seines neuen Programms gelten sollte. Gleich zum Auftakt des Wahlkampfes verbannte er die Idee, wonach Saudi-Arabien „eine starke Führungsmacht zum Zwecke der Mäßigung werden sollte". Vielmehr drängte Mondale darauf, daß die Spitzentechnologien amerikanischer Waffensysteme nur den Israelis zugänglich gemacht werden sollten – „eine Anordnung, die jede Möglichkeit ausschließen würde, die Anlagen ohne Berücksichtigung der Wünsche Israels einzusetzen."

In der Folgezeit vermieden Mondale und sein Wahlkampfteam ängstlich jegliche Verbindung zu arabischen oder gar arabisch-amerikanischen Interessen. So schickte im Juni 1984 Thomas Rosenberg, Mondales Leiter der Finanzabteilung, die Wahlgeschenke von fünf Chicagoer Sponsoren über je $ 1.000 wieder zurück, nur weil diese Bürger arabischer Abstammung waren. Er erklärte, daß diese Wähler bei einem persönlichen Treffen mit Mondale einige Bemerkungen fallen ließen, die als „eine anti-israelische, antisemitische Schmährede" aufgefaßt werden

konnten. Aber einer der fünf, Albert Joseph, ein Demokrat durch und durch und Inhaber der *Hunting Publishing Company*, wies die Anschuldigung zurück und stellte fest: „Wir haben 45 Minuten in größter Freundlichkeit und Respekt (mit Mondale) verbracht."

Nachdem man ihm seinen Scheck wieder zurückgeschickt hatte, war Albert Joseph durch einen Mitarbeiter des Mondale-Finanzkomitees in Illinois von der Entscheidung der Wahlorganisation informiert worden, „in Zukunft kein Geld mehr von arabischen Amerikaner anzunehmen." Der Chicagoer Verleger A. Joseph sagte, daß er sich „gekränkt, betrogen und schockiert" fühlte. Einem Reporter gegenüber äußerte er, Mondale würde damit „einer ganzen Gruppe amerikanischer Bürger ihr Wahlrecht entziehen". Enttäuscht über dieses Vorgehen hatte sich auch der Hispanoamerikaner Josef Gomez, Bankmann in Chicago, aus Mondales Wahlkampfteam zurückgezogen. Gomez äußerte, Mondales Wahlkampfentscheidung bestärke seinen Eindruck, daß „Menschen arabischer Abstammung heutzutage die wohl am stärksten verfolgte Gruppe in Amerika ist."

Der Kandidat Gary Hart konnte in seinem makellosen Zeugnis für Hilfeleistungen an Israel ebenso gute Noten vorzeigen wie Mondale. Dementsprechend gleichgültig verhielt sich auch seine Wahlkampforganisation gegenüber den arabisch-amerikanischen Empfindlichkeiten. Bei der Nachricht, daß die *First American Bank* in Washington – wo er seit Jahren sein Privatkonto hatte – 1982 von einer Gruppe Investoren aus dem Nahen Osten gekauft worden war, kündigte Hart sofort eine Wahlkampfanleihe von $ 700.000 und brach alle Geschäftsverbindungen mit der Bank ab. Sein Sonderberater entschuldigte sich: „Wir wußten nicht, daß es eine arabische Bank war. Wir (Hart) sind so schnell wie möglich von der Bank weggegangen." Jesse Jackson – er war Harts Kontrahent bei der Nominierung – verurteilte dieses Vorgehen als „einen schwerwiegenden Akt des Rassismus".

Als Senator hatte Hart jeder israelfreundlichen Maßnahme zugestimmt; er widersetzte sich jeglicher Initiative der Waffenlieferung an die arabischen Staaten, und er setzte seine Unterschrift unter jedes Schreiben und jede Resolution, die der Sache Israels dienlich war. Als einige Kollegen, wie Senator John Glenn, Israels Angriff auf die irakische Nukleareinrichtung scharf verurteilten, hatte – im Gegensatz dazu – Hart diese Verurteilung bedauert.

Die Senatoren Ernest Hollings von South-Carolina und Allan Cranston von Kalifornien sowie der frühere Florida-Gouverneur Reuben Askew – sie hatten schon frühzeitig die Demokratische Wahlkampfarena verlassen – waren bei ihren Unterstützungsaktionen für Israel ähnlich kritiklos. Ebenso unkritisch war auch John Glenn aus Ohio, von dem Beobachter einen Mittelweg in der Nahostpolitik erwarteten. Früher hatte er zwar die militärischen Aktionen Israels kritisiert, den Verkauf von F-15-Flugzeugen an Saudi-Arabien befürwortet, und sogar Gespräche mit der PLO vorgeschlagen: „Meiner Meinung nach sollten wir Gespräche mit der PLO nicht zurückweisen...PLO-Terrorismus herrscht nicht nur in dieser Gegend."

Vom Präsidentschaftsbazillus gepackt, hatte Glenn 1983 aber seinen Standpunkt grundlegend geändert, indem er solche Gespräche nunmehr anprangerte und seine damalige Befürwortung des Verkaufs von F-15-Maschinen damit begründete, daß Saudi-Arabien ansonsten seine Flugzeuge von Frankreich bezogen hätte, und zwar „ohne jede Bedingung."

In einer Rede vor der *Foreign Policy Association* in New York ging Glenn sogar noch weiter. Er sagte, die Vereinigten Staaten sollten – sobald die Bedingungen von Camp David erfüllt seien oder die Verhandlungen völlig zusammenbrächen – Jerusalem als offizielle Hauptstadt Israels anerkennen. Für ihn war die PLO „nichts weiter als eine Schlägerbande". Er meinte, der größte Hemmschuh zum Frieden im Nahen Osten sei Arabiens Weigerung, die Rechtmäßigkeit Israels anzuerkennen.

Obwohl die Rede nicht den Argwohn der Juden erregte, hatte er dadurch viele Anhänger verloren, die der Meinung waren, daß der nächste Präsident die arabischen Belange ebenso berücksichtigen müsse wie jene der Israelis. Einer von Glenns engsten Kollegen, ein Kongreßabgeordneter aus Ohio, reagierte mit Angst und Sorge: „Glenn kapitulierte, obwohl er gar keine Veranlassung dazu gehabt hätte. Ich war von dieser Erklärung derart demoralisiert, daß ich verschiedene Telefongespräche, mit denen ich die Leute auf ihn (Glenn) einstimmen sollte, aufgeschoben habe." Nach seine Rede hatte auch Lucius Battle, ehemaliger Botschafter der Johnson-Regierung, das Handtuch geworfen, als ihn Glenn zu seinem außenpolitischen Berater machen wollte.

Nur zwei Kandidaten setzten sich sich vehement für eine ausgeglichene Politik im Nahen Osten ein: der schwarze Bürgerrechtskämpfer Jesse L. Jackson und George McGovern, der De-

mokratische Präsidentschaftskandidat von 1972. McGovern forderte die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates und übte Kritik an Israels militärischen Aktionen und seiner Siedlungspolitik. Seine Vorschläge waren sogar noch deutlicher formuliert als jene von John Connally, die – vier Jahre zuvor – dessen Wahlkampf zum Scheitern gebracht hatten.

In seiner Februar-Rede, die er in der Synagoge von Massachusetts gehalten hatte, fragte McGovern: „Zeugt es nicht von schlechter Politik und ebenso schlechter Ethik, wenn man einen amerikanischen Politiker als anti-israelisch brandmarkt, nur weil er für die Politik Israels den gleichen kritischen Maßstab fordert, wie er ihn auch bei der Politik der Vereingten Staaten anlegt?" McGovern fügte noch hinzu, daß – obwohl er als Kongreßabgeordneter 22 Jahren hindurch „hundertprozentig" den wirtschaftlichen und militärischen Hilfsmaßnahmen für Israel zugestimmt hatte – er den Einmarsch der Israelis in den Libanon dennoch ablehne: „Ich bin nicht der Auffassung, daß eine souveräne Nation das Recht hat, ein Nachbarland zu überfallen."

Weder McGovern noch Jackson hatten ernsthafte Aussichten auf eine Nominierung. In verschiedener Weise präsentierte sich jeder in der Rolle des „Parteigewissens". Am sogenannten „Super-Dienstag" war bei den Vorwahlen im März der Demokratische Kandidat McGovern dann aus dem Rennen gedrängt worden. Lediglich das Gewissen Jacksons schlich weiter durch die Wahlkampagne.

Jackson war mit den amerikanischen Juden bereits vier Jahre vor seiner Präsidentschaftsbewerbung übers Kreuz geraten, als er seine Menschenrechtsaktivitäten auf den Libanon ausdehnte und dort mit dem PLO-Führer Yassir Arafat zusammengetroffen war. Bis dahin hatte der ehemalige Schüler von Reverend Martin Luther King mit seiner Organisation *People United to Save Humanity* (PUSH) – einer von den Juden finanziell unterstützten Chicagoer Gruppe – für die Bürgerrechte der Schwarzen gekämpft. Drüben im Libanon erlebte er hautnah das Elend der Palästinenser, die er als „die *Nigger* des Nahen Ostens" bezeichnete.

Anfangs 1983 begann Jackson als „Nicht-Kandidat" durchs Land zu reisen, wobei er bereits für eine „Regenbogenkoalition" verschiedener Interessensgruppen seine Trommel rührte. Zu einem Zeitpunkt, da aussichtsreiche Kandidaten versuchten, umstrittene Äußerungen aus ihrer Vergangenheit zu vertuschen, wiederholte Jackson immer wieder seine Empfehlung, wonach

die Vereinigten Staaten mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einen Dialog eröffnen sollten. In einer Äußerung im New York Fernsehen sagte er, die Vereinigten Staaten von Amerika könnten Israel am besten dadurch helfen, wenn sie die Gründung eines Heimatlandes für die Palästinenser unterstützten. Wenn das nicht geschieht, so sagte er, würden sich die Palästinenser in noch „mehr Terrorismus und noch mehr Verzweiflungstaten" engagieren. Er drängte auf direkte Gespräche der USA mit der PLO, um den Friedensprozeß voranzutreiben. Aber er wies gleichzeitig darauf hin, daß unsere Diplomaten diese Möglichkeit nicht einmal diskutieren könnten, da in den Vereinigten Staaten ja die „Einschüchterung so enorm groß ist". Diese Äußerungen trugen ihm den Zorn der meisten jüdischen Führer ein.

Als er im Oktober 1983 schließlich zu kandidieren begann, bezeichnete Meg Greenfield in einem Leitartikel der *Washington Post*, Jackson als einen der beiden größten politischen Redner der Nation (der sich die Ehre mit Präsident Reagan teilte). Er belebte auf Anhieb die politische Szene und flog nach Syrien, wo er die Freilassung eines US-Marinepiloten aushandelte, der sich dort in Gefangenschaft befand. Daraufhin verkündete Jackson: „Das Klima zwischen Syrien und Amerika hat sich wieder etwas entschärft. Der Zyklus der Qualen ist unterbrochen."

Während den kritischen Vorwahlen, die im März begonnen hatten, wurde Jackson vornehmlich in Illinois, New York und Pennsylvania sowie in den Südstaaten in beeindruckender Weise unterstützt. In den TV-Diskussionen mit Mondale und Hart forderte Jackson zu mehr Mitgefühl bei der Behandlung aller Völker im Nahen Osten auf. Dabei protestierte er gegen den „Terroristen"-Stempel, mit dem man die Palästinenser immer wieder zu diskriminieren versuchte. Während Mondale und Hart das Plädoyer Jacksons für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten einschließlich eines Palästinastaates in den West Banks zurückgewiesen hatten, wurde die Auseinandersetzung dennoch in gemäßigter Weise geführt. Zum ersten Male wurden die palästinensischen Rechte während eines Präsidentschaftswahlkampfes mit Höflichkeit diskutiert.

Jackson befand sich in der Defensive, als ein Reporter plötzlich bekanntgab, daß er in einer privaten Unterhaltung die Juden als *Hymies* (Hautläuse) und New York als *Hymienstadt* bezeichnet hätte. Dieser Ausrutscher veranlasste viele, ihn als antisemitisch zu verurteilen. Jackson wurde zusätzlich belastet durch

den kontroversen Schwarzenführer Louis Farrakhan, der den Judaismus als eine „schmutzige Religion", und Hitler als einen „gottlosen großen Mann" einstufte. Angeheizt durch die jüdischen Attacken, hatte es die Presse niemals aufgegeben, ihn wegen seiner antisemitischen Äußerungen und seiner Verbindung zu Farrakhan unter Druck zu setzen. Selbst bei seiner Pressekonferenz in Kuba, wo er durch seine Aktivitäten die Freilassung mehrerer US-Bürger erwirken konnte, beherrschte das antisemitische Thema die Fragestellungen. Noch vor dem Demokratischen Konvent hatte die amerikanische Jüdische Gemeinde eine Kampagne organisiert, um in diesem Wahlkampf Jesse Jacksons Vorsprung vor dem favorisierten Kandidaten Walter Mondale zu versperren.

Trotz dieser Probleme bekam er dennoch genügend Wählerunterstützung, um sich während des ganzen Konvents als Hauptfaktor zu behaupten. Während niemand Jackson auf der Präsidentschaftswahlliste erwartete, war er doch noch vor dem Konvent als Sieger hervorgegangen. Er bewies, daß ein Schwarzer sehr wohl als glaubwürdiger Kandidat für das höchste Amt der Nation antreten konnte, selbst wenn er gegen Positionen ankämpfen müßte, die von der Israel-Lobby stark verteidigt wurden. Damit erhöhte er die Selbstachtung zweier ethnischer Gruppen, die in der Gesellschaft der Vereinigten Staaten immer wieder beschimpft oder mißachtet wurden: Schwarze und Arab-Americans.

Ronald Reagan, der Sieger dieses Präsidentschaftsrennens, konnte nach der Stimmauszählung feststellen, ob sich seine heroischen Bemühungen für Israel ausgezahlt haben. Er erhielt 31 Prozent der jüdischen Stimmen, also 40 Prozent weniger als bei den Wahlen im Jahre 1980.

5. Kapitel

Die durchlässigen Schutzmauern unserer Verteidigung

Das Pentagon, jener fünfeckige gewaltige Gebäudekomplex am Ufer des Potomac, beherbergt die meisten Zentralstellen des Verteidigungsministeriums. Es ist die oberste Schaltstelle unserer Streitkräfte und aller Maßnahmen, die den Amerikanern in einer turbulenten Welt Sicherheit bietet.

Auf der anderen Seite des Potomac befindet sich im exklusiven Stadtteil *Foggy Bottom* – dieses Prestigeviertel von Washington war ehemals eine nebelige Moorlandschaft – der achtstöckige Gebäudekomplex mit dem US-Außenministerium, dem Nervenzentrum unserer weltumspannenden diplomatischen Aktivitäten. Hier treffen täglich Tausende von Meldungen ein, die mit den Top-Secret-Angelegenheiten unseres Landes zu tun haben. Niemand kann ohne Sonderausweis oder vorherige Überprüfung die Gebäude betreten. Alles ist durch bewaffnete Posten gesichert. Ende 1983 wurden noch Wachbunker errichtet und an übersichtlichen Stellen Schwerlaster geparkt, als zusätzlicher Abwehrgürtel für den Fall, daß irgendwelche Fanatiker einen Anschlag durchführten. Das US-Außenministerium ist eine Art Festung, in der die wertvollsten Geheimnisse unserer Nation mittels raffiniertester Technologien sorgfältig bewacht werden.

Aber – wie sicher sind diese Geheimnisse tatsächlich?

„Die undichten Stellen in Richtung Israel sind bedenklich. Wenn ich etwas habe, das nur für den Außenminister, nicht aber für Israel bestimmt ist, so muß ich warten, bis ich ihn persönlich sprechen kann."

Diese Feststellung stammt von einem Botschafter, der nach wie vor an oberster Stelle aktiv ist, und der auf eine lange Karriere in verschiedenen Bereichen des Nahen Ostens zurückblikken kann. Obwohl dieser Botschafter hierzulande kaum erwähnt wird, ist sein Name im Ausland dennoch bestens bekannt. Bei unserer Unterhaltung im Außenministerium wählte er bedächtig und vorsichtig seine Worte: „Es ist eine bekannte Tatsache",

sagte er, „daß jeder im Amt zögert, etwas im Zusammenhang mit Israel zu Papier zu bringen, wenn dies den Israelis nicht zur Kenntnis gebracht werden soll. Schon gar nicht trauen sich diese Leute etwa in Gesellschaft über solche Dinge zu sprechen."

Der Diplomat erzählte ein Beispiel aus seiner eigenen Erfahrung: „Eines Tages rief mich mein Freund aus der Jüdischen Gemeinde an, um mich *als Freund* zu warnen, daß alle Einzelheiten eines ausführlichen Dokuments im Zusammenhang mit unserer Nahostpolitik, das ich gerade in Übersee aufgegeben hatte, *durchgesickert* seien." Das Dokument war mit dem höchsten Geheimhaltungsvermerk *Top Secret* klassifiziert gewesen. Der Diplomat erinnert sich: „Ich konnte nicht glauben, was er sagte. Ergo hatte mir mein Freund jedes Wort des Dokumentes über das Telefon vorgelesen."

Seine Bemerkungen werden die Israel-Aktivisten enttäuschen, von denen viele behaupten, daß unser Außenministerium und auch das Verteidigungsministerium von anti-israelischen „Arabianern" beherrscht seien. Diese *Beherrschung*, wenn es sie überhaupt je gegeben hat, existiert nicht mehr. Nach Ansicht meiner Diplomatenquelle sind diese undichten Stellen zu Israel-Aktivisten nicht nur in allen Abteilungen der beiden Ministerien vorhanden, sondern sie erweisen sich als „einschüchternd und sehr schädlich für unsere nationalen Interessen." Durch die „stets bereiten Xerox-Maschinen" würden unsere Diplomaten davon ausgehen, daß Informationen – selbst auf bestgesicherten Übermittlungswegen – kopiert werden und bei wißbegierigen Außenstehenden landen. „Wir wagen einfach nicht, heikle Punkte aufzuschreiben." Was die stark verbreitete Unsicherheit sogar noch erhöht, ist die Tatsache, daß die undichten Stellen, aus denen die Geheimnisse für Israel durchsickern, im Falle ihrer Entdeckung – was äußerst selten geschieht – nicht einmal näher untersucht werden.

Alle von den Israelis gewünschten Geheimnisse – ob politischer oder technischer Natur – können sie prompt und ohne Kosten direkt an der Quelle beziehen. Beamte, die normalerweise aufmerksam ihre Arbeit verrichten und – zum Schutz unserer nationalen Interessen – undichte Stellen lokalisieren und die geheimen Angreifer zur Anzeige bringen könnten, sind entmutigt. In der Tat verschließen sie die Augen vor den israelischen Taktiken, aus Angst, die Israel-Lobby könnte sie als Unruhestifter brandmarken, ihr Vorgehen behindern – oder gar ihre Karriere zerstören.

Das Geheimdienstnetz der Lobby mit ihren zahlreichen auskunftswilligen „Freunden" spannt sich über alle Bereiche der Verwaltung – wo immer ein Vorgang behandelt wird, der Israel betrifft. Die Kenntnis solcher *Löcher* hält die betreffenden Beamten – egal, auf welcher Sprosse ihrer Aufstiegsleiter sie stehen mögen – davon ab, Entscheidungen vorzuschlagen geschweige denn anzuordnen, die im Interesse der USA stünden.

Wenn ein Beamter zum Beispiel während eines privaten außerdienstlichen Treffens seine Ablehnung gegenüber einer bestimmten israelischen Forderung erwähnt – oder noch schlimmer: seine Meinung gar in einem Memorandum äußert – kann er oder sie davon ausgehen, daß diese Information entweder direkt oder durch die AIPAC am kürzesten Weg die israelische Botschaft erreicht. Danach muß der betreffende Beamte damit rechnen, vom israelischen Botschafter beim nächsten Besuch des Außenministers oder einem anderen prominenten US-Politiker namentlich kritisiert zu werden.

Die Unterwanderung ist um so bemerkenswerter, als sie meistens durch US-Bürger im Auftrag einer ausländischen Regierung erfolgt. In der Praxis sieht es so aus, daß Israel seinen eigenen Nachrichtenapparat betreibt, durch den es nahezu alles über anstehende Entscheidungen oder sonstige Vorhaben der US-Regierung erfährt. Wenn z.B. Beschaffungsanträge für Rüstungsgüter eingebracht werden, kann Israel mit besseren Kenntnissen über die Bestände unseres Verteidigungsministeriums aufwarten als das Pentagon selbst.

Israel findet die Munition – in Hawaii!

Im Yom Kippur-Krieg gegen Ägypten und Syrien hatte Israel 1973 schwere Verluste an Waffen aller Art erlitten, vor allem an Panzern. Daher ersuchte man die Vereinigten Staaten um schnellstmöglichen Nachschub. Die Anlaufadresse der Israelis war Henry Kissinger. Richard Nixon war gerade im Watergate-Skandal verwickelt und sollte demnächst als Präsident abdanken. Aber noch bevor er das Weiße Haus verließ, hatte unter seiner Amtsgewalt die Regierung der Lieferung einer beträchtlichen Zahl von Panzern an Israel zugestimmt.

Die Panzer mußten aus den Beständen aktiver US-Militäreinheiten, Reserveverbänden, und vielfach sogar direkt von den Produktionsstraßen herangeschafft werden. Es wurde keine

Mühe gescheut, die Streitkräfte Israels schnellstmöglich wieder auf die gewünschte Stärke zu bringen.

Israel wollte nur die neuesten, mit 105-Millimeter-Kanonen ausgerüsteten Panzer. Es konnten aber nicht genügend Tanks dieser Art gefunden werden – auch nicht beim Durchkämmen der Depots unserer Streitkräfte. Letztlich löste das Pentagon dieses Problem durch eine Teillieferung älterer, mit 90-Millimeter-Kanonen ausgerüsteter Modelle. Als diese Tanks bei ihnen eintrafen, regten sich die Israelis darüber auf, daß man ihnen „Secondhand-Schund" zugemutet hatte. Dann entdeckten sie, daß ihnen die passende Munition fehlte – und sie schickten einen dringenden Hilferuf zur Lieferung von 90-Millimeter-Geschossen.

Das Pentagon inszenierte eine Suchaktion – konnte aber die gewünschte Munition nirgendwo auftreiben. Thomas Pianka, damals Offizier bei der *International Security Agency* im Pentagon, erinnerte sich: „Wir haben uns wirklich ehrlich bemüht, diese Munition zu finden. Wir haben überall gesucht. Wir haben alle Einheiten durchkämmt – das Heer, die Seestreitkräfte und Marinetruppen. Wir konnten kein einziges 90-Millimeter-Geschoß finden." Daraufhin übermittelte, laut Pialka, das Pentagon den Israelis das traurige Resultat. Pianka: „Mit vielen Worten sagten wir ‚Entschuldigung. Wir haben die von Ihnen benötigte Munition nicht. Wir haben alle Depots und Lager durchkämmt. Aber wir haben einfach keine.'

Ein paar Tage später erhielten wir eine überraschende Nachricht aus Israel: ‚Doch', hieß es, ‚Sie haben. Es gibt 15.000 Schuß im Versorgungsdepot des Marinecorps in Hawaii!' Wir sahen in Hawaii nach und tatsächlich, da war sie. Die Israelis hatten einen US-Vorrat mit 90-Millimeter-Munition entdeckt, den wir selbst gar nicht finden konnten."

Richard Helms, Leiter des CIA während des arabisch-israelischen Krieges 1967, erinnert sich an einen Vorfall, als einer israelischen Waffenlieferung einmal falsche Bestandteile beigefügt worden waren. Daraufhin übermittelten die israelischen Beamten noch einmal eine Liste mit ihren Waffenwünschen, komplettiert mit all den vermeintlichen streng geheimen Kennzahlen sowie einem Schreiben an Helms, das in bezug auf die benötigten Teile im Pentagon vielleicht nicht genau verstanden wurde. „Das war so ihre Art, mir zu zeigen, daß sie ganz genau wußten, was sie wollten", sagte Helms. Er ist der Auffassung, daß wäh-

rend dieser Periode kein wichtiges Geheimnis den Israelis verborgen geblieben ist.

Die Israelis sind nicht nur geschickt, um jede von ihnen gewünschte Information zu ergattern – sie sind auch Meister im Waffen-Rüstungswettkampf. Les Janka, ehemals stellvertretender Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium und Spezialist für Nahostpolitik, erinnert an die Beharrlichkeit der Israelis:

„Sie würden niemals ein ‚Nein' als Antwort akzeptieren. Sie gaben niemals auf. Diese Einkaufs-Emissäre einer ausländischen Regierung hatten stets Wunschlisten bei sich für militärische Ausrüstungen, teilweise mit Hightech-Ausstattung, die kein anderes Land besaß. Einige betrafen geheime Vorrichtungen, mit denen die Vereinigten Staaten ihren Gegnern weit voraus waren. Diese Konstruktionen waren nicht zum Verkauf gedacht – nicht einmal für Länder, mit denen wir aufs engste verbunden sind und eine militärische Allianz geschlossen haben – wie zum Beispiel der NATO."

Janka mußte jedoch die Erfahrung machen, daß der Verkauf von Militärgütern an Israel nicht an die Richtlinien und Einschränkungen gebunden war, wie sie durch die US-Waffenlieferungspolitik in andere Länder angewandt werden. Janka bestätigte: „Die Verkäufe an Israel waren anders. Ganz anders."

In diesem Zusammenhang erinnerte sich Janka noch lebhaft an einen Verbindungsoffizier der israelischen Botschaft, der beim US-Verteidigungsministerium vorsprach und die Genehmigung zum Kauf einer militärischen Neuerung verlangte, die wegen ihrer überragenden und höchst geheimen Technologie auf der Verbotsliste stand: „Er kam zu mir, und ich gab ihm die offizielle Antwort des Pentagon. Ich sagte: ‚Es tut mir leid, Sir, aber die Antwort lautet nein. Wir werden diese Technologie nicht freigeben.'"

Der israelische Offizier bemühte sich sehr, die bürokratischen Höflichkeiten zu beachten, um niedrigere Beamte, die sich vielleicht Mittel und Wege ausdenken könnten, um den Verkauf zu blockieren, nicht zu verletzen. Der Israeli sagte: „Wenn das Ihre offizielle Einstellung ist, dann danke ich vielmals. Wir sehen ein, daß Sie nicht in der Lage sind, das zu tun, was wir wollen. Bitte machen Sie sich nichts draus, aber wir werden Sie einfach übergehen." Und das hieß natürlich, daß er sich an Jankas Vorgesetzte im Büro des Verteidigungsministers oder vielleicht sogar an das Weiße Haus wenden würde.

Danach gefragt, ob er sich an eine Situation erinnere, in der die Israelis vom Pentagon nicht das erhalten haben, was sie kriegen wollten, hält Janka inne, überlegt und antwortet dann: „Nein, nicht daß ich wüßte."

Janka hat großen Respekt vor den Fähigkeiten israelischer Beschaffungsoffiziere: „Sie müssen wissen, daß die Israelis im Pentagon sehr professionell und auf eine allgegenwärtige Art und Weise operieren. Sie haben ausreichend Leute, die unser System sehr gut kennen, und sie haben auf allen Ebenen Freundschaften geschlossen, von der Spitze bis zur untersten Etage. Sie korrespondieren mit dem System in einer beharrlichen, kontinuierlichen Weise, so daß der Druck aufrechterhalten bleibt."

Unter Carter versuchte das Weiße Haus, eine Politik der Beschränkungen durchzusetzen. Zbigniew Brzezinski, Carters Beauftragter für Nationale Sicherheit, verwies in einem Interview auf die Bemühungen des Verteidigungsministers Harold Brown um eine strengere Handhabung des Technologietransfers. „Er war sehr hart mit Israel bei deren Forderungen nach Waffen und Waffensystemen. Er hat sie oft abgewiesen."

Aber das letzte Wort war noch nicht gesprochen. Als bemerkenswertestes Beispiel erwähnte Brzezinski Browns Weigerung, jene umstrittenen Streubomben, die als *Cluster-Bombs* bekanntgeworden waren, an Israel zu verkaufen. Trotz schriftlicher Abmachung über das Verbot des Einsatzes dieser Waffe, hat Israel sie dennoch zweimal in besiedelten Gebieten im Libanon eingesetzt – und damit Tod und Verwundungen unter der Zivilbevölkerung verursacht. Brown hatte den Verkauf dieser tödlichen Waffe abgelehnt. Aber auch bei dieser Forderung hatte Israel schließlich doch gesiegt. Reagan änderte die Regierungspolitik Carters, und jene *Cluster Bombs* wurden jetzt wieder als *genehmigt* auf die Liste gesetzt.

Andere, die in unserer Verwaltung hohe Stellungen bekleideten, waren zwar bereit, offen zu sprechen, aber – im Gegensatz zu Janka – mit der Einschränkung, daß ihre Namen nicht veröffentlicht werden dürften. Einer erklärte: „Meine Karriere ist noch nicht beendet. Wenn Sie meinen Namen nennen, wird dieser Fall aber eintreten." Unter Zusicherung der Anonymität machte dieser und andere Informanten detaillierte Angaben über das erstaunliche Verfahren, mit dem die Israel-Lobby den Abschirmgürtel des Verteidigungsministeriums, und auch anderer Ministerien, zu durchdringen pflegt.

Manchmal ist es einfach Diebstahl. Ein Beamter sagt: „Im Pentagon wurden Israelis mit streng geheimen Unterlagen erwischt. Von manchen Schreibtischen heimsten sie die Papiere schachtelweise ein." Er erinnert sich, daß aufgrund derartiger Aktivitäten zahlreiche israelische Beamte des Landes verwiesen worden waren. Offiziell hatte man in solchen Fällen nie Anklage wegen Spionage erhoben, und Israel bemäntelte jede dieser Ausweisungen mit einer Entschuldigung wie Krankheit in der Familie oder mit anderen persönlichen Gründen: „Unsere Regierung hat diese Dinge nie an die Öffentlichkeit gebracht." Er fügt hinzu: „Das Ausmaß israelischer Spionagefälle gegen unsere Regierung ist viel umfangreicher, als dies jemals öffentlich zugegeben wurde."

Der Beamte erinnert sich daran, wie er eines Tages eine Liste mit Bestellungen militärischer Ausrüstungen erhielt, welche die Israelis kaufen wollten. Obwohl es augenscheinlich war, daß „das Pentagon Israels *Selbstbedienungsladen* ist", ging er davon aus, daß die Israelis die Verkaufsgenehmigungen schon erhalten hätten. So schlug er den üblichen Weg ein und ließ zur Routineüberprüfung die israelische Liste durch die entsprechenden Büros des Pentagon wandern:

„Ein Büro schickte die Liste prompt an mich zurück mit der Anmerkung: ‚Eines dieser Geräte unterliegt einer derart hohen Geheimhaltungsstufe, daß man nicht einmal wissen darf, daß es tatsächlich existiert.' Ich wurde angewiesen, alle Kopien dieser Anforderung sowie alle Referenzen zu den speziellen Codenummern zu vernichten. Ich wußte nicht, was es war. Es war irgendeine Art Störvorrichtung – top secret. Irgendwie haben die Israelis davon Wind bekommen und wollten präzise Spezifikationen haben sowie die Kosten und die streng geheimen Codenummer. Auf diese Weise waren sie in unsere Forschungs- und Entwicklungslabors eingedrungen, die zu unseren empfindlichsten Einrichtungen zählten."

Trotz dieser düsteren Enthüllung wurde keine offizielle Nachforschung gestartet, um festzustellen, wer diese vertrauliche Information preisgegeben hatte.

„Sie bekommen immer, was sie wollen"

Israels Agenten haben mit großem Eifer das US-Abwehrsystem studiert, das sie zu ihrem Vorteil zu nutzen verstehen. Da-

bei sammeln sie ihre Informationen nicht nur durch heimliche Operationen, sondern sie üben auch offen wirkungsvollen Druck auf die Büros unserer Verwaltung aus. Ein Waffenexperte erklärt ihre Taktik:

„Wenn eine Antwort auf eine Waffenanforderung innerhalb von 30 Tagen zugesagt wurde, erscheinen sie am 31. Tag und erklären: ‚Wir haben diese oder jene Forderung gestellt. Sie ist nicht genehmigt worden. Warum nicht? Wir haben 30 Tage gewartet.' Mit den meisten ausländischen Regierungen kann man ein derartiges Problem geschickt lösen. Man kann es förmlich im Korb auf dem Schreibtisch liegen lassen. Bei den Israelis kann man nichts im Korb liegen lassen."

Er sagt, die Botschaft weiß genau, wann welche Termine zur Aktion anstehen: „Sie ist auf dem Laufenden wie keine andere Botschaft in der Stadt. Sie kennen deinen Terminkalender ganz genau. Sie wissen, was gestern auf der Tagesordnung stand und was heute und morgen noch zu erledigen ist. Sie wissen, was du getan und gesagt hast. Sie kennen unser Gesetz und unsere Bestimmungen auswendig – vorwärts und rückwärts. Sie sind sogar über die Ablieferungstermine unterrichtet."

Mein Informant bewunderte den Einfallsreichtum der Israelis, den sie bei ihren Beeinflussungsaktionen praktizieren: „Sie informieren ihre israelischen Zeitungen im Einzelnen über die Schwierigkeiten zur Erlangung einer bestimmten Genehmigung. Ein Reporter erscheint dann im Außen- oder Verteidigungsministerium und stellt eine Reihe detallierter Fragen, die nur von israelischen Fachleuten stammen konnten. Mitunter wird der Druck nicht von den Reportern, sondern durch die AIPAC ausgeübt.

Wenn sich wirklich eine Sache verzögert, so dauert es nicht lange, bis die ersten Briefe oder Anrufe aus dem Kapitol kommen. Da wird gefragt: ‚Warum gibt das Pentagon diesen Artikel nicht frei?' Für gewöhnlich kommt der Brief von einem Kongreßabgeordneten, in dessen Wahlgemeinde das gewünschte Gerät gerade hergestellt wird. Dann wird argumentiert, daß dieser betreffende Gegenstand für Israels Sicherheit enorm wichtig sei. Höchstwahrscheinlich wird der Emissär auch fragen: ‚Wer ist der böse Bube im Pentagon – oder Außenministerium –, der die Genehmigung blockiert? Ich wünsche seinen Namen zu erfahren. Der Kongreß möchte ihn wissen.'"

Der amerikanische Verteidigungsexperte hält dann inne, um seinen Standpunkt zu unterstreichen: „Kein Regierungsbeamter

und kein Offizier möchte gerne durch irgendjemand aus dem Kongreß vorgeladen und aufgefordert werden, seine dienstlichen Aufgaben zu erklären."

In diesem Zusammenhang erzählte mein Gesprächspartner eine Episode mit Carters Verteidigungsminister Harold Brown: „Ich erinnere mich, als Israel gelegentlich einen Artikel von der Verbotsliste anforderte. Ehe ich antwortete, sprach ich mich mit Minister Brown ab, der mir sagte: ‚Nein, absolut nein. Wir werden diesen Bastarden diesmal nicht nachgeben.' So sagte ich ‚nein'. Und siehe da – ein paar Tage später rief mich Brown an. Er sagte: ‚Die Israelis machen uns die Hölle heiß. Ich bekam einen Anruf von (Senator Henry) *Scoop* Jackson, der mich fragte, warum wir nicht mit Israel kooperierten. Es lohnt sich nicht. Lassen Sie's laufen.'"

Als Jimmy Carter Präsident wurde, versuchten die Israelis, große Mengen von AIM 9-L, der neuesten amerikanischen Luft-Luft-Rakete, zu bekommen. Das Pentagon sagte immer: „Nein, nein, nein. Sie (diese Rakete) ist ja noch nicht einmal an die US-Truppe ausgegeben worden; denn die Produktionsrate ist noch nicht so hoch. Wir können damit nicht einmal unseren eigenen Bedarf decken. Im übrigen ist diese Rakete viel zu geheim, um einen Verlust zu riskieren." Carter stand damals noch am Beginn seiner Amtszeit – aber er hatte sich über die Bedenken des Pentagon hinweggesetzt, mit dem Ergebnis: die Israelis bekamen ihre Raketen!

Auch ein anderer ehemaliger Regierungsbeamter berichtete über ein bemerkenswertes Beispiel israelischer Genialität: „Israel verlangte eine Hightech-Einrichtung, eine Maschine zur Herstellung von Munitionskugeln. Es war eine sehr große und eine enorm schwere Maschine. Sie war wirklich einmalig. Wir wollten nicht, daß andere Länder sie besitzen – nicht einmal Israel. Wir wußten aber, wenn wir ‚nein' sagten, würden die Israelis uns ausschalten, um auf anderen Wegen die Genehmigung zu bekommen. So sagten wir immer, ihre Anforderung sei in Bearbeitung. Zu unserem Erstaunen entdeckten wir dann, daß Israel die ganze Maschinerie bereits gekauft und in einem Lager in New York untergestellt hatte."

Die Israelis besaßen aber keine Versanderlaubnis für diese Vorrichtung – sie hatten sie aber dennoch gekauft. Als sie im Verlauf der Prozedur dann den zuständigen Beamten des Verteidigungsministeriums gegenüberstanden, sagten sie: „Da ist uns ein Mißgeschick passiert. Wir waren uns sicher, daß Sie *ja* sa-

gen würden – und da haben wir die Maschine erstmal gekauft. Und wenn Sie jetzt *nein* sagen – bitte, hier ist der Lagerschein und hier sind die Kosten für den eventuellen Rücktransport zur Fabrik." Bald danach, so erinnerte sich der Beamte, rief jemand aus dem Außenministerium an, fluchte ins Telefon und sagte schließlich: „Was soll's – geben Sie sie ihnen!"

Dieses Gefühl der Sinnlosigkeit zieht sich mitunter durch alle Abteilungen, bis hinauf zur Spitze. Die uneingeschränkten Lieferungen an Israel hatten sich besonders in der Zeit von 1974 bis 1977 lähmend ausgewirkt, als die Streitkräfte der Vereinigten Staaten versuchten, sich von dem arabisch-israelischen Krieg des Jahres 1973 zu erholen. Durch diesen Konflikt waren die USA gezwungen, die Depots ihrer eigenen Armee und ihrer eigenen Luftstreitkräfte nach Waffen zu durchkämmen, um Israel damit beliefern zu können.

Ungeachtet dieser Periode allgemeiner Knappheit in den Vereinigten Staaten, präsentierte uns Israel dennoch seine Einkaufslisten. Der Berichterstatter weiß, daß das Pentagon aber damals standhaft blieb: „Nein, wir können Ihnen nicht geben, was Sie wollen. Sie können vielleicht in einem Jahr wiederkommen." In fast jedem dieser Fälle war das Pentagon von einer politischen Entscheidung aus dem Weißen Haus überrollt worden. Dies demoralisierte zwar die Experten im Pentagon, aber noch schlimmer war der Umstand, daß dadurch unsere eigene nationale Sicherheit beeinträchtigt wurde: „Entscheidungen des Verteidigungsministeriums, die unter den höchsten professionellen Ansprüchen gefällt worden waren, fielen unter den Tisch, weil man Israels Wünsche erfüllen wollte."

Ein ‚Tauschhandel', der nur in einer Richtung funktioniert

Die Israelis haben – wie ein ehemaliger Pentagon-Offizier erklärte – eine besondere Fähigkeit, freundlichgesinnte Beamte auszunutzen: „In fast jeder Abteilung des Pentagon sitzen Leute, die mit den Israelis sympathisieren. Viele Militärangehörige waren in Israel, und einige haben dort gedient und Freundschaften geschlossen. Natürlich haben wir – umgekehrt – auch zahlreiche Israelis, die in US-Militärakademien studieren. Die Schneid, die Energie und Fertigkeit der Israelis werden im Pentagon sehr bewundert. Die Israelis schicken uns eifrig Berichte über Kampferfahrungen, die sie mit unseren Waffen gemacht

haben. In allen US-Militärschulen ist immer eine große Anzahl israelischer Studenten zu finden. Dort betreiben sie einen interessanten, professionellen Gedankenaustausch mit unseren Leuten."

Jahrelang haben die Vereinigten Staaten und Israel Militärangehörige ausgetauscht. Auf dem Papier funktioniert das in beiden Richtungen prima. Aber in der Praxis ist Israel der Hauptnutznießer. Der Vorgang hat eher nationalen als geheimen Charakter. Die israelischen Offiziere sprechen in der Regel Englisch. Dadurch ist es für sie kein Problem, nach Amerika zu kommen und rasch mit US-Offizieren Verbindung aufzunehmen. Von unseren US-Offizieren hingegen spricht jedoch kaum einer Hebräisch.

Sprachschwierigkeiten sind aber nicht das einzige Problem. Von ebenso schwerwiegender Bedeutung ist die lasche Art der Amerikaner, Sicherheitsbestimmungen zu befolgen. Viele israelische Offiziere waren ein Jahr lang in einem geheimen Bereich tätig – in einem US-Trainingskurs etwa, oder in einem der Forschungs- und Entwicklungslabors. Zu Beginn wird ihnen gesagt, sie dürften gewisse Sperrbereiche nicht betreten. Dann werden die Regeln aber nach und nach vernachlässigt. Ein ehemaliger Beamter des Verteidigungsministeriums wußte darüber zu berichten:

„Der junge Israeli spricht gut Englisch, und er ist sympathisch. Sie wissen, wie die Amerikaner sind: sie nehmen ihn auf, und er ist ihr Kumpel. Als erstes werden die Vorschriften vergessen, und die israelischen Offiziere haben in unseren Laboratorien, in unseren Schulungseinrichtungen und unseren Operationsbasen dann zu allem Zutritt."

Der betreffende Informant bemerkte, daß aber beim anderen Partner – in Israel – die Geheimhaltungsvorschriften streng befolgt werden: „Das bedeutet soviel, daß der Offiziers-Schulungsaustausch tatsächlich eine Einbahnstraße ist. Israel erlaubt keinem unserer Offiziere, ob er nun Hebräisch spricht oder nicht, sich in geheimen Militäranlagen umzusehen. Sie sind sehr streng darin. Unsere Offiziere konnten nicht einmal anwesend sein, als dort zum ersten Mal ein US-Transport mit Rüstungsteilen und Waffen eingetroffen war. Sie werden mit ihren Schreibtischen möglichst in die hintersten Ecken verwiesen. Dort deckt man unsere Offiziere dann mit reichlicher Arbeit ein, damit sie nicht frustriert werden. Ohne Kenntnis der hebräischen Sprache können sie ohnehin kaum erfahren, was hier vor sich geht."

Kameradschaft ist ein anderes Element. Viele Angestellte unserer Verwaltung, Juden oder Nichtjuden, sind der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten und Israel irgendwie „zusammengehören" und aus diesem Grunde unbegrenzt zusammenarbeiten müßten. Viele glauben auch, daß Israel ein strategischer Stützpunkt sei, und es daher im Sinne der Vereinigten Staaten liegen müsse, wenn wir Israel mit Waffen und anderen Technologien ausstatteten. Diese Ansicht führt manchmal auch zu offiziellen Einschränkungen im Austausch von Informationen, die modifiziert – oder zweckmäßigerweise sogar vergessen werden. Wie es ein Beamter des Verteidigungsministeriums ausdrückte, werden die Verbotsbestimmungen dann „tiefer und immer tiefer in die Ablage gelegt":

„Ein israelischer Offizier hatte ein heikles Dokument zur Hand genommen, während sein Freund, ein Beamter des Verteidigungsministeriums, absichtlich in die entgegengesetzte Richtung schaute. Nichts wird gesagt. Nichts wird aufgeschrieben. Und der US-Regierungsbeamte hatte offenbar auch nicht das Gefühl, etwas Falsches getan zu haben. Mittlerweile fordern die Israelis immer mehr und mehr."

Trotz derartig freigiebiger Großzügigkeit läßt sich Israel nicht von dem Versuch abhalten, dennoch durch Spionage an klassifizierte Geheiminformationen heranzukommen – ein Vorgehen, das die Vereinigten Staaten schon vor Jahren erfolglos zu unterbinden versuchten.

Mossad – der israelische Geheimdienst im Netz der Spionage

Bei einer einzigen Gelegenheit wurde einmal ein Angestellter der US-Regierung bestraft, weil er klassifizierte Geheiminformationen an Israel preisgegeben hatte. Das war vor über dreißig Jahren. 1954 hatte der Regierungsbeamte Fred Waller, zuständig für das israelisch-jordanische Ressort im US-Außenministerium, durch ein geheimes Dokument davon Kenntnis erlangt, daß vom FBI die Ausweisung eines Freundes im Stab der israelischen Botschaft empfohlen wurde, weil er der Spionage verdächtigt worden war.

Waller äußerte Kollegen gegenüber, er hielte das Urteil für „ungerechtfertigt" und – so die Vorwürfe – warnte seinen Freund in der israelischen Botschaft. Hierfür sollte Waller zu-

nächst entlassen werden. Später wurde ihm jedoch genehmigt, den Dienst ganz einfach von sich aus zu quittieren. „Sie wollten ihn ohne einen Pfifferling rausschmeissen", berichtete Don Bergus, der zu Wallers Nachfolger im Außenministerium avancierte. Während dieser Jahre der „McCarthy-Ära" – so erfuhren wir von Bergus – empfahl das FBI, eine Menge unserer Leute zur *persona non grata* zu erklären. Sie fühlten sich richtig happy bei diesen Maßnahmen. Sie wußten aber verdammt gut, daß man ihre Empfehlungen nicht in die Tat umsetzen würde."

Bergus erinnert sich, daß Israel auch eine Menge Informationen ohne Spionageanstrengungen erhalten hat: „Viele Informationen waren ihnen aus freien Stücken angeboten worden. Die Äpfel lagen sozusagen auf dem Tisch. Und ich kann es ihnen nicht verübeln, daß sie sich davon bedienten."

Die Untersuchungen gegen Waller liefen zu einem Zeitpunkt, als die Besorgnis unserer Regierung über die Geheimdienstaktivitäten der Israelis in den USA gerade ihren Höhepunkt erreicht hatten. Weil die Eisenhower-Regierung damals versuchte, Waffen für Israel und andere Staaten im Nahen Osten zurückzuhalten, wurde eine gewaltige Aktion gestartet, um die undichten Stellen, aus denen klassifizierte Geheiminformationen nach außen drangen, unter Kontrolle zu bekommen. Ein altgedienter Diplomat brachte die Krise in Erinnerung: „Angestellte im Außen- und Verteidigungsministerium waren im großen Stil angestiftet und bestochen worden. Und da wandte sich unsere Regierung an Israel, mit der Bitte, dies zu unterlassen."

Nach Verhandlungen auf höchster Ebene, die der Waller-Affäre gefolgt waren, vereinbarten die Vereinigten Staaten und Israel ein ungeschriebenes Abkommen, wonach ein größeres Bündel klassifizierter Geheiminformationen gegenseitig ausgetauscht werden sollte. Gleichzeitig war man übereingekommen, geheime Operationen im jeweiligen anderen Land zukünftig scharf einzuschränken. Der Diplomat Don Bergus erklärt, daß diese Abmachungen allerdings nicht im Sinne einer Einbahnstraße gedacht waren: „Der Deal sah vor, daß wir auch von ihnen mehr als bisher erfahren würden. Man hoffte vor allem, daß durch diese Vereinbarung der Diebstahl geheimer Dokumente und die Bestechung von US-Angestellten beendet würden."

Das Einvernehmen mit Israel beendete das Problem aber keinesfalls. Die Israelis waren nämlich nicht bereit, die Entscheidung über die Selektierung der einzelnen Geheiminformationen nur den Vereinigten Staaten zu überlassen. Israel richtete sich

nicht nach den Bedingungen der Vereinbarung. Im Gegenteil: Die umfangreichen Spionageaktivitäten wurden im gesamten Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten fortgesetzt.

Dies dauerte nach der Waller-Episode noch länger als 20 Jahre an, und zwar bis zur Amtseinführung des Bürgermeisters von Atlanta, Andrew Young, als neuer US-Botschafter bei den Vereinten Nationen unter der Carter-Regierung. Young erinnert sich: „Ich handelte in der Annahme, daß die Israelis ohnehin sofort alles erfahren würden. Ich ging einfach davon aus, daß alles abgehört wird, und es ein ziemlich leistungsfähiges Verbindungsnetz gab."

Im August 1979 dankte Young als Botschafter ab, nachdem es ruchbar geworden war, daß er sich mit Zuhdi Terzi, dem PLO Beobachter bei der UNO, getroffen hatte. Damit hatten die Vereinigten Staaten ihr Versprechen gegenüber Israel gebrochen, wonach sie mit der PLO keine Verbindung mehr aufnehmen wollten. Presseberichten über Youngs Episode zufolge, hatte der israelische Geheimdienst von dem Treffen erfahren und diese Information dann in die Presse lanciert, um damit das diplomatische Gerangel anzuzetteln, das schließlich zu Youngs Abdankung führte.

Israel leugnete, daß seine Agenten über das Young-Terzi-Treffen vorher unterrichtet waren. Der Pressesprecher in der israelischen Botschaft ging sogar soweit, dem *Washington Star* zu sagen: „Wir betreiben in den Vereinigten Staaten keinerlei Geheimdienstaktivitäten." Diese Feststellung muß die US-Geheimdienstexperten allerdings amüsiert haben; denn einer von ihnen sprach mit der *Newsweek* über die Mossad-Aktionen in unserem Land: „Sie haben die gesamte US-Regierung unterwandert. Sie arbeiten erfolgreicher als der KGB." Der Name des Geheimdienstlers war von dem Magazin allerdings nicht genannt worden.

Weiter stand in dem Artikel der *Newsweek*: „Mit Hilfe der amerikanischen Juden in und außerhalb der Regierung war der Mossad um eine gewisse Nachgiebigkeit bei den US-Hilfeleistungen bemüht, und versuchte, an alle technischen Geheimnisse heranzukommen, die der Regierung von Israel durch die USA vorenthalten wurden. ‚Der Mossad kann zu jedem bekannten Juden gehen und ihn um Hilfe bitten', sagt ein ehemaliger CIA-Agent. Die Anziehungskraft ist simpel: ‚Wenn auf einen Anruf nicht entsprechend reagiert wird, so führt die Erinnerung an den Holocaust zum Erfolg! Die USA tolerieren Mossad-

Operationen auf amerikanischem Territorium zum Teil nur deshalb, weil sie die Amerikanisch-Jüdische Gemeinde nicht verärgern wollen."

Ein anderer Grund sei noch erwähnt: Der Mossad bewährt sich in umgekehrter Richtung häufig als wertvolle Informationsquelle für den US-Geheimdienst. So wird die Unterwanderung durch Israel auf derart hoher Ebene betrieben, daß ein leitender Beamter des Außenministeriums, der durch seine Beschäftigung mit dem Nahen Osten beruflich die höchsten Positionen bekleidete, folgendes gesteht: „Ich habe mehrere Male darauf gedrängt, die Vereinigten Staaten sollten damit aufhören, ihre Geheimnisse vor den Israelis zu verbergen. Laßt sie doch alles haben. Sie bekommen ja sowieso alles, was sie wollen. Wenn wir versuchen, Geheimnisse besonders geheim zu halten, so ist das immer ein Schuß nach hinten."

Eine vom CIA 1979 – 25 Jahre nach der ursprünglichen amerikanisch-israelischen Spionagevereinbarung – ausgearbeitete Analyse enthält keinerlei Hinweise, daß der Mossad in irgendeiner Weise seine Spionageaktivitäten in den Vereinigten Staaten tatsächlich eingeschränkt hätte. Gemäß dem 48seitigen Geheimdokument mit dem Titel *Israel: Auslandsspionage- und Sicherheitsdienste* zählen die Vereinigten Staaten weiterhin zu den Schwerpunkten der Mossad-Operationen:

„Um an brauchbares Geheimmaterial heranzukommen, konzentriert der Mossad seine Agentenaktivitäten hauptsächlich gegen die arabischen Staaten und ihre offiziellen Vertreter und Einrichtungen in der ganzen Welt, insbesondere in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten."

Ziele in westlichen Ländern sind für den israelischen Geheimdienst von gleicher Bedeutung (wie in der UdSSR und Ost-Europa). Der Mossad sammelt Geheiminformationen über die Politik der westlichen Länder, des Vatikans sowie der UNO-Politik gegenüber dem Nahen Osten; er (Mossad) fördert Waffengeschäfte zugunsten der IDF; und besorgt sich persönliche Unterlagen, um damit anti-israelische Gruppierungen des Westens zum Schweigen zu bringen."

Unter dem Titel *Operationsverfahren* kann man aus der CIA-Broschüre die Art und Weise erkennen, wie der Mossad die einheimischen Pro-Israel-Gruppen ausnutzt. Darin wird festgestellt, daß der „Mossad über Jahre hinweg in jedem für Israel wichtigen Land Beziehungen zu hochgestellten Persönlichkeiten und Regierungsabteilungen besitzt." Hinzugefügt wird: „In-

nerhalb der Jüdischen Gemeinden gibt es fast in jedem Land der Welt Zionisten oder andere Sympathisanten, welche die israelischen Geheimdienstaktivitäten stark unterstützen."

Die CIA-Informationsschrift erklärt weiter: „Derartige Kontakte werden sorgfältig gehegt und gepflegt, und dienen als Kanäle für Informationen, Täuschungsaktionen, Propaganda und für andere Zwecke... Die Mossad-Aktivitäten werden generell durch offizielle und halbamtliche israelische Einrichtungen sowie durch verschachtelte Tarnunternehmen in Form von Firmen und Organisationen betrieben. Solche Tarnunternehmen sind zur Realisierung spezifischer Ziele gegründet worden – zur Anpassung bzw. zur Unterwanderung nichtzionistischer nationaler und internationaler jüdischer Organisationen...

Offizielle Organisationen, die als Tarnung dienen, sind israelische Einkaufsorganisationen, amtliche Touristikunternehmen, die *El Al*- und Zim-Büros. Israelische Baufirmen, Industriegruppen und internationale Handelsunternehmen dienen ebenfalls als inoffizielle Tarnmäntel. Einzelpersonen, die unter einer geheimen oder illegalen Deckung arbeiten, sind normalerweise damit beauftragt, gewisse Vorhaben zu unterwandern, bei denen eine langfristige, sehr sorgfältige Annäherung erforderlich ist. Das bezieht sich auch auf Aktivitäten, für die seitens der israelischen Regierung niemals eine Mitschuld zugegeben würde...

Bei der Rekrutierung seiner Agenten und zur Erlangung allgemeiner Informationen stützt sich der israelische Geheimdienst hauptsächlich auf die verschiedenen Jüdischen Gemeinden und Organisationen im Ausland. Die aggressiven, ideologischen Thesen des Zionismus, nach denen alle Juden nach Israel gehörten und nach Israel zurückkehren müssen, hatten sich bei der Unterstützung geheimdienstlicher Operationen allerdings nachteilig ausgewirkt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß seither unter den Juden in aller Welt ein bemerkenswerter Widerstand gegen den Zionismus entstanden ist.

In dem Bewußtsein dieser Tatsache arbeiten israelische Geheimdienstvertreter für gewöhnlich diskret innerhalb der Jüdischen Gemeinden. Sie sind angewiesen, ihre Aufgaben mit äußerstem Feingefühl auszuführen, um Israel nicht in heikle Situationen hineinzuziehen. Sie bemühen sich auch, antizionistische Bewegungen zu unterwandern, um die Opposition zu neutralisieren."

Der Diebstahl von wissenschaftlichen Erkenntnissen ist ein Hauptziel der Mossad-Operationen, wobei oft der Versuch un-

ternommen wird, ortsansässige Agenten zu rekrutieren: „Neben dem breit angelegten Studium öffentlicher Wissenschafts-Journale und technischer Zeitschriften aus aller Welt, beschaffen sich die Israelis durch aufwendige Tarnoperationen wissenschaftlich-technologische Geheimnisse direkt von der Quelle. In dieser Weise waren sie auch in gewisse geheimgehaltene Verteidigungsprojekte der Vereinigten Staaten und anderer westlicher Länder eingedrungen.

Die israelischen Sicherheitsbehörden (in Israel) sammeln auch Beweismaterial für verbotene Liebesbeziehungen, als Druckmittel für eine Zusammenarbeit. So versuchte zum Beispiel Shin Beth (der innerstaatliche israelische Geheimdienstapparat), das Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Jerusalem mit Hilfe eines geistlichen Angestellten zu unterlaufen, der ein Verhältnis mit einem Mädchen aus Jerusalem hatte. Dann verfaßten sie eine vorgetäuschte Abtreibungsklage gegen den Angestellten, um ihn damit – wenn auch erfolglos – leichter rekrutieren zu können. Bevor sie ihren Erpressungsversuch starteten, wollten sie das israelische Mädchen dazu bewegen, ihrem Freund geheime Informationen zu entlocken."

Laut CIA unternahmen die Israelis sogar „primitive Versuche, um Marine-Wachen (an der Botschaft der Vereinigten Staaten in Tel Aviv) gegen Bezahlung zu rekrutieren." Die CIA berichtet, daß 1954 in dem Büro des US-Botschafters ein verstecktes, von „den Israelis installiertes" Mikrofon gefunden worden war. Zwei Jahre später wurden weitere Abhörgeräte entdeckt, die zu zwei Telefonen in der Residenz des Marine-Attachés der Vereinigten Staaten führten. Der pensionierte Diplomat Don Bergus erinnert sich an diese Episode: „In einem Telegramm unseres Botschafters Ed Lawson wurde Washington über die Abhörwanze mit etwa folgendem Wortlaut unterrichtet: ‚Ministerium muß davon ausgehen, daß alle Gespräche in meinem Büro sowie die Texte meiner Telegramme aus den letzten sechs Monaten den Israelis bekannt sind.' Ed hatte alle Telegramme seiner Sekretärin diktiert."

Während des iranischen Geiseldramas 1980 zitierte der Kolumnist Jack Anderson angebliche „US Geheimdienstberichte", die in der Tat jedoch von der israelischen Botschaft bzw. der AIPAC stammten. Nach diesen Feststellungen würden sich Minen in der Teheraner US-Botschaft befinden, die – nach den dubiosen Geheimberichten – von der PLO dort heimlich plaziert worden seien. Mit dieser Schreckensnachricht sollte offenbar je-

der Versuch der Vereinigten Staaten zur Rettung ihrer Geiseln von vornherein vereitelt werden. Die *Geheimdienstberichte* hatten sich im nachhinein als Fälschung herausgestellt.

Nach den gegenwärtigen Aktivitäten des Mossad in den Vereinigten Staaten gefragt, antwortete ein hochgestellter Beamter des Außenministeriums rückhaltlos: „Wir müssen davon ausgehen, daß sie in der ganzen Stadt telefonische Abhörgeräte haben. Bei meiner Arbeit höre ich häufig hoch vertrauliche Informationen, die in Gesprächen mit Leuten zu mir wieder zurückkamen, die solche Geheimnisse gar nicht kennen durften. Ich frage dann: ‚Ich möchte nur wissen, wer da wohl sein Abhörgerät wieder eingeschaltet hatte, um das zu erfahren.' Für gewöhnlich lautet dann die Antwort: ‚Ich weiß es nicht. Aber wir sind es bestimmt nicht gewesen.'"

Derselbe Beamte versicherte, daß er vertrauliche Informationen niemals über das Diensttelefon weitergeben würde. „Man darf ihre Genialität nicht außer acht lassen. Die Mossad-Leute wissen, wie sie das System anzapfen müssen."

„Keiner kann sich solchen Ärger leisten"

Die undichten Stellen in der Geheimhaltung vitaler Informationen bleibt das Hauptproblem unserer Regierungsverantwortlichen. Ein Beamter, dessen Identität ich leider verschweigen muß, sagt, daß während der Carter-Regierung sich seine Kollegen nicht einmal bei kleinen vertraulichen Meetings offen zu sprechen trauten. Als bestimmte israelische Forderungen anläßlich einer Konferenz des Vermittlungsausschusses, bei dem höchstens 15 Personen anwesend waren, abgelehnt wurden, kamen – obwohl jeder Besprechungsteilnehmer zur Geheimhaltung verpflichtet war – innerhalb von Stunden „Proteste des israelischen Militärattachés, dem politischen Leiter oder dem Botschafter, oder sie protestierten alle auf einmal. Sie wußten jedenfalls haargenau, wer was sagte, obwohl nichts zu Papier gebracht worden war." Er fügte hinzu: „Niemand kann sich einen solchen Ärger leisten."

Er berichtete, daß David McGiffert, Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, zuständig für internationale Sicherheitsfragen, wiederholt diesem Druck ausgesetzt war. Häufig verlangten die Israelis Kopien von Dokumenten, die erst im Ent-

wurf existierten, und noch nicht einmal auf seinem Schreibtisch lagen.

Um solchen undichten Stellen von vornherein auszuweichen, haben verschiedene Beamte ihr eigenes System entwickelt. So werden – obwohl ohnehin noch nie jemand wegen Geheimnisverrats zu Gunsten Israels angeklagt wurde – beim Durchlauf geheimer Dokumente Verratsverdächtige einfach von der Verteilerliste gestrichen. Dieses Verfahren nennt man dann ‚diskret weiterleiten'.

Ein solcher Risikobeamter, der bereits unter der Carter- und auch in der Reagan-Regierung eine leitende Stellung innehatte, sitzt nach wie vor auf seinem außenpolitischen Vertrauensposten. Schon damals hatten seine Vorgesetzten diskret die Anweisung erteilt, seinem Büro keine Einsicht in geheime Dokumente unserer Nahostpolitik zu gewähren. Auch bei Gesprächen über derartige Themen war in seiner Gegenwart äußerste Vorsicht geboten. Einer seiner Kollegen sagte bewundernd: „Er ist brilliant. Er gehört unbedingt in die Regierung. Aber er hat einen schwachen Punkt – Israel."

Um sich Regierungsbeamte, die den Bedürfnissen Israels gegenüber als nicht aufgeschlossen betrachtet werden, gefügig zu machen, pickt sich die Israel-Lobby solche Leute für persönliche Angriffe heraus. Dabei werden mitunter auch berufliche Karrieren zerstört.

Im Januar 1977 wurde unmittelbar nach der Amtseinführung von Präsident Carter der Versuch einer breitangelegten Säuberungsaktion gestartet. Der Übeltäter war Senator Richard Stone aus Florida, ein Demokrat und passionierter Befürworter Israels. Als er erneut zum Vorsitzenden des Senats-Unterausschusses für Nahost-Angelegenheiten ernannt wurde, nahm er bei seinem Besuch im Weißen Haus eine „Hitliste" mit. In seinen Augen hatten sich nämlich fünfzehn Beamte der Sache Israels bzw. seines Waffenbedarfs gegenüber als nicht besonders hilfreich gezeigt. Daher wollte er diese Leute auf andere Positionen versetzt wissen, wo sie mit ihren Ansichten der Sache Israels nicht mehr schaden können.

Auf der Abschußliste standen William Quandt, Brzezinskis Stellvertreter für Nahost-Angelegenheiten und Les Janka, der unter Ford im Nationalen Sicherheitsrat gearbeitet hatte. Die anderen waren Berufsoffiziere, die meisten von ihnen im Rang eines Oberst. Stones Forderungen wurden von Brzezinski abgelehnt, worauf – laut Aussage eines leitenden Beamten im Wei-

ßen Haus – der Senator „nach tagelangen recht harten Pressionen" das Handtuch werfen mußte. Obwohl seine Forderungen erfolglos geblieben waren, verursachten sie doch einigen Aufruhr. Ein Offizier faßte diesen Vorfall zusammen: „Für mich ist es eine unbegreifliche Ironie, daß ein US-Senator zum Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten geht und ihm vorschlägt, er solle Amerikaner – wegen unzureichender Loyalität gegenüber einem anderen Land – hinausschmeißen."

Undichte Regierungsstellen beeinträchtigen unsere Außenpolitik

In den letzten Jahren hatte in vier Fällen die Preisgabe von Geheiminformationen an Israel unseren Beziehungen zu deren Nachbarn schwere Rückschläge versetzt. Der erste Vorfall machte eine Vereinbarung mit Jordanien hinfällig, die über Jahre hinweg den US-Sicherheitsinteressen erfolgreich gedient hatte.

Durch ein langjähriges Geheimabkommen war Jordaniens König Hussein vom CIA über geheime Kanäle finanziell unterstützt worden. Dies war die Fortführung eines üblichen Hilfsprogramms, wie es die Briten ursprünglich entwickelt hatten. Durch solche finanziellen Hilfsprogramme revanchierte man sich bei gemäßigten Führern – wie König Hussein – für deren hilfreiche Dienste. Damit konnten sie ihre politische Basis weiter festigen, ohne im eigenen Land Rechenschaft darüber ablegen zu müssen.

Zu Beginn der Carter-Regierung wurde im Weißen Haus eine Prüfung aller getarnten Operationen, natürlich auch jener CIA-Zahlungen im Nahen Osten, angeordnet. Neunzehn Personen hatten an der Prüfungsversammlung Anfang Februar 1977 teilgenommen. Und einer der anwesenden leitenden Beamten berichtete: „Ich fürchtete damals, daß es mit Sicherheit wieder undichte Stellen geben wird." Tatsächlich brachte ein paar Tage später die *Washington Post* eine Story mit der Überschrift „CIA zahlte Millionen an Jordaniens König Hussein". In dem von Bob Woodward geschriebenen Artikel hieß es, die CIA habe zwanzig Jahre lang „geheime jährliche Zahlungen über Millionen von Dollar" an Hussein geleistet. Weiter hieß es, daß sich 1976 die Zahlung auf $ 750.000 belaufen habe. Diese Aufdekkung entfachte eine weitreichende internationale Polemik.

Als er jenen Artikel der *Washington Post* gelesen hatte, wandte sich Senator James G. Abourezk aus South Dakota sofort an Harald Saunders, der damals im Nationalen Sicherheitsrat arbeitete. Dort erhielt er die Bestätigung, daß Israel, ebenso wie Jordanien, tatsächlich von der CIA geheime Zahlungen erhalte. Abourezk erinnert sich an die Schätzungen Saunders, derzufolge Hussein $ 10 Millionen erhalten habe. Im gleichen Zeitraum seien $ 70 Millionen an Israel geflossen. Mit diesen Zahlungen konnte Israel sein eigenes ersprießliches Auslandshilfsprogramm für Afrika fördern. Abourezk vermutet, daß diese Zahlungen unvermindert weiterfließen. König Hussein verwendete das Geld, um das Verhältnis zu den Beduinenstämmen in seinem Wüsten-Königreich weiter auszubauen.

Nach der Bestätigung dieser Information rief Abourezk bei der *Washington Post* an, um Woodward zu fragen, ob er bei der Abfassung seines Berichtes über die Zahlungen an Jordanien auch von der CIA-Hilfe an Israel gewußt hätte. Abourezk erinnert sich: „Woodward gab seine Kenntnis von den Zahlungen an Israel zu, sagte aber, er dächte, daß die Umstände anders gelagert seien. Deshalb habe er nichts darüber geschrieben." Abourezk erinnert sich, über diese Erklärung und die „selektive" Verschleierung der Nachrichten so wütend geworden zu sein, daß er ins Telefon geschrien habe: „Mir scheint, diese Beurteilung sollte man lieber dem Leser der *Post* überlassen."

Ohne jeden Erfolg versuchte Abourezk mehrere Monate hindurch, Washingtoner Journalisten für die Nachricht zu interessieren, wonach auch Israel Zahlungen vom CIA erhalten habe. Monate später, als die Proteste wegen Jordanien wieder verstummt waren, erwähnte Jack Anderson die Zahlungen an Israel in seiner weitverbreiteten Kolumne. Damals gab es allerdings keinen Aufschrei mehr in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Die CIA-Vereinbarung mit Jordanien war von Zbigniew Brzezinski, ehemals Carters Nationaler Sicherheitsberater, als „sehr wertvoll" für die USA betrachtet worden. Aber als Folge der Veröffentlichung, so erinnerte er sich, mußte diese Vereinbarung annulliert werden. Hussein war außer sich, und die Vereinigten Staaten erlitten einen empfindlichen Rückschlag in ihren Beziehungen zur arabischen Welt.

Die nächste Geheimnispreisgabe durch ein *Loch* in unserem Regierungsapparat belastete die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien derart, daß ein Berufsoffizier unseres Geheimdienstes aus Saudi-Arabien zurückbeordert werden

mußte. Nach dem Sturz des Schahs von Persien 1979, gab es Spekulationen, daß das Saudi-Regime ebenfalls stürzen würde. Dementsprechend gab der Leiter unserer CIA-Stelle in Saudi-Arabien diese Information in einem geheimen Telegramm nach Washington weiter, wobei er seine Mitteilung ausdrücklich als bloßes *Gerücht*, und nicht als Prophezeiung deklariert hatte.

Auf Grund dieses Telegramms sowie anderer Berichte und Analysen in Washington, verfasste die CIA einen Bericht, der in wenigen Exemplaren kopiert und nur für speziell ausgewählte Entscheidungsträger bestimmt war. Diese Denkschrift behandelte das Thema der Stabilität des Saudi-Regimes. Zu diesem höchst geheimen Vorgang war damals eine Meldung an die Nachrichtenagenturen durchgesickert, in der fälschlicherweise behauptet wurde, der CIA-Leiter in Saudi-Arabien habe den Sturz der saudischen Regierung innerhalb von sechs Monaten prophezeit.

Zum damaligen Zeitpunkt war John C. West, ehemals Gouverneur von South Carolina, gerade unser Botschafter in Saudi-Arabien. Und West erinnert sich noch sehr gut an die peinliche CIA-Story von damals: „Natürlich gab es keine derartige Prophezeiung, daß die saudische Regierung stürzen würde, aber so stand es eben gedruckt." Der Vorfall verursachte schweren Ärger in der Hauptstadt Saudi-Arabiens. Kein Wunder, daß daraufhin der dortige CIA-Leiter zum Verlassen des Landes aufgefordert wurde.

West hatte aufgrund undichter Stellen noch Probleme anderer Art. 1980 machte die Preisgabe von Geheiminformationen durch einen Regierungsangestellten eine vertrauliche Mission nach Saudi-Arabien zunichte und führte, nach Wests Meinung, zu einer kostspieligen Auseinandersetzung zwischen Senat und dem Präsidenten. Die verhängnisvolle Indiskretion stammte aus einem geheimen Treffen im Weißen Haus, bei dem John C. West und eine kleine Gruppe hoher Regierungsbeamter über mehrere Anfragen aus Saudi-Arabien zum Kauf militärischer Ausrüstung entscheiden sollten.

„Das Paket ihrer Waffenwünsche lag den Saudis sehr, sehr stark am Herzen," erinnert sich West: „Es war unbedingt erforderlich, sie als ernsthafte Kunden nicht vor den Kopf zu stoßen. Als wir die einzelnen Punkte durchgingen, sagte ich: ‚Was immer wir tun – wir dürfen keinen dieser Posten der Saudis mit einem Nein zurückweisen. Es ist sehr wichtig, daß wir eine klare Ablehnung vermeiden."

Die Gruppe kam überein, vier der Forderungen zu genehmigen, wobei sie aber die anderen beiden als sehr strittig betrachtete. Die Saudis wollten unsere hochtechnisierten AWACS-Frühaufklärungsflugzeuge kaufen und die Spezial-Bombenhalterungen für F-15 Kampfflugzeuge, die sie bereits besaßen. Der Verkauf dieser Waffen an Saudi-Arabien würde im benachbarten Israel aber einen Aufruhr entfachen. In diesem Dilemma wollte Carter natürlich keine der beiden Regierungen vor den Kopf stoßen, weder die israelische noch die saudiarabische.

West hatte für beide Probleme aber eine Lösung gefunden: „Laßt uns folgendes tun", riet er seinen Kollegen. „Die Bombenträger sind noch nicht in unser US-System integriert worden. Da gibt es noch immer ein paar technische Schwierigkeiten, die noch nicht ganz gelöst sind. Wir werden einfach erklären, daß wir keine Entscheidung treffen können, bevor wir nicht genau festgestellt haben, ob diese Bombenaufhängungen auch tatsächlich perfekt funktionieren und unseren eigenen Ansprüchen genügen. Mit dieser Erklärung werden die Saudis sich zufriedengeben."

Bei dem AWACS-Dilemma prophezeite West, daß die Saudis den Ankauf dieser Flugzeuge sofort wieder rückgängig machen würden, wenn die Vereinigten Staaten die gleichen Praktiken anwendeten, wie sie in der angespannten Periode nach dem Sturz des Schahs von Persien initiiert worden waren.

Zu diesem Zeitpunkt, so sagte er, „respektierten die USA die geheimdienstlichen Vorbedingungen der Saudis, indem sie die AWACS-Flugzeuge von saudischen Luftstützpunkten aus einsetzten, und die bei solchen Flügen gesammelten Informationen der saudischen Regierung zur Verfügung stellten." Wests abschließende Empfehlung in der damaligen geheimen Konferenz: „Ich werde den Saudis erklären, daß die Vereinigten Staaten die neuen Flugzeuge nicht vor 1985 liefern könnten, und bis dahin wird die Technologie wahrscheinlich überholt sein."

Wests Vorschlag wurde akzeptiert. Die Saudis würden die vier nicht strittigen Maschinen kaufen dürfen, und die anderen beiden würden weiterhin in der Hinterhand gehalten, damit sich die Saudis nicht vor den Kopf gestoßen fühlten. West sagte: „Ich erhielt die Anweisung, die Entscheidungen im Anschluß an meine Rückkehr nach Saudi-Arabien persönlich dort vorzutragen."

Aber da war abermals eine vertrauliche Information durch

eine undichte Stelle unseres Regierungsapparats hinausgesickert und verdreht weitergegeben worden. West erinnert sich: „An dem Tag, als ich bereits nach Saudi-Arabien abgeflogen war, hatte die *New York Times* eine Story veröffentlicht, mit dem Titel: „Carter – so wird behauptet – lehnt Waffenansuchen Saudi-Arabiens ab." Andere Nachrichtenagenturen berichteten, daß bei einem Treffen auf höchster Ebene das Weiße Haus entschieden habe, die Bitte Saudi-Arabiens abzulehnen. West sei – nach mehrtägiger Debatte über die Art und Weise, wie man die Nachricht (den Saudis) übermitteln könne, angewiesen worden, einfach *nein* zu sagen...

„Bis zu meiner Landung in Saudi-Arabien hatte ich von dieser Indiskretion nichts erfahren. Die Termine mit meinen saudischen Gesprächspartnern waren bereits festgelegt. Da schlug mir die Zeitungsstory mitten ins Gesicht. Es war schrecklich. Die Story der *New York Times*, wonach meine, also Wests Warnungen unter allen Umständen verworfen werden müßten, verursachte eine barsche Absage. Das zerstörte alle Erfolgschancen meiner diplomatischen Mission."

West weiß nicht genau, wie die Zeitungen an diesen schädigenden Bericht gelangten. Obwohl nur einige wenige ausgewählte Geheimnisträger bei dem vertraulichen Gespräch im Weißen Haus anwesend waren, wurden dort aber Notizen angefertigt und Memos vorbereitet. West ist der Ansicht, daß diese Story mit jenen vorbedachten Unrichtigkeiten an die Öffentlichkeit geschleust wurde von „jemandem, der darauf aus war, das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien zu verschlechtern."

Ein paar Monate später setzte die Carter-Regierung ihre AWACS-Operationen von Saudi-Arabien aus wieder fort. Ungeachtet ihrer Bestürzung über die vorangegangenen Schlagzeilen, bestanden die Saudis darauf, jetzt ihre eigenen AWACS zu kaufen. Zu diesem Zweck starteten sie in den USA eine Public Relations-Kampagne, die zwei Jahre später im US-Senat in einer kostspieligen, aufreibenden Machtprobe gipfelte. Wests Empfinden nach, hätten die Saudis – ohne den vorangegangenen Verrat unserer geheimen Marschroute – die Entscheidung der Carter-Regierung akzeptiert, und der Streit um die AWACS-Lieferungen wäre im Keime erstickt worden. In diesem Falle hätten sich die amerikanischen Steuerzahler zusätzliche $ 1,2 Milliarden aus ihrer Israel-Hilfe ersparen können. Dies war der Preis, den die Israel-Lobby als Kompensation

forderte, nachdem sie bei der AWACS-Abstimmung im Senat erfolglos geblieben war.

Da die Informationsströme nach Israel immer intesiver und die *Löcher* im amerikanischen Sicherheitssystem immer zahlreicher geworden waren, hatte West damals strikte Regelungen für den Kommunikationsablauf empfohlen: „Ich hätte niemals etwas in einem Telegramm erwähnt, das als Kritik an Israel gewertet werden konnte. Sonderbarerweise war durch die gleichen Informationskanäle in umgekehrter Richtung aber nie ein Geheimnis aus Israel zu uns durchgesickert. Wenn geheime Nachrichten in Washington eintrafen, waren diese für gewöhnlich den Israelis bereits bekannt. Ich kann das ohne Vorbehalte sagen." Wenn mein hochverehrter Informant John C. West damals irgendeine kritische Information weiterleiten wollte, fühlte er sich am normalen Telefon sicherer als bei der Übermittlung seiner internen Mitteilungen durch ein Top-Secret-Telegramm.

Wests Probleme mit der Lobby waren nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst aber noch keinesfalls zu Ende. Bevor er 1981 sein Amt aufgegeben hatte, sprach er in einem Interview in Jeddah noch einmal über die „schwierigste Frage", mit der er im Verlaufe seiner Botschafterkarriere konfrontiert worden war: Er konnte niemandem erklären, warum jegliche Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der PLO verboten waren.

Diese bei dem Interview leichthin gemachte Bemerkung verursachte erhebliche Schwierigkeiten, als sich West ins Privatleben zurückziehen wollte. Schon gegen seine Benennung zum ordentlichen Professor für den Lehrstuhl Nahost an der Universität von South Carolina wurde seitens einer von Senator Hyman Rubin geleiteten lokalen jüdischen Gruppe heftig protestiert. „Diese Gruppe belastete mich mit Vorurteilen", erinnerte sich West. „Und der Protest beunruhigte die Universitätsverwaltung dermaßen, daß sie die offizielle Bekanntgabe meiner Nominierung mehr als ein Jahr zurückstellte." Als West von dem Protest erfahren hatte, bat er Rubin um ein Treffen mit dessen Aktivistengruppe. Die Folge war eine offene, zweistündige Diskussion zwischen zwanzig Kritikern und dem Botschafter-Professor in spe. Als Ergebnis, sagte West, „hatte sich der Streit gelegt." Erst dann konnte er seine Lehrtätigkeit wieder fortsetzen.

1983 war es die israelische Botschaft selbst, die in direkter Weise die Preisgabe eines geheimen Vorhabens inszenierte, wodurch sie mit vollem Erfolg die US-Hilfe zum Aufbau einer

schnellen Eingreiftruppe für die Jordanier blockierte. Natürlich hatte die Botschaft ihre eigene Rolle bei dieser Affäre niemals zugegeben. Der Ärger begann damit, als man privat und insgeheim im Weißen Haus über einen Vorschlag nachgedacht hatte, wie die USA Jordanien dabei helfen könnten, eine eigene Luftlandetruppe aufzubauen, die eine rasche Hilfe gewährleistete, falls einer der benachbarten, arabischen Staaten bedroht würde. Ein Beamter des Weißen Hauses erklärte dazu:

„Als Bahrain während der Irankrise um Hilfe gerufen hatte, wollte Jordanien eingreifen, hatte aber keine Möglichkeit, dorthin zu gelangen. Die Idee einer jordanischen Streitkraft hatte Hand und Fuß. Die Araber müssen in der Lage sein, ihr eigenes Territorium zu verteidigen. Statt eine amerikanische, schnelle Einsatztruppe zum Persischen Golf zu beordern, wäre es sinnvoller, wenn die Araber diese Aufgabe selbst übernehmen würden. Es wäre besser, man läßt moslemisches Territorium durch Moslems verteidigen, als dafür amerikanische Jungs einzusetzen."

Dean Brown, ehemaliger Botschafter in Jordanien, wertete diesen Vorschlag als einen „Segen" für die kleinen Länder am Golf. „Was Jordanien brauchte, waren C-130-Flugzeuge für den Transport leichter Waffen auf dem Luftwege."

Zuerst hatte Israel gegen dieses Vorhaben keine Einwände erhoben. Damals war Moshe Arens noch als israelischer Botschafter in den USA tätig gewesen. Als wir ihm von unserem Plan erzählten, hatte er einfach nur zugehört. Ein Beamter des Weißen Hauses, der in dem Projekt beschäftigt war, berichtete: „Wir sagten Arens, daß wir selbstverständlich die israelischen Interessen bei unserem Vorhaben berücksichtigten, aber wir würden dennoch weitermachen. Dabei würden wir in einer Weise verfahren, die Israel keinerlei Nachteile aufbürdet."

Die unverbindliche Reaktion der Israelis wurde irrtümlicherweise aber als grünes Licht aufgefaßt. In diesem Sinne setzte daher die Reagan-Regierung – nach der Genehmigung durch die Geheimdienst-Komitees des Kongresses – ihre geheimen Verhandlungen fort.

Nachdem Arens später das israelische Verteidigungsministerium übernommen hatte, geriet der Plan ins Wanken. Durch unseren Außenminister George Shultz über den Fortschritt des Projekts informiert, erhob nun der neue israelische Botschafter in den USA, Meir Rosenne, plötzlich Einspruch seiner Regierung. Dabei gab die israelische Botschaft dem Reporter einer israeli-

schen Radiostation einen Tip zu diesem Problem. Der Journalist solle sich an den Kongreßabgeordneten Clarence Long, den Vorsitzenden des Genehmigungs-Ausschusses im Repräsentantenhaus wenden, der für die Hilfsleistungen an Israel zuständig war: „Er wird Ihnen die ganze Geschichte erzählen." Long zeigte sich aufgeschlossen. Der israelische Sender brachte die Geschichte, und nachdem die Kontroverse in Israel angeheizt war, eröffnete in diesem Gefecht auch die AIPAC ihr eigenes Trommelfeuer.

Ein Beamter des Weißen Hauses erinnert sich an die Wirkung: „Als dies schließlich publik geworden war," sagt er, „zog sich auch König Hussein von Jordanien zurück. Er wollte nicht als Werkzeug der Amerikaner gelten." Der Beamte sagte, seine Kollegen im Weißen Haus seien davon überzeugt gewesen, daß die ganze Sache eine von der israelischen Botschaft sorgfältig konstruierte Nachrichtenmanipulation war, deren Effekt aber bis zum Abgang von Botschafter Arens aus Washington verschoben wurde. „Es war wie der Einschlag einer Granate, die vordergründig durch Doc Long und dem israelischen Radiosender abgefeuert wurde, damit keine Spur zur Botschaft zurückführte." Der ehemalige US-Botschafter Brown bezeichnete diese Geheimnispreisgabe seitens der Israelis als „zielbewußt".

„Das Außenministerium ist durchlässig wie ein Sieb"

Eines dieser unsichtbaren *Löcher* im Abwehrmechanismus unseres Staates hatte den ehemaligen US-Botschafter in Syrien, Talcott Seelye, in Teufels Küche gebracht, als er 1981 ein Geheimtelegramm von Syrien ans Außenministerium schickte. Darin hatte er gegen eine Resolution protestiert, die gerade im Repräsentantenhaus von Stephen Solarz, Mitglied des Komitees für Außenpolitische Angelegenheiten, eingebracht worden war. Solarz vertrat einen New Yorker Bezirk, in dem viele Juden syrischer Abstammung lebten. Und seine Resolution kritisierte Syrien, weil es nicht erlaubte, daß noch mehr Juden ihr Land verlassen dürften.

In seinem Telegramm hatte Seelye lediglich davor gewarnt, daß durch eine eventuelle Annahme dieser Resolution die Syrer ihre Zusammenarbeit mit uns bremsen könnten. Mehr sagte er nicht. Seelye erklärte: „Mein Telegramm brachte zum Ausdruck, daß – sollte Solarz wirklich ernsthaft und aufrichtig be-

müht sein, Juden aus Syrien herauszubekommen – er mit einer solchen Resolution nicht weiteroperieren könne. Andernfalls sollte er – wenn er damit lediglich Wählerstimmen einheimsen möchte – etwas anderes unternehmen." Nachdem Seelyes Telegramm auf Solarz' Schreibtisch gelandet war, hatte dieser sofort bei Außenminister Vance angerufen, mit der Forderung: „Sie müssen jetzt Seelye dort abziehen." Vance war wütend über diese Indiskretion.

Seelye behielt zwar seinen Posten, aber das Außenministerium bemühte sich nicht sonderlich, diese Resolution zu Fall zu bringen. Als Solarz' Entschließungsantrag später dem Repräsentantehaus vorgelegt wurde, hörte man nur eine einzige Neinstimme.

Jener Angestellte, der für die Preisgabe des von Seelye übermittelten geheimen Telegramms an Solarz verantwortlich war, arbeitete unter Ed Sanders, Carters offizieller Verbindungsmann zur Jüdischen Gemeinde, die damals je ein eigenes Büro im Außenministerium als auch im Weißen Haus hatte. Die Affäre zog keine Bestrafung nach sich. Dem betroffenen Angestellten war lediglich ein anderer Job zugeteilt worden.

Der dubiose Vorfall bestätigte die Befürchtungen jener Diplomaten, die schon immer gegen den Einzug eines jüdischen Verbindungsoffiziers ins Außenministerium opponiert hatten. Ein Diplomat aus dieser Zeit beschreibt Sanders als „einen sehr anständigen Menschen, der auf Anordnung des Päsidenten seine Aufgabe klaglos erfüllte. Nur sollten gleichzeitig nicht verschiedene Vorgänge, an denen wir gerade arbeiteten, aus dem Gebäude in die Hände von irgend jemandem gelangen dürfen."

Harold Saunders, ein berufserfahrener Spezialist für Nahostfragen, der sich bei der Begutachtung arabischer Belange gelegentlich die Finger verbrannte, war damals Abteilungsleiter im Außenministerium und brachte seine Vorstellungen Vance gegenüber so zum Ausdruck: „Wie würden Sie es finden, wenn z.B. der US-Steel-Konzern einen Vertreter in der Kostenstelle unserer Wirtschaftsabteilung sitzen hätte?" Auch Vance widersetzte sich einem solchen Arrangement, aber Sanders Büro im Außenministerium blieb dennoch weiterhin in Betrieb.

Seelye hat einen einleuchtenden Grund für die unzähligen *Löcher* in unserem Staatsgebilde: nämlich die allgegenwärtigen Kopiermaschinen! Er sagte, daß er als Botschafter in Syrien unter dem Eindruck gearbeitet hätte, daß die Israelis ohnehin alles erfahren würden, was er nach Washington übermittelte. Er

meinte: „Das Problem mit unserem Geheimhaltungssystem liegt darin, daß selbst bei einem enggehaltenen Verteilerkreis, sagen wir zwanzig Kopien für die gesamte Regierung, eines der Empfangsbüros seinerseits ein Dutzend Extrakopien für den Eigenbedarf ziehen wird, u.s.w. Das ist schwer zu überprüfen."

Altgediente Regierungsbeamte betrachten als Ursache für die vielen Lecks des US-Regierungsdampfers weniger unsere Berufsdiplomaten, als vielmehr politische Karrieristen, die wichtige Positionen im Außenministerium innehaben. In den ersten Monaten der Reagan-Regierung schien deren Nationaler Sicherheitsberater Richard Allen die israelischen Interessen besonders stark unterstützt zu haben. Er war die entscheidende Instanz für die Sicherheitsüberprüfung von Stellungsbewerbern. In dieser Eigenschaft konnte er natürlich die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Leuten bewerkstelligen, die von Israel akzeptiert wurden. Als Allen aus der Regierung ausschied, charkterisierte ein hoher Beamter des Außenministeriums seinen Abschied so: „Ein Ersatz für ihn war nicht erforderlich, denn die Leute mit pro-israelischer Einstellung – wir nennen sie Briefboten – saßen ohnehin schon in jedem wichtigen Büro."

Ein anderer höherer Diplomat, der sich inzwischen im Ruhestand befindet, sagte: „Die Spuren zu den undichten Stellen führen fast nie zu professionellen Geheimdienstoffizieren. Nach meiner Erfahrung erfolgt die Offenbarung geheimer Verschlußsachen meistens durch Mitglieder des Stabes, die aus politischer Rücksichtnahme eingeschleust wurden. Und jede Regierung bringt einen ganzen Schwarm von diesen Leuten mit. Sie scheinen überall zu sitzen." Er sagte, diese „geschwätzigen Amateure" sind besonders im siebten Stock vertreten, wo sich die Büros der höhergestellten Beamten des Außenministeriums befinden – beim Stab für politische Planungen sowie im Weißen Haus. So haben sie ungehinderten Zugang zu höchstgeheimen Unterlagen. „Leider", so fügte er hinzu, „haben sie nicht denselben Sinn für Disziplin und Loyalität wie die Berufsdiplomaten."

Manche undichte Stellen haben ihren Ursprung auch bei gewissen Kongreßabgeordneten und ihrem Mitarbeiterstab. Ein ehemaliger Beamter des Verteidigungsministeriums erinnerte sich: „Im Kapitol gab es Leute, die – nach Einschätzung des Pentagon – offene Kanäle in Richtung Israel darstellten. Häufig forderten Kongreßmitglieder oder Senatoren bestimmtes Geheimmaterial bei uns an. Wir wußten verdammt gut, daß dieses

Material nicht zu ihrer eigenen Erbauung war. Die Informationen waren für Israel bestimmt.

Wir erhielten zum Beispiel die Mitteilung eines Kongreßabgeordneten, er habe gehört, das Pentagon hätte eine Studie über das militärische Gleichgewicht zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn verfasst, und er möchte gerne eine Kopie davon haben. Wenn wir dann antworteten: ‚Wir können Ihnen leider keine Kopie aushändigen, aber wir könnten Sie mündlich informieren', so lautete die übliche Antwort: ‚Tut uns leid, wir sind an einer mündlichen Unterrichtung nicht interessiert!'"

Der Fall Stephen Bryen

Nach Meinung aller vorgenannten Informanten hatte die israelische Unterwanderung ihren absoluten Höhepunkt während der Reagan-Regierung erreicht. 1984 wurden Leute, deren enge Kontakte zu Israel bekannt waren, in den Büros der gesamten Verwaltung plaziert, insbesondere im Verteidigungsministerium, wo höchstgeheime Waffentechnologien und andere brisante Angelegenheiten routinemäßig behandelt werden.

Die Verwaltung wird von Fred Ikle geleitet, Staatssekretär für Internationale Sicherheit im US-Verteidigungsministerium. Die drei wichtigsten Persönlichkeiten in seinem Bereich sind Richard Perle (Ikles Mitarbeiter für Internationale Sicherheitspolitik), Stephen Bryen (Perles Erster Stellvertreter, der speziell mit Technologietransfers befaßt war), und Noel Koch (Erster Stellvertreter für Richard Armitage, Abteilungsleiter für Internationale Sicherheitsangelegenheiten). Koch arbeitete früher bei der *Zionist Organization of America.* Perle diente vorher im Stab des Demokratischen Senators von Washington, Henry Jackson, der als glühendster Verfechter der israelischen Sache galt und den Ruf hatte, Informationslieferant für die Israelische Regierung zu sein. Stephen Bryen, der Zuständige für den Technologietransfer, war unter den ominösesten Umständen in die Regierung gelangt.

Bryens Büro ist auch in der Vermittlungsstelle tätig, bekannt als *National Disclosure Policy Commission*, die sich mit Technologietransfers und den Genehmigungsverfahren zum Verkauf bestimmter Waffensysteme beschäftigt. In dieser Kommission sitzen Vertreter des Außen- und Verteidigungsministeriums, des Nationalen Sicherheitsrates und der Geheimdienste. Hier ist be-

merkenswert, daß Stephen Bryen 1978 öffentlich angeklagt war, streng geheime Dokumente über saudische Luftstützpunkte einer Besuchergruppe israelischer Regierungsbeamter angeboten zu haben.

Ausgangspunkt für die Anklage war ein Ereignis, über das der Journalist und ehemalige Angestellte der *National Association of Arab Americans*, Michael Saba, berichtete. Saba hatte bereitwillig einem Test mit dem Lügendetektor zugestimmt, den die CIA mit ihm vornehmen wollte. Dabei sagte er aus, daß er persönlich mitgehört habe, wie Bryen das betreffende Angebot während des Frühstücks in einem Washingtoner Restaurant unterbreitete. Zum damaligen Zeitpunkt gehörte Bryen dem Stab des Senatskomitees für Auslandsbeziehungen an. Ein hochrangiger Berufsdiplomat beschreibt das Problem, mit dem die Beamten des Verteidigungsministeriums seinerzeit konfrontiert waren, mit kurzen Worten: „Wann immer Bryen im Raum war, mußten wir verflucht aufpassen."

Während der Kontroverse war Bryen vorübergehend vom Stab des Komitees supendiert worden. Aber später hatte man ihn wieder auf seinen alten Posten gesetzt. Bald darauf verließ er das Komitee jedoch abermals, und avancierte zum leitenden Direktor des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten (JINSA). Diese Organisation wurde laut *Jewish Week* dazu gegründet, „um die Bürger zu überzeugen, daß die Sicherheit Israels und die der Vereinigten Staaten miteinander verknüpft sind." Als Bryen später eine neue Aufgabe im Verteidigungsministerium übernommen hatte, wurde seine Stelle bei der JINSA durch seine Frau Shoshona besetzt.

Nach neun Monaten regten die Untersuchungsbeamten des Justizministeriums die Einberufung eines großen Geschworenengerichts an, um das Beweismaterial gegen Bryen zu würdigen. Laut Justizministerium haben weitere Zeugen Bryens Kontakte zu Israel bezeugt. Tatsächlich offenbarte ein Memorandum des Justizministeriums vom 26. Januar 1979 „ungelöste Fragen, die nahelegten, daß Bryen (a) als *geheim* bezeichnete Informationen für Israel sammelte, (b) als ihr nicht registrierter Agent fungierte und (c) dazu falsche Angaben machte." Das Justizministerium studierte die Anschuldigung zwei Jahre lang. Obwohl es feststellen konnte, daß Bryen eine „ungewöhnlich enge Beziehung zu Israel" unterhalten hatte, erhob es keine Anklage, sondern klappte die Bryen-Akte Ende 1979 endgültig zu. Anfang 1981 wurde Bryen als Richard Perles Erster Stellvertreter im Penta-

gon angestellt (und verblieb weiterhin auf diesem verantwortungsvollen Posten!).

Auch Perle selbst war einmal der Anlass zu einer auf Israel bezogenen Streitsache. In der FBI-Zusammenfassung über abgehörte Telefongespräche aus dem Jahre 1970 war auch Perle genannt worden, der mit einer Person der israelischen Botschaft geheimgehaltene Informationen besprach. 1983 geriet er wegen verschiedener Zeitungsberichte, wonach er erhebliche Gelder kassiert hätte, um die Interessen einer israelischen Rüstungsfirma zu vertreten, unter Beschuß. Perle leugnete den Interessenkonflikt und verteidigte sich damit, daß er das Geld für derartige Leistungen zwar tatsächlich erhalten habe, allerdings zu einem Zeitpunkt, als er seine Stellung im Verteidigungsministerium bereits aufgegeben hatte. Seine Tätigkeit für die israelische Rüstungsfirma sei also während seines Wechsels von einem zum anderen Regierungsjob erfolgt.

Nach diesen Auseinandersetzungen erhielten Perle und auch Bryen neue Aufgaben innerhalb der Reagan-Regierung, Aufgaben, die – wie man erwarten hätte können – sie fernhalten würden von allen Angelegenheiten, die mit Israel zusammenhingen. Aber die Praxis war anders. Ein Beamter des Verteidigungsministeriums hatte bemerkt, daß geheime Fragen des Technologietransfers, die in den israelischen Bereich fielen, wiederholte Male in den Büros von Perle und Bryen entschieden wurden.

Trotz des vorangegangenen Untersuchungsverfahrens rangierte Bryen bald wieder in der höchstmöglichen Sicherheitsklassifizierung des Verteidigungsministeriums. Dabei handelt es sich um die sogenannte *Top Secret-Kennworteinstufung*, die ihm unbeschränkten Zutritt zu Dokumenten und Daten bei sämtlichen US-Regierungsstellen gewährleistet. Ein Spitzenfunktionär im Verteidigungsministerium berichtet über die ungeheuerlichen Konsequenzen aus seinen Zutrittsmöglichkeiten: „Mit dieser Einstufung (als höchster Geheimnisträger) kann Bryen sich nicht nur über die Technologien der Vereinigten Staaten auf dem Laufenden halten, sondern er erfährt auch alles, was wir als Ergebnis geheimer Forschungen und Entwicklungen noch zu erreichen hoffen."

„Ich werde mich um den Kongreß kümmern"

Admiral Thomas Moorer erinnerte sich als ehemaliger Vorsitzender des Kräfteausschusses der US-Generalstabschefs (Heer, Marine, Luftwaffe) an ein dramatisches Beispiel der machtvollen Israel-Lobby aus jenen Tagen. Während des arabisch-israelischen Krieges im Jahre 1973 hatte Moorer den Verteidigungs-Attaché an der israelischen Botschaft, Mordecai Gur, empfangen, der später zum Oberbefehlshaber der israelischen Streitkräfte ernannt wurde. Gur verlangte von den USA die Lieferung von Flugzeugen, die mit hochtechnologischen Luft-Boden-Panzerabwehr-Raketen, ausgerüstet waren. Dabei handelte es sich um die sogenannte *Maverick*, mit der die USA zum damaligen Zeitpunkt lediglich eine einzige ihrer Staffeln versorgen konnten. Moorer wiederholte, was er dem israelischen Verteidigungs-Attaché damals geantwortet hatte:

„Ich kann Ihnen diese Flugzeuge nicht geben. Wir haben selbst nur eine Staffel davon. Außerdem haben wir vor dem Kongreß bekundet und ihn überzeugt, daß wir diese Waffensysteme brauchen. Wenn wir Ihnen jetzt unsere einzige Staffel geben würden, kämen wir in Teufels Küche." Nach diesen Worten musterte mich Moorer mit durchdringenden Blicken, die einer ganzen Schar junger Fähnriche Angst eingeflößt hätten: „Und wissen Sie, was er sagte? Gur sagte mir: ‚Sie beschaffen uns die Flugzeuge, und ich werde mich um den Kongreß kümmern.'" Moorer hielt dann inne und fügte hinzu: „Und er hat es tatsächlich getan." So gelangte Amerikas einzige mit Mavericks ausgerüstete Staffel nach Israel.

Moorer, der für seine Aufgabe in Washington immerhin die Erfahrungen eines Rechtsbeistandes in der Zentralstelle für logistische und internationale Studien an der Georgetown University mitbrachte, sagte, daß er heftig gegen den Transfer opponiert habe. Trotzdem sei er aus „politischen Erwägungen auf der Präsidentenebene" ausgeschaltet worden. Präsident Nixon war damals gerade in der Watergate-Affäre verwickelt. „Aber", so fügte Moorer hinzu, „ich habe niemals einen Präsidenten erlebt – egal, wer es auch sein mochte –, der sich ihnen (den Israelis) gegenüber behauptet hätte. Das hält man ja im Kopf nicht aus. Sie bekommen immer, was sie wollen. Die Israelis wissen zu jeder Stunde, was vor sich geht. Da habe ich schließlich einen Punkt erreicht, wo ich nichts mehr schriftlich niedergelegt habe. Wenn das amerikanische Volk wüßte, wie diese Leute unsere Regie-

rung im Griff haben, würde es einen bewaffneten Aufstand geben. Unsere Bürger haben nicht die leiseste Ahnung, was hier vor sich geht."

Aus Angst vor Pressionen dieser Lobby wurde bei anderer Gelegenheit eine grundlegende Entscheidung über weitere Waffenverkäufe an Israel vorsätzlich ins Ablagefach gelegt. Diese Entscheidung basierte auf der allgemeinen Ansicht von Berufsbeamten des Pentagon, wonach Israel seit 1975 für jede Bedrohung stark genug gerüstet war. Zum damaligen Zeitpunkt hatte diese Stärke sogar einen Grad regionaler Überlegenheit erreicht, die in der Region als beängstigend empfunden wurde. Im Dezember 1979 unterbreitete das Nahost-Waffentransfer-Gremium dem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld einen Bericht, der mit der Feststellung endete, daß keine weiteren Waffenverkäufe an Israel mehr erforderlich seien. Rumsfeld schickte den Bericht absichtlich nicht ans Außenministerium weiter; denn die Ford-Regierung fristete damals gerade ihre letzten Tage. Die Übermittlung als offizielles Dokument sowie die befürchtete Preisgabe der darin enthaltenen geheimsten Informationen hätten für die Demokraten überdies eine parteipolitische Auseinandersetzung mit der Israel-Lobby heraufbeschworen.

Immer wieder werden jüdische Gruppierungen dazu ermuntert, den US-Außenminister und andere Funktionäre weichzumachen, insbesondere dann, wenn ein Besuch des israelischen Ministerpräsidenten in den Vereinigten Staaten auf dem Programm steht. Ein Berufsoffizier aus dem Verteidigungsministerium kennt die Auswirkungen solcher Aktivitäten: „Israel gibt seinem Ministerpräsidenten immer eine lange Einkaufsliste mit auf die Reise, die er dann bei uns zur Sprache bringt. Wir mußten dann entscheiden, welche Posten aus seiner Bestellungsliste für uns problematisch sein könnten und welche nicht. Das mußten wir immer schon im voraus mit einkalkulieren." Da wurde ständig damit gedroht, daß der israelische Regierungschef bestimmte Waffenwünsche auch unserem Präsidenten direkt unterbreiten könne – und da neigte man natürlich dazu, ihnen soweit wie möglich entgegenzukommen. „Damit sich wegen dieses scheiß elektronischen schwarzen Kastens unser Präsident nicht mehr mit dem israelischen Ministerpräsidenten herumstreiten brauchte, haben wir ihn eben schon im Vorfeld genehmigt."

Bei einer solchen Gelegenheit trug Ed Sanders, Carters Berater in jüdischen Fragen, dem Nationalen Sicherheitsrat eine Be-

schwerde vor: „Ich erhalte von jüdischen Kongreßabgeordneten zahlreiche komische Anfragen über ALQ 95-J. Was ist denn das für ein Ding? Und warum sind wir da so pingelig zurückhaltend? Warum sollten wir den Israelis dieses Zeugs nicht geben? Der Präsident wird fürchterlich beschimpft, weil das Pentagon dieses Ding nicht hergeben will." Bei dem *Ding* hatte es sich um eine High-Tech Radarstörvorrichtung gehandelt, die wenig später für den Versand nach Israel freigegeben wurde.

Bevor Carter seine Entscheidung getroffen hatte, eine High-Tech Rakete an Israel zu liefern, waren – wie zu einer Prozession – nacheinander jüdische Gruppen erschienen, um sich zu erkundigen: „Bitte erklären Sie uns, warum das Pentagon es ablehnt, Israel eine AIM 9-L Rakete zu verkaufen. Wissen Sie denn nicht, was das bedeutet? Diese Rakete wird dringend benötigt, damit die Israelis das Gegenstück der Mig 21 – die *Eight Ball 935* – abschießen können."

Ein ehemaliger hochrangiger Offizier für Sicherheitsfragen beschrieb die einschüchternde Wirkung solcher Prozessionen auf die Berufsspezialisten folgendermaßen:

„Wenn man seinen Standpunkt Tag für Tag und Woche für Woche diesen jüdischen Gruppen erklären muß – zunächst, sagen wir, von Kansas City, dann von Chicago, dann wieder einer Gruppe aus East Overshoe – merkt man erst, wogegen man anrennt. Das sind Menschen aus verschiedenen Teilen des Landes, aber sie kommen herein mit genau derselben Information, derselben Fragestellung, und derselben Kritik. Sie wissen, was du getan hast, ja sie kennen sogar deine Einwände, die du in geheimen Meetings vorgebracht hast. Sie werden dann sagen: ‚Herr Schmidt, wir wissen, daß Sie bei den Meetings der Vermittlungsausschüsse häufig eine harte Linie gegen den Technologietransfer nach Israel einschlagen. Wir möchten, daß Sie uns Ihren Standpunkt persönlich erklären. So drängen sie dich in die Defensive. Sie behandeln dich, als ob du es wärst, der ständig Öl ins anti-israelische Feuer gießt – egal, wie gemäßigt deine Einstellung auch sein mag."

Jüdische Gruppen drängen von ihrer Seite aus die Regierung zum Handeln: „Wir erhalten Briefe von Kongreßabgeordneten: ‚Wir benötigen eine Erklärung. Wir erfahren von Wählern, daß Israels Sicherheit durch die Weigerung des Pentagon, die AIM 9-L Rakete freizugeben, bedroht ist. Bitte, Herr Minister, können Sie mir Ihre Begründung für die Ablehnung nennen?'"

Derartige Pressionen seitens der Lobby können für den Steuer-

zahler zweifelsohne kostspielig werden. So hatten sich in einem Fall die Vereinigten Staaten davon abbringen lassen, US-Waffenbestände zurückzuholen, die Israel bei seiner Besetzung des Libanon 1982 erbeutet hatte. Bei diesem durch die Israelis ergatterten Beutegut handelte es sich um Tonnen amerikanischer Ausrüstungen, einschließlich Waffen, die wir den libanesischen Regierungsstreitkräften vorher geliefert hatten. Die Angelegenheit war in ungewöhnlicher Weise ein Jahr später ans Tageslicht gekommen:

Während eines Besuches im Libanon wurden Pfarrer George Crossly von Deltona, Florida, plötzlich Kisten mit US-M16-Gewehren gezeigt, die nach Aussage israelischer Funktionäre von palästinensischen Streitkräften erbeutet wurden. Crossly bemerkte aber, daß diese Gewehre mit saudischen Markierungen versehen waren, und notierte sich die Seriennummern. Natürlich hatte Saudi-Arabien keine Streitkräfte in die Kämpfe im Libanon geschickt, und dieser Umstand überzeugte den Geistlichen, daß die von den USA an Saudi-Arabien verkauften Gewehre den PLO-Streitkräften im Libanon übergeben – und dann schließlich von den Israelis erbeutet wurden. Wenn das zuträfe, so wäre damit unser Gesetz, das den unerlaubten Transfer von US-Waffen an Drittländer verbietet, eindeutig gebrochen worden.

Crossly schrieb an seinen Kongreßabgeordneten Bill Chappell, Jr., der seinerseits das Außenministerium um eine Erklärung bat. Eine Überprüfung der Unterlagen hatte dann ergeben, daß die Vereinigten Staaten niemals M-16 Gewehre an die Saudis verkauft hatten, da man dort vornehmlich deutsche Gewehre benutzte. Es stellte sich letztlich heraus, daß die zur Debatte stehenden Schußwaffen direkt an die Streitkräfte der libanesischen Regierung geliefert worden waren.

Dieses Ereignis erregte öffentliches Aufsehen zu einem Zeitpunkt, als die US-Regierung mit großem Kostenaufwand wieder einmal libanesische Streitkräfte ausrüstete. Ein Beamter des Weißen Hauses, der die Berichte über Crossleys Wahrnehmungen gelesen hatte, fragte seinen Vorgesetzten im Pentagon, warum die Vereinigten Staaten von den Israelis nicht die Rückgabe dieser Gewehre und Ausrüstungen verlangten, die sie der libanesischen Armee abgenommen hatten. Das Pentagon besaß eine genaue Liste aller US-Waffenlieferungen in diese Region. Sicherlich, so argumentierte er, könnte die israelische Regierung

zur Zusammenarbeit gezwungen werden, und das würde unsere Kosten erheblich verringern.

Daraufhin explodierte der Vorgesetzte: „Wollen Sie mich etwa auf den Arm nehmen? Unter gar keinen Umstände wird das geschehen. Wem sollte das nützen? Monatlich beantworte ich für den Außenminister etwa hundert Briefe von Kongreßmitgliedern, die meckern und sich beschweren, daß wir Israel so schlecht behandelten. Glauben Sie, ich will mir noch mehr Arbeit aufbürden, und noch mehr beschissene Briefe beantworten? Glauben Sie im Ernst daran, ich würde eine Aktion empfehlen, die meinen Boß mit noch mehr solcher Beschwerdebriefen überflutet?"

Jeder bedeutende Funktionär unseres Außen- und Verteidigungsministerium rechnet damit – und das mit Gewißheit –, daß er sich zumindest einmal in der Woche mit einer Gruppe aus der Jüdischen Gemeinde auseinandersetzen muß. Diese Erfahrung faßte einer der Beamten so zusammen: „Man muß sich auf den beharrlichen Charakter eines derartigen Drucks einstellen. Die Beamten für Öffentlichkeitsarbeit in der Nahostabteilung des Außenministeriums hatten errechnet, daß sie sich etwa 75 % ihrer Zeit mit jüdischen Gruppen befassen müssen. Jährlich erscheinen Hunderte solcher Gruppen in unseren Verwaltungsbüros."

Was die Beeinflußung unserer Nahostpolitik betrifft, so wird gerade dieses Feld praktisch ausschließlich von der Israel-Lobby bearbeitet. Andere Interessengruppen und Einzelgänger, die einen gewissen Gegendruck erzeugen könnten, fangen gerade an, sich zu organisieren. Die Amerikaner arabischer Abstammung – zum Beispiel – bleiben aber gespalten. Ein ehemals hochrangiger Diplomat im Außenministerium sagt dazu:

„Wenn eine solche Gruppe hereinkommt, die über die Bevorzugung Israels durch die Amerikaner besorgt ist, fangen diese Leute fast immer unter sich zu argumentieren an. Einer wird dann gegen die Überberwertung der palästinensischen Probleme protestieren. Und ein anderer möchte wiederum die Probleme des Libanon in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Ich lehne mich dann immer zurück und höre nur zu. Sie waren sich vorher nie einig geworden, was sie eigentlich sagen wollten."

Les Janka wußte Ähnliches zu berichten. Bei einer vom *American Enterprise Institute* organisierten Versammlung berichtete er über seine Erfahrung mit Gruppen, die sich für arabische Belange einsetzten: „Ihre Beschwerden waren ziemlich allgemein

gehalten. Sie sagten: ‚Wir wünschen, daß Sie den Palästinensern mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen.' Nichts Spezifisches. Im Gegensatz dazu erscheinen die jüdischen Gruppen, immer mit einer äußerst detaillierten Liste ihrer speziellen Anliegen. Das amerikanische Volk läßt normalerweise alle möglichen außenpolitischen Geschehnisse über sich ergehen. Jüdische Gruppen aber bilden hierin die Ausnahme. Sie sind gut vorbereitet und hervorragend informiert. Sie handeln nach einem gemeinsamen Konzept. Da ist es für Aktenbeamte natürlich schwierig, die richtige Antwort zu finden."

6. Kapitel

Der Angriff auf die ‚Liberty'

Obwohl es scheint, daß die Israelis unsere spionagesicheren Abwehrmauern jederzeit durchlöchern können, um an die von ihnen gewünschten Geheiminformationen heranzukommen, erweisen sich – in umgekehrter Richtung – diese Mauern als undurchdringlicher Schutzwall des Schweigens, wenn die Lobby die Preisgabe bestimmter Informationen verhindern möchte.

James M. Ennes jr., pensionierter Marineoffizier, stößt bei seiner Suche nach verschollenen Dokumenten seit 17 Jahren immer wieder auf unüberwindliche Hindernisse. Die Mauern des Schweigens sind hoch; denn es geht um die Aufhellung der verheerendsten Katastrophe in der Geschichte der amerikanischen Marine – um jenes Disaster, das sich nicht im Kriege, sondern in Friedenszeiten ereignet hatte. Ennes Nachforschungen hatten den Widerstand des US-Verteidigungsministeriums, der *Anti-Defamation League* von B'nai B'rith, der AIPAC, der Verlage, der Nachrichtenmedien und des israelischen Außenministeriums mobilisiert. Der offensichtlich auf internationaler Ebene koordinierte Widerstand ist besonders erstaunlich, weil Ennes eigentlich nichts anderes tun wollte, als der Öffentlichkeit endlich jenes heldenhafte und zugleich tragische Ereignis kundzutun, das sich im Juni 1967 im Mittelmeer ereignet hatte, und das als beispiellos in die Geschichte Amerikas eingehen wird.

Durch die Verschleierungspolitik, die seitens der nachfolgenden Regierungen in Israel und ebenso in den Vereinigten Staaten betrieben worden war, kann sich bis heute kaum jemand die an ein Wunder grenzende Rettung der USS *Liberty* nach dem am 8. Juni 1967 erfolgten verheerenden Angriff durch israelische Streitkräfte zusammenreimen. Bei diesem Angriff wurden 34 US-Matrosen getötet und 171 verletzt. Danach blieb das schwerbeschädigte Schiff ohne Motorkraft, Ruder oder Funkverbindung seinem Schicksal überlassen.

Der aus dieser verzweifelten Situation damals erwachsene Mut von Kapitän William L. McGonagle und seiner Besatzung bescherte der *Liberty* einen Ehrenplatz in den Annalen der US-

Navy. Aber trotz unermüdlicher Nachforschungen durch James Ennes – er war am Tage des israelischen Angriffes als Deckoffizier des Schiffes eingesetzt – bleiben die Eintragungen nach wie vor verschwommen und undurchsichtig. Ennes aufrüttelndes Buch *Angriff auf die Liberty* ist viele Jahre nach der Erstveröffentlichung in den USA noch immer unter schwerem Beschuß.

Der Vorfall und die Nachwehen waren so unbegreiflich, daß selbst Admiral Thomas L. Moorer, der einen Monat nach dem Angriff zum Vorsitzenden des Kräfteausschusses der US-Generalstabschefs ernannt worden war, feststellte: „Wenn das alles als Fiktion geschrieben worden wäre, würde es kein Mensch glauben."

Einige Fakten liegen klar auf der Hand: Der Angriff war kein Unfall. Die *Liberty* war bei hellstem Tageslicht von israelischen Streitkräften angegriffen worden, denen die Identität des Schiffes durchaus bekannt war. Die *Liberty* war ein Aufklärungsschiff, und daher nicht für Kampfzwecke ausgerüstet. Es war nur mit leichten Maschinengewehren bestückt, die gegebenenfalls als Verteidigungswaffen benutzt werden konnten. Eine ständige Brise machte die US-Flagge gut sichtbar. Der Angriff – er erfolgte zunächst aus der Luft und wurde dann durch Torpedoboote fortgesetzt – dauerte fast zwei Stunden. Die Grausamkeit dieses Überfalls ließ keinen Zweifel offen: die israelischen Streitkräfte wollten das Schiff mitsamt seiner Besatzung vernichten.

Der Öffentlichkeit war dieser Vorfall komplett verschleiert worden. Noch ehe das amerikanische Volk von dem Angriff etwas erfuhr, hatten bereits US-Regierungsfunktionäre mit der Abfassung eines Berichtes begonnen, mit dem sich die Israelis zufriedengeben konnten. Die AIPAC aktivierte ihre Kongreßabgeordneten, um die Auswirkungen des Vorfalles unter Kontrolle zu haben. Zunächst befahl Lyndon B. Johnson als damaliger Präsident der Vereinigten Staaten eine derartig gründliche Verschleierungsoperation, daß 16 Jahre nach dessen Amtszeit dieses Ereignis in unserer Öffentlichkeit weitgehend unbekannt war. Dementsprechend waren auch die Soldaten, die damals leiden und sterben mußten, weitgehend ungeehrt geblieben.

Der Tag des Überfalls hatte routinegemäß begonnen. Das Schiff im östlichen Mittelmeer fuhr zunächst langsam ostwärts. Später bewegte es sich der Küstenlinie entlang in westlicher Richtung, etwa 15 Seemeilen von der Insel Sinai entfernt. Drüben am Festland hatten im dritten arabisch-israelischen Krieg

die israelischen Streitkräfte nach 19 Jahren wieder ihre Vernichtungssiege errungen. Nachdem sie ganz Sinai eingenommen und die Blockade der *Straße von Tiran* durchbrochen hatten, verkündete der israelische Stabschef Yitzhak Rabin: „Die Ägypter sind geschlagen." An der Ostfront hatten die Israelis die jordanischen Streitkräfte überrannt und den größten Teil der West Bank eingenommen.

Bereits um 6.00 Uhr früh hatte an diesem Tage ein von der Liberty-Besatzung als israelische *Noratlas* identifiziertes Flugzeug langsam das Schiff umkreist, um dann wieder abzudrehen. Dieses Spiel wiederholte sich in regelmäßigen Abständen acht Stunden lang. Um 9.00 Uhr war in einiger Entfernung ein Jet aufgetaucht, der ebenfalls wieder davonflog. Um 10.00 Uhr umkreisten dann zwei Raketen-Jets das Schiff dreimal. Sie waren so dicht herangekommen, daß man die Piloten mit dem Fernglas sehen konnte. Die Flugzeuge trugen keine Hoheitszeichen. Eine Stunde später war die *Noratlas* plötzlich wieder da. Sie flog ganz tief, nicht höher als 60 Meter, direkt über die *Liberty* hinweg. Die US-Matrosen konnten deutlich den Davidstern am Flugzeug erkennen. Die Schiffsbesatzung und der Pilot hatten sich sogar zugewinkt. Dieses Flugzeug war dann bis 13.00 Uhr alle paar Minuten wieder erschienen. Die *Liberty* hatte inzwischen ihren Kurs geändert und fuhr in westlicher Richtung weiter

Um 14.00 Uhr brach dann plötzlich die Hölle los. Drei Mirage-Kampfflugzeuge flogen jetzt direkt auf die *Liberty* zu. Ihre Raketen setzten die vorderen Maschinengewehre außer Gefecht und zerstörten die Schiffsantennen. Zu den Mirage-Flugzeugen stießen noch Mystère Kampfflugzeuge, die auf Brücke und Deck Napalmbomben warfen und das Schiff wiederholt unter Beschuß nahmen. Der Angriff dauerte etwa 20 Minuten. Alles in allem war die *Liberty* von 821 Einschüssen durchlöchert worden. Mehr als 100 davon waren offensichtlich durch Raketen verursacht worden.

Nachdem die Flugzeuge wieder verschwunden waren, wurde der Überfall durch drei Angriffsboote fortgesetzt, die fünf Torpedos abfeuerten. Eines davon riß ein zwölf Meter großes Loch in den Schiffsrumpf, wobei 25 Seeleute getötet wurden. Das Schiff stand in Flammen. Es lag tot im Wasser – zur Seite geneigt und leckgeschlagen. Die Crew hatte den Befehl erhalten, Vorbereitungen zu treffen, um über Bord zu gehen. Als jetzt die Rettungsboote zu Wasser gelassen wurden, näherten sich die

Torpedoboote abermals und schossen sie kurz und klein. Ein Torpedoboot konzentrierte sein MG-Feuer auf die Rettungsboote, die noch an Deck waren und auf unsere Matrosen, die dort das Napalmfeuer zu löschen versuchten. Charles Rowley, Fähnrich zur See, ist der Auffassung: „Sie wollten nicht, daß jemand überlebt."

Um 15.15 Uhr war der letzte Schuß gefallen. Das Schiff trieb wie ein schwimmendes Leichen- und Krankenhaus im Wasser. Die Maschinen waren ausgefallen. Kein Ruder konnte bewegt werden. Es gab keinen Antrieb mehr. Aus Furcht vor weiteren Angriffen war Kapitän McGonagle, trotz schwerer Beinverletzungen, weiterhin auf der Brücke stehengeblieben. Da flog auch noch ein israelischer Hubschrauber dicht über das Schiffsdeck hinweg und verschwand wieder. McGongagle konnte durch die Türöffnung Soldaten in Kampfausrüstung erkennen, die hinter ihren Maschinengewehren standen. Im Laufe der nächsten Stunde kamen noch weitere Flugzeuge, die aber wieder abdrehten.

Obwohl unsere eigene US-Flugrettung niemals eintraf, befanden sich bereits Kampfflugzeuge in der Luft, die vom US-Flugzeugträger *Saratoga* gestartet waren mit dem Befehl, „jeden Angreifer zu vernichten oder zu vertreiben". Der Flugzeugträger lag nur 30 Minuten entfernt und war darauf vorbereitet, mit einer Staffel einsatzbereiter Kampfflugzeuge unverzüglich zu reagieren.

Dennoch gab es keine Rettung; ohne Genehmigung aus Washington konnten die Flugzeuge keine Angriffsaktionen starten, auch nicht zur Rettung eines US-Schiffes, das bestätigtermaßen unter Beschuß geraten war. Admiral Donald Engen, damals Kapitän der *America*, die als zweiter US-Flugzeugträger ebenfalls in nächster Nähe war, erklärte später: „Präsident Johnson hatte alles fest in seiner Hand. Obwohl wir wußten, daß die *Liberty* angegriffen worden war, konnte ich nicht einfach von mir aus eine Rettungsaktion anordnen." Die Flugzeuge waren kaum in der Luft, als die Stimme des Außenministeres Robert S. McNamara über die Funkanlagen der Sechsten Flotte zu hören war: „Befehlen Sie der Sechsten Flotte, diese Flugzeuge sofort zurückzuholen!" Sie sollten sich also nicht daran beteiligen, die Angreifer zu zerstören bzw. zu vertreiben.

Kurz nach 15.00 Uhr, fast eine Stunde nachdem der erste Hilferuf der *Liberty* empfangen worden war, gab das Weiße Haus plötzlich die Genehmigung für eine Rettungmission. Danach waren von beiden Flugzeugträgern aus die Maschinen gestartet.

Aber fast im gleichen Augenblick hatte die israelische Regierung den US-Marine-Attaché in Tel Aviv darüber informiert, daß ihre Streitkräfte „versehentlich ein US-Schiff angegriffen hatten", da sie es irrtümlich für ein ägyptisches Seefahrzeug hielten. Die israelische Regierung bat „demütig um Entschuldigung". Mit dieser Entschuldigung in Händen, gab Johnson den US-Flugzeugen sodann wieder den Befehl, zu ihren Flugzeugträgern zurückzukehren.

Als der zweite Start erfolgte, gab es keine „israelischen Streitkräfte zu vernichten oder zu vertreiben". Vor der *Liberty* und ihrer schwer angeschlagenen Besatzung lagen 15 Stunden einsamen Kampfes, um die Verwundeten am Leben und das Schiff über Wasser zu halten. Bis zum Abend des nächsten Tages hatte die *Liberty* noch immer kein amerikanisches Flugzeug oder Hilfsschiff gesichtet. Die einzige friedliche Begegnung erlebten die in Seenot befindlichen US-Mariner durch das Erscheinen eines kleinen sowjetischen Kriegsschiffs, das seine Hilfe angeboten hatte. Die Rettung wurde abgelehnt – aber die Sowjets wollten für alle Fälle in der Nähe bleiben.

Am nächsten Morgen waren endlich zwei US-Zerstörer erschienen, um die Verwundeten per Hubschrauber ins Lazarett der beiden Flugzeugträger zu bringen. Das ramponierte Schiff wurde weiter in Richtung Malta geschleppt, wo ein Untersuchungsverfahren des Marinegerichts eingeleitet wurde. Die Untersuchung als solche war bereits Teil eines ausgetüftelten Programms, womit die Wahrheit über den soeben erfolgten Zwischenfall vor der Öffentlichkeit verborgen werden sollte.

Tatsächlich wurde mit der Verschleierung genau zu dem Augenblick begonnen, als der Angriff geendet hatte. Die Entschuldigung der Israelis erreichte das Weiße Haus nur wenige Augenblicke nachdem im östlichen Mittelmeer der letzte Schuß auf die *Liberty* abgefeuert worden war. Obwohl sich der israelische Bericht aufgrund des bereits vorliegenden Informationsmateriales als falsch erwiesen hatte, akzeptierte und veröffentlichte Präsident Johnson dennoch die Beileidsbekundungen des israelischen Ministerpräsidenten Levi Eshkol.

Obgleich – wie es sich jetzt herausstellte – die CIA bereits einen Tag vor dem Angriff erfahren hatte, daß die Israelis die Zerstörung des Schiffes geplant hatten, spiegelte sich in den Kongreßkommentaren im großen und ganzen die Version wider, wie sie vom Präsidenten der USA festgelegt worden war. Die Nation war nach den phantastischen Siegen der Israelis über die

Araber in Euphorie geraten. Und vor diesem Hintergrund fanden die eigenen Verluste auf der *Liberty* nur spärliche Beachtung.

Smith Hempstone, Auslandskorrespondent des *Washington Star*, berichtete von Tel Aviv aus: „Eine Woche nach dem israelischen Angriff auf die *Liberty* hat nicht ein einziger dieser Israelis, denen ich als Korrespondent täglich begegne – Taxifahrer, Kontrolleure, Barmixer und Soldaten – sich bemüßigt gefühlt, sein Bedauern über den Tod dieser Amerikaner zum Ausdruck zu bringen."

Das Pentagon wehrte die Erkundigungen der Reportern ab, indem es eine „umfassende Erklärung" versprach, sobald die von Admiral Isaac Kidd durchzuführende offizielle Untersuchung abgeschlossen sein würde. Kidd hatte der überlebenden Liberty-Besatzung klare Anweisungen erteilt: „Keine Fragen beantworten. Wenn Sie irgendwie in die Ecke gedrängt werden, können Sie sagen, daß es ein Unfall war und Israel sich entschuldigt hat. Etwas anderes dürfen Sie nicht sagen." Den Besatzungsmitgliedern wurde zugesichert, sie könnten frei mit den Reportern sprechen, sobald die Zusammenfassung des Untersuchungsgerichtes veröffentlicht sein würde. Später wurde auch diese Anordnung abgeändert: Es kam dann der Befehl, sich genau an die Worte der Zusammenfassung zu halten und keine weiteren Informationen zu erteilen.

Das Gericht war noch mit der Zeugeneinvernahme beschäftigt, als in der US-Presse die Anschuldigung erhoben wurde, daß der israelische Angriff vorsätzlich erfolgt sei. In einer von Malta aus verbreiteten Story der Associated Press wurde auf die Behauptungen „ranghöherer Besatzungsmitglieder" des Schiffes verwiesen, wonach die Israelis bereits vor ihrem Angriff wußten, daß es sich um ein amerikanisches Schiff handelte. „An unserem Mast wehte die *Stars and Stripes*, und es ist absolut unmöglich, daß sie nicht wußten, wer wir waren", sagte ein Besatzungsmitglied. Dennoch beruhigte unsere Marine die Affäre mit den Worten, die Vereinigten Staaten „akzeptieren vorbehaltlos die israelische Entschuldigung."

Nach Beendigung der Zeugenvernehmung hatte sich Admiral Kidd höchstpersönlich an eine riesige Kiste voller Akten gekettet, mit der er nach Washington flog, wo er durch Admiral McDonald, Operationschef der US-Marine, sowie von einigen führenden Kongreßabgeordneten verhört wurde, noch bevor die langerwartete umfassende Erklärung erfolgte. Als das Statement

endlich freigegeben wurde, war es freilich alles andere als umfassend. Es enthielt kein Wort zur Klärung der Schuld, die sich gänzlich auf die Aktionen der Besatzung konzentrierte.

In der zensierten Zusammenfassung war keine Rede davon, daß die *Liberty* bereits Stunden vor dem Angriff aus der Luft genau beobachtet worden war, und daß während der vorangegangenen 24 Stunden Israel unsere Dienststellen wiederholte Male vor eventuellen Operationen der *Liberty* im kritischen Seegebiet gewarnt hatte. Die Erklärung enthielt auch nichts, wodurch die falsche Behauptung der irrtümlichen Identifizierung der *Liberty* als ägyptisches Schiff entkräftet hätte. Im Gegenteil. Unsere Marine berichtete fälschlicherweise, der Angriff hätte nur sechs Minuten gedauert. In Wirklichkeit erstreckte er sich aber über 70 Minuten. Ebenso falsch war die Behauptung der Marineleitung, daß das Feuer angeblich eingestellt wurde, nachdem die Torpedoboote nahe genug herangekommen waren und die US-Flagge identifizieren konnten. Der Marinebericht erwähnte keine Napalmbomben und auch keine Rettungsboote, die zusammengeschossen wurden. Man hatte sogar die Wetterberichte unterschlagen, wonach zum Zeitpunkt des Überfalls eine starke Brise wehte, die unsere US-Flagge weithin sichtbar machte.

Durch den Bericht wurde allerdings eine Peinlichkeit enthüllt: Vor dem Angriff hatte der Generalstab der Vereinigten US-Streitkräfte an die *Liberty* den Befehl übermittelt, sich von der Küste weiter abzusetzen. Aber diese Anweisung wurde „fehlgeleitet, verzögert und erst nach dem Angriff empfangen."

Mehrere Zeitungen hatten diesen zusammenfassenden Bericht des Pentagon kritisiert. Die *New York Times* schrieb, hier „bleiben eine ganze Menge Fragen unbeantwortet." Der *Washington Star* verwendete das Wort „Verschleierung", nannte die Zusammenfassung einen „Affront" und forderte tiefer- und weitergehende Untersuchungen. Nach genauer Information durch Außenminister Dean Rusk bezeichnete Senator J. William Fulbright, Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen im Senat, den Vorfall als „äußerst peinlich". Der *Washington Star* schloß mit der Feststellung: „Was immer das bedeuten mag – Peinlichkeit ist keine Entschuldigung für Unaufrichtigkeit."

Anfang Juli zitierte die Associated Press die Aussage eines israelischen Reservisten namens Micha Limor, der auf einem der Torpedoboote seinen Dienst absolvierte. Er behauptete, daß israelische Matrosen beim Umkreisen der *Liberty* drei Zahlen be-

merkt hätten; aber er betonte, daß ihnen diese Zahlen nichts bedeuteten.

Funkerleutnant James M. Ennes jr., der sich in einem Krankenhaus von seiner Schrapnellverwundung erholte, wurde sprachlos, nachdem er die Limor-Story gelesen hatte. Ennes wußte als Wachoffizier, daß der Name des Schiffes in großen Lettern am Heck – und die Nummer des Schiffsrumpfes am Bug weithin sichtbar waren. Er wußte auch, daß an diesem Tag eine Brise wehte und dadurch die Flagge mit den Stars und Stripes deutlich erkannt werden konnte. Am Morgen des Angriffstages hatte er eine neue Flagge im Ausmaß von anderthalb mal zwei Metern setzen lassen. Als dann die Torpedoboote auftauchten, war zwar die Originalflagge bereits zerschossen, aber am Mast war noch immer eine noch größere Flagge von 8 Quadratmetern deutlich sichtbar angebracht. Er wußte, daß die Angreifer, ob aus der Luft oder zu Wasser, nicht übersehen konnten, daß es sich hier um ein US-Schiff handelte. Vor allen Dingen wußte er aber auch, daß die Funker der *Liberty* mitgehört hatten, wie die israelischen Aufklärungspiloten ihrem Hauptquartier mitteilten, daß es sich hier um ein amerikanisches Schiff handelte.

Beunruhigt über die *Limor-Story* und den Austausch amtlicher Mitteilungen über den Angriff, beschloß Ennes, der Geschichte auf den Grund zu gehen. Während der vier Monate, die er in Portsmouth, Virginia, im Untergrund verschwunden war, sammelte er von seinen Schiffskameraden Informationen. Später, als er in Deutschland stationiert war, zeichnete er die Erinnerungen anderer Besatzungsmitglieder auf. Zurückgekehrt nach D.C., sicherte er sich unter Berufung auf den gesetzlich garantierten Schutz von Informationen auch noch die fehlenden Regierungsaufzeichnungen. Man händigte ihm den kompletten Bericht des Untersuchungsgerichtes aus, der nach neun Jahren 1976 nicht weiterhin als streng geheime Verschlußsache behandelt, sondern endlich freigegeben wurde.

Das Ergebnis war Ennes Buch *Angriff auf die Liberty*, das 1980, zwei Jahre nach seiner Pensionierung aus der Navy, veröffentlicht worden war. Er deckte darin die *Oberflächlichkeiten* während der Gerichtsbefragungen auf. Darüberhinaus verwies er auf die Fehler der Untersuchungsbehörden, die es verabsäumt hatten, „den Beweis zu würdigen, daß der Angriff bereits von vorneherein geplant war.” Ebensowenig wurde der Beweis zur Kenntnis genommen, daß Funker zweier Stationen einen israelischen Piloten abgehört hatten, der das Schiff als amerikanisches

Boot identifizierte. Er sagte, das Gericht habe ohne Berücksichtigung des Schiffs-Logbuches, in dem die anhaltende Brise registriert worden war, fälschlicherweise geschlossen, daß die Angreifer die Nationalflagge nicht identifizieren konnten, weil diese – laut Feststellung des Gerichts – „an einem windstillen Tag schlaff am Mast herunterhing."

Was die Motive für diesen israelischen Überfall betrifft, so dürften die israelischen Verantwortlichen sich deshalb für die Zerstörung des Schiffes entschieden haben, weil sie befürchteten, daß die sensiblen Abhörvorrichtungen auf der *Liberty* ihre Pläne zur Invasion der syrischen Golanhöhen auffangen und entlarven könnten. In der Tat waren einen Tag nach der Zerstörung der *Liberty* israelische Truppen in Syrien einmarschiert, obwohl Israel mit seinen arabischen Feinden vorher einen Waffenstillstand vereinbart hatte.

Ennes und seine anderen Schiffskameraden hatten bereits bei ihrer ersten Zeugeneinvernahme in Malta das Gefühl, daß offenbar etwas verschleiert werden sollte. Hierzu fand er George Golden, dem als technischen Schiffsoffizier damals vorübergehend das Kommando auf der *Liberty* übertragen worden war. Er war die Quelle des Berichtes der Associated Press, daß der Überfall von vornherein geplant war. Golden, der selbst Jude ist, war derart wütend über das Verbot mit Reportern zu sprechen, daß er sich einfach darüber hinwegsetzte. Er wollte noch den letzten Funken der Ehre seines Landes retten. Damit riskierte er seine weitere Karriere in der US-Marine.

Die amerikanische Botschaft in Tel Aviv hatte den einzigen kompletten israelischen Bericht, der sämtliche Details des Überfalls enthielt, nach Washington übermittelt. Dieser gerichtliche Untersuchungsbericht ist als *Israelische Voruntersuchung 1/67* bekannt geworden. Das Begleitschreiben unserer Botschaft beinhaltete aber auch die Empfehlung, den beiliegenden Bericht – auf Verlangen der israelischen Regierung – nicht dem amerikanischen Volk zugänglich zu machen. Ennes führt diese Maßnahmen auf die wahrscheinliche Einsicht beider Regierungen zurück, daß die Entschuldigung mit der angeblich irrtümlichen Identifizierung der *Liberty* viel zu fadenscheinig ist, um als glaubhaft zu erscheinen.

Eugene Rostow, dem Vizeaußenminister für politische Angelegenheiten, war ein weiteres Ansuchen zur Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit übergeben worden, das sich mit der Mitteilung unserer Botschaft in Tel Aviv deckte. Darin war unser

Außenministerium bereits beschworen worden, über das israelische Untersuchungsgericht Stillschweigen zu wahren, da „die Umstände des Überfalls (falls man der Version in der Akte überhaupt glauben kann) die israelische Marine bloßstellen."

Obwohl Ennes jene Mitteilung 1977 noch mit eigenen Augen in einer offiziellen Aktensammlung gesehen hatte, war dieses Dokument 1984 aus allen bekannten Staatsbeständen verschwunden. Ennes ist der Auffassung, daß die israelischen Verantwortlichen jetzt ihre eigene Navy zum Sündenbock der ganzen Affäre machen wollten. Nachdem man die Schuld auf die israelische Marine abzuladen versuchte – auf jenes Waisenkind ihrer Waffengattungen, das in der israelischen Militärhierarchie über die geringste Schlagkraft verfügte, bat Israel nun die Vereinigten Staaten, diese Demütigung nicht weiter publik zu machen. In diesem Sinne hatte die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zugesagt, den Text des israelischen Berichtes nicht freizugeben.

Der Bericht des Rechtsberaters verschwindet in der Versenkung

Im gleichen Zeitraum war in den Wochen unmittelbar nach dem Angriff auf die *Liberty* Carl F. Salans als Rechtsberater des Außenministers beauftragt worden, für Eugene Rostow eine Einschätzung der *Israelischen Voruntersuchung 1/67* vorzubereiten. Der Bericht – er wurde offensichtlich nur oberflächlich von Außenminister Dean Rusk gelesen, um dann bis 1983 als *Top Secret* behandelt zu werden – sollte die Glaubwürdigkeit der israelischen Studie analysieren. Letztlich enthüllte dieser Bericht unseres Außenministeriums aber in unvergleichlicher Weise die wahre Haltung der US-Regierung gegenüber dem israelischen Angriff auf die *Liberty*. Dieses Dokument barg zuviel Zündstoff in sich, um freigegeben zu werden.

Punkt für Punkt hatte Salans nachgewiesen, daß man der israelischen Entschuldigung keinen Glauben schenken konnte. Da er mit der Abfassung seines Berichtes bereits unmittelbar nach dem Überfall begonnen hatte, verließ er sich hauptsächlich auf die begrenzten Informationen, wie sie in den Unterlagen des Untersuchungsgerichts von Admiral Isaac Kidd niedergelegt worden waren. Er selbst hatte niemals mit Ennes, Golden oder einem anderen Hauptzeugen gesprochen. Er fand genügend An-

haltspunkte, um das israelische Dokument gründlich anzuzweifeln. Die von Salans herangezogenen Kriterien seiner Untersuchung betrafen die Geschwindigkeit und den Kurs des Schiffes, die Überwachung durch Flugzeuge, die Identifizierung der *Liberty* durch israelische Flugzeuge und Torpedoboote, Flaggen- und Identifizierungskennzeichen. In jeder Hinsicht waren die israelischen Beteuerungen eines unverschuldeten Irrtums durch die Aussagen von Augenzeugen oder anderen bekannten Fakten in Zweifel gezogen worden.

So behauptete zum Beispiel der israelische Bericht, die *Liberty* hätte sich mit einer Geschwindigkeit von 28 bis 30 Knoten bewegt. Und damit hätte sich das Schiff verdächtig gemacht. Die tatsächliche Geschwindigkeit betrug jedoch nur fünf Knoten. Israelische Aufklärungspiloten behaupteten, nur zweimal über die *Liberty* hinweggeflogen zu sein – zuerst um 6.00 Uhr und dann noch einmal um 9.00 Uhr. Tatsächlich wurde die *Liberty* aber achtmal von israelischen Maschinen überflogen, zum ersten Mal um 5.15 Uhr früh und zum letzten Mal um 12.45 Uhr mittags.

Der israelische Bericht erhob die Beschuldigung, daß die *Liberty* nach der Weigerung, ihre Identität bekanntzugeben, das Feuer eröffnet habe. Demgegenüber bezeugte Kapitän McGonagle, daß die einzigen Signale der Torpedoboote aus einer Entfernung von knapp 2000 Metern gesendet worden waren, nachdem der Angriff aber schon begonnen hatte und die Torpedos bereits abgeschossen waren. Die Blinksignale konnten wegen des immer wieder auftretenden Qualms und der Flammen nicht gelesen werden. Und weil die *Liberty* keine Signale wahrgenommen hatte, konnte sie folglich auch keine beantworten. Unmittelbar danach wurde die *Liberty* von einem Torpedo getroffen, und 25 Matrosen waren sofort tot.

Der israelische Bericht behauptete, die *Liberty* hätte weder eine Flagge gezeigt noch irgendein anderes Erkennungszeichen gegeben. Fünf Besatzungsmitglieder bezeugten jedoch, daß sie den ganzen Morgen bishin zum Angriff die Marineflagge flattern sahen. Nachdem die Fahne durch den Luftangriff weggeschossen worden war, zog man – bevor der vernichtende Torpedoangriff begann – eine noch größere Flagge auf. Die Kennzeichen am Schiffsrumpf waren gerade erst klar und frisch gestrichen worden. Dennoch wollten die Israelis die Verantwortung immer wieder durch unhaltbare Behauptungen von sich weisen. Sie verteidigten sich damit, daß der Angriff aufgrund von Berichten erfolgt wäre, wonach der Küstenbereich angeblich von

der See her beschossen werden sollte. Salans bemerkte dazu, daß es eigentlich jedem ausgebildeten Beobachter klar sein mußte, daß die kleinen Bordgeschütze der *Liberty* nicht zum Beschuß der Küste geeignet waren.

Salans Bericht war am 21. September 1967 dem stellvertretenden Außenminister Rostow übergeben worden. Dies bedeutet, daß unsere hohen Regierungsbeamten die Unwahrheit in den israelischen Behauptungen über die *Liberty* bereits unmittelbar nach dem Überfall kannten.

Dieses Dokument, das so eindeutig die Behauptungen der Israelis widerlegte, hätte man doch als nächstes der israelischen Regierung zur Stellungnahme vorlegen und anschließend die Entdeckungen veröffentlichen müssen. Stattdessen aber wurde es mit dem Stempel *Top Secret* versehen und vor der Öffentlichkeit versteckt. Gleichermaßen hatte man auch die Einwände anderer Regierungsbeamter und militärischer Dienststellen – zusammen mit dem noch verborgenen Bericht der Israelis – in der Versenkung verschwinden lassen. Der damalige Außenminister Dean Rusk sagte, er könne sich „momentan nicht erinnern", ob er den Salans-Bericht jemals gesehen hat. Er fügte jedoch hinzu, er sei „niemals mit der von den Israelis unterbreiteten Darstellung über die Liberty-Affäre einverstanden gewesen."

Die Verschleierung des Salans-Berichtes und anderer Aspekte über diesen Vorfall hatten verheerende Auswirkungen auf die Sicherheit der Vereinigten Staaten: Wenn unsere Marineleitung den Vorfall mit der *Liberty* wenigstens ihren eigenen untergebenen Dienststellen offenbart hätte, wäre der Nation die darauffolgende qualvolle Demütigung erspart geblieben, als fünf Monate später nordkoreanische Truppen einen US-Matrosen töteten und das amerikanische Schiff *Pueblo* mit ihrer gesamten Besatzung kaperten. Dieses Martyrium einer brutalen qualvollen Gefangenschaft hatte erst nach einem Jahr mit der Freilassung unserer Matrosen ihr Ende gefunden.

Der von dieser Katastrophe betroffene damalige *Pueblo*-Kommandant Lloyd M. Bucher meinte rückschauend: Wenn er in die tatsächlichen Zusammenhänge des Unglücks im Mittelmeer vorher eingeweiht worden wäre, hätte er den *Pueblo*-Zwischenfall verhindern können.

Bereits im Spätsommer 1967, als er sich noch an Land auf die Übernahme seines unglückseligen Schiffes vorbereitete, hatte Kommandant Bucher von dem Schicksal der *Liberty* erfahren. Mit eigenem Kurs auf feindliche küstennahe Gewässer in Nord-

korea war er der Meinung, daß sein Einsatz aus den Erfahrungen der *Liberty* Nutzen ziehen könne. Dementsprechend hatte er um detaillierte Information gebeten. Bucher erinnert sich, wie seine Bitte aber vom Tisch gefegt wurde: „Ich fragte meine Vorgesetzten über das seinerzeitige Unglück und erhielt zur Antwort, daß alles nur ein großes Versehen gewesen sei. Daraus gäbe es nichts zu lernen."

Als Bucher später das Buch seines Marinekameraden Ennes studierte, entdeckte er, daß die *Liberty*-Besatzung zum größten Teil mit denselben Problemen konfrontiert war wie sein eigenes Schiff, kurz bevor es gekapert wurde: Beide Schiffe hatten unzureichende Vorrichtungen zur Zerstörung von Geheimmaterialien und Ausrüstungen. Im äußersten Notfall konnten sie ihr Schiff nicht selbst versenken. Beide Schiffe zeigten überdies schwerwiegende Mängel im Kontrollverfahren. Bucher macht dafür die „Inkompetenz an der Spitze" und den „Mangel an Reaktion auf verzweifelte Hilferufe während des Angriffes" verantwortlich. Verbittert berichtete er über das Martyrium seiner *Pueblo*-Besatzung:

„Einer unserer Leute wurde dabei getötet und 14 verletzt. Dann folgte ein Jahr verdammter und harter Brutalität, die man verhindern hätte können, wenn man mir vorher gesagt hätte, was mit der *Liberty* passiert war. Das alles konnte nur geschehen, weil dieser verfluchte Zwischenfall so gründlich verschleiert wurde, wie es eben praktiziert wurde."

Die Verschleierung des Überfalls auf die *Liberty* hatte auch noch andere, mehr persönliche Folgen. Auf Empfehlung des Marineministeriums wurde William L. McGonagle, Kapitän der *Liberty*, von Präsident Johnson für die höchste Auszeichnung unseres Landes vorgeschlagen, für die Ehrenmedaille des Kongresses. Wie Ennes erwähnte, „widerstand der Kapitän den Kugeln, den Schrapnells und dem Napalm" während des Angriffes und stand – trotz seiner Verletzungen – die ganze Nacht hindurch auf der Kommandobrücke. Unter seiner Leitung hatten die 82 Besatzungsmitglieder, die mit ihrem Leben davongekommen waren, noch mit letzter Kraft das Schiff über Wasser gehalten und mit all seinen Zerstörungen in einen sicheren Hafen gebracht.

McGonagle war also ein wirklicher Held, aber dennoch sollte ihm die Auszeichnung nicht im üblichen Stil – mit allen Ehren, feierlichen Zeremonien und gebührlicher Publicity – überreicht werden. Der Orden sollte ihm nicht persönlich durch den Prsäsi-

denten der Vereinigten Staaten verliehen werden, und die ehrende Feierlichkeit würde auch nicht im Weißen Haus stattfinden. Vielmehr hatte das Marineministerium inzwischen die Anweisung erhalten, die Zeremonie woanders zu arrangieren. Der Präsident würde daran nicht teilnehmen. So wurde es der Navy überlassen, einen geeigneten Ort für die bevorstehende Ehrung ausfindig zu machen. Admiral Thomas L. Moorer, der kurz vor Eintreffen der Order zum Operationschef der Marine ernannt worden war, geriet außer Fassung; denn dies war die erste Kongreßauszeichnung während seiner Dienstzeit, die nicht im Weißen Haus überreicht werden sollte. Dagegen legte er beim Verteidigungsminster Robert S. McNamara Protest ein. Aber der Befehl wurde dennoch aufrechterhalten. Von keinem der beiden gesetzgebenden Häusern – weder vom Repräsentantenhaus noch vom Senat – war auch nur ein einziges Wort des Protestes zu hören.

Der Admiral wäre sicher noch mehr erzürnt gewesen, wenn er gewußt hätte, daß die Verleihung der Ehrenmedaille bis zum Eintreffen einer Genehmigung aus Israel vom Weißen Haus verschoben worden war. In diesem Zusammenhang zitierte Ennes die Worte eines Marineoffiziers: „Die Regierung ist ziemlich nervös geworden wegen Israel. Das Außenministerium hat die israelische Botschaft sogar gefragt, ob ihre Regierung etwas gegen die Verleihung der Medaille an McGonagle einzuwenden hätte. *Natürlich nicht*, sagten die Israelis." Die Formulierung in der beigefügten Ehrenurkunde bot für niemanden eine Angriffsmöglichkeit: Israel wurde darin überhaupt nicht erwähnt.

Unser Marineminister hatte dann im Rahmen einer kleinen, ruhigen Feierstunde im sogenannten Marinehof von Washington die Medaille überreicht. Admiral Moorer bemerkte später dazu, daß er über dieses außergewöhnliche Vorgehen eigentlich nicht überrascht gewesen sei, denn: „Sie haben die ganze Zeit versucht, es zu vertuschen." Moorer fügte hinzu: „Bei der Art, wie sie es taten, war ich überrascht, daß sie ihm die Medaille nicht unter der Brücke in der 14. Straße in die Hand gedrückt haben."

Selbst Grabsteininschriften am Nationalfriedhof von Arlington wurden von der Verschleierung nicht verschont. Wie es schon McGonagles Verleihungsurkunde gezeigt hat, wurde auch hier Israel nicht erwähnt. Fünfzehn Jahre lang lauteten die Inschriften von sechs Besatzungsmitgliedern der *Liberty* einfach: „Gestorben im östlichen Mittelmeer". Keine Erwähnung des Schiffes, kein Hinweis auf die Umstände oder gar auf Israel. Fried-

hofsbesucher konnten glauben, daß die hier beerdigten Männer eines natürlichen Todes gestorben seien.

Vor dem Hintergrund solcher Machenschaften hatten sich schließlich die Überlebenden des Schiffes zu einer *Veteranenvereinigung der USS Liberty* zusammengeschlossen. Der Protest dieses Vereins brachte dann wenigstens eine bescheidene Verbesserung insofern, als die anhaltende Verschleierung 1982 ein wenig gelüftet wurde, und als Folge davon die Grabinschriften – wenn auch nur nuanciert – geändert werden mußten in: „Den Toten der USS Liberty". Die Abänderung des Nachrufes auf den Grabsteinen der getöteten Seeleute verlief ebenso ruhig, wie man Jahre zuvor auch die Feierstunde für McGonagle hinter sich bringen wollte. Senator Larry Pressler, der einzige anwesende Regierungsbeamte, versprach weitere Untersuchungen zur Aufklärung des Liberty-Falles, die aber nach zwei Jahren ebenso im Sande verliefen.

Durch die amerikanische Verschleierungspolitik wurde sogar die Textformulierung für die Kondolenzbriefe diktiert, die den Hinterbliebenen der bei dem Liberty-Überfall getöteten Soldaten zugeschickt wurden. Zu solchen Anlässen erhalten die nächsten Familienangehörigen normalerweise einen Brief unseres Präsidenten, in dem die Fakten der Tragödie dargelegt und ein tiefes Mitgefühl für die Härte sowie die mit diesem Tode verbundene Opferbereitschaft und Tapferkeit zum Ausdruck gebracht werden. Damals waren bereits Hunderte solcher Briefe den nächsten Hinterbliebenen übermittelt worden, als der Blutzoll von Vietnam gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Für die hochgestellten Beamten des Weißen Hauses war der Tod durch Kugeln aus israelischen Gewehren etwas anderes, als der Tod aus der Schußwaffe eines Vietkongs. Ein paar Tage nach dem Angriff auf die *Liberty* hatte Harry McPherson, Präsident Johnsons Regierungsbeauftragter für unsere Beziehungen zu Israel, folgende Mitteilung von James Cross, dem Adjutanten des Weißen Hauses, erhalten:

„Einunddreißig ‚Marineangehörige wurden an Bord der USS Liberty in Folge eines versehentlichen' Angriffes durch israelische Streitkräfte getötet. Die beigefügten Kondolenzbriefe, die im Grunde so abgefaßt wurden, wie sie sich bei Todesfällen im Vietnam Krieg bewährt haben, scheinen mir in diesem Falle unangebracht. Aufgrund der äußerst heiklen Natur der ganzen arabisch-israelischen Situation und den Umständen, unter denen diese Männer starben, möchte ich Sie bitten, diese Entwürfe zu

überarbeiten und mir neun oder zehn verschiedene Vorschläge zu unterbreiten, die dieser speziellen Situation angepasst erscheinen."

Diese „spezielle Situation" veranlasste McPherson einzugestehen, daß viele der üblichen Beileidsformulierungen „nicht angemessen waren". Er schlug daher Phrasierungen vor, die das Kampfgeschehen und die Rolle der Israelis abschwächen – und sogar unsere eigenen dadurch verursachten Opfer verschweigen sollten.

Als Antwort auf den „sehr heiklen Charakter" unserer Beziehungen zu Israel setzte sich der Stab des Präsidenten über altehrwürdige Traditionen bei der Identifizierung der im Kampf Gefallenen hinweg. McPherson schlug nun vor, daß die Briefe die Dankbarkeit des Präsidenten für den von den Opfern geleisteten „Beitrag zum Frieden" zum Ausdruck bringen sollten. Ferner müßte das Bemühen Johnsons hervorgehoben werden, den israelisch-arabischen Krieg abzuwenden.

Während Washington mit seiner seltsamen Verschleierungspolitik beschäftigt war, erinnerte sich die *Liberty*-Besatzung mit Zufriedenheit an einen Augenblick des persönlichen Stolzes, der allerdings nur von kurzer Dauer war. Am Nachmittag des 10. Juni 1967, als das schwer beschädigte Schiff und seine Mannschaft sich von der USS *America* verabschieden wollte, um – für die Einvernahme durch das Untersuchungsgericht – seine Fahrt nach Malta fortzusetzen, befahl der Kapitän des Flugzeugträgers *America*, Donald Engen, noch einen Gedenkgottesdienst für die bei dem Angriff gefallenen Seeleute abzuhalten. An Deck, wo sich mehr als 2.000 Matrosen versammelt hatten, wurde dieses Totengedenken zu einem bewegenden Ereignis. Als sich die Schiffe nach dieser Gedenkfeier voneinder trennten, befahl Engen ein dreifaches ‚Hoch' für die *Liberty*-Besatzung.

Fähnrich zur See, Jeffery Carpenter – er war durch starken Blutverlust geschwächt –, lag auf einer Bahre am Hauptdeck der *Liberty*. Da hob der Seemann Stan White das Kopfende der Bahre etwas hoch, so daß Carpenter die Achtungsbezeigungen hören und auch sehen konnte, die vom Flugzeugträger herübergerufen wurden. „Unbeschreiblich – diese Hochrufe", erinnerte sich Engen. „Junge, man konnte das Echo der Hochrufe hören, wie es auf dem Wasser hin und herschallte. Das war eine sehr bewegende Sache."

In der Tat war dies die einzig „bewegende Sache", wie sie offiziell der Besatzung zu Ehren gezollt wurde.

„Das ist reiner Mord"

Manche Bücher haben die Märchen um die *Liberty* weiterverbreitet. Yitzhak Rabin, damals Befehlshaber der israelischen Streitkräfte, erklärte in seinen 1979 veröffentlichten Memoiren, daß die *Liberty* fälschlicherweise für ein ägyptisches Schiff gehalten wurde: „Ich gebe zu, daß ich bei der Nachricht (daß es ein US-Schiff war) gemischte Gefühle hatte – ein tiefes Bedauern, daß wir unsere Freunde angegriffen hatten – und eine enorme Erleichterung (daß es kein sowietisches Schiff war)." Rabin behauptete, daß Israel zwar die Opfer seines Angriffes entschädigte, es aber ablehnte, für die Zerstörungen des Schiffes aufzukommen, „da wir uns selbst für die Aneinanderreihung von Irrtümern nichts vorzuwerfen haben."

In Lyndon Johnsons Memoiren wird dieses Märchen, wonach das Schiff „irrtümlich angegriffen" worden sei, fortgesetzt. Obwohl die Beileidsbekundungen an 34 trauernde Hinterbliebene damals von ihm selbst unterzeichnet worden waren, werden in Johnsons Memoiren nur 10 Gefallene erwähnt. Er zählt auch nur 100 Verwundete auf; obwohl es tatsächlich 171 Verletzte gab. Der Präsident ergänzte seine Erinnerungen an den Überfall auf die *Liberty* mit den Worten: „Dieser herzzerreißende Vorfall bereitete den Israelis ebenso tiefen Schmerz wie uns."

Johnson schickte über seinen heißen Draht eine Nachricht nach Moskau, in der er den Sowiets versicherte, daß die Maschinen unseres Flugzeugträgers zum Unglücksort fliegen wollten. Er erklärte: „Diese Flüge dienten einzig und allein der Aufklärung." Johnson hat nichts darüber verlauten lassen, daß der Schutz und die Rettung des Schiffes und seiner Mannschaft mit zu den Aufgaben der Flieger gehörten. Er erwähnte auch nicht, daß die Flugzeuge die *Liberty* gar nicht anfliegen durften – nicht einmal zu „Aufklärungszwecken". Alles in allem hatte Präsident Johnson als gleichzeitiger Oberkommandierender der US-Streitkräfte dem verheerendsten Marine-Unglück unserer Geschichte, das noch dazu in Friedenszeiten passierte, nur 16 Zeilen gewidmet.

Moshe Dayan, der in einem CIA-Bericht als jener Offizier identifiziert wird, der persönlich den Befehl zu diesem Angriff

erteilt hatte, erwähnte die *Liberty* in seiner langen Autobiographie mit keinem einzigen Wort. In dem CIA-Dokument ist festgehalten, daß Dayan seinen Befehl gegen den Protest eines anderen israelischen Generals durchsetzte, der gewarnt hatte: „Das ist reiner Mord."

Von derartigen Verschleierungsaktionen war Ennes auch bei der Vermarktung seines Buches verfolgt worden. Trotz hervorragender Rezensionen waren Buchbestellungen einfach „verlorengegangen", und Großhandelsbestellungen verschwanden auf mysteriöse Weise. Gleichzeitig startete die Israel-Lobby eine weitreichende Kampagne, um Ennes' Darstellung vom Angriff auf die *Liberty* in Mißkredit zu bringen. Vom Marinestützpunkt in San Diego z.B. war eine Buchlieferung zurückgeschickt worden, nachdem ein Kaplan Beschwerde gegen die Ennes-Dokumentation eingelegt hatte. Der Militärschriftsteller George Wilson berichtete Ennes gegenüber: Als die *Washington Post* ihre Rezension veröffentlichte, „schien hinter jedem Verlagstelefon einer zu sitzen, der sich über unsere Erwähnung des (Ennes) Buches beschwerte."

Das *Atlanta Journal* bezeichnete Ennes' *Angriff auf die Liberty* eine „beunruhigende Geschichte über die Stümperhaftigkeit der Navy, der regierungsgelenkten Verschleierung und die Doppelzüngigkeit der Israelis. Diese Geschichte ist durchaus wert, gelesen zu werden." Der *Columbus-Dispatch* nannte das Ennes-Buch „ein gerichtliches Untersuchungsergebnis der Verschleierung internationaler politischer Machenschaften." Der Journalist Seymour Hersh pries Ennes' Liberty-Report als „kenntnisreiches Buch eines aufrichtigen Beteiligten." Das berühmte Marine-Institut in Annapolis kürte es `als das „wahrscheinlich wichtigste Marine-Buch des Jahres."

Israel beeilte sich mit seiner Warnung an die Leser in den USA, die Buchbesprechungen nicht zu beachten. Das israelische Außenministerium beschwerte sich: „In seiner offensichtlichen Bitterkeit und einseitigen Betrachtungsweise erlaubt sich Ennes, objektive Analysen einfach zu ignorieren." Seine „Schlußfolgerungen widersprechen jeglicher Logik und auch den militärischen Feststellungen." Diese Vorwürfe, so wußte Ennes später zu berichten, „wurden durch die *Anti-Defamation League* von B'nai B'rith übernommen und an die israelischen Anhänger in ganz Amerika verteilt." Einem Besucher im *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) war mitgeteilt worden, das Buch sei eine „abgekartete Sache mit lauter Lügen,

die von der Nationalen Vereinigung arabischer Amerikaner finanziert" wurde. Die „emotionale Rhetorik hatte dem Verkauf sehr geschadet" und verursachte „eine auffällige Zurückhaltung bei den Medienredaktionen, eine Diskussion über diese Geschichte zu gestatten."

Als Ergebnis von Talk-Shows im Radio und Podiumslesungen, an denen Ennes teilnahm, hörte er im ganzen Land immer wieder von den Schwierigkeiten seiner Zuhörer, das Liberty-Buch im freien Handel kaufen zu können. Einigen Buchläden, die Ennes' Werk beim Verlag *Random House* bestellen wollten, hatte man die falsche Auskunft erteilt, daß ein solches Buch gar nicht existiere, oder daß es nicht gedruckt wurde, oder daß es vergrifffen sei, oder daß man es wegen Klageandrohungen zurückgezogen hätte.

Ray Taliaferro, Gastgeber einer solchen Talk-Show, trat mitten ins Fettnäpfchen, als er an einem Sonntagabend des Jahres 1980 über die Radiostation KGO in San Francisco verkündete, daß er nächsten Sonntag Ennes als Gast zu einem Interview eingeladen hätte. Daraufhin flatterten über 500 Protestbriefe in die Sendeanstalt, aber das angekündigte Programm verlief dennoch wie geplant. Die öffentliche Reaktion war überwältigend. Stundenlang hatten nach Beendigung der langen Sendung mit Ennes am nächsten Wochenende dann die Zuhörer bei der Radiostation angerufen. Zwei Anrufer bedrohten das Leben Taliaferros – einer davon über eine vermutlich private Leitung.

Auf Einladung von Paul Backus, dem Herausgeber des *Journal of Electronic Defense*, hatte Ennes 1981 einen Gastartikel über die Auswirkungen des *Liberty*-Zwischenfalls geschrieben, in dem er darauf hinwies, daß freundliche Nationen sich manchmal veranlaßt fühlen, feindliche Aktionen durchzuführen. Auf den *Liberty*-Überfall gemünzt, fügte er hinzu: „Bei der freundlichgesinnten Nation ... handelt es sich um die Nation der Israelis. Und weil die Nation Israel umfassend, leidenschaftlich und hinreichend durch die Vereinigten Staaten unterstützt wird – und vielleicht auch, weil durch eine sorgfältige Untersuchung ein demütigendes Versagen der verantwortlichen Kommandostellen, der Kontrolle und der Kommunikationen offenbar werden könnte, müssen entsprechende Nachforschung ... auch dem jeweiligen politischen Erscheinungsbild angepaßt werden."

Backus war fassungslos, als ihm die Eigentümer des Magazins – eine als *Association of Old Crows* bekannte Organisation militärischer und verteidigungsbezogener Manager – untersagten,

den Ennes-Artikel zu veröffentlichen. Der Sprecher der Vereinigung, Gus Slayton, schrieb Backus, der Artikel sei „exzellent – aber es wäre nicht angemessen, ihn jetzt angesichts der erhöhten Spannungen im Nahen Osten zu veröffentlichen." Backus konnte als alter Marine-Offizier nur noch resignieren: „Ich will mit Organisationen, die fortlaufend die Wahrheit vertuschen, nichts mehr zu tun haben." Ennes' Artikel wurde später ganz groß im Konkurrenzmagazin *Defense Electronics* publiziert und anschließend noch als vielgefragter Nachdruck für $ 3 pro Heft verkauft.

Als Ennes 1981 und 1982 in Midwest und im Westen an verschiedenen amerikanischen Universitäten Vorlesungen hielt, mußte er die verschiedenartigsten Proteste über sich ergehen lassen. Obwohl die Reaktionen zum größten Teil positiv waren, nannten Zwischenrufer ihn einen Lügner und Antisemiten, und sie protestierten bei der Verwaltung gegen sein Erscheinen auf dem Universitätsgelände. Plakatankündigungen für seine Vorlesungen wurden regelmäßig abgerissen. Als Ennes vor einem College-Auditorium sprach, wurden Flugblätter der örtlichen *Jewish Student Unions* mit dem gleichen Wortlaut verteilt, wie ihn auch das israelische Außenministeriums und die *B'nai B'rith* bei ihrem Angriff auf das Liberty-Buch verwendet hatte.

Kritik an Ennes' Buch schien national – ja sogar international koordiniert gewesen zu sein. Nachdem in der Buchsendung des *National Public Radio* Ennes' gesamter Text vorgelesen worden war, forderten aufgebrachte Sprecher der örtlichen *Anti-Defamation League* die Gelegenheit zu einer 10minütigen Widerrede am Ende der Sendereihe. Die Entgegnungen in Seattle waren dann fast deckungsgleich mit jenem Dokument, das bereits vom israelischen Außenministerium für seinen Angriff auf das Buch verwendet wurde. Beide Widerlegungen stimmten wortwörtlich mit einem Schreiben überein, in dem Ennes kritisiert wurde, und das in der *Times-Union* in Jacksonville (Florida) erschienen war.

Ennes' Pechsträhne nahm im Juni 1982 eine ironische Wende, als für die ABC-Sendereihe *Nightline* ein bereits vorbereiteter Beitrag zur 15jährigen Wiedervereinigung der *Liberty*-Besatzung kurzerhand vom Programm gestrichen wurde. Die Liberty-Sendung war durch die Krisenverschleierung der tags zuvor erfolgten israelischen Invasion des Libanon ausgebootet worden. Anfang 1983 setzte die *Nightline*-Redaktion dann den Liberty-Beitrag wieder auf ihr Programm, aber wieder war Isra-

el dazwischengefahren: Diesmal füllte ein Interview mit ihrem neuen Botschafter in den USA, Moshe Arens, die Sendezeit für den vorprogrammierten ursprünglichen Beitrag. Mittlerweile war aber das redigierte Sendeband und 15 Rollen nicht redigierten Filmmaterials spurlos aus dem Studio-Archiv verschwunden.

Ennes' Buch dürfte 1980 auch den Auftritt des ehemaligen Kapitäns der unseligen *Pueblo*-Affäre in der ABC-Reihe *Guten Morgen Amerika* verhindert haben. Bucher war für ein nachträgliches Interview über seine Gefangenschaft in Nordkorea nach New York eingeladen worden. Dort wurde aber sein Interview ebenso plötzlich wieder abgesetzt. Ein Studioangestellter bemerkte Bucher gegenüber lediglich, er habe gehört, daß es da Probleme gegeben hätte in „der oberen Etage". Und dann fragte er Bucher: „Hat die *Washington Post* kürzlich einmal eine Rezension Ihres Buches veröffentlicht?" Das war tatsächlich geschehen – und zwar mit der höchsten Belobigung für Ennes' Buch.

1983 gab es noch einen Protest der *Jüdischen Kriegsveteranen* gegen die *Veteranen der Auslandskriege*, die sich bei ihrem Vorschlag für eine „gebührende Ehrung" aller Gefallenen der *Liberty* auf Ennes bezogen hatten, zu unterstützen. Und die jüdischen Veteranen protestierten noch einmal, als James R. Currieo, der amerikanische Anführer der *Veteranen der Auslandskriege* auf den „mörderischen Überfall der Israelis" zu sprechen kam. Currieo erregte den Zorn der Juden sogar noch mehr, als er im Mitteilungsblatt seiner VFW-Organisation einen Brief an Präsident Reagan veröffentlichte, in dem das Weiße Haus eingeladen wurde, einen Repräsentanten zum Friedhof zu schicken, der sich an der Ehrung der Gefallen beteiligen solle. Diese Einladung blieb unbeantwortet.

Seit der Erstveröffentlichung seines Buches *Angriff auf die Liberty* erhält – nach all den Jahren – Ennes wegen dieses Vorfalls noch immer eine Flut von Briefen und Telefonanrufen. Von seinen Schiffskameraden zu ihrem offiziellen Historiker gewählt, wurde er Herausgeber des Mitteilungsblattes *The USS Liberty Newsletter*. Weil er aber durch seinen endlosen Gewissenskampf nicht mehr weiter gefesselt sein möchte, schreibt er mittlerweile ein neues Buch über ein völlig anderes Thema, womit er versucht, die Angelegenheit mit der *Liberty* nach und nach in die Vergessenheit zu drängen. Aber er muß sich eingestehen,

daß er nicht vergessen kann; denn sein Buch entfacht immer wieder den alten Streit, der wohl nie enden wird.

Ein anderer pensionierter Marineoffizier, Admiral Thomas L. Moorer, begrüßte Ennes Aktivitäten und fordert noch immer eine Untersuchung des Zwischenfalls mit der *Liberty*. Mit Verachtung prangert der Ex-Admiral noch immer die falsche Identitätstheorie an und hofft, der Kongreß werde eines Tages nachforschen. Falls dies nicht geschehen sollte, erwarte er eine Wiederaufnahme des Verfahrens durch das Marine-Untersuchungsgericht. „Ich würde es gerne erledigt sehen. Aber ich bezweifle ernsthaft, daß man die Genehmigung dazu erteilen wird."

Gefragt, warum die Johnson-Regierung die Verschleierung überhaupt angeordnet hatte, antwortet Moorer rückhaltlos: „Dieses scharfe Vorgehen erfolgte bestimmt nicht aus Rücksicht auf unsere Sicherheit, sondern hatte innenpolitische Gründe. Darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Welche anderen Gründe hätte es sonst geben sollen? Präsident Johnson war besorgt wegen der Reaktion seiner jüdischen Wähler."

Moorer sagte, der Angriff war „eindeutig beabsichtigt" gewesen, und er fügte hinzu: „Das amerikanische Volk würde verdammt zornig werden, wenn es wüßte, was hier vor sich geht."

7. Kapitel

Unsere akademische Unabhängigkeit ist bedroht

Die Israel-Lobby ist besonders in den amerikanischen Universitäten und Colleges aktiv, wo die zukünftige geistige Elite unseres Landes geschult wird. Durch Verbreitung entsprechender Informationen soll hier die gewünschte Meinung über den Nahen Osten bereits den Studierenden eingehämmert werden. Mit dieser Zielsetzung kümmern sich im Zusammenhang mit dem Nahen Osten die Lobby-Organisationen nicht nur um die Lehrpläne, sondern überwachen auch die journalistische Leitlinie der Studentenzeitungen. Sie richten ihr Augenmerk besonders auf Redner, die hier auftauchen und sich kritisch über Israel äußern. Obwohl in diesen drei Bereichen Lobby-Aktivitäten und Einflußnahmen durchaus legitim sind, bedienen sich – wie das auch im Kapitol geschieht – pro-israelische Organisationen und Aktivisten aber schmieriger Taktiken, Schikanen und Einschüchterungen, womit sie den freien Gedanken- und Meinungsaustausch unterbinden.

Da durch die OPEC-Ölpreiserhöhung im Jahre 1973 die Nahostfrage aber immer mehr ins Bewußtsein der US-Regierung, unserer Akademiker und der Öffentlichkeit rückte, haben Organisationen wie die AIPAC und das ‚Amerikanisch-Jüdische Komitee' spezielle Programme und Strategien entwickelt, um einer allfälligen Kritik an Israel auf den Hochschulen sofort entgegenzuwirken.

„Macht ihnen die Hölle heiß!"

1979 etablierte die AIPAC ihr *Programm zur Entwicklung politischer Führungspraktiken.* Danach sollten Studenten zu Aktivisten ausgebildet werden und lernen, wie der israelische Einfluß in den Universitäten verstärkt werden kann. Der Koordinator dieses Vorhabens, Jonathan Kessler, berichtete darüber, daß innerhalb von vier Jahren durch dieses „AIPAC-Programm

über 5000 Studenten an 350 Universitäten in allen 50 Staaten als Mitglieder erfaßt wurden":

„Systematisch überwachen sie anti-israelische Gruppen, um ihnen auf den Hochschulen wirkungsvoll begegnen zu können. Sie beschäftigen sich mit gesetzgebenden pro-israelischen Vorhaben ebenso wie mit der Vorbereitung von Wahlkampfstrategien."

Wie selbstpreisend und übertrieben solche Erklärungen auch sein mögen, die AIPAC arbeitet in den einzelnen Universitäten jedenfalls eng mit der *B'nai B'rith Hillel Stiftung* zusammen. Wenn Kessler irgendwo zu seinen Zuhörern spricht, könnte man meinen, daß er „im wahrsten Sinne des Wortes Tausende von Studenten unterrichtet." Seine Kontaktpersonen an den Universitäten stellen ihm Berichte oder Tonbandaufzeichnungen von Unterhaltungen zur Verfügung, die „pro-palästinensische" oder „anti-israelische" Tendenzen erkennen lassen, und ihn vor eventuellen Zwischenrufen warnen. Kessler hat diese Berichte säuberlich geordnet, und wenn er hört, daß ein bestimmter Redner in die Universität kommen soll, schickt er eine Liste dorthin, worin dessen übliche Argumente und Streitfragen, sein Frage-Antwort-Stil und möglichst schädigende Beweise – oder angebliche Beweise – aus anderen Ansprachen aufgeführt sind. Kessler ist darauf getrimmt, Fragen auszuknobeln, mit denen der betreffende Redner in Schwierigkeiten gerät. Auf der anderen Seite werden die Organisatoren der Universitäten vor Fragestellungen gewarnt, auf die sich der Redner vorbereitet hat.

Obgleich die Studentenvereinigung oder der akademische Senat über die Reservierung von Hörsälen durch bestimmte Gruppen entscheidet, bemüht sich Kessler darum, seine Israelfreunde in solche Körperschaften hineinzubugsieren. Unterliegt die Kontrolle der Verwaltung, so werden die Vortragenden entweder der Huldigung von Gewalt beschuldigt, indem man aus ihren früheren Reden „zitiert", oder sie werden als Sympathisanten der PLO hingestellt. Die AIPAC-Studenten verlangen auch, daß gewisse Forumsdiskussionen, wie zum Beispiel Gedenkvorlesungen, nicht „politisiert" werden sollten. Da sich nicht jeder Redner in seinen Äußerungen einschränken läßt, empfiehlt Kessler, den Verwaltungsorganen „die Hölle heiß zu machen", damit man sie zukünftig vor solchen Veranstaltungen abschreckt – und die Vorträge eher abgesagt als angesetzt werden.

Kesslers Studenten werden durch Rollenspiele und propagandistische Antwortübungen darauf trainiert, wie sie anti-

israelische Argumente am besten entkräften können. Bei diesen Übungen werden Streitgespräche zwischen pro- und anti-israelischen Informationsrunden inszeniert, wie sie bei öffentlichen Forumsdiskussionen normalerweise stattfinden.

Sobald eine AIPAC-Mannschaft ihre festen Wurzeln geschlagen hat, beteiligt sie sich an Studentenversammlungen, um dort auch mit anderen Studentenverbindungen Koalitionen zu bilden. Die AIPAC hatte damals in diesen Körperschaften pro-israelische Resolutionen durchgesetzt und pro-israelische Inserate plazieren lassen, die vordergründig nicht von der AIPAC, sondern z.B. von den (liberalen) *Amerikanern der Demokratischen Aktion* und auch von den (konservativen) *Jungamerikaner für den Frieden* unterzeichnet wurden. Im Workshop-Handbuch steht dazu folgende Anweisung: „Nutze Verbindungen wirkungsvoll. Versuche, für die Unterzeichnung von Briefen an Redaktionen nichtjüdische Einzelpersonen und Gruppen zu finden, da dies viel wirkungsvoller und glaubwürdiger erscheint."

1983 verteilte die AIPAC an Studenten und Hochschulen im ganzen Land einen zehnseitigen Fragebogen über politische Aktivitäten an der jeweiligen Universität. Diese Fragen lauteten: „Bitte nennen Sie jede Fakultät, die anti-israelische Gruppen unterstützt. Wie wird die Hilfe angeboten? Wie lauten die Propagandathemen...?" Die Umfrage resultierte aus dem AIPAC-College-Führer: *Aufdeckung der Anti-Israel-Hetze an den Hochschulen.* Dieser Aktionskatalog war im April 1984 veröffentlicht worden.

Während die AIPAC für sich beansprucht, das Recht aller Bürger auf freie Meinungsäußerung zu respektieren, werden unter Nummer acht der in ihrer Liste vorgeschlagenen zehn „Antwortmodellen" in bezug auf pro-palästinensische Vorkommnisse oder Äußerungen von Rednern folgende Verhaltensregeln empfohlen: „Versuche, dies abzuwenden." Nummer zehn derselben Liste lautet: „Kreatives Verpacken". Edward Said, Professor für Vergleichende Literatur an der Columbia-Universität, der auf unseren Hochschulen immer wieder für Verständnis der palästinensischen Situation wirbt, beschrieb einen Fall der „kreativen Verpackung" an der Universität von Washington, wo er Anfang 1983 einen Vortrag hielt:

„Sie standen an der Tür zum Hörsaal und verteilten blaue Prospekte, die wie Programmhefte aussahen, und in denen ich in der Tat als *Terrorist* angeprangert wurde. Dieses Heft enthielt Zitate der PLO. Und Dinge, die ich gesagt haben soll, wurden

mit der Ermordung von Juden in Zusammenhang gebracht, die sie angeblich von PLO zugeschrieben wurde. Die Idee war, mich und auch die Zuhörer so einzuschüchtern, daß sie sich meinen Vortrag nicht anhörten."

Said berichtet über eine weitere Erfahrung, die er an der Universität von Florida gemacht hat. Die dortige Protestbewegung war von einem Professor der Philosophie angeführt worden: „Sie versuchten, die Veranstaltung zu sprengen, und der Professor mußte schließlich von der Polizei aus dem Saal geführt werden. Das war eines der übelsten Dinge. Sie störten nicht nur durch Zwischenrufe, sondern auch durch Trampeln, Aufstehen und Schreien. Das war der reinste Faschismus, ein totales Rowdytum."

Ein anderer Vorfall, in den Said hineingezogen war, ereignete sich am Trinity College in Hartford, Connecticut. Ende 1982 sprach Said auf Einladung des Lehrstuhls für Religion über das Thema *Palästina und seine Bedeutung für Christen, Moslems und Juden.* Als sich der Tag seines Auftritts näherte, strömten immer mehr Protestbriefe prominenter Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Hartford und Angehöriger der jüdischen Fakultät ins Haus. Diese Proteste sollten Saids angebliche propalästinensischen und „anti-israelischen" Äußerungen in Erinnerung bringen. Einer der Briefschreiber fragte die Organisatoren des Vortrages: „Wie konnten Sie das nur zulassen, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sich zwei Überlebende des Holocaust in der Fakultät befinden?"

Nach der Rede von Said trafen noch mehr solcher Protestbriefe in der Religionsabteilung ein, woraufhin man der Fakultät die Errichtung eines neuen $ 1 Millionen-Lehrstuhls für jüdische Studien verweigern wollte. Der Aufruhr kühlte sich zwar nach einigen Monaten wieder ab, aber die Proteste zeigten dennoch ihre Wirkung: Auf die Frage, ob nach einer derartigen Reaktion der Jüdischen Gemeinde die Fakultät Edward Said noch einmal einladen würde, antwortete ein Ressorsprecher: „Nein, ich glaube nicht."

Der AIPAC-College-Führer beinhaltet auch Beschreibungen von hundert amerikanischen Lehranstalten und israelfeindlichen Kundgebungen – „beispiellos in Umfang und Ausmaß" –, von denen die Hochschulen vermutlich auch durchdrungen werden. Der Antisemitismus wird als wesentliches Beeinflussungsinstrument in einigen Universitätsbereichen angeführt. So wird zum Beispiel der *Collegian*, eine Zeitung der Colorado State Univer-

sity, beschuldigt, antisemitische Leserbriefe veröffentlicht zu haben. Als Beweis für diese Behauptung wird auf ein bestimmtes Schreiben verwiesen, das aber nur „die Aufmerksamkeit auf die ‚Jüdische Lobby und das tatsächliche Ausmaß ihres Einflusses auf die US-Medien' lenken wollte."

Ein weiteres Beispiel, wie die Lobby auf unseren Hochschulen arbeitet, zeigte sich im Frühjahr 1982, als die *American Indian Law Students Association* (AILSA) an der juristischen Fakultät der Harvard-Universität als Gastgeber für eine Konferenz über die Rechte von Eingeborenen unter Berücksichtigung heimischer und internationaler Gesetze auftrat. Die AILSA hatte Deena Abu Lughod zu der Tagung eingeladen, einen Amerikaner palästinensischer Abstammung, der als Forscher für die PLO-Mission bei den Vereinten Nationen arbeitete. Die *Harvard Jewish Law Students Association* (HJLSA), der laut einer Quelle lediglich etwa zwanzig feste Mitglieder angehören, hatte sofort die Indische Studentenvereinigung AILSA aufgefordert, Abu-Lughod vom Programm zu streichen.

Als dieses Vorgehen fehlschlug, protestierte die jüdische Gruppe mit allen Mitteln beim Dekan der juristischen Fakultät und bat auch den Studentensprecher, alle Geldmittel für diese Konferenz zu streichen. Der Studentenvertreter distanzierte sich aber von diesem Ansinnen mit den Worten: „Es gehört nicht zu den Aufgaben dieser Institution, Studententagungen zu zensieren." Der Dekan der juristischen Fakultät aber, den sie wegen seiner Eröffnungsrede bei dieser Tagung in der Luft zerreissen wollten, machte einen Rückzieher.

Mehrere Mitglieder der *Indian Law Students Association* sowie der Direktor der Harvard-Stiftung (von der die Konferenz gesponsert worden war) erhielten telefonische Morddrohungen. Einige kamen von Anrufern, die sich selbst als jüdische Harvard-Studenten ausgegeben hatten. Nachdem er von alldem erfahren hatte, gestand ein Mitglied der HJLSA (Harvard Jewish Law Students Association): „Wir wurden von der JDL (Jewish Defense League) kontaktiert. Aber wir wollten mit der Zerschlagung dieser Konferenz überhaupt nichts zu tun haben."

Die Tagung hatte wie geplant stattgefunden. Einer der Organisatoren erinnert sich noch gut an dieses Ereignis: „Die Atmosphäre war unglaublich gespannt. Wir waren wirklich nicht nur um Deenas, sondern auch um unsere eigene physische Sicherheit sehr besorgt. Vorsorglich waren sieben Polizisten abgestellt worden. Und wir hatten eine Menge Saalordner eingesetzt

und ausgeklügelte Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen. An den Eingängen erfolgten Leibesvisitationen, und wir konfiszierten Waffen, Messer – keine Taschenmesser, sondern richtige Schlachtmesser. Wir hatten auch Hunde eingesetzt, die den Saal auf Sprengstoff durchschnüffelten. Tatsache ist, daß die Konferenz stattfand, aber in einer äußerst bedrohlichen Atmosphäre."

Im darauffolgenden Frühjahr hatte eine Gruppe der *Studentenorganisation der Dritten Welt* den Leiter des PLO-Informationsbüros in Washington, Hassan Abdul-Rahmann eingeladen, um vor den Harvard-Studenten über das Thema „Palästina – Straße zum Frieden im Nahen Osten" zu sprechen. Und wieder organisierte die *Harvard Jewish Law Students Association* (HJLSA) eine Demonstration. Aber diesmal stürmten sie in den Saal hinein und unterbrachen rücksichtslos die Konferenz: „Der Saal glich einem absolutem Irrenhaus", erinnert sich ein Student, der das Ereigins miterlebt hatte: „Abdul-Rahmann sprach fast anderthalb Stunden lang gegen anhaltende Verspottungen, höhnisches Gejohle, Beleidigungen, Pfiffe, gegen Protestrufe und Flüche."

Nach einem Bericht im *Harvard Law Record* „kämpfte" sich ein Repräsentant der *Harvard Arab Students Society* mühsam durch den Saal, um zur Einleitung des Vortrags eine Kurzbiographie des Redners zu verlesen. „Es war eine äußerst angsterregende Atmosphäre", erinnert sich der Studentenvertreter: „Wir konnten gerade noch das Schlimmste verhüten. Daß uns das gelungen ist, war unserer Nachgiebigkeit zuzuschreiben, und nicht etwa dem Mangel an Einschüchterungsversuchen. Denn die Einschüchterung ist wirklich sehr offenkundig und sehr stark." In beiden Fällen verwendeten die Randalierer Material, das durch die *Anti-Defamation League* von B'nai B'rith vorbereitet worden war.

In einem anderen Fall hielt ein Mitglied der juristischen Fakultät der Harvard Universität, der gerade die von Israel besetzte West-Bank besucht hatte, nach seiner Rückkehr einen Vortrag. Die Reise war von den *Nordamerikanischen Freunden Palästinensischer Universitäten* organisiert worden. Bevor sich der Professor zu seinem Vortrag in den Hörsaal begeben wollte, war eine Studentengruppe der *Harvard Jewish Law Student Association* in seinem Büro erschienen. Sie wollten sich nur versichern, ob er auch „alle Fakten" kennen würde, bevor er seine Ansprache hält. Sollte er es unterlassen, eine „ausgewogene"

Darstellung über die dortigen Verhältnisse zu vermitteln, würden sie seinen Vortrag bestreiken.

Als dieser Gastredner nachher gefragt wurde, ob er aufgrund des Besuches der Studenten seinen Vortrag in irgendeiner Weise geändert habe, sagte er: „Nein, aber dadurch wußte ich – ob sie nun in mein Büro gekommen waren oder nicht –, was hier passieren würde. Ich mußte damit rechnen, daß sie dort erscheinen werden. Ich kannte also die Situation." Der Professor fügte hinzu, daß „die Anwesenheit einer hochkarätigen Gruppe jüdischer Jurastudenten" den Tenor seines Vortrages insofern änderte, daß er „nicht mehr so sehr auf die eigentlichen Vorgänge in Palästina einging, sondern mehr über abstrakte Dinge sprach, über das Verhältnis von Macht und Wissen, hier und da und anderswo."

Nach dem Vortrag schickten die Repräsentanten der HJLSA dem Professor einen Brief, daß sie „sehr zufrieden waren über die Ausgewogenheit" seiner Darlegungen. „Dies erweckte in mir den Eindruck", sagte er, „daß der Vortrag vielleicht etwas ‚zu ausgewogen' war."

Seiner Meinung nach war der israelisch-palästinensische Konflikt „ein Problem, über das wir an dieser Schule niemals befriedigend und offen diskutieren konnten." Obwohl sich der Professor nicht bedroht fühlte, „hatte ich doch das Gefühl, an einem Ort tätig zu sein, an dem ich nicht alles sagen konnte, was zu sagen wäre."

Die AIPAC ist nicht die einzige Organisation, die Dossiers über Redner angelegt hat. Die ADL (Anti-Defamation League) von B'nai B'rith hat ihre eigene Sammlung, aus der dem weltbekannten Professor für Linguistik, Noam Chromsky, eine Kopie seines ADL-Dossiers von etwa hundert Seiten zugespielt wurde. Chromsky, Autor zweier Bücher über den Nahen Osten, weiß, wovon er redet: „Praktisch wird jeder Vortrag, den ich halte, überwacht. Und dann werden die Berichte über den angeblichen Inhalt meiner Ansprachen (manchmal grotesk und manchmal komisch verdreht) zur Ergänzung meines Dossiers an die ADL geschickt."

Chromsky sagt: „Wenn ich an einer Universität oder anderswo einen Vortrag halte, erscheint normalerweise immer eine Gruppe, die Informationsmaterial verteilt, das natürlich von niemandem unterzeichnet ist. Dieses Material enthält dann eine Reihe von Angriffen gegen mich, gespickt mit (erfundenen oder entstellten) ‚Zitaten' von dem, was ich hier und da angeblich ge-

sagt haben soll. Für mich gibt es keinen Zweifel, daß dieses Material von der ADL stammt. Häufig wird diese Tatsache auch von den Leuten bestätigt, die das annonyme Informationsmaterial verteilen. Diese Praktiken, mit denen viele Menschen eingeschüchtert werden, sind boshaft. Sie sind selbstverständlich nicht illegal. Wenn sich die ADL so verhält – gut. Dann soll sie es tun. Sie hat das Recht dazu. Aber gerade das sollte einmal aufgedeckt werden."

Studentenzeitungen werden in gleicher Weise überwacht. Als der monatlich erscheinende *Berkeley Graduate*, ein Mitteilungsblatt für graduierte Studenten an der Berkeley *University of California* in seiner April-Ausgabe 1982 mehrere Artikel veröffentlichte, in denen der israelische Ministerpräsident Menachem Begin und die Politik seiner Regierung kritisiert wurden, erhielt das Redaktionsbüro des *Graduate* anonyme Telefonanrufe, mit denen die Anrufer meistens durch vulgäre Ausdrücke über die Studentenzeitung herzogen. Ein Anrufer schlug vor, daß der Chefreakdeur James Schamus doch „den nächsten Zug nach Auschwitz nehmen soll". Laut Schamus wurden diese Anrufe über mehrere Wochen fortgesetzt.

Das jüdische Studentengremium der Universität gab eine Petition heraus, mit der gegen den Inhalt der Aprilausgabe des *Graduate* heftig protestiert wurde. Das Blatt war als antisemitisch abgestempelt worden – bis das Gremium aber schließlich feststellen mußte, daß dessen Chefredakteur James Schamus selbst Jude ist. Daraufhin traf sich Schamus mit den Mitgliedern des jüdischen Studentengremiums, um zu vereinbaren, ihnen in der nächsten Ausgabe seiner Zeitung genügend Platz für eine Gegendarstellung von 4000 Wörtern einzuräumen. Damit waren sie aber immer noch nicht zufrieden.

In der Woche danach erklärte bei der Absolventenversammlung das Komitee Jüdischer Studenten ihr „Bedauern" über den Inhalt der Aprilausgabe. Darüberhinaus hatten die jüdischen Studentenführer die Ausschaltung des *Graduate* angedroht, sollte die Gründung eines eigenen Überwachungsausschusses nicht zustandekommen, der „den Inhalt jeder Ausgabe begutachtet, bevor er gedruckt wird." Bei der Abstimmung lehnte die Versammlung den Antrag zwar ab, erklärte sich aber zur Wiederbelebung eines totgeborenen redaktionellen Überwachungskomitees bereit, das die Verlagspolitik fortan bestimmen sollte. Die Gegner dieses Antrages – es befanden sich darunter die Redakteure mehrerer Universitätszeitungen, verteidigten das Recht

des *Graduate*, das Blatt „ohne vorherige Zensur" drucken lassen zu dürfen.

Am nächsten Tag konnte der Studentensenat nur mit knapper Stimmenmehrheit einen Antrag zurückweisen, wodurch nunmehr die „Unzufriedenheit" über den *Berkeley Graduate* festgestellt werden sollte. Durch einen früheren Antragsentwurf, den der Senat aber berichtigt hatte, wollte man die Veröffentlichung sogar „verurteilen". Im Leitartikel der größten Studentenzeitung der Universität, *The Daily Californian*, heißt es, daß eine derartig „sinnlose Mißbilligung" nichts mit erfahrener Blattkritik zu tun hat, sondern mit „vernunftswidrigen Forderungen, den geistigen Vater einer Idee zu bestrafen, mit der man nicht übereinstimmt."

In der Mai-Ausgabe war dann die Antwort auf den beanstandeten, von Schamus verfaßten Originalartikel veröffentlicht worden. In seiner Entgegnung bezeichnete der Autor die April-Ausgabe des *Graduate* als „puren, ungeschminkten Antisemitismus – im Inhalt sowohl als auch in der Tendenz."

Ende Mai war Schamus für zwei Monate in Urlaub gefahren. Während seiner Abwesenheit beschloß die Leitung der Graduierten-Versammlung durch ein administratives Machtwort, die zugewiesenen Subventionen für den *Berkeley Graduate* um 55 Prozent zu kürzen und die Regelungen der Berichterstattung so zu ändern, daß die Sudentenzeitung nicht länger überleben konnte. Schamus ist daraufhin mit seinem Redaktions- und Anzeigenstab zurückgetreten. In einem Interview mit dem *San Francisco Examiner* sagte Schamus, die Artikelserie über Begin „hat uns das Schreibverbot heraufbeschworen." Dem *Daily Californian* gegenüber äußerte er: „Diese ganze Situation war von den Zensoren der Studentenleitung geplant gewesen, um unsere Zeitschrift kaputtzumachen und nächstes Jahr eine neue zu gründen, die ihren eigenen Vorstellungen entsprechen würde." Der Vorsitzende der Graduierten-Versammlung leugnete jegliche Verschwörung: „Israel hat damit absolut nichts zu tun." Immerhin räumte er ein, daß der Streit wegen des Israelproblems „die Frage über den Inhalt des *Graduate* aufgeworfen hatte." Heute ist der *Berkeley Graduate* nichts weiter als ein Kalendarium von Ereignissen, das vier- oder fünfmal im Jahr erscheint.

Die Redakteure geraten unter Beschuß

Ein anderer Chefredakteur war John D'Anna, der gelernt hatte, zweimal zu denken, bevor er Israel einmal kritisierte. Er war während des Semesters 1982-1983 für die *Arizona Daily Wildcat* an der Universität Arizona in Tucson tätig, wo er als 22jähriger Redakteur einen Leitartikel publizierte mit der Überschrift: „Der Schlächter von Beirut ist auch ein Kriegsverbrecher". In diesem Artikel verdammte er die Tatsache, daß der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon Mitglied im israelischen Kabinett bleiben durfte, obwohl ihm eine Mitverantwortung für das Massaker an palästinensischen Zivilisten in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im Libanon angelastet worden war. Wenn – so fragt D'Anna in seinem Artikel – der Nazi-Kriegsverbrecher Klaus Barbie, der berüchtigte „Schlächter von Lyon", wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt wurde, „sollten dann nicht auch diejenigen für ihre Verbrechen verurteilt werden, die für das Beiruter Massaker verantwortlich sind?"

D'Anna war schockiert über die Reaktion auf seinen Leitartikel: „Meine Großeltern waren die einzigen D'Annas im Telefonbuch. Daher wurden sie ständig mit nächtlichen Anrufen belästigt. Ich selber bekam nur ein paar Anrufe der Art ‚Sollten wir Sie irgendwo allein erwischen...' Es gab auch Morddrohungen. Ich bekam auch gehässige Briefe. Einige davon waren derart haßerfüllt, daß es mich schauderte."

Auch die Zeitung, für die D'Anna arbeitete, war mit Leserbriefen bombardiert worden. Die Anschuldigungen waren immer wieder die gleichen: „Unverantwortliche Polemik, schürender Haß, Aufhetzen zu Gewalttätigkeiten!" Der Direktor der örtlichen B'nai B'rith Hillel-Stiftung schrieb: D'Annas Leitartikel „entflammt nur Wut. Er zieht Schlüsse aus Halbwahrheiten und ist irreführend."

Der Aufruhr veranlasste D'Anna, in einer nachfolgenden Ausgabe eine Entschuldigung abzudrucken. Während er dennoch auf seinem Standpunkt beharrte, sagte er: „Ich wünschte nur, daß ich diese Überzeugung anders formuliert hätte." Er stimmte einigen seiner Kritiker zu, daß er einen schlechten Leitartikel geschrieben habe. Sicher hätte er die gleichen Punkte berühren können, „ohne damit Wut zu schüren und polemisch zu werden."

All das konnte aber D'Anna nicht mehr helfen; denn am Tage

nach Erscheinen seiner Entschuldigung forderten die Mitglieder von zwanzig örtlichen jüdischen Gruppen in ihren Briefen an den Präsidenten der Universität den Rücktritt des *Wildcat*-Redakteurs. Man solle ihn wegen seines „antisemitischen und anti-israelischen" Leitartikels feuern. Sollte er – so stand es in einem der Briefe – bis zu Mittag des kommenden Montags nicht rausgeschmissen sein, würden sich die Aktivisten an die Inserenten wenden, um ihnen zu berichten, daß D'Annas Zeitung *Wildcat* „Haß schürt". Die Inserenten würden – so hoffte man – ihre Anzeigen daraufhin zurückziehen. Der Sprecher der Gruppe war Edward Tennen, Leiter der örtlichen *Jewish Defense League*, die von dem inzwischen erschossenen Meir Kahane gegründet worden war. Diese Kahane-Organisation DJL, die für die zwangsweise Deportation der Araber aus Israel eintrat, wird von der AIPAC und anderen jüdischen Gruppierungen gemieden.

Als der gestellte Termin zur Entlassung von D'Anna reaktionslos verstrichen war, riefen die jüdischen Aktivisten, die jetzt unter der Bezeichnung *United Zionist Institutions* operierten, zu einem Boykott auf. Dabei wurden an örtliche Geschäftsleute und Anzeigenagenturen Briefe mit der dringenden Aufforderung verteilt, den „antisemitischen Redakteur" mit seinem „bewußt betriebenen Fanatismus" nicht mehr zu unterstützen. In dem Brief wird D'Anna als „Komplize für PLO-Zwecke" bezeichnet, und die Geschäftstreibenden werden aufgefordert: „Erforschen Sie Ihr Gewissen. Tun Sie das, von dem Sie überzeugt sind, daß es getan werden muß". D'Anna war bei den Rundbriefen aufgefallen, daß die Kurzbezeichnung der jüdischen Aktivistengruppe – *UZI* – identisch war mit dem Namen der Standardausführung der israelischen Maschinengewehre.

Mittlerweile hatten sich etwa fünfundzwanzig Mitglieder örtlicher jüdischer Gruppen, die größtenteils der *Hillil-Organisation* angehörten, zu einem Meeting des Universitätsausschusses für Publikationen versammelt. Dabei war der ins Kreuzfeuer geratene Redakteur D'Anna mit den vorliegenden Beschwerden konfrontiert worden:

„Ich stand zwei Stunden lang unter Beschuß. Ich versuchte, alle ihre Fragen zu beantworten. Aber sie forderten immer wieder, daß Schritte unternommen werden müssen. Ich fragte, um welche Schritte es sich dabei handeln würde? Und sie sagten, daß sie einen Überprüfungsausschuß einberufen wollten. Und ich sagte: ‚Das ist prima. Sie können alles überprüfen, nachdem

es in der Zeitung erschienen ist.' Aber ich fügte hinzu, daß ein solches Ansinnen keinesfalls akzeptiert werden könne."

Im Endeffekt war der Boykott wirkungslos verlaufen; denn nur zwei Firmen hatten ihre Inserate zurückgezogen. Mehr noch: Der gesamte Redaktionsstab der *Wildcat* sowie der Leiter der journalistischen Abteilung, der selbst Jude war, standen jetzt geschlossen hinter D'Anna. Dennoch hatte – wie sich D'Anna erinnerte – die gegen ihn gerichtete Hetze ihre Spuren hinterlassen: „Sie hat in gewisser Hinsicht ihre Wirkung gezeigt; denn ich war *flintenscheu* geworden, und ich brauchte eine ganze Weile, bis ich mich wieder mit internationalen Problemen zu beschäftigen begann."

„Es schien Politik gewesen zu sein"

Das Priesterseminar in Hartford, Connecticut, hat das älteste islamische Studienprogramm der Vereinigten Staaten. Bereits anfangs der 70er Jahre erhielt der Präsident des Seminars einige Beschwerden der Jüdischen Gemeinde Hartford. Das Lehrprogramm sei antijüdisch! Einer sagte, der Lehrplan wäre in Wirklichkeit eine „al-Fatah Parteiunterstützung". Erst kürzlich war Willem A. Bijlefeld, Direktor des *Centers für Islamische Studien und Christlich-Moslemische Beziehungen*, von der örtlichen Tageszeitung *Hartford Courant* gebeten worden, einen Artikel über den PLO-Chef Yassir Arafat zu schreiben. Am Neujahrsabend 1983, einen Tag nach der Veröffentlichung seines Artikels, erhielt Bijelfeld den Anruf eines Mannes, der sich – ohne Namensnennung – lediglich als Jude ausgegeben hatte. Der Anrufer sagte, das Priesterseminar hätte in „antijüdischer Propaganda" eine lange Tradition aufzuweisen, und dann beschuldigte er Bijlefeld, daß er die „Tötung von Juden und die Zerstörung Israels" unterstützen würde.

Nach diesem Vorwurf bekundete der anonyme Anrufer seine Freude über den „äußerst schmerzvollen Tod" der NBC-Nachrichtenredakteurin Jessica Savitch, die bei einem Autounfall getötet worden war. Dies – so sagte der Mann am anderen Ende der Leitung – sei ein „Zeichen göttlicher Gerechtigkeit" gewesen; denn die Verunglückte hätte „Lügen" verbreitet über die Zahl der Libanesen, die während der Israel-Invasion 1982 vertrieben worden seien. Der Anrufer sagte, er sei völlig davon überzeugt, daß eine solche Strafe „jeden Feind Israels" treffen

würde. Bijlefeld schloß daraus: „Für mich war es klar, was das zu bedeuten hatte."

Die Ächtung, jemanden aus der Gesellschaft auszustoßen – das ist eine andere Waffe der Lobby. Ihr Bannstrahl traf den amerikanischen Gelehrten Eqbal Ahmad, einen zweifachen Doktor, der an der Universität Princeton für politische Wischenschaften und islamische Studien tätig war. Er ist auch Mitglied des Washingtoner Instituts für Politische Studien. Ahmad hat viel über den Nahen Osten publiziert, darunter eine Anzahl von Artikeln auf der Meinungsseite der *New York Times*. Ahmad fühlte sich wegen seiner Kritik der Israelpolitik und seiner Befürwortung der palästinensichen Existenzrechte von akademischen Kreisen geächtet: „Es sind nicht nur die materiellen Bestrafungen, denen die Menschen ausgesetzt sind, sondern es ist auch die seltsame Umwelt, die kritiklos zu allem ja und amen sagt, und die Andersdenkenden in die Isolation treibt. Das ist der Preis, den Individualisten zahlen müssen."

1965 wurde Ahmad Fakultätsmitglied der Universität von Cornell: „Ich war ein junger Assistenz-Professor damals. Bei meinen Kollegen war ich allgemein beliebt", erinnert sich Ahmad. „Und sie waren äußerst herzlich und höflich zu mir, obwohl viele von ihnen konservativ waren, und ich bereits recht bekannt geworden war durch die Anti-Vietnamkriegs-Bewegung."

Nach dem arabisch-israelischen Krieg vom Juni 1967 hatte Ahmad in Cornell eine Rede gehalten, in der er die Eroberung und Einbehaltung arabischer Territorien durch Israel kritisierte. Er hatte auch jene Listen unterschrieben, mit denen das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung unterstützt werden sollte. So geschah es, daß während seiner letzten zwei Jahre in Cornell nur noch etwa vier Leute von der gesamten Fakultät mit ihm gesprochen haben. „Oft saß ich am Mittagstisch in der Mensa der Fakultät, die normalerweise sehr voll ist, und hatte einen Tisch für sechs Personen für mich ganz allein." Ahmad bemerkte, daß unter den vier ihm verbliebenen Freunden sich drei Juden befanden:

„Das Problem ist hier nicht, ob du Jude bist oder Nichtjude. Vielmehr gab es innerhalb der Akademischen Gemeinde in bezug auf Israel ein stilles Übereinkommen. Das Interessante daran ist, daß weit mehr prominente Juden dieses Übereinkommen gebrochen haben als Nichtjuden."

1983 war Ahmads Name plötzlich in der B'nai B'rith-Veröf-

fentlichung *Pro-Arab Propaganda in America: Vehicles and Voices* erschienen. „Ausgerechnet das wird jemandem angetan, der bis heute keinerlei Unterstützung – in welcher Form auch immer – von einer arabischen Regierung oder einer arabischen Organisation erhalten hat", beschwerte sich Ahmad. Er erklärte weiter, daß etwa ein Viertel seines Einkommens aus Einladungen zu Vorträgen stamme, die hauptsächlich von Universitäten subventioniert wurden. Aber seit der Veröffentlichung der „Feindesliste" durch die B'nai B'rith haben diese Einladungen um 50 Prozent nachgelassen. Ahmad konnte das nur schwerlich fassen, denn: „Diese Einladungen waren aufgrund meines guten Rufes erfolgt, den ich mir als objektiver und unabhängiger Redner erworben hatte. Aber dadurch, daß sie mich jetzt in ihre Rubrik der Propagandisten einreihten, haben sie mein Ansehen als objektiven Gelehrten erschüttert."

Seitdem Ahmad im Jahre 1969 Cornell verlassen hatte, konnte er keinen festen Lehrauftrag mehr bekommen. Jedes Jahr war er zwar als Gastprofessor an dem einen oder anderen College tätig. Aber als man ihn gegen Ende des Semesters 1982/83 am Rutgers University College in Newark, New Jersey, schließlich für eine feste Anstellung vorschlug, hatte man in letzter Minute dennoch einen Rückzieher gemacht. Ahmad erklärt dies so: „Privat erzählte man mir, daß zionistische Professoren gegen meine Anstellung Einspruch erhoben hätten. Dem Dekan wurde erzählt, daß die Fakultät ihre Zustimmung verweigern würde, weil ich antisemitisch eingestellt sei und durch meine Vorlesungen auf der Universität eine antisemitische Atmosphäre geschaffen hätte. All das hatte man mir natürlich nur privat gesagt. Ich habe nichts Schriftliches darüber in Händen."

S.C. Whittaker war der Mann, der als ehemaliger Leiter der Fakultät für Politische Wissenschaften am Rutgers University College Ahmad ursprünglich als Gastprofessor angeheuert hatte. Er war gerade abwesend, als über eine fixe Professur für Ahmad entschieden werden sollte. „Als ich zurückkam", erinnerte sich Whittaker, „wurde mir gesagt, er hätte sich als ein hervorragender Lehrer bewährt, seine Einschreibquoten seien phantastisch. Als dann aber der Vorschlag seiner Dauerprofessur zur Debatte stand, wurde er abgelehnt. Und das hatte offensichtlich mit Politik zu tun."

Wie verwendet man arabische Gelder?

1977 wollten drei unserer angesehensten kleinen Colleges – Swarthmore, Haverford und Bryn Mawr, für ein gemeinsames Nahost-Studienprogramm Gelder aus einer privaten, arabischen Stiftung lockermachen. Die drei kooperierenden Hochschulen – sie befanden sich in den wohlhabendsten Vororten von Philadelphia – hatten bereits im Rahmen eines russischen Programms zusammengearbeitet.

Die Idee für ein gemeinsames Programm war ursprünglich in einem Gespräch zwischen College-Funktionären und dem ehemaligen Swarthmore-Schüler Willis Armstrong geboren worden. Armstrong, früherer Assistent des US-Außenministers, hatte kürzlich die Verwaltung der Triad-Stiftung übernommen. Diese Stiftung, mit ihrem Sitz in Washington, war durch den wohlhabenden saudischen Unternehmer Adnan Khashoggi zur Finanzierung weitreichender Programme gegründet worden, die „zur friedlichen Verständigung zwischen den Ländern" beitragen sollte. Khashoggi ist ein extravaganter Multimillionär, der sein Glück als Vermittler für die Geschäfte ausländischer Firmen, einschließlich mehrerer potenter Rüstungshersteller gemacht hatte, die mit Saudi-Arabien ins Geschäft kommen wollten.

Das Drei-Jahres-Programm mit $ 590.000, das von Armstrong und den Colleges ausgearbeitet wurde, war nach allgemeiner Ansicht mustergültig. Durch diesen Plan würden bedürftige arabische Studenten in den Genuß von ausländischen Stipendien kommen; die Colleges könnten ihre Bücher- und Zeitschriftensammlungen über den Nahen Osten damit erweitern und bereits laufende Vorlesungen über diese Themen verbessern. Zusätzlich würde ein Viertel des Geldes zur Finanzierung des Professoren-Austausches dienen. Die Gastprofessoren würden Vorlesungen halten können über den Nahen Osten und seine Beziehung zu den Wissenschaften, einschließlich Anthropologie, Kunstgeschichte, Wirtschaft, politische Wissenschaften und Religion.

„Der Vorschlag war so harmlos und reichhaltig, wie ein Vorschlag nur sein konnte", erinnerte sich fünf Jahre später Kendall Landis, Vizepräsident von Swarthmore. Haverford-Präsident Stephen Cary hatte diesen Vorschlag damals als „vielversprechend in bezug auf eine akademische Bereicherung" bezeichnet. Das Programm sollte, wie Haverfords beigeordneter Entwick-

lungsdirektor John Gilbert feststellte, „das Bewußtsein der Studenten über die Situation im Nahen Osten wecken."

Der vielleicht enthusiastischste Befürworter des Planes war Bryn Mawr-Präsident Harris Wofford. Als ehemaliger Leiter einer Friedensbewegung war Wofford für seine unermüdlichen Aktivitäten zur Förderung einer internationalen Verständigung bekannt. Er nannte den Vorschlag zu den Nahost-Studien „eine gute Aussicht auf das, was wir dringend brauchen."

Der Subventionsvorschlag enthielt auch die Garantie für eine absolute Lehrfreiheit. „Sie gehört zu unseren höchsten akademischen Werten", erklärte Armstrong. „Die Colleges sollten die Gastprofessoren aussuchen dürfen, sie sollten die Bücher kaufen und sie sollten die Studenten für ein Stipendium auswählen."

Darüber hinaus würde ein Professorenaustausch dazu führen, daß kein Professor übermäßig lang an einem Ort bleiben könnte, um Wurzeln zu schlagen. „Wir haben wirklich Purzelbäume geschlagen, um fair zu sein", sagte Landis. „Jüdische Professoren sollten genauso engagiert werden wie andere."

„Seitens der Triad-Stiftung war bei den Gesprächen mit ihnen niemals irgendein Druck ausgeübt worden", sagte der Haverford-Präsident Cary. „Es gab auch nicht die geringste Andeutung, daß Israel etwa nicht in das Studienprogramm eingeschlossen werden könnte. Ich war in dieser Richtung also niemals auf irgendeine Kritik der Triad-Stiftung gestoßen."

Die Vereinbarung mit Triad war von den drei Colleges bis dahin noch nicht abgeschlossen. Jetzt brauchte der Subventionsantrag nur noch formal der Triad-Stiftung vorgelegt und von ihr akzeptiert zu werden. Und dann würden sie ihren Scheck ausschreiben, versicherte Armstrong den beteiligten drei Colleges.

Einige, unter ihnen Ira Silverman vom Amerikanisch-Jüdischen Komitee (AJC), sahen allerdings gewisse Gefahren in diesem Plan. Silverman hatte nämlich von James Kurth, Professor für Politische Wissenschaften in Swarthmore, einen Anruf erhalten, mit dem er das AJC auf diesen Subventionsvorschlag aufmerksam machte. In einem vertraulichen Memorandum, das er für das *National Committee on Arab Influences* der AJC vorbereitete, schrieb Silverman:

„Professor Kurth, der kein Jude ist, war der Meinung, daß der vorgeschlagene Lehrplan für das AJC insofern von Interesse sein müßte, als er nicht nur das Studium der gegenwärtigen arabischen Welt erweitern würde, sondern sehr deutlich zu erken-

nen gibt, daß damit politisches, arabisches Gedankengut in diesen Universitäten verbreitet werden sollte.

Professor Kurth legte uns diese Fakten vor und bat das AJC um Hilfe, die Verwirklichung dieses Programms zu verhindern. Wir diskutierten über die Sache und waren uns einig, daß es am sinnvollsten wäre, das Programm durch ruhige, im Hintergrund geführte Gespräche mit College-Funktionären abzuwürgen, bevor man damit an die Öffentlichkeit geht. Und die Proteste gegen das Programm sollten nicht ausschließlich und in besonderer Weise den jüdischen Widerstand gegen die arabische Einflußnahme offenbaren. Wir dachten vielmehr, daß man Unruhe stiften müsse wegen der Unterstützung dieses Programms durch Khashoggi und seiner bekannten Public-Relations-Anstrengungen, die für das Ansehen dieser drei Colleges nicht förderlich sind."

Silverman organisierte stehenden Fußes seine Kampagne, um Kashoggi und die Triad-Stiftung zu diskreditieren: „Ich übermittelte Professor Kurth sofort eine Informationsakte über Khashoggi, über die Triad-Gesellschaft und die Triad-Stiftung. Sie war von der Abteilung für Trendanalyse der AJC zusammengestellt worden.

Ich benachrichtigte auch die AJC-Außenstelle Philadelphia über diese Entwicklungen, so daß man sich mit Professor Kurth in Verbindung setzen konnte, damit auch örtliche Führer der Jüdischen Gemeinde, ehemalige Studenten der Universitäten oder deren Verbündete dementsprechende Fragen zur vorgeschlagenen Subvention stellen konnten."

Die Wirkung der AJC-Bemühungen, das „Programm abzuwürgen", war überwältigend. Die Swarthmore Studentenzeitung *The Phoenix* veröffentlichte anhand des von Silverman gelieferten Materials einen Artikel, der fälschlicherweise behauptete, Khashoggi sei im Zusammenhang mit gewissen Zahlungen an Lockheed „von einem Bundesgerichtshof angeklagt worden." Auf die spätere Frage, welche Rolle dieser Artikel in der Kontroverse spielte, antwortete James Platt als Redakteur dieser Studentenzeitung: „Der *Phoenix* hat die Dinge zumindest für Studenten und gewisse ehemalige Schüler veröffentlicht, die höchstwahrscheinlich vorher nichts davon erfahren hatten, um ihre Anrufe zu tätigen und entsetzt zu sein und so weiter."

Woher er seine Informationen erhalten hatte, wollte er nicht sagen: „Ich spreche mit den Leuten immer vorher, um mich zu

vergewissern, daß sie damit keine Schwierigkeiten haben. Bis dahin muß es vertraulich bleiben."

Bevor der *Phoenix*-Artikel erschienen war, hatte Swarthmoore-Präsident Theodore Friend eine Konferenz mit den Fakultätsleitern einberufen, um deren Zustimmung für den unverbindlichen Subventionsvorschlag sicherzustellen. Einige Fakultätsmitglieder hätten sich angeblich bereits gegen den Plan ausgesprochen. Am Abend nach Erscheinen des *Phoenix*-Artikels zirkulierte in der Mensa dann eine Unterschriftenliste, in der – unter Bezugnahme auf „Vergeltungsschläge" im Nahen Osten – Khashoggi als „Waffenhändler" bezeichnet wurde. Die Unterschriftenliste, in der die Verwaltung zur Ablehnung des Vorschlages aufgefordert wurde, war von 230 Studenten und der Fakultät unterschrieben worden.

Fast zum gleichen Zeitpunkt flatterte ein Brief des Jüdischen Bundes von Philadelphia auf den Schreibtisch des Präsidenten: „Soweit ich mich erinnere", sagte ein enger Beobachter der Swarthmoore-Szene, „geschah dies alles in achtzehneinhalb Minuten. Es war wie das *Große Zittern*, das während der Französischen Revolution das ganze Land befallen hatte."

Daraufhin erschien am 3. November 1977 ein Artikel im *Philadelphia Inquirer*, und ein anderer im Philadelphia *Evening Bulletin* unter der Überschrift: „Colleges sind zurückhaltend in diesem Skandal". Am 4. November brachte die von Bryn Mawr und der Haverford-Universität gemeinsam herausgegebene Studentenzeitung einen Artikel heraus, der Einzelheiten sowohl über den Subventionsantrag als auch über Khashoogis Werdegang darlegte. In der gleichen Ausgabe war auch ein Leitartikel mit der Überschrift „Sag Nein zu Triad" erschienen. Der Verbindungsrat der Jüdischen Gemeinde ebenso wie das Amerikanisch-Jüdische Komittee und die ADL (Anti-Defamation League) von B'nai B'rith gaben ebenfalls eine gemeinsame Stellungnahme heraus: „Es ist jetzt wirklich an der Zeit, daß die Hochschulen ernsthaft ihren Verstand erforschen, ob man irgendeine Subvention aus einer derartig belasteten Quelle annehmen kann, die noch dazu von einer Figur wie Khashoggi geleitet wird."

Schließlich brachte das Washingtoner Büro des AJC Professor Kurth mit dem Kongreßabgeordneten James Scheuer zusammen, der Jude ist und in Swarthmore studiert hatte. Laut Armstrong hatte Scheuer den Präsidenten Friend angerufen und verlangte die Telefonnummern der Mitglieder des Führungsgre-

miums der Colleges: „Dadurch konnte er sie sofort anrufen und dazu bewegen, diese empörende Sache zu stoppen."

Verschiedene Gruppen versuchten, die Fakultät zum Einschreiten zu veranlassen. Harrison Wright, Professor für Geschichte in Swarthmore, erinnerte sich an die „Memos verschiedener Gruppen an die gesamte Fakultät und deren Abteilungsleiter. Es war ein ebenso kurzer wie scharfer Meinungsaustausch."

Das erste der drei Colleges, das sich offiziell von dem gemeinsamen Vorhaben zurückzog, war Haverford. In einer vorbereiteten Stellungnahme des Universitäts-Präsidenten Cary heißt es vorab, das College wäre „Triad dankbar für die Bereitschaft, eine Zuwendung in Betracht zu ziehen..." Aber: „Aufgrund des Quaker-Hintergrundes von Haverford mußte entschieden werden, keine Geldmittel zu beantragen, die direkt aus dem Waffenhandel stammen, der von Haverford beklagt wird."

Diesem Ausscheren schloß sich unmittelbar auch Swarthmore an. Präsident Theodore Friend begründete die Entscheidung des Colleges so: „In einer Zeit strenger Finanzplanung und Überprüfung der Lehrpläne rechtfertigt ein fehlender wichtiger Lehrstuhl für Nahost-Studien unserer Meinung nach kein Experiment, das nur von befristeter Dauer sein kann."

Peter Cohan, ein Anführer des Studentenprotestes gegen die Triad-Subvention, beklagte sich später bei einem Reporter des *Phoenix*, daß die Stellungnahme „keine Prinzipien aufgestellt hat, sondern nur die unmittelbare Situation ausdrückte." Im selben *Phoenix*-Artikel wies Swarthmores Vizepräsident Landis darauf hin, daß die Entscheidung über die Triad-Subvention gefallen war „mitten in einem Wirbelsturm von Protesten, die ‚mehr als nur Khashoggi' betrafen." Landis weiter: „Bei diesen Protesten gab es noch andere Bedenken."

In einem Brief an den *Phoenix* unterstrich auch der Student Ben Rockefeller den Standpunkt von Landis: „Da sie schlechthin nicht jedermanns Geschäftsgebahren anzweifeln, sind die jüdischen Studenten auch nicht wegen Rockefellers Geschäftspraktiken verstört. Die angebliche Besorgnis wegen Khahoggis Berufscharakter ist ein hinterlistiger Trick, womit ein antiarabisches Vorurteil verschleiert werden soll."

Nur das Bryn Mawr-College beschäftigte sich weiter mit der Subvention: „Meiner Meinung nach ist die Frage der Beurteilung der Geldquelle nicht so einfach", sagte Präsident Wofford. Er verteidigte die Entscheidung des Colleges in einem von der

Studentenzeitung *The News* herausgegebenen Artikel, der sich gegen die Subvention richtete:

„Im Bryn Mawr-College hat niemand behauptet, daß Mr. Khashoggis Vergangenheit nebensächlich wäre oder daß sie uns egal sein könnte. Diese Vergangenheit durchleuchteten wir im letzten Sommer bei den Diskussionen der drei Hochschulen, und wir haben die von uns ermittelten Informationen zirkulieren lassen. Sollte es eine neue Information geben, müßten wir sie sorgfältig überdenken. Aber bevor wir einfach ‚nein' sagen zum Triad-Angebot, wie *The News* es vorschlägt, sollten wir meiner Meinung nach alle Fakten genau untersuchen und gemeinsam über die aufgeworfenen Fragen nachdenken.

Bei der Entscheidung unserer nächsten Schritte sollten wir uns vor Fehlinformationen, Vorurteilen, und den Machenschaften zum Zwecke der reinen, persönlichen, inneren Befriedigung hüten. Würde es nicht als Voreingenommenheit aufgefaßt werden, wenn wir zum Beispiel eine Schenkung von Lockheed annehmen würden, die tatsächlich wegen unsauberer Praktiken beschuldigt wurde, während wir jene der Triad-Stiftung ablehnen, deren Spender (im Gegensatz zur Behauptung des *Phoenix* von Swarthmore) durchaus nicht angeklagt geschweige denn verurteilt wurden?"

The *Philadelphia Inquirer* stand auf der Seite des Bryn Mawr-Colleges. In einem Redaktionsbeitrag mit der Überschrift „Aber Geld stinkt nicht" hielt es die Zeitung für unangebracht, wenn Haverford, Swarthmore und Bryn Mawr „mit Empörung" auf die Quelle der Subvention von $ 590.000 blicken. „Wir meinen, daß sie lieber den Rat des verehrten amerikanische Philosophen Woody Allen befolgen sollten, das Gèld einfach zu kassieren und damit abzuhauen." Im übrigen wies im Sinne Woffords die Zeitung darauf hin, daß „viele Quellen, aus denen Stiftungen an höhere Schulen fließen, einer genaueren Untersuchung nicht standhalten würden".

Das Memorandum des Amerikanisch-Jüdischen Komitees stellt mit Zufriedenheit fest, daß – obwohl seitens des Bryn Mawr-Colleges der Subventionsantrag weiter betrieben wurde – dies „in einem weitaus geringerem Ausmaß" geschehen ist. In der Tat blieb der Subventionsantrag des Bryn Mawr-Colleges letzten Endes unbeantwortet. Khashoggi war übel mitgespielt worden. Und als Folge davon hatte er seine Stiftung und das damit verbundene Angebot an die drei Colleges wieder rückgängig gemacht.

Rückschauend auf die Streitigkeiten und die Entscheidung des Bryn Mawr-Colleges zur Aufrechterhaltung seines Vorschlags, sagte Wofford: „Wir waren in einer relativ starken Position; denn im selben Jahr hatten wir eine Einladungsaktion gestartet für Leute, die sich am judaischen Studienprogramm von Bryn Mawr beteiligen wollten, und zwar durch Schenkung von jüdischen Schuldverschreibungen." Die Jüdische Gemeinde freute sich darüber. „Tatsächlich", sagte Wofford, „wurde mir von der Israel Bonds-Organisation der Eleanor Roosevelt-Orden verliehen." Auf die Frage, wie er den Rückzug der anderen zwei Hochschulen einschätzte, antwortete Wofford:

„Wir hatten das Gefühl, als ob sie sich beide abseilen wollten. Zum ersten distanzierten sie sich von der Sache, ohne wirklich verhandelt zu haben. Zweitens war es etwas, das wir sehr genau durchdacht haben, und das uns als ein unfairer Schlag erschien gegen einen wohlhabenden Sponsor."

In einem Brief an Präsident Friend sagte Willis Armstrong: „Swarthmore scheint mir von seinen Prinzipien Abstand genommen und sich allzu schnell dem parteipolitischen und fremdenfeindlichen Druck einer Gruppe gebeugt zu haben, die in der Manipulation der öffentlichen Meinung geübt ist. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Vereinigten Staaten den Frieden im Nahen Osten fördern wollen, wenn sie nicht das Vertrauen der Araber in unsere Abmachungen und unsere Objektivität gewinnen können. Für eine von den Quakern getragene Institution ist es äußerst deprimierend, eine Chance zur Herbeiführung dieser Verständigung aufgeben zu müssen."

Haverford-Präsident Cary leugnet ebenso wie der Swarthmore-Präsident Friend, daß die Entscheidung zur Ablehnung des Subventionsangebots durch Druck der Jüdischen Gemeinde beeinflußt wurde. Cary sagte: „Ich bekam einige Briefe von unseren ehemaligen jüdischen Studenten, die der Auffassung waren, wir sollten uns an derartigen Dingen nicht beteiligen. Aber das hatte nichts mit meiner Entscheidung zu tun."

Haverfords damaliger Bürgermeister Tom D'Andrea, beurteilt die jüdische Auflehnung etwas differenzierter: „Da gab es eine der großen Schwierigkeiten, die selbstverständlich etwas mit dem sehr starken Widerstand jüdischer Organisationen zu tun hatte. Ich glaube, eine Menge hatte mit dem arabischen Einfluß und der ganzen Nahost-Situation zu tun. Aber dann stößt man natürlich auf den Kernpunkt der Frage über die akademische Unabhängigkeit und die Freiheit der Meinungsäußerung. Nun –

eine Möglichkeit, dies zu vermeiden, besteht darin, daß man einen anderen Aufhänger findet, womit man vor dem Quaker-Hintergrund den Protest gegen die Waffen etwas glaubhafter erscheinen läßt."

Zum Schluß seines Memorandums, in dem der Erfolg zur Vereitelung des Nahost-Studienprogramms der drei Colleges herausgestellt wird, schreibt Ira Silverman: „Unsere Mitwirkung ist in den Hochschulen nicht allgemein bekannt geworden. Es wurde, wie wir das wünschten, auch nicht in der Presse darüber berichtet. Dies ist eine gute Aktionsbeschreibung, wie effektiv wir mit den Colleges zusammenarbeiten können, um den arabischen Einfluß in den Lehranstalten zu limitieren – obwohl vor dem Quaker-Hintergrund der Schulen und Khashoggis überschattetem Ruf eines Waffenschiebers das erfolgreiche Resultat unserer Aktion nicht so leicht auf andere Fälle übertragen werden kann."

Swarthmore, Haverford und Bryn Mawr haben seit den Ereignissen von 1977/78 wenig getan, ihre Studienangebote für ein bestimmtes Thema zu erweitern, das für viele Colleges zu einem heißen Eisen geworden ist.

Ein anderes, etwa hundert Meilen entfernt gelegenes College, zeigte in dieser Richtung mehr Courage, obwohl es kurz vor dem Ziel ebenso den Mut verlor.

Rückgabe von Werbegeschenken

Georgetown war mit seinem *Zentrum für Zeitgenössische Arabische Studien* (CCAS) die erste Universität der Vereinigten Staaten, die ein exklusives Lehrprogramm für das Studium der modernen arabischen Welt eingeführt hat. Das 1975 gegründete Zentrum ist ein funktionaler Teil der Akademie für den Auswärtigen Dienst der Georgetown Universität. Als solcher bietet das CCAS nicht nur ein Studienprogramm, das man mit dem Magister in Arabisch abschließen kann, sondern macht die Studenten mit anderen internationalen Interessen, mit den 22 Regierungssystemen und den 170 Millionen Menschen in Nordafrika, dem Niltal, dem Fertile Crescent und der arabischen Halbinsel vertraut.

Da bundesstaatliche Geldmittel für ein traditionelles Nahost-Zentrum in Georgetown zweimal erbeten und ebenso oft abgelehnt wurden, beschlossen die Direktoren des neuen Zentrums,

sich rechtzeitig nach privaten Unterstützungsgeldern umzusehen. Sie hofften, etwa die Hälfte des erforderlichen Geldes von arabischen Regierungen zu erhalten. Der Dekan der Georgetown *School of Foreign Service*, Peter F. Krogh, erklärte den ursprünglichen Plan so: „Unsere Einstellung war, daß wir bei den arabischen Staaten nicht parteiisch sein konnten, indem wir die Subvention nur von einigen Bevorzugten annahmen und andere zurückwiesen. Dies hätte den Eindruck erweckt, daß auch unser Studienprogramm von interessierten Sponsoren gefördert würde."

Nachdem das Entwicklungsbüro der Universität und der damalige Präsident von Georgetown, Reverend R.J. Henle, den Plan genehmigt hatten, besuchte Dekan Krogh alle arabischen Botschaften und Missionen in Washington. Er erzählte ihnen von den Plänen des Arabischen Zentrums und bat um ihre Unterstützung: „Ich ging zu allen", sagte Krogh, „ob sie nun diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhielten oder nicht, ob sie gemäßigt oder radikal waren – welche Richtung auch immer." John Ruedy, Leiter des Studienprogramms des Zentrums, erinnerte sich in ähnlicher Weise an die Philosophie der damaligen Geldmittelbeschaffung: „Wir mußten (um die akademische Unabhängigkeit zu wahren) aufpassen, daß man uns nicht den Vorwurf macht, wir seien von irgendjemandem gekauft worden."

Das erste Land, das seinen Beitrag leistete, war Oman. Bald folgten Subventionen der Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Saudi-Arabien. Im Mai 1977 verpflichtete sich Libyen zwecks Errichtung eines Lehrstuhls für arabische Kultur zu einer Zahlung von $ 750.000, über fünf Jahre verteilt.

Das libysche Geschenk entzündete eine Kontroverse und verursachte – einem Fakultätsangehörigen zufolge – „beachtliche Bestürzung" innerhalb der Fakultät, bei Studenten, in der Verwaltung und bei den Treuhändern. Diesem Protest schloß sich in einem Schreiben an die Studentenzeitung *Georgetown Voice* auch der berühmte Kolumnist Art Buchwald an. Buchwald bezeichnete die Schenkung als „Mordgeld von einem der berüchtigtsten Regime unserer Welt".

Demgegenüber rechtfertigte der geschäftsführende Vizepräsident für akademische Angelegenheiten, Reverend Aloysius P. Kelley, in der *Washington Post* die Annahme des libyschen Geschenks. Er sagte, daß dieses Geld „zur Erfüllung der Hauptauf-

gabe des Zentrums beiträgt, die darin liegt, das Wissen über die arabische Welt in den Vereinigten Staaten zu erweitern."

Dekan Krogh bestätigt: „Libyen reagierte auf die pauschale Bitte an alle arabischen Staaten, sich für unsere Arbeit zu interessieren und uns zu helfen, wo sie nur könnten. Es war eine Stiftung. Sie schickten den Scheck. Wir deponierten ihn. Sie haben niemals nachgeforscht, niemals nach einer Abrechnung gefragt. Sie haben nicht einmal einen Verwaltungsreport verlangt." Der Direktor des Zentrums, Michael Hudson, betonte in Presseinterviews, daß keinerlei Bedingungen an die Schenkung geknüpft waren hinsichtlich der Besetzung des Lehrstuhls, oder welche Themen die Professoren bei ihren Vorlesungen behandeln wollten. „Bei uns gibt es keine Vermengung von politischen Interessen mit der Erziehung", erklärte Hudson der *Washington Post* gegenüber.

Die nächsten Zuschüsse kamen von den Regierungen Jordaniens, Katars und des Irak, wobei die irakische Subvention über $ 50.000 im Frühjahr 1978 überwiesen worden war. Auch dieser Beitrag war an keinerlei Einschränkungen gebunden, und das Zentrum hatte ihn folglich zur Anstellung eines Spezialisten für islamische Ethik verwendet.

In der Zwischenzeit war Henle als Präsident von Georgetown abgelöst und durch „Seine Magnifizenz" Timothy S. Healy ersetzt worden. Im Juli 1978 unternahm Healy den ungewöhnlichen Schritt, die erhaltenen $ 50.000 an den Irak zurückzugeben, und zwar ohne vorher das Zentrum über seine Absicht informiert zu haben. Die offizielle Begründung für diese Handlungsweise war, daß jetzt ein anderer Spender aufgetaucht sei und für denselben Zweck Geldmittel zur Verfügung stellen wollte. In seinem Brief an den Generaldirektor des Irakischen Zentrums für Forschung und Entwicklung schrieb Healy:

„Ich fühle mich meinem Gewissen verpflichtet, Seiner Exzellenz den großzügigen Scheck, den Sie uns geschickt hatten, wieder zurückzureichen. Ich hoffe, daß wir trotzdem unsere Gespräche fortsetzen können und daß es der Universität möglich sein wird, auf die Großzügigkeit der irakischen Regierung zurückzukommen und um eine Schenkung bitten zu können, für die der spendenden Regierung dann volle Ehre erwiesen werden kann. Ich bin sicher, Sie verstehen die delikate Situation, in der sich unsere Universität in dieser Angelegenheit befindet."

Die Fakultätsangehörigen des Zentrums für *Zeitgenössische Arabische Studien* hatten „die delikate Situation der Universi-

tät" allerdings nicht verstehen können. Der Leiter der Akademie für Arabische Studien, John Ruedy, bemerkte damals: „Wir haben als Beauftragte der Universität vom Irak Geld erbeten. Der Präsident dieser Universität hat es jetzt wieder zurückgegeben, ohne unsere Zustimmung eingeholt zu haben." Seine Einmischung in diese Angelegenheit ist außergewöhnlich." Dekan Krogh meinte der Presse gegenüber: „Dies ist das erste Mal seit meinem Hiersein, daß wir eine Subvention zurückgegeben haben." Und er fügte hinzu, daß die Sache „uns aus den Händen genommen" wurde.

Laut *Washington Star* stimmten sowohl die Befürworter als auch die Gegner der irakischen Subvention darin überein, daß „diese Entscheidung politisch motiviert war". Der *Washington Star* zitierte Ruedy: „Ich kann mir sonst keinen anderen Grund ausmalen, der für die Rücksendung des Geldes sprechen würde." CCAS-Fakultätsmitglieder beschuldigten Präsident Healy, daß er wegen seiner eigenen Unterstützung Israels sowie unter dem Druck von israelfreundlichen Universitätsangehörigen und anderen einflußreichen, jüdischen Persönlichkeiten die Rückgabe der Schenkung veranlasst habe.

Ruedy erinnert sich noch in allen Einzelheiten an den Vorfall: „Das Timing war entsetzlich. Wir waren schockiert. Wir haben deswegen mit Healy einige Monate lang gestritten. Er sagte, er wollte das nicht. Wir wußten zwar, daß er erschüttert war darüber. Aber wir glaubten, ihn überzeugt zu haben, daß er die Schenkung ruhig annehmen kann, weil wir im Auftrag seines Vorgängers darum gebeten hatten."

Laut Aussage eines Mitgliedes der CCAS hatten die Schwierigkeiten des Zentrums für Arabische Studien eigentlich schon mit Healys Amtsantritt begonnen: „Seine politische Einstellung gegenüber dem Nahen Osten war bereits im New Yorker Milieu geformt worden (in dem Healy aufwuchs). Er hat uns ziemlich bald klargemacht, daß – wenn er schon in unseren Gründertagen hiergewesen wäre – wir nicht existieren würden. Er war für diese Leute ein williges Werkzeug. Sie nahmen ihn in ihre Zange und ließen nicht mehr aus. Er stand unter enormem Druck."

Zu seiner Entscheidung wegen der Rückgabe des Geldes an den Irak verweigerte Healy der Presse gegenüber jeden Kommentar. „Seine Magnifizenz" sagte nur, wenn er sich darauf einlassen würde, „wäre das von Nachteil für die Universität." Auch der geschäftsführende Direktor für akademische Angelegenheiten, der Universitätsvorsteher Hochwürden Aloysius P. Kelley,

wollte sich nicht dazu äußern, ob die Universität daran gedacht hätte, die Subvention eventuell für generelle Zwecke zu verwenden.

Trotz der Rückgabe des irakischen Geldes war die neue Akademie für Arabische Studien an der Georgetown-Universität unter Beschuß geraten. Im *New Republic* – einer liberalen Wochenzeitschrift, die unter dem Besitzer Martin Peretz eine treuergebene israelische Linie verfolgte – war ein Artikel von Nicholas Lemann über das Georgetown-Center für Zeitgenössische Arabische Studien veröffentllicht worden. Darin wurde angedeutet, daß das Zentrum „nichts anderes ist als eine Propagandastelle für die Araber." Lemann schrieb: „Im Gegensatz zu älteren Nahost-Studienzentren an anderen Universitäten, bemüht sich das Georgetown-Center in keiner Weise, etwa eine Ausgewogenheit zu schaffen. Man könnte sich – neben dem Studium der arabischen Nationen – doch auch mit Israel beschäftigen oder israelische Gelehrte anwerben."

Michael Hudson, Leiter des CCAS-Zentrums, und Dekan Peter Krogh reagierten auf diese Beschuldigung mit einer Antwort, die zwar vorbereitet, aber niemals veröffentlicht wurde: „Seit wann wird denn verlangt, daß zum Beispiel ein Zentrum für chinesische Studien gleichzeitig auch russischen Lehrstoff anbietet und sowjetische Gelehrte einstellen muß? Im Zentrum beschäftigt man sich mit den Arabern und stellt Professoren ein, die zuständigkeitshalber durch normale Fakultäts- und Hochschulverfahren ausgesucht werden – und zwar ohne jegliche Diskriminierung. Wenn diesem Land von bestimmten Interessengruppen verboten wird, Studien über die Araber zu betreiben, so, wie wir sie auch in bezug auf andere Völker und Kulturen praktizieren, wird unser Wissen über – und auch die Verbindungen zu einer Reihe bedeutender Länder einen tiefen, vielleicht sogar tragischen Schiffbruch erleiden."

In dem Artikel des *New Republic* heißt es weiter, das Georgetown-Zentrum „wird konstant beschuldigt, die Grundsätze akademischer Objektivität zu verletzen." In dem Bericht wird aber nicht erwähnt, wer diese Verletzung begeht. Der Autor Lemann bezieht sich damit auf die Kritiker des Zentrums, „die – in Verschwörermanier – anonym bleiben wollen."

Hudson und Krogh nahmen zu den Ausführungen Lemanns in ihrer nicht veröffentlichten Antwort Stellung: „Der Detektiv Lemann rechnet es sich als Verdienst an, ‚ein inoffizielles Netz von Leuten' entdeckt zu haben, die in ‚Verschwörermanier' ar-

beiten und damit beschäftigt sind, das CCAS-Zentrum in bestimmter Weise in Peinlichkeiten zu verstricken.

Zu seiner eigenen Schande assoziiert er sich aber selbst mit den Praktiken solcher Geheimbünde, indem er sich gleicher anonymer und bewährter Anschuldigungen bedient, um damit ein offenes, rechtmäßig zustande gekommenes Lehrprogramm zu bekritteln.

Sinnvoller wäre es gewesen, die Zusammensetzung, die Operationen und Motivationen dieses ‚informellen Netzes' zu ergründen und aufzudecken. Unserer Meinung nach sollte die Öffentlichkeit tief betroffen sein über einen derartigen Geheimbund, der die Verbreitung des Wissens und Verstehens für diese arabische Welt zu unterminieren trachtet. Wir sind auf die Entdeckungen, die uns Herr Lemann (oder sein Verleger, Herr Martin Peretz) zu dieser Frage bieten kann, äußerst gespannt."

Trotz der Rückgabe der irakischen Subvention hat Georgetown weiterhin Geldmittel von Arabien in Empfang genommen, u.a. zwei Subventionen von $ 1 Million, die Ende 1980 jeweils von Kuwait und Oman angewiesen worden waren. In einem Bericht der *Washington Post* über die Schenkung von Kuwait wird Ira Silverman von der Amerikanisch-Jüdischen Gemeinde zitiert, wonach sich das Zentrum für Arabische Studien in Georgetown „bei seiner Auswahl des Lehrmaterials, bei den Berufungen von Professoren und Rednern nach einer klar vorgezeichneten pro-arabischen und israelfeindlichen Linie richtet." Durch die Annahme von Geld aus den Händen von „politisch einseitig orientierten Sponsoren", sagte Silverman, könnte Georgetown sehr wohl „den Amerikanern etwas sehr Wertvolles verkaufen – nämlich die Integrität seiner Universität."

Die Georgetown-Verantwortlichen wiesen die Kritik an den arabischen Schenkungen und den in ihrem CCAS-Zentrum beschäftigten pro-arabischen Professoren mit dem Hinweis zurück, daß in ihren Fakultäten auch pro-israelische Gelehrte arbeiteten, insbesondere in ihrem Zentrum für *Strategische und Internationale Studien.*

Im Februar 1981 gab Präsident Healy noch einmal eine arabische Schenkung zurück, die vom Zentrum für Arabische Studien erbeten und empfangen wurde. Diesmal handelte es sich um eine Subvention der libyschen Regierung, um einen Teilbetrag von $ 600.000, der schon vor vier Jahren hier eingetroffen war. Insgesamt hatte Libyen einen Subventionsrahmen von $ 750.000 zugesichert, und zwar für einen Zeitraum von fünf

Jahren. Healy hatte nun persönlich einen Scheck über diese Summe, zuzüglich $ 42.000 Zinsen, zur libyschen Botschaft gebracht. Er begründete die Rückgabe der geschenkten Gelder damit, daß Libyens „Betonung von Gewalt als gängiges Mittel der internationalen Politik sowie seine zunehmende Unterstützung des Terrorismus sich nicht mehr mit den Idealen von Georgetown vereinbaren lassen."

Und wieder bezweifelten viele Healys offizielle Begründung. Ein Professor des Arabischen Studienprogramms bemerkte dazu: „Wenn das (die Rückgabe des Geldes an Libyen) wirklich aus sittlich-moralischen Gründen erfolgte, so hat dieser Erkenntnisprozeß sehr lange gedauert." John Ruedy fügte dem noch hinzu:

„Wenn Sie sich hier umhören, werden Sie wahrscheinlich niemanden finden, der die Politik von Saddam Hussein gutheißt. Wir haben aber dennoch versucht, mit der Regierung und, soweit es in unserer Macht stand, mit dem irakischen Volk kooperative Beziehungen zu unterhalten. Unserer Meinung nach ist das unsere Aufgabe. Und über Libyen denke ich ebenso. Ich finde Präsident Ghaddafi in vieler Hinsicht äußerst widerwärtig. Aber ich meine, daß es sich hier um eine Schenkung der libyschen Bevölkerung handelte."

„Diese ganze Sache kam aus heiterem Himmel", gestand Professor Hisham Sharabi der *Washington Post* gegenüber. „Das ist sehr seltsam." Auch Dekan Krogh opponierte gegen die Rückgabe des Geldes, obwohl er seine Meinung nicht an die große Glocke hing. In diesem Sinne enthielt er sich der Presse gegenüber jeglichen Kommentars. Er sagte lediglich: „Wir fühlten uns von der libyschen Regierung niemals unter Druck gesetzt", wie das Geld angelegt werden sollte. Krogh stellte jedoch fest: „Dekane sind eben Dekane, und Präsidenten sind Präsidenten. Präsidenten tun recht häufig, was sie wollen."

Ira Silverman vom Amerikanisch-Jüdischen Komitee hingegen war „hoch erfreut über diese Entscheidung von Georgetown." Aber es geschah noch mehr: Einen Tag nach der Rückgabe des libyschen Geldes überreichte die *New York City Investment Aktienbank Bear-Stearns & Co.* der Universität Georgetown eine Art Morgengabe von $ 100.000. Der Bankmanager Alan Greenberg begleitete dieses Geschenk mit den Worten: „Wir bewundern sie. Und dies ist unser kleines Dankeschön."

Nachdem er das Geld in der libyschen Botschaft abgeliefert

hatte, „war ich", wie Healy der *Washington Post* gegenüber versicherte, „in keinster Weise weder eingeschüchtert noch unter Druck gesetzt worden. Aber es hat mir Kummer bereitet. Ich glaube, daß ich eher langsam reagiere, aber ich erkannte immer mehr, daß das Verhalten Libyens nicht mit Georgetown vereinbar ist."

In einem Interview mit dem *Washingtonian* gab er sich jedoch ein wenig offener. Ursprünglich hatte er die libysche Schenkung trotz einiger Bedenken akzeptiert. Jetzt räumte er dem Magazin gegenüber ein, daß das libysche Geld „eine riesengroße Belastung war, durch die er in ein verbales Gefecht des arabisch-israelischen Krieges verwickelt wurde." Der *Washingtonian* berichtete weiter:

„Seine jüdischen Freunde hatten ihn privat beschworen, und die Amerikanisch-Jüdische Gemeinde publizierte eine Stellungnahme, in der die Universität öffentlich verurteilt wird. Selbst seine Gesten der Beschwichtigung und des Ausgleichs – eine Goodwill-Reise nach Israel, ein ehrenhalber verliehener akademischer Grad für den israelischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Ablehnung einer Schenkung vom Irak sowie das Tragen einer Yarmulke bei einem jüdischen Gottesdienst der Universität – trug wenig zum Abflauen des israelischen Ärgers über das libysche Geld bei."

Es kann nicht geleugnet werden, daß vor der Rückgabe der libyschen Subvention ein gewaltiger Druck auf Healy ausgeübt wurde. Der jüdische Zorn offenbarte sich zum Beispiel durch den Besuch einer Delegation von Rabbis in Healys Büro. Max Kampelman, ein einflußreiches, jüdisches Mitglied des Treuhandgremiums der Universität Georgetown, setzte sich als Fürsprecher direkt mit Healy in Verbindung. Als ehemaliger Botschafter bei den Verhandlungen zum Helsinki-Abkommen war Kampelman nach Einschätzung des Dekans Krogh ein „Hauptfaktor". Wie berichtet, übte auch der ehemalige Botschafter bei den Vereinten Nationen, Arthur Goldberg, seinen Druck auf Healy aus. Darüberhinaus bedrängte man – laut John Ruedy – „Seine Magnifizenz", den Universitäts-Präsidenten Healy, mit „Wagenladungen von Briefen", die ein anderer Professor von Georgetown als „Haßbriefe" bezeichnete.

Als Resultat war nach der Rückgabe der libyschen Subvention die Kontroverse in Sachen *Arabisches Studienprogramm* weitgehend wieder abgeflaut. Ein Professor des Zentrums sagte: „Wenn uns die Rückgabe des libyschen Geldes wieder eine

kleine Atempause verschafft hat und die Belastung von unseren Schultern nimmt, hat sie sich vielleicht ausgezahlt." Auf der anderen Seite waren seitdem aber die arabischen Regierungen mit ihren Beiträgen zurückhaltender geworden. Ruedy sagte: „Wir wissen, daß in einigen Fällen das Gefühl, verletzt worden zu sein, eine besondere Rolle spielte. Die Zurückweisung eines Geschenkes wird von jedem einzelnen Spender als Angriff auch auf alle anderen Gebenden empfunden."

Auf der anderen Seite hat die Georgetown Universität inzwischen ihre eigenen finanziellen Ressourcen für die Etablierung der arabischen Studien gebunden. Im Frühjahr 1983 wurde das Lehrprogramm Arabien – eines von neun graduierten Programmen – seitens der Universität bereits als „hervorragend" bewertet. „Ich habe das Gefühl, daß wir damit die Sache gewonnen haben", freute sich Ruedy, und fährt fort: „In einer öffentlichen Lehranstalt kann man sich wahrscheinlich kein arabisches Studienprogramm leisten. Man darf natürlich ein jüdisches Studienprogramm durchführen. Das ist in der Tat politisch gesehen von großem Vorteil. Georgetown und die Jesuiten sind in stärkstem Maße von den jüdischen Zuwendungen abhängig."

‚Araber' lautete das Stichwort

Auch die zweite Universität – Villanova in Pennsylvania –, die 1983 mit der Etablierung ihres Instituts für *Zeitgenössische Arabische und Islamische Studien* begonnen hatte, war katholisch. Der Leiter dieses Instituts, Pater Kail Ellis, ist ein Augustiner-Priester libanesischer Abstammung. Das Programm der Villanova Universität war bescheiden und konnte noch ohne Fremdmittel finanziert werden. Es bietet Studierenden mit anderen Hauptfächern einen Abschluß in den arabischen Studien. Pater Ellis: „Unser Ziel ist es, die Studenten mit der Geschichte, der Sprache sowie mit der Politik und Kultur der arabisch-islamischen Welt vertraut zu machen."

Trotz des bescheidenen Programmumfangs und trotz der eigenen Finanzierung gab es gegen dieses Programm eine beachtliche Auflehnung innerhalb der Universität, hauptsächlich seitens der Fakultät für politische Wissenschaften. „Es war kein offener Druck als solcher", meint Ellis. „Man spürte ihn aber ständig hinter den Kulissen. Es gibt ein paar Fakultätsangehörige, die

lauthals gegen das Programm auftraten und eine Opposition gründeten."

Ursprünglich war die Fakultät für politische Wissenschaften um ihren Kommentar zum Gründungsantrag des Institutes gebeten worden. In einer Denkschrift, die als Anlage zu dem Kommentar der Fakultät für politische Wissenschaften beigelegt worden war, warnte ein Professor vor den Auswirkungen eines derartigen Programms auf die Jüdische Gemeinde:

„Villanova befindet sich in einer größeren Gemeinde, von der die Universität sowohl finanziell als auch politisch abhängig ist. Diese größere Gemeinde besteht aus Protestanten, Katholiken und Juden, und nur zu einem geringen Teil aus Moslems. Wenn Villanova nun ein Institut für *Islamische Studien* einrichtet, hat dies weder eine positive noch eine negative Auswirkung in den katholischen oder protestantischen Wählerkreisen. Aufgrund seines hohen emotionalen Gehaltes wird das Programm meiner Meinung nach allerdings eine starke negative Reaktion bei der Jüdischen Gemeinde in Villanova hervorrufen. Die hiesige Jüdische Gemeinde ist zahlenmäßig zwar relativ schwach. Sie übt aber in finanzieller und poilitscher Hinsicht ihren richtungsweisenden Einfluß aus.

Ein derartiges Institut könnte seinen Universitätspräsidenten in ein schlechtes Licht rücken, indem automatisch auch seine Funktion im Holocaust-Komitee angekratzt würde, wo er durch seine bisherigen Anstrengungen innerhalb des Jüdischen Komitees die Glaubwürdigkeit von Villanova in starkem Maße gefestigt hat. Ich bin der Überzeugung, daß die Existenz eines solchen Instituts eine mögliche jüdische finanzielle und politische Unterstützung hinfällig machen würde."

Ein anderer Professor kommentierte: „Israel ist politisch gesehen der einzige und wohl wichtigste Verbündete der Vereinigten Staaten im Nahen Osten; es bestehen umfangreiche und enge wirtschaftliche und geschäftliche Verbindungen zu den USA; Israel ist die kulturelle und religiöse Heimat von Millionen Amerikanern. Wenn man daher das Studium über Israel aus dem vorgeschlagenen Programm ausklammert, ist das ein Fehler, der die erwartete Anmeldungsquote beeinträchtigen könnte."

Ellis erklärte dazu: „Die Idee war, das Programm für arabische Studien zu erweitern, was unter dem Stichwort *Araber* geschehen sollte."

John Ruedy von der Universität Georgetown war als Berater

nach Villanova eingeladen worden. Er sollte dort an den Vorbereitungen für das arabische Studienvorhaben teilnehmen. Ruedy stellte fest: „Der Kontrast war sehr interessant. Obwohl die zionistischen Belange im Vordergrund standen, hatte keiner darüber gesprochen. Ich konnte das nur deshalb feststellen, weil ich kurz vorher dort war. Die vorderste Linie der gegnerischen Front kämpft mit akademischen Argumenten. Aber wenn du das alles näher unter die Lupe nimmst und alle Fragen beantwortet hast, zeigen sie dir ihre Zähne und sagen: ‚Das ist israelfeindlich, das ist antisemitisch, und daher richtet es sich auch gegen die Interessen der Universität. Und wir sind mit unseren jüdischen Gönnern eng verbunden – und so weiter.' Genau das ist in Villanova geschehen."

Nach der Eröffnung des Instituts hatte Pater Ellis überraschend Post von der pro-israelischen Organisation *Amerikanische Professoren für den Frieden im Nahen Osten* erhalten, worin sich der geschäftsführende Direktor George Cohen über eine Landkarte aufregte, die in der beigelegten Broschüre abgedruckt war. Diese Karte unter der deutlichen Bezeichnung *Die Arabische und Islamische Welt* zeigte nur die arabischen Länder aus dem Nahen Osten und jene in Afrika in dunkelgrün. Die nicht-arabischen islamischen Länder, wie die Türkei, Afghanistan und Pakistan, waren hellgrün markiert. Cohen entdeckte, daß in dieser Karte Israel nicht eingezeichnet war. „Ist das ein Irrtum", fragt er erstaunt, „oder will man damit etwa eine politische Feststellung treffen, derzufolge Israel bereits eliminiert ist?"

Ellis schrieb in seinem Antwortbrief, daß man mit der Karte lediglich jene arabischen und islamischen Länder anschaulich machen wollte, mit denen sich das spezielle Studienprogramm beschäftigt: „Es liegt nicht in unserer Absicht, politische Aussagen zu machen über Israel oder irgendein anderes Land, wie zum Beispiel Äthiopien, Zypern, Mali, Tschad oder gar Tajik sowie die Turkmenische und Usbekische Sowjetrepublik. All diese Länder weisen eine beachtliche moslemische Bevölkerungsdichte auf, und sind dennoch in der Karte nicht aufgeführt worden."

Cohen war nicht zufriedenzustellen, und schrieb einen weiteren Brief, daß er Ellis' Antwort nicht akzeptiere. Er forderte ihn auf, diese „Angelegenheit Ihrer Fakultät vorzutragen, bevor ich die Sache in die Hand nehme." Cohen erklärte sich nicht näher, was mit seiner abschließenden Bemerkung gemeint hatte. Auch

Ellis war auf diese abschließende Drohung nicht mehr eingegangen, und ließ Cohens Brief auf sich beruhen. In der Folgezeit hatte das Institut für Zeitgenössische Arabische und Islamische Studien sein Ansehen gegenüber den Gelehrten von Villanova immer mehr festigen können.

Das änderte aber nichts daran, daß die Angriffe auf die Akademie für Nahoststudien fortgesetzt und – nach den Worten eines führenden Gelehrten – „vielleicht sogar noch stärker geworden sind. Diese Angriffe werden nicht nur an ein oder zwei Hochschulen inszeniert, sondern scheinen über ganz Amerika wirksam zu sein."

Denkstation unter Druck

Von den vielen „Denkstationen", die in den letzten zwei Jahrzehnten im ganzen Land entstanden sind, genießt das Center für Strategische und Internationale Studien (CSIS) an der Universität Georgetown wahrscheinlich das höchste Ansehen. Es wurde 1965 gegründet und ist inzwischen auf 150 Mitarbeiter angewachsen, die mit einem Budget von $ 6 Millionen arbeiten können. Auf ihrer Publikationsliste stehen bereits 200 Buchtitel. Als Mitglieder dieses Zentrums sind angesehene Namen wie Henry Kissinger, Howard K. Smith, Lane Kirkland und John Glenn u.a. verzeichnet. Das CSIS ist eine profit- und steuerfreie Organisation, die trotz des konservativen Erscheinungsbildes, Demokraten und Republikaner im Beratungsgremium hat.

Mit Hauptsitz in Washington, gehört es zu den wichtigsten Funktionen des CSIS, die Spitzen der US-Regierung mit seinen Forschungsergebnissen und Analysen zu unterrichten. Als Teil der Universität Georgetown sieht das CSIS sich selbst als „einen integrierten Teil der Akademikergemeinschaft." Durch die breitgefächerte wissenschaftliche Beschäftigung mit allen Vorhaben des Zentrums wird sichergestellt, „daß die umfassendsten und genauesten Denkresultate bei der Lösung von Problemen zum Tragen kommen."

Aus der Broschüre des CSIS erfährt man, das Zentrum „ist gut ausgerüstet, um in einer fachübergreifenden, wirklich unparteiischen Weise tätig sein zu können." Dennoch konnte es passieren, daß 1981 ein vom Leiter des Studienprojekts *Sicherheit von Ölfeldern* erarbeiteter Bericht unmittelbar vor der Kongreßabstimmung über den Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Sau-

di-Arabien unter den Tisch gekehrt wurde. Die außerhalb des Zentrums agierenden Israelaktivisten waren gegen den Verkauf. Sie wollten verhindern, daß der Inhalt des CSIS-Berichtes be kannt würde, weil sie befürchteten, er könne bei den Genehmigungsdebatten im Kongreß zugunsten Saudi-Arabiens verwendet werden. Sechs Monate später wurde der Autor der anstößigen Studie vom Zentrum gefeuert und bedrängt, die Stadt zu verlassen.

Bei diesem Opfer handelte es sich um Mazher Hameed, einen gebürtigen Saudi, der auf der Fletcher-School in Rechstwissenschaft und Diplomatie promoviert und sich später als Spezialist für internationale Sicherheitsfragen einen Namen gemacht hatte. 1983 schrieb James Akins, ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Saudi-Arabien, über Hameed: „Ich kenne niemanden in diesem Lande, der – so wie Hameed – durch einschlägige Erfahrungen, seine Redlichkeit und analytische Befähigung eine so gründliche Kenntnis des Nahen Ostens, insbesondere der arabischen Halbinsel, aufzuweisen hat."

Im November 1980 war Hameed vom Zentrum als Forschungsmitglied eingestellt worden mit der Aufgabe der „Erforschung eines Projektes zur Sicherheit der Ölfelder Saudi-Arabiens". In seinem Anstellungsdekret war durch den geschäftsführenden Direktor des CSIS, Amos Jordan, folgendes fixiert worden: „Dieses Schreiben ist gleichzeitig eine formale Zulassung des Projektes über die Sicherheit der Ölfelder."

Den Umfang des Projekts hatte einen Monat zuvor Wayne Bermann in einem Memorandum für Jordan umrissen. Bermann war im übrigen Jordan gegenüber für die Geldbeschaffung verantwortlich. In diesem Memorandum wurde festgelegt, daß das Schwergewicht des Projektes auf der politischen und militärischen Analyse der Verwundbarkeit dieser Ölfelder im Nahen Osten liegen solle. Dabei sollte die Wahrscheinlichkeit von Angriffen aus verschiedenen Richtungen sowie die Sicherheitsplanung und technische Verteidigungsvorkehrungen studiert werden.

Amos Jordan persönlich hatte zusammen mit Hameed auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich mit dem AWACS/F-15-Erweiterungspaket zu beschäftigen, noch bevor dieses Thema im Kapitol debattiert werde.

Während der nächsten neun Monate führte Hameed dann seine Untersuchungen durch und verfasste eine ganze Reihe Entwürfe für den Endbericht. Diese Entwürfe wurden Amos Jordan, der

inzwischen Vize-Präsident des Zentrums geworden war, vorgelegt. Darüber hinaus hatten sich auch der CSIS-Präsident David Abshire sowie einige außenstehende Experten damit beschäftigt. Der endgültige Bericht sollte sodann vom CSIS veröffentlicht werden.

Nachdem Jordan einige der ersten Entwürfe gelesen hatte, sagte er Hameed, daß seine Arbeit „brillant" sei, und er noch mehr Arbeiten von solchem Kaliber aus dem Zentrum sehen möchte. Abshire schloß sich dieser Meinung an. Jordan persönlich gab sogar Kopien von einem der ersten Entwürfe an William Clark, der damals Stellvertretender Außenminister war und später zum Nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten Reagan berufen wurde. Weitere Nahost-Experten, die Hameeds Bericht damals hochgepriesen hatten, waren Anthony Cordesman, internationaler Herausgeber des *Armed Forces Journal* sowie William Quandt, Leiter eines vom Brookings-Institut betriebenen amerikanischen Energie- und Sicherheitsprojekts.

Im August 1981 flogen Abshire und Jordan gemeinsam nach Tokyo, wobei sie Hameeds endgültigen Entwurf mitnahmen. Von dort aus schickte Jordan gleich ein Telex, in dem er die Hameed-Studie so beurteilte: „Ich habe Hameeds Sicherheitsabhandlung über Saudi-Arabien im Flugzeug gelesen", hieß es im Telex. „Sie ist informativ und wunderbar geschrieben." Trotz dieser Belobigung empfahl Jordan in seinem Fernschreiben, den Bericht redaktionell so zu bearbeiten, daß die darin empfohlene starke Befürwortung des AWACS/F-15-Paketes abgeschwächt werde. „Bericht ist auch ohne Übertreibung überzeugend", schrieb Jordan. „Um vorgenannten Effekt zu erreichen, Text vor hausinterner CSIS-Publizierung am 10. oder 15. September sorgfältig redigieren. Schlage 300 Kopien vor."

Nach diesen Instruktionen hatte sich Hameed mit Jean Newsom, einer leitenden CSIS-Redakteurin, und William Taylor, Direktor für politische und militärische Studien zusammengesetzt, um gemeinsam die endgültige Fassung nach den Anweisungen Jordans zu bearbeiten. Zur gleichen Zeit waren wegen der Veröffentlichung des Berichtes Gespräche zwischen Jean Newsom und dem Verlag McGraw-Hill angelaufen.

Als Jean Newsom gefragt wurde, ob sie die Verhandlungen der CSIS mit McGraw-Hill wegen der Veröffentlichung des Berichtes bestätigen könne, widersprach sie. In einem telefonischen Interview sagte sie: „Wir haben mit McGraw-Hill nicht verhandelt. Wir wollten lediglich sehen, ob sie interessiert wä-

ren." Aber Trish Wilson, Hameeds damaliger Forschungsgehilfe, sagte: „Sie sprachen darüber, wieviel das Buch kosten würde, und sie gaben McGraw-Hill eine Schätzung, wie teuer sie das Buch verkaufen könnten."

Die Textbearbeitung der Studie verlief parallel zu den Verlagsverhandlungen vom September bis in den Oktober hinein, als – ohne Vorwarnung – plötzlich der Rechnungsprüfer der CSIS, David Wendt, zu Hameed kam und ihm sagte, daß David Abshire aus Kalifornien angerufen habe, wo er auf seinem Rückweg von Tokyo einen Urlaub einlegte. Abshires Neuigkeit lautete, daß der Bericht nicht veröffentlicht werden dürfe.

Hameed war durch diese Mitteilung außer Fassung geraten und ging zusammen mit Jordan und anderen Mitarbeitern des CSIS der Sache jetzt nach: „Sie sagten mir, daß viele große Sponsoren des Zentrums verärgert wären, wenn sie einen Bericht sehen würden, dem es – wie sie es ausdrückten – ‚an Objektivität mangelte'. Forschungsassistent Paul Sutphin beleuchtete den Vorgang so:

„Es kam wie aus heiterem Himmel, daß es plötzlich mit der Freigabe des Berichtes durch das Zentrum Schwierigkeiten geben sollte. Im letzten Augenblick ist alles zusammengebrochen. Hameed sagte, ‚höhere Mächte' hatten sich kurzerhand dazu entschieden, die Unterstützung ihrer Veröffentlichung seitens des Zentrums als gegenstandslos zu betrachten."

Auch Trish Wilson erinnert sich an den Vorfall: „Sie wollten ihm nicht erlauben, daß er seinen Bericht überhaupt veröffentlichen darf – noch nicht einmal privat." George Smalley, ein weiterer Assistent Hameeds, der Anfang Oktober auf Gehaltsbasis eingestellt worden war, erfuhr kurz vor Monatsende, daß sein Status geändert werden würde: „Aufgrund von Budgetproblemen" sollte er auf Honorarbasis weiterarbeiten und somit nicht mehr die ursprünglich zugesicherten Vorzüge erhalten. Diese Vorzüge beinhalteten immerhin eine umfassende Sozialversicherung, bezahlten Urlaub, Genesungsurlaub und – nach einem Jahr – freie Unterrichtungsmöglichkeit an der Georgetown Universität. Smalley ist überzeugt, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen Hameeds Bericht einerseits und seiner Position im Zentrum gab.

Vor diesem Hintergrund beschloß Hameed, jetzt selbst die Initiative zu ergreifen: „Ich wollte, daß der Bericht publiziert wird, noch bevor sich der AWACS-Streit im Kongreß entzünden würde. Denn hier handelte es sich um ein Dokument, das

von erheblicher Bedeutung war für die im Kapitol geführten Debatten. Ich wollte, daß man mein Werk zur Kenntnis nimmt."

Hameed schickte damals Kopien seines 85seitigen Berichtes an Unternehmungen, die das CSIS finanziell unterstützten. Er sagte ihnen: „Ich verstehe, daß Sie enttäuscht sein würden, wenn diese Studie unseres Zentrums an die Öffentlichkeit käme." Bis zu diesem Zeitpunkt, sagt Hameed, sei er mit diesen Firmen in keinerlei Verbindungen gestanden, denn das Zentrum hatte ihn im Zusammenhang mit der Beschaffung von Geldmitteln ausdrücklich gebeten, solche Kontakte von sich aus nicht aufzunehmen. Das CSIS stünde mit den meisten dieser Firmen seit langem in direkter Verbindung, und wolle diese Kontakte nicht zerstören lassen.

„Diese Leute", sagte Hameed, „hatten zum ersten Mal von meiner Existenz erfahren. Sie sahen den Bericht – sie waren begeistert und begannen das Zentrum zu fragen, was hier eigentlich vor sich ginge. Sie sagten, das Dokument sei mit seinen einmaligen Perspektiven nicht nur interessant, sondern es biete auch etwas sehr Aktuelles." Einige dieser Firmen, so bestätigte Hameed, waren freilich in Lobby-Aktivitäten zugunsten des AWACS-Verkaufs engagiert. „Sie fanden etwas, was ihnen sehr nützlich erschien", erinnert er sich, „und sie wollten natürlich damit operieren. Daher beeinflußte ich die Sache mit dem Ziel eines Kompromisses."

Dieser Kompromiß sollte darin bestehen, daß Hameed vom CSIS die Genehmigung bekäme, den Bericht nunmehr als privates Dokument freigeben zu dürfen. „Aber sie wollten nicht, daß ich darin auf meine ursprüngliche Berufung ans Zentrum hinwies. Ich sollte lediglich sagen, daß ich Forscher und Programmleiter sei, ohne den Namen des Forschungsprojektes zu erwähnen." Die Nennung des Projekts hätte dem Bericht nämlich noch mehr Glaubwürdigkeit verliehen. "Er sollte nicht erwähnen, daß sein Forschungsbericht mit dem Wohlwollen des Zentrums erarbeitet wurde", bestätigt auch Paul Sutphin.

Hameed war mit den vom CSIS gestellten Bedingungen schließlich einverstanden. „Für mich war es das wichtigste, daß das Dokument überhaupt herauskam und gelesen wurde. Was das Dokument zu sagen hatte, war wichtiger als diese anderen Geschichten." So ließ Hameed den Bericht auf eigene Kosten drucken und verteilte ihn auch selbst.

Die Reaktion aus Regierungskreisen kam postwendend. Hameed erinnert sich: „Die Leute im Außenministerium baten um

Kopien, im Kapitol verlangte man danach. Auch der NSC (Nationale Sicherheitsrat) wollte meinen Bericht haben." Als im folgenden Monat Ägyptens Präsident Anwar Sadat ermordet worden war, übergab William Clark Kopien des Hameed-Berichts den früheren Präsidenten Nixon, Ford und Carter, damit sie sich auf ihrem Flug zum Begräbnis von Sadat über die neueste Situation im Nahen Osten informieren konnten. Clark hatte sogar den Vizepräsidenten des CSIS Amos Jordan angerufen, um sich von ihm unterrichten zu lassen. Jordan gab diese Information sodann an Hameed weiter und versicherte ihm, daß sich der Vorsitzende des Zentrums, David Abshire, bei der Lobpreisung des Berichtes förmlich überschlagen hätte.

Am 28. Oktober stimmte der US-Senat mit 52 zu 48 Stimmen gegen eine Entschließung, die den Verkauf der AWACS an Saudi-Arabien blockiert hätte. Obwohl zwei Wochen vorher eine derartige Resolution das Repräsentantenhaus bereits passiert hatte, war jetzt eine Mehrheit in beiden Kammern erforderlich, um den Verkauf der Flugzeuge zu unterbinden. Bei der Senatsabstimmung sollte aber die Israel-Lobby eine außergewöhnliche Niederlage erleiden, die sie lange nicht vergessen konnte.

Im November erhielt Amos Jordan zunächst Besuch von Steve Emerson, der in der ehemaligen Anwaltsfirma von Senator Frank Church als Gehilfe tätig war und ihm später im Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen assistiert hatte. Emerson stellte Jordan ein paar prüfende Fragen über die Aktivitäten des Zentrums. Einige davon betrafen Hameeds Forschungsprojekt. Der Besucher erzählte, er würde für den *New Republic* einen Artikel über den Einfluß des „Petrodollars" schreiben. Emerson erwähnte noch, daß er an Hameeds Bericht interessiert sei und wissen wollte, wer eigentlich das Geld dazu gegeben hat. Nach dem Interview rief Jordan seinen Kollegen Hameed an, mit der Warnung, daß es einige „Turbulenzen" geben könnte. Er riet ihm dringend, „sich anzuschnallen". Jordan witterte in dem Interview „etwas Bedrohliches". Später erzählte er Hameed: „Es war deutlich zu erkennen, daß Emersons Fragen feindselig waren. Und wir hatten Angst, daß wir zum Objekt ungerechtfertigter Anschuldigen werden könnten."

Anfang Dezember kam Emerson mit seinen Leuten nochmals ins Zentrum und brachte den Entwurf seines Artikels für den *New Republic* mit, der als Teil einer Serie gedacht war, die Emerson für das Magazin schreiben sollte. Dabei ging es um angebliche Versuche der Araber, die öffentliche Meinung in den

Vereinigten Staaten zu manipulieren. Die Unterstellung war darauf gerichtet, daß politische „Denkstationen" von Ölfirmen mit arabischen Geschäftsverbindungen Geld erhielten und dafür deren politische Interessen unterstützen sollten. Aber der Entwurf ließ eine Beschreibung der besonderen Rolle des CSIS vermissen, und die Verantwortlichen in Georgetown hegten weiterhin die Hoffnung, sie könnten den durch Hameeds Bericht angefachten Sturm bestimmt wieder bändigen.

Hameed, der inzwischen physisch und seelisch erschöpft war, fuhr im Dezember in Urlaub. Dies geschah aber nur unter Jordans Zusicherung, daß es für ihn „keinen Grund zur Besorgnis gibt." Hameed: „Im Januar kam ich wieder zurück und mußte erfahren, daß diese Herren abermals im Zentrum aufgetaucht waren, diesmal mit einem neuen Entwurf ihres Artikels für den *New Republic*, der das Zentrum in noch deutlicherer Weise zu kompromittieren schien."

Dessen ungeachtet hatte sich ein anderes Führungsmitglied des Zentrums, John Vondracek, mit dem Verleger des *New Republic*, Martin Peretz, in Verbindung gesetzt; denn er war – wie er es Hameed gegenüber darstellte – der Meinung, daß das Zentrum genügend Schlagkraft besitze, um das Magazin daran zu hindern, irgendwelchen Schaden anzurichten.

Im selben Zeitraum rief Emerson Hameeds Büro an und erkundigte sich über den Bericht und ganz speziell darüber, wer Hameeds Bericht eigentlich finanziert habe. Als Hameed es ablehnte, seine finanziellen Quellen bekanntzugeben, drohte ihm Emerson damit, eine angebliche „Petrodollar"-Verbindung zum Georgetown-Center für Strategische und Internationale Studien aufzudecken. Hameed wünschte ihm viel Glück dabei. Zusätzlich zu dem Anruf bei Hameed und seinen Mitarbeitern hatte Emerson auch einige Firmen kontaktiert, um herauszufinden, wer die Untersuchungen finanziert hatte.

„Das Lustige an der Sache war, daß mein Projekt zwar ebenfalls ein wenig finanziert worden war", erklärte Hameed. „Aber da steckten keine Firmen dahinter, von denen man es erwartet hätte. Rein gefühlsmäßig wollte ich Gesellschaften, die ein offensichtliches Interesse an der Beeinflussung meines Werkes hatten, aus einer Mitfinanzierung unseres Forschungsprojekts heraushalten. Was ich zu sagen hatte, bedurfte keines Einflusses durch Dritte, speziell durch solche Gruppen, die mein Projekt finanziell unterstützten. Aber auf der anderen Seite wollte ich auch verhindern, daß auch nur der Eindruck einer derartigen Be-

einflussung entstehen könnte. Nach all der Sorgfalt, die ich in diesem Zusammenhang walten ließ, hat es mich besonders verärgert, zu guter Letzt nun doch mit diesem Problem konfrontiert zu werden."

Am 17. Februar 1982 war der erste Teil jener Artikelserie, die Emerson angekündigt hatte, im *New Republic* erschienen. Der Titel dieses Artikels lautete „Die Petrodollar-Connection". Die Serie sollte wie angekündigt fortgesetzt werden, und zwar mit weiteren Betrachtungen über „Geldspenden für politische Denkstationen, Universitäten und Forschungsinstitute, die an Geheimklauseln gebunden sind".

Genau einen Tag später geriet das Zentrum in den Scheinwerferkegel der Medien. *Platt's Oilgram News*, der bekannte Informationsbrief des Verlages McGraw-Hill, veröffentlichte am 18. Februar einen Artikel über Hameeds Bericht mit den Worten, daß sein Dokument vom CSIS „geheim gehalten" worden sei. Unter der Überschrift – „Georgetown-Studie: Israel könnte ein Ölembargo gegen Saudi-Arabien ‚kreieren' und damit die Vereinigten Staaten unter Druck setzen" – zitierte der Artikel Auszüge des Emerson-Berichtes, in dem die Bedrohungen gegen Saudi-Arabien durch seine Nachbarn abgehandelt werden. Dies war einer der gefährlichen Punkte, der die CSIS-Leitung nervös machte: Seit nämlich Saudi-Arabien im israelisch-arabischen Konflikt von Israel als „feindlicher Staat" betrachtet wurde, könnte man sich aufgrund dieses Artikels in Tel Aviv veranlasst sehen, gegen Saudi-Arabiens militärische und wirtschaftliche Anlagen Präventivschläge auszuüben.

In dem *Oilgram*-Artikel heißt es weiter: „Die Studie vermerkt, daß Israel bereits saudisches Territorium besetzt hält (die Inseln Tiran und Sanafir). Seit 1976 werden zu Bombenübungen über dem saudischen Luftstützpunkt Tabuk verschiedentlich leere Öltanks abgeworfen. Darüber hinaus hat Israel darauf hingewiesen, daß seine Luftwaffe in der Lage sei, durch die Zerstörung von saudischen Ölanlagen sein eigenes ‚Ölembargo' zu kreieren."

Der Chefredakteur von *Platt's Oilgram News*, Onnik Maraschian, wußte weder, wer den Bericht geschrieben hatte noch war es ihm bekanntgeworden, daß dieser Bericht schon Monate vorher unter privaten Vorzeichen freigegeben worden war. „Alles, was wir wußten, war, daß es einen Bericht gab", sagte Maraschian. „Er war als Entwurf herumgereicht worden, als ein CSIS-Bericht, den man aber später wieder zurückgezogen hatte

– wir haben ihn aber dann trotzdem gebracht, weil die Sache ursprünglich doch als CSIS-Projekt gestartet wurde."

Nach Erscheinen des betreffenden Artikels erhielt das Georgetown-CSIS Anrufe von Leuten, die alle ein Exemplar der Studie haben wollten. Dadurch geriet das Zentrum natürlich in größte Verlegenheit. Sollten sie zugeben, daß sie diesen Bericht ungeschehen machen wollten? Wie sollten sie die Tatsache erklären, daß sie den Bericht niemals veröffentlicht hatten? Der Zweite Vorsitzende Amos Jordan versuchte, die Peinlichkeit durch ein Memorandum an die „betroffenen Mitarbeiter" abzuschwächen. Und wenn es einen Preis für die beste Verschleierung gäbe – dann müßte er den Formulierungskünsten Jordans zuerkannt werden.

Das Memorandum lenkte die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter zunächst auf die Veröffentlichung der *Platt's Oilgram News* und empfahl, den Inhalt des folgenden Absatzes als Antwort auf alle etwaigen Nachforschungen zu benutzen:

„Das Zentrum hat eine Studie mit dem Titel *Saudi-Arabiens Sicherheit und die sich entwickelnde Bedrohung der US-Interessen* nicht ‚bis zum Letzten vollendet.' Wir hatten uns bereits ein Jahr lang mit einem Projekt über Sicherheit der Ölfelder und Forschungfragen beschäftigt gehabt, wobei diese Studie fortgesetzt wird. Das Projekt hat forschungsmäßig verschiedene Bruchstücke hervorgebracht, einschließlich eines Teilentwurfs mit dem vorgenannten Titel. Grundsätzlich handelt es sich aber nicht um eine Studie des Zentrums – noch dazu wird hier nur ein kleiner Teil des Gesamtproblems beleuchtet. Es steckt alles noch im Anfangsstadium. Wenn die Studie im Laufe des Jahres abgeschlossen und zu einem CSIS-Bericht zusammengefaßt sein wird, erfolgt dessen Veröffentlichung."

„Sie waren ziemlich überrascht, als sie merkten, daß wir ihre Story verwendeten", erinnert sich Maraschian. „Zweifellos mußte man die Qualitäten dieses Mannes doch gekannt haben, als sie ihn mit dieser Studie beauftragten. Warum waren sie ein Jahr hindurch damit einverstanden, wenn sie zu guter Letzt ihre Studie dann wieder aus dem Verkehr ziehen?" Maraschian hatte diese Manipulation durchschaut: „Wissen Sie, was sie bei der ganzen Sache zornig gemacht hat? Es war die angekündigte Möglichkeit zu einem israelischen Präventivschlag."

Interessanterweise war Hameed nicht der einzige, der einen Präventivschlag Israels gegen Saudi-Arabien befürchtete. In der geheimen Version eines Regierungsberichtes mit dem Titel

„US-Hilfe an den Staat Israel", der im Juni 1983 an die Presse gelangte, wird auf eine Warnung der CIA hingewiesen, wonach Israel als Reaktion auf die Modernisierung der arabischen Armeen bei „kommenden Krisen einen Präventivangriff" starten könnte. In den folgenden Jahren haben israelische Militärs immer wieder offen über derartige Schläge gegen Saudi-Arabien gesprochen.

Entsetzt über den durch *Platt's Oilgram News* veröffentlichten Artikel und in Sorge über die versteckten Aktivitäten der Israel-Lobby, das Zentrum in Mißkredit zu bringen, einigten sich Jordan und Abshire letztendlich – trotz ihrer vorangegangenen persönlichen Befürwortung des AWACS-Verkaufs an Saudi-Arabien – darauf, daß Hameed eine zu große Belastung geworden sei. Daraufhin reagierte eine Woche später bereits der Rechnungsprüfer des Zentrums, David Wendt. Er wandte sich an Hameed mit der Aufforderung, für seinen Büroraum jetzt noch zusätzliche Gebühren von $ 1.570 pro Monat zu bezahlen. Als Projektleiter hatte Hameed bereits 24 Prozent seiner Projektfinanzierung für allgemeine Bürounkosten sowie weitere 20 Prozent als Finanzierungszuschuß im Zusammenhang mit allgemeinen Zentrumsaktivitäten abführen müssen.

„Ich hatte zwar etwas gemurrt, und stimmte letztlich aber dennoch zu", erinnert sich Hameed. „Dann aber kam die Bombe: Sie verlangten die Gebühr rückwirkend, auf 18 Monate!" Hameed war durch Wendt eröffnet worden, daß sein Projekt, einschließlich der neuen Gebühren, ein Defizit von $ 40.000 aufweise. Wendt sagte, er müsse über das Defizit berichten, was aber wahrscheinlich das Ende seines Projekts bedeuten würde.

Hameed war nach diesen Worten fassungslos. Er rief sofort John Shaw an, ein führendes Mitglied des Kollegiums. Bei diesem Gespräch hatte Shaw Hameed gegenüber anvertraut, daß David Abshire außer sich geraten sei. Den Grund für diese Aufregung wollte er aber nicht nennen. Den ganzen Tag über wurde – nach den Vermutungen Hameeds – im Ausschuß darüber beraten, wie man das Problem am besten wieder in den Griff bekommen könne. Hameed wußte, daß es bei diesen Beratungen um seinen Kopf ging.

Im April hatte sich Hameed noch einmal mit Jordan getroffen, den er plötzlich als erstaunlich kalt und distanziert empfand. Jordan kam aufs „Defizit" zu sprechen und wies warnend darauf hin, daß Hameeds Projekt in eine untragbare finanzielle Situation geraten sei. Daraufhin verwirklichten sich Hameeds Be-

fürchtungen: Schon ein paar Tage später hatte er von Jordan einen Brief erhalten mit der Feststellung, daß sein Projekt mit Ablauf des kommenden Monats beendet werden würde. Jordan fügte noch hinzu, daß er glücklich wäre, wenn er seine Entscheidung noch einmal revidieren und Hameed seine Stellung weiterhin bekleiden könne. Allerdings war damit auch eine Bedingung verknüpft: Hameed müßte zuerst „die besonders hohe Geldsumme" aufbringen und zurückzahlen.

Nach Erhalt dieses Briefes wandte sich Hameed nochmals an Jordan. Er hatte noch eine letzte Hoffnung, den bevorstehenden Zusammenbruch seines Projektes verhindern zu können. Bis dahin sah er in Jordan noch immer einen Freund, einen Mann, der ihn persönlich und beruflich unterstützt hatte. Er vermutete auch, daß Jordan sich über seine Projektfinanzierung vielleicht ein falsches Bild gemacht haben könnte.

Jordan aber konnte all das nicht rühren. Er erwiderte lediglich, daß über die neue Zusatzgebühr formell entschieden worden sei und die Angelegenheit nicht seiner Kontrolle unterliege. Hameed beschwor Jordan, ihm wenigstens noch eine Frist von drei oder vier Monaten einzuräumen, um die Dinge abwickeln zu können. Aber auch dieser Vorschlag prallte wieder zurück.

Um sein Projekt zu retten, sprach Hameed in letzter Verzweiflung auch mit anderen bekannten Leuten im Zentrum. Einer sagte ihm: „Verhalten Sie sich ruhig, und wenn sich die Sache wieder abgekühlt haben wird, können wir Sie vielleicht wieder zurückholen."

Hameeds Erinnerungen an seinen Abschied von Georgetown klingen noch immer verbittert: „Im Grunde stand niemand mehr auf meiner Seite. Alle wendeten sich ab. Sie ließen alles geschehen. Die Messer waren gezogen."

Am 5. März, kurz nachdem ihm seine Kündigung mitgeteilt worden war, ging Hameed noch ein letztes Mal in sein Büro, um dort zu entdecken, daß in der vergangenen Nacht hier ein Einbruch verübt worden war. Jemandem war es gelungen, durch drei verschlossene Türen hindurchzukommen und anschließend den Aktenschrank neben Hameeds Schreibtisch aufzubrechen. Alles erschien höchst sonderbar; denn der Einbrecher mußte zunächst einmal das Bürogebäude betreten, das mit einem elektronischen Überwachungssystem und einem Ausweis-Scanner ausgerüstet war. Dann mußte der Dieb durch die verschlossene Tür der Büroetage gekommen sein, um schließlich durch die letzte versperrte Tür zu gelangen, die Hameeds Büro absicherte. Es

gab keine Zeichen von Gewaltanwendung. Aber der Aktenschrank war dennoch verbogen und das Schubfach aufgerissen. Paul Sutphin ergänzt: „Das waren keine Indizien für einen üblichen Einbruch. Es gab andere Wertsachen, die nicht gestohlen waren." Tatsächlich hatte man überhaupt nichts mitgenommen. „Das war eine so lausige krumme Sache, so offensichtlich", sagt Trish Wilson, „die uns davon überzeugte, daß man uns nur in Panik versetzen wollte."

Am nächsten Tag entdeckte Hameed eine neue Überraschung: Sein Postfach, das er für einen Teil seiner Korrespondenz benutzte, war ebenfalls aufgebrochen worden. Dazu kam, daß ein paar Tage später auch der Briefkasten an seinem Haus aufgebrochen wurde. Nicht nur das. „Sondern es ereigneten sich auch noch andere unheimliche Dinge", an die sich Hameed nur mit Schaudern erinnert: „Einmal fuhr ich zum Beispiel am Wochenende weg, und als ich zurückkam, fand ich Dinge in meinem Haus, die nicht dorthin gehörten, zum Beispiel ein Paar Kontaktlinsen."

Diese furchterregenden Ereignisse, vor allem jenes mit den Kontaktlinsen, empfand Hameed als einen besonders grausamen Streich – denn er war nämlich blind.

Ende März hatte Hameed das Zentrum endgültig verlassen. Daraufhin veröffentlichte die *New Republic* im Mai und Juni den zweiten und dritten Teil der Serie über den Einfluß des Petrodollars in den Vereinigten Staaten, wobei das versprochene Exposé über die „Verknüpfung von Spendengeldern mit politischen Denkstationen" allerdings fehlte.

Die letzte Episode in Hameeds Beziehung zur CSIS ereignete sich im Mai 1982, einige Wochen nachdem er aus dem Zentrum ausgeschieden war. Mit der Absicht, ihren ehemaligen Mitarbeiter auch für die Zukunft zu diskreditieren, waren mehrere Hameed-Freunde und ehemals leitende Angestellte durch Funktionäre des Zentrums aufgesucht worden. In einem Fall wandte man sich hilfesuchend an führende Funktionäre der Verwaltung, um Hameed sogar zum „Verlassen der Stadt" zu bewegen.

Nachdem einige Gesellschaften davon erfahren hatten, daß Hameed gefeuert wurde, forderten sie ihre Beiträge von der Georgetown-Universität wieder zurück. Dabei machten sie deutlich, daß der Grund hierfür kein anderer als die Behandlung von Mazher Hameed war.

Als Amos Jordan aufgefordert wurde, die Vorwürfe gegen Hameed zu begründen, blieb er stock und steif bei seiner Behaup-

tung, daß die verschiedenen Umstände nur zufällig entstanden seien und sich Hameeds Abgang aus Georgetown einzig und allein auf seine Leistung bezogen hätte. Jordan leugnete freilich, daß das Zentrum offensichtlich auf den Druck der Israel-Lobby reagiert hatte: „Ich habe mein Äußerstes getan, Hameed trotz der Defizite in Schutz zu nehmen und ihn zu unterstützen. Aber ich muß auch dafür sorgen, daß das Zentrum nicht in den Ruf gerät, etwa ein zionistisches Aushängeschild zu tragen."

Es war eine beunruhigende, traumatische Zeit für den Gelehrten. In dem kurzen Zeitraum von ein paar Wochen waren die Leute des israelfreundlichen Magazins über das Zentrum hergefallen, nachdem sie vorher mit ihrem Exposé bereits eine Veröffentlichung über den Einfluß des Petrodollars angedroht hatten. Sie wollten Warnungen verbreiten wegen des besonderen Steuerstatus' des Zentrums in Anlehnung an die IRS-Regelungen – und schließlich die Finanzierung des Hameed-Projekts aufdekken.

Vorausgehend und nachfolgend stand im Vordergrund dieser Ereignisse zunächst die Annullierung des Berichts durch das Zentrum. Dann erst folgte die persönliche Belästigung von Hameed, seinen Gesinnungsgenossen und Freunden – und schließlich seine Abschiebung. Wenn das Zusammentreffen all dieser Ereignisse wirklich reiner Zufall gewesen sein soll, so muß dies etwas mit einer erstaunlichen Fügung zu tun gehabt haben.

Rückschauend auf Hameeds seinerzeitige Berufung in das CSIS der Georgetown University, sagte William Quandt als leitendes Mitglied der Brookings Institution und persönlicher Freund Hameeds folgendes: „Die Art, wie sie die ganze Beziehung beendeten, war recht eigenartig. Er wurde sehr schäbig behandelt, um es milde auszudrücken." Les Janka, ehemaliger Sonderbeauftragter für Nahost-Fragen im Weißen Haus, stellte fest: „Das CSIS hatte einfach nicht den Mut, unter eigenem Namen eine Dokumentation vorzulegen, die einen besonders wichtigen Beitrag zur öffentlichen Auseinandersetzung leistete."

8. Kapitel

Musterbeispiel einer operativen Verleumdungskampagne

Sheila Scoville, eine zierliche vierzigjährige Blondine, hatte sich mit einer Arbeit zur Geschichte des Nahen Ostens den Doktortitel der Philosophie erworben. Sie war Mitbegründerin des Nahost-Fortbildungsrates, einer Körperschaft, die mit ihrem Stammseminar an der Arizona University in Tuscon insgesamt elf verschiedene solcher Nahost-Fortbildungsseminare in ganz Amerika koordinierte. In den vergangenen vier Jahren hatte Sheila Scoville ihr Seminar an der Universität von Arizona zu einem der aktivsten Studienzentren innerhalb der USA entwickelt.

Vor dem Hintergrund dieser Erfolge tauchte im November 1980 plötzlich ein kleiner Mann mit schütterem Haar in ihrem Büro auf. Der Besucher war etwa vierzig Jahre alt. Er wollte sich lediglich ein bestimmtes Buch ausleihen. Aber als er den Raum wieder verließ, drehte er sich kurz um und sagte: „Ich sehe – Sie betreiben hier einen pro-arabischen Propaganda-Apparat."

Der Besucher war Boris Kozolchyk, Professor der Rechtswissenschaft an der Universität von Arizona, der gleichzeitig auch als Vizepräsident des *Komitees für die Beziehungen der Jüdischen Gemeinde* in Tucson fungierte. Kozolchyks zielgerichtete Bemerkung war der Startschuß für eine drei Jahre dauernde Attacke gegen das Nahostzentrum der Universität. Diese Angriffe waren auf die Verbannung von Nahost-Fortbildungsmaterialien aus den örtlichen, öffentlichen Schulen gerichtet, das vom Nahost-Center dort verteilt worden war. Gleichzeitig sollte durch diese Attacken der Rücktritt des Leiters des Nahostzentrums erzwungen werden.

Der von Führern der örtlichen Jüdischen Gemeinde gelenkte Angriff sollte schließlich zum Erfolg führen, obwohl ein Gremium aus landesweit bekannten Nahostgelehrten feststellte, daß die gegen das Fortbildungsseminar erhobenen Anschuldigungen in bezug auf eine angeblich israelfeindliche Beeinflussung

durch dessen Studienprogramm sich als unbegründet herausstellten.

Die Inszenierung dieser anhaltenden Tortur von Tucson stellt in ihren Einzelheiten eine bemerkenswerte Fallstudie dar, wie sie durch das Zusammenspiel der Israel-Aktivisten mit unerschöpflicher Penetranz und erstaunlichem Einfallsreichtum in unserem Land auch auf Gemeindeebene praktiziert wird. Das Nahostzentrum der Arizona University in Tucson, das die Kenntnisse und das Verständnis der Studierenden über die Völker des Nahen Ostens allgemein erweitern soll, ist nur eines von elf derartigen Einrichtungen in den Vereinigten Staaten, die aus Bundesmitteln betrieben werden. Um sich für eine derartige Unterstützung aus Washington zu qualifizieren, muß jedes dieser Zentren einen Teil seines Anschauungsmaterials für „weiterbildende" und erzieherische Seminare den örtlichen Gemeinden zur Verfügung stellen. Dies kann in Form von Filmen, öffentlichen Lesungen, Informations- und Beratungsdiensten, Seminaren für Geschäftsleute oder Lehrplanentwicklung für staatliche Schulen erfolgen.

Sheila Scoville hatte – wie gesagt – diese „weiterbildenden" Aktivitäten der Universität von Arizona schon seit vier Jahren koordiniert, als die Jüdische Gemeinde von Tucson plötzlich mit ihren Angriffen begann. Als Auftakt zu ihrer Kampagne kontaktierten im Februar 1981 Prof. Kozolchyk und drei weitere Repräsentanten des Rates der Jüdischen Gemeinde von Tucson (Tucson Jewish Community Counsil – TJCC) den Leiter des Instituts für Orientalische Studien, William Dever, dem – als Teil des Instituts – auch das Nahostzentrum unterstand. Sie erzählten ihm, daß Sheila Scoville und auch der Leiter des Nahostzentrums, Ludwig Adamec, ihrer Meinung nach „israelfeindlich" eingestellt seien, „was deren Objektivität in bezug auf den Nahen Osten zweifelhaft erscheinen läßt."

William Dever, dem gleichzeitig auch die Verantwortung für das Nahost-Fortbildungsseminar oblag, berief sich bei seinen Antworten auf das Erziehungsministerium in Washington, von dem die meisten Geldmittel für dieses Studienprogramm zur Verfügung gestellt wurden. Zur Durchsetzung ihres Anliegens schlug Dever seinen Besuchern vor, am besten ein offizielles Komitee zu bilden, und stattete sie dazu mit seiner eigenen „Blankovollmacht" aus. Damit konnten die Vertreter des TJCC jetzt das anstößige Material des Nahostzentrums nach ihren eigenen Vorstellungen aussortieren. Dever wollte sogar „persön-

lich" die beanstandeten Unterlagen aus den Regalen der Bücherei „entfernen" – jenes Material also, das der Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson als Beleidigung empfinden würde.

Bei einem späteren Treffen wurde auch der verantwortliche Leiter des Nahostzentrums, Ludwig Adamec, zur Rede gestellt. Er wehrte sich vehement gegen die vorgebrachten Beschuldigungen: „Bei uns befindet sich kein aufrührerisches oder propagandistisches Material. Sagen Sie mir bitte, welche Bücher Sie beanstanden. Ich werde sie mir anschauen, und wenn ich Ihrer Meinung bin, werde ich Sheila bitten, diese Bücher in den Papierkorb zu werfen." Dieses Angebot war für Kozolchyk und seine anderen Begleiter aber noch nicht umfassend genug. Sie hatten offenbar noch weitreichendere Ziele.

Devers Empfehlung folgend, bildete der Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson (TJCC) jetzt ein Komitee aus vier Frauen, die sich als „betroffene Lehrerinnen" bezeichneten (eigentlich waren nur zwei von ihnen wirklich Lehrerinnen. Die beiden anderen entstammten der privaten Hebräischen Akademie von Tucson). Es kam dann dazu, daß Dever dieser Gruppe schließlich Sheila Scoville präsentierte und sie bat, dem TJCC-Team bei der Durchführung seiner Nachforschungen jegliche gewünschte Hilfe zu gewähren.

Zu den vier Frauen gehörte Carol Karsch, Co-Vorsitzende des Komitees für Gemeindebeziehungen des TJCC (Tuscon Jewish Community Counsil). Ihr Mann war Präsident der größten konservativen Synagoge von Tucson. Carol Karsch sollte fortan die von Kozolchyk inszenierten Attacken gegen das Nahost-Fortbildungsseminar in stärkstem Maße unterstützen.

Zunächst knöpften sie sich Sheila Scoville vor, um ihre Aktivitäten im einzelnen zu durchleuchten. „Sie nahmen mich in die Zange", erinnerte sich die zierliche Seminarleiterin an ihre erste Begegnung mit dem auswärtigen Untersuchungsgremium. Die Leute baten um eine Kopie ihrer Versandliste und um die Namen jener Lehrer, die sich in der Bücherei jemals Material ausgeliehen hatten. Nachdem die vier fremden Damen nach ein paar Stunden das eigentliche Nahostzentrum betreten durften, begannen sie, die beanstandeten Materialien der Bücherei zusammenzutragen und zu sichten. Im Mai endlich hatte die Damenriege ihren „vorläufigen Bericht" fertiggestellt.

Statt mit ihren Ergebnissen sich – wie besprochen – an Dever zu wenden, setzte sich das TJCC-Komitee jetzt direkt mit dem US-Erziehungsministerium in Verbindung. Carol Karsch hatte

einen Brief nach Washington geschrieben, dem sie den Bericht ihrer Gruppe beifügte. Der Bericht beanstandete die Verwendung von Bundesmitteln zur Unterstützung von Fortbildungsseminaren „für ein dem Grunde nach so umfangreiches und konfliktanfälliges Thema, wie es durch die Nahoststudien gegeben ist."

In dem Bericht wird energisch auf das Endziel des TJCC verwiesen. Demnach sollte das Nahost-Fortbildungsseminar überhaupt komplett geschlossen werden: „Selbst wenn man zahlreiche Materialien in Betracht zieht, in denen Israel und seine Interessen durchaus objektiv dargestellt werden – und wenn man es mit dem aussortierten, anstößigen, arabischen Propagandamaterial vergleicht, ist das Problem noch keineswegs gelöst. Es ist die Fortbildungsfunktion an sich (und nicht die Durchführung seitens irgendeiner speziellen Institution), mit der man sich beschäftigen sollte."

Das US-Erziehungsministerium antwortete dem Tucsoner Rat der Jüdischen Gemeinde, daß es für den Inhalt oder die schulische Qualität des Fortbildungsmaterials nicht zuständig sei. Vielmehr würde die Verantwortung hierfür bei der betreffenden Universität liegen.

Nach diesem Bescheid nahm das TJCC sich wieder die Universität von Tucson aufs Korn. Dazu war eine Delegation des Rates der Jüdischen Gemeinde im Büro des Universitätspräsidenten John Schaefer erschienen, die sich bei ihm über die israelfeindliche Tendenz beschwerte, wie sie im Fortbildungsmaterial seiner Universität angeblich verbreitet würde. Nachdem er der Gruppe versichert hatte, daß ein derartiges Anschauungsmaterial selbstverständlich den Universitätsnormen entsprechen müsse, trug Schaefer die Angelegenheit dem Dekan Paul Rosenblatt vom *Liberal Arts College* vor.

Hier wurde durch Rosenblatt für den 5. Oktober 1981 ein Treffen zwischen Repräsentanten des TJCC und den Mitgliedern des Instituts für Orientalische Studien arrangiert. Sheila Scoville war hierzu nicht eingeladen worden. Bei diesem Gespräch bat der neue Institutsleiter Robert Gimello den Rat der Jüdischen Gemeinde, er möge „seine Befürchtungen detaillierter" zum Ausdruck bringen, damit sein Institut eine dementsprechende Antwort ausarbeiten könne. Gleichzeitig sagte Gimello zu, innerhalb seines Institut für Orientalische Studien ein Adhoc-Komitee zu etablieren, um das Fortbildungsprogramm des von Sheila Scoville geleiteten Seminars zu überprüfen.

Der Rat der örtlichen Jüdischen Gemeinde von Tucson packte diese Gelegenheit sofort beim Schopf, und begann – bewaffnet mit weiterem Material aus der Bücherei – mit der Ausarbeitung seines Berichtes. Keiner der Leute, die das Material überprüfen sollten, konnte eine dementsprechende akademische Vorbildung nachweisen, um die komplizierten Zusammenhänge im Nahen Osten beurteilen zu können.

Dennoch wurde der Universität am 19. März 1982 ein Dokument von etwa hundert Seiten vorgelegt, das ihr Überprüfungsergebnis aus fünfzehn Veröffentlichungen des Nahostzentrums untermauern sollte. Dabei waren acht Bücher, fünf Broschüren und Biographien sowie zwei Leitfäden für Lehrer. Der Bericht stand im Widerspruch zu einem Buch, das sich auf Palästina als „die traditionelle Heimat der Araber" bezog und einer weiteren Beschreibung der Palästinensischen Befreiungs-Organisation als den „einzigen legitimen Repräsentanten der palästinensischen Bevölkerung".

In dem Bericht wurde eine Landkarte beanstandet, auf der Jerusalem nicht als Hauptstadt von Israel eingezeichnet worden war. Das geschah natürlich nur deshalb, weil Jerusalem nicht einmal von den Vereinigten Staaten als Hauptstadt anerkannt worden war. Außerdem war in dem Prüfungsbericht auf das „in fast allen Unterlagen zutage tretende Thema, die Juden seien Eindringlinge in einem Gebiet, das rechtmäßig den Arabern gehört" hingewiesen worden.

Unter den zwölf Anlagen zu dem Bericht befand sich eine „juristische Denkschrift", die der in Tucson tätige Anwalt Paul Bartlett ausgearbeitet hatte. Darin wurde behauptet, daß seitens des Fortbildungszentrums die erste Verfassungsergänzung sowie die festgeschriebenen Richtlinien für die Verwendung von Bundesmitteln verletzt würden, indem es „den israelischen Aspekt aus dem Spektrum der Gesamtbetrachtung eliminiert, und der – im Zusammenhang mit dem arabisch-israelischen Konflikt – in dieser Weise den öffentlichen Schulen und der Presse zugänglich gemacht wird." Weiterhin wird in dem Memorandum der Vorwurf erhoben, das Seminar verletze die gesetzmäßig vorgeschriebene Trennung von Kirche und Staat, indem es „in bezug auf den Mittleren Osten eine religiöse Favorisierung betreibt." Das Fortbildungszentrum „fördert den islamischen Glauben, während die jüdische Religion in Verbindung mit dem Nahen Osten bewußt geschmälert wird."

Als Mitautoren des vorgenannten Berichts fungierten Boris

Kozolchyk und Carol Karsch. Weiterhin haben vier Freiwillige dabei mitgeholfen: ein Rabbi, ein Landwirtschaftsökonom, der in Israel studiert hatte, und ein nicht-jüdisches Ehepaar (er war Rechtsanwalt und sie Lehrerin an der Grundschule).

Gimello begrüßte den Bericht als eine „gedankenreiche und gutgemeinte Antwort der Gemeinschaft". Das Ad-hoc-Komitee in Gimellos Institut für Orientalische Studien war seinerseits kaum in der Lage, eine wissenschaftliche Überprüfung des Aufklärungsseminars von Sheila Scoville durchzuführen. Unter den fünf Institutsmitgliedern gab es lediglich einen japanischen Linguisten, einen indischen Landanthropologen, und dann kam noch Gimello selbst hinzu. Er war ein Experte für Buddhismus. Von den fünf Komitee-Mitgliedern waren letztlich nur zwei in den Belangen des Nahen Ostens bewandert: ein Spezialist für arabische Literatur und einer für jüdische Geschichte. Adamec nahm an der Arbeit des Komitees nicht teil, da er im Januar zu einem sechsmonatigen Forschungsurlaub nach Pakistan aufgebrochen war. Sheila Scoville wurde erst gar nicht gefragt.

Nach Erhalt des Berichtes vom TJCC im März traf sich Gimellos Ad-hoc-Komitee regelmäßig jeden zweiten Monat, um das bekrittelte Anschauungsmaterial zu sichten und zu entscheiden, was damit geschehen sollte. Nachdem bis zum Ende des Semesters im Mai 1982 der Bericht noch immer nicht fertiggestellt war und einige Mitglieder des Ad-hoc-Komitees in Sommerurlaub fuhren, hatte man einen Zwischenbescheid herausgegeben, der viele schockierte: „Unter Berücksichtigung der noch schwebenden Beratungen – und ohne unserer endgültigen Entscheidung vorgreifen zu wollen, wird das Fortbildungsseminar des Nahostzentrums die Verteilung seines Anschauungsmaterials an Grundschulen und höhere Lehranstalten einstellen."

Diese Einstellungsverfügung, die dem Fortbildungsseminar auferlegt worden war, stellte einen unerwarteten Sieg für den Rat der Jüdischen Gemeinde von Tuscon dar. Beim jährlichen „Anerkennungsessen" im Juni wurden daher Prof. Kozolchyk und Carol Karsch als „Mann und Frau des Jahres" gekürt. Die vier freiwilligen Helfer erhielten ebenfalls spezielle Auszeichnungen für ihre „wissenschaftlichen und objektiven Analysen".

Die Siegesfeier sollte sich jedoch bald als voreilig herausstellen; denn als der Direktor des Nahostzentrums, Ludwig Adamec, Mitte August von seinem Pakistanurlaub wieder zurückgekehrt war, geriet er in Zorn über die während seiner Abwesenheit erfolgte Aktion des Instituts für Orientalische Studien. Ste-

henden Fußes übermittelte er ein Memo an alle Institutslehrkräfte, worin er die gegen das Fortbildungsseminar und das Ad-hoc-Komitee gerichtete Hetzkampagne seitens der Tucsoner Jüdischen Gemeinde anprangerte. Der Bericht des TJCC, so sagte er, sei nicht wissenschaftlich untermauert. Er sei durch seine falschen Fragen und Andeutungen vielmehr voller menschenverachtender Attacken. Adamec bemängelte, daß die Schließung des Nahost-Fortbildungsseminars seines Instituts ein schlechter Rat gewesen sei, der voreilig – ohne Berücksichtigung der Expertenmeinung – durch das Ad-hoc-Komitee befolgt wurde: „Es ist völlig ungebräuchlich, wenn hier ein Komitee aus unqualifizierten Wissenschaftlern dieser Sparte es sich anmaßt, die schwebende Sache zu beurteilen."

Adamec ärgerte sich aber noch mehr, als er in der Ausgabe einer Studentenzeitung anfangs September die Überschrift lesen mußte: „Zwischenbericht: Institut eliminiert israelfeindliches Material".

Adamec setzte sich sofort mit der Redaktion dieser Studentenzeitung in Verbindung: „In unserem Zentrum befinden sich keinerlei *israelfeindliche* Materialen; es besitzt selbstverständlich Bücher oder andere Unterlagen, die den Nahen Osten – einschließlich Israel – beleuchten. Unsere Bücher wurden auf der Grundlage von Expertenmeinungen ausgesucht. Man kann daher nicht in anderer Weise verfahren, als es etwa in unserer Universitätsbücherei gehandhabt wird, wo die eingebrachten Materialien nicht einfach unregistriert in die Regale gelegt werden können. Natürlich möchten wir die Freundschaft und Unterstützung sämtlicher Schichten aus den Gemeinden von Arizona genießen; und deshalb kümmern wir uns èrnsthaft um die Belange aller. Ich meine nicht, daß wir eine Sache, die jetzt bereinigt ist, noch sensationell aufbauschen sollten."

Die Sache war jedoch noch lange nicht bereinigt. Mit der Rükkendeckung Adamecs bereitete Gimello jetzt ein Memo vor, das die Ausschaltung des Fortbildungszentrums widerrufen und die angekündigte „endgültige Antwort" des Ad-hoc-Komitees auf den TJCC-Bericht enthalten sollte. In dem Memo wurde festgehalten, daß örtliche Gruppierungen durchaus berechtigt seien, Kritik am Nahost-Fortbildungsseminar der Universität zu üben und seine Arbeit zu kommentieren. Dennoch liegt die letzte Entscheidung aus der Beurteilung der akademischen Leistung irgendeines ihrer Seminare einzig und allein bei den Mitgliedern des Instituts für Orientalische Studien. Das Memo befaßte sich

in scharfer Weise auch mit den seitens des TJCC erhobenen Vorwürfen gegen Sheila Scoville und Ludwig Adamec sowie mit „der Tatsache, daß diesen Personen gewisse politische Einstellungen angedichtet wurden":

„Beide Wissenschaftler weisen die zur Diskussion stehenden Anschuldigungen zurück. Ob sich diese Anschuldigungen nun als richtig oder falsch erweisen – Tatsache ist, daß sie mit der eigentlichen Sache nichts zu tun haben, daß sie völlig aus dem Rahmen fallen und ungerechtfertigt sind. Die Mitglieder unseres Instituts sind berechtigt, sich ihre eigenen politischen Meinungen zu bilden. In jeder freien und aufgeschlossenen Gesellschaft ist die Universität dazu berufen, eine Arena zu sein, in der die Streitigkeiten zwischen Wissen und Meinung ausgetragen werden. Und diese Arena kann nicht gemieden werden, wenn wir uns mit der Fortbildung unserer Gesellschaft beschäftigen. Aus all diesen Gründen darf unser Fortbildungsseminar nicht geschlossen werden. Im übrigen werden wir auch keines der Bücher, die wir für dieses Seminar benötigen, ausrangieren oder unter Verschluß halten – oder gar verbrennen."

Das Memorandum unterstrich die Notwendigkeit, der Gemeinde unterschiedliche Ansichten über den Nahen Osten anzubieten, „eine Vielfalt, mit der sich jeder Bürger vertraut machen muß, bevor er sich verantwortungsbewußt, intelligent und frei seine eigene Meinung bildet." Das Ad-hoc-Komitee fand überdies „bei den umfangreichen Programmangeboten kein bestimmtes Beispiel für eine politische Diskriminierung. Es entdeckte auch keinen Anhaltspunkt dafür, daß etwa die politische Favorisierung einer bestimmten Gruppe bei der Auswahl des Anschauungsmaterials jemals eine Rolle spielte."

Der Rat der Tucsoner Jüdischen Gemeinde vertrat den Standpunkt, daß die im Rahmen des Nahost-Fortbildungsprogramms angebotenen Materialien durchaus für den internen Gebrauch an der Universität verwendet werden könnten, nicht aber für Grundschulen und höhere Lehranstalten. Hier mangele es den jüngeren Schülern an differenzierter Erfahrung, um dieses Anschauungsmaterial auch richtig verstehen zu können.

Diesen Einwand wollte Gimello nicht gelten lassen; denn er hatte in seinem Memo ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die unmittelbaren Ansprechpartner des Aufklärungszentrums nicht die Schüler, sondern deren Lehrer seien. Sie allein sollten letztlich darüber entscheiden, welche Materialien sich für ihre jungen Schützlinge eigneten.

Carol Karsch startete daraufhin einen persönlichen Angriff gegen William Dever, Gimellos Vorgänger als Leiter des Instituts für Orientalische Studien. Dever war Archäologe und hatte in Israel viele Ausgrabungen durchgeführt. Er war – nachdem er im August von einem einjährigen Studienurlaub in Israel zurückgekehrt war – bei seinen archäologischen Forschungen also noch immer vom guten Willen der Israelis abhängig.

In dieser Situation war Ende Oktober, drei Wochen nach Erhalt der „endgültigen Antwort" des Instituts, Carol Karsch wieder aktiv geworden, indem sie den israelischen Gastprofessor Shalom Paul, der demnächst wieder nach Tel Aviv zurückkehren wollte, davon unterrichtete, daß man Dever nicht mehr zu den Freunden Israels rechnen könne. Professor Paul solle diese Kunde in seiner Heimat verbreiten, damit Dever „niemehr in Israel graben" dürfe.

Carol Karsch hatte bei ihrer Intrige nicht damit rechnen können, daß Prof. Paul mit Dever eng befreundet war und keineswegs die Absicht hatte, eine derartige Botschaft mit nach Israel zu nehmen. Stattdessen berichtete er vor seiner Abreise aus Tucson seinem Freund Dever von der Unterhaltung mit Carol Karsch. Und dann schrieb Dever an Mrs. Karsch einen Brief mit folgendem Inhalt:

„Ich habe Grund anzunehmen, daß Sie (und vielleicht auch noch andere) es unternommen haben, mich mit Anschuldigungen zu belasten, ich hätte: (1) in meiner Stellung als Institutsleiter die durch den Rat der Jüdischen Gemeinde eingeleiteten *Nachforschungen* über das Fortbildungsseminar behindert; (2) ich hätte angedroht, das Judaische Studienseminar zu unterminieren, sollten Sie Ihre Nachforschungen weiterhin fortsetzen; (3) ich hätte die Wiedereröffnung des Fortbildungsseminars angezettelt, als ich letzten August aus Israel zurückkam; und ich hätte (4) an einem zielgerichteten Vorhaben mitgewirkt, die jüdische Beteiligung im neugegründeten Komitee zur Überwachung des Nahostzentrums und seines Fortbildungsseminars auszuschalten. Überdies habe ich kürzlich aus mehreren direkten Quellen erfahren, daß ich in der Jüdischen Gemeinde neuerdings öffentlich als *Antizionist* und sogar als *antisemitisch* abgestempelt wurde."

Der ehemalige Institutsleiter für Orientalische Studien, William Dever, wies alle Vorwürfe von sich und sagte, „ohne Ihrem Untersuchungsbericht vorgreifen zu wollen, wird es sich zeigen, daß ich ebenso entgegenkommend wie auch kooperativ war,

was man weder von Ihnen noch von den anderen Mitgliedern Ihres Teams behaupten kann."

Mit dem Hinweis, daß durch die Hetzkampagne gegen ihn seine Forschungen, seine berufliche Karriere und sein Leben gefährdet wurden, drohte Dever an, nunmehr gerichtlich gegen Mrs. Karsch vorgehen zu wollen. Er schloß sein Schreiben mit den Worten: „In Erwartung Ihrer Antwort, William Dever."

Er erhielt keine Anwort. Stattdessen schickten Carol Karsch und Boris Kozolchyk der Universität eine bissige „Antwort auf die endgültige Reaktion des Instituts für Orientalische Studien". Darin wurde das Dokument als „Ablenkungsmanöver" bezeichnet und verlangt, daß das Nahostinstitut die Vorwürfe des Rates der Jüdischen Gemeinde von Tucson nunmehr Punkt für Punkt widerlegen möge. Und wieder beugte sich das Institut dem Ansinnen des TJCC. Vom 10. Dezember bis 29. Dezember 1982 entwarf das Nahostzentrum sodann eine 330-seitige „erweiterte und detaillierte Antwort auf den Bericht des Rates der Jüdischen Gemeinde von Tucson über das *Nahost-Fortbildungsseminar* an der Universität von Arizona." Das Dokument wurde dem neuen Präsidenten der Universität, Henry Koffler, vorgelegt, der im September die Nachfolge von Schaefer angetreten hatte.

Auswärtige Experten werden kaltgestellt

Präsident Koffler war neu in Tucson, und wollte daher unbedingt in die Gemeinde integriert werden. Innerhalb weniger Monate nach seiner Ankunft hatte er eine Versammlung der zionistischen Frauenorganisation Haddasah besucht. Anstatt den Bericht seines Instituts für Orientalische Studien zu billigen, beschloß er, Nahost-Wissenschaftler aus ganz Amerika zur Bildung eines Gremiums nach Tucson einzuladen. Dieses Gremium sollte die Anschuldigungen des TJCC beurteilen, das Fortbildungsmaterial des Nahostseminars überprüfen – und in der schwebenden Auseinandersetzung schließlich als Schiedsgericht tätig werden.

Koffler forderte den TJCC und das Institut für Orientalische Studien auf, je eine Liste mit den Namen von acht Wissenschaftlern vorzulegen. Dann könnte jede Seite vier der aufgeführten Wissenschaftler der anderen Seite ablehnen. Von der endgültigen Liste mit acht Wissenschaftlern wählte Koffler dann seinerseits vier aus: Richard Frye von der Harvard Univer-

sity, Carl Brown von Princeton, William Brinner von Berkeley und Nahum Glatzer von der Boston University. Man kam überein, daß diese vier Wissenschaftler vom 29. Juli bis 1. August 1983 in Tucson zusammenkommen sollten, um die Anschuldigungen gegen das Nahost-Fortbildungsseminar zu überprüfen und zu entscheiden, ob die betreffenden einzelnen Ausschnitte des vom Rat der Jüdischen Gemeinde beanstandeten Anschauungsmaterials als „überwiegend wissenschaftlich oder überwiegend propagandistisch" gewertet werden können.

In der Zwischenzeit befahl Koffler seinen Professoren und der Leitung des Instituts für Orientalische Studien, nicht mit der Presse zu sprechen oder die Angelegenheit gar aus der Universität hinauszutragen. Der TJCC aber, der nicht gewillt war, die Entscheidung der Wissenschaftler abzuwarten, hatte die vereinbarte Diskretion kurzerhand übergangen.

Zuerst brachte der TJCC mit Hilfe des *National Jewish Community Relations Advisory Council* von New York diese Angelegenheit dem US-Erziehungsministerium zur Kenntnis. Der außerordentliche Direktor der New Yorker Organisation schickte einen Brief an Edward Elmendorf, Beauftragter für das höhere Schulwesen im Erziehungsministerium. In diesem Brief wurden die Einwände des TJCC gegen das Nahost-Fortbildungsseminar noch einmal wiederholt. Gleichzeitig hatte der TJCC Kopien seines Berichtes auch dem US-Repräsentanten James McNulty sowie Senator Dennis DeConcini, beide aus Arizona, übermittelt.

Senator DeConcini reagierte sofort mit einem Schreiben an das US-Erziehungsministerium (DOE): Sollten die Beschuldigungen durch den TJCC sich als begründet herausstellen, „müßte das Erziehungsministerium die staatliche Finanzierung dieses Projekts sofort beenden." Darüber hinaus forderte DeConcini aus Arizona eine lückenlose Untersuchung der Anschuldigungen durch den Bundesstaat.

In seiner Antwort an die beiden Kongreßabgeordneten wies Erziehungsminister Bell darauf hin, daß seine Behörde die Beurteilung von Veröffentlichungen und anderer wissenschaftlicher Unterlagen üblicherweise den „zuständigen akademischen Stellen" überlasse. Ferner sprach das Ministerium die Hoffnung aus, daß bei dem bevorstehenden Meeting des Expertengremiums „eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung dieser Angelegenheit erzielt wird."

Als Adamec vom Vorgehen des TJCC erfahren hatte, wandte

er sich in einem Schreiben direkt an den Universitätspräsidenten Koffler, er möge sich beim Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson erkundigen, warum dessen Beschwerde aus den Kreisen der Universität hinausgetragen wurde. Der TJCC hatte sich mit ihm doch ausdrücklich auf eine interne Schlichtung der Angelegenheit geeinigt. Adamec witterte hinter der Aktion des TJCC auch eine bestimmte Motivation; denn die Angriffe gegen das Nahostzentrum erfolgten ausgerechnet zu jenem Zeitpunkt, „da unser Antrag auf (Erneuerung der Bundes-) Mittel im Rahmen der nationalen Ausschreibung entschieden werden sollte. „Offenbar", so vermutete Adamec, „wollten unsere Widersacher unsere Chancen auf die beantragten Subventionen zunichte machen."

Als nun – ungeachtet dieser Quertreibereien – das Nahostzentrum aber dennoch die beantragten Bundesmittel für das kommende Universitätsjahr erhielt, beschwerten sich Senator DeConcini und Repräsentant McNulty gemeinsam beim US-Erziehungsminister Terrence Bell, daß die Subvention ohne vorherige Würdigung des gemeinsamen Prüfungsberichtes des Rates der Jüdischen Gemeinde von Tucson gewährt wurde. In diesem Bericht sei der „mögliche Propagandaeffekt durch das Fortbildungsprogramm" dokumentiert worden. In ihrem Protest appellierten die beiden Abgeordneten an Bell, daß er der einzige Funktionär sei, „der Zahlungen vorübergehend blockieren kann". Er solle von diesem Recht jetzt Gebrauch machen, und ebenso die von DeConcini ursprünglich geforderte umfassende Untersuchung anordnen.

Minister Bell antwortete den beiden Kongreßabgeordneten, daß eine „Einmischung des Ministeriums ungerechtfertigt und illegal wäre." Bell schrieb: „Hier sind auch Fragen der akademischen Unabhängigkeit sowie der staatlichen und lokalen Kontrolle von Erziehung und Ausbildung zu berücksichtigen." Trotz seines festen Standpunktes in dieser Angelegenheit, wollte Bell dennoch die beiden aufgebrachten Kongreßabgeordneten wieder besänftigen: Er würde – so versprach der US-Erziehungsminister – „die Universität dazu bewegen, die Verteilung der beanstandeten Materialien bis zum Ergebnis des Verfahrens des örtlichen Komitees einzustellen."

Während sich der Kongreß schützend vor die Jüdische Gemeinde von Tucson stellte, war Ludwig Adamec erneut angegriffen worden. Daraufhin wandte er sich direkt an den neuen Präsidenten der Universität, Henry Koffler. In seinem Be-

schwerdebrief wurde Prof. Kozolchyk durch Adamec beschuldigt, „unwahre Angaben über meine Ausbildung und mein Privatleben" gemacht zu haben. Kozolchyk hatte nämlich die Mitglieder der Fakultät für Judaische Studien aufgehetzt, Adamec sei „während des Zweiten Weltkrieges Mitglied der deutschen Wehrmacht" gewesen. Professor Dever gegenüber beschuldigte er Adamec, sogar „als Nazi verhaftet" gewesen zu sein. Die Anschuldigungen gipfelten schließlich in der Behauptung, Adamec habe anläßlich einer öffentlichen Versammlung Israel als einen „Piratenstaat" abqualifiziert.

Ludwig Adamec war besonders tief betroffen von Kozolchyks böswilligen Äußerungen über seine angebliche Nazivergangenheit; denn die Tatsachen lagen genau umgekehrt: Adamec war als Teenager in seinem österreichischen Heimatland nämlich nicht „als Nazi – sondern von den Nazis verhaftet" worden. Die Gestapo hatte ihn geschnappt, als er von Österreich in die Schweiz entfliehen wollte. Nach eineinhalbjähriger Gefängnishaft mußte Adamec den Rest des Krieges sodann in einem Konzentrationslager verbringen, aus dem ihn die Allierten 1945 endlich befreiten. In seinem Brief an den Universitätspräsidenten bezeichnete er Kozolchyks Anschuldigungen daher schlichtweg als lächerlich.

„Ich kenne Dr. Kozolchyk überhaupt nicht und kann mir auch nicht vorstellen, warum er derart verleumderische Bemerkungen über mich verbreitet. Offenbar will er mir meine Fähigkeiten aberkennen, weiterhin als Professor für Nahoststudien und als Direktor des Nahostzentrums tätig zu sein, das ich selbst gegründet und seit 1975 geleitet habe."

Adamec bat das Beschwerdekomittee der Universität, Kozolchyk eine Rüge zu erteilen und ihn aufzufordern, seine Verleumdungskampagne einzustellen. Aber Kozolchyk und der TJCC ließen sich davon nicht abschrecken. Da sie aus Washington keine Rückendeckung erhalten haben, konzentrierten sie sich jetzt auf die Gemeinde, insbesondere auf den örtlichen Schulbezirk. Im Mai 1983 übermittelte der TJCC zunächst eine Kopie seiner Attacke gegen das Nahost-Fortbildungsseminar an Jack Murrieta, dem stellvertretenden Schulrat im Bezirk Tucson.

Parallel damit wartete der TJCC jetzt wieder mit neuen Behauptungen auf: Sheila Scoville hätte während des Sommersemesters ein Seminar unter dem Titel „Betrachtung über den Nahen Osten" abgehalten. Ohne die Stellungnahme der Univer-

sität zu diesen Vorwürfen abzuwarten, wandte sich Murrieta in einem Memorandum an die acht Hochschullehrer und Bibliothekare, die an Scovilles Kurs teilgenommen hatten. Diesen Lehrkräften war mitgeteilt worden, daß die Schulbehörden wegen der „schwebenden Untersuchungen" keine Gehaltszuschüsse für Scovilles Lehrerseminar der „Betrachtung über den Nahen Osten" bezahlen würden. Darüber hinaus würden keinerlei Unterrichtsbücher oder sonstige Lehrhilfen, die aus diesem Kurs stammten, ohne Genehmigung jedes einzelnen Schulleiters in den örtlichen Unterrichtsklassen zugelassen werden.

Murrietas Memorandum war u.a. auch Robert Gimello übermittelt worden. Als Leiter des Instituts für Orientalische Studien ärgerte es ihn besonders, daß die Schulbehörde eine derartige Maßnahme ergriff, ohne sein Institut vorher konsultiert zu haben. Zunächst war dieser Kurs neu eingeschlagen worden und hatte nichts mit den ursprünglichen Angriffen des TJCC aus dem Jahre 1982 zu tun. Außerdem hatte Sheila Scoville, die eine weitere Verschärfung der Streitigkeiten vermeiden wollte, in ihrem Seminar den kritischen Zeitraum aus der Geschichte des Nahen Ostens vollkommen ausgeklammert. Ihr Seminar war somit absichtlich mit der im Jahre 1948 erfolgten Gründung Israels beendet worden. Dementsprechend verteidigte Gimello in seinem folgenden Brief an Murrieta das Verhalten von Sheila Scoville:

„Bei den Einschreibungen gab es ganz bestimmt keinerlei Diskriminierung. Weder die im Seminar verwendeten Materialien noch deren Darbietung können als propagandistische Handlung gewertet werden. Wir haben bei unserem Kurs mit Sicherheit keine Bundesrichtlinien verletzt. Daher erscheinen alle gegen uns gerichteten Anschuldigungen nicht nur deshalb als böswillig, weil sie unwahr sind, sondern weil sie sich als Teil eines konzertierten Angriffs offenbaren, der die uneingeschränkte Verbreitung von Informationen und die gesetzmäßig verbürgte wissenschaftliche Meinungsbildung behindert."

Murrieta beharrte dennoch auf seiner Forderung zur „Schließung" des Nahost-Fortbildungsseminars. Die Lehrkräfte, die sein Memorandum einen Tag nach Abschluß der Endprüfungen für den Kurs erhalten hatten, waren wütend und trugen den Fall nunmehr der ACLU (Arizona Civil Liberties Union) vor. Diese in Arizona gegründete Vereinigung zur Verteidigung von Bürgerrechten vertrat gleichermaßen den Standpunkt der Lehrkräfte, daß die Aktion der örtlichen Schulaufsichtsbehörde „eine po-

tentielle Verletzung der akademischen Lehrfreiheit" darstelle. Unter diesem Aspekt hatte die Bürgerrechtsunion von Arizona die Vertretung der Beschuldigten übernommen.

Daraufhin traf sich die außerordentliche Direktorin der Bürgerrechtsunion von Arizona, Helen Mautner, mit Murrieta und einem Funktionär des Schulbezirkes zu einer ersten Besprechung. In einem späteren Brief an den Präsidenten und andere Mitglieder des Schulausschusses analysierte sie die Eindrücke aus ihrer Unterhaltung mit den Funktionären des Schulbezirkes. Sie hätte deutlich gespürt, daß ihre Gesprächspartner die Dinge „absichtlich vernebelten oder abzulenken versuchten." Mautner schrieb, sie war bestürzt, daß die Schulaufsichtsbehörde erst dann in Aktion trat, nachdem seine Angestellten den Kurs bereits beendet gehabt hatten. Dies erscheine als schwacher Versuch, verschiedene Fakten zu ermitteln oder die Sache „mit beiden Streitparteien zu diskutieren." Dennoch entschied die Bürgerrechtsunion von Arizona, zunächst die Stellungnahme des auserwählten Schiedsgerichtes zu den vom TJCC erhobenen Vorwürfen abzuwarten. Erst dann wollte man sich der örtlichen Schulaufsichtsbehörde zuwenden.

In der Zwischenzeit waren die Vereinbarungen mit der Expertenkommission weiter ausgearbeitet worden, wobei sich mit jedem Brief, der zwischen Präsident Koffler und dem TJCC gewechselt wurde, die Angelegenheit noch mehr verzweigte. Die Punkte auf der TJCC-Liste, die durch das Gremium geklärt werden sollten, betrafen: das Fortbildungsmaterial als solches und die „Verzweigung" der einzelnen Verbindungsstellen; die Schwerpunktauswahl bei der Präsentation und Verteilung des Anschauungsmaterials und dessen Auswirkung auf Kinder; die Subventionen ausländischer Regierungen und Ölfirmen sowie deren Billigung durch die Universität; Scovilles Workshop für Lehrkräfte und ihr neuer Fortbildungskurs *Betrachtung des Nahen Ostens*, und schließlich die Rechtfertigung dieses Kurses durch das Institut für Orientalische Studien.

Mit Zustimmung des Rates der Jüdischen Gemeinde von Tucson hatte Koffler jetzt entschieden, daß sich das einberufene Entscheidungsgremium nur mit einigen Punkten der Beschwerdeliste beschäftigen wird; die anderen Fragen würde die Universität selbst im Rahmen einer separaten Untersuchung aufklären.

Am 15. Juli waren die Streitigkeiten der Universität von Arizona schließlich an die Öffentlichkeit gedrungen. Wieder war es der Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson, der sein Wort zur

Geheimhaltung der Angelegenheit gebrochen hatte, indem er Kopien seines Berichtes der Lokalpresse zugespielt hatte. Zwei große Tucsoner Tageszeitungen veröffentlichten gleichzeitig Einzelheiten der Auseinandersetzung, während das lokale Fernsehen Interviews mit Carol Karsch vom TJCC, Sylvia Campoy von der örtlichen Schulbehörde und Helen Mautner, Funktionärin der Arizona Bürgerrechtsunion, ausstrahlte.

Während dieser nunmehr in aller Öffentlichkeit erhobenen Beschuldigungen wurde die angekündigte Rechtfertigung des Instituts abermals und weiterhin unter festem Verschluß gehalten. Mehr noch: Aufgrund einer ausdrücklichen Weisung des Universitätspräsidenten Koffler, wonach seine Untergebenen nicht mit der Presse sprechen durften, konnten Gimello, Adamec und Scoville ihrerseits weder die Fragen von Reportern beantworten noch war ihnen gestattet worden, sich im Fernsehen zu rechtfertigen.

Um so mehr zitierten die Zeitungen daher in großzügiger Weise aus dem TJCC-Bericht. Dazu gehörte die strittige Behauptung, daß durch „staatlich gelenktes Vorgehen, gesellschaftliche und arabische Anliegen miteinander zu verquicken, die Verbreitung von (Fortbildungs-) Materialien gefördert wurde." Überdies würde „der größte Teil des Materials – in unterschiedlichem Maße – unmißverständliche Tendenzen und Ungenauigkeiten" aufweisen. Carol Karsch informierte die Fernsehzuschauer auch über die angeblich „systematische Eliminierung von Anschauungsmaterial über Israel" aus dem Fortbildungsseminar. Sie behauptete, dieses Seminar sowie das Institut für Orientalische Studien würden „in ihrer Position als Fürsprecher nur für eine Seite eines schwierigen, komplexen politischen Problems auftreten."

An jenem Morgen, als die Presse ihre Story publizierte, erhielt Sheila Scoville eine Reihe Telefonanrufe von Zeitungs- und Fernsehreportern. Alle wollten sie wissen, wie das Nahost-Institut die Streitigkeiten beurteilte. „Aber ich durfte ihnen nichts sagen", erinnerte sich Scoville später, denn sie fühlte sich noch immer an die ihr von Präsident Koffler auferlegte Schweigepflicht gebunden. Auch Robert Gimello war ähnlich frustriert und schrieb schließlich einen langen Brief an Koffler. Er sagte, daß einer der vielen Reporter, die ihn den ganzen Tag über vergeblich zu erreichen versuchten, ihn dann schließlich spät abends erwischt hatte. „Von dem, was mir der Reporter erzählte – und wie es an diesem Morgen auch im *Star* veröffentlicht

worden war – stand für mich fest, daß dem Journalisten die Dokumente des Rates der Jüdischen Gemeinde von Tucson zur Verfügung standen", schrieb Gimello. Als Leiter des Instituts für Orientalische Studien hatte er den Reporter sogar soweit abgewehrt, „daß ich seine Frage, ob wir jemals offiziell auf den TJCC-Bericht reagiert hätten, nicht beantwortete. Ich hielt – nach den Feststellungen des Instituts für Orientalische Studien – meine kurze und völlig unvorbereitete Bemerkung jedoch für notwendig, da sich das Nahost-Fortbildungsseminar keinesfalls – wie behauptet wurde – von israelfeindlichen, pro-arabischen Vorurteilen leiten ließ. Der Reporter hatte ja die gesamte Zusammenstellung mit den Anschuldigungen und Argumenten der Jüdischen Gemeinde von Tucson in seinen Händen."

Gimello hatte versucht, die Grundregeln des Entscheidungskomitees zu befolgen und sich jeglicher öffentlicher Auseinandersetzung mit dem Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson zu enthalten. „Der TJCC hatte seinerseits diese Regeln aber nicht befolgt", bemerkte Gimello. „Diesen letzten Presserummel betrachte ich daher nur als Auftakt einer neuen Serie weiterer Vertrauensbrüche."

Für Gimellos Institut hatte sich die Situation äußerst nachteilig entwickelt. „Die Anschuldigungen gegen uns waren in allen Details und in ihrer ganzen Niederträchtigkeit vor aller Öffentlichkeit ausgebreitet worden. Daher wird es für meine Kollegen und auch für mich zukünftig sehr schwierig sein, uns – zum Zwecke unserer eigenen Verteidigung – mit rechtfertigenden Äußerungen weiterhin zurückzuhalten." Gimello vertrat den Standpunkt, daß Fairness und Erfolg des Entscheidungsprozesses nur gewährleistet werden können, wenn „beide Seiten die Spiellregeln beachten". Gimello fügte noch hinzu, daß die TJCC-Anschuldigungen nicht nur „unwahr und widerlich bis dorthinaus" waren, sondern daß „sie uns zu vernichten drohten". Seiner Meinung nach sollte es die Universität nicht nur bei der bloßen Ankündigung belassen, daß ein Schlichtungsverfahren im Gange sei. Es müsse in diesem Stadium auch etwas zu Gunsten des Institutes gesagt werden. In diesem Sinne schloß Gimello seinen Beschwerdebrief an den Universitätspräsidenten: „Somit brauchen wir jetzt dringend Ihre Hilfe!"

Während durch die vereinbarte „Mundsperren-Verordnung" es die Vertreter des Instituts für Orientalische Studien weiterhin unterlassen hatten, der Presse aufklärende Gegendarstellungen anzubieten, haben zwei Tucsoner Tageszeitungen ihrerseits ver-

schiedene Lehrkräfte ausfindig gemacht, die an Scovilles Kurs teilgenommen hatten und bereit waren, die Leiterin des Nahost-Fortbildungsseminars in Schutz zu nehmen. Ein Lehrer bekundete, daß ihm die Anschuldigungen der Jüdischen Gemeinde beinahe wie eine „öffentliche Aburteilung" vorkamen. Eine andere Lehrerin widersprach der Behauptung, wonach im Fortbildungsseminar angeblich Propagandamaterial an die Kursteilnehmer verteilt worden sei, das sie ihren Schülern weitergeben sollten: „Dadurch würden wir ja wie ein Haufen Dummköpfe dastehen", wehrte sich die von der Presse befragte Lehrkraft.

Im übrigen würden ihr die Anschuldigungen „ein Rätsel aufgeben. Ich kann mir nur denken, daß wir vielleicht von ganz verschiedenen Seminaren sprechen. Ich habe jedenfalls von all dem überhaupt nichts bemerkt." Die Lehrerin bezeichnete sich selbst als „israelfreundlich", und sie stellte abschließend fest, daß Sheila Scoville ihren Fortbildungskurs mit einer kurzen Videodokumentation über die Gründung Israels abgeschlossen habe. Dieser Film war „sehr fair und äußerst ausgewogen".

Einer der Vorwürfe des TJCC zielte dahin, daß auf den Landkarten, die bei Scovilles Kursen benutzt wurden, Israel nicht eingezeichnet war. Auch dazu nahm die befragte Lehrerin Stellung: „Natürlich war Israel nicht drauf; denn die Landkarte zeigte das Ottomanenreich – und Israel gehörte nun mal nicht zum Ottomanenreich." Ein Bibliothekar, der ebenfalls an dem Nahostkurs teilgenommen hatte, kommentierte: „Wenn da jeder zur Schulaufsicht gehen kann und – ohne vorherige Erkundigungen – dann solche Maßnahmen ergriffen werden, so finde ich das furchterregend."

Mit Ausnahme dieser Kommentare, wurde durch die üblichen Presseberichte über die anstehenden Streitigkeiten das Nahostzentrum abermals in ein schiefes Licht gerückt. Und das begann – wie eingeplant – zwei Wochen vor der Zusammenkunft des entscheidenden Expertengremiums. Aber auch hierzu machte Carol Karsch – offenbar vorbauend – in ihren Interviews bereits klar, daß der Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson von seinem ursprünglichen Versprechen, sich an die Entscheidung der Schlichtungskommision zu halten, inzwischen wieder abgerückt sei. In einer im *Arizona Star* veröffentlichten Erklärung offenbarte Carol Karsch vorab schon ihre Meinung über die Entscheidung des Gelehrtenkomitees: „Wir haben einem solchen Komitee überhaupt nicht zugestimmt. Punkt."

Gimello war schockiert über diese Behauptung. Zu Reportern

sagte er: „Ich dachte, wir hätten vor ein paar Monaten mit dem Ratspräsidenten (des TJCC) alles vereinbart. Und wenn sie jetzt sagen, daß es gar keine Vereinbarung gegeben hätte, so überrascht mich das doch sehr." In der Tat widersprach die Behauptung von Carol Karsch der Zusicherung, wie sie (seitens des TJCC) vorher auch dem Universitätspräsidenten Koffler gegenüber gemacht worden war. Diese Zusicherung ist im übrigen in einem Brief von Koffler an den Repräsentanten McNulty vom 18. April dokumentiert: „Ich konnte sowohl das Institut wie auch den Rat (TJCC) überzeugen, sich den Regelungen eines unabhängigen Expertengremiums zu unterwerfen."

Spätestens am 19. Juli war klargeworden, daß der TJCC Koffler inzwischen überredet hatte, seine Vollmachtserteilung an die Entscheidungskommission neu zu definieren. In einem gemeinsamen Statement mit dem TJCC-Präsidenten Sol Tobin erklärte Koffler, das Gelehrtengremium sei lediglich ein „Teil des Fakten-suchenden Prozesses". Es würde keine bindende Entscheidung treffen, sondern lediglich „die Universität im Zusammenhang mit dem Fortbildungsseminar beraten".

Die vier Gelehrten trafen sich schließlich in einer geschlossenen Sitzung vom 29. Juli bis 1. August. Dazu waren vor dem Gremium Vertreter des TJCC erschienen, die ihre Anschuldigungen vortrugen; in einer separaten Anhörung verteidigten dann Mitglieder des Zentrums für Nahost-Studien das Fortbildungsseminar. Die Gelehrten entwarfen dann ihren Bericht und legten ihn Präsident Koffler vor. Sie durften für sich selbst keine Kopien zurückbehalten. Es wurden auch keine Kopien verteilt.

Dann erlebten die Beschuldigten ihre große Überraschung: Präsident Koffler weigerte sich plötzlich, den Bericht des Gremiums freizugeben. Statt dessen benannte er – mit Genehmigung des Rates der Tucsoner Jüdischen Gemeinde – überraschenderweise den Professor für Rechtswissenschaften Charles Ares von der Universität Arizona, für die Universität eine „zweite Phase" der Untersuchung durchzuführen. Der Präsident hatte entschieden, daß der Bericht des Entscheidungsgremiums erst dann freigegeben werden soll, wenn die zweite Phase der Prüfung abgeschlossen sein würde.

Scoville, Adamec und Gimello – die den Bericht des Entscheidungsgremiums, von dem sie ihre Rehabilitierung erwarteten, nicht zu sehen bekamen – wurden jetzt gebeten, Ares bei seinen umfangreichen Nachforschungen aller TJCC-Anschuldigungen,

die nicht vom Gelehrtenkomitee ausgeklammert worden waren, zu unterstützen. Dazu gehörten Themen wie Finanzierungsmittel, Verwaltung und Überwachung des Fortbildungsseminars – und auch die Frage, ob die „erweiterte Antwort" des Instituts für Orientalische Studien in ihrem vollständigen Inhalt vom gesamten Lehrkörper des Instituts anerkannt und unterzeichnet worden war.

Laut Aussage von Scoville, wurde sie als Koordinator des Fortbildungsseminars durch Ares zunächst um Kopien ihrer Korrespondenz gebeten sowie um Kopien der Finanzunterlagen, einschließlich der Konten des *Nahost-Fortbildungsrates*, dessen Finanzabteilung sie geleitet hatte. „Er schnüffelte auch in meinem Privatleben herum und wollte meine Moral erforschen", sagte sie, ohne auf weitere Einzelheiten näher eingehen zu wollen. Von Gimello wollte Ares wissen, welche Professoren bestimmte Abschnitte der schriftlichen Verteidigung des Institutes für Orientalische Studien verfasst hatten. Gimello weigerte sich jedoch, die Namen der Mitautoren preiszugeben.

Der Gipfel der ganzen Unverfrorenheit war aber erst erreicht, als Ares jetzt damit begann, Gimello über die *Middle East Studies Association* (MESA) auszufragen. Hierbei handelte es sich um eine internationale Vereinigung von Nahostgelehrten, die ihren Stammsitz seit 1981 an der Universität von Arizona etabliert hatte. Durch die Schnüffeleien in die Finanzsituation der MESA sah sich Gimello veranlasst, energisch gegen den Umfang der neuerlichen Nachforschungen zu protestieren. In seinem Schreiben an Ares betonte Gimello, daß er seine Fragen über die MESA nur mit Gewissensbissen beantworten könne. Und dafür wolle er ihm seine Gründe näher erläutern: „Ich vermute, daß Sie – nicht etwa durch eigenes Verschulden – sich nicht voll dessen bewußt sind, was Sie da fragen." Weiter heißt es in dem Brief:

„Seit Beginn dieser Kontroverse sind meine Kollegen und ich überzeugt, daß die von unseren Gegnern gegen das Fortbildungsseminar erhobenen Anschuldigungen nur ein Vorwand waren, ein Startschuß sozusagen für ein abgekartetes Vorgehen, wodurch auch andere Nahost-Aktivitäten unseres Seminars und der Universität kontrolliert bzw. abgewürgt werden können. Kozolchyk und Co. haben dies zwar wiederholt abgestritten. Aber wir haben – offen gesagt – ihnen nicht geglaubt. Ihre heutigen Fragen über die MESA bestätigen unsere Zweifel. Fragen über die Existenz der MESA an der Universität von Arizona, ein-

schließlich Ihrer Fragen über deren Finanzen, bewegen sich außerhalb der Rechtmäßigkeit Ihrer Nachforschungen, und gehen sogar über die Forderungen des TJCC hinaus. Ich kann mich beim besten Willen nicht an Maßnahmen unserer Kritiker beteiligen oder sie gar unterstützen, mit denen sie ihre Schmähungen über die von ihnen selbst gezogenen Grenzen hinaus ausdehnen."

Gimello sagte weiter, daß nach seiner Meinung die Forderung des TJCC nach Einbeziehung der MESA in die Nachforschungen „einen völlig ungerechtfertigten Versuch der Einmischung in Universitätsangelegenheiten und eine Beeinträchtigung der Freiheit der Wissenschaft" darstellten.

Als der MESA-Geschäftsführer Michael Bonine vom Start der Untersuchungen gegen seine Organisation erfahren hatte, schrieb er an den Uni-Präsidenten Koffler einen Brief in noch deutlicherer Sprache „Ich bin äußerst beunruhigt allein über die Tatsache, daß – aufgrund der Ermahnungen und des Drucks seines Kollegen Dr. Kozolchyk – Professor Ares nunmehr auch über die MESA Nachforschungen anstellt. Sicher würde es den Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson nicht stören, auch den Ruf der MESA und ihrer Position innerhalb der Universität von Arizona zu zerstören.

Die Anschuldigungen des TJCC sind unverantwortlich, und seine Taktiken sind verwerflich: unerlaubte heimliche Tonbandaufzeichnungen; boshafte Verleumdungen und Unterstellungen gegenüber dem Leiter und Koordinator des Fortbildungsseminars; Verletzung der Schweigepflicht, wenn es ihren Zwecken dient; Etablierung von *Spionen* in den Klassen; Verleumdung des vormaligen Leiters des Instituts für Orientalische Studien; einem Schiedsgericht zuzustimmen, um anschließend die Verwaltung unter gehörigen Druck zu setzen, den Umfang der Untersuchung weiter auszudehnen.

Was mich beim letzten Punkt am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, daß der TJCC erwiesenermaßen genügend Einfluß und Macht ausübt, um nicht nur den Verfahrensablauf zu diktieren, sondern auch dessen *Regeln* zu ändern."

Anfänglich hatte auch Adamec gutgläubig die Untersuchungen von Prof. Ares unterstützen wollen. Als die Nachforschungen aber auch auf die MESA und das Privatleben von Sheila Scoville ausgedehnt wurden, schreckte er zurück. Er schrieb an Ares: „ Mittlerweile ist die Forderung des TJCC, Dr. Scoville zu entlassen und das Nahostzentrum wegen seiner angeblich israel-

feindlichen Einstellung zu schließen, im ganzen Land bekannt geworden." Da der TJCC seinen Vorwurf des Anti-Israelismus aber nicht untermauern konnte, geht er jetzt auf „Fischfang":

„Ihnen oder der Universitätsverwaltung", so fährt Adamec fort, „scheint noch nicht der Gedanke gekommen zu sein, daß Workshops, Klassen, Konferenzen, Seminare und ähnliche Einrichtungen keiner politischen Zensur unterliegen. ... Das Entscheidungsgremium hat bereits getagt, und wir wissen, daß wir rehabilitiert wurden. Deshalb werten wir eine Fortsetzung dieser Untersuchung als Schikane und politische Hetzjagd."

Parallel zu den geschilderten Belästigungen, hatte auch die Vereinigte Schulverwaltung von Tucson (Tucson Unified School District, TUSD) mit einer eigenen Untersuchung des Fortbildungsseminars der Arizona University begonnen. Die TUSD-Bewilligungsbeamtin Sylvia Campoy, die mit dieser Aufgabe betraut wurde, erklärte der Presse gegenüber: „Wir müssen uns an Artikel VI (Bürgerliches Recht) halten. Danach werden wir keine Vorurteile oder Diskriminierungen zulassen, die sich gegen bestimmte Rassen, Glaubensbekenntnisse oder Hautfarben richten."

Ohne die Freigabe des Berichtes der Entscheidungskommission abzuwarten, kam die Tucsoner Schulaufsichtsbehörde am 13. September mit ihren eigenen Feststellungen heraus. In dem 11seitigen Bericht, erweitert durch Anlagen, die wortwörtlich den TJCC-Anschuldigungen entnommen worden waren, heißt es: „Die Aktivitäten des Nahost-Fortbildungsseminars scheinen von schwerwiegenden Vorurteilen diktiert zu sein, die entschieden israelfeindlichen und pro-arabischen Charakter haben." Der Bericht beschuldigte Sheila Scoville, sie habe – um bei ihrem „Betrachtungskurs über den Nahen Osten" auf den arabisch-israelischen Konflikt nicht näher eingehen zu müssen – vorbedacht nur den historischen Zeitraum bis zum Jahre 1948 (Gründung Israels) behandelt: „Die Auswahl der Daten und Texte ist bezeichnend für die tendenziöse Zielsetzung des Fortbildungsseminars, wobei jegliche Information über Israel, die einen Vergleich mit den arabischen Ländern bieten würde, ausgeschlossen wird."

Der Bericht fährt fort: „Generell scheint das Fortbildungsseminar innerhalb des Schulbezirks nicht genehmigte Aktivitäten von hochpolitischem Charakter zu betreiben. Die sich daraus ergebende Gefahr für die sonst so harmonischen Religions- oder Rassenbeziehungen unter den Lehrern, Schülern und sogar den

Eltern ist gefährlich und wirklich nicht notwendig. TUSD (Vereinigte Schulverwaltung von Tucson) toleriert nicht die Verwendung von tendenziösen Materialien, welche die Diffamierung einer Kultur, Rasse, Geschlechts oder Religion fördert, um dadurch das Ansehen einer anderen Kultur, Rasse, Geschlechts oder Religion aufzuwerten."

Während die Ergebnisse des Entscheidungsgremiums weiterhin unter Verschluß gehalten wurden, hatte die Presse weidlich Einzelheiten aus dem Bericht der Tucsoner Schulbehörde sowie aus den Anschuldigungen des TJCC zitiert, auf denen der Schulreport basierte. Im *Arizona Daily Star* war die Schlagzeile zu lesen: „TUSD behauptet: Unterrichtsmittel des Nahost-Zentrums der UA (University Arizona) *pro-arabisch*!" Die Autorin des Berichts, Sylvia Campoy, beschwerte sich mit eigenen Worten, daß Scovilles Betrachtungen über den Nahen Osten „offenkundig pro-arabish und unterschwellig israelfeindlich" waren und daß „die israelische Regierung offensichtlich nicht um entsprechendes Material gebeten wurde" (für einen Zeitraum vom Jahr 600 bis 1948, als der Staat Israel noch gar nicht existierte). Der *Daily Star*-Reporter hatte es unterlassen, das Seminar für Orientalische Studien um eine Stellungnahme zu den TUSD-Vorwürfen zu bitten. Er erwähnte in seinem Artikel lediglich, daß die „Funktionäre des Instituts für Orientalische Studien die wegen tendenziöser Beeinflussung und Propaganda gegen sie erhobenen Beschuldigungen zurückgewiesen haben."

Und wieder schrieb Adamec einen verärgerten Brief, diesmal an den Chefredakteur des *Daily Star*: „Ich bin höchst erstaunt, daß Sie diese Anschuldigungen ohne jeden Versuch, auch die *andere Seite* der Geschichte zu beleuchten, abgedruckt haben." Adamec stellte die logische Frage, wie ein Kurs, der sich mit jenem historischen Zeitabschnitt beschäftigte, da Israel noch gar nicht gegründet war, „gegen Israel voreingenommen" sein könne. Außerdem sagte er, daß die im Kurs verwendeten Texte keinesfalls von „Ölgesellschaften oder aus arabischen Regierungsquellen stammen, wie Sie in Ihrem Artikel behaupteten". Es gab auch nichts „Anomales" im Zusammenhang mit der Rückerstattung des Unterrichtshonorars. Das ist im Bildungskollegium der Universität durchaus gebräuchlich. Adamec beendete seinen Brief mit den Worten:

„Wir sehen ein, daß die Nahost-Studien gegenwärtig ein heißes Eisen sind, und daß Menschen mit emotionaler Verbindung zur einen oder anderen Kaste in Israel versuchen, unsere Aktivi-

täten in bestimmte Bahnen zu lenken. Als erzieherische Institution können wir dies aber nicht zulassen." Diese letzten Zeilen waren aus der gedruckten Version, die neun Tage später erschien, herausgestrichen worden.

Die Zeitung *Tucson Citizen* brachte aber wenig später einen ausgewogeneren Artikel mit dem Titel: „Vorwurf der Voreingenommenheit bei Vorlesung in Universität als unbegründet bezeichnet". In dem Artikel wurden Gimellos Worte wiedergegeben, wonach er „höchst erstaunt" gewesen sei über den Bericht der Schulaufsichtsbehörde. In der gleichen Publikation wies auch der ehemalige Direktor des Instituts für Orientalische Studien, William Dever, darauf hin, daß Campoy nicht genügend qualifiziert wäre, um angebliche Tendenzen im Studienprogramm des Nahost-Instituts feststellen und beurteilen zu können. Unter Hinweis auf die Ähnlichkeit des Berichtes der Tucsoner Schulbehörde mit jenem der Jüdischen Gemeinde, sagte Dever: „Es sind dieselben unbegründeten Vorwürfe, die hier Wort für Wort und ohne handfeste Beweise wiederholt werden."

„Keinerlei Anzeichen für systematische Beeinflussung"

Am 23. September hatte Präsident Koffler – nach nahezu zwei Monaten Anspannung – endlich den Bericht des höchsten Entscheidungsgremiums freigegeben. Durch diesen Bericht waren die Lehrkräfte des Nahost-Fortbildungsseminars vollkommen rehabilitiert worden.

In seiner Stellungnahme betonte das Entscheidungsgremium, daß es in dem Material des Fortbildungsseminars „keinerlei Anzeichen für systematische Beeinflussung" entdeckt habe. Es fand auch keine unverholene „politische Voreingenommenheit" – weder in der Auswahl noch bei der Präsentation oder der Verteilung des Materials. Im Gegenteil: „Die Auswahl des Materials zeuge generell von Sachkenntnis und dem guten Willen des Koordinators." Die Gelehrten des Entscheidungsgremiums stellten vor allem fest, daß „durch die Fortbildungsaktivitäten an der Universität von Arizona keine Interessen irgendeiner politischen Gruppierung, eines oder mehrerer Staaten bevorzugt behandelt wurden. Wir stießen auch in der Fortbildungs-Bibliothek auf keinerlei Beweise, die auf die Herabsetzung irgendeiner politischen Gruppe, eines oder mehrerer Staaten hingedeutet hätte."

Hinsichtlich der im Fortbildungsprogramm teilweise verwendeten ausländischen Regierungspublikationen und Materialien, die von Körperschaften gesponsert wurden, bestätigte das höchste Entscheidungsgremium, daß „diese Materialien in Verbindung mit den entsprechenden Erläuterungen sich für Studienzwecke durchaus eignen." Bezugnehmend auf die Unterstellung des TJCC, daß das Seminar unangebrachterweise versuche, das Image der Araber zu verbessern, fand das Gremium, daß „an diesem Ansatz oder dieser Aktivität an sich nichts falsch ist. Das Gremium findet auch nichts Nachteiliges in dem Bestreben, Klischeevorstellungen zu beseitigen." Beschuldigungen, wonach verschiedene im Fortbildungsseminar verwendeten Bücher oder Statements „die Absicht einiger arabischer Staaten untermauern würden, Israel aus der Völkerfamilie zu verstoßen", erwiesen sich nach Ansicht des Gremiums als „völlig unbegründet".

Das Entscheidungsgremium widerlegte praktisch jede einzelne Anschuldigung, die das TJCC gegen das Fortbildungsseminar erhoben hatte, mit der Einschränkung, daß das im Workshop verwendete Material „uns als oberflächlich und einfallslos vorkam. Das mag wohl", wie das Gremium hinzufügte, „damit zusammenhängen, daß die Bibliothek des Fortbildungsseminars, in der wir unsere Auswahl trafen, leider sehr klein war." Das Entscheidungsgremium sollte auch die Aufsicht und Struktur des Fortbildungsseminars analysieren. Hier kam es zu dem Schluß, daß „eine bessere Kontrolle über die Auswahl und Verwendung des Fortbildungsmaterials die Effektivität des Seminars erhöhen würde. Die Verantwortung für das Seminar kann durch ein Komitee besser wahrgenommen werden als durch eine Einzelperson." Schließlich enthielt der Bericht des Entscheidungsgremiums noch spezielle Empfehlungen zur eventuellen Umstrukturierung des Fortbildungsseminars, damit es sich zu einem ausgedehnteren interdisziplinarischen Wissenszweig innerhalb der Fakultät entwickelt.

Nach Beantwortung der ihnen vorgelegten Fragen, wendeten sich die vier Gelehrten dann dem allgemeinen Thema der aka demischen Unabhängigkeit – dem verbürgten Recht der Lehrfreiheit zu. Dieser Abschnitt des Berichtes, etwa fünfeinhalb Seiten lang, war eine diplomatisch abgefaßte Verurteilung der Taktiken des Tucsoner Rates der Jüdischen Gemeinde. Hier ein Ausschnitt:

„Das TJCC hat sein Recht zur Befragung der Universität

wahrgenommen, und die Universität hat rückhaltlos und umfassend geantwortet. Der TJCC ist berechtigt, den Standpunkt der Universität anzuzweifeln und diese Zweifel bekanntzugeben. Die Forderung allerdings, wonach die schwebende Sache nur dann abgeschlossen werden könne, wenn die Maßnahmen der Universität auch mit den Forderungen des TJCC in Einklang stehen, bedeutet die Überschreitung einer unverrückbar festgelegten Demarkationslinie. Das würde über das verbürgte Recht, Fragen stellen zu dürfen und informiert zu werden, weit hinausgehen – und dem unrechtmäßigen Anspruch auf Kontrolle und Zensur entgegenkommen. Der TJCC hat diese Grenze jetzt erreicht. Und wenn er auf seinen Forderungen weiterhin beharrt, kann dies nur noch als ein Vorgehen angesehen werden, die Autonomie der Universität zu untergraben – als ein Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Mitglieder des TJCC die akademische Unabhängigkeit nicht verletzen wollten; dennoch werden nach unserer Beurteilung seine neuerlichen Einwendungen in der Öffentlichkeit als Schikane angesehen. Und, leider, werden sich für uns alle – die Universität und die Gemeinde – diese Vermutungen der Öffentlichkeit als begründet erweisen."

Dann verteidigte der Bericht des Gelehrtengremiums Sheila Scoville als koordinierende Leiterin des Fortbildungsseminars. In seiner damit verbundenen Zurechtweisung des TJCC hatte das Gremium beanstandet, daß Sheila Scoville als „Kernpunkt des Problems" hochstilisiert wurde.

„Dies hätte man nicht zulassen dürfen, und der angerichtete Schaden ist jetzt nur noch schwer zu beheben. Die Integrität einer Frau, die auf erforderliche akademische Referenzen verweisen kann und die als anerkanntes Mitglied der Universitätsgemeinschaft handelte, ist in Frage gestellt. Nicht ihre Kompetenz, sondern ihre Integrität. Wir vertrauen darauf, daß alle betroffenen Parteien – auch wenn sie alles andere ablehnen – wenigstens soviel akzeptieren, daß diese mißliche Situation bereinigt wird. Unsere akademische Unabhängigkeit wäre bedeutungslos, wenn sie nicht den Einzelnen schützt, dessen Ideen – ebenso wie das von ihm gewählte Betätigungsfeld – von manchen Kreisen vielleicht als unpopulär betrachtet werden."

Der von Charles Ares, Professor der Jurisprudenz, gesondert erstellte Untersuchungsbericht untermauerte – zum Erstaunen derer, die Ares auf der Seite der Jüdischen Gemeinde wähnten – die Ergebnisse des einberufenen höchsten Gelehrtengremiums.

Auch Ares konnte in Sheila Scovilles „Betrachtungskurs über den Nahen Osten keinen Beweis entdecken, daß bestimmte Meinungen überbewertet wurden oder die Lehrkraft versucht hätte, die Unterrichtspläne für die Kursteilnehmer zu manipulieren, damit sie sich mit solchen Meinungen decken."

Ares fand keinerlei Unregelmäßigkeiten bei der Rückvergütung von Studiengebühren für Lehrer, die an dem Kurs teilgenommen hatten. Auch die von der Jüdischen Gemeinde beanstandete Diskriminierung bei den Einschreibungen konnte Ares nicht erkennen. Sheila Scoville hatte auch nicht, wie ihr vom TJCC vorgeworfen worden war, danach getrachtet, etwa „die Lehrplanmethoden eines Schulbezirkes (durch ihre eigenen) zu ersetzen." Ares schrieb: „Bei allen zur Verfügung stehenden Beweisen gibt es keinen Grund zur Annahme, daß es Ungesetzlichkeiten weder bei der Vorbereitung noch bei der Durchführung der Studienveranstaltungen gegeben hat."

Ares entdeckte überdies keinerlei Ungesetzlichkeiten in der Finanzierung oder Schirmherrschaft des Nahost-Fortbildungsseminars. Während einige Subventionen für das Nahost-Zentrum von Ölgesellschaften wie Mobil und Exxon stammten, fand Ares nichts „Ungewöhnliches" an diesen für allgemeine Zwecke gewährten Zahlungen.

Hinsichtlich der Frage, warum nicht sämtliche Mitglieder des Instituts für Orientalische Studien dessen erweiterte Stellungnahme unterzeichnet hatten, so war dieser Aspekt der Untersuchung durch Gimellos Weigerung vereitelt worden; denn er hatte es abgelehnt, die jeweiligen Autoren, die mit der Ausarbeitung spezieller Antworten befaßt waren, namentlich bekanntzugeben. Selbst Ares schien die mit seiner eigenen Frage verbundene Ungehörigkeit bemerkt zu haben. Denn er schrieb:

„Es gibt offenbar keinen Zweifel, daß die (strittige) Antwort mit voller Rückendeckung der Fakultät des Instituts erteilt worden war. Es wurde (seitens des TJCC) darauf gedrängt, daß einzelne Mitglieder der Fakultät befragt werden, wahrscheinlich um herauszufinden, ob sie jedem Statement zu jeder einzelnen darin enthaltenen Buch-Inhaltsbeschreibung zustimmen. Das ist übertrieben. Es handelt sich hier um hervorragende Gelehrte von eigenverantwortlicher Unabhängigkeit. Ohne zumindest die Spur eines Beweises zu erkennen, daß die Antwort nicht wenigstens von einer beträchtlichen Mehrheit des Instituts genehmigt würde, wäre ein solches Vorgehen, diese Gelehrten jetzt ins Kreuzverhör zu nehmen, äußerst destruktiv."

Dann wandte Ares sich den Tonbändern von Scovilles Bemerkungen zu, die eine TJCC-"Wanze" heimlich während ihres Workshops für Lehrer 1982 aufgezeichnet hatte. Der TJCC hatte davon eine Teilniederschrift angefertigt, um damit Sheila Scovilles „Voreingenommenheit" beweisen zu können. Diese Aufzeichnungen waren dem Rechtsgelehrten Prof. Ares zur Verfügung gestellt worden. Das höchste Entscheidungsgremium hatte diese Bänder jedoch nicht bekommen. Ares bemerkte dazu: „Diese (Tonbänder) erörtere ich aus verschiedenen Gründen: (1) Die Teilniederschrift wurde verteilt, aber vom Gremium nicht berücksichtigt. (2) Eine Teilniederschrift ist selbstverständlich nur eine Auswahl und vermittelt daher keinen Eindruck vom gesamten Tenor des Vortrages. (3) Die Tonbandaufnahmen entstanden ohne vorherige Zustimmung oder Kenntnis des Vortragenden im Workshop, und das beeinträchtigt den akademischen Frieden selbst in der geringsten Dosis. Trotz schwerwiegender Bedenken, diese Bänder, welche unter derartigen Umständen aufgenommen wurden, abzuhören, kam ich letztendlich zu dem Schluß, daß der Schaden an der Glaubwürdigkeit des wahrheitsermittelnden Prozesses größer sein würde als der zunehmende Schaden für unsere akademische Unabhängigkeit, die ohnedies schon stark darunter gelitten hat.

Aus diesem Grunde habe ich mir die Bänder angehört und die Teilniederschrift gelesen. Vorher hatte ich Frau Dr. Scoville geraten, sich gleichermaßen damit zu beschäftigen, was sie aber ablehnte."

Ares gab dann sein Ergebnis bekannt: „Durch den Inhalt der abgehörten Bänder und der gelesenen Teilniederschrift kann die Feststellung des Entscheidungsgremiums, wonach es keine erkennbare politische Voreingenommenheit gegeben hat, nicht widerlegt werden."

Trotz der Widerlegung der TJCC-Anschuldigungen in zwei voneinander unabhängigen Berichten, schien der Begleitbrief von Präsident Koffler, in dem die Ergebnisse zusammengefasst waren, darauf abzuzielen, die Niederlage des TJCC wenigstens rückschauend in einem halbwegs guten Licht erscheinen zu lassen. Den Abschnitt seiner Zusammenfassung mit der Überschrift „Ergebnisse" eröffnete Koffler wie folgt: „Der Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson war mit Recht besorgt, daß es für das Fortbildungsseminar keine geeignete Aufsicht gegeben hätte." Bereits im nächsten Satz hat Koffler es aber dann geschafft, die bedeutenden und kritischen Punkte der Untersu-

chung – zum Trost für den TJCC – als nebensächlich hinzustellen: „Während die Auswahl der Unterlagen ohne Voreingenommenheit erfolgte, stellt das Gremium fest, daß ihm das gedruckte Material im allgemeinen als oberflächlich und einfallslos erscheint." Koffler beendete seinen Begleitbrief mit einer gedämpften Kritik an der TJCC-Attacke gegen Sheila Scoville:

„Schwerwiegende Bedenken über die Integrität des Koordinators des Fortbildungsseminars wurden seitens des (Tucson Jüdische Gemeinde) Rates geäußert. Das berufliche Ansehen einzelner Personen, die in sensiblen Bereichen arbeiten, ist immer mit erhöhtem Risiko der Kritik verbunden. Deshalb obliegt es jedem Kritiker, bei seiner Urteilsfindung, die beruflichen und persönlichen Schaden anrichten könnte, besondere Sorgfalt und Fairness walten zu lassen. Aus diesem Grunde halte ich es für wichtig, die Aufmerksam speziell auf die Tatsache zu lenken, daß – nach dem Urteil des Gremiums – bei der Auswahl und Verteilung des vom Koordinator benutzten Anschauungsmaterials keine offenkundigen politischen Tendenzen festgestellt werden konnten."

Der Bericht des höchsten Entscheidungsgremiums stellt – zusammen mit Ares' Untersuchungsergebnissen – eine eindeutige Rehabilitierung des Nahostzentrums und seines Fortbildungsseminars dar. Von den vielen und verschiedenen Änderungen, die der TJCC veranlaßt hatte, konnte nur eine standhalten: Das Seminar würde – so hieß es – durch eine Neustrukturierung und umfassendere Überwachung profitieren! Tatsächlich war das Institut für Orientalische Studien aber bereits im vergangenen Frühjahr zu diesem Schluß gekommen und hatte lediglich die Empfehlungen des Gremiums abgewartet, um dann seine eigenen Reformen durchzuführen. Präsident Koffler stellte hierzu fest, daß die Universität vorschlug, außer diesen Reformen keine weiteren Maßnahmen durchzuführen.

Als sie nach der Freigabe der beiden Berichte im Fernsehen interviewt wurden, waren Gimello und Adamec der Ansicht, daß sie jetzt rehabilitiert seien. Gleichermaßen beanspruchte aber auch Carol Karsch bei ihrem Auftritt vor der Kamera den Sieg:

„Ach – dieser Bericht ist alles andere als eine Rehabilitierung des Nahostzentrums. Tatsache ist, daß es – wenn Sie den Bericht sorgfältig lesen – er unsere Bedenken bestätigt, wonach es eben nicht richtig gemanagt wurde. Die Darstellungen über den Nahen Osten müssen – einschließlich Israel – akkurat sein; sie

müssen fair sein; und sie müssen sich vereinbaren lassen mit unseren amerikanischen Idealen. Dies ist nicht der Fall gewesen. Es bleibt also abzuwarten, wie die Universität sich anschickt, dies zu handhaben."

Ein anderer Sprecher des TJCC, Mark Kobernic, wurde in einer Radio-Nachrichtensendung mit seinen Worten zitiert: „Wir glauben selbstverständlich nicht, daß das Studienprogramm in irgendeiner Form rehabilitiert wurde, da es ja – wie gehabt – fortgesetzt werden soll."

Carol Karsch veröffentlichte in der jüdischen Wochenzeitung *Arizona Post* selbstpreisend ihre eigene „Analyse". Mit der Behauptung, daß „die Jüdische Gemeinde von Tucson in den letzten zwei Jahren einem schweren Problem gegenüberstand", argumentiert sie folgendermaßen:

„Durch unsere Nachforschungen sowie jenen der Anti-Diffamierungs-Liga und des Amerikanisch-Jüdischen Komitees werden die Anschauungsmaterialien über den arabisch-israelischen Konflikt als voreingenommen und propagandistisch, mit starker pro-arabischer und israelfeindlicher Tendenz bewertet. Das Gremium ist der Meinung, das Material ist nicht wissenschaftlich, und charakterisiert es als *oberflächlich und einfallslos*; *kein Tiefgang*, und am wichtigsten enthält es häufig nur bloße *Meinungen.*"

Das war offensichtlich Karschs Version der Feststellungen des Gelehrtengremiums, die in Wirklichkeit aber etwas anderes sagen möchten, nämlich: „Obwohl gewisse Passagen aus den von uns überprüften Arbeiten so ausgelegt werden könnten, als ob sie bestimmte Meinungen zum Ausdruck brächten, finden wir keine systematische Voreingenommenheit in den Arbeiten."

Demgegenüber tischt Carol Karsch immer wieder mit neuen Argumenten auf: „Wir dürfen uns nicht in einer Schlacht von Wortklaubereien verlieren. Ob nun die pro-arabischen Materialien als *voreingenommen* bezeichnet werden oder ob gesagt wird, daß sie nur eine *Meinung* darstellen – so bleibt der Effekt doch derselbe."

Dann erhob Carol Karsch plötzlich diese alarmierende Forderung: „Der Hauptanstoß in Dr. Kofflers Bericht war das Eingeständnis, daß radikale Änderungen im Fortbildungsprogramm dringend notwendig seien." Zum Abschluß ihrer Forderung malte Carol Karsch wieder das Gespenst einer anti-jüdischen Verschwörung an die Wand: „Unsere Verantwortung in Tucson ist Teil einer nationalen Herausforderung, den mächtigen und

gut finanzierten Anstrengungen entgegenzutreten, mit denen das arabische Anliegen gefördert und gleichzeitig versucht wird, die Legitimität Israels zu untergraben. Wachsamkeit war schon immer der Preis für die Sicherheit der Juden."

Offensichtlich war die Schlacht noch nicht vorüber, obwohl die Kämpfe bereits zwei Jahre andauerten.

„Es kam wie eine schreckliche Überraschung"

Trotz der Untersuchungsergebnisse von Prof. Ares und jenen des höchsten Entscheidungsgremiums trafen sich am 14. Oktober 1983 die Verwaltungsorgane des Vereinigten Schuldistrikts von Tucson, um offiziell die in Sylvia Campoys Bericht enthaltenen Empfehlungen gegen das Fortbildungsseminar entgegenzunehmen. Nach dem Meeting sagte Campoy in einem Telefoninterview: „Wir haben uns von dem Fortbildungsseminar vollkommen distanziert." Sie sagte, daß den Lehrern Gehalts-Zuschußkredite nicht nur für Scovilles Nahost-Betrachtungskurs, sondern auch für alle anderen zukünftigen Veranstaltungen des Fortbildungsseminars verweigert würden. Im Schulunterricht darf fortan kein Material aus dem Fortbildungsseminar verwendet werden.

Zwei Tage später kritisierten auf einer Vorstandsitzung der Tucsoner Schulbehörde Robert Gimello und William Dever Campoys Bericht. Sie bezeichneten ihn als „schäbig, vorschnell und einseitig". Gimello äußerte der Behörde gegenüber: „Ich hoffe, daß die Geschicke unseres Landes nicht durch eine unkritische Verbeugung vor den Taktiken einer Pressure-Group entschieden werden."

Der Schulverwaltungsrat sprach sich dafür aus, daß alle Lehrer, die an Sheila Scovilles Nahost-Betrachtungskursen teilgenommen hatten, wieder in den Genuß ihres Gehaltszuschußkredites kommen sollten; denn es sei unfair gewesen, diese Kredite rückwirkend zu streichen. Daneben gab es aber keine Diskussion über die zukünftige Politik oder die Entscheidung der TUSD-Adminstration, das Nahost-Fortbildungsmaterial aus dem Unterricht zu verbannen. Merrill Grant stand als Leiter der Schulbehörde natürlich ebenso hinter dieser Entscheidung wie sein Verwaltungsrat.

Die anhaltenden Probleme mit dem Seminar beschränkten sich nicht nur auf die Schulbehörde des Distrikts. Auf einer Ver-

sammlung des Fakultäts-Senats Anfang Oktober sagte Koffler, daß im Zusammenhang mit dem Fortbildungsseminar zwar keine tendenziösen Aktivitäten festgestellt werden konnten. Dennoch fand das Gelehrtenforum einen Grund zur Untermauerung der TJCC-Behauptung; denn das Seminar sei angeblich nicht richtig beaufsichtigt gewesen. Hierzu wurde bemängelt: die Qualität des Fortbildungsseminars hätte nichts aus einer etwaigen Mitwirkung der übergeordneten Fakultät profitieren können. Aus diesem Grunde hatte man jetzt die Bildung eines Ausschusses zur Überwachung der Operationen des Nahostzentrums verfügt. Vor diesem Hintergrund wiederholte Koffler das Ergebnis des Gelehrtengremiums, daß das im Fortbildungsseminar verwendete Material „oberflächlich und einfallslos" sei, und faßte zusammen: „Ein Bericht, der auf Qualitätsmängel in der Arbeit hinweist, kann wohl kaum als Rehabilitierung des Nahost-Zentrums gewertet werden."

Adamec war wütend geworden über diese Feststellung. In einem Schreiben an alle Mitglieder des Fakultäts-Senats sagte er, er empfinde die Anschuldigung, das Fortbildungsseminar sei nicht ordentlich beaufsichtigt gewesen, als „verletzend": „Als Experte für Nahost-Studien habe ich unter meinem Namen fünfzehn Bücher geschrieben und dreißig Jahre hindurch Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt. Die Fortbildungsaktivitäten von Dr. Scoville waren von Funktionären des Erziehungs-Ministeriums als *Modellkurse* gepriesen worden. Und diese hervorragende Bewertung unseres Fortbildungsseminars hat zum guten Teil dazu beigetragen, daß wir – trotz scharfer landesweiter Konkurrenz – die nationale Zehn-Jahres-Subvention gewonnen haben.

Haben wir es daher nötig, von einem Ausschuß überwacht, geleitet und regiert zu werden? Solange der Ausschuß als beratende Körperschaft fungiert, begrüße ich seine Gründung; selbst dann, wenn lediglich das Nahostzentrum die einzige Institution an dieser Universität sein sollte, für die eine *Führung* als erforderlich erachtet würde."

Es zeigte sich aber schon bald, daß der Ausschuß mehr als nur „beratend" sein sollte. In einem Memorandum des amtierenden Dekans der Universität wurde spezifiziert, daß Finanzierungsansuchen und Ausgaben zukünftig von der Genehmigung des Ausschusses abhängig sein würden. Dieser Ausschuß wird auch das Personal des Nahostzentrums „einschließlich seines Direktors", auswählen und überprüfen; er wird die Qualität der Studienpro-

gramme – und vor allem die Lehrmittel des Fortbildungsseminars begutachten. Der Ausschuß sollte zudem alle zukünftigen Vorhaben des Nahostzentrums überprüfen und sogar initiieren. Schließlich sollte er „sämtliche politische Angelegenheiten, die das Zentrum betreffen, überwachen und darauf Einfluß nehmen."

Bei dem zur Überwachung des Zentrums eingesetzten Direktoriums war ursprünglich nur ein Fakultätsmitglied des Kernbereiches Nahost zu finden. Um aber die Einflußnahme der Fakultät noch mehr auszuweiten, war jetzt der Lehrkörper des Nahostzentrums mit Professoren der Institute für Archäologie Südasiens, des Nahen Ostens, der Dürreländer sowie der Anthropologie und der Judaischen Studien vermehrt worden. Alle Mitglieder dieses neuen Überwachungsgremiums erhielten gleiches Stimmrecht.

Für Adamec stand fest, daß durch diese Maßnahmen dem von ihm geleiteten Nahostzentrum die Autonomie entzogen werden sollte, die er bis dahin noch mit allen Kräften verteidigt hatte. Er erblickte im Vorgehen seiner Widersacher die Absicht, ihn von seinem Posten zu verdrängen. Am 5. Dezember überreichte Adamec dem amtierenden Dekan der Universität schließlich und endlich sein Kündigungsschreiben. Mit dem Angebot, daß er sein Amt Ende des Semesters 1984 aufgeben werde, schrieb er: „Nach drei Jahren anhaltender polititscher Attacken, von denen wir schließlich rehabilitiert wurden, haben Sie als vordringlichste Aufgabe Ihrem Direktorium die neuerliche Überprüfung des Zentrums-Personals übertragen, namentlich seines Direktors sowie des Koordinators des Fortbildungsseminars." Nach Aufzählung der inzwischen eingeleiteten Maßnahmen, schrieb er:

„Es ist nicht notwendig, weitere Beispiele anzuführen, was oder was nicht man als vorbedachte Schikane und Diskriminierung des (Nahost-) Zentrums und seines Personals betrachtet. Meine Arbeit als Zentrumsdirektor habe ich von Herzen gern getan und dafür keinerlei Entschädigung erhalten. Diejenigen, die gerne eine andere Person auf meinem Posten sehen würden, werden nicht lange warten müssen."

Sheila Scoville erklärte, daß auch sie unter den veränderten Umständen nicht für einen neuen Direktor arbeiten wolle und daher als Koordinator des Fortbildungsseminars kündigen würde, wenn Adamec das Institut verließe. Es war somit zweifelhaft, ob das Nahostzentrum nach dem Weggang von Adamec und Scoville weiterhin überhaupt noch Bundesmittel erhalten

würde. Adamec sagte voraus: „Ich habe das starke Gefühl, daß in einem Jahr kein Geld mehr für das Zentrum vorhanden sein wird."

Auf diese Weise hatte die Jüdische Gemeinde von Tucson ihr Ziel erreicht. Durch die Verbannung seines Anschauungsmaterials aus den Klassenzimmern des größten Schulbezirks von Arizona war mit Erfolg nicht nur das Fortbildungsseminar zum Krüppel geschlagen worden: Die Jüdische Gemeinde von Tucson hat durch die Unterstützung seitens des Universitätspräsidenten Koffler auch die Kündigung zweier Lehrkräfte bewirkt, die sie von Anfang an in ihrem Visier hatten.

William Dever kommentierte in einem Interview die Entscheidung der Tucsoner Schulbehörde so: „Mir ist bewußt geworden, daß wir ausgespielt hatten. Er (der Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson) hat endlos viel Zeit und Eifer, und verfügt über Reserven, die wir nicht haben. Wir sind nur eine Handvoll Einzelpersonen, die selbständig arbeiten. Wir können unsere Zeit nicht von unserer eigentlichen Arbeit abzweigen, um diesen hoffnungslosen Kampf zu führen. Was uns aber keine Ruhe lässt, ist die Tatsache, daß es sich bei den Vorgängen in dieser Gemeinde nicht um einen Einzelfall handelt. Die Betroffenen haben gezwungenermaßen erkennen müssen, daß sie nur einer Teilaktion aus einer viel umfangreicheren nationalen Hetzkampagne zum Opfer fielen.

Wir wissen, daß auch andere Nahost-Zentren bereits unter Druck stehen. Sie (TJCC) können sagen, ‚wir haben es in Tucson geschafft, und wir können es auch anderswo schaffen.'"

„Mich hat das Ganze völlig desillusioniert", sagte Robert Gimello. „Ich stand den Behauptungen, wonach sich die Israel-Lobby in viele Bereiche unseres öffentlichen Lebens einmischen würde, sehr skeptisch gegenüber. Aber was ich in den beiden letzten Jahren mitgemacht habe – dadurch bin ich jetzt weniger skeptisch. Es überkam mich wie eine schreckliche Überraschung."

Es war jedoch keine Überraschung, wenn sich die Jüdische Gemeinde von Tucson nunmehr ein paar Verantwortliche zur besonderen Ehrung heraussuchte, die sich bei der Schulentscheidung über das Nahost-Zentrum besonders verdient gemacht hatten: Sechs Monate nachdem Sylvia Campoy die Distanzierung der Schulbehörde vom Fortbildungsseminar verfügt hatte, wurde sie, zusammen mit zwei anderen Mitgliedern ihrer Behörde, Eva Bacal und Raul Grijalva, von den Kontaktkomi-

tees der Jüdischen Gemeinde mit besonderen Ehren bedacht. Eva Bacal ist in der Jüdischen Gemeinde ebenso bekannt wie Schulrat Merrill Grant. Bei dem Dinner wurde zunächst Sylvia Campoy für „ihre Initiative zur Bereitschaft und Gewährung gleichberechtigter Möglichkeiten" belobigt. Die Ehrungszeremonie wurde unter dem Vorsitz von Carol Karsch vollzogen. Sie war ihrerseits für die Angriffe auf dasselbe Studienprogramm erst im vergangenen Jahr zur Tucsoner jüdischen „Frau des Jahres" gekürt worden.

Für Sylvia Campoy war das Höchste aber noch nicht erreicht, als einen Monat später die jüdische Wochenzeitschrift bereits bekanntgab, daß sie als Gast der Jüdischen Gemeinde eine Woche lang eine kostenlose Reise durch Israel antreten dürfe, die von Carol Karsch mit Unterstützung des Amerikanisch Jüdischen Komitees und der örtlichen Jüdischen Gemeinde-Stiftung organisiert worden war.

Interessant ist, daß Carol Karsch und andere in der Jüdischen Gemeinde von Tucson erst 1981, also sechs Jahre nach der Gründung des Nahost-Zentrums, „wachsam" wurden. Im selben Jahr hatte das Amerikanisch-Jüdische Komittee, das – wie Carol Karsch einräumt – dem TJCC seine Hilfestellung gewährte, seinen Bericht „Nahostzentren an ausgewählten amerikanischen Universitäten" publiziert. Geschrieben war der Artikel von Gary Schiff, Projektleiter in der *Akademie für erzieherische Fortbildung*. Schiff stellte die Behauptung auf, daß durch eine Finanzierung mit Geldmitteln arabischer Regierungen oder „pro-arabischer Gesellschaften zumindest ein unterschwelliger Einfluß" auf Studenten und den Lehrkörper in Nahostzentren „sowie auf die Zielsetzung, den Inhalt und das Ergebnis der Seminare" ausgeübt werde.

Der Schiff-Bericht empfiehlt den Universitäten eine „scharfe Überwachung" der Fortbildungsseminare. Das Amerikanisch-Jüdische Komitee äußerte in einer Presseaussendung seine Absicht, auch seinerseits den Schiff-Bericht zu befolgen, indem es in ganz Amerika „alle Nahostzentren fortlaufend beobachten" werde. Das „Sammeln und Auswerten von Fortbildungsmaterialien soll in Zusammenarbeit mit örtlichen Gemeindegruppen, Lehrern, Professoren, usw." geschehen. Weiterhin werden empfohlen: „Meetings mit Funktionären der Universitäten zur Besprechung der Überwachungsmaßnahmen und Prüfungsabläufe, falls Schwierigkeiten auftreten". Der Schiff-Bericht verweist in verhängnisvoller Weise auf den angeblich „allgemeinen Ver-

such, den Staat (Israel) seiner Rechte zu berauben – als Auftakt zu seiner Vernichtung."

Beobachter der Ereignisse in Tucson sahen die TJCC-Kampagne als Test an für die Einleitung ähnlicher Attacken auf andere Nahostzentren in den Vereinigten Staaten. Der Schiff-Bericht sowie die Zusammenarbeit zwischen dem TJCC und solchen nationalen Organisationen wie dem Amerikanisch-Jüdischen Komitee und der Anti-Diffamierungs-Liga von B'nai B'rith, verschafften dieser Hypothese die nötige Glaubwürdigkeit. Weitere mit Bundesmitteln finanzierte Nahoststudienzentren befinden sich an den Universitäten von Harvard, Columbia, UCLA, Berkley, Princeton und New York (die letzten beiden Universitäten waren gemeinsam an einem Programm beteiligt) sowie an den Universitäten von Texas, Michigan, Pennsylvania, Utah und Washington.

Der durch die Tucsoner Attacke erzielte Erfolg diente zur Ermutigung für weitere Angriffe auf ein anderes Fortbildungsseminar: Im Sommer 1984 erhielt Charlotte Albright, Koordinatorin für Nahost-Fortbildungsseminare an der Universität von Washington in Seattle, den Besuch Arthur Abramsons vom Amerikanisch-Jüdischen Komitee. Abramson wollte von Charlotte Albright einen Bericht über die Aktivitäten des Zentrums während der letzten fünf Jahre haben. Als sie dieses Ansinnen aber ablehnte, verwies er darauf, daß er ähnliche Berichte bereits von den Nahost-Fortbildungszentren in Tucson und Los Angeles angefordert hätte. In diesem Zusammenhang erinnerte Albright daran, daß das Tucson-Zentrum inzwischen geschlossen worden sei (das war aber nur während der einstweiligen Aussetzung der Fall). Weiterhin behauptete Abramson, daß ihm auch Jonathan Friedlander, Koordinator des Zentrums an der Universität von Los Angeles, den geforderten Bericht gegeben hätte. Als Charlotte Albright jedoch bei ihrem Kollegen Friedlander sich wegen des Berichtes erkundigen wollte, erfuhr sie von ihm, daß ein derartiger Bericht niemals angefordert und folglich auch nicht übergeben worden sei. Mit dieser Mitteilung konfrontiert, behauptete Abramson, daß er Friedlanders Bericht in seinen Unterlagen hätte, und er würde ihn Albright zugänglich machen – was er aber nie getan hat.

Nach der Teilnahme an einer Konferenz für Koordinatoren der Fortbildungsseminare, die 1984 stattgefunden hatte, war Sheila Scovilles eigene Zukunft durch die andauernden Streitigkeiten von dunklen Wolken verhangen: „Die anderen Koordinatoren

glauben noch immer, sie könnten mit diesen Pressure-Groups zusammenarbeiten. Nach meiner Erfahrung ist das aber völlig unmöglich. Ich befürchte, daß unsere Fortbildungsseminare in Zukunft unweigerlich politisch einseitig ausgerichtet sein werden, und damit aufhören, erzieherischen Zwecken zu dienen."

Bemerkenswert an der Tucsoner Kontroverse war auch der Umstand, daß es innerhalb der Jüdischen Gemeinde keinen Widerstand gegen die TJCC-Hetzkampagne gegeben hatte. Die Kommentare eines jüdischen Universitäts-Professors beleuchten den tieferen Grund für die allgemeine Zurückhaltung der Juden, sich in einer bestimmten Richtung festzulegen. Dieser Professor berichtete Richard Frye – er war einer der vier US-Gelehrten, die nach Tucson gekommen waren, um die TJCC-Vorwürfe zu überprüfen –, daß Carol Karsch und Prof. Kozolchyk die Jüdische Gemeinde „nahezu im Würgegriff" hätten. „Jeder, der sich gegen sie äußert, äußert sich gegen die nationale Organisation, gegen deren Politik." Der Professor bestätigte, daß die auf ihn ausgeübten Pressionen „schrecklich" gewesen seien. „Zu guter Letzt", so sagte er zu Frye, „erhalten wir dann unsere Gelder, unsere Subventionen von verschiedenen Jüdischen Gemeinden. Was ich Ihnen hier sage, bedeutet, daß man mich als Quisling abstempeln wird."

Ein anderer jüdischer Professor der Universität, Jerrold Levy, wurde kurz nach dem Meeting der Schulbehörde interviewt und über den fehlenden Protest seitens der etwas liberaleren Elemente innerhalb der Jüdischen Gemeinde von Tucson befragt. Prof. Levy antwortete: „Ich meine, daß jeder ein wenig eingeschüchtert ist." Levy selbst hatte Briefe an die Redakteure von drei Zeitungen geschrieben, in denen er die TJCC-Attacken mißbilligte. Aber keiner der Briefe war veröffentlicht worden. Seine Unbekümmertheit erklärte er mit den Worten:

„Ich bin bei meiner akademischen Arbeit oder meinem Lebensunterhalt nicht vom jüdischen Geld abhängig. Es sind die Leute aus den Berufskreisen, Doktoren und Juristen, die sich eingeschüchtert fühlen. Auch meine Freunde innerhalb der (Reform) Kongregation, sind in polititschen Dingen sehr, sehr stark von Unterstützungen abhängig. Ich kenne einen Spezialisten, der sehr liberal ist – aber jetzt, da er ein gutgehendes Geschäft betreibt, lehnt er sich natürlich nicht mehr gegen den TJCC auf. Es gibt auch einige betroffene Leute, die überhaupt nichts sagen. Wir haben es hier mit einer gut organisierten Gruppe von

Glaubensgenossen zu tun. Da entwickelt sich eine ziemlich starke Gegenströmung."

Während Levy feststellte, daß viele Menschen insgeheim den TJCC ablehnten, führt er gleichzeitig noch einen anderen Grund an, warum die Juden nicht protestieren: Sie sind schlecht informiert. Levy fuhr fort: „Ich rief zwei Mitglieder der Jüdischen Gemeinde an, die ich wirklich respektiere, und fragte: ‚Was können wir tun?' Ihre Antwort war recht allgemein gehalten: ‚Es gibt keinen Rauch ohne Flamme'. Sie (der TJCC) hätten diese Attacke nicht gestartet, wenn da nicht irgendetwas vorgefallen wäre. Ich fragte, was sie gelesen hatten. Nun, sie hatten lediglich die Artikel in der (jüdischen) *Arizona Post* gelesen. Die *Arizona Post* hat einige recht tendenziöse Dinge veröffentlicht."

Levy erzählte weiter, er habe versucht, mit Prof. Kozolchyk und Carol Karsch vernünftig zu reden. Ihre Antwort war eine Einladung an ihn zu einer „erzieherischen Vortragsreihe" über das Thema, warum Juden den israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin unterstützen sollten:

„Da gab es eine Reihe von Abendvorlesungen, die genaugenommen eine Gehirnwäsche waren. Am zweiten Abend stand ich während der Diskussion auf und zählte ihnen die von ihnen verfälschten Fakten auf. Sie hatten Landkarten manipuliert und alle möglichen eigenartigen Dinge. Und sie haben mich daraufhin wieder ausgeladen aus der Gruppe. So einfach ist das. Mit einer solchen Gruppe kann man natürlich nicht offen diskutieren."

Levy beschreibt auch die allgemeine Atmosphäre in Tucson mit ähnlichen Worten: „Man kann sie in erschreckendem Maße mit der McCarthy-Ära vergleichen. Und dabei beziehe ich mich nicht nur auf die (Kontroverse um die) Nahostzentren, sondern auf unsere ganze Einstellung gegenüber Israel. Es ist eine erschreckende Situation – ähnlich wie im Deutschland der Dreißigerjahre. Es ist ein Los, wovon wir Juden uns aufschreiend befreien wollten. Und jetzt? Wer fängt wieder damit an? Das ist eine äußerst furchterregende Geschichte."

9. Kapitel

Kirche und Staat

Dwight Campbell, der jugendliche Geistliche aus Shelby County in Illinois, hatte sich während der ganzen Unterhaltung auffallend ruhig und gespannt verhalten. Wir saßen in einem Restaurant, wo ich Ende 1982 in einer Wahlveranstaltung über unsere außenpolitischen Ziele diskutierte. Erst als die Versammlung sich langsam aufzulösen begann, nahm mich der Pastor zur Seite und brachte seine tiefe Besorgnis über meine Bemerkungen zum Ausdruck, mit denen ich die Israel-Politik im Libanon gerade kritisiert hatte.

Er redete sehr persönlich und ohne Feindseligkeiten auf mich ein und sagte, daß er in erster Linie Christ sei. Dabei hielt er mir vor, daß meine Haltung gegenüber dem Nahen Osten nicht nur vom politischen Standpunkt aus gesehen falsch sei. Meine Einstellung – und das sei noch wichtiger – stünde auch im Widerstreit mit dem Willen Gottes. Er beendete seinen besorgten Apell mit einer herzbewegenden Empfehlung: „Ich würde nichts befürworten, was das Schicksal Israels, wie es schon durch die Bibel vorherbestimmt wurde, in Frage stellen könnte."

Die Eindringlichkeit in seiner Stimme hatte mich gerührt. Es schien klar, daß der jugendliche Pastor in seiner Gemeinde offenbar der angesehenste öffentliche Würdenträger war, der nicht durch Druck von außen gezwungen war, sich auf die Seite Israels zu stellen. Seine Haltung war auch nicht von etwaigen Hintergedanken an berufliche oder soziale Vorteile motiviert. Wie bei vielen evangelischen Christen, hatte er sich seinen Standpunkt anscheinend aus tiefer Überzeugung gebildet.

Amerikaner wie Dwight Campbell bilden eine natürliche Anhängerschaft für Israel, und ergänzen die Manipulationen der israelischen Lobby mit enormer Intensität. Der demokratische Kongreßabgeordnete Lee H. Hamilton, Vorsitzender des Nahost-Unterausschusses, bekommt ähnliche Kommentare zu hören, wenn er seinen Wahlkreis im ländlichen Indiana besucht. Bei seinen *Stadtgesprächen* macht er immer wieder die Erfahrung, daß sich bei ihren Wortmeldungen seine Wähler zunächst

als Christen präsentieren, um anschließend darauf zu drängen, daß ihr Abgeordneter die Bedürfnisse Israels komplett und ohne Einschränkungen unterstützen müsse.

Viele US-Christen, konservative ebenso wie orthodoxe, unterstützen Israel aufgrund gemeinsamer kultureller und politischer Werte – nicht zuletzt auch als Antwort auf den *Holocaust-Horror*. Viele Konservative, wie der junge Geistliche in Shelbyville, meinen, daß die Gründung Israels im Jahre 1948 eine Erfüllung der biblischen Prophezeiung gewesen sei und, daß der jüdische Staat durch den Willen Gottes weiterhin eine zentrale Rolle spielen würde.

Von dieser religiösen Hingezogenheit zu Israel scheinen auch die Mitglieder führender Konfessionen, insbesondere der Protestanten, ergriffen zu sein. Bei näherer Betrachtung der biblischen Geschichte sehen viele Christen die Ereignisse im Nahen Osten als Reflexion dessen an, was bereits in der Bibel geschrieben steht. Dadurch werden die Israelis des 20. Jahrhunderts in einer gefährlichen, wenn auch oft unbewußten Verkettung historischer Fehleinschätzungen wieder zu biblischen Israeliten, und die Palästinenser macht man zu Philistern. Der Unterschied zwischen den jüdischen Siedlern in der besetzten West-Bank und der hebräischen Nation, die sich ehemals das Land von Kanaan unter Moses und Joshua einverleibte, erscheint bei dieser Betrachtung begreiflicherweise recht verschwommen.

Nahezu alle Christen stehen bei der Betrachtung der Probleme des Nahen Ostens eher auf der Seite Israels, und sind geneigt, jedem Gedanken, der die israelische Politik in Frage stellen könnte, entgegenzutreten oder ihn anzuzweifeln. Die Lobby hat sich zur Durchsetzung ihrer nationalen Programme diese Zuneigung nun weitgehend zu Nutze gemacht. Noch wichtiger erscheint der Umstand, daß neue Perspektiven, die die üblichen Schlagworte und Vorurteile über den Nahen Osten in Frage stellen, sowohl von der Lobby als auch von vielen ihrer christlichen Verbündeten als *politisch extremistisch*, *antisemitisch* oder sogar als *anti-christlich* angeprangert werden.

Religiöse Überzeugungen haben viele Amerikaner für die Parolen der Israel-Lobby empfänglich gemacht, so daß eine freie Meinungsäußerung über den Nahen Osten und die US-Politik in dieser Region regelmäßig schon im Keime erstickt wird. Die Kombination religiöser Tradition und offener Lobby-Aktivität

führt dazu, daß die gesetzmäßig verbürgten freien Diskussionsmöglichkeiten in engsten Grenzen gehalten werden.

Konservative Christen kämpfen für die ‚Sache'

Fundamentalisten und evangelische Gruppierungen haben in diesem Wettkampf dem Recht der freien Rede noch engere Grenzen gesetzt. Jerry Falwell und Pat Robertson treten unermüdlich für eine ständig wachsende US-Unterstützung des Staates Israel ein. Bei ihren Argumenten berufen sie sich auf bestimmte Passagen aus der *Heiligen Schrift*. In gleichem Maße, wie die Mitgliederzahlen der konservativen protestantischen Kirchen und ihrer Organisationen in der letzten Dekade gestiegen sind, wurde auch die *christlich-zionistische* Betrachtungsweise des Nahen Ostens immer häufiger auch von den verschiedensten *Kanzeln* aus verkündet – von örtlichen Kirchen ebenso wie vom Rundfunk und sogar in den Sitzungssälen des Kongresses.

Senator Roger W. Jepsen, ein aus Iowa stammender bekannter Politiker der Legislative, erklärte auf der politischen Jahreskonferenz der AIPAC im Jahre 1981, daß einer der Gründe für seine „beherzte und unerschöpfliche Unterstützung" für Israel sein *christlicher Glaube* sei. Er sagte, daß „Christen, insbesondere evangelische Christen, zu den besten Freunden Israels seit seiner Wiedergeburt im Jahre 1948 gehören." Diese seine Ansichten seien weit verbreitet, sogar unter den Mitgliedern des Kongresses. Was Jepsen auf dem AIPAC-Kongreß zum Ausdruck brachte, sind genau die nahezu mystischen Gefühle, die einige Christen mit Israel verbindet. Dazu sagte er:

„Ich glaube, daß einer der Gründe, warum Amerika die ganzen Jahre hindurch so gesegnet war, darin liegt, weil wir uns den Juden gegenüber, die eine Heimat in diesem Land gesucht haben, stets gastfreundlich zeigten. Wir sind gesegnet worden, weil wir Israel immer wieder verteidigt haben; und wir sind gesegnet worden, weil wir Israels Recht auf das *Heilige Land* anerkannt haben..."

Jepsen ging bei seinen fundamentalistischen Ansichten auch darauf ein, warum er ursprünglich gegen den Verkauf der AWACS an Saudi-Arabien war, und dann aber – am Tag vor der Senatsabstimmung über den Waffenverkauf – plötzlich wieder umschwenkte. Er entschuldigte seine Kehrtwendung damit,

daß er sich dabei von einer *göttlichen Eingebung* habe leiten lassen. Angespornt durch die Israel-Lobby, hatten dann am Wahltag des 6. November 1984 auch die Wähler von Iowa ihrerseits eine *Kehrtwendung* vollzogen – und Jepsens Bewerbung um eine zweite Amtszeit abgelehnt.

Jerry Falwell, ein guter Freund von Menachem Begin und Yitzhak Shamir, war in seiner Eigenschaft als Leiter der Organisation *Moralische Mehrheit* mit seiner „sanften Stimme" vom Londoner *Economist* als „der Ayatollah der christlichen Wiedererweckungsbewegung" beschrieben worden. Bei der Jahreswahl des *Conservative Digest* hatte man ihn als den beliebtesten konservativen Volksvertreter (Präsident Reagan stand damals am zweiter Stelle) gepriesen. Falwell verkörpert exemplarisch die wachsende *christlich-zionistische Verbrüderung*. In dieser seiner Hingezogenheit erklärte er: „Ich glaube nicht, daß Amerika der Bevölkerung von Israel den Rücken kehren und dabei überleben könnte. Gott behandelt die Nationen so, wie diese Nationen den Juden behandeln."

Jerry Falwell hatte im übrigen vor dem Kongreßkomitee zu Gunsten der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem plädiert. Er ist wahrscheinlich der berühmteste pro-israelische Fundamentalisten-Sprecher. Dennoch ist er keineswegs der einzige.

Im Sommer 1983 wurde aus Mike Evans Pfarrei von Bedford im Bundesstaat Texas eine einstündige Fernsehsendung übertragen mit dem Titel *Israel, Amerikas Schlüssel zum Überleben.* Diese Sendung nutzte der Evangelist Evans, um die *entscheidende* Rolle hervorzuheben, die Israel für das politische und auch religiöse Schicksal der Vereinigten Staaten verkörpert. Da diese Veranstaltung als *religiöses Programm* angekündigt worden war, hatten örtliche Fernsehstationen in mindestens 25 US-Staaten dieser religiösen Show – zusätzlich zum CBN (Christian Broadcasting Network) – freie Sendezeit gewährt. Die Botschaft dieser Sendung war jedoch keineswegs nur religiöser Natur.

In einer Vermengung von Zitaten aus der *Heiligen Schrift* und dazwischengeschalteten Interviews mit politischen und militärischen Persönlichkeiten sowie anderen Evangelisten – einschließlich Pat Robertson, Oral Roberts und Jimmy Swaggart – stellte Evans eine Reihe von politischen Behauptungen über Israel auf. Diese Behauptungen enthielten auch die verwegene Feststellung, daß – sollte Israel die West-Bank und andere seit dem Krieg von 1967 besetzten Gebiete wieder aufgeben müssen

– eine Vernichtung Israels und auch der Vereinigten Staaten unweigerlich folgen würde. Aus Evans Darlegungen konnte man auch heraushören, daß Israel besondere Opfer erbringen müsse, weil es durch einen von den Sowjets inszenierten *internationalen Terrorismus* betroffen sei, der sich andernfalls direkt gegen die Vereinigten Staaten und Lateinamerika richten würde.

Evans schloß seine Übertragung mit einem anfeuernden Appell an die Christen, nunmehr anzutreten, um „Amerikas besten Freund in diesem Teil der Welt" durch Unterschriften auf einer *Proklamation zur Segnung von Israel* ihren Beistand zu bekunden. Mit der Anmerkung, „Gott hat mich nachdrücklich beauftragt, ich solle diese TV-Sondersendung zum Gefallen der israelischen Nation produzieren", hämmerte Evans dem Fernsehpublikum ein, daß diese Proklamation besonders wichtig sei. Denn – „es wird Krieg geben, und unser Präsident sowie auch Ministerpräsident Begin müssen wissen, wie wir Amerikaner zu Israel stehen!"

Evans hat zu einem späteren Zeitpunkt diese Proklamation sowohl dem neuen israelischen Ministerpräsidenten Shamir als auch Präsident Reagan vorgelegt. In einer nachfolgenden Veröffentlichung dankte Evans seinen Anhängern: „Kein Mensch hätte jemals gedacht, daß man so erfolgreich auf die beiden mächtigsten Führer der ganzen Welt einwirken kann. Aber siehe da: es ist gelungen!"

Evans war aber dennoch unzufrieden mit Reagans Antwort. In einem Spendenaufruf im August 1984 gab Evans den Vereinigten Staaten die Schuld an Israels wirtschaftlichem Dilemma: „Weil Amerika Israel gedrängt hatte, Sinai und sein Öl (mit einem Verlust von $ 1,7 Milliarden) aufzugeben, und weil darüber hinaus Israel Amerika bei der Verteidigung des Nahen Ostens geholfen hatte, steht Israel jetzt kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch." Evans warf Reagan vor, er würde „zögern, die große Not in Israel zu lindern".

Evans ständige Hinweise, wonach das Überleben Amerikas von Israel abhängig sei, spiegelte sich am 18. Dezember 1983 in der *New York Times* wider, und zwar in einer ganzseitigen Anzeige des *National Political Action Committee*, einer pro-israelischen Spenden-Organisation. Die Anzeige in der *New York Times* machte den Amerikanern klar, daß „Israels Überleben auch für uns selbst lebensentscheidend ist" – und: „Das Vertrauen zu Israel wird Amerika stärken!"

In ihren Radio- und Fernsehübertragungen forderten Jim Bak-

ker, Kenneth Copeland, Roberts, Swaggart und andere immer wieder die Unantastbarkeit Israels, wobei sie sich auf Zitate aus der *Heiligen Schrift* – für gewöhnlich aus dem *Alten Testament* – berufen, die dann noch mit politischen und strategischen Argumenten der Rundfunksprecher untermauert werden.

Die Argumente fruchten in weiten Kreisen des Publikums. In den meisten Einschalterhebungen liegt die Zahl der evangelischen Christen in den Vereinigten Staaten bei etwa 30 Millionen. Jerry Falwells *Old Time Gospel-Stunde* wird jede Woche in 392 Fernseh- und fast 500 Radiosendungen übertragen. Der ehemalige israelische Premierminister Menachem Begin beschreibt Falwell als „den Mann, der 20 Millionen amerikanische Christen" vertritt.

Der amerikanische Stil evangelischer Progammgestaltung beschränkt sich aber nicht nur auf die Gefilde der USA. Die proisraelische Verkündung wird jetzt auch im Nahen Osten durch ein gesondertes Programm ausgestrahlt. Der Sender *High Adventure Holyland Broadcasting Network* von George Otis hat die Radiostation *Stimme der Hoffnung* im südlichen Libanon übernommen, und zwar seit der ersten israelischen Invasion des Libanon im Jahre 1978. Otis beschreibt diese Station als einen Mittler, „das Wort Gottes in eine Gegend zu bringen, die das Wort Gottes viele Jahrhunderte nicht mehr gehört hatte." Otis hatte ursprünglich aus tiefer persönlicher Überzeugung seine christliche Radiostation mit dem Namen *Leben in Jesus* bedacht. In den letzten paar Jahren wurde die sakrale Radiostation aber immer mehr auch in Ereignisse weltlicher Art hineingezogen.

Der ehemalige Major Saad Haddad – vor seinem Tod libanesischer Kommandeur der von Israel unterstützten *Christlichen Milizen*, die vor der Israel-Invasion 1982 den Südlibanon kontrollierten – benutzte häufig den Sender *Stimme der Hoffnung*, um durch ihn seine militärischen Angriffsziele, die mit Drohungen gegen die Zivilbevölkerung verbunden waren, zu übertragen. Der Evangelist Otis hatte die erbarmungslosen Auswirkungen der Haddad-Herrschaft offenbar übersehen; denn er beschrieb den ehemaligen Major als einen *wiedergeborenen Christen*, der ein *guter religiöser Führer* für das Volk im Südlibanon war. Das US-Außenministerium bestätigte, daß Haddad oft gedroht habe, zivile Gebiete, einschließlich der Stadt Sidon, *ohne vorherige Warnung* zu beschießen. Haddad betrachtete diese Attacken als Vergeltungsmaßnahmen gegen die libanesische

Regierung, die seine Forderungen nach Gehaltszahlung nicht erfüllen wollte (die libanesische Regierung hatte die Gehaltszahlungen für Haddads Streitkräfte eingestellt, nachdem er unehrenhaft aus der libanesischen Armee ausgestoßen worden war).

Im Frühjahr 1980 setzten Haddads Streitkräfte fünf in den Vereinigten Staaten gebaute Sherman-Panzer bei einem Angriff auf ein Pfadfindertreffen in der Nähe der Stadt Tyre ein, wobei sie 16 junge Pfadfinder töteten. Haddads Einheiten schossen auch einen norwegischen Sanitäts-Rettungshubschrauber ab, der die Verwundeten gerade ausfliegen wollte. Die unter der Schirmherrschaft der *Christlichen Maroniten-Kirche* veranstaltete Pfadfinderversammlung fand unmittelbar hinter den Grenzen des *freien Libanon* bzw. des sogenannten *Haddadlandes* statt, das von der israelisch unterstützten *Haddad-Armee* kontrolliert wurde. Haddad selbst kündigte damals an, daß er seine Angriffe solange fortsetzen wird, bis die libanesische Regierung seine Forderung zum besseren Ausbau der Stromversorgung dieses Gebietes sowie zur Anerkennung der *Haddad-Schulen* erfüllt haben wird.

Mit Unterstützung Israels und der verbliebenen christlichen Streitkräfte im Süden etablierte die christliche Sendestation *Leben in Jesus* im Südlibanon auch noch die Fernsehstation *Stern der Hoffnung*. Otis selbst beschreibt die israelische Unterstützung dieser medialen Aktivitäten als *ein Wunder*: „Haben Sie sich jemals vorstellen können, daß wir den Tag noch erleben würden, an dem die Juden uns zum Betrieb einer *christlichen Sendestation* drängen?" Da man – für militärische und andere Zwecke – die Öffentlichkeit am wirkungsvollsten durch das Fernsehen beeinflussen kann, scheint die israelische Genehmigung für die christlichen Programmausstrahlungen eher aus einer nüchternen strategischen Überlegung, als etwa einer göttlichen Eingebung entsprungen zu sein. So, wie ehedem die *Stimme der Hoffnung* von den USA subventioniert wurde, so wird auch der neue *Stern der Hoffnung* durch steuerabzugsfähige Beiträge aus Geldern und Ausrüstungen von Spendern aus den USA finanziert.

Durch das *amerikanisch-evangelische Fernseh- und Rundfunknetz* wird die israelische Regierung indirekt unterstützt, indem es in ihren Programmen immer wieder auf die von vielen Amerikanern empfundene moralische und religiöse *Verpflichtung* dem jüdischen Staat gegenüber hinweist. Direkt wirken sich diese Nahost-Sendungen dadurch aus, daß sie für die mili-

tärischen Zielvorstellungen der Israelis und ihrer libanesischen Alliierten werben.

In regelmäßigen Abständen hatte Jerry Falwell auch Israel-Reisen für *wiedergeborene* Christen organisiert. Obwohl Falwell streng darauf achtete, daß die geheime Finanzierung seiner Organisation *Moralische Mehrheit* durch die Israelis nicht an die Öffentlichkeit dringt, zeigte sich der ehemalige israelische Ministerpräsident Menachem Begin weniger zurückhaltend: Er sorgte nämlich für ein Jet-Flugzeug, das zu einem erstaunlich niedrigem Preis an die Falwell-Organisation *Moralische Mehrheit* verkauft wurde.

Außer Falwell gibt es aber noch viele andere christliche Gruppen, die Israel Unterstützung gewähren. In Ost-Colorado z.B. koordinieren mehr als zehn Kirchen jährlich den *Israelischen Unabhängigkeitstag*. Dabei werden Filme gezeigt, Lesungen und kulturelle Ausstellungen veranstaltet und Predigten gehalten, an denen mehr als 25.000 Gläubige aus den Pfarrgemeinden teilnehmen. Die *Nationalchristliche Führungs-Konferenz für Israel* (National Christian Leadership Conference for Israel/NCLCI) hält in Washington ihre jährliche Versammlung ab, an der mehr als 200 Delegierte christlicher Gruppen aus ganz Amerika teilnehmen. Dr. Franklin H. Littell, Präsident dieser Organisation, sagte zu diesem Ereignis: „Die Sorge um das Überleben und Wohlergehen Israels (ist) das einzige Anliegen, worauf sich einige der Organisationen jemals gemeinsam konzentriert haben."

Weitere Ereignisse, die von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden, betrafen die *Solidarität für den israelischen Sabbat* in der *Orthodoxen Beth Shalom-Synagoge von Washington* im Oktober 1982. Hierbei vereinigten sich evangelische Führer und örtliche Rabbis, um „Brücken zu bauen" und ihre Bemühungen zu Gunsten Israels zu koordinieren. Sie zelebrierten gemeinsam das *Nationale Frühstücksgebet zu Ehren Israels*, das zu einem jährlich wiederkehrenden Ereignis in der Hauptstadt Amerikas wurde.

Die dritte derartige *Frühstückskonferenz*, die am 1. Februar 1984 stattfand, zog über 500 eifrige Israelbefürworter an, von denen die meisten *Christen* waren. Der Schauplatz war wunderbar dekoriert mit israelischen Flaggen und Symbolen und Äpfeln, die mit *Davidsternen* beklebt waren. Das Einladungprogramm verkündete die Namen einer imposanten Anzahl politischer und evangelischer Führer, einschließlich von Edwin Mee-

se III (der – wie bekanntgegeben wurde – wegen seiner gerade erst erfolgten Nominierung zum Generalstaatsanwalt aber nicht teilnehmen konnte!). Ferner waren Meir Rosenne als israelischer Botschafter in den Vereinigten Staaten sowie Vertreter von amerikanischen, religiösen Sendern und anderer konservativer, protestantischer Gruppen anwesend. Der Kongressabgeordnete Mark Siljander aus Michigan, Mitglied des Nahost-Unterausschusses, wartete mit einer bewegenden Beteuerung der evangelischen Solidarität gegenüber Israel auf: „Nicht, daß wir anti-arabisch wären. Wir wollen Frieden nach Gottes Willen."

Die Frühstücksveranstaltungen wurden fortan vom *Religiösen Roundtable* koordiniert, einer Gruppe, die sich der „nationalen Organisation zur Neubelebung der Religion und moralischer Ziele in Amerika" verschrieben hatte – und als Hauptziel ihrer Arbeit die Förderung Israels betrachtet. Edward E. McAteer, Präsident dieser Gruppe, ist in Washingtoner Kreisen als Parteisprecher und Redaktionsschreiber *in Sachen Israel* bekannt. Er nutzt die religiöse Form seiner Organisation zur Unterstützung politischer Anliegen. Dazu gehören u.a. eine engere strategische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel, die Einschränkungen der US-Waffenverkäufe an arabische Staaten und die Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem. 1984 war McAteer aus Tennessee noch ein erfolgloser Kandidat für den Senat.

In einem Artikel in der *Washington Post* vom 2. Januar 1984 befürwortete McAteer die israelische Intervention im Libanon. Dabei verglich er die Gegner dieser Invasion mit „einem Studenten im vormedizinischen Semester, der vorschlägt, daß man wegen der beim Eingriff entstehenden Blutungen nur eine Hälfte des Krebsgeschwürs (gemeint ist die PLO) entfernen solle". In Anbetracht dessen, daß die Invasion zu einem verheerenden Blutbad unter den Zivilisten führte, kann man diesem Kreuzritter vom *Religiösen Roundtable* sicherlich nicht vorwerfen, daß er sich vor Blut ekelt.

Offenbar durch Mike Evans Pfarrei inspiriert, hat das *Frühstücksgebets-Komitee* seine eigene Proklamation zur Segnung Israels ausgearbeitet, die unter dem Titel *Amerikas 50 Millionen Bibel-gläubige Christen* veröffentlicht wurde. Diese Proklamation enthielt eine kuriose Mischung religiöser und politisch-militärischer Gesichtspunkte: Dem Ruf nach „strategischer Zusammenarbeit" mit Israel folgt eine Bitte an „den Gott von Israel, der – durch das jüdische Volk – dem biblischen Land unse-

ren Retter, die Erlösung und die geistlichen Segnungen bescherte."

Den Bibelzitaten, die das göttliche Recht der Juden auf das *Heilige Land* untermauern, folgen Worte der Zurückweisung von Anschuldigungen gegen die *doppelgleisige Loyalität* amerikanisch-jüdischer Israel-Befürworter. Die Forderung zur Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem ist begleitet von der Ermahnung, daß „die biblisch festgelegten Grenzen des *Heiligen Landes* niemals vom Flugsand politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeiten verweht werden dürfen."

Die Zusammenarbeit zwischen jüdischen und konservativ-protestantischen Gruppen hat einen starken Einfluß auf die politische Sphäre. Bei einer seiner Reden in Israel, erklärte Jerry Falwell, daß „der Tag kommt, an dem in den Vereinigten Staaten kein Kandidat mehr gewählt werden wird, der nicht *israelisch* eingestellt ist." Obwohl seine Organisation *Moralische Mehrheit* es nicht hundertprozentig schaffte, ihre eigenen Favoriten an die Macht und ihre Kandidaten – ungeachtet der eigenen religiösen Neigungen – in hohe Ämter zu hieven, fühlt sich die *Moral Majority*-Bewegung jetzt immer wieder veranlaßt, die Probleme der evangelisch-politischen Tagesordnung anzusprechen. Hierbei steht Israel mit an erster Stelle.

Falwells *Moral Majority* erweitert seine Machtstellung durch Einschreibungs-Aktionen für Wähler aus jedem Staat; ein Ergebnis, das viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats – wie etwa Siljander und Jepsen – begrüßen, um dadurch den religiösen Hintergrund ihrer politischen Unterstützung für Israel unter Beweis stellen zu können.

Viele konservative Christen billigen die theologische Grundlage für diese Unterstützung, wobei sie Israel eine wichtige Rolle in der Auslegung der *Christlichen Lehre* zuschreiben. Einerseits wird beteuert, daß Israel die christliche Unterstützung verdient, weil es als Erfüllung der biblischen Prophezeiung existiert.

Passagen des *Alten Testaments* werden immer wieder zur Verteidigung dieser Behauptung zitiert. Andererseits unterstützen viele Christen Israel deshalb, weil sie glauben, das jüdische Volk bliebe auch weiterhin die *auserwählte Nation Gottes*, was sie zu biblischen Zeiten schon war. Fürsprecher dieser These werden mitunter beide Argumente anführen: Das Prophezeiungs-Argument wird von den meisten konservativen Fundamentalistengruppen vertreten, wie zum Beispiel von Falwells *Moral Majority*. Diese Begründung hat mehr öffentliche

Beachtung gefunden, obwohl die formelle Ansicht wahrscheinlich vom größeren Teil der 40 Millionen konservativer Christen Amerikas geteilt wird.

Dr. Dewey Beegly, vom *Theologischen Seminar Wesley*, kommentierte in seinem 1978 erschienenen Buch *Prophezeiung und Vorhersage* die unterschiedlichen Ansichten der amerikanischen Christen über Israel: „Alle christlichen Gruppen beanspruchen für sich die Wahrheit. Aber offensichtlich können einige dieser Ansichten nicht stimmen; denn sie widersprechen anderen Interpretationen, die verifiziert werden können."

Beegle war – wie auch andere biblische Gelehrte – zu dem Schluß gelangt, daß die biblische Grundlage, welche für die Etablierung des modernen Israel von *pro-zionistischen Christen* oft herangezogen wird, einer genauen Untersuchung nicht standhält. Seine Erkenntnisse können im großen und ganzen in zwei Grundaussagen zusammengefaßt werden:

Erstens: die prophezeite Rückkehr der Nation von Israel nach Palästina wurde durch die biblische Rückkehr von Babylon vollzogen und hat nichts mit dem Israel des 20. Jahrhunderts zu tun.

Zweitens: die Zusage, mit der Gott Israel *das Heilige Land* versprochen hatte, war nicht permanent gemeint, sondern war an bestimmte Vorbehalte gebunden. Diese Zusage war zu biblischen Zeiten außer Kraft gesetzt worden, als nämlich Israel den Geboten Gottes nicht gehorchte. Damit wurde das Versprechen verwirkt.

Aber das Problem liegt nicht darin, ob nun die Gelehrsamkeit von Beegle oder jene der *Moral Majority* fundierter ist als die andere, sondern es geht vielmehr um die Wichtigkeit einer offenen Debatte über derartig schwierige Fragen. Auch hier kommen Beegles Erfahrungen wieder deutlich zum Vorschein. Da sein Buch das umstrittene Problem des modernen Israel und seine Verbindungen zur biblischen Tradition behandelt, haben viele Verlage die Veröffentlichung des Buches abgelehnt. Darunter befanden sich auch solche Verlage, die schon frühere Arbeiten dieses Gelehrten veröffentlicht hatten. Einer dieser Verleger sagte ihm unverblümt: „Ihre ersten Kapitel der bilblischen Geschichte über die Prophezeiung und Vorhersagung sind sehr gut geschrieben. Das einzige Kapitel, das uns ernsthaft stört, ist das fünfzehnte mit der Überschrift *Modernes Israel – Vergangenheit und Gegenwart.*"

Beegle war mitgeteilt worden, daß seine Ansichten über Israel,

mit denen er die Rechtmäßigkeit des modernen jüdischen Staates – allerdings nicht auf der Grundlage der Bibel – anerkennt, dazu führen würden, viele Leser „zur Raserei" zu bringen.

Noch immer ist der Umstand, daß ein Buch oder eine Ansicht umstritten ist, kein Grund dafür, es einfach abzulehnen. Zumindest in den Vereinigten Staaten ist dies nicht gebräuchlich. Dr. Beegle betrachtet Christen und Juden, die mit ihm nicht übereinstimmen, unter diesem Blickwinkel: „Wir wissen, daß diese Menschen dasselbe denken und dasselbe fühlen und sich auch gegenseitig helfen. Das ist völlig natürlich. Alles was ich sagen will, ist, daß wir auf der anderen Seite aber ebensoviel Recht haben müßten, offen unsere Meinung zu sagen und Informationen weitergeben zu dürfen." Beegles Buch war schließlich von *Pryor Pettengill*, einem kleinen Verlag in Ann Arbor, Michigan, veröffentlicht worden.

Viele Christen, die sich weder als Fundamentalisten noch als Evangelisten fühlen, sind ebenso geneigt, die entstandene Meinung der Prophezeiung als Rechtfertigung für Israels heutige Vormachtstellung im Nahen Osten anzuerkennen. Der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, gehörte offenbar zu dieser Gruppe. In seinem Telefongespräch mit AIPAC-Direktor Thomas A. Dine im Oktober 1983 verwandelte der US-Präsident das Thema der gegenwärtigen Probleme im Libanon zu einer biblischen Prophezeiung:

„Ich komme zurück auf Ihre alten Propheten im *Alten Testament* und jene Zeichen, die Armageddon vorhersagten, und ich frage mich, ob wir die Generation sind, die das erkennt, was da auf uns zukommt. Ich weiß nicht, ob Sie in letzter Zeit irgendeine dieser Prophezeiungen bemerkt haben. Aber, glauben Sie mir: sie verkünden sicherlich die Zeiten, die wir jetzt durchlaufen."

Reagans Ansichten sind nichts Außergewöhnliches, nicht einmal im *Oval Office*. Seine Einstellung ist ein Spiegelbild für den großen Glauben an die biblische Prophezeiung, womit man die Existenz Israels rechtfertigen möchte.

Ein rätselhafter Widerspruch

Durch die Anerkennung Israels im Sinne der Erfüllung biblischer Prophezeiung wird jedoch das Christentum – stärker noch das Judentum – in unterschiedliche Widersprüche verwickelt.

Erstens, haben konservative und *tausendjährige* Protestanten von jeher versucht, Juden zum Christentum zu bekehren. Und man weiß, daß die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen mitunter nicht gerade herzlich waren. Instinktiv mißtrauten die Juden 1976 dem Südstaatler und Baptisten Jimmy Carter; denn – so schreibt die jüdische Autorin Roberta Feuerlicht: „In der jüdischen Geschichte war das so: Wenn die Fundamentalisten auftauchten, waren die Kosaken auch nicht mehr weit entfernt."

Ironischerweise gehören die Christen, die zur Unterstützung Israels am ehesten die biblische Begründung akzeptieren, auch zu denjenigen, die eine Bekehrung der Juden zum Christentum für notwendig halten – ein äußerst sensibles Problem der Israelis. Dan Rossing, Direktor der Abteilung für *Christliche Gemeinden im israelischen Ministerium für Religiöse Angelegenheiten*, umreißt das Problem mit knappen Worten: Die evangelische „theologische Forschung sagt sehr deutlich, daß die Juden *Christen* werden müssen; natürlich nicht heute – aber eines Tages wird es geschehen."

Zahlreiche evangelische Organisationen verstärken ihre missionarischen Aktivitäten im Nahen Osten – speziell in Israel –, wogegen viele Israelis scharf opponieren. Die Evangelisten betreiben ihre missionarischen Aktivitäten unverhohlen, wobei sie in der Bekehrung der Juden eine neuerliche Verkündung jener Zeiten erblicken, in denen die im Jahre 1948 erfolgte *Wiedergeburt* Israel einst vorausgesagt worden war.

Die *Internationale Christliche Botschaft* in Jerusalem, eine Vereinigung, die in 20 Staaten für die Unterstützung Israels wirbt, ist eine der zahlreichen evangelischen Organisationen, die wegen ihrer missionarischen Tätigkeit innerhalb Israels gelegentlich unter Beschuß geraten ist. Die *Botschaft* war im Oktober 1980 in Jerusalem eröffnet worden, als eine Geste *des internationalen Christentums* zur Unterstützung der umstrittenen Umwidmung der israelischen Hauptstadt Tel Aviv auf Jerusalem.

Obwohl sie sich immer wieder weltweit für die politische Unterstützung des Staates Israel einsetzte, hatte die *Internationale Christliche Botschaft* dennoch weiterhin die Bekehrung von Juden zum Christentum betrieben. Dadurch war die *Christliche Botschaft* in den Augen vieler Juden natürlich ins Zwielicht geraten.

In Israel waren in der Folge orthodoxe Juden aktiv geworden, um ein Gesetz zur Verbannung ausländischer Missionare durch-

zusetzen und Widerstand gegen die Bekehrungen zu organisieren. Trotz finanzieller Unterstützung und dem Goodwill, der Israel von diesen Organisationen entgegengebracht worden war, werden die *Christlichen Missionen* weitgehend als Trojanisches Pferd angesehen. Es gab sogar tätliche Angriffe gegen ihre Mitglieder.

Das Dilemma, dem die israelische Regierung gegenübersteht, wenn sie mit christlichen Gruppen wie der *Internationalen Christlichen Botschaft* zu tun hat, ist im wesentlichen dasselbe Problem, mit dem sich die amerikanisch-jüdischen Gruppen konfrontiert sehen, wenn sie ihre Verbindungen zu konservativen christlichen Gruppen in den Vereinigten Staaten aufbauen. Während manche Sprecher in Israel, wie zum Beispiel der Rabbi Moshe Berliner, die naturgegebene Bedrohung des Judentums durch die von den Fundamentalisten betriebenen Bekehrungen bedauern – ‚Sind wir wirklich so gutgläubig, daß wir gleich jede Hand ergreifen, die sich uns in Freundschaft entgegenstreckt?' – hatte die israelische Regierung, sowohl unter Begin als auch unter Shamir, immer eine demonstrative Antwort bereit: „Israel wird keine Hand ausschlagen, die ihm zur Verteidigung der gerechten Sache Israels entgegengestreckt wird."

Im November 1980 war Jerry Falwell für seine unerschütterliche Unterstützung Israels mit einer Anerkennungsmedaille ausgezeichnet worden. Diese Anerkennung wurde ihm bei einem Dinner in New York überreicht, das zum hundertsten Geburtstag des Zionistenführers Vladimir Jabotinsky auf Geheiß von Ministerpräsident Begin veranstaltet wurde. Der Widerstand gegen diese Ehrung war intensiv. Selbst Henry Sieman, Direktor des *Amerikanisch-Jüdischen Kongresses* protestierte gegen „die Art, wie er (Falwell) seine Aktivitäten betreibt und sich dabei der Religion bedient." In Israel zitierte die *Jerusalem Post* Alexander M. Schindler, ehemaliger Vorsitzender der *Konferenz der Präsidenten führender Amerikanisch-Jüdischer Organisationen*, der feststellte: es war „Wahnsinn und Selbstmord, wenn – für ihre Unterstützung Israels – Evangelisten des rechten Flügels, die eine Gefahr für die Juden der Vereinigten Staaten darstellen, durch Juden geehrt werden."

Was Schindler präzise ausdrücken wollte, wurde durch eine Bemerkung klar, die Falwell während eines sonntäglichen Gottesdienstes in seiner eigenen *Liberty Baptist Church* in Lynchburg, Virginia, von sich gab. Er sagte, Gott hat keine „jüdischen

Gebete erhört". Später drückte er sein Bedauern über diese Bemerkung aus. Dennoch sahen viele Juden darin ihren Argwohn bestätigt, daß Falwell mehr an ihrer *Bekehrung* als an der *Sicherheit* Israels interessiert war. Seine Beteuerung, wonach „das jüdische Volk in Amerika, in Israel und in der ganzen Welt keinen treueren Freund als Jerry Falwell hat", ließ die jüdischen Führer seine fundamentalistisch religiöse Voreingenommenheit gegen das Judentum aber trotzdem nicht vergessen. Nach wie vor aktivieren sie in aller Öffentlichkeit ihre amerikanischen Evangelisten, Israel zu unterstützen. Ist dieser Widerspruch nicht verblüffend?

Neue Aspekte der führenden Glaubensgemeinschaften

Die *pro-israelische Allianz* zwischen amerikanischen Juden und konservativen Protestanten entsteht zu einem Zeitpunkt der Reibereien zwischen der Jüdischen Gemeinde und den führenden amerikanisch-christlichen Konfessionen. Die Reibereien hatten sich durch die Verurteilung der israelischen Invasion im Libanon durch die Christenheit zeitweise verstärkt. Im September 1981 sandte der Methodisten-Bischof James Armstrong eine Botschaft an die Gemeinden der *Vereinigten Methodisten* von Indiana, in der er die *Falwell-Gospel* und die „Mentalität der *Moralischen Mehrheit*" scharf kritisierte. Insbesondere hob er hervor, daß Israel als das von Gott *auserwählte Volk* in biblischem Sinne als ‚dienendes Volk' gesehen werden müsse. Israel wurde keine Vollmacht zur Ausbeutung anderer Völker übertragen. Vor Gott ist jeder gleich.

Unter diesen Vorzeichen waren die Christen wegen der Ereignisse im Nahen Osten, insbesondere der Leiden der palästinensischen Flüchtlinge, zunehmend besorgt. Und daraus entwickelten sich die anhaltenden Spannungen zwischen jüdischen und christlichen Gruppierungen. Obwohl traditionelle Anstrengungen für eine ökumenische Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Judentum und den christlichen Glaubensgemeinschaften fortgesetzt werden, hatten in den letzten Jahren führende Konfessionen damit begonnen, den Nahen Osten in einem anderen Licht zu sehen. Diese neue Betrachtung fand – wie der *Amerikanisch-Jüdische Kongress* bekanntgab – ihren Niederschlag in der Gründung eines neuen *Instituts für Jüdisch-Christliche Beziehungen* zur Erforschung des gemeinsamen

judaisch-christlichen Erbes, wie es in der Bibel festgeschrieben wurde.

Die führenden Konfessionen verteidigen – wie aus zahlreichen kirchenpolitischen Erklärungen hervorgeht – mehr und mehr auch die Menschenrechte der palästinensischen Flüchtlinge. Sie engagieren sich für die hoffnunglose Situation der Flüchtlinge weit mehr, als es vielen jüdischen Gruppen lieb ist. Die *Katholiken-Konferenz der Vereinigten Staaten*, die *United Presbyterian Church*, *United Methodist Church* sowie die Amerikanischen Baptisten-Kirchen und die *United Church of Christ* u.a. haben dazu aufgerufen, daß beide Seiten das israelische bzw. palästinensische Recht auf Selbstbestimmung anerkennen müßten. Palästina möge an den Friedensverhandlungen teilnehmen; und Israel solle sich aus den seit dem Krieg von 1967 besetzten Ländern zurückziehen. Einige der Kirchen betrachten die PLO als die legitimierte Vertretung des palästinensischen Volkes.

Pfarrer Charles Angell, S. A., außerordentlicher Direktor des Ökumenischen Instituts von Graymoor, bemerkte, daß die Verwicklung der amerikanischen Kirchen in einen „offenkundigen Interessenskonflikt zwischen ihren Ansichten und der Situation des Staates Israel im Ausland sowie der Position des größten Teiles der amerikanisch-jüdischen Organisationen im Inland" – einen Bruch mit der eigenen Vergangenheit darstellt. Seiner Meinung nach ereignete sich dieser „fundamentale Wandel" nach dem Krieg von 1973, als die Christen auf die Friedensappelle seitens der Araber verständnisvoll zu reagieren begannen.

Mitglieder der Jüdischen Gemeinde haben die Erklärungen der führenden Konfessionen als Bedrohung ihrer religiösen Rechte angesehen. Trotz der mehr als 40 offiziellen Stellungnahmen protestantischer und katholischer Organisationen in den letzten zwei Dekaden, in denen der *Antisemitismus* als *unchristlich* verdammt wird, werden christliche Funktionäre, die für *gleiche Rechte aller Völker* – nicht nur das der Israelis – auf territoriale Sicherheit und angemessenen Lebensstandard eintreten, von der Israel-Lobby des *Antisemitismus'* bezichtigt.

Christlichen Kirchen wurde *Selbsttäuschung* vorgeworfen, weil sie sowohl gegen den Antisemitismus und gleichzeitig auch gegen die Politik der israelischen Regierung opponierten, die den palästinensischen Flüchtlingen deren Menschenrechte aberkannten oder verletzten. Selbst anerkannte Menschenrechts- und Friedensvereinigungen – wie etwa die *Quäker* – wurden als *antisemitisch* gebrandmarkt, nur deshalb, weil sie alle Streitpar-

teien im Nahen Osten zu größerer Selbstbeherrschung und gegenseitiger Verständnisbereitschaft aufgefordert hatten. Für seine Kritik am israelischen Luftangriff auf den irakischen Atomreaktor von Osirak im Juni 1981 mußte es sich sogar Hochwürden William Howard, der Präsident des *Nationalen Rates der Kirchen Amerikas* gefallen lassen, durch den Journalisten Ernest Volkmann als *antisemitisch* abgestempelt zu werden.

Dadurch wurde der Widerspruch vollends offenbar: Christen der führenden Konfessionen, die zwar die Legitimität des jüdischen Glaubens anerkennen – aber die Politik des jüdischen Staates teilweise in Frage stellen – werden als *antisemitisch* gebrandmarkt. Evangelische Christen hingegen, die Israel unterstützen – aber die theologische Gültigkeit des Judaismus anzweifeln – sind dennoch als Verbündete willkommen.

Die Erfahrung unseres *Nationalen Kirchenrates* ist aufschlußreich: Ein Insider des NCC (National Counsil of Churches) beschreibt die Beziehungen zwischen dem Kirchenrat und der *Amerikanisch-Jüdischen Gemeinde* als „das am längsten praktizierte Beispiel jüdischer Einflußnahme – noch intensiver als jene, die auf die Regierung ausgeübt wurde." Viele Jahre hindurch hatte sich niemand aus der Jüdischen Gemeinde ernsthaft über den *US-Kirchenrat* beschwert. Wann immer ein Konflikt entstand, forderte die Jüdische Führung prompte Aktionen, die für gewöhnlich auch befolgt wurden. Ein ehemaliger NCC-Funktionär kennt das Agieren der jüdischen Organisationen aus eigener Erfahrung: Demnach erscheinen diese Aktivisten „en masse mit den Abteilungsleitern von etwa einem halben Dutzend jüdischer Organisationen, um dann ins Zeug zu gehen. Sie tun so, als wären sie besonders legitimiert, nur mit den Spitzen der Kirchenratsführung zu verhandeln."

Ein *Komitee für Christlich-Jüdische Beziehungen*, seit langem ein Teil der Kirchenratshierarchie, konzentriert sich auf die Festigung der Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen Christen und Juden innerhalb der Vereinigten Staaten. *Inter-Faith*, eine Abteilung des US-Kirchenrates (zur Überwindung von Glaubensgegensätzen), die sich mit humanitären Aufgaben beschäftigt, setzte sich – obwohl der ökumenische Name dieser Bewegung auf alle Christen dieser Welt gemünzt ist – bis vor kurzem einzig und allein aus jüdischen und christlichen Gruppen zusammen.

Es ist seit jeher bekannt, daß das *Komittee für Christlich-Jüdische Beziehungen* wichtige Informationen und aktuelle Ma-

terialien des Kirchenrates mit dem *Amerikanisch-Jüdischen Komitee* gegenseitig austauscht. Diese Praxis bereitete einigen Kirchenratsfunktionären Sorge, da das *Amerikanisch-Jüdische Komitee* keine religiöse Körperschaft darstellt. Obwohl es eine Abteilung für religiöse Angelegenheiten unterhält, handelt es sich hierbei hauptsächlich um eine *Lobby-Organisation.*

Jüdische Organisationen mit vornehmlich religiösem Charakter, wie zum Beispiel der *Synagogue Council of America*, sind nicht so eng mit den Aktivitäten des Kirchenrates verbunden. Da aber die höchsten Verwaltungsorgane des *National Council of Churches* (NCC) verständlicherweise empfindlich gegen den Vorwurf des *Anti-Israelismus'* reagieren, und sich aber gegenüber jüdischen Belangen bei jeder Aktion oder Veröffentlichung des amerikanischen Kirchenrates *unempfindlich* zeigen, wurde die Überwachung der Aktivitäten und der Literatur des NCC als normale Prozedur akzeptiert. Der Kirchenrat mußte sich bei seinen Vorschlägen für die Schaffung neuer Materialien immer wieder die ausufernden Beanstandungen des *Amerikanisch-Jüdischen Komitees* gefallen lassen.

Der Repräsentant einer der größten protestantischen Kirchen bemerkte dazu, daß das *Amerikanisch-Jüdische Komitee* einen „viel größeren Einfluß" auf den Inhalt des Studienmaterials des *Nationalen Kirchenrates* ausübt, als sein eigenes Büro. Diese Einflußnahme ist deshalb so bemerkenswert, da für die Bezahlung und den Vertrieb der vierteljährlichen Publikationen nicht das *American Jewish Committee*, sondern seine Kirche geradestehen mußte.

Nachdem sich über mehrere Jahre hinweg die jüdische Kritik immer mehr aufgestaut hatte –, während der Rat zwar debattierte, aber es verabsäumte, gegen das Leiden palästinensischer Flüchtlinge öffentlich zu protestieren, entschloß sich im Dezember 1979 der *National Council of Churches* dennoch, eine Erklärung zu seiner Nahost-Politik abzugeben. Allan Solomonow kennt die Beweggründe für diesen Schritt: „Aufgrund starker jüdischer Kritik konnte man deutlich erkennen, daß der NCC, der bis dahin keinen eindeutigen Standpunkt in der Nahost-Frage eingenommen hatte, jetzt plötzlich zum Farbe-bekennen gezwungen war." Aber die Erklärung des US-Kirchenrates zur Nahostpolitik war für viele jüdischen Gruppen in Amerika dennoch unakzeptabel.

Die Verlautbarung, wonach „die Rolle des *National Council of the Churches of Christ* in den USA darin besteht, mit anderen

Frieden, Gerechtigkeit und Aussöhnung im ganzen Nahen Osten zu suchen", beinhaltete in ihrem letzten umstrittenen Absatz die Forderung zur Kontrolle von Waffenlieferungen an den Nahen Osten. Anschließend wurde dann für die PLO und die Regierung von Israel der Appell zur „gegenseitigen Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung" wiederholt.

Die *Anti-Defamation League* der *B'nai B'rith-Organisation*, die ihre Ansichten nicht der Öffentlichkeit präsentiert hatte, verurteilte die Erklärung des Kirchenrates sehr rasch als „eine naive Fehleinschätzung der streitenden Parteien und Probleme im arabisch-israelischen Konflikt, was zu verhängnisvollen Konsequenzen führen kann".

Israelfreundliche Autoren und Kommentatoren stürzten sich förmlich auf die NCC-Erklärung zu seiner Nahost-Politik und stellten diese als ein Beispiel für den *wachsenden Antisemitismus* innerhalb des US-Kirchenrates dar. Diese neuerliche Kampagne ist deshalb so erstaunlich, weil im NCC-Text unmißverständlich hervorgehoben wurde, daß der Friede für alle Völker gesichert und Gewaltakte auf beiden Seiten unterbunden werden müßten. Dem Journalisten Ernst Volkman ist es in seinem Buch *Vermächtnis des Hasses: Antisemitismus in Amerika* irgendwie gelungen, die Darstellung des Kirchenrates über seine Nahost-Politik als leuchtendes Beispiel der „Gleichgültigkeit gegenüber amerikanischen Juden, die gelegentlich zu offenem Antisemitismus geführt hat", anzuprangern. In der durch die AIPAC zusammengestellten *Feindlisten* und ihrer Publikation *Die Kampagne zur Diskreditierung Israels*, wird in aller Ausführlichkeit sogar der Vorwurf erhoben, daß einige Abteilungen des *Nationalen Kirchenrates* Werkzeuge eines *systematischen Bestrebens* seien, das israelische Ansehen in den Vereinigten Staaten zu zerstören.

Ein hochgestellter NCC-Funktionär faßte die Angelegenheit damals folgendermaßen zusammen: „Jahrelang hatte sich in der Jüdischen Gemeinde nie irgendjemand ernsthaft über den *Nationalen Kirchenrat* beschwert. Aber dann – als sie anfingen, politische Entscheidungen zu treffen, die mit der gängigen pro-israelischen Meinung in Konflikt gerieten – wurde der Kirchenrat urplötzlich *antisemitisch und suspekt*."

Die Kritiker scheuten freilich vor der Bemerkung zurück, daß in der politischen NCC-Erklärung das Recht Israels, nämlich als *selbständiger Jüdischer Staat* zu existieren, ohnehin ausdrücklich respektiert wurde. In der Erklärung war der einschränkende

Ausdruck *selbständiger Staat* – wie ihn einige Mitglieder des Gremiums gerne interpretiert hätten – nicht enthalten. Butler bezeichnete diesen Ausdruck als „einen der am heißesten diskutierten Sätze aus der politischen (Nahost-) Erklärung." Der Streit über den Unterschied zwischen einem „selbständigen *jüdischen* Staat" und der Bezeichnung „selbständiger Staat" hatte schließlich dazu geführt, daß einige Mitglieder des Vertrags-Komitees es abgelehnt haben, für das komplette Dokument zu stimmen, wenn es nicht die jüdische Identität Israels spezifiziere.

Das Dokument würdigt ausdrücklich noch einmal die lange und anhaltend enge Verbindung zwischen der Jüdischen Gemeinde und dem amerikanischen Kirchenrat.

Das Reich Gottes schlägt zurück

Da das Interesse an den Vorgängen im Nahen Osten und die humanitären Besorgnisse um palästinensische Flüchtlinge bei den Amerikanern aller Glaubensgruppen immer stärker werden, opponieren viele jüdische Gruppen und ihre pro-israelischen Verbündeten unerbittlich gegen freie Diskussionen als Mittel einer umfassenden Unterrichtung der Öffentlichkeit. Unter derartigen Pressionen ziehen sich häufig sogar aktive religiöse Gruppen, die in aller Welt für soziale Gerechtigkeit und Frieden kämpfen, ängstlich zurück, wenn das Thema des Nahen Ostens zur Diskussion steht.

Die *Sacramento Religious Peace Community* (SRCP), eine Friedensbewegung, die sich der ökumenischen Zusammenarbeit in sozialen Belangen verschrieben hat, organisierte im Oktober 1983 ein großes Symposium über *Glaube, Krieg und Frieden im Atom-Zeitalter*, und zwar im Kongreßzentrum von Sacramento. Zahlreiche religiöse Organisationen – darunter auch der *Jewish Relations Council* von Sacramento – hatten gemeinsam das Symposium unter der Schirmherrschaft der SRCP finanziell unterstützt.

Anfang September, als die Publicity für das Symposium vorbereitet wurde, bat plötzlich das *Friedenszentrum von Sacramento* (SPC) – eine weitere bekannte örtliche Aktivistengruppe, ob sie den Aussendungen für das Symposium der SRCP nicht ein Flugblatt mit der Einladung zu einem Gedenkgottesdienst für die Opfer der Massaker in libanesischen Flüchtlingslagern

beilegen dürfe. Da für die Friedensbewegungen derartige gegenseitige Hilfsmaßnahmen selbstverständlich sind, war die Zweite Direktorin des Friedenszentrums, Peggy Briggs, über das Verbot, wonach das Flugblatt des *Friedenszentrums* nicht zusammen mit der Werbung für das Symposium verschickt werden dürfe, besonders schockiert.

Briggs wurde durch das SRCP mitgeteilt, daß der *Verbindungsrat der Jüdischen Gemeinde* – er war gleichzeitig auch Hauptbeteiligter er SRCP-Aktivitäten – als stärkste örtliche jüdische Gruppe bekanntgegeben hatte, die Teilnahme der Juden an dem Symposium zurückziehen, wenn das Flugblatt des *Friedenszentrums* von Sacramento in der Post auftauchen sollte. Ein solches Ausscheren hätte nicht nur eine verminderte Unterstützung seitens der größten örtlichen Jüdischen Gemeinde bedeutet, sondern auch die Absage eines Rabbis nach sich gezogen, der als einer der Hauptredner bereits auf dem Programm angekündigt war.

Helen Feeley, Co-Direktorin der SRCP, teilte dem *Friedenszentrum* überdies mit, daß während des Symposiums keine von der Nahost-Sondereinheit des *Friedenszentrums* vorbereitete Literatur verteilt werden könne. Bei einer späteren Diskussion über diese Angelegenheit sagte Feeley ganz energisch: „Die Nahost-Sondereinheit hat die Gemüter der hiesigen Jüdischen Gemeinde vollends erregt, weil sie das israelische Existenzrecht nicht anerkennen. Dieses Material ist einfach aufrührerisch."

Greg Degiere, Leiter der Nahost-Sondereinheit des SPC, protestierte und hielt dem entgegen, daß seine Gruppe das israelische Existenzrecht sehr wohl anerkenne. Er wies darauf hin, daß – im Respekt vor den Menschenrechten für *alle* Personen in diesem Gebiet – das *Friedenszentrum von Sacramento* das Ende der Kriegshandlungen im Nahen Osten sowie die gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und der PLO fordere.

Das Verbot einer Diskussion über die Nahostprobleme sowie die Zurückweisung des SPC-Anliegens zur Verteilung seines Informationsmaterials, wurde als Gegenleistung der jüdischen Teilnahme am Symposium von Sacramento durch die *Religiöse Friedensgemeinschaft* hingenommen. Rabbi Lester Frazen, der als Grundsatzredner auftrat und somit zur Provozierung des Problems beitrug, hatte schon bei früheren Gelegenheiten demonstriert, was er unter *Redefreiheit* versteht. Bereits 1982 hatte er zu Beginn des israelischen Einmarsches in den Libanon unverholen sein eigenes Recht auf *Redefreiheit* behauptet: Der Rabbi

Lester Frazen war nämlich einer der Führer des Sacramento-Marsches, an dem hauptsächlich fundamentalistische Christen teilnahmen, die ihre überschwengliche Befürwortung der Invasion mit einem Spruchband proklamierten: „Gottes Reich schlägt zurück!" In diesem Sinne verwundert es freilich nicht, daß Lester Frazen und seine Gönner dem *Friedenszentrum von Sacramento* die Berechtigung aberkannten, jetzt plötzlich der Opfer dieser Invasion zu gedenken oder zur Beendigung des Tötens auf *beiden* Seiten aufzurufen.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß, trotz des Leitthemas dieser Versammlung – *Glaube, Krieg und Frieden im Atom-Zeitalter* –, die Konflikte im Nahen Osten nicht auf der Tagesordnung standen; denn viele Beobachter gerade aus dieser Gegend befürchteten, daß sie eventuell zum Mittelpunkt einer nuklearen Auseinandersetzung werden könnten. Joseph Gerson, sogenannter Friedenssekretär bei dem *Komitee des Amerikanischen Freundschaftsdienstes* in New England, bemerkte: „Der Nahe Osten war schon immer das beständigste und gefährlichste nukleare Pulverfaß. Die Präsidenten Truman, Eisenhower, Johnson und Nixon haben alle damit gedroht, dort Atomwaffen einzusetzen..."

Der ‚Palmsonntags'-Tumult

Trotz der jüdisch-fundamentalistischen Zusammenarbeit und trotz des Druckes gegen diejenigen, die öffentlich für Verhandlungen und eine Versöhnung im Nahen Osten auftraten, hatten ein paar religiöse Führer dennoch mutig und rückhaltlos ihre Meinung vertreten. Der Mutigste von ihnen war Hochwürden Francis B. Sayre, der schon am Palmsonntag des Jahres 1972 die Gelegenheit ergriffen hatte, eine Reihe Fragen zu stellen, wegen deren Beantwortung die amerikanischen Christen noch immer herumdebattieren.

Während seiner siebenundzwanzigjährigen Amtszeit als Dekan der *National Cathedral in Washington*, kommentierte der ebenso herzliche wie bühnenreife Dekan Sayre die unterschiedlichsten politischen Fragen immer wieder mit seinen umstrittenen Äußerungen. Anfang der Fünzigerjahre feuerte er während des Wahlkampfes seine erste Salve ab, wobei er den *McCarthyismus* heftig unter Beschuß nahm. Weil er die Anhänger des Senators von Wisconsin „ängstliche und leichtgläubige Kollabora-

teure einer unterwürfigen Art von Patriotismus" nannte, wurde Sayre mit einer Flut von Haßbriefen bombardiert. All das hatte ihn aber nicht davon abhalten können, rückhaltlos seine Meinung zu äußern über Probleme, die fortwährend sein Gewissen beunruhigten. Er war einer der ersten Verfechter der Menschenrechte für die Schwarzen, und in den 60er und 70er Jahren stand er in der ersten Reihe des Widerstandes gegen den Vietnamkrieg.

Dekan Sayre war ein Enkel von Woodrow Wilson, und sein Vater war Diplomat – Professor für Rechtswissenschaften und bekannter episkopaler Laienprediger. Sayre setzte die Führungstradition seiner Familie fort und war stolz auf seine Position als Oberhaupt der einflußreichen Kongregation der Kathedrale. Als ihm 1960 unter der neuen Kennedy-Regierung ein Regierungsposten angeboten wurde, sagte er prompt: „Nein danke, ich habe bereits den besten Job in Washington."

Sayre bezeichnete seine Rolle als Dekan der Washingtoner Kathedrale einmal als „Verbindungsglied zwischen Kirche und Staat" und als Plattform eines „moralischen Leitfadens" für die Führer unserer Regierung. Seine aktive Lebensart erklärte er in der für ihn charakteristischen Offenheit: „Wer auch immer zum Dekan einer Kathedrale ernannt wird, hat ein wunderbares Instrument in seiner Hand, und er wäre ein Feigling, wenn er dieses Instrument nicht einsetzt."

Am Palmsonntag 1972 hielt Dekan Sayre von seiner *Prestigekanzel'* eine Predigt, die vielleicht die schärfste – und sicherlich auch eine der umstrittensten in seiner Laufbahn war. Er sprach über Jerusalem, und er bezeichnete die alte Stadt als Symbol der reinsten Sehnsüchte und auch des tiefsten Ärgers des menschlichen Herzens. Historisch gesehen, erklärte er, waren beide Extreme verkörpert in den Ereignissen einer einzigen Woche, und zwar zwischen dem triumphalen Einzug Jesu in die Stadt und seiner anschließenden Kreuzigung.

„In der ganzen Pracht und Exaltation des Palmsonntags war Jerusalem das Sinnbild aller Menschenträume: ein König, der eines Tages kommen wird, uns von allen Fesseln zu befreien; der Traum vom Frieden, der alle Gewalt besiegen wird; Heiligkeit des Himmels, die den Abschaum dieser Welt vernichten wird."

Aber, so wie Jerusalem „der Menschheit die Sehnsucht nach dem jenseitigen Guten" symbolisierte, so zeigte es ihr auch seine Fähigkeit zu *abscheulichem Übel*:

„Seine goldenen Kuppeln sind auch als *Ort der Totenschädel* bekannt. Jerusalem, in all dem Schmerz seiner Geschichte, bleibt ein Zeichen unseres schlimmsten Vorwurfes: der Gipfel unserer Hoffnung, ruiniert von der schamlosen Niedertracht jener Menschen, die diese mit ihren Mitbürgern nicht teilen wollten, sondern es vorzogen, lieber zu *töten* als Gott zu gehorchen."

Nachdem Sayre damals Jerusalem als Porträt der „fürchterlichen Widersprüchlichkeit menschlicher Rasse gegenüber der Wahrheit, sich selbst und Gott gegenüber" erkannt hatte, sprach er leidenschaftlich über die Bedeutung Jerusalems für die jetzt in Israel lebenden Menschen:

„Natürlich kann man mit der liebevollen Hoffnung dieses kleinen Staates sympathisieren, der danach strebt, das Symbol zu sein, nein – sogar noch mehr: die Verkörperung zu sein einer geheiligten Volksgemeinschaft. Für sie ist Jerusalem die alte Hauptstadt; die Stadt des Tempels, der einst die gesegnete *Bundeslade* mit dem feierlichen Vertrag göttlicher Verheißung beherbergte. Wenn dort jetzt eine Regierung gegründet wird, so bedeutet das die Erfüllung eines hingebungsvollen, leiderfüllten Gebetes, das neuerlich genährt wurde durch die Tapferkeit seiner jungen Männer und die Fähigkeit seiner Generale. In der ganzen Welt war das Echo des Hosianna zu vernehmen, als die jüdischen Armeen sich über den offenen Graben wälzten, der das arabische Jerusalem vom israelischen Sektor trennte."

Doch die damalige Predigt des Kirchenvorstehers Hochwürden Sayres war bereits erfüllt von einer dunklen Vorahnung. Seit dem militärischen Sieg von 1967 war nämlich irgendetwas fürchterlich falsch gelaufen. Jerusalem war zwar 1972 noch komplett unter israelischer Kontrolle. Aber die moralische Tragödie der Menschheit – so beklagte es Hochwürden Sayre – hat sich durch die von den Israelis praktizierte Behandlung der arabischen Bevölkerung in dieser Stadt wiederholt. In seinen Augen war der Traum erloschen:

„Unterdrückte werden jetzt zu Unterdrückern. Araber werden deportiert; Araber werden ohne Urteil eingesperrt; Arabern wird das Eigentumsrecht an ihrem Land und ihren Häusern entzogen; ihre Verwandten dürfen sich in Jerusalem nicht niederlassen; sie haben weder etwas zu sagen, noch fühlen sie sich glücklich in dieser Stadt, die trotz alledem die Hauptstadt auch *ihrer* Religion ist!"

Während er über die moralischen Konsequenzen der israeli-

schen Annektierung von Israel sprach, zitierte Sayre Dr. Israel Shahak – einen jüdischen Überlebenden des Nazi-Konzentrationslagers *Belsen*. Shahak, Dissident der israelischen Politik, der als Professor an der *Hebrew University* tätig ist, brandmarkte die Annektierung als „einen unmoralischen und ungerechten Akt". Man müsse erkennen, daß „die gegenwärtige Situation, in der eine Gemeinde die andere unterdrückt, uns alle vergiften wird – uns Juden an erster Stelle!"

Sayre erklärte, daß die von den Israelis praktizierte Behandlung der arabischen Bevölkerung ein Abbild sei „dieses schicksalhaften Makels, der dem Menschen innewohnt – der stets zur Lobpreisung Gottes auflodert, um sich dann aber schon im nächsten Augenblick wieder abtrünnig Seinem Willen zu entziehen."

An diesem Tage war er nicht der einzige Kirchenvorsteher in Washington, der in seiner Rede Israel kritisch beleuchtet hatte. Auch Dr. Edward Elson, Pastor der *National Presbyterian Church* und Kaplan des US-Senats, beschimpfte „jene Christen, welche die Ausschreitungen der Israelis in Jerusalem damit rechtfertigten, als seien sie die Erfüllung der göttlichen Prophezeiung". Und der *Armenisch-Orthodoxe Legat* von Washington, Bischof Papken, forderte Israel auf, zu begreifen, daß „Jerusalem *allen* Menschen gehört".

Trotz zahlreicher anderer kritischer Stimmen, kam – aufgrund seines Ansehens und seiner exponierten Stellung innerhalb der amerikanischen Religion – jetzt aber Hochwürden Sayre als Dekan der *National Cathedral of Washington* unter Beschuß. Rabbi Joshua O. Haberman von der *Washingtoner Hebräischen Kongregation* beschwerte sich bei Sayre, daß seine Predigt „für die israelische Regierung derart besorgniserregend war, daß sogar eine Kabinettsberatung darüber stattgefunden hatte, wie man einem Mann begegnen solle, der den Juden gegenüber immer freundlich gesinnt war, aber jetzt so töricht handelt".

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Zwei Führer des Rates der Jüdischen Gemeinde von Washington reagierten in einer Stellungnahme, in der alle drei Predigten verurteilt wurden, im besonderen jedoch die Rede von Dekan Sayre. Dr. Harvey H. Ammerman und Dr. Isaac Frank behaupteten darin, daß Juden, Christen und Moslems „sich in der wiedervereinigten Stadt ungehindert vermischen und dort in Frieden leben und arbeiten." Sie bezeichneten die Predigt von Sayre als „eine empörende Verleumdung".

Ihre Meinung wurde noch durch die ‚Washington Post' untermauert, in der die Predigt Sayres als „eine zügellose Bloßstellung der gegenwärtigen israelischen Politik in Jerusalem" bezeichnet wird. Die Redakteure der ‚Washington Post' protestierten gegen Sayres Behauptung – „Noch während sie (die Israelis) ihren Gott für das glückliche Lächeln preisen, beginnen sie fast im gleichen Moment bereits mit seiner Hinrichtung." Die Journalisten empfanden, daß diese Äußerung „beängstigend nahe herankommt an eine alte, sehr bekannte Art der schlimmsten Scheinheiligkeit."

Ein verärgerter Leserbrief in der *Washington Post* kanzelte Sayres Predigt als „unsachlichen Blödsinn" ab: „Dieser Pastor veranschaulicht besonders deutlich die typische liberale, freundliche und zu Herzen gehende Haltung den Juden gegenüber. Wir empfinden mit Ihnen, solange Sie von unserem guten Willen für Ihr eigenes Überleben abhängig sind. Wir werden um Sie weinen, wenn Sie alle paar Jahre von unseren Glaubensgenossen fertiggemacht werden. Aber fangen Sie um Gottes Willen ja nicht an, Ihr eigenes Schicksal zu besiegen und zu lenken! Zur Hölle damit, sage ich."

In den Wochen nach dem *Palmsonntag* erschienen noch mehrere Briefe dieser Art in der Washingtoner Presse; jedoch nur ein paar von ihnen befaßten sich mit Sayres zenraler Behauptung, wonach die in Jerusalem lebenden Araber und Juden durch die israelische Politik *nicht gleichermaßen* behandelt würden. Die tatsächliche Situation in Jerusalem hätte man relativ einfach durch Nachforschungen an Ort und Stelle widerlegen – oder bestätigen – können. Doch die Kritiker von Sayre beschränkten ihre Angriffe – nach Art der Redakteure der *Washington Post* – zum größten Teil auf den Tenor und den Mangel an *Mäßigung* in seiner Predigt.

Sayre wurde von allen Seiten kritisiert, nicht etwa, weil er sich im Unrecht befunden hätte, sondern weil er unverblümt das ungerechte Vorgehen der Israelis anprangerte, und dadurch von seinen Gegnern als *antisemitisch* abgestempelt wurde. Trotz seiner langjährigen Tätigkeit im humanitären Hilfsdienst, versuchten israelische Politiker, ihn jetzt in *persönlichen* Mißkredit zu bringen, weil sie seinen Argumenten offenbar nichts entgegenzusetzen hatten. Wieder war hier der Autor Ernst Volkmann zur Stelle, der Sayre nunmehr beschuldigte, daß er „sinnlosen Pro-Arabismus" demonstriert habe, „der die langjährigen Bemühun-

gen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Christen und Juden, zunichte gemacht hatte."

David A. Clark von der *Christlichen Führungskonferenz der Südstaaten* schrieb zu Sayres Verteidigung: „Ich betrachtete mit einigem Mißtrauen die emotionalen Entgegnungen, die in allen Fragen die Rechtmäßigkeit des israelischen Verhaltens bekunden." Er verglich derartige Emotionen mit der ursprünglichen Reaktion gegen diejenigen, die als erste gegen lang-etablierte Konzepte rassischer Überlegenheit auftraten. Unter Bezugnahme auf die US-Politik im Nahen Osten, drückte er seine Dankbarkeit dafür aus, „daß jemand von solcher Integrität wie Dekan Sayre einen anderen Gesichtspunkt vermittelt hat, so daß unsere Ansichten nicht einseitig sind."

Einflußreiche Christen aber blieben in ihrer Reaktion auf die Rede weiterhin geteilter Meinung. Einige hielten – was die israelische Politik in der Heiligen Stadt betraf – Sayres beunruhigende Mißbilligung für durchaus berechtigt. Andere beschworen weiterhin das Gespenst des *Antisemitismus'* herauf.

Hochwürden Carl McIntire, ein ausgesprochen protestantischer Fundamentalist, nahm in einem Brief im *Washington Star* Anstoß an Sayres Predigt. Er und Sayre seien erst vor kurzem aneinandergeraten, als McIntire versucht hatte, eine Ansammlung gegen den Vietnamkrieg in der Washingtoner Kathedrale aufzulösen, und Sayre persönlich ihn hinauskomplimentiert habe. „Die Liberalen, die von dem Dekan vertreten werden, haben sich schon längst von der historischen christlichen Einstellung gegenüber Israel und Jerusalem entfernt", erklärte McIntire. Indem er den Krieg von 1967 als ein „überwältigendes Beispiel" hervorhob, „wie man mit Angreifern und kommunistisch unterstützten Streitkräften umzugehen hat", berief er sich wegen des israelischen Besitzes der erorberten Gebiete abermals auf die biblische Rechtfertigung:

„Diejenigen unter uns, die an die Bibel als das Wort Gottes glauben, müssen jetzt unseren jüdischen Nachbarn zu Hilfe kommen. Was Gott ihnen gegeben hat, dürfen sie berechtigterweise auch besitzen, und kein Stück des von ihnen gewonnenen Landes sollte wieder hergegeben werden."

Einige Geistliche der führenden Konfessionen schlossen sich dem Aufschrei der Fundamentalisten über die Predigt am Palmsonntag an. Zwei Führer des Kirchenrates aus dem Verwaltungsbezirk Washington stellten in ihren öffentlichen Statements fest, es sei „betrüblich und verblüffend, daß gutgesinnte

Menschen – Christen ebenso wie Juden – ausgerechnet am Beginn dieser heiligen Woche ihre Erklärungen abgaben, die unweigerlich als *anti-judaisch* ausgelegt werden."

Zwei katholische Geistliche – ein Funktionär des Sekretariats für *Katholisch-Jüdische Beziehungen* und ein Direktor der *Katholischen Konferenz der Vereinigten Staaten* – versuchten ebenfalls, Sayre bloßzustellen. Zunächst wollten Sie wissen, ob Sayre Dr. Israel Shahak als *Dissidenten* bezeichnen darf, um damit seine Anschuldigung über die israelischen Ungerechtigkeiten in Jerusalem zu erhärten: „Gleicht das nicht zu sehr der alten antisemitischen Strategie, Weissagungen hebräischer Propheten zu benutzen, um damit Juden zu beschimpfen?" Noch bedenklicher erscheint ihre Behauptung, daß sie bei ihrer letzten Reise nach Israel „keinerlei Beweise für einer Unterdrückung durch die Israelis entdeckten."

Ein zur gleichen Zeit erschienener Artikel im *Christianity Today* brachte jedoch eine andere Reaktion, als die des *United Church Observer*, ein offizielles Blatt der Unierten Kirche in Kanada. Reverend A.C. Forrest pries Sayre für „den Mut, die Kenntnis und die Einsicht, prophetisch über eine der beunruhigendsten Situationen der heutigen Welt zu sprechen". Er zitierte Berichte der Vereinten Nationen über Israel und sagte, die von Sayres erhobenen Anschuldigungen „sind für jemanden, der seine Hausaufgaben gemacht hat oder oft genug im Nahen Osten war, so etwas wie ein alter Hut."

Weitere Unterstützung für Sayre kam auch von dem Jesuiten-Lehrer Joseph L. Ryan der Georgetown Universität. Pater Ryan erklärte, er spräche in Erwiderung auf das Gebot von Papst Paul – „Wenn Du Frieden willst, mußt Du für Gerechtigkeit eintreten" – und zitierte Darstellungen des Papstes und anderer katholischer Würdenträger aus verschiedenen Nahost-Ländern. Sie alle brachten ihre Sorge über Israels Verhalten in Jerusalem und das damit verbundene Elend der palästinensischen Flüchtlinge zum Ausdruck. Er wies darauf hin, daß die jüdische Unterdrükkung von Christen und Moslems in Jerusalem durch Veröffentlichungen der *Israelischen Liga für Menschenrechte* und der *Vereinten Nationen* dokumentiert seien. „Es mangelt nicht an Beweisen" schrieb er. „Wenn schon die öffentliche Aufregung wegen dieser Unterdrückungen schockierend ist, so ist die Wirklichkeit unvergleichlich schockierender."

Pater Ryan sparte sich die stärksten Worte für seine Kritik an

den treuergebenen, bedingungslosen christlichen Befürwortern der israelischen Politik auf:

„Ferner propagieren ein paar Katholiken und Protestanten, daß eine *antizionistischische* Einstellung (*kritisch* gegenüber Israel) gleichviel bedeutet wie *antisemitisch*. Weil sie den Rassismus bis zur Wurzel ausrotten wollen, greifen diese Sprecher zu extremen Mitteln. Die von ihnen versuchte Unterstellung *behindert* – anstatt *fördert* – weitgehend die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Christen und Juden. Sie unterbindet die freie und offene Diskussion über grundsätzliche Unterschiede, was für die Amerikaner als Bürger ihres Landes und der Weltgemeinschaft bei der Suche nach Recht und Frieden entscheidend wäre."

Dekan Sayre blieb weitgehend unberührt von dem Sturm, den er am Palmsonntag ausgelöst hatte. Seine einzige öffentliche Aktion bestand in der Verlautbarung durch seinen persönlichen Berater, daß er keine einzige Bemerkung jemals zurücknehmen werde. Jahre später gestand er, daß seine Rede vom Palmsonntag 1972 seine erste *direkte* Kritik an Israel war. Aber er hatte schon *vorher* mehrere Predigten über das Elend der palästinensischen Flüchtlinge gehalten: „Natürlich war mir klar, daß das Aufsehen erregen würde", sagte er. „Wenn man das Ganze aber milder ausdrückt, wie ich es (unlängst) getan habe, so macht es überhaupt keinen Eindruck. Also, was soll man tun?"

Vor dieser umstrittenen Predigt hatte sich Sayre noch eines hohen Ansehens bei der *Amerikanisch-Jüdischen Gemeinde* erfreuen können. Auf seine Einladung hin hatte in alten Zeiten eine örtliche jüdische Kongregation bis zur Fertigstellung der Synagoge noch ihre Gottesdienste in seiner Kathedrale abhalten dürfen. Die Juden respektierten ihn wegen seiner Arbeit als Präsident des US-Komitees für Flüchtlinge. In dieser Eigenschaft hatte er Juden aus Jordanien, Syrien und dem Libanon umgesiedelt. Und als Episkopal-Pfarrer in Cleveland war er nach dem Zweiten Weltkrieg auch als Leiter des Komitees der Diözese zur Ansiedlung von Flüchtlingen aus Osteuropa tätig. Unter den von ihm betreuten Einwanderern befanden sich viele Juden.

Die Palmsonntagspredigt hatte vor allem persönliche Folgen. Sayre und seine Familie mußten eine Hetzkampagne mit „sehr unschönen direkten Einschüchterungen" durch Drohbriefe und Telefonanrufe erleben. Wenn seine Kinder das Telefon beantworteten, wurden sie angeschrien und beschimpft. Das Telefon klingelte auch mitten in der Nacht. Wenn sich jemand aus der

Sayre-Familie meldete, wurde wieder aufgelegt. „Wenn ich auf die Straße ging, wurde ich angepöbelt oder von Unbekannten lautstark verflucht." Diese Art Belästigungen hielt etwa sechs Monate an. Die Dinge spitzten sich „sogar soweit zu, daß meine Frau per Telefon bedroht wurde, und zwar so oft, daß ich eine Zeit lang Leibwächter aus unserer Kathedrale um mein Haus postieren mußte."

Der ökumenische Geist zwischen Sayre und den Gemeinde-Rabbis war seit der Palmsonntagspredigt noch weitere sechs Monate belastet. Dann ereignete sich 1972 bei den Olympischen Spielen in München die Tragödie mit der Tötung von elf israelischen Athleten. Während sie die radikalen Guerillas „Schwarzer September" noch gefangenghielten, war Dekan Sayre von diesem Ereignis ebenso schockiert und empört wie die ganze Welt. Zusammen mit Rabbis und anderen jüdischen Führern in Washington begann er sofort mit der Planung eines Gedenkgottesdienstes in seiner Kathedrale.

Dann geschah es, daß drei Tage nach dem Drama von München israelische Kampfflugzeuge Palästinenser-Lager in Syrien und im Libanon angriffen und dabei 40 Personen töteten. Sayre unterrichtete daraufhin die Rabbis von seiner Absicht, jetzt „einen *allgemeineren* Gottesdienst abzuhalten", wobei nicht nur der israelischen Opfer der Olympischen Spiele in München, sondern auch der getöteten Palästinenser aus den syrischen und libanesischen Lagern gedacht werden sollte.

Unter solchen Vorzeichen haben die Rabbis freilich nicht an dem Gedenkgottesdienst teilgenommen. Allerdings befanden sich dennoch eine Reihe Juden unter den fast 500 Menschen, die dem *erweiterten* Gottesdienst beiwohnten. Sie hörten, wie Dekan Sayre die arabischen Guerillas als „irregeführte und hoffnungslos getäuschte" Opfer bezeichnete. Diese Menschen seien „seit ihrer Geburt nur von Grausamkeiten begleitet gewesen, die aus den ungelösten Problemen heraus entstanden sind – und die das internationale Gewissen nicht stören."

Sayre verurteilte die israelische Vergeltung mit den Worten: „Auge um Auge, Zahn um Zahn – das ist die Begründung dieser Gewalt. Es macht mich tieftraurig, wenn ich daran denke, daß die israelische Regierung durch die Verletzung von Unschuldigen jeglichen moralischen Anspruch verwirkt hat." Sayre erinnerte noch einmal an die tieferen geschichtlichen und menschlichen Aspekte, die seine Palmsonntagpredigt gekennzeichnet

hatte, und die sehr wohl für *jedes* Opfer aus der Gewaltanwendung im Nahen Osten wiederholt werden könnte:

„Meinem Empfinden nach ist das Opfer der Gewalt, das wir heute hier betrauern, nicht nur jener soeben auf blutgetränktem deutschen Boden getötete Jude – es ist auch nicht der arabische Gefangene eines nicht minder gewalttätigen Erbes. Das Opfer sind wir alle – die gesamte Menschheit auf dieser Erde."

Trotz dieser in der christlichen Botschaft durchaus üblichen Worte wurde Sayre dergestalt behandelt, als ob er eine Art Prediger für den *Extremismus* wäre. Sayeres Karriere hatte plötzlich nicht mehr den alten Glanz, seitdem er seine unverblümten Worte über den Nahen Osten ausgesprochen hatte.

Jetzt, da er sich auf Martha's Vineyard, einer Insel kurz vor Cape Cod, schon halb im Ruhestand befindet, dient Sayre als Kaplan in dem dortigen Krankenhaus, wo er aber keinen regelmäßigen Kirchendienst mehr betreibt. Es war im Jahr 1983, als ich ihn beim Muschelsuchen auf seiner Insel traf und ihn fragte, ob die Palmsonntag-Botschaft sich irgendwie auf seine Karriere ausgewirkt hat. Sayre antwortete ohne Zögern: „Ja, ganz bestimmt. Ich wußte, daß es so kommen würde; denn es wird nicht gern gesehen, wenn man offen seine Meinung sagt. Ich mag darüber nicht spekulieren; aber niemand weiß, was sonst passiert wäre. Aber ich meine, daß ich vom damaligen Zeitpunkt an eine Gefahr war, um als Bischof oder auf einem anderen Posten weiterhin tätig zu sein."

„Ich dachte, ich müßte etwas unternehmen"

Die amerikanischen Christen haben wenige Menschen im Format von Dekan Sayre gesehen, die bereit waren, ihre Stimme frei und mutig für den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Völkern im Nahen Osten zu erheben. Zur Zeit der Palmsonntagpredigt im Jahre 1972 war er der prominenteste Sprecher der amerikanischen Christenheit: ein mächtiger, hochintelligenter Pastor, der die Autorität der *Prestige-Kanzel* der Washingtoner Kathedrale verkörperte. Trotz des Preises, den Sayre für sein mutiges Auftreten bezahlte, werden jüngere Stimmen laut, die sich mit ähnlicher Entschlossenheit und Stärke engagieren.

Hochwürden Don Wagner, ein Presbyter aus Chicago, hatte sich in seiner religiösen Gemeinde nicht davor gescheut, die Öffentlichkeit über die wahren Vorkommnisse im Nahen Osten zu

unterrichten und die religiöse Voreingenommenheit zu bekämpfen, die vielfach das Bewußtsein über derartige Realitäten trübt. Auch er hatte die Qualen aus vielerlei Einschüchterung erleiden müssen, die aus seiner mutigen Haltung resultierten.

Zunächst wurde Wagner – während er noch als Hilfspastor in einer großen Presbyter-Kirche in Evanston, Illinois, diente – in eine öffentliche Debatte über den Nahen Osten verwickelt. Er war damals – wie er sagte, noch „sehr *israelfreundlich* eingestellt". Gleich zu Beginn der ersten Ölkrise 1974 hatte der junge Pastor bei der Vorbereitung einer Vortragsreihe mitgeholfen, die in seiner Kirche stattfinden sollte. Dabei hätten – immer abwechselnd – jeweils pro-israelische und dann wieder pro-arabische Redner ihre Standpunkte erläutern sollen. Wagner war der Auffassung, daß eine derart umfassende Erörterung seinen Gläubigen helfen würde, die unbegreiflichen Ereignisse besser zu verstehen. Wagner war daher überrascht, als er mitten in diesen Vorbereitungen plötzlich Druck zu spüren bekam, seine Vortragsreihe zu stoppen. Durch einen Hagel anonymer telefonischer Drohungen fühlten sich auch die Wachposten draußen vor der Kirche gefährdet – und schlimmer noch: Sollten die angekündigten Diskussionen fortgesetzt werden, müßten die Veranstalter mit nicht näher bezeichneten Vergeltungsmaßnahmen rechnen.

Wagner setzte seine Vorbereitungen dennoch fort. Letztendlich wurde die Vortragsreihe aber dadurch vermasselt, daß sich zwei Juden weigerten, an der abschließenden Diskussionsrunde teilzunehmen. Überraschend gaben sie eine halbe Stunde vor der festgesetzten Diskussion bekannt, daß die Gegenwart eines arabischen Akademikers in dieser Runde dem Ereignis einen *antisemitischen* Anstrich verleihen würde. Mit dieser Begründung lehnten sie es ab, die Diskussionsrunde mit ihrer Gegenwart zu beehren. Sie ließen durchblicken, daß sie von Wagner über die Zusammensetzung der Diskussionsrunde und die Leitlinie der Gespräche getäuscht worden seien. Diese Behauptung stand freilich im Widerspruch dazu, da das Thema der Diskussion und die Teilnehmerliste schon lange vorher veröffentlicht worden waren.

Wagner nahm an, daß diese Männer von ihren Rabbis her unter Druck standen, um dementsprechend die Konferenz schon *vorher* zu verlassen. Diese Annahme wurde später bestätigt, als er erfuhr, daß viele der damaligen Anrufe von Mitgliedern der örtlichen Jüdischen Gemeinde stammten. Einer der Anrufer ge-

stand ihm sogar unverblümt: „Ich bin ein Jude, und diese Art von Aktivität ist sehr *antisemitisch*. Für einen Christen, der so etwas mitmacht, ist dies eine Skrupellosigkeit."

Diese Erfahrung hatte Wagner die Augen geöffnet: Er stellte fest (so wie es auch andere mutige Kritiker erfahren mußten!), daß man – um als *Antisemit* abgestempelt zu werden – nicht erst das jüdische Volk oder gar den Staat Israel kritisieren muß. Es genügt schon, wenn man interessierte Fragen zu den Problemen des Nahen Ostens aufwirft, und die Antworten darauf eventuell zweifelhaft ausfallen könnten.

1977 fuhr Wagner das erste Mal nach Israel. Er bezahlte die Fahrt aus eigener Tasche, fuhr aber mit Vertretern von *Palestine Human Rights Campaign* (PHRC), die sich dem Schutz der palästinensischen Rechte verschrieben hatte. Nachdem er schon längere Zeit mit Flüchtlingen und anderen Bewohnern Beiruts, der West-Bank und Jerusalems zu tun hatte, wandelte sich Wagners Zuneigung für die entwurzelten palästinensischen Flüchtlinge immer mehr zu einem starken persönlichen Anliegen: „Ich fühlte ganz einfach, daß ich etwas unternehmen mußte!"

Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten merkte er, wie schwierig es sein kann, „etwas zu unternehmen". Kurz vor seiner Reise in den Nahen Osten hatte Wagner den bekannten Israel-Kritiker Prof. Dr. Israel Shahak für eine Kirchenrede engagiert. Nachdem er aber wieder zurückgekehrt war, mußte er feststellen, daß der Vorstand seiner Kirche inzwischen durch die örtlichen Rabbis unter Druck gesetzt worden war, und folglich die Vereinbarungen mit Shahak wieder gestrichen hatte. Von diesem Schritt war vorher weder Reverend Wagner noch Prof. Shahak unterrichtet worden. Der von den Rabbis umgestimmte Kirchenvorstand erklärte ganz einfach, daß ihn die Rabbis *überzeugt* hätten: denn es läge „sehr im Interesse der Beziehungen zwischen Kirche und Juden", wenn ein derart bekannter Kritiker der israelischen Politik am besten nicht erscheine.

Wagner hatten diese sonderbaren Schachzüge nicht übermäßig berührt. Sie spornten ihn vielmehr an, jetzt erst recht aktiv zu werden und auch weiterhin laut und deutlich auf die Not der Palästinenser hinzuweisen. In seinen sonntäglichen Frühgottesdiensten wurde für die Flüchtlinge gebetet, wobei Wagner auf mehr erzieherische Aktivitäten drängte. Er ließ sogar palästinensische Christen von seiner Kanzel aus zu den Gläubigen sprechen. Kein Wunder, wenn seine unkonventionellen Aktivitäten nicht nur verstärkte öffentliche Kritik und weitere Pressionen

auslösten. Es entstanden daraus auch neue Probleme für seine eigene Kirchenleitung. Ein Kollege bezeichnete Wagner ständig als *PLO-Pastor*. Die Reibereien im Kollegium wuchsen, als Wagner seine Pläne für die *Erste LaGrange-Konferenz* (LaGrange I) fortsetzte, benannt nach der gleichnamigen Stadt in Illinois, wo im Frühjahr 1979 diese Konferenz ihre Premiere feierte.

Mit diesem Ereignis wollte man – ähnlich wie mit der im Mai 1987 folgenden *LaGrange II-Konferenz* – bei den amerikanischen Kirchengruppen und -führern das Bewußtsein über die Situation der palästinensischen Flüchtlinge wachhalten. Beide Versammlungen wurden von großen ökumenischen Abordnungen der Christenheit besucht, einschließlich Evangelisten, hauptsächlich Protestanten, den Römisch-Katholischen und Orthodoxen. Die erste Konferenz war gemeinsam von PHRC und der Nahost-Sondereinheit der Chicagoer Presbyter gesponsert worden. Die zweite wurde von der PHRC und der christlichen Friedensbewegung *Pax Christi* sowie anderen Gästegruppen finanziell unterstützt. Das Thema dieser beiden Konferenzen wurde in dem Titel für *LaGrange II* zusammengefasst: *Bibelgrundlagen für einen Gerechten Frieden im Heiligen Land.*

Nach einer Reihe von Reden und Diskussionen waren nach jeder Konferenz gemeinsame Erklärungen verabschiedet worden, die ihrerseits dann zu heißen Debatten innerhalb der amerikanischen Religionsgemeinschaften geführt haben. In diesen umstrittenen Erklärungen wurde zunächst eine *gemeinsame* Humanität der Araber, der Juden und der Christen gefordert. Auch an die amerikanischen christlichen Kirchen erging der Appell, aktiver zu sein bei der Verbreitung wahrer Informationen und der Förderung von Versöhnung und Frieden. Besonders die Kirchen wurden dazu ermuntert, „gemeinsam mit allen Christen, Juden und anderen über die Notwendigkeit des Friedens im *Heiligen Land* zu sprechen" – und „ihre Gemeinden über die historischen Wurzeln des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu informieren und zu belehren."

Vordergründig konnten die Teilnehmer der ersten und zweiten *LaGrange-Konferenz* zur Schaffung eines breiteren öffentlichen Verständnisses für die Probleme im Nahen Osten durch ihre ökumenische Zusammenarbeit einen beachtlichen Erfolg erzielen. Leider haben aber auch die Gegner ihrer Vereinigung und Übereinstimmung teilgenommen.

Bereits vor der Einberufung von *LaGrange I* waren die Chica-

goer Presbyter bereits durch die örtliche Vertretung der *Anti-Defamation League* unter Druck geraten, der vom außerordentlichen Direktor Rabbi Yechiel Eckstein inszeniert wurde. Die Presbyter hätten sich als Schirmherren der Konferenz wieder zurückziehen sollen. Da gab es wieder die üblichen Telefonanrufe, eine umfangreiche Briefkampagne – und schließlich kam es zu einem Treffen zwischen den jüdischen Führern und den Mitgliedern der Kirchenhierarchie.

Die Älteren der Kirche standen zwar auf Wagners Seite, was die Jüdische Gemeinde nicht daran hinderte, die Konferenz rundweg zu verurteilen. Bereits einen Tag *vor* der Konferenzeröffnung gab auch die ADL eine Presseveröffentlichung heraus, in der die *antisemitische Voreingenommenheit* verdammt wird.

Die Bestrebungen, die Konferenz zu diskreditieren, waren damit aber keineswegs zu Ende: In der Liste der Redner sollte auch Pfarrer John Polakowski stehen, ein bekannter Autor des *Holocaust* und aktiver Zionist. Am Morgen der Konferenz schickte Pfarrer Polakowski an Wagner einen *Einschreibebrief* mit der Ankündigung, daß er sich von der Konferenz zurückziehen werde. Obwohl er über den Charakter der Konferenz und die Identität ihrer Redner voll informiert worden war, prangerte er dennoch die bevorstehende Konferenz an, daß sie gegenüber den israelischen Anliegen unfair und voreingenommen sein würde. Seine unbegründeten Befürchtungen sollten sich paradoxerweise alsbald erfüllen. Seine Entscheidung nämlich, der Konferenz fernzubleiben, hatte dazu geführt, daß der zionistische Standpunkt bei der Konferenz *LaGrange I* nicht mehr stark genug vertreten wurde.

Bei *LaGrange II* wurde diese Taktik wiederholt. Rabbi Arnold Kaiman war zunächst damit einverstanden, daß er eine Rede mit dem Titel *Religiöse Menschen sprechen aus ihrer Sicht* hält. Zum Teil wurde er wegen seiner langjährigen engen Freundschaft mit Ayoub Talhami, dem Mitinitiator der Konferenz, zu dieser Rede eingeladen. Talhami hatte mit seinem Freund, dem Rabbi Kaiman, in allen Details den Konferenzablauf durchbesprochen, er hatte ihm sogar eine Kopie des Einladungsentwurfs geschickt gehabt.

Am Tag des Konferenzbeginns jedoch sandte Kaiman eine Nachricht per Kurier an Wagner, Talhami und die anderen, womit er seine Teilnahme an der Konferenz überraschend wieder absagte. In dem Schreiben wurde Talhami und die anderen Initiatoren der Versammlung beschuldigt, ihn, Kaiman, *irregeführt*

und sogar *betrogen* zu haben. Talhami war zunächst der Meinung, daß der Brief hauptsächlich für Kaimans Kongregationsgremium bestimmt war; denn zum einen war der Vorsitzende dieses Gremiums ebenfalls als Adressat genannt worden, und zum anderen war die Anschuldigung des Betruges völlig absurd.

Wie immer man dieses Verhalten auch begründen mag – Kaiman war durch die plötzliche Absage seiner Rede sowie durch die Zurückweisung der Konferenz entschieden zu weit gegangen. Dazu kam, daß er Reportern Kopien seines Briefes zugespielt hatte, so daß der Rückzug eines Zionisten veröffentlicht wurde, noch ehe die Konferenz mit einer Darstellung aus *ihrer* Sicht die Dinge korrigieren konnte.

Für Wagner – der durch die Absagen von Polakowski und Kaiman sowie deren Rückzug in letzter Minute in der Eile keine anderen pro-israelischen Ersatzredner mehr engagieren konnte – war es jetzt vollends klar geworden, daß es diesen Israelfreunden offenbar mehr darum gegangen ist, gegenteilige Standpunkte in Mißkredit zu bringen, als ihre eigenen Argumente in der Atmosphäre einer freien und offenen Debatte zu verteidigen. Dieses sonderbare Rückzugsmanöver verlieh auch den nachfolgenden ADL-Beschuldigungen noch zusätzliche Farbe; denn es wurde wieder einmal behauptet, daß auch die *LaGrange-Konferenzen* „antiisraelische Zusammenkünfte" oder „PLO-Versammlungen" wären. An diesen ungerechtfertigten Anschuldigungen konnten auch die ausgewogenen Erklärungen nichts ändern, die jeweils nach den beiden Konferenzen von den Veranstaltern veröffentlicht worden waren.

Der beunruhigendste Zwischenfall während der LaGrange-Veranstaltungen betraf nicht die inszenierte Diskriminierung der Konferenzen, sondern richtete sich gegen eine ehrwürdige Teilnehmerin, die durch schwerwiegende Anschuldigungen attakkiert wurde:

Schwester Miriam Ward, eine katholische Nonne und zugleich Professorin für Geisteswissenschaften am Trinity College in Vermont, hatte viele Jahre hindurch palästinensische Flüchtlinge betreut. Ihrer eigenen Beschreibung nach spielte sie eine bescheidene Rolle bei der zweiten *LaGrange-Konferenz*: „Ich hatte Zweifel, ob ich die Kosten für meine Teilnahme überhaupt aufbringen könnte," erinnerte sich Schwester Miriam, die eine der Podiumsdiskussionen leitete, und auf der Konferenz auch für ihre humanitären Dienste eine Auszeichnung erhielt. Wie

Wagner, so kannte auch sie aus eigener Erfahrung den Preis, den man dafür zahlen muß, wenn man deutlich seine gerechte Meinung über das Palästina-Problem vertritt. Es war für die Nonne daher nicht verwunderlich, wenn auch sie jetzt aufgrund ihrer Aktivitäten durch Haßbriefe und persönliche Unterstellungen attackiert wurde. Aber was sie wegen ihrer Teilnahme an der *LaGrange-Konferenz* in der Folge an Beschimpfungen zu hören bekam – darauf war sie nicht gefaßt.

Schwester Miriam hatte der *Jewish Week-American Examiner*, eine bekannte jüdische Zeitung aus New York City, einen Schuß auf ihre persönliche Integrität verpaßt. In der Ausgabe vom 21. Juni 1981 wurde ganz groß über ein Komplott zur Zerrüttung der israelischen Politik in der West-Bank berichtet, das Schwester Miriam angeblich auf der Konferenz empfohlen hätte. Der Artikel beschuldigte sie, darauf gedrängt zu haben, die „Kirchen sollten ein Projekt finanzieren mit einem Kommandostab in den Vereinigten Staaten und Feldarbeitern in Israel und der West-Bank, mit dem Ziel der Spionage gegen Israel." Sie soll gesagt haben: „Bis die Israelis kapieren, was geschieht, haben sie (vermutlich Schwester Miriam und ihre Mitverschwörer) einen Ersatz bereit." Der *Jewish Weekly* fügte noch hinzu: „Der Vorschlag wurde ohne Widerspruch angenommen, und die Möglichkeiten, kirchliche Gelder dafür zu erhalten, wurden diskutiert."

Der Bericht war eine glatte Erfindung. Bei der *LaGrange-Konferenz* hatte niemand einen derartigen Plan vorgelegt, schon gar nicht Schwester Miriam. Sie war entsetzt, als Wagner sie von Chicago aus anrief und sie über die abgedruckten Behauptungen informierte. Sie hatte schon immer Publicity für ihre humanitären Aktivitäten gescheut. Aber nach der letzten Erfahrung fühlte sie sich eingeschüchtert und fürchterlich allein gelassen an ihrem Marterpfahl: „Ich war eine Zeit lang physisch krank", erinnerte sie sich, „und konnte die Sache noch nicht einmal mit anderen Mitgliedern meiner religiösen Gemeinde besprechen."

Nachdem sie hin und her überlegte hatte, wie sie – wenn überhaupt – reagieren sollte, suchte sie schließlich den Rat eines bekannten biblischen Gelehrten, der damals Gast-Professor am Trinity College war. Er riet ihr, wegen einer möglichen Klage einen Anwalt aufzusuchen. Der Anwalt war verständnisvoll und stimmte zu, ohne Gebühren zumindest eine Klage einzuleiten. Mehrere Schreiben des Anwaltes an die Zeitungen blieben ohne

Antwort. Derselbe Gelehrte – selbst prominentes Mitglied der Jüdischen Gemeinde von New York – telefonierte dann persönlich mit dem Chefredakteur. Schwester Miriam glaubt, daß dieser Anruf die Redaktion zum Handeln bewegte.

Im Januar 1981 – sechs Monate nach den ursprünglichen Anschuldigungen – hatte schließlich der *Jewish Week-American Examiner* eine Entgegnung abgedruckt. Die Redaktion hatte eingestanden: „Bei einer Überprüfung haben wir herausgefunden, daß es keine Beweise für die (Schwester Miriam) zugeschriebenen Zitate gibt". Sie erklärten, die Story sei ihnen „von einer Agentur übermittelt" worden, und „war von keinem Redaktionsmitglied der *Jewish Week* verifiziert worden." In ihrem Widerruf fügte die Redaktion noch hinzu, daß sie nunmehr „glücklich ist, Schwester Miriam von jeglichen Verdächtigungen befreit zu haben."

Ihr Ruf war dennoch in ein schiefes Licht geraten. Und den Schaden hatte die hilfreiche Nonne selbst zu tragen. Ihr Kommentar: „Ich wünsche wirklich keinem, daß ihm so etwas passiert."

10. Kapitel

Nicht alle Juden fügen sich

Um jegliche Kritik an Israel auszuschalten, gehört es zu den wichtigsten Aufgaben des israelischen Lagers, zunächst einmal die Kritiker selbst zum Schweigen zu bringen. Bei diesem Bestreben werden die Gemeinden stark von Seiten der israelischen Regierung unterstützt. Jede israelische Regierung war daher vor allem auf die Erhaltung des *Zusammenhalts* der amerikanischen Juden bedacht; denn diese Einigkeit dient nicht nur den israelischen Streitkräfte als solchen, sondern der gesamtisraelischen Verteidigung schlechthin. Daher ist es wichtig, den Beistand Amerikas zu hegen, denn von dieser Unterstützung ist das Überleben Israels in stärkstem Maße abhängig.

Den amerikanischen Juden werden dabei Schuldgefühle einsuggeriert, weil sie hier in den Vereinigten Staaten in Sicherheit und im Überfluß leben können, während ihre jüdischen Verwandten in Israel die Stellung halten, hohe Steuern zahlen und Kriege führen müssen. Rabbi Balfour Brickner beschreibt diesen Umstand so: „Wir verstecken uns hinter dem Argument, daß uns eine Kritik nicht zustünde, denn schließlich müssen ja die Israelis ihren Preis selbst bezahlen."

Für die meisten Juden ist daher eine offene Kritik an der israelischen Politik so gut wie undenkbar. Ihre Devise lautet *Überleben – Überleben* des zionistischen Traumes, *Überleben* des Judentums und der Juden selbst. Wenn nun in den letzten Jahren die Jüdische Gemeinde der Vereinigten Staaten nur äußerst selten – nicht einmal in ihren eigenen Reihen – über die Probleme des Nahen Ostens debattierte, so heißt das nicht, daß etwa *alle* Mitglieder immer derselben Meinung wären.

Im Gegenteil: Insgeheim vertreten nämlich viele amerikanische Juden eine völlig *entgegengesetzte* Meinung zur offiziellen Politik Israels. Die Unterschiede hierbei sind erschreckend. Durch eine Umfrage der *Amerikanisch-Jüdischen Gemeinde* von 1983 wird bestätigt, daß etwa die Hälfte der Juden in den Vereinigten Staaten es begrüßten, wenn die Palästinenser die West-Bank und den Gaza-Streifen wieder als ihr Heimatland

zurückerhielten. Sie sind *dafür*, daß Israel seine Ausweitung durch die Ansiedlungen stoppen und somit Friedensverhandlungen ermöglichen sollte. Dreiviertel sind *für* ein Gespräch der Israelis mit der *Palästinensischen Befreiungs-Organisation*, unter der Voraussetzung, daß sie Israel anerkennen und auf den Terrorismus verzichten. Nur 21 Prozent plädierten für eine dauernde Kontrolle der West-Bank durch die Israelis. Bei jedem dieser Vorschläge *widerspricht die Mehrheit* der amerikanischen Juden der Politik und den Deklarationen der israelischen Regierung.

Die Mehrheit tritt auch dafür ein, daß jeder einzelne amerikanische Jude sowie jede einzelne organisierte Gruppe das Recht haben müßten, die israelische Politik öffentlich zu kritisieren. Von den befragten Juden waren 70 Prozent *dafür*, daß ihre jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten *frei* kritisieren sollten, wobei selbst jüdische Führer eine Kritik dieser Fragen für notwendig hielten. 40 Prozent sagten, Organisationen sollten ihre Kritik *frei* äußern dürfen; 37 Prozent sind damit *nicht* einverstanden. Daraus geht hervor, daß nur ein Drittel der Führungskräfte die Kritik innerhalb der Organisationen unterbinden wollte. Die individuelle Abstimmung der Juden zur freien und offenen Debatte war sogar noch beeindruckender: Nur 31 Prozent stimmten dafür, daß amerikanische Juden *kein* Recht auf eine offene Kritik an der Israel-Politik äußern dürften; 57 Prozent stimmten dem aber nicht zu. Bei dieser Frage hatten sich die Abstimmungsergebnisse zwischen den Führern und ihrer jüdischen Gefolgschaft die Waage gehalten.

Die Ergebnisse dieser Umfrage decken sich nicht unbedingt mit dem tatsächlich vorhandenen öffentlichen Widerstreit. Während einige amerikanische Juden sagen, daß sie heftig gegen manches in der Israel-Politik opponieren und meinen, daß Organisationen und auch jede Einzelperson frei sein sollten, diese Politik offen zu kritisieren, verhält es sich dennoch so, daß so gut wie keine öffentliche Kritik aufkommt. Die durch die Meinungsumfrage ermittelten Ansichten müssen daher eher als *Wunschdenken* angesehen werden, denn als ein Bekenntnis zu den Prinzipien, nach denen sich die Befragten auch tatsächlich richten würden.

Offiziell unterstützen die jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten von Amerika die Politik Israels mit einer Einmütigkeit, die nur in den seltensten Fällen durchbrochen wird. Entweder bekennen sie sich offen zu dieser ihrer Unter-

stützung, oder sie schweigen. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Nahost-Friedensplanes von Präsident Reagan im September 1982, versprachen – wenn auch zurückhaltend – zunächst auch die Führer von *B'nai B'rith* und der AIPAC, diesen Plan zu unterstützen. Diese Zustimmung war aber zu einem Zeitpunkt erfolgt, als die israelische Regierung ihren Standpunkt noch nicht dargelegt hatte. Als später jedoch der israelische Widerstand bekannt wurde, distanzierten sich die Organisationen freilich wieder von diesem Thema.

„Zu Tode getrampelt"

Von den mehr als 200 großen jüdischen Organisationen, die auf nationaler Ebene arbeiten, haben nur die *Neue Jüdische Agenda* und ihr Vorgänger *Breira* jegliche von der israelischen Regierung eingeschlagene Politik angezweifelt.

Kein Wunder also, daß – als Antwort auf ihre gelegentliche Kritik an Israels Politik – diese beiden Organisationen geächtet und von der organisierten *Jüdischen Gemeinde* ferngehalten wurden. *Breira* hielt sich daraufhin nur noch fünf Jahre. Als diese Organisation im Jahre 1973 gegründet wurde, betrug die höchste Mitgliederzahl 1.000. Benannt mit dem bedeutungsvollen hebräischen Wort *Alternative*, hatte sie jüdische Institutionen dazu aufgerufen, „für ernsthafte Debatten aufgeschlossen zu sein." Das politische Ziel der *Breira* war „ein umfassender Friede zwischen Israel, den arabischen Staaten und einem palästinensischen Land, das bereit ist, in Frieden an der Seite Israels zu leben." Bekannte Rabbis wie Arnold Jakob Wolf, David Wolf Silverman, Max Ticktin, David Saperstein und Balfour Brickner hatten dem Führungsstab der *Breira* angehört.

Der Vergeltungsschlag war hart. *The National Journal* berichtete, daß die *Breira* „von zahlreichen Führern des jüdischen Establishments heftig angegriffen wurde", und daß bei einer *Breira*-Versammlung Angehörige des militanten *Jüdischen Verteidigungs-Bundes* „eindrangen und plünderten."

Einige Mitglieder der *Breira* waren unter schweren Druck geraten, entweder aus der Organisation auszutreten oder gar ihren Job zu verlieren. Jüdische Führer erhielten die Warnung, die *Breira* zu meiden. Sollten sie diese Warnung nicht befolgen, würde man ihre Gelder kürzen.

Israelische Politiker haben den Rabbis bei der Verunglimp-

fung der Organisation geholfen. Carolyn Toll, Reporterin der *Chicago Tribune* und ehemals Mitglied des Vorstandes der *Breira*, zitiert einen der betroffenen Rabbis: „Ich habe alle Brücken abgebrochen. Wenn man erst einmal einen Standpunkt wie diesen (nämlich die Anzweiflung israelischer Standpunkte) eingenommen hat, wird man von der organisierten Jüdischen Gemeinde ausgeschlossen." In Boston und Philadelphia haben sogar Beamte der israelischen Konsulate die dortigen Juden vor dem Besuch der *Breira*-Konferenzen gewarnt.

Die *Breira* wurde gleichmaßen vom rechten wie auch vom linken Flügel der Jüdischen Gemeinde attackiert. Ein Pamphlet, das einige Mitglieder der *Breira* als *Radikale* brandmarkte, wurde in jüdischen Publikationen zitiert und später von der AIPAC verteilt. Darin hatte man die *Breira* beschuldigt, mit der radikalen US-Labour-Party verbündet zu sein. In einem anonymen *Tatsachenbericht* wurde behauptet, daß die *Breira* im Grunde genommen eine Gruppe jüdischer Radikaler sei und die PLO unterstütze. Im *Seattle Jewish Transcript* war zu lesen, daß diese Organisation von einer „Clique linksgerichteter Revolutionäre" angeführt werde, die gegen Israel opponierte.

Irving Howe, Sprecher auf der letzten nationalen *Breira-Konferenz* im Jahre 1977, sagte, die angewandten Taktiken zur Beschmutzung der Organisation wären „eine Schandtat, wie wir sie in der Jüdischen Gemeinde lange nicht erlebt haben." Bei derselben Versammlung sagte der pensionierte israelische General Mattityahu Peled, der während seiner Vortragstournee durch die Vereinigten Staaten häufig von jüdischen Gruppen boykottiert wurde: „Der Druck, der hier (in den USA) gegen diejenigen angewandt wird, die anderer Meinung sind, ist erheblich stärker als der Druck, den man in Israel auf uns ausübt. Ich möchte sagen, daß wir in Israel uns einer größeren Toleranz erfreuen als Sie hier in der Jüdischen Gemeinde." Die *Breira* wurde kurz danach aufgelöst.

Im Dezember 1980 hatten sich 700 amerikanische Juden in Washington, D.C., zur Gründung einer anderen Dissidenten-Organisation, nämlich der *Neuen Jüdischen Agenda* versammelt. Dabei waren hauptsächlich junge Liberale anwesend, die einen „Kompromiß durch Verhandlungen mit dem palästinensischen Volk und Israels arabischen Nachbarn" forderten, und gegen die israelische Politik in der West-Bank und im Libanon protestierten.

Es dauerte nicht lange, bis auch diese Organisation Kontakt-

verbot zu anderen jüdischen Gruppen erhielt. Im Juni 1983 wurde ihrer Sektion in Washington, D.C., die Mitgliedschaft im Rat der Jüdischen Gemeinden untersagt, der immerhin 260 religiöse, erzieherische, brüderliche und soziale Organisationen umfaßte. Die Ratsmitglieder hatten damals mit 98 zu 70 die Empfehlung des Exekutivausschusses der Gruppe verworfen, der mit 22 zu 5 Stimmen *für* die Zulassung gestimmt hatte. Irwin Stein, Präsident der Washingtoner Sektion der *Zionistischen Organisation von Amerika*, beschuldigte die Gruppe, daß sie „weit abseits" stünde und „eher pro-arabisch als israelfreundlich" sei. Moe Rodenstein, Repräsentant der *Neuen Jüdischen Agenda*, sagte, seine Gruppe hätte gerne bei der *Debatte* mitgewirkt, und fügte hinzu: „Wir sind (dennoch) stolz auf das, was wir tun".

„Es ist eine Art McCarthyismus"

Ähnlich wie die jüdischen Organisationen, lassen auch die einzelnen Juden – trotz umfangreicher und fundamentaler Meinungsunterschiede – ihre von der israelischen Politik abweichende *wahre* Einstellung so gut wie nie verlauten. Die paar Juden, welche mit ihrer wahren Meinung nicht hinter dem Berg hielten, hatten nur wenige Verbündete und noch weniger Verteidiger. Für Carolyn Toll ist das Tabu gegen die Kritik mächtig und allesumspannend:

"Ich bin der Ansicht, daß selbst Juden außerhalb der Jüdischen Gemeinde von den internen Tabus für Diskussionen betroffen sind. Denn wenn man schon *innerhalb* der Jüdischen Gemeinde daran gehindert wird, gewisse Themen zu berühren, so können Sie sich vorstellen, wie untreu man erscheint, wenn man diese Themen *außerhalb* der Gemeinde erörtern würde!"

Die *Tribune*-Reporterin Carolyn Toll beklagte die „Unterdrükkung der Redefreiheit in amerikanisch-jüdischen Institutionen – die Pressionen, welche unschuldige oder regimekritische Juden davon abhalten, sich in Synagogen, jüdischen Gemeindezentren und bei Versammlungen großer nationaler jüdischer Organisationen zu engagieren. Außerdem beklagte sie, daß Vertreter des *Komitees für Amerikanische Freundschaftsdienste* als *Antisemiten* und als *Überlistete der Palästinensischen Befreiungs-Organisation*" abgestempelt werden, nur weil sie darauf bestehen, daß man „für einen dauerhaften Frieden den Palästinensern einen lebensfähigen Staat zubilligen müsse."

Eine weitere erfolgreiche jüdische Autorin mußte eine andere Art von *Exkommunikation*, über sich ergehen lassen, nachdem sie ein kritisches Buch über Israel geschrieben hatte. In ihrem Werk *Das Schicksal der Juden*, eine offene und schmerzliche Geschichte des US-Judentums und seines gegenwärtigen Dilemmas, beschreibt Roberta Strauss Feuerlicht, daß der Zionismus für viele Juden zur *Religion* erhoben worden sei. Deshalb, so behauptete die Autorin, würde die „Opposition gegen den Zionismus oder die Kritik an Israel zur heutigen Ketzerei führen, und ist auch der Grund für den Ausschluß (aus der Gemeinde)." Sie fügte hinzu, daß der Idealismus, den die meisten Israel-Anhänger aufgebracht hatten, durch die Jahre des „Patriotismus, Nationalismus, Chauvinismus und Expansionismus" zerstört wurde. Sie erklärt: „Israel schirmt sich selbst gegen berechtigte Kritik ab, indem es seine Kritiker als *antisemitisch* bezeichnet. Es ist eine Art McCarthyismus mit verhängnisvollen Auswirkungen."

Ein Jahr nach der Veröffentlichung durch *Times Books* im Jahre 1983, war das Buch noch weitgehend unbeachtet geblieben. Die *Los Angeles Times* war die einzige große Zeitung, die es rezensiert hatte. Der Verleger veranstaltete keinerlei Werbung, nicht einmal eine übliche Probelesung in örtlichen Buchhandlungen. Feuerlicht, Autorin von 15 erfolgreichen Büchern, war – wie Mark A. Bruzonski, ein anderer jüdischer Journalist, es bezeichnete – einem „Zusammenspiel von Verleumdung und Fahrlässigkeit" ausgesetzt worden. Als der Versand ihrer Bücher an bekannte „liberale Juden, Christen, bürgerliche Freiheitliche und Schwarze" ohne Reaktion geblieben war, resignierte die Autorin Feuerlicht schließlich vollends: „Es hat den Anschein, als ob das Buch mit allgemeiner Zustimmung totgeschwiegen werden soll."

Andere Juden, die es wagten, auch nur eine leise Kritik an Israel zu üben, mußten Drohungen über sich ergehen lassen, die alles andere als nur Andeutungen waren. Gail Pressberg aus Philadelphia, ein jüdisches Mitglied der Geschäftsleitung des *American Friends Service Committee* wurde mit Drohanrufen in Schrecken versetzt; denn sie hatte aktiv an Hilfsprojekten für palästinensische Flüchtlinge mitgearbeitet. Pressberg berichtete, daß die Schmähanrufe derart häufig erfolgten, daß „ich ihnen keinerlei Beachtung mehr schenkte". Eines Abends aber, nachdem sie schon einige Anrufe erhalten hatte, wurde – obwohl ihr Anschluß nicht im Telefonbuch registriert war – plötzlich ihr

Leben bedroht, weil sie angeblich *Israel verraten* hätte. Voller Verzweiflung hatte sie vergessen, den Hörer wieder aufzulegen. Da meldete sich – ein paar Minuten später – dieselbe Stimme noch einmal beim anderen Geheimanschluß ihrer Zimmergenossin, um die gleichen Drohungen zu wiederholen.

In meiner 22jährigen Kongreßlaufbahn kann ich mich keines Eintrages im *Conressional Record* entsinnen, der sich auf die Rede eines jüdischen Mitgliedes im Repräsentantenhaus oder im Senat bezogen hätte, in der die Politik Israels kritisierte wurde. Jüdische Abgeordnete dürfen ihre Unzufriedenheit lediglich in privaten Unterhaltungen, aber niemals in der Öffentlichkeit bekanntgeben. Nur ein paar jüdische Akademiker, wie der anerkannte Sprachwissenschaftler Noam Chomsky, haben es gewagt, Kritik zu üben. Die meisten, wie Chomsky, sind in ihrer beruflichen Laufbahn durch eine amtliche Dauerstellung abgeschirmt und können sich in einen Streit einlassen, ohne dabei die eigene Position zu gefährden.

„Widerspruch wird zum ‚Verrat"

Der Journalismus ist jener Beruf, in dem Juden am wirkungsvollsten und mitunter sehr konsequent ihre Kritik an Israel verbreiten können. Richard Cohen von der *Washington Post* ist ein bemerkenswertes Beispiel hierfür. Während der israelischen Invasion von 1982 im Libanon warnte Cohen: „Die Regierung sollte Begin eine Botschaft zukommen lassen, daß ihm Amerika nicht unendliche Kredite gewährt, und daß wir beispielsweise die Bombardierung unschuldiger Zivilisten keinesfalls gutheißen."

In einer späteren Kolumne faßte Cohen die Reaktion seiner Kritik an der Israel-Politik zusammen: „In diesen Tagen ist mein Telefon zu einem Folterinstrument geworden. Schon beim bloßen Beantworten läuft man Gefahr, beschimpft zu werden. Die Post ist gleichermaßen unheilvoll. Die Briefe sind bösartig, einige davon sogar sehr persönlich." Cohen vermerkte, daß die Juden in den Vereinigten Staaten mit einem anderen Maßstab gemessen werden als jene Israelis, die ihre eigene israelische Politik in Frage stellen.

"Hier wird schon der Widerspruch zum Verrat – und zwar zum Verrat nicht an einem Staat oder gar einem Ideal (Zionismus), sondern an einem Volk. Es gibt gewaltigen Druck für die

Übereinstimmung, sich zu einer geschlossenen Front zu bekennen und dem Standpunkt beizupflichten, daß nur die dortige Regierung wissen kann, was für Israel das Beste ist. In einer Welt, in der es viele Menschen gibt, die Haßgefühle gegen Juden hegen, erscheint es unsinnig, ganz neue Haßgefühle zu schüren, nur weil man sich erlaubt hat, die Begin-Regierung zu kritisieren. Israel kann auf lange Sicht nichts Schlimmeres passieren, als bei seinen Freunden nicht zu unterscheiden, wann sie Recht haben oder sich im Unrecht befinden."

Mark Bruzonsky, ein hartnäckiger journalistischer Kritiker der israelischen Ausschreitungen, stellte fest: „Kein Jude in dieser Welt wird sich vor einer brutalen und persönlichen Rache schützen können, wenn er wahrheitsgemäß und rückhaltlos darüber berichten würde, was er selbst (bei den israelischen Ausschreitungen) miterlebt hat."

Obwohl er Jude war, blieben auch dem Auslandsnachrichten-Redakteur der *Hearst*-Zeitungen, John Wallach, ähnliche Probleme nicht erspart. Anfang 1981 produzierte er einen Fernsehdokumentarfilm – Israel und die Palästinenser: Wird die Vernunft siegen? –, den die *Stiftung für Frieden im Nahen Osten* finanzierte. Hierbei handelte es sich um eine gemeinnützige Institution, die von dem Washingtoner Anwalt Merle Thorpe jr. gegründet wurde. Die Absicht des Filmes war eine faire, ausgewogene Darstellung der Probleme, mit denen Israel bei der Behandlung der Palästinenser in der West-Bank und im Gaza-Streifen konfrontiert ist. Öffentliche Fernsehsender hatten das Programm in Washington, D.C., New York und anderen großen Städten ohne Zwischenfälle ausgestrahlt. In Los Angeles aber erhoben jüdische Führer, die sich den Film schon vorher angeschaut hatten, einen derart starken Protest, daß der Sender KCT vorsichtshalber eine Erklärung ausstrahlte, womit er jegliche Verantwortung für den Inhalt des folgenden Dokumentarfilms ablehnte.

John Wallach erhielt nach seiner Sendung zahlreiche Beschwerden. Die meisten bezogen sich darauf, daß er die palästinensischen Kinder in einem sehr günstigen Licht gezeigt hätte – einige waren blond und blauäugig und durchwegs attraktiv –, was eine Abweichung von den üblichen negativen Stereotypen der Palästinenser bedeutete. Vor der Produktion dieses Filmes hatte der israelische Botschafter Simcha Dinitz den Produzenten Wallach zu sich gerufen und ihn gedrängt, das Projekt insgesamt fallen zu lassen. Als Wallach aber weiterhin auf der Aus-

strahlung seines Filmes bestand, wurde er von der israelischen Botschaft nie wieder zu Empfängen oder anderen geselligen Veranstaltungen eingeladen. Eine Zeitlang hatte man ihm sogar die üblichen Presseaussendungen der israelischen Botschaft vorenthalten.

Wallach geriet 1982 wieder in Schwierigkeiten, als nach einem offiziellen Dinner, das er für Botschafter Philipp Habib in Anerkennung seiner diplomatischen Bemühungen im Libanon organisiert hatte, ein Streit entbrannte. Mehrere Kabinettsmitglieder, Kongressangehörige und Mitglieder der diplomatischen Gesellschaft waren bei dem Dinner anwesend, als im Verlauf des Programmes die Botschaften verschiedener Regierungsoberhäupter verlesen wurden. Dabei hatte Wallach den Senator Charles Percy, Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen, gebeten, die Botschaft des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin den Zuhörern vorzutragen. Auf Wallachs ausdrückliche Empfehlung hatte dann Percy die folgenden zwei Sätze aus der Botschaft Begins unterschlagen und den Anwesenden *nicht* vorgelesen:

"Zu Beginn der *Operation Frieden* hatte sich Phil Habib sehr darum bemüht, um die Evakuierung der meisten Terroristen aus Beirut und dem Libanon zu bewerkstelligen. Er arbeitete verbissen, um dieses Ziel zu erreichen; und – nach dem Sieg der israelischen Verteidigungsstreitkräfte – trugen seine diplomatischen Bemühungen zur Zerschlagung jener internationalen Terrorismus-Zentrale bei, die für alle freien Völker eine Gefahr darstellte."

Moshe Arens, der israelische Botschafter, war wütend. Er schickte sofort einen verärgerten Brief an Percy, in dem er seinen Schock zum Ausdruck brachte und bemerkte: „Obwohl ich überzeugt bin, daß Sie dem Inhalt nicht zugestimmt hätten, ... scheint mir diese eklatante Auslassung (der beiden nicht verlesenen Sätze aus Begins Botschaft) beispiellos zu sein." Er schrieb auch an John Wallach und beschwerte sich über die „beispiellose Unhöflichkeit", und nannte die Weglassung einen Versuch „sich in Vogel-Strauß-Manier vor einigen Botschaftern aus arabischen Ländern zu verbeugen." Arens schrieb auch einen Protestbrief an das Management der *Hearst Corporation*, die die Rechnung für das Dinner übernommen hatte. Am nächsten Tag erzählte Wallach einem anderen Journalisten, warum er diese Auslassung empfohlen hatte: „Ich dachte, daß es die Araber (die anwesend waren) als eine Beleidigung empfinden

würden, wenn sie sich an einem Abend, der Phil Habib und dem Frieden gewidmet war, eine Botschaft über Krieg und Terrorismus hätten anhören müssen."

Wallach sagte: „Die Ironie war, daß ich zwar eine ganze Reihe harscher, kritischer Briefe von Begins Anhängern bekam, während von der anderen Seite kein einziges Wort des Beifalls oder des Lobes geäußert wurde. Man wird nachdenklich, wenn es keine Unterstützung, sondern nur Kritik gibt, noch dazu, wenn man dabei seine eigene Karriere aufs Spiel setzt."

Ähnliche Fragen wurden von Nat Hentoff gestellt, einem jüdischen Kolumnisten, der vielfach Israel kritisiert und in seiner Kolumne der *Village Voice* an das Gewissen jüdischer Mitbürger appelliert hatte. Während der israelischen Invasion im Libanon im Jahre 1982 beklagte er sich in einem Kommentar:

"Zu keinem Zeitpunkt hatte man (Ministerpräsidenten) Begin während seines hiesigen Besuches (in den Vereinigten Staaten) darauf hingewiesen, daß einige unserer Leute befürchteten, er und Ariel Sharon würden Israel von innen heraus zerstören. Vergessen Sie die *Konferenz der Präsidenten der großen Amerikanischen-jüdischen Organisationen* und die Gruppen, die sie vertreten. Sie haben schon seit langem entschieden, sich öffentlich zu nichts zu bekennen, was als Kritik an Israel aufgefaßt werden könnte."

Hentoff beklagte die Einschüchterungen, wodurch die meisten jüdischen Kritiker zum Schweigen gebracht werden: „Ich kenne Mitarbeiter des *Amerikanisch-Jüdischen Kongresses* und des *Amerikanisch-Jüdischen Komitees*, die nach wie vor darunter leiden, daß sie die israelischen Ungerechtigkeiten nicht eindeutig angeprangert haben. Sie bewahren ihr Schweigen, denn sie müssen damit rechnen, gefeuert zu werden, wenn sie ihre Meinung äußerten."

Von der angedrohten Konsequenz, gefeuert zu werden, war 1982, eine Gruppe Angestellter von jüdischen Organisationen der USA betroffen, die sich gerade auf einer Reise durch den Libanon befunden hatte. Die israelische Invasion war damals gerade auf ihrem Höhepunkt, und verschiedene Angestellte des *Jewish National Fund*, einer amerikanischen Organisation, die Gelder für den Ankauf und die Entwicklung israelischen Landes sammelt – bereisten libanesische Kampfgebiete. Während der Fahrt mit dem Bus stand der geschäftsführende Vizepräsident der JNF (Jewish National Fund), Dr. Sam Cohen aus New York, auf und überraschte alle mit einer sonderbaren Bemerkung. Ein

Mitreisender, der damalige Geschäftsführer des Washingtoner JNF-Büros Charles Fishbein, erinnert sich: „Er (Dr. Sam Cohen) sagte uns, wenn wir wieder in die Vereinigten Staaten zurückkehren, müssen wir das, was Israel hier im Libanon unternimmt, verteidigen. Er sagte, daß man uns (die JNF-Organisation) sofort verbieten würde, wenn wir Israel kritisierten."

Laut Fishbein befand sich seine Gruppe auf einer der zahlreichen Reisen, die eilig arrangiert worden waren, mit dem Ziel, die zunehmende jüdische Kritik an der israelischen Invasion einzudämmen. Alles in allem wurden über 1.500 prominente amerikanische Juden nach Israel geflogen, um dort Hospitäler und Schlachtfelder zu besichtigen. Die Reise dauerte zwischen vier und sieben Tagen. Die Dauer der Reisen durch Israel richtete sich nach dem Gesellschaftsstand des jeweiligen Mitreisenden: Für besonders angesehene Besucher wurde die Reise verkürzt und das Programm dementsprechend zusammengedrängt. Da man den Besuchern aus den USA nur das *israelische* Elend gezeigt hatte, konnte damit die vorherige Kritik innerhalb der jüdischen Führerschaft erfolgreich eingedämmt und sogar ins Gegenteil verkehrt werden: Viele Reisende waren durch diese Tour dazu motiviert worden, die israelische Kriegspolitik fortan aktiv zu verteidigen.

„Es wird vielleicht nicht mehr lange dauern"

Sonderbarerweise lassen sich die jüdischen Kritiker auch durch den Druck aus den eigenen Reihen nicht ihr Wort verbieten. Jener Mann, der bei der Gründung des Staates Israel die entscheidendste Pionierarbeit geleistet hatte, und die USA dazu bewegte, dem neuen Staat Israel ihre Unterstützung zu gewähren, war in vielen Fällen späterhin selbst zum Kritiker der israelischen Politik geworden.

Nahum Goldmann – eine herausragende Figur in der Geschichte des Zionismus – spielte bei der Gründung Israels eine entscheidende Rolle. Er bewältigte die ersten finanziellen Probleme, er lenkte die israelischen Führer und mobilisierte – vor allem in den in den Vereinigten Staaten – eine mächtige Anhängerschaft für die Sache Israels. Er hatte fast 50 Jahre seines Lebens dem Zionismus gewidmet. Schon im Ersten Weltkrieg, als Palästina noch zum Ottomanenreich gehörte, versuchte Gold-

mann die türkischen Behörden zu überreden, den Juden die Emigration in die Vereinigten Staaten zu gestatten. In den 30er Jahren vertrat er vor der *Liga der Nationen* die Anliegen der Zionisten. Unter der Regierung Truman leistete er für die Resolution der *Vereinten Nationen*, welche die Teilung Palästinas und gleichzeitig die Gründung Israels besiegeln sollte, jene erstaunliche Lobby-Arbeit, die das Schicksal der Menschheit späterhin noch in verhängnisvolle Bahnen lenken sollte.

Nach der UNO-Abstimmmung zur Teilung Palästinas im Jahre 1947, drängte Goldmann – im Gegensatz zu den meisten Juden, die den Staat Israel am liebsten unmittelbar ausgerufen hätten – noch einmal auf weiteres Zuwarten. Er hoffte, daß die Juden zunächst einmal zu einem erträglichen Einvernehmen mit den arabischen Staaten gelangen würden und dadurch ein Krieg vermieden werden könnte.

Wenig später mußte er aber bereits das bittere Erbe des folgenden Krieges beklagen. Er schrieb: „Die unerwartete Niederlage war ein Schock und ein schrecklicher Schlag gegen den arabischen Stolz. Tief verletzt konzentrierten sie jetzt alle Anstrengungen darauf, um ihre seelischen Wunden zu stillen: durch Sieg und Rache."

Dann beschrieb Goldmann die israelischen Konsequenzen: „Der Sieg brachte nach Jahrhunderten der Verfolgung und Demütigung, der Anpassung und der Kompromisse einen derart glorreichen Umschwung, der auf den einzigen Weg hinzuweisen schien, den man von jetzt an möglicherweise einschlagen sollte: Nichts mehr erdulden, keinen Angriff tolerieren, Gordische Knoten durchschlagen und die Geschichte durch eigenes Handeln bestimmen. So einfach, so zwingend, und so zufriedenstellend schien alles, daß sich daraus die israelische Politik in seinem Konflikt mit der arabischen Welt entwickelte.

Als diese sehr junge Nation noch um den Aufbau ihrer Wirtschaft kämpfte, hatte Goldmann mit dem westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer einen Vertrag ausgehandelt, der die Deutschen zu Reparationszahlungen in Höhe von über 30 Milliarden Dollar verpflichtete, die an Israel und auch an jüdische Einzelpersonen bezahlt werden mußten.

Paradoxerweise war Goldmann gerade wegen dieser Verdienste von einigen Juden erbittert bekämpft worden. Philip Klutznick aus Chicago – er war Goldmanns enger Mitstreiter bei den Bemühungen zur Staatsgründung Israels – erinnert sich noch an die strikte Weigerung extremistischer Nationalisten wie Mena-

chem Begin, irgendetwas von den Deutschen anzunehmen: „Damals hatten viele Juden das Empfinden, daß jegliches Entgegenkommen, Deutschland wieder in die zivilisierte Welt einzugliedern, ein Affront gegen das jüdische Volk wäre. Und Gefühle verbergen sich bekanntlich sehr tief."

Goldmanns Ablehnung der israelischen Politik, wie sie den Arabern gegenüber betrieben wurde, war seine größte Sorge. Denen, die sich gegen seine Befürwortung eines palästinensischen Staates auflehnten, entgegnete er: „Wenn sie nicht überzeugt sind, daß die arabischen Feindseligkeiten eines Tages abgeschwächt werden könnten – dann sollten wir Israel lieber gleich liquidieren, um die Millionen von Juden, die dort leben, zu retten. Für einen jüdischen Staat, der noch weitere 50 Jahre gegen seine arabischen Feinde kämpfen müßte, gibt es keine Hoffnung."

Goldmann respektierte das starke Engagement, mit dem sich der erste israelische Ministerpräsidenten David Ben Gurion für sein jüdisches Volk einsetzte. Auf der anderen Seite aber bedauerte er, daß Ben Gurion „vom Wesen her *unfähig* für Kompromisse" war. Seine „dominierende Kraft" schöpfte er aus seinem „Willen zur Macht". Goldmanns lebensbejahender Optimismus, sein instinktives Bemühen, Haßgefühle abzubauen und Kompromisse zu suchen, waren Qualitäten, die ihn von manchen seiner Zeitgenossen unterschieden haben – sowohl auf der arabischen als auch auf der israelischen Seite des Konfliktes.

"Goldmann hätte Ministerpräsident von Israel sein können" schrieb Stanley Karnoff im Jahre 1980; „aber stattdessen zog er es vor, in Europa zu leben und als diplomatischer Vermittler zu agieren, wobei er häufig die israelischen Politiker mit seinen Initiativen verärgerte." Auf der Suche nach einem Ende des arabisch-israelischen Konfliktes wollte er bereits 1970 eine Einladung des ägyptischen Präsidenten Nasser nach Kairo wahrnehmen. Aber die israelische Regierung unter Golda Meir verübelte ihm seinen Alleingang und blockierte die Mission.

Goldmann war im übrigen ein scharfer Kritiker der israelischen Regierung unter Menachem Begin. Er verurteilte die Abwendung Israels von den ursprünglichen zionistischen Zielvorstellungen. Er verwahrte sich gegen den Anspruch einiger Israelis, wonach sie ihr *Groß-Israel* wieder besitzen müßten, weil es ihnen so von Gott versprochen worden war. Goldmann nannte diese These „eine Verunglimpfung".

Goldmann erkannte sehr wohl die Notwendigkeit der Unter-

stützung Israels durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Er lebte mehr als 20 Jahre in den USA, und war daher mit dem amerikanischen Judentum bestens vertraut. 1969 äußerte er sich noch wohlwollend über die zionistische Amerika-Politik: „Es ist nicht fair, den aus Mißtrauen entstandenen zionistischen Druck auszuschalten. Demokratien funktionieren aus einer Vielfalt druckausübender Kräfte, von denen wiederum jede einzelne bestrebt ist, sich durchzusetzen."

Gegen Ende seines Lebens hatte Goldmann seine Ansichten über die Israel-Lobby jedoch geändert. 1980 warnte er: „Die blinde Unterstützung der Begin-Regierung kann für Israel bedrohlicher sein als die Gefahr eines arabischen Angriffs. Das amerikanische Judentum ist großzügiger als irgendeine andere Kaste der amerikanischen Gesellschaft. Es vollbringt gewaltige Dinge. Aber der Mißbrauch des politischen Einflusses, die Übertreibung der Agressivität seitens der jüdischen Lobby in Washington, vermitteln der Begin-Regierung den Eindruck, daß die Juden hier stark genug seien, um die amerikanische Regierung und den Kongreß zu zwingen, jeden Wunsch der Israelis zu erfüllen. Und gerade dadurch begibt sich Israel auf einen katastrophalen Weg, der – sollte er fortgesetzt werden – zu verheerenden Folgen führen könnte."

Goldman gab der Israel-Lobby die Schuld dafür, daß die Vereinigten Staaten bisher noch keine umfassende Entscheidung für eine Friedensregelung im Nahen Ostens getroffen haben. „Dies geschah zum größten Teil aufgrund von Wahlüberlegungen, aus Furcht vor der Israel-Lobby und dem jüdischen Wähler."

Er warnte vor kommenden Schwierigkeiten, sollte die Lobby ihren gegenwärtigen Kurs fortsetzen. „Langsam entwickelt sich das jetzt zu einem Negativfaktor. Es werden dadurch nicht nur die Hoffnungen und politischen Kalkulationen Israels verzerrt dargestellt, sondern es wird auch nicht mehr lange dauern, bis die amerikanische Öffentlichkeit die Nase voll hat von den Forderungen der Israelis und den Agressivitäten der amerikanischen Juden."

1978, zwei Jahre bevor er seine alarmierende Beurteilung der Israel-Lobby verfaßt hatte, berichtete das *New York Magazin*, Goldmann habe insgeheim Funktionäre der Carter-Regierung dazu gedrängt, der Lobby „das Kreuz zu brechen": „Goldmann flehte die Regierung an, standhaft zu bleiben und den Auseinandersetzungen mit organisierten jüdischen Gemeinden nicht auszuweichen, wie es andere Regierungen getan hatten." Wenn

dies nicht geschähe, so argumentierte er, „wären Präsident Carters Pläne für eine Nahostentscheidung ein totgeborenes Kind".

Das waren prophetische Worte. Die umfassende Entscheidung, die Carter suchte, wurde aber von Israel zusammen mit seiner US-Lobby zunichte gemacht.

Präsident Ronald Reagan ließ die Idee eines umfassenden Nahostfriedens gerade vier Tage vor Goldmanns Tod, im September 1982, wieder aufleben. In Israel fand ein Staatsbegräbnis statt. Und als Klutznick, die Führer der israelischen Labour-Party, Shimon Peres, Yitzhak Rabin und anderen – zusammen mit fünf ehemaligen Präsidenten der *Welt-Zionistenorganisation – auf dem Herzl-Berg* in Israel auf die Beerdigung ihres großen Zionistenführers warteten, drehte sich das Gespräch um den Reagan-Plan, den Ministerpräsident Begin bereits abgelehnt hatte.

Symbolhaft für die Reaktion des organisierten Judentums auf Goldmanns Vergangenheit, war die Antwort der israelischen Regierung auf seinen Tod. Begin hatte zwar die Goldmann-Beerdigung genehmigt, aber er selbst nahm daran nicht teil. In einem erschreckend inhaltslosen Kommentar über das Leben eines Mannes, der so viel getan hatte, um die Geburt des neuen israelischen Staates zu ermöglichen und ihm Stärke zu verleihen, sagte der amtierende Ministerpräsdident Simcha Ehrlich lediglich: „Wir bedauern, daß ein Mann mit so vielen Qualitäten und Fähigkeiten den falschen Weg ging." Es war ein herzloser Nachruf für einen der verdienstvollsten Pioniere Israels.

„Sie müssen auch dann zuhören, wenn wir etwas Negatives sagen"

Morgens um 7.45 Uhr begann das geschäftige Treiben in dem hohen *John Hancock-Building* im Chicagoer Ringbereich der Innenstadt. Aber da gab es nur Philip Klutznick, der als Anwalt, ehemaliger US-Wirtschaftsminister, emeritierter Präsident der *B'nai B'rith*, als Organisator und ehemaliger Vorsitzender der *Konferenz der Präsidenten der Großen Jüdischen Organisationen*, sowie als emeritierter Präsident des *Jüdischen Weltkongresses* –, bereits in seinem Büro im 14. Stock saß und zu dieser frühen Stunde schon mit seiner Arbeit begonnen hatte.

Er saß auf einem Sofa am Ende seines geräumigen Büros, mit dem Rücken zum Fenster gewandt. Von hier aus konnte man zu

dem Gebäude auf der anderen Straßenseite hinüberblicken, in dem er und seine Frau wohnten. An den Wänden hingen Fotografien mit Autogrammen der sieben Präsidenten der Vereinigten Staaten, unter denen Klutznick gearbeitet hatte.

An diesem Morgen, Ende des Jahres 1983, telefonierte er angeregt mit seinem langjährigen Freund Ashraf Ghorbal, Ägyptens Botschafter in den Vereinigten Staaten, der gerade einen USA-Besuch seines Staatspräsidenten Hosni Mubarak vorbereitete. Bei seinem Telefongespräch wollte sich Ghorbal vergewissern, daß auch die richtigen Leute für ein Treffen mit Mubarak zur Verfügung stünden. Zu den richtigen Leuten gehörte auch Klutznick.

Durch seine kräftige Erscheinung und den unvermindert festen Schritt, hätte man Klutznick nie und nimmer auf 76 Jahre geschätzt. Seine tiefe, sonore Stimme hallte an diesem Morgen durch die noch leeren Büroräume nebenan. Klutznicks Augen lächelten durch starke Brillen. Seine standhafte, vertrauenerweckende Art war die eines Mannes in der Blüte seines Lebens.

Sein offensichtliches Vertrauen in die Wendigkeit der amerikanischen Juden stand jedoch in grassem Widerspruch zu seinen eigenen Erfahrungen, die er während seiner 60jährigen Arbeit innerhalb – und außerhalb – des Establishments gemacht hatte. Ein Besucher, der sich beim Kaffeetrinken mit ihm unterhalten würde, hätte niemals erraten, daß dieser kleine, freundliche und optimistische Mann, dessen Beharrlichkeit und Geist zur Gründung des Staates Israel beigetragen hatten, der die Rechnungen für dieses Land beglichen und seine Waffen besorgt hatte, in den Augen vieler Juden jetzt praktisch zum Aussätzigen geworden ist.

Gemessen an den von ihm bekleideten Ämtern und den erbrachten Leistungen, ist sein Ansehen im jüdischen Establishment untadelig. In den Augen der meisten jüdischen Führer aber hat er eine Kardinalsünde begangen: Er hatte es nämlich gewagt, öffentlich die Politik der israelischen Regierung in Zweifel zu ziehen. Durch diese Haltung wurde Klutznick just von jenen jüdischen Organisationen ausgeschlossen, für deren Gründung er sich rückhaltlos eingesetzt hatte.

Klutznicks Äußerungen basieren auf Vertrauen, auf Berufserfahrung und auf seinen politischen Ämtern, die er sowohl in der Demokratischen Verwaltung als auch unter den Republikanern bekleidete. Nicht zuletzt erinnert er sich an die hohen Auszeichnungen, mit denen ihn die Jüdische Gemeinde geehrt hatte.

Nachdem er durch die seinerzeitige Weltwirtschaftskrise seine persönlichen Ersparnisse verloren hatte, erholte er sich alsbald wieder von diesem Zusammenbruch und arbeitete dann als erfolgreicher Entwicklungsfachmann für verschiedene Gemeinden. Er war Millionär geworden, avancierte zum Führer der Jüdischen Gemeinde und bewährte sich als Diplomat.

In seinen jungen Jahren hatte er durch seine unermüdlichen Anstrengungen der Jüdischen Gemeinde Stärke und Einheit vermittelt. Diese Aufgabe lag ihm besonders am Herzen, nachdem er 1942 von Hitlers barbarischem Vorhaben zur Vernichtung der europäischen Juden gehört hatte. Henry Monsky, Anwalt in Omaha und Präsident des *B'nai B'rith*, veranstaltete damals in Pittsburgh eine Versammlung, wozu er die Mitglieder von 41 großen jüdischen Organisationen eingeladen hatte. Diese Versammlung, die als die berühmte *Amerikanisch-Jüdische Konferenz* in die Geschichte einging, war der eigentliche Auftakt für den Zusammenschluß der amerikanischen Juden, um mit vereinten Kräften den *Holocaust* in Europa zu beenden.

"Wissen Sie, wir sind eine ungewöhnliche Gattung von Menschen", schmunzelte Klutznick. „Wir streiten über alles." Damals ging es darum, ob die Juden die Gründung eines nationalen Heimatlandes unterstützen sollten. Monsky, der erste anerkannte Zionistenführer der *B'nai B'rith*, entledigte die Organisation ihrer gepriesenen Neutralität und drängte die mächtige Körperschaft zum Engagement in bestimmter Richtung. Als bei der Konferenz im Frühjahr 1943 die Mehrzahl der Versammelten dem Zionismus fröhnten, verließen zwei der größten jüdischen Organisationen – das *Amerikanisch-Jüdische Komitee* und das *Jüdische Arbeiter-Komitee* – unter Protest den Saal.

"Dennoch" – so erzählte Klutznick weiter – „wurde bei diesem Treffen eine Bewegung gestartet, die vier Jahre lang existierte." Außerdem hatte er bei diesem Meeting zum ersten Mal Nahum Goldmann getroffen und näher kennengelernt. Klutznick und Goldmann wollten aus der *Amerikanisch-Jüdischen Konferenz* eine permanente Einrichtung machen. In diesem Bestreben kämpfte Klutznick dann um die Unterstützung seitens der *B'nai B'rith*-Organisation. „Es war ein enormer Kampf – und wir haben verloren", resignierte Klutznick.

Als man zehn Jahre später dann ausgerechnet ihn zum Präsidenten von *B'nai B'rith* bestellte, waren Klutznicks alte Wunden noch immer nicht verheilt. Bereits seine erste Entscheidung verwickelte ihn in Streit mit Goldmann, der ihn dazu bewegen

wollte, ihm bei der Reorganisation der *Amerikanisch-Jüdischen Konferenz* zu helfen. Trotz seiner früheren Bemühungen hatte Klutznick jetzt den Eindruck, daß sie dieses Ansinnen trennen könnte: „Ich sah ihm direkt in die Augen und sagte: ‚Ich werde es nicht tun. Wenn ich jetzt wegginge, würde die *B'nai B'rith* gespalten werden. Zur Zeit ist die *B'nai B'rith* aber noch zu schwach. Ich muß diese Leute zusammenhalten.'"

Klutznick sagte ihm, er würde „alles in der Welt unternehmen", um den Juden ihr Heimatland zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, dächte er aber – und das hielt er für einen besseren Plan zur Koordinierung der amerikanischen Juden – an eine Organisation, in der lediglich die *Präsidenten* der jüdischen Hauptorganisationen vertreten sein sollten. Dazu mußten sich die Führer zunächst einmal gegenseitig kennenlernen. „Sie können es glauben oder nicht" – erinnerte sich Klutznick – „viele von ihnen hatten diese hohen Positionen schon lange inne, ohne jemals den Präsidenten irgendeiner anderen Organisationen kennengelernt zu haben." Deshalb hatte Klutznick Goldmann dazu ermuntert: „Wenn wir wirklich etwas unternehmen wollen, müssen wir uns der *Präsidenten* bedienen, die an den Schalthebeln der Macht sitzen." Goldmann stimmte dem Plan zu.

Klutznick erinnerte sich an die alten Zeiten: „Tatsache ist, daß die Menschen in den 50er Jahren noch nicht so aufgeschlossen waren wie heutzutage." Als Beispiel nannte er die jüdische Reaktion auf die *Eisenhower-Doctrine*, wodurch jeder vom internationalen Kommunismus bedrohten Nation im Nahen Osten US-Hilfe angeboten wurde. Der damalige israelische Ministerpräsident David Ben Gurion hatte sich diesem Engagement mit dem pauschalen Argument widersetzt, daß die US-Hilfeleistungen ausgerechnet jenen Nationen zugute kämen, die Israel bekämpfen. Die *Konferenz der Präsidenten der Großen Jüdischen Organisationen*, die von Kutznick damals geleitet wurde, entschied sich, den US-Standpunkt zu unterstützen.

Klutznick erinnerte sich an die Konfrontation: „Bei dieser Versammlung führte ich den Vorsitz, und wir kamen zu dem Schluß, daß wir nicht *gegen* den Präsidenten der Vereinigten Staaten opponieren sollten, was wir auch nicht getan haben. In jenen Tagen", sagte er nach einer langen Pause, „konnten wir noch mit solchen Argumenten operieren; denn es herrschte gegenseitige Toleranz."

Bei seinen Verhandlungen mit israelischen Politikern war Klutznicks Toleranz oftmals einer harten Prüfung unterzogen

worden. 1955 z.B. waren die Vereinigten Staaten zutiefst erschüttert über das Massaker an arabischen Zivilisten, das die Israelis bei ihrem Überfall auf Gaza angerichtet hatten. Damals mußte Klutznick, als Präsident von *B'nai B'rith*, Jerusalem über die Reaktion in den Vereinigten Staaten unterrichten. In diesem Zusammenhang hielt er dem israelischen Ministerpräsidenten Moshe Sharett vor: „Moshe, es war schrecklich. Es ging nicht darum, daß israelische Streitkräfte Israel verteidigt haben. Es war vielmehr die unbändige Reaktion darauf. Offenbar hat man hier (beim israelischen Überfall) den Wert menschlichen Lebens ignoriert."

Nach einer Pause antwortete das israelische Staatsoberhaupt mit ruhiger Stimme: „Wissen Sie, Phil, ich habe noch nicht einmal davon etwas gewußt. Er (der Verteidigungsminister David Ben Gurion) traf die Entscheidung dafür alleine. Ich hoffe, Sie werden ihm das erzählen, was Sie mir erzählt haben." Am nächsten Tag traf Klutznick mit Ben Gurion zusammen. Klutznick weiter: „Es dauerte nicht lange, bis er sagte: ‚Phil, wie war die Reaktion auf den Gaza-Überfall?' Es war genau dieselbe Frage, die Sharett gestellt hatte –, und ich gab ihm genau dieselbe Antwort."

Klutznick war über Ben Gurions Antwort überrascht : „Er stand auf; schaute drein wie ein ärgerlicher Prophet aus der Bibel und bekam einen roten Kopf. Er schrie: ‚Ich werde es nicht zulassen, daß mir irgendjemand – ein amerikanischer Jude oder irgendein anderer – sagt, was ich zur Sicherheit meines Volkes zu tun habe.'"

Als der Ministerpräsident aufstand, stand auch Klutznick auf. Und Ben Gurion fragte: „Warum stehen Sie auf?" Klutznick antwortete: „Nun – offensichtlich habe ich Sie verletzt; und ich meine, daß unser Gespräch hiermit beendet ist." Ben Gurion erwiderte: „Setzen Sie sich hin. Lassen Sie uns über etwas anderes reden."

Klutznick erinnerte sich: „Genauso hat es sich ereignet. So wahr mir Gott helfe. So ist es eben passiert, und wir hatten dann ein wunderbares Gespräch." Klutznick weiß, daß Ben Gurion ebenso „zäh – oder gar zäher als Begin" sein konnte. Aber wenn er seinen Standpunkt dargelegt hatte, gab er sich wieder als *Freund*

Etwas Ähnliches hatte Klutznick einige Jahre später mit dem israelischen Ministerpräsidenten Begin erlebt. Zu Beginn der Camp David-Verträge hatte Präsident Carter Klutznick zusam-

men mit sieben weiteren jüdischen Führern zu sich gebeten. Der Präsident sagte: „Bitte meine Herren, ich brauche Ihre Hilfe. Ich denke, daß ich mit Sadat (dem ägyptischen Präsidenten) zurechtkommen werde. Wir haben ein gutes Verhältnis zueinander. Aber ich bin nicht sicher, ob ich den Ministerpräsidenten (Begin) überzeugen kann."

Daraufhin wurde Carter durch einen der Anwesenden unterbrochen, der das Thema dann in eine andere Richtung zu lenken versuchte: „Herr Präsident, Israel ist aufgebracht wegen unserer Waffenlieferungen in arabische Länder. Da ist noch eine Rechnung offen, wie Sie wissen." Dann sagte der nächste: „Können Sie nicht etwas unternehmen, damit es für Israel erträglicher wird?" Mehrere Männer in dieser Runde äußerten sich in ähnlichem Sinne.

Klutznick bemerkte damals, daß Carter irritiert war und übernahm die Rolle des Friedensstifters: „Herr Präsident, ich glaube, wir haben Ihre Botschaft nicht ganz verstanden. Da sind all diese Forderungen nach Waffen. Ich glaube, was meine Kollegen zu sagen versuchten – wenn ich sie interpretieren darf – ist die Frage, ob diese Forderungen nicht bis nach Abschluß der Verhandlungen verschoben werden könnten. Ich glaube nicht, daß wir mit unserer begrenzten Kenntnis Ihnen sagen können, wer Waffen bekommt und wer nicht."

In Erinnerung an das Gespräch mit Präsident Carter, fuhr Klutznick fort: „Ich sagte, wenn die Frage der Waffenlieferungen während der Camp David-Verhandlungen beantwortet werden sollte, wäre dies schwierig, egal, wie die Antwort des Präsidenten ausfallen würde." Klutznik hatte damals noch hinzugefügt: „Und ich bin nicht hier, um irgendjemanden – außer Sie, Herr Präsident – zu vertreten. Unser Land muß so fair wie möglich hinter Ihnen stehen."

Klutznicks Anmerkungen hatten die Diskussion zwar wieder auf die von Carter gewünschte Linie gebracht. Dennoch wurden seine Worte in einem Bericht, der am nächsten Tag in Israel veröffentlicht wurde, ungeheuerlich verdreht. In diesem Artikel hieß es dann, Klutznick habe Carter gesagt, er würde bei dem Treffen im Weißen Haus Ägypten vertreten und nicht Israel. Natürlich hatte er nichts dergleichen gesagt, und schickte Begin sofort ein Telegramm, mit dem er die Story bestritt. Als am nächsten Tag Begin sodann durch Reporter über den Vorfall befragt wurde, sagte er kurz und bündig: „Ich habe von Klutznick, dem Präsidenten des *World Jewish Congress* ein Telegramm er-

halten. Er bestreitet, eine derartige Äußerung getan zu haben. Damit ist die Sache erledigt."

Aber die Sache war damit beileibe noch nicht erledigt. Ein paar Tage später ergab es sich, daß Klutznick zu einem kurzfristig einberufenen Meeting sowie zu einer Verabredung mit Be gin nach Israel fliegen mußte. Klutznick erinnert sich an die frostige Begegnung mit dem israelischen Staatsoberhaupt. Es war das erste Mal, daß Begin nicht aufstand und ihn zur Begrüßung umarmte. Klutznick eröffnete das Gespräch mit den Worten:

"Sehen Sie, Menachem – ich weiß, daß Sie verärgert sind. Aber ich bin derjenige, der ebenso verärgert ist – und zwar mit Recht. Wenn Sie der Presse nämlich erzählen, Sie haben von Klutznick ein Telegramm erhalten, und er bestreitet es, und damit ist die Sache erledigt – macht man solche Äußerungen? Ich sage *nein*! Wenn mir jemand so etwas über Sie erzählen würde, hätte ich gesagt: ,Ich habe vom Ministerpräsidenten ein Telegramm erhalten und der Ministerpräsident bestreitet das. Und ich kenne den Ministerpräsidenten schon lange genug, und deshalb verlasse ich mich auf sein Wort.'"

Begin wandte sich daraufhin an seinen Sekretär und sagte: „Geben Sie mir das Telegramm." Er las das Telegramm seines Botschafters in Amerika, in dem die Worte Klutznicks an Carter verdreht interpretiert worden waren. Dann fragte Begin: „Was hätten Sie getan?" Klutznick antwortete: „Ich hätte den Botschafter rausgeschmissen! In seinem Telegramm hatte er nicht über *Phil Klutznick* berichtet, sondern über den *Präsidenten des World Jewish Congress*. Mit derartigen Informationen in seinen Händen, wäre es seine Pflicht gewesen, zuerst *mich* anzurufen, und nicht Sie. Er hat mich niemals angerufen." Begin war daraufhin sichtlich bewegt, stand auf und umarmte seinen Besucher.

Trotz derartiger Sympathiebezeigungen kritisierte Klutznick auch weiterhin Begins spätere Politik und erteilte der US-Regierung seine Empfehlungen. 1981 verurteilte er die israelischen Luftangriffe auf irakische Nukleareinrichtungen ebenso wie die späteren Operationen gegen den Libanon. Im gleichen Jahr reiste er mit dem Nahost-Spezialisten Harold Saunders, der in der Carter-Regierung als Staatssekretär im US-Außenministerium für den Nahen Osten und Südasien zuständig war. Der Nahost-Delegation gehörten auch noch der ehemalige Diplomat Joseph H. Greene Jr., und Merle Thorpe Jr., Präsident der *Nahost-Friedensstiftung* an.

Im weiteren Verlauf des Jahres, als Saudi-Arabien seinen *Acht-Punkte-Friedensplan* verkündete, nannte Klutznik dieses Vorhaben *nützlich* und argumentierte, daß Israel sich die Vorschläge zumindest *anhören* sollte. All diesen Standpunkten wurde natürlich von Israel und seiner US-Lobby heftig wiedersprochen. Aber Klutznick hatte nicht lockergelassen. Mitte des Jahres 1982 erhob er in der *Los Angeles Times* und in anderen großen Zeitungen seine Forderung:

"Es liegt an der Reagan-Regierung, den Realitäten des Nahen Ostens so mutig ins Auge zu schauen, wie es die Carter-Regierung getan hat. Der erste Schritt wäre, den Konflikt im Libanon sofort zu beenden und den Rückzug der israelischen Streitkräfte zu bewirken. Danach muß ein erweitertes Friedensverfahren folgen, das *alle* Streitparteien einschließt – auch die Palästinenser. Nur wenn man – ohne Ausrede und mit Entschlossenheit – so vorgeht, wird Amerika seine eigenen wichtigen Interessen wahren – und somit Israels Wohlergehen auf lange Sicht fördern und den Weltfrieden schützen können."

Trotz öffentlicher Verdammung wegen dieser Äußerungen seitens der jüdischen Führung in den Vereinigten Staaten, wurde Klutznick für seine mutige Haltung insgeheim belobigt: „Als ich gegen den Überfall auf den Irak opponierte, waren die Briefe von Juden etwa vier zu eins *zustimmend.* Und als ich direkte Verhandlungen mit der PLO forderte, waren etwa drei zu eins *dafür.*" Klutznick erklärte weiter: „Aber, wissen Sie – von dieser Unterstützung müssen Abstriche gemacht werden. Denn in der Jüdischen Gemeinde gibt es Menschen, die mir ihre Unterstützung auch dann zusichern, wenn sie glauben, ich wäre im Unrecht."

Die meisten glaubten, er hätte Unrecht – und sie sagten es auch. Abbot Rosen, Nahost-Direktor der *Anti-Defamation League* in Chicago, wies Klutznicks Vorschlag, die PLO in den Friedensprozeß mit einzubeziehen und einen Staat für die Palästinenser zu gründen, als „verrückte Idee" zurück. Mit einem abgegriffenen Klischee der Lobby berichtete er der *Chicago Sun-Times*: „Unter den gegenwärtigen politischen Umständen wäre ein weiterer palästinensischer Staat, der an Israel und Jordanien angrenzt, für die Sowjets ein zusätzlicher Stützpunkt in der Region."

Robert Schrayer, Vorsitzender des *Komitees für Öffentliche Angelegenheiten* im *Jewish United Fund of Metropolitan Chicago*, schloß sich dem Protest mit einem anderen Slogan an: „Da

von keinem selbständigen Staat erwartet werden kann, daß er über seine eigene Vernichtung verhandelt, sollte Israel auch nicht gedrängt werden, mit der PLO zu verhandeln."

Der *Near East Report*, das wöchentliche Nachrichtenblatt der AIPAC, ließ sich über Klutznicks Ansichten aus und beschuldigte ihn, für „eine bösartige Zeitungsente" zu werben. Klutznick hätte die Palästinenser als „ein besonderes Volk in der arabischen Welt – etwa so, wie es die Juden nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen waren" – beschrieben. Im darauffolgenden Jahr begab sich Klutznick auf „seinen Aufklärungsfeldzug nach Paris", wo er sich mit seinem alten, kränkelnden Mitstreiter Nahum Goldmann und Pierre Mendès-France – einem Juden und einem ehemaliger Ministerpräsidenten von Frankreich – zu einem Appell zusammenschloß, den Krieg Israels im Libanon zu beenden.

Eigentlich wollte Klutznick in Paris an einer Versammlung des *Jüdischen Weltkongresses* teilnehmen. Aber als er eintraf, sagte ihm Goldmann, der damals in Paris lebte und bereits todkrank war: „Wir müssen 50 der angesehensten Juden der Welt finden, die eine Erklärung unterzeichnen, um diesen Krieg im Libanon zu beenden."

Klutznick antwortete: „Aber zuerst sollten wir sehen, ob wir eine solche Erklärung überhaupt aufsetzen können." Goldmann stimmte dem zu und hatte die Sache am nächsten Tag beim Essen mit Mendès-France, dem *Le Monde*-Korrespondenten Eric Rouleau und Klutznick noch einmal besprochen. Anschließend sollte dann der Entwurf für die gemeinsame Erklärung ausgearbeitet werden.

Dazu schrieb Klutznick mit Hilfe seines Assistenten, Mark Bruzonsky, noch in der gleichen Nacht ein paar seiner Gedanken als Grundlage für die Diskussion am nächsten Tag nieder. Klutznick erinnerte sich an diese Szene: „Mendès-France ist einer der besten Redakteure, die ich in meinem Leben kennengelernt habe. Er betrachtete sprachgewandt jedes Wort in typisch französischer Manier, drehte und wendete es nach allen Seiten. Und vier Stunden später – nachdem wir über jedes einzelne Wort diskutiert hatten – war unsere Erklärung fertig."

Besonders der Schluß dieses Statements war eindringlich: „Das entscheidende Problem", so hatten wir es damals formuliert, „ ist nicht, ob den Palästinensern ihre Rechte zustehen, sondern wie diese Rechte umgesetzt werden können – und dabei auch Israels Sicherheit und regionale Stabilität gesichert werden

kann. Vieldeutige Konzepte, wie *Autonomie* reichen nicht mehr länger aus; denn sie werden zu häufig mehr zur Verwirrung als zur Klärung benutzt. Jetzt ist die Bestimmung zur Erreichung eines politischen Übereinkommens zwischen Israel und dem palästinensischen Nationalismus gefordert.

Der Krieg im Libanon muß aufhören. Israel muß seine Belagerung von Beirut aufheben, um Verhandlungen mit der PLO zu ermöglichen und somit eine politische Entscheidung herbeizuführen. Die gegenseitige Anerkennung muß mit allen Mitteln verfolgt werden. Es müssen Verhandlungen stattfinden mit dem Ziel, eine friedliche Koexistenz zwischen dem israelischen und palästinensischen Volk auf der Basis der Selbstbestimmung zu erzielen."

Nach Fertigstellung dieser Erklärung fragte Klutznick: „Was machen wir jetzt mit diesem verdammten Ding?" Goldmann sagte: „Wir müssen noch diese anderen Leute finden. Ziehen Sie los, und finden Sie sie." Klutznick protestierte, weil die Zeit nicht mehr ausreichte, und schlug vor, daß Goldmann und Mendès-France das Statement unter ihrem eigenen Namen veröffentlichen sollten. Der ehemalige französische Ministerpräsident sagte: „Ich habe so etwas noch nie getan. Ich unterzeichne keine Statements gemeinsam mit anderen Leuten." Trotzdem versuchten Goldmann und Rouleau Mendès-France zu überzeugen, bis er schließlich sagte: „Ich werde unterschreiben – aber nur unter der Voraussetzung, daß Sie von Yassir Arafat eine sofortige Antwort erhalten."

Isam Sartawi, ein enger Mitarbeiter von Arafat, war damals gerade in Paris und arrangierte schließlich die folgende Antwort des PLO-Führers: „Diese Erklärung ist vor allem deshalb so bedeutungsvoll, weil sie gerade im richtigen Moment von drei äußerst wichtigen jüdischen Persönlichkeiten abgegeben wurde, die weltweites Ansehen genießen. Ihr bestimmender Einfluß erstreckt sich auf alle Bereiche sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb ihrer eigenen Gemeinde."

Klutznick hatte beim *Jüdischen Weltkongreß*, der damals in Paris abgehalten wurde, sodann das Wort ergriffen, um die Deklaration zu erklären. Die Atmosphäre – so erinnerte er sich – war alles andere als herzlich: „Aufgeheizt ist nicht das richtige Wort. Denn wenn sie aufgeheizt gewesen wäre, hätte sich alles besser entwickelt. Es war vielmehr eine mißmutige, ernste und bittere Atmosphäre. Ich versuchte, den Abgeordneten klarzumachen, warum wir unsere Meinung so entschlossen vertreten.

Und ich sagte, sie sollten auch wissen, daß Nahum Goldmann dafür einsteht, was er für richtig hält; und daß man ihn dafür nicht nur einmal verurteilt hatte. Er wurde in der Vergangenheit sehr oft gerade von jenen verflucht, die später auf seiner Seite standen."

Die Deklaration machte Schlagzeilen in der ganzen Welt, die von ausgedehnten Diskussionen und einigen lobenden Zeitungskommentaren begleitet waren. Allerdings erhielt diese *Pariser Deklaration* seitens der führenden Juden nur wenig Unterstützung und wurde weitgehend auch durch die Jüdischen Organisationen als „uninteressant und nutzlos" abgelehnt. Übrigens war die *Pariser Deklaration* die letzte öffentliche Erklärung von Nahum Goldmann, der schon im nächsten Monat verstarb. Vier Wochen später wurde auch Mendès-France beerdigt.

Ein paar Juden hatten Klutznicks Erklärung verteidigt. Newton N. Minow, ein bekannter Chicagoer Politiker aus den Zeiten der Kennedy-Regierung, pries in einer Kolumne der *Sun-Times* Klutznicks „vorbildliches Leben als Kämpfer für die Juden und Israel." Er lobte seine „Unabhängigkeit und seine wohlüberlegte Kritik", und schloß seinen Artikel mit den Worten: „Als amerikanischer Jude, der über frühere Fehler nachdachte, meine ich, daß die Amerikanisch-Jüdische Gemeinde in den vergangenen Jahren einige schwerwiegende Fehler gemacht hat, indem sie sich in Schweigen hüllte, wenn wir mit der israelischen Politik nicht einverstanden waren."

Kurz nach der Deklaration von Paris war die Welt schockiert über das Massaker an Hunderten von Zivilisten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila von Beirut. Nach vier Monaten des Schweigens hatte Klutznick im Februar 1983 bei einem Essen in New York das Wort ergriffen. Damals startete er eine neue Kampagne, mit der er die Meinungsfreiheit der Juden verteidigte:

"Wir können nicht eins sein, weil jeder von uns auf den anderen angewiesen ist, und uns durch unsere Eigenheit trennen lassen, indem jeder die Wahrheit so ausspricht oder schreibt, wie er sie sieht. Die wirkliche Stärke der Juden war schon immer ihr Sinn für die Verpflichtung und die Bereitschaft, für das Recht (anderer Meinung zu sein!) zu kämpfen – auch innerhalb unserer eigenen Reihen."

Im November weitete Klutznick seine Kampagne auch nach Jerusalem aus, wo er zusammen mit vierzig anderen Juden aus den Vereinigten Staaten und fünfzehn anderen Ländern vier

Tage lang an einer Versammlung des *Internationalen Zentrums für den Frieden im Nahen Osten* teilnahm. Dort wurde Klutznick beklatscht, als er seiner Zuhörerschaft, in der sich mehrere Israelis befanden, sagte: „Wenn Sie uns zuhören, sobald wir Gutes über Israel zu sagen haben, müssen Sie uns auch anhören, wenn wir Schlechtes sagen. Ansonsten werden wir unsere Glaubwürdigkeit verlieren, und die amerikanische Regierung wird uns überhaupt nicht mehr zuhören."

Trotz seines erwiesenen Engagements gegenüber Israel, trotz seiner führenden Rolle innerhalb der Jüdischen Gemeinde und trotz seiner makellosen Integrität wurde Klutznick später von vielen Zeitgenossen seiner eigenen Institution abgelehnt und sogar verachtet. Zwei Akteure der Jüdischen Lobby-Gemeinde sagten, daß man Klutznick einfach nicht mehr zuhören wollte. Einer von ihnen fügte traurig hinzu: „Ich bewundere Phil Klutznick, aber im Prinzip ist er in der Jüdischen Gemeinde ein Niemand." Der andere ist noch härter und schärfer und bezeichnete Klutznick und andere Kritiker der israelischen Regierung als „Feinde des jüdischen Volkes".

Charles Fishbein – er war elf Jahre hindurch Finanzwart und Geschäftsführer des *Jewish National Fund* – verteidigt Klutznick mit offenen Worten: „Wenn man in der Jüdischen Gemeinde seine Meinung ohne eine aufgeschlossene Zuhörerschaft vertritt, so wird man zur Seite geschoben. Man wird weggeschickt wie jemand, den man *ertappt* hat. Das ist zwar unsinnig, aber wirkungsvoll. Die allgemein bekannten jüdischen Führenden sollen enorm reiche Geldgeber sein. Einige von ihnen betrachten ihre Spenden für die jüdische Sache hauptsächlich als Investition, um gute Geschäfte und soziale Beziehungen anzukurbeln. Solche Menschen werden sich für einen Außenseiter wie Klutznick natürlich nicht einsetzen, weil sie dadurch um ihre Investitionen bangen müßten."

Solche Gedanken finden in Klutznicks eigenen Erfahrungen ihren Widerhall. Klutznick lächelt – und sagt: „Versuchen Sie es zu verstehen. Betrachten Sie es von Ihrem Standpunkt aus. Warum sollten sie an die Öffentlichkeit gehen? Sie wollen doch keinen Ärger verursachen. Sie sind ein Teil der Gemeinde. Sie haben Nachbarn. Sie helfen aus. Sie leisten ihren Beitrag." Klutznick hält inne, spitzt seinen Mund und fügt dann hinzu: „Sie bekleiden Stellungen, die sie natürlich behalten wollen. Sie sagen zu mir, ‚Sie haben absolut Recht mit dem, was Sie sagen und tun. Aber ich kann mir das nicht leisten. Ich kann einfach

meine Meinung nicht so vertreten wie Sie'." Nach einer weiteren Pause sagt mir Klutznick: „Vielleicht wäre ich genauso wie diese Leute, wenn ich nicht all die Ehrungen erhalten hätte, mit denen mich unsere Jüdische Gemeinde überschüttet hatte."

Klutznick sieht in der Washingtoner Politik das Haupthindernis, die Taktiken der Lobby zu reformieren: „Wir sollten den Schaden, den unsere eigene Regierung anrichtet, nicht unterschätzen. Unsere Regierung hat seit geraumer Zeit für Israel nur Blankoschecks unterschrieben, mit dem Ergebnis, daß Begin hier herkommt, dann wieder zurückreist und sagt: ,Worüber beschweren Sie sich eigentlich? Ich fahre in die Vereinigten Staaten, wo mich die Regierung unterstützt, und mir auch alle Führer der Jüdischen Gemeinde zujubeln und mich ebenso unterstützen.'"

„Der Spalt in unserer liberalen Tradition wird immer tiefer"

"Den Juden ist es noch nie so gut ergangen wie in den Vereinigten Staaten," sinniert I.F. Stone, einer der höchstgeachteten jüdischen Journalisten Amerikas, der sich selbst als radikal bezeichnet. Er war bekannt für seine Zeitschrift *I.F. Stones Weekly*, die er 19 Jahre lang herausgegeben hatte. Seine Leser kannten ihn aber auch durch seine unabhängigen Ansichten. Er hörte mit der Zeitung auf, weil er, wie er mit seiner typischen Selbst-Ironie sagte, „müde geworden war, jede Woche die Probleme der ganzen Welt zu lösen".

Im Alter von sechsundsiebzig Jahren war er derartig kurzsichtig geworden, daß er selbst große Buchstaben kaum noch lesen konnte. Aber er ließ sich dennoch nicht pensionieren. Auf den Universitäten und in liberalen Kreisen unseres Landes gilt er noch immer als eine sachkundige Institution, nicht nur im Zusammenhang mit Nahost-Themen. Es war faszinierend, ihm bei seinen Vorträgen zuzuhören. Eine seiner Vorlesungsreihen über Sokrates war zu einem Kassenschlager geworden.

Bei unserem Gespräch bemerkte ich seine traurigen Augen, die durch dicke Gläser hindurch in die Vergangenheit zu blikken schienen: „Israel hatte den falschen Weg eingeschlagen," resignierte er. „Dieser Zeitabschnitt ist der schwärzeste in der Geschichte des jüdischen Volkes. Die Araber müssen endlich wie Menschen behandelt werden. Für die Zukunft sehe ich schwarz," sagte er. Stone konnte sich niemanden vorstellen, der

in der Lage wäre, Israel von seinem verhängnisvollen Kurs abzubringen.

Die Unterhaltung drehte sich dann über die *andersdenkenden* amerikanischen Juden. Dabei erinnerte sich Stone an einen Tag, als ihn ein Verleger zum Essen einlud und ihn bat, aus seinem Buch, das er geschrieben hatte, jenen Abschnitt zu eliminieren, in dem er einen grundsätzlichen Kurswechsel in der israelischen Politik empfohlen hatte. Das Buch *Der palästinensische Untergrund* beschäftigt sich hauptsächlich mit Stones eigenen Erfahrungen, als er sich mit anderen Juden aus den Konzentrationslagern der Nazis durch die britische Blockade durchschlagen mußte, hinüber in jenes Land, das jetzt Israel ist.

Der eigentliche Stein des Anstoßes aber war Stones Empfehlung einer „binationalen Lösung, eines Staates, dessen Verfassung die Anwesenheit zweier Völker, zweier Nationen – Araber und Juden – anerkennen würde", und ganz Palästina umfasse. Stone lehnte es entschieden ab, diese Passage aus seinem Buch zu entfernen. Und das bedeutete – wie er in dem bekannten *New York Review of Books* schrieb, „das Ende des Essens und in gewisser Weise auch des Buches, das daraufhin verboten wurde."

Carolyn Toll bemerkte als jüdische Journalistin zum Kapitel *Stone* noch das folgende: „Von da an wurde Stone, der sich als erster amerikanischer Reporter mit Holocaust-Überlebenden durchgeschlagen hatte – und es daher verdient hätte, als Held in die Synagogen-Geschichte einzugehen – von den führenden Kräften, die sich kategorisch gegen jede Debatte über einen Zweivölkerstaat und Souveränität gewandt hatten, aus allen jüdischen Bereichen verbannt.

In Israel, wo die Juden ihre Identität durch Geburt und nicht durch Mitgliedschaft in irgendeiner Organisation begründen, wäre Stone ein vollendeter Dissident gewesen. Aber wenn man das amerikanische Klima der wankelmütigen Ansichten der nicht-jüdischen Mehrheit in Betracht zieht, so wurden derartige willkürliche Loyalitätsbekundungen nicht von denselben Juden angezweifelt, die vehement für die Redefreiheit anderer eintreten."

Zwei Jahre später wurde Stones Buch mit der anstößigen Passage in Hebräisch veröffentlicht, und zwar in Israel. Es wurde fast überall im Nahen Osten gelesen. Obwohl Stone darin gegen die *Exzesse* der Lobby wetterte, war er sich über deren Motivationen durchaus bewußt. „Das jüdische Volk", so analysierte er bei unserem Gespräch die Ursachen, „ist ängstlich und furcht-

sam. Sie fürchten sich vor der Zukunft. Sie haben das Gefühl, sich im Kriegszustand zu befinden, und viele haben das Gefühl, kämpfen zu müssen und immer weiter kämpfen zu müssen." Nach einer Pause fügt er hinzu: „Wenn sich ein Volk im Kriegszustand befindet, werden dabei normalerweise auch die Menschenrechte verletzt."

Stone erkannte, daß sich der gefährliche Spalt in unserer freiheitlichen Tradition immer mehr vertieft: „So, wie viele amerikanische Intellektuelle, Juden und Nicht-Juden es erleben müssen, fühle ich auch mich immer dann geächtet, wenn ich über den Nahen Osten meine Meinung kundtun möchte, (während) man jüdische und nicht-jüdische Andersdenkende in der Sowjetunion verdientermaßen als *Helden* feiert."

In den Vereinigten Staaten sind sie alles andere als *Helden*: „Nur selten können wir, die wir mit der Nahost-Politik nicht immer einverstanden sind, uns über eine gelegentliche Zustimmung in der amerikanischen Presse erfreuen. Einen amerikanischen Verlag zu finden, der eventuell bereit wäre, ein Buch herauszugeben, das von der gängigen Israel-Linie abweicht, ist ungefähr so schwierig, dem *Osservatore Romano* im Vatikan einen tiefsinnigen Kommentar über den Atheismus zu verkaufen.'"

Diejenigen, die sich ihre Meinung zu sagen getrauen, müssen ihren Preis dafür bezahlen, sagte Stone. Er fügt hinzu, daß sogar Journalisten, die schon seit geraumer Zeit die israelischen Anliegen verteidigen, durch „jüdische Haßbriefe mit der Anschuldigung des Antisemitismus" bombardiert werden. Das geschieht für gewöhnlich dann, wenn sie es wagen, auch nur „ein Wort der Sympathie für die palästinensischen Araber-Flüchtlinge" zu äußern.

In einem Essay in der *Washington Post* vom 19. August 1977 äußerte Stone seine Besorgnis über die *Bibel-Diplomatie*, insbesondere die Bestrebungen, die Bibel als Rechtfertigung für Israels Kontrolle über die West-Bank heranzuziehen: „Im Mittelalter befand sich die Bibel,wie jeder weiß, unter Verschluß. Der Klerus hielt sie von den Massen fern aus Furcht, sie würde die Menschen verwirren und zur Spaltung und Verhetzung beitragen. Vielleicht sollte man das *Heilige Buch* wieder wegschließen, zumindest, bis der israelisch-arabische Streit entschieden ist."

„Zionisten-feindliche Juden"

Zwei amerikanische Juden, Elmer Berger und Alfred M. Lilienthal, jr., haben vieles gemein: Von Anfang an warnten sie bereits vor dem Zionismus und sagten dem Judentum für den Fall der Gründung eines jüdischen Staates große Gefahren voraus. Ohne irgendwie ängstlich zu sein, trennten sie sich von dem, was zur Leitlinie des jüdischen Denkens gehörte und widmeten ihr Leben einem einsamen, frustrierenden und umstrittenen Kreuzzug, um die Politik des Staates Israel zu ändern. Lange nachdem Israel bereits gegründet und durch die Weltgemeinschaft weithin anerkannt und fortlaufend unterstützt worden war, hatten die beiden ihre Anklagen gegen die jüdischen Staaten unvermindert fortgesetzt. Berger und Lilienthal werden daher oftmals als „selbst-hassende Juden" verhöhnt.

Lilienthal und auch Berger sind aber – trotz heftigster Attakken – auf ihren Kreuzzügen unbeirrt und standhaft geblieben. Beide befanden sich unentwegt auf Vorlesungsreisen, schrieben viel und traten bei jedem Forum ans Rednerpult. Sie sind in der arabischen Welt ebenso gut bekannt wie in den Vereinigten Staaten. Nur werden sie dort mehr geehrt als hier in den USA.

Vom Wesen her haben die beiden wenig gemeinsam. Lilienthal begann seine Karriere als Anwalt – und Berger als Rabbi. Lilienthal ist sowohl in seiner Art wie auch in seiner Rede ein hartgesottener Anwalt. Seine Laune wechselt schnell. Eben ist er noch gedankenvoll und fügsam –, aber im nächsten Moment kann er herausfordernd wirken. Berger hingegen ist ruhig und gelassen, ein geduldiger Zuhörer. Wenngleich auch seine Worte zu dröhnen scheinen, redet er dennoch wie ein besänftigender Priester.

Jeder hat zwar seine Zuhörer, aber keiner kann sich einer besonders großen, freimütigen Anhängerschaft erfreuen. Die Menschen, die Lilienthals Rundbrief *Nahost-Perspective* lesen und seine Aktivitäten gutheißen, sind vielleicht nicht zahlreich, aber seine Bücher sind dennoch in öffentlichen Büchereien und in den Wohnungen vieler Amerikaner im ganzen Land zu finden. Überdies wird bei Vorträgen und in Zeitungsartikeln immer wieder auf die Werke dieser beiden jüdischen Dissidenten hingewiesen.

Der Kreis um Rabbi Elmer Berger ist wahrscheinlich noch kleiner, denn internationale Zuhörerschaften sind nur schwer zu erfassen. Dennoch ist diese Schar Berger gegenüber treu ver-

bunden. Das zeigte sich, als er im Mai 1983 ein zweitägiges Seminar im *Madison Hotel* in Washington D.C. sponserte, an dem über 200 Menschen teilnahmen. In der Hauptsache waren es Journalisten, Schüler, Vertreter des Klerus, offizielle Funktionäre und Diplomaten. Alle hatten zumindest zwei Dinge gemeinsam: ihr Interesse an dem arabisch-israelischen Streit und ihre Bewunderung gegenüber Elmer Berger.

Lilienthal hatte seinen Aufklärungsfeldzug gegen Israel schon frühzeitig begonnen, nachdem die Regierung 1948 ins Leben gerufen worden war. Als ich ihn vierzig Jahre später im Alter von 70 Jahren 1984 interviewte, war seine Kampfkraft um keinen Deut schwächer geworden. Sein Artikel – *Israels Fahne ist nicht die meine* –, der schon 1949 im *Reader's Digest* erschienen war, warnte eindringlich vor den Folgen des *Zionismus*. Sein erstes Buch *What Price Israel?* aus dem Jahre 1953 erregte weltweites Aufsehen. 1957 folgte sein Werk *There Goes the Middle East* und – acht Jahre danach – *Die Kehrseite der Medaille.*

1978 ließ Lilienthal die Welt schließlich mit seinem größten und umfassendsten Werk *The Zionist Connection* aufhorchen, in dem vor allem die Entwicklung und die Aktivitäten der Zionistenbewegung innerhalb der Vereinigten Staaten enthüllt werden. Das mit Fakten, Zitaten und lebendigen Schilderungen verfaßte 872seitige Buch, wurde von der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift *Foreign Affairs* als *Meisterwerk* bezeichnet, das den Höhepunkt in der anti-zionistischen Karriere von Prof. Lilienthal darstellt.

Bis zum Jahre 1984 war Lilienthal zu seinen Aufklärungsfeldzügen insgesamt 22 Mal in den Nahen Osten gereist – und sechsundzwanzig Mal kreuz und quer durch die Vereinigten Staaten. Trotz seines unermüdlichen und anstrengenden Strebens um eine friedliche Versöhnung zwischen Arabern und Juden, blieb Lilienthal aber ein einsamer Mann. Er wird in den Vereinigten Staaten von vielen gemieden – paradoxerweise vor allem durch jene, deren Fahne er am höchsten hält.

Lilienthal sagte, daß ihn einige Mitbürger als den „Mann von LaMancha" verspotteten. Aber mit diesem abwertend gemeinten Ettikett bringt Lilienthal seine Zuhörer immer wieder zur Begeisterung, wenn er aus dem Lied von Quichote – *Nach den unerreichbaren Sternen greifen* – zitiert.

Seine größte Leistung erblickt Prof. Lilienthal darin, daß er „einige Christen bestärken konnte, mit Schneid für diese Sache

(den Frieden) zu kämpfen. Seine unermüdlichen Friedensbemühungen hatten aber dazu geführt, daß der unbequeme Dissident durch eine Gruppe von Rabbinern 1982 formell vom jüdischen Glauben ausgeschlossen wurde. Rückschauend auf diese Anmaßung, hatte Lilienthal nur noch ein leises Lächeln übrig: „Nur Gott kann das tun. Ich fühle mich immer noch als Jude."

11. Kapitel

Der Druck weitet sich aus

Die Bemühungen der Israel-Lobby, die amerikanische Meinung und damit die Politik zu beeinflussen, konzentrieren sich großenteils auf nationale Institutionen, insbesondere auf die Bundesregierung. Die Lobby ist in ihren unterschiedlichen Formen – über den Regierungssitz an den Ufern des Potomac hinaus – weitverzweigt in das amerikanische Leben eingedrungen. Örtliche politische Führer, Unternehmer, Organisationen und Privatpersonen müssen in vielen Bereichen unfaire Kritik und Einschüchterungen über sich ergehen lassen, sobald sie sich in Debatten über die anstehenden Nahost-Probleme verwickeln lassen. Viele aus der *Vordersten Front* haben sich ihre Finger verbrannt, weil sie deutlich ihre Meinung vertraten. Besonders erschütternd sind Diskriminierungen von Amerikanern arabischer Herkunft.

Das Stigma der arabischen Abstammung

Allein 1982 haben israelische PACs fast eine Million Dollar zum Senatswahlkampf beigetragen. Für viele Mitglieder des Kongresses ist die Unterstützung durch die AIPAC deshalb so wichtig, weil sie auch anderweitig erfolgt, und nicht nur in Dollar zu messen ist. Die politischen Aktivitäten solcher Gruppen sind grundsätzlich legitimiert und als Teil des poltischen Systems Amerikas anerkannt. Wenn allerdings arabische Amerikaner versuchten, in den Wahlprozeß mit einzugreifen, stehen sie weithin vor verschlossenen Türen.

Am 14. Oktober 1983 befand sich z.B. W. Wilson Goode – er hatte die Chance, erstmals als Schwarzer das Bürgermeisteramt von Philadelphia zu übernehmen – mitten im turbulenten Wahlkampf. Der weithin beliebte Spitzenkandidat, der praktisch mit jedem aus seiner Stadtwählerschaft bekannt war, hatte eines Abends eine Sponsorenveranstaltung im Haus von Naim Ayoub besucht. Ayoub war ein bedeutender Geschäftsmann, der eine

Reihe Freunde – prominente Akademiker, Wissenschaftler, Professoren der Medizin und andere führende Geschäftsleute – eingeladen hatte, um in seinem Hause mit Goode zusammenzutreffen und etwas zu seinem Wahlkampf beizutragen.

Bei den einleitenden gesellschaftlichen Unterhaltungen hatte Goode auch von den Diskriminierungen erfahren, unter denen Mitbürger arabischer Abstammung zu leiden haben. Daraufhin brachte er die Sorge über dieses Übel bei seiner Rede zum Ausdruck und erklärte mitfühlend: „Ich wiederhole meine Bitte, als Bürgermeister für *alle* Menschen einzutreten." Anschließend schrieben Ayoub und seine Gäste Schecks für die Wahlkampagne des schwarzen Bürgermeisterkandidaten aus, woraufhin Goode allen seinen Dank sagte und ging. Die Gesamtsumme der Spenden betrug $ 2.725, was nur einen kleinen Anteil seines Wahlbudget darstellte. Dieser bescheidene Betrag war aber vollends genug, um – wegen des arabischen Einflusses und der Rolle Israels in diesem Wahlkampf - eine heiße Kontroverse anzuzetteln.

In den immer schwieriger werdenden letzten Wochen des Wahlkampfes versuchte Goodes Hauptgegner, die besagte Spende zu einem Skandal aufzublasen. Er enthüllte, daß Ayoub der örtliche Koordinator für das *Amerikanisch-Arabische Anti-Diffamierungs-Komitee* war – eine landesweite Organisation zur Bekämpfung der Diskriminierung von Menschen arabischer Abstammung. Goode, der den großen jüdischen Wahlkreis in den entscheidenden nordöstlichen Stadtbezirken für sich gewinnen wollte, indem er ständig sein Versprechen zur Unterstützung Israels wiederholte, reagierte mit seiner Bereitschaft, nunmehr die Schecks von Ayoub und dessen Freunden wieder zurückzugegeben. Er erklärte: „Ich möchte das noch einmal klarstellen, damit niemand meine Unterstützung gegenüber dem israelischen Staat in Zweifel ziehen kann." ·

Offensichtlich waren die jüdischen Wähler mit Goodes Erklärung über sein *Versehen* zufriedengestellt; denn er war damals drauf und dran, die Wahl mit einer überwältigenden Unterstützung aus dem jüdischen Lager zu gewinnen. Doch – wie ein Jude aus Philadelphia später feststellte – „braucht man nicht gleich das gesamte Programm des *Anti-Diskriminierungs-Komitees* gutheißen, wenn viele seiner Mitglieder und Freunde den Schock und den Schmerz empfinden, welcher durch einen derartig starken, publik gewordenen Affront gegen einen ihrer Führer, der lediglich als Privatperson gehandelt hat, heraufbeschwo-

ren wurden. Die Mitwirkung am politischen Prozeß darf nicht nur jenen Bürgern vorbehalten sein, die für das eintreten, was gerade populär ist."

Das Wilson Goode-Zwischenspiel war der Vorläufer ähnlicher Ereignisse, wie sie Senator Gary Hart und der ehemalige Vice-Präsident Walter Mondale während ihrer späteren Wahlkämpfe um das höchste Amt im Lande durchmachen mußten.

Arabische Amerikaner, die versucht hatten, ihr Erbgut zu pflegen, stießen immer wieder auf unerwartete Schwierigkeiten. Anisa Mehdi, Nachrichtenleiterin der TV-Station WBZ in Boston, stellte fest, daß es „eine furchterregende Sache" sein kann, wenn man als Araber hier in Amerika leben will:

„Ich bin in New York City mit einem politisch sehr aktiven Vater aufgewachsen. Wenn es eine Gedenkfeier zum Jahrestag des Deir Yassin-Massakers gibt, fällt dieser Tag für gewöhnlich mit der israelischen Jubiläums-Parade zusammen. Die Juden sind dann in der Fifth Avenue, und wir versammeln uns in der Madison Avenue. In der Fifth Avenue sind dann Abertausende von Menschen und vielleicht zehn von uns sind drüben in der Madison Avenue. Nun gibt es aber mindestens 100.000 arabische Amerikaner in New York City. Wo sind sie alle? Sie fürchten sich einfach, zu kommen."

Arabischer Abstammung zu sein, kann auch eine Verpflichtung außerhalb der Politik bedeuten, wie Dr. George Faddoul, Spezialist der Veterinärmedizin an der Universität von Massachusetts, bezeugen kann. Faddouls Vorfahren sind Libanesen. Er selbst wurde jedoch in Maine geboren und hatte niemals ein Interesse an der Politik oder internationalen Angelegenheiten bekundet. 1974 arbeitete er in der *Suburban Experiment Station* in Waltham, Massachusetts, eine von der Universität betriebene Einrichtung zur Versorgung der landwirtschaftlichen Gemeinden in diesem Bundesstaat. Faddoul hatte beschlossen, sich dort um den freigewordenen Direktorenposten zu bewerben. Nach einer hervorragenden Karriere von mehr als 25 Jahren war Faddoul der Auffassung, daß er diese Stelle verdiente, und durch einen derartigen Verwaltungsposten sich für ihn interessante, neue Dimensionen eröffneten, die auch seiner Arbeit am Institut zugute kämen.

Auf den angestrebten Verwaltungsposten reflektierte nur noch ein anderer Konkurrent. Aber das Fakultäts-Komitee stimmte mit 7 zu 6 zugunsten von Faddoul. Die Satzungen der Universität verlangten nur eine einfache Mehrheit, aber der Dekan ver-

weigerte ihm dennoch die Ernennung zum Direktor. Faddoul hatte dann von sich aus nach den Gründen dieser Ablehnung geforscht und dabei festgestellt, daß man bei den Überlegungen des Komitees einige Makel wegen seines arabischen Backgrounds entdeckt hatte. In diesen Gesprächen hatte man die Araber pauschal als *wertlos* bezeichnet. Somit wurde nicht Faddoul, sondern sein Assistent, der nur einen untergeordneten Doktorgrad hatte, zum Verwaltungsdirektor des Institutes ernannt. Faddoul ließ nicht locker, aber er mußte noch sieben Jahre warten, bis er schließlich den Posten bekleiden durfte.

Eine andere Person arabischer Abstammung, Mahmoud A. Naji, hat 19 Jahre in den Vereinigten Staaten gelebt. Seine Frau und seine drei Kinder sind US-Bürger. Er hat sein eigenes Haus im Bezirk Chicago und kann auf eine beachtliche Reihe verdienstvoller Tätigkeiten und seine Rolle im öffentlichen Leben verweisen. Er war niemals in Arrest oder wegen irgendwelcher Vergehen verurteilt worden. Trotzdem droht ihm jetzt seine Ausweisung aus den Vereinigten Staaten, wobei sich die US-Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde weigert, eine Begründung für ihr Vorgehen bekanntzugeben.

Naji, ein gebürtiger Jordanier, hatte zum Zeitpunkt der amerikanischen Intervention im Jahre 1965 einen festen Wohnsitz in der Dominikanischen Republik und war – zusammen mit anderen ausländischen Bewohnern des Inselstaates – in die Vereinigten Staaten evakuiert worden. Seitdem bemüht er sich – auf der Grundlage der US-Einwanderungsgesetze – um den Status eines permanenten Aufenthaltes. Wie zahlreiche andere Immigranten, so stieß auch Naji auf eine Reihe Verwaltungshindernisse und benachteiligende Regelungen. Seine Beharrlichkeit schien sich jedoch auszuzahlen; denn jedes Hindernis konnte nach und nach überwunden werden. Ende 1980 wurde sein Recht zur Begründung des Aufenthalts-Status' durch den Distriktleiter der Einwanderungsbehörde (INS) anerkannt.

Aber bereits im Februar 1981 wurde sein Ansuchen durch den örtlichen INS-Kommissar aus nicht genannten Gründen zurückgewiesen, indem man ihn gleichzeitig als Bedrohung für die Sicherheit Amerikas erklärte und ihn aufforderte, das Land wieder zu verlassen.

Naji konnte die Art der Beschuldigungen gegen ihn nicht ergründen. Er erfuhr lediglich soviel, daß die ablehnende Entscheidung auf „geheimen Informationen" basierte, „die im Interesse der nationalen Sicherheit als zweckdienliche und wichti-

ge Dokumente vor unerlaubter Offenlegung geschützt werden müssen." Nachforschungen der Senatoren Charles Percy und James Abdnor sowie einiger Abgeordneter des Repräsentantenhauses blieben ergebnislos.

Naji spekuliert, daß man seine Mitgliedschaft in verschiedenen arabisch-amerikanischen Organisationen offenbar falsch bewertete, und man ihm nur deshalb eine Begründung der Anschuldigungen verweigerte. Hier muß bemerkt werden, daß weder er selbst noch irgendjemand anderer aus diesen Gruppen jemals wegen etwaiger illegaler oder subversiver Aktivitäten beschuldigt worden waren.

„80 bis 85 Prozent ... sind Terroristen"

Arabische Amerikaner im Bezirk Detroit haben am eigenen Leib die üblichen Demütigungen verspüren müssen. Bei einer im Juni 1983 in Detroit veranstalteten Tagung von US-Zollbeamten und Funktionären der Fluggesellschaften erklärte ein ranghöherer Zollbeamter: „80 bis 85 Prozent der Araber im Detroiter Metropolbereich sind Terroristen, und der Rest ist *terroristenfreundlich*!"

Dieser ungeheuerliche Vorwurf war nach der Verhaftung eines arabischen Kanadiers erhoben worden, der versuchte hatte, Heroin in einem doppelbödigen Koffer durch den *Detroit-Windsor-Tunnel* zu schmuggeln. Daraufhin hatten in Vendetta-Manier die Zollbeamten damit begonnen, „arabisch-aussehende" Autoinsassen von ihren Sitzen zu zerren, sie zu vernehmen und deren Fahrzeuge zu durchsuchen. In einem Fall wurde bei einem 18jährigen Mädchen eine Leibesvisitation durchgeführt.

Obwohl sich die Zollbehörde im nachhinein für die Bemerkung entschuldigt hatte, mit der die Araber des *Terrorismus'* bezichtigt wurden, – der entsprechende Beamte bekam dafür lediglich eine Verwarnung! – verbreitete eine örtliche Zeitung das Rassenklischee weiter. Nachdem ein Offizier aus dem Nord-Jemen wegen versuchten Waffenschmuggels aus den Vereinigten Staaten verhaftet worden war, brachte das Magazin *Monthly Detroit* eine Story mit der Überschrift *Nahost-Verbindung: Wie die arabischen Unruhen nach Detroit kamen – !* Obwohl das Magazin keinerlei Beispiele von Inhaftierung arabischer Amerikaner wegen Waffen- oder Drogenschmuggels anführen konnte,

wurden in dem Artikel die fast 250.000 arabisch-amerikanischen Bürger dieser Stadt als eine gesetzlose und gewalttätige Vereinigung hingestellt.

„Wir werden Sie wirtschaftlich fertig machen"

Voreingenommenheit und Einschüchterung nehmen viele Formen an und kennen keine geographischen Grenzen. Das Restaurant *Mediterranean House* (Mittelmeerhaus) wurde nach seiner Eröffnung 1973 in Skokie – ein überwiegend jüdischer Vorort von Chicago – sofort zum *Renner*. Mit einem arabischen Koch und vornehmlich jüdischen Gästen, hielt der Besitzer Abdel-Hamid El-Barbarawi – ein in Palästina geborener eingebürgerter Amerikaner – nach dem Motto – *nur keine Poltik!* – seine Angestellten streng an der Leine. Zwei von ihnen hatte er bereits gefeuert, weil sie sich mit Gästen in politische Diskussionen eingelassen hatten.

Als Höhepunkt seines Erfolges wurde Barbarawis *Mediterranean House* in allen großen Chicagoer Restaurant-Führern empfohlen und oft in Zeitungsartikeln belobigt. Das wachsende Geschäft veranlasste Barbarawi zur Ausdehnung seines Unternehmens und zur Eröffnung weiterer Zweigrestaurants unter demselben Namen in anderen Gebieten.

In einer Sommernacht des Jahres 1975 wurde plötzlich eine Rohrbombe von sechs Fuß durch das Fenster seines Zweigrestaurants in Morton Grove geworfen. Verletzt wurde keiner; denn dieser Anschlag war spät nachts verübt worden. Aber dennoch war das Restaurant erheblich zerstört worden. Brandexperten sagten, die Bombe hätte „das ganze Gebäude einebnen" können.

Ein Jahr später entbrannte der Ärger von neuem: Als Barbarawi und einige seiner Mitarbeiter gegen 3.00 Uhr morgens aus dem Restaurant in Skokie ins Freie traten, entdeckten sie an der Hausmauer Plakate mit der Aufschrift: „Essen vom *Mediterranean House* in Ihrem Magen ist wie Blut von Juden an Ihren Händen!" Darunter stand die versteckte Warnung: „Ihr Geld, das Sie hier ausgeben, hilft dem PLO-Terrorismus!". Die graphische Wirkung der Poster war noch durch rote Farbe verstärkt worden und durch rohe Schlachtleberteile, die man an die Wände geworfen hatte. Die Vandalen waren zwar nirgends zu sehen, aber Barbarawi hatte plötzlich den Chefredakteur der *Chicago*

Jewish Post and Opinion entdeckt, der wie zufällig Fotos von diesem nächtlichen Spektakel machte. Er sei *zufällig* gerade hier vorbeigekommen, entschuldigte sich der Zeitungsmann.

Im darauffolgenden Monat veröffentlichte dann seine Zeitschrift einen Artikel mit der Überschrift *Arabische Propaganda wird unwissentlich durch Skokier Juden finanziert.* Durch diesen Artikel wurden die ortsansässigen Juden veranlaßt, dieses Restaurant fortan zu boykottieren. Dieser Boykott verstärkte sich noch durch den Hinweis, daß das *Mediterranean House* in der einstündigen Radiosendung *Stimme Palästinas* Werbung betrieben habe. Ted Cohen, Autor dieses Artikels, beschrieb das Radioprogramm als Quelle einer *anti-jüdischen Propaganda.*

Barbarawi wehrte sich, daß er nicht nur in der *Stimme Palästinas,* sondern auch bei sechs anderen Radiosendern seine Werbung laufen habe. Seine Werbespots seien in indischen – und selbstverständlich auch in *jüdischen* Programmen zu hören: „Ich habe einfach Werbung betrieben und war kein Sponsor," sagt er. „Ich habe mir die *Stimme Palästinas* niemals angehört und hatte auch kein Interesse an der Politik dieses Senders."

Die Veröffentlichung des Cohen-Artikels war der Startschuß für das Ende Barbarawis. Gegen seine Restaurants begann man eine Hetzkampagne, wobei Flugblätter in den Häusern ortsansässiger Juden verteilt wurden mit der Aufforderung: „Hören Sie auf, für arabische Propaganda zu zahlen!" Viele Schmähanrufe und fingierte Tischbestellungen zwangen Barbarawi, keine telefonischen Aufträge mehr anzunehmen. Einer wollte ihn umbringen – und einen anderen anonymen Anrufer unterbrach Barbarawi mit der verzweifelten Frage: „Warum werfen Sie denn nicht eine Bombe, wie Sie es schon zuvor getan haben?" Die Antwort erschreckte ihn: „So leicht wollen wir es Ihnen nicht machen. Wir werden Sie wirtschaftlich ruinieren – Sie werden sterben, auch wenn Sie noch weiterleben."

In einem Kommentar der *Chicago Sun-Times* räumte der Kolumnist Roger Simon ein, daß die *Stimme Palästinas* nicht *antisemitisch* sei, wie Cohen anschuldigend behauptet hatte. Merkwürdigerweise war er aber zu dem Schluß gelangt, die Juden sollten Barbarawi dafür „verantwortlich machen, wo sein Geld hinfließt." Damit stellte dieser Artikel der *Jewish Post and Opinion* eine Aufforderung zum Boykott dar. Barbarawi meinte, daß dieser Kommentar seinem Geschäft mehr geschadet habe als alles andere.

In dieser Situation hatte sich Barbarawi an seine Mitbürger ge-

wandt, die – ebenso wie er – arabischer Abstammung waren. Auch die Außenstelle der *Anti-Defamation League* der *B'nai B'rith* wollte er dazu bewegen, sich bei der Jüdischen Gemeinde für ihn einzusetzen. Seine Bemühungen war jedoch ohne Erfolg geblieben. Er erhielt lediglich die Mitteilung, daß die ADL nichts gegen ihn einzuwenden hätte. Der örtliche ADL-Direktor Abbot Rosen brachte sogar seine persönliche Sympathie zum Ausdruck: „Es ist schrecklich – Sie sollten Klage einreichen!" *Getan* wurde jedoch gar nichts gegen die Hetzkampagne der *Jewish Post and Opinion*. Auch die anonymen Anrufer konnten nicht ermittelt werden.

Mittlerweile mußte Barbarawi feststellen, wie seine Einkünfte von monatlich $ 40.000 auf unter $ 7.000 gesunken sind. Seine jüdischen Stammkunden waren ausgeblieben. Und durch einige nicht-jüdische Gäste mußte Barbarawi erfahren, daß deren Nachbarn nicht mehr mit ihnen sprechen würden, weil sie sein Restaurant bevorzugten.

Barbarawi stand sehr rasch vor dem finanziellen Ruin. In seiner Verzweiflung ging er schließlich vor Gericht. Aber die hohen Kosten und wiederholte Verschiebungen der Streit-Termine zwangen ihn letztendlich, auch diese letzte Hoffnung auf eine gerechte Beurteilung seiner Lage aufzugeben. Schließlich wurde er durch die Hetzkampagne anonymer Gegner völlig aus dem Restaurant-Geschäft geworfen. Zu guter Letzt hatte – als der örtliche Sheriff sein Restaurant versperrte und versiegelte – Barbarawi noch ganze $ 3 in der Tasche.

Dick Kay, Reporter der Chicagoer *TV-Station WMAQ*, faßte das Schicksal des *Mediterranean House* und seines Besitzers zusammen: „Sie haben ihn wirklich ruiniert. Der militante Teil der Jüdischen Gemeinde hat dies getan."

Pressionen ganz anderer Art war der Leiter der *Jewish Federation of Seattle* ausgesetzt, der Mitte 1983 an einem von der Außenstelle des *Amerikanisch-Arabischen Anti-Diskriminierungs-Komitees* (ADC) initiierten Dialog mit seiner Organisation teilgenommen hatte. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des *American Friends Service Committee*. Überraschenderweise hatte sich Anson Laytner, der Repräsentant der *Jüdischen Föderation* plötzlich von dieser Gesprächsrunde zurückgezogen. Sein Ausscheren erklärte er dem Veranstalter und Leiter des ADC von Seattle damit, daß ihm sein Vorgesetzter mit der *Entlassung* gedroht habe, wenn er weiterhin dieser Veranstaltung beiwohne. Laytner hatte das ADC sogar darum gebe-

ten, den Bericht über die Seattle-Gespräche zurückzunehmen, der in dem nationalen Rundbrief des *American-Arab Anti-Discrimination Committee* erschienen war.

Solche Intoleranzen können sich sogar auf gute alte Freundschaften schädlich auswirken. Mitte 1983 z.B. hatte der Schriftsteller Stephen Green die gebundenen Korrekturfahnen seines neuen Buches *Parteiisch sein: Amerikas geheime Beziehung zum militanten Israel* Edgar Bronfman, dem Präsidenten des *Welt-Juden-Kongresses*, zeigen wollen. Bronfman war seit vielen Jahren ein guter Freund der Familie Green. Gemeinsam hatten – nach dem Tode von Greens Vater vor fünf Jahren – die beiden dessen Asche verstreut. Der junge Schriftsteller wollte seinem Freund Bronfman jetzt persönlich die Gründe für das Buch erläutern, wonach die engen militärischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel aufgedeckt werden sollten.

Bronfman hatte seinen Besucher erst gar nicht empfangen. Vielmehr ließ er durch seine Sekretärin, mit der Green ebenfalls schon seit vielen Jahren bekannt war, ausrichten: „Mr. Edgar will mit Ihnen über dieses Buch nicht sprechen, Steve. Sie haben es geschrieben. Das ist Ihre Sache, und er hält ein Gespräch mit Ihnen darüber nicht für notwendig." Green war bestürzt, daß der Mann, den er so lange gekannt und verehrt hatte, nicht mehr mit ihm sprechen wollte. Hierbei erinnerte sich Green mit einiger Ironie daran, daß Edgar Bronfmans Vater seinen Sohn häufig dafür gerügt hatte, daß er „nicht genug" für Israel getan hätte.

Vanessa Redgrave: Eine Aktivistin, die Zeit gewinnen will

Der Nahost-Konflikt hatte sich auch auf die Karriere der berühmten britischen Schauspielerin Vanessa Redgrave ausgewirkt, die als eine der hervorragendsten Bühnen- und Filmtalente ihrer Generation gepriesen wird. Ihr Erfolg in den Vereinigten Staaten war jedoch aufgrund ihrer langen politischen Aktivitäten nur mäßig geblieben. Während viele ihrer anderen Schauspielerkollegen aus Furcht vor der Zerstörung ihrer beruflichen Existenz umstrittenen Themen aus dem Wege gingen, hatte Redgrave ihren Beruf ein Leben lang mit ihren politischen Anliegen verbunden. Ihre Karriere hat entsprechend darunter gelitten.

Vanessa Redgrave äußerte ihre Befürchtungen, als ich sie am *Tag der Arbeit* 1983 im Hinterhof-Studio einer Bostoner Wohngegend interviewte. Sie hatte gerade das Sendeband für eine Programmausstrahlung an arabisch-amerikanische Zuhörer bearbeitet, wobei sie sich – wie sie sagte – nicht recht wohl fühlte. Sie blickte ängstlich zur offenstehenden Tür hinüber, während sie mir mit leiser Stimme anvertraute: „Ich fühle mich hier nicht sicher – sie bedrohen mich!"

In ständigem Widerstreit hatte Redgrave gegen den Vietnamkrieg opponiert. Daß sie dabei ihre Sympathien für die Situation der Linken zu erkennen gab, veranlasste 1979 die Regierung der Vereinigten Staaten dazu, ihr die Erteilung eines Visums zu verweigern. Sie hatte damals gerade die Veröffentlichung ihrer Autobiographie sowie ein neues Filmprojekt in den USA besprechen wollen. Die Ablehnung ihres Visum-Antrages war trotz der Bitten ihres Produzenten und des Eingreifens zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens abgelehnt worden. Auch das war ein Grund dafür, daß sie ihre Aktivitäten jetzt zunehmend auf die Unterstützung des palästinensischen Volkes konzentrierte.

1978 demonstrierte die *Jüdische Verteidigungs-Liga* bei den Zeremonien der Filmpreis-Verleihungen der Kunstakademie, als Vanessa Redgrave ein *Oscar* für ihre Nebenrolle in dem Film *Julia* zuerkannt wurde. Der Protest der *Jewish Defense League* (JDL) resultierte aus ihrer Beteiligung an dem Dokumentarfilm *Die Palästinenser*, in dem sie nicht nur als Sprecherin mitwirkte, sondern diesen Film auch finanziell unterstützt hatte. Besonders anstößig erschien ihren Kritikern, daß in dem Dokumentarstreifen auch ein Interview mit PLO-Chef Yassir Arafat gesendet wurde. Nach der Überreichung des begehrten *Oscars* bezeichnete in ihrer Dankesrede Vanessa Redgrave die militanten JDL-Demonstranten als „eine Handvoll zionistischer Rowdies, deren Benehmen eine Verletzung der Juden in der ganzen Welt darstellt". Sie dankte der Akademie, daß sie sich den Einschüchterungen widersetzte. Viele der Zuhörer pfiffen und stießen Buhrufe aus.

Im Sommer 1979 entzündete sich eine weitere Kontroverse, als bekannt wurde, daß Redgrave die Hauptrolle in einem CBS-TV-Drama über die *Holocaust*-Überlebende Fania Fenelon spielen sollte. Fenelon hatte man vom Tode begnadigt, damit sie für die anderen KZ-Insassen und die SS-Lagerleitung weiter musizieren konnte. Viele Juden waren wütend darüber, daß ausge-

rechnet Redgrave für diese Rolle auserkoren worden war. Fenelon selbst erklärte dazu: „Daß Vanessa Redgrave mich spielt, erscheint mir ungefähr so, als wenn ein Mitglied des *Ku Klux-Klan* Martin Luther King darstellen würde." Der Sender wurde kritisiert, weil er vor der Ausstrahlung des Filmes „die Namen der Sponsoren ungewöhnlich geheimnisvoll" gehütet hatte, um diesen Leuten voraussichtliche Pressionen zu ersparen.

Die beiden Hauptverantwortlichen für das, was ein Kolumnist *die Vanessa-Sache* nannte, waren Bernie Sofronsky, der zuständige CBS-Geschäftsführer, und Linda Yellen, die Produzentin. Die CBS (Columbia Broadcasting System) erklärte, daß sie sich dem Druck nicht beugen könne. Linda Yellen hingegen reagierte, auf die Kritik an ihrem KZ-Film schon weitaus offenherziger:

„Ich hatte sie (Vanessa Redgrave) schon immer als Schauspielerin bewundert und wählte sie deshalb als die beste Darstellerin für diese Rolle aus. Im Grunde genommen war ich mir ihrer politischen Aktivitäten nicht bewußt. Abgesehen davon, wäre auch ich niemals auf die Idee gekommen, sie wegen ihrer politischen Haltung zu feuern. Bei dem, was ich nämlich über die Eintragung in *Schwarzen Listen* und die *McCarthy-Ära* erfahren hatte, wäre das für mich ein Greuel gewesen. Ich glaube, ihr schauspielerisches Können ist außergewöhnlich und spricht für sich selbst."

Die Kritiker erkannten Redgraves schauspielerisches Können fast einmütig an. Einer versicherte, daß „ihre Leistung wahrscheinlich die beste war, die man je im Fernsehen erleben konnte." Dennoch hatte auch die Vortrefflichkeit dieser Sendung Redgraves Gegner nicht zum Schweigen bringen können. Das *Simon-Wiesenthal-Center für Holocaust-Studien* in Los Angeles rief zu einem landesweiten Boykott des Filmes auf, der in den USA unter dem Titel *Playing for Time* aufgeführt wurde. Einige zionistische Gruppen gingen sogar so weit, daß sie vor dem Kauf jener Produkte warnten, die von den Sponsoren des Filmes in US-Geschäften angeboten und vertrieben wurden. Offensichtlich waren die schauspielerischen Talente von Vanessa Redgrave nicht der eigentliche Grund der Kampagne. Dementsprechend wurde in der *Los Angeles Times* überzeugend behauptet:

„Ihre blendende Darstellung einer Holocaust-Überlebenden hat mit dem eigentlichen Streit nichts zu tun... es dreht sich hier einfach darum, getrennte Dinge auseinanderzuhalten. In diesem

Falle muß man die Künstlerin auf dem Bildschirm von den exzentrischen und auf die Nerven gehenden politischen Aktivisten trennen, die *vor* den Fernsehgeräten agieren."

1982 erwies es sich erneut, wie schwierig es ist, diesen Unterschied deutlich zu machen. Damals war Vanessa Redgrave dazu auserwählt worden, Stravinskys *Ödipus Rex* anläßlich einer Reihe von April-Konzerten des *Bostoner Symphonie-Orchesters* in erzählender Form vorzutragen. Angesichts der lautstarken Empörung seitens der örtlichen Jüdischen Gemeinde hatte das Orchester ohne weitere Erklärung die Konzerte einfach abgesagt. Bei Bekanntgabe dieser Entscheidung war zwar der Name Redgrave nicht ausdrücklich genannt worden, aber der Kolumnist Nat Hentoff traute sich, das eigentliche Problem beim Namen zu nennen: „Es war kein Geheimnis. Um nämlich – speziell während der Wahlgeld-Sammlungen im Frühjahr – so wenig Menschen wie möglich zu beleidigen, traf das BSO (Boston Symphony Orchestra) seine feige Entscheidung", die Darbietung *ohne* Redgrave zu veranstalten.

Der Rechtsgelehrte Alan Dershowitz, Professor an der *Harvard Law School,* der nicht nur als Zionist, sondern auch als Kämpfer für die Bürgerrechte bekannt war, hatte Redgraves Erklärung mit den Worten verteidigt: „Niemand sollte das Recht haben, einen Künstler wegen seiner politischen Ansichten arbeitslos zu machen."

Redgrave, die schließlich $ 100.000 Schadenersatz erhalten hatte, ist insofern ein komplizierter Fall, als ihre politischen Ansichten nicht nur den Anhängern Israels mißfallen. Nat Hentoff verweist in diesem Zusammenhang ganz richtig auf den Rat des Richters Oliver Wendell Holmes, der den Amerikanern empfiehlt, wonach sie sich richten sollten:

„Wenn es in der Verfassung irgendeinen Grundsatz gibt, den wir zwingender als irgendeinen anderen befolgen müssen, so ist dies der Grundsatz der Gedankenfreiheit – freie Gedanken nicht nur für diejenigen, die sich mit unseren eigenen decken, sondern Freiheit auch für jene Gedanken, die wir hassen."

„Ein Standardmuster"

Die Bemühungen, öffentliche Debatten über den Nahen Osten zu ersticken, betreffen zum größten Teil das Kernstück der Redefreiheit in unserem Lande: nämlich die Presse! Im Laufe der

Jahre ist die Unterstützung Israels zu einer erforderlichen Anstandspflicht sowohl im Journalismus wie auch in der Politik und anderen Berufen geworden.

Edmund Ghareeb, ein Gelehrter, der sehr viel über Nahost-Probleme und die amerikanischen Medien geschrieben hatte, stellte fest, daß die Medien „ein rosarotes Bild von Israel als die Demokratie in einem Meer von Barbaren im Nahen Osten – " zeichneten. Auf der anderen Seite werden die Palästinenser oft als *arabische Terroristen* bezeichnet. Den Araber porträtiert man als *Kameltreiber*, als einen Mörder oder etwas ähnliches. Der Journalist Lawrence Mosher ist der gleichen Meinung: „Sie haben den Araber in das Klischee eines fragwürdigen Charakters mit verbrecherischen Neigungen hineingepreßt, und sie haben die Israelis zu Helden erhoben."

Sogar das *Time-Magazin* hat sich durch die fortgesetzte Verbreitung solcher Klischeevorstellungen schuldig gemacht. Im Jahre 1982 hatte dieses Nachrichtenmagazin ein mehrfarbiges Eigeninserat mit dem Foto eines Scheichs publiziert, über dem nur ein einziges Wort stand: *Macht!* Der Kolumnist Richard Broderick beschrieb den Scheich als „all das, was Sie von einem bösartigen Araber erwarten können – mißgestimmt, in traditionellem saudischem Gewand gekleidet, starrt er mit offensichtlicher Boshaftigkeit in die Kamera."

Mit derartigen *Araber-Klischees* werden durch unsere politischen Karikaturen die Zeitungsleser immer wieder vertraut gemacht. Craig MacIntosh, Karikaturist des *Minneapolis Star* beschreibt diese Praxis: „Die Araber sind immer in ihren Roben, die Palästinenser erscheinen stets wie *Terroristen* und tragen eine AK 47." Robert Englehart zeichnet für den *Journal Herald* in Dayton, Ohio, und er bestätigt die Beschreibung seines Kollegen: „Ich darf Araber als Mörder, als Lügner und Diebe zeichnen. Niemand hätte etwas dagegen. Aber ich dürfte nie einen Juden schablonenhaft darstellen. Deshalb habe ich, wenn ich irgendein Nahostproblem karikieren wollte, immer das Gefühl gehabt, daß ich einen Eiertanz vollbringe."

Die Israel-Lobby ist emsig darum bemüht, Journalisten davon abzuhalten, gegen den konventionellen pro-israelischen Strom zu schwimmen. Dieses Vorgehen ist mitunter von sorgfältig arrangierter *spontaner* öffentlicher Empörung begleitet, die eine einschüchternde Wirkung ausübt. Der Kolumnist Rowland Evans schreibt: „Wenn wir etwas schreiben, das als *anti-israelische* Kolumne wahrgenommen wird, erhalten wir Briefe

aus dem ganzen Land mit denselben Argumenten und Phrasierungen. Es gibt ein *Standardmuster.*"

Der allgegenwärtige Aufschrei *Antisemitismus!* soll sich kurzfristig auswirken. Just diese Anschuldigung ist es, wodurch sich Journalisten genötigt sehen, Israel in ihrer Berichterstattung über den Nahen Osten besser als angemessen zu behandeln. Selbst der ehemalige Beamte des Verteidigungsministeriums, Anthony Cordesman, war der Anschuldigung des *Antisemitismus* ausgesetzt, als er 1977 einen Artikel für das *Armed Forces Journal International* verfaßte, in dem er die militärische Balance im Nahen Osten beleuchten wollte. So hatte er zum Beispiel festgestellt, daß die Anzahl der von Israel zwischen 1976 und 1986 angeforderten mittleren Panzer an die Anzahl jener Panzer herankam, die von den Vereinigten Staaten für die NATO eingebracht werden mußten. Cordesman stellt die Notwendigkeit einer ständig sich steigernden US-Militärhilfe für Israel in Frage. Aufgrund dieser freimütigen Behauptung wurde sein Artikel durch die *Anti-Defamation League* der *B'nai B'rith* als „anti-israelisch und anti-jüdisch" abqualifiziert.

„Zu umstritten und fanatisch"

Der Journalist Harold R. Piety behauptet: „Der ekelhafte Aufschrei des *Antisemitismus* ist der Knüppel, den die Zionisten dazu verwenden, um Nicht-Juden zur Akzeptierung der zionistischen Ansichten über die Weltereignisse zu drangsalieren – oder zum Schweigen zu bringen." Ende 1978 schrieb Piety für die Zeitung *Middle East International* – um seinen Arbeitgeber nicht zu irritieren – einen *anonymen* Artikel über den *Zionismus und die amerikanische Presse.* In diesem Artikel verurteilte er „die Ungenauigkeiten, Verdrehungen und – vielleicht das Schlimmste – die unentschuldbaren Streichungen äußerst wichtiger Nachrichten und Hintergrundinformationen durch die amerikanischen Medien bei der Behandlung des arabisch-israelischen Konfliktes."

Piety führt – was die Berichterstattung über den Nahen Osten betrifft – das Verhalten der US-Medien zum großen Teil auf die erfolgreichen Anstrengungen der Israel-Lobby zurück, wonach diese die „amerikanischen Medien mit einer hochprofessionellen Public Relations-Kampagne niederdrücken, um sie durch verschiedene Mittel einzuschüchtern und – wenn sie schließlich

gefügig und ängstlich geworden sind – ihre Zensur auszuüben." Piety zählt diese Bedrohungen von Redakteuren und Werbeabteilungen, die zentralgelenkten Boykotte, die Schmähungen, die Rufmord-Kampagnen und die persönlichen Rachefeldzüge zu jenen Waffen, die einen ausgeglichenen fairen Journalismus gefährden.

Abgesehen von dieser eindrucksvollen Liste jener Werkzeuge, die zur Manipulierung der Medien verwendet werden, macht Piety für die bestehende öffentliche Voreingenommenheit – aus eigener Erfahrung – eher die Redakteure und Journalisten verantwortlich, die den von der Lobby verursachten Druck weiter ausüben.

Der Druck gegen Pietys Arbeitgeber, dem *Journal Herald* von Dayton, Ohio, hatte bereits Ende der Sechzigerjahre begonnen, als sein wachsendes Interesse am Nahen Osten ihn einmal dazu verleitete, einen *kritischen* Artikel über die Israelpolitik zu veröffentlichen. Sein Chefredakteur hatte daraufhin einen langen Brief des Ratspräsidenten der örtlichen Jüdischen Gemeinde erhalten, der durch einen Kurier überbracht worden war, und eine Lektion zur Nahostpolitik enthielt. Ein Absatz, der die Behauptung enthielt, amerikanische Juden „vereinigen sich freiwillig zu einer Herde im zionistischen Lager", wurde von der *Zionistischen Organisation von Amerika* und einer Delegation der sechs jüdischen Führer zum Anlaß genommen, um eine lange Antwort zu verfassen, mit der man den Zeitungsvorstand konfrontierte. Eine Kolumne von 1976 über die Aufstände in der West-Bank führte schließlich zu einem Redaktionserlaß, wonach Piety über derartige Themen nicht mehr berichten durfte.

Als er im April 1977 aber dennoch eine weitere Kolumne über den Jahrestag der Deir Yassin-Massaker geschrieben hatte, bei dem jüdische Terroristen unter Menachem Begin mehr als 200 palästinensische Dorfbewohner ermordet hatten, wurde er von seiner Redaktion scharf getadelt. Chefredakteur Dennis Shere informierte Piety, daß er den Auftrag erhalten habe – wahrscheinlich seitens des Managements – „Sie entweder zum Schweigen zu bringen oder Sie zu feuern". Anschließend wurde Piety mitgeteilt, er sei „zu umstritten und zu fanatisch", und könne daher nicht – wie versprochen – zum Redakteur der Leitartikelseite des *Journal Herald* befördert werden. Unter diesem Druck hatte Piety dann seine Stellung gekündigt.

„Blick auf die Medien"

Im Sommer 1982 hatte der Kolumnist Richard Broderick aus Minneapolis über mehrere Folgen seiner *Mediawatch*-Kolumnenserie – ein wöchentliches Feature über die Medienberichterstattung – der Aufdeckung derartiger Ungerechtigkeiten gewidmet, wie sie seitens der amerikanischen Presse bei ihrer Berichterstattung über die israelische Invasion dargeboten wurde. Dabei sind ihm die folgenden Beispiele besonders aufgefallen:

„Immer und immer wieder wurden Tonbänder gesendet, anscheinend aus (Yassir) Arafats *Bunker* und den militärischen *PLO-Hauptquartieren*, die bombadiert wurden, während sich ein Band (mit Berichten) über die Toten und verwundeten Zivilisten wirr auf dem Fußboden des Schneideraumes aufhäufte – Als israelische Bodenstreitkräfte durch den Libanon stürmten, verwendete die amerikanische Presse immer noch den Ausdruck *Eindringen* zur Beschreibung dessen, was ganz eindeutig eine *Invasion* darstellte."

In der Berichterstattung örtlicher Zeitungen fand Broderick noch mehr solcher Beispiele: „Während palästinensische und libanesische Zivilisten zu Tausenden getötet wurden, zeigt der *Minneapolis Star and Tribune* auf der ersten Seite das Foto einer israelischen Mutter, die ihren toten Sohn beweint – Im Verlaufe des Tages zeigte ein anderes Foto eine Gruppe Männer, die zusammengefesselt und hinter einer Stacheldrahtumzäunung kauernd von israelischen Soldaten bewacht wurde. Die Bildunterschrift erläuterte die Szene: Eine Gruppe von *suspekten Palästinensern*, die von den isralischen Streitkräften gefangen wurde. In der betreffenden Bildunterschrift wird impliziert: Allein der Umstand, als Palästinenser geboren zu sein, ist schon Grund genug, um verhaftet zu werden."

In Brodericks Kolumne *Blick auf die Medien* wurden auch Szenen des Horrors beschrieben, wie Reverend Don Wagner sie erlebte. Er befand sich gerade in Beirut, wo er palästinensische Flüchtlingslager inspizierte. Da wurde er Zeuge eines israelischen Bombenangriffs, bei dem u.a. ein Flügel des Gaza Krankenhauses zerstört wurde. Auch im Akker Krankenhaus hatte er miterlebt, wie Hunderte von verwundeten Zivilisten hereingeschleppt wurden. Wagner teilte diese seine Erfahrungen den Beiruter Büros der US-Sender NBC, ABC und CBS mit, die an ihre Zentralen in Amerika dementsprechend weiterberichtet hatten. Dort sind die Berichte offenbar aber in der Versenkung ver-

schwunden. Die amerikanische Öffentlichkeit hat die Bilder der zerstörten Krankenhäuser nie zu sehen bekommen.

Obgleich derartige Beispiele, wie sie Broderick in seiner Serie *Blick auf die Medien* aufdeckte, schon schlimm genug erscheinen, so sind die Konsequenzen für den Journalisten, der solche Dinge aufdeckt, noch beunruhigender. Bald nachdem die *Mediawatch*-Serie über Israel auch vom *Twin Cities Reader* nachgedruckt worden war, hatten die Filmverleiher von Minneapolis (sie repräsentieren in ihrer Gesamtheit den größten Teil des Anzeigenvolumens der Zeitung!) damit begonnen, den Chefredakteur Deb Hopp mit Anrufen und Drohungen zu bedrängen, daß man aufgrund der Broderick-Berichte die Werbung in seiner Zeitung jetzt für immer streichen würde. Hopp besänftigte die Anrufer und stimmte zu, eine *unredigierte* Entgegnung auf die beleidigende Kolumne abzudrucken. Im Gegensatz zur normalen Gepflogenheit, durfte Broderick auf diesen Widerruf hin aber keine redaktionelle Stellungnahme mehr veröffentlichen.

Im Spätsommer hatte Broderick – wie er das folgende beurteilte – noch über einen Versuch des Senators Rody Boschwitz von Minnesota berichtet, die öffentliche Meinung mit Hilfe der lokalen Medien zu manipulieren. Boschwitz war als Drahtzieher auf einer Pressekonferenz mit Mitgliedern der *Amerikanisch-Libanesischen Liga* (ALL) erschienen, die ihrerseits die israelische Invasion billigte. Zur Untermauerung seiner Behauptung, wonach das libanesische Volk die Israelis willkommen hieß, zitierte Boschwitz aus schriftlichen Erklärungen, die ihm verschiedene Mitglieder der *Amerikanisch-Libanesischen Liga* übergeben hatten.

Als Antwort auf Bolschwitz' Behauptungen zitierte Broderick einen Bericht des nationalen *Amerikanisch-Arabischen Anti-Diskriminierungs-Komitees*, das die ALL (American Lebanese League) als den „nicht-registrierten ausländischen Agenten der *Phalanx-Partei* und der *Libanesischen Front* bezeichnete. Sie (diese Organisationen) arbeiten eng mit der AIPAC zusammen, die ihnen ihre politische Ausweitung ermöglicht." Senator Boschwitz, der über die Veröffentlichung dieser Information natürlich entsetzt war, verwies Hopp und Broderick in einem langen Telefongespräch in ihre Schranken. Daraufhin war – drei Wochen später – Broderick mitgeteilt worden, daß seine Dienste beim *Twin Cities Reader* nicht mehr länger benötigt werden.

„Frau Geyer" unter Feuer

Besorgt um ihr Ansehen und aus Angst vor eventuellen Pressionen von außen, hatte – während des Libanon-Krieges 1982 – auch die Chicagoer *Sun-Times* sich dem Druck der Lobby gebeugt, indem sie die regelmäßig erscheinende Kolumne ihrer altgedienten Auslandskorrespondentin Georgie Ann Geyer, deren Berichte in ganz Amerika Beachtung fanden, für einige Monate nicht mehr publizierte. Die Entscheidung fiel nach einer Flut von Leserprotesten gegen Geyers Artikel, in denen sie den Krieg schlechthin und die israelische Politik im besonderen kritisiert hatte. In diesen Leserbriefen wurde Geyer als *bestens bekannte Judenhasserin*, als *Antisemitin par exellence* und als ein *Ehrenretter für die PLO* gebrandmarkt.

An diese Anspielungen hatte sich Geyer im Laufe der Jahre, in denen sie über *beide* Seiten der arabisch-israelischen Kontroverse berichtete, zunehmend gewöhnen müssen; denn sie wurde immer wieder durch Kommentare anderer Kollegen und durch Störversuche bei ihren Lesungen in ähnlicher Weise belästigt. Geyer, deren journalistische Coups jahrelang weltweit Schlagzeilen gemacht hatten, erzählte mir, daß sie „diese endlose Hetzkampagne, die durch gemeine Schmähungen und Beschimpfungen betrieben wird – nur, weil man etwas schreibt, was man für die Wahrheit hält – " als den erschreckendsten Aspekt ihres Lebens als Journalistin betrachtete.

Auch der *Miami News*-Chefredakteur Howard Kleinberg hatte solche Reaktionen zu spüren bekommen, weil er Geyers Berichte in seiner Zeitung veröffentlichte. 1982 schrieb er in einem Leitartikel: „Ich kann mich nicht erinnern, jemals mehr Druck von außen auf irgendetwas bekommen zu haben als wegen Georgie Ann Geyers Artikel über Israel. ... Geyers Gegner haben sie nicht nur als *anti-israelisch*, sondern auch als *antisemitisch* abgestempelt. Einige nennen sie *Frau Geyer*."

Wegen der heftigen Leserreaktionen hatte Geyer der *Miami News* vorgeschlagen, ihre Artikel über den Nahen Osten vorerst eine Zeitlang nicht mehr zu veröffentlichen. Aber Chefredakteur Kleinberg blieb unbeirrt: „Ich habe mich standhaft geweigert, mich dem Druck zu beugen." Er fügte hinzu: „Wir bringen Agenturberichte mit *unterschiedlichen* Standpunkten; denn es ist Aufgabe der Zeitungen, eine Plattform zu bieten, auf der die *freie* Meinungsäußerung stattfinden kann."

Obwohl die *Sun Times* späterhin die Veröffentlichung ihrer

Kolumne wieder fortsetzte und auch die Kritik immer mehr nachließ, hatte Geyer soviel erfahren müssen, daß für einen Journalisten die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen des Nahen Ostens ein nicht ungefährliches persönliches Risiko bedeutet. Die traurige Konsequenz sieht Anne Geyer darin, daß durch ihre Kommentare offensichtlich wertvolle Beziehungen mit jüdischen Freunden auf die Dauer zerstört wurden.

Die Feindliste

Eine bekannte Taktik der Israel-Lobby besteht darin, daß unliebsame Kritiker und aufmerksame Analytiker als *Feinde* gebrandmarkt werden. Diejenigen, deren Namen in der sogenannten *Feindliste* vorgemerkt werden, und vor denen in der AIPAC-Publikation *Kampagne zur Diskreditierung Israels* oder auch in der ADL-Broschüre *Arabische Propaganda in Amerika: Sprachrohre und Stimmen* gewarnt wird, getrauen sich kaum, gegen die Lobby vorzugehen. Die als *Feinde* abgestempelten US-Bürger vermeiden eine direkte Reaktion, die ihren Gegner nur unverdiente Glaubwürdigkeit verleihen würde. Im Dezember 1983 aber wurde eine Auswahl von Verdächtigungen aus diesen *Feindlisten* dem jüdischen Kolumnisten Antony Lewis angeboten, der für die *New York Times* schreibt.

In zwei seiner Kolumnen befaßte sich Lewis mit der Eintragung des Professors Walid Khalidi in die ominöse *Feindliste* des Jahres 1983. Khalidi war immerhin an der amerikanischen Universität von Beirut und als Forschungsstipendiant in Harvard tätig. Khalidi ist ein anerkannter, führender palästinensischer Intellektueller, der sich schon lange für einen palästinensischen Staat in Frieden und gegenseitiger Anerkennung mit Israel einsetzte. Seinen Standpunkt hatte er 1978 in einem Artikel der *Foreign Affairs* deutlich zum Ausdruck gebracht, was ihm von einigen Extremistengruppen im Nahen Osten und aus anderen Kreisen schärfste Kritik einbrachte. Deshalb war Lewis „erstaunt, Professor Khalidis Namen auf der Liste der angeblichen *israelfeindlichen* Aktivisten entdeckt zu haben."

Lewis hatte öffentlich die Praktiken enthüllt, mit denen Khalidi in eine vermeintliche Kampagne zur Diskreditierung Israels verwickelt werden sollte. Zunächst behauptete die AIPAC, er habe in seinem Artikel aus dem Jahre 1978 gesagt, daß Israels Existenz „sowohl eine Verletzung der Prinzipien der Einheit

und Integrität arabischen Bodens sei als auch ein Affront gegen die Würde der (arabischen) Nation." Tatsächlich bezog sich Khalidi damit auf eine alte Ansicht, die inzwischen überholt ist.

Lewis' Buch bezeichnet Khalidi als Mitglied des *Palästinensischen Nationalen Rates*, einer Körperschaft, die als *PLO-Parlament* fungiert. In diesem Zusammenhang wurde fälschlicherweise auch geschildert, daß sie ihn einmal „beinahe rausgeschmissen hätten" aus der PNC, weil er Georges Habash' radikale *Volksfront* unterstützt hätte. Khalidi hatte dem entgegenzusetzen, daß er *niemals* eine PNC-Versammlung besucht hatte, weil er nämlich „zeitlebens vollständig unabhängig war von jeglichen politischen Organisationen." Lewis fügte hinzu, daß Kha lidis Ansichten im Widerspruch zu jenen von Georges Habash stünden.

Lewis folgerte aus all dem: „Einige schätzen seine sonderbare Mäßigung als gefährlich ein. Er ist schließlich und endlich ein palästinensischer Nationalist, und man darf es nicht zulassen, daß dieser Gedanke als gültig erklärt wird." Die *Times* veröffentlichte Briefe sowohl von der ADL wie auch von der AIPAC, mit denen gegen Ausführungen von Lewis protestiert wurde. Die ADL stellte sogar ein Team von Rechercheuren zusammen, die Lewis' vorherige Kolumnen auf *anti-israelische* Tendenzen nun überprüfen sollten. Freilich hatte damals auch die AIPAC in ihrem Nachrichtenblatt *Near East Report* den Kolumnisten Anthony Lewis scharf kritisiert.

Die Gefahren der Nicht-Orthodoxie

Ein New Yorker Geschäftsmann wäre wegen seiner Ansichten – aufgrund der Medienberichte – beinahe auf die sogenannte *Feindesliste* geraten. Jack Sunderland war Geschäftsmann und Vorsitzender der nationalen Organisation *Amerikaner für Verständigung im Nahen Osten*, die wissenschaftliche Betrachtungen herausbringt. Sunderland hatte vor ein paar Jahren während einer Reise in den Nahen Osten einige Erklärungen abgegeben, mit denen er die palästinensische Selbstbestimmung und ein Ende der israelischen West-Bank-Besiedlung befürwortete. Seine Anmerkungen waren auch in den USA und in anderen ausländischen Medien verbreitet worden. Kurz nach seiner Rückkehr nach New York mußte Sunderland dann erfahren, daß ein Mann inzwischen einige seiner Nachbarn besucht und ihnen

persönliche Fragen über seine Familie – sogar über den Stundenplan und den Weg zur und von der Schule – gestellt hatte. Daraufhin engagierte – aus Sorge um die Sicherheit seiner Familie – Sunderland sodann einen Privatdetektiven.

Bei seiner Zusammenarbeit mit dem FBI war er alsbald auf einen graduierten Studenten gestoßen, der bei seiner hartnäckigen Einvernahme schließlich zugab, daß er sich durch einen illegalen Zugriff Computerinformationen über Sunderlands Finanz- und Kreditberichte verschafft habe. Der Student sagte, er sei ein Mitarbeiter der *B'nai B'rith* und Sunderland sei als „Kandidat für die Feindliste" dieser Organisation observiert worden. Mit dem Geständnis des Studenten konfrontiert, lehnten *B'nai B'rith*-Funktionäre ein persönliches Treffen mit Sunderland ab. Immerhin verpflichteten sie sich, zukünftig seinen Namen in ihren Veröffentlichungen nicht mehr zu erwähnen. Als 1983 die *Feindliste* – unter der Schirmherrschaft der *B'nai B'rith* – durch deren Tochterorganisation, der *Anti-Defamation League*, herausgegeben wurde, war die von Sunderland geleitete Organisation als „Handlanger der arabischen Propaganda" verzeichnet worden. Obwohl einige Funktionäre seiner Organisation in der neuen *Feindliste* verzeichnet waren, fand Sunderland seinen Namen darin nicht erwähnt.

An einem Samstagmorgen im Jahre 1977 war die Produzentin Debbie Gage in eine andere Art von Beschuß geraten, als sie im *Minneapolis Public Radio* eine einstündige Sendung von Interviews mit ortsansässigen Bürgern palästinensischer Abstammung ins Programm genommen hatte. Die Telefonvermittlung des Senders wurde prompt mit Anrufen überhäuft, mit denen aufgebrachte Zuhörer eine ebenso lange Sendezeit auch für denn *israelische Standpunkt* verlangten. Gage war darüber verärgert und entgegnete, daß sie sich zu diesem Programm deshalb entschieden habe, weil die israelischen Darstellungen sich bereits einer starken Berichterstattung in der lokalen Presse erfreuten. In ihren Augen war ihre Sendung „einfach nur ein kleiner Versuch, diese Unausgeglichenheit wettzumachen".

Am darauffolgenden Montag erfuhr Gage durch den Nachrichtenchef Gary Eichten, daß ihre Arbeit in drei Wochen *beendet* sei, und am kommenden Samstag eine *pro-israelische* Sendung ausgestrahlt würde. Eichten hatte freilich bestritten, zur Einplanung dieser Anschlußsendung unter Druck gesetzt worden zu sein. Die interne Mitarbeiterin des Senders, Yvonne Pearson,

stellte jedoch fest: „Wenn Dutzende von verärgerten Anrufen keine Pression sind – dann weiß ich nicht, was das ist."

Selbst wenn die Medien sich mitunter bemühen, die Gefahren zu ignorieren und den Pressionen und Vorurteilen zu widerstehen, kann es für diejenigen, die ihre Meinung rückhaltlos publik machen, äußerst gefährlich werden. Während des arabisch-israelischen Krieges 1973 wurde der aus dem Libanon zugewanderte James Batal im *Miami-TV* interviewt. Er war damals 72 Jahre alt. Batal hatte bei diesem Interview versucht, die arabische Situation verständlich zu machen, die von seinen amerikanischen Mitbürgern nie richtig verstanden wurde. Nach der Übertragung seines Interviews erhielt er bereits einen beleidigenden anonymen Anruf mit der Warnung, sein Haus würde – zur Vergeltung seiner im Fernsehen gemachten Äußerungen – niedergebrannt oder zerbombt werden. Batal wandte sich daraufhin an die nächste Polizeidienststelle und das FBI, mit dem Ergebnis, daß ihm ein Personenschutz nicht gewährt werden könne. In ihrer Verzweiflung verließen er und seine kränkelnde Frau ihr Haus und zogen – zusammen mit ihrer Schwester – in eine kleine Wohnung.

Grace Halsell, eine bekannte Autorin, die sich vornehmlich mit dem Nahen Osten beschäftigte, berichtet über einen ähnlichen Vorfall, der sich Ende 1983 ereignet hatte. Anläßlich ihres Wiedersehens mit Jerusalem besuchte Grace Halsell auch Amal, eine junge Palästinenserin, mit der sie schon jahrelang befreundet war, und die ihr von ihrem Schicksal erzählte: Ein amerikanischer TV-Journalist hatte Amal um ein Interview gebeten, als sie noch als Assistentin beim US-Vizekonsul in Ost-Jerusalem angestellt war. Amals amerikanischer Vorgesetzte hatte keine Einwände. Nachdem aber das Interview gesendet worden war, wurde Amal gefeuert. Sie erklärte: „Man hielt mich für zu *palästinensisch* eingestellt; denn ich hatte in Beantwortung einer Frage lediglich gesagt, daß meine Familie in einem Haus lebte, in dem jetzt Israelis wohnen."

Die Folgen aus der Veröffentlichung von Berichten, die mit einer derartigen Aussage nicht übereinstimmen, können sogar noch drastischer sein als der Verlust eines Arbeitsplatzes oder der öffentliche Druck von gewissen Lobby-Kreisen. John Law, ein altbewährter Journalist, hatte den *Washington Report on Middle East Affairs* gegründet, ein unparteiisches Nachrichtenblatt, das vom *American Educational Trust* herausgegeben wird. Law beschrieb einmal das Ziel dieser Zeitschrift mit folgenden

Worten: „Wir möchten die Nahost-Probleme in einer Form darlegen, die den Interessen der Bevölkerung der Vereinigten Staaten zum Nutzen gereicht, solange noch die Ideale von Gerechtigkeit und Fair Play ihre Gültigkeit haben."

Daraufhin hatte am 6. Mai 1982 Law einen anonymen Anruf mit Morddrohungen erhalten. Er möge sich *vorsehen*. Am nächsten Tage war John Duke Anthony – er war damals Funktionär beim *American Educational Trust* – in der Nähe seiner Wohnung von zwei Männern überfallen worden. Einer von ihnen überwältigte Anthony durch einen Schlag mit einem Ziegelstein auf den Kopf. Die *Straßenräuber* hatten ihm weder sein Geld noch seine Kreditkarten entwendet. Sie entwendeten ihm lediglich sein persönliches Adressenverzeichnis.

Am nächsten Tag war im *Washington Report* zu lesen: „Der Mann, der Law bedrohte, und die Männer, die (Mr. Anthony) tätlich angegriffen hatten, glauben wahrscheinlich, sie könnten die beiden von ihrer Arbeit abhalten. Das wird nicht geschehen!"

„Verurteilung unter falschem Vorwand"

Anfang 1984 mußte ein New Yorker Journalist seine von der *israelischen Linie* abweichenden Meinungen mit seinem Job bezahlen. Zehn Jahre schrieb Alexander Cockburn das bekannte Feature *Press Clips* in der New Yorker *Village Voice*. Obwohl seine Themen und Ansichten oft umstritten waren, wurden aber immer wieder seine Offenheit und Originalität bewundert. Ein Leser pries ihn als „Guiness-verdächtig in einer Welt des Literatur-Journalismus."

Im August 1982 erhielt Cockburn ein Stipendium vom *Institut für Arabische Studien* in Belmont, Massachusetts, das ihm Reise- und Researchkosten für ein Buch über den *Krieg im Libanon* vergütete. Dieses Stipendium war kein Geheimnis. Es war nämlich im öffentlichen Bericht der IAS aufgeführt worden. Aber im Januar 1984 publizierte der Bostoner *Phoenix* einen langen Artikel, in dem er Cockburns *$ 10.000-Verbindung zu Arabien* enthüllte. Dieser Artikel entfachte einen Sturm der Entrüstung in der Redaktion von *Village Voice*, die Cockburns *Press Clips*-Kolumne bisher publiziert hatte.

Der Herausgeber David Schneiderman entschied, daß Cockburn – *ohne* Bezahlung – auf unbegrenzte Zeit freigestellt wer-

den sollte. Der Verlag war aber bereit, eine von ihm selbst verfaßte Antwort abzudrucken. Darin verteidigte Cockburn das Stipendium und stellte fest, die IAS sei eine gesetzlich anerkannte, gemeinnützige Organisation, die „Schriftstellern, Gelehrten, Künstlern, Poeten und Berufstätigen Gelegenheit bietet, ihre Erforschung des arabischen Teils der Weltgeschichte unter dem Aspekt ihrer jeweiligen speziellen Interessensgebiete auszudehnen". Der Hauptgrund der Auseinandersetzung – so räumte Cockburn ein – lag offenbar darin begründet, daß er „den Verbreitungsgrad des *anti-arabischen Rassismus* nicht richtig eingeschätzt hatte." Er meinte, dieses Buch-Stipendium stelle – ethnisch gesehen – insofern eine verschwommene *Verbindung* dar, weil es *arabisches Geld* war.

Die Leser waren wütend über Cockburns Behandlung durch dessen Herausgeber Schneiderman. Viele schrieben Protestbriefe gegen seine „Verurteilung unter falschem Vorwand". Es ist traurig, daß es selbst in den Vereinigten Staaten – mit ihren Traditionen der freien Meinungsäußerung – noch Menschen gibt, die, sobald die Rede auf den Nahen Osten gelenkt wird, Gewalt anwenden oder damit drohen, um die Verbreitung von Ansichten zu unterbinden, die ihnen nicht passen.

Der standhafte Dow Jones

Auch den größten amerikanischen Medien blieben Pressionen mitunter nicht erspart. Hierbei gehören organisierte Leserbrief-Kampagnen zur bevorzugten Taktik israelischer Aktivistengruppen. Lawrence Mosher, Chefreporter des *National Journal* stellte fest, daß solche Gruppen „anscheinend unermüdliche Armeen von Arbeitern beschäftigen, die Hunderte oder Tausende von Briefen an Kongreßabgeordnete, Zeitungsredakteure, usw. verfassen, wann immer dies erforderlich ist... Redakteure werden von vornherein belastet. Sie werden daran gehindert, das zu tun, was sie normalerweise täten, wenn sie nicht wüßten, daß anschließend eine Flut von Briefen, Telegrammen und Telefonanrufen folgen würden – wenn sie dies oder jenes schreiben oder aufzeigen."

Mosher selbst hatte, als er seine Meinung *frei* äußerte, solche Erfahrungen durchmachen müssen. Am 18. Mai 1970 veröffentlichte der *National Observer* einen seiner Artikel über ein bis dahin noch wenig bekanntes und noch anhängiges Gerichtsver-

fahren in Washington, D.C. Es handelte sich um Saul E. Joftes, der Klage gegen die Organisation der *B'nai B'rith* und deren Führung erhoben hatte. Er kannte die internen Verhältnisse der *B'nai B'rith* bestens; denn er war in vergangenen Jahren selbst einmal als Funktionär für diese Organisation tätig. Joftes' Anschuldigung lautete:

„Die Zionisten haben *B'nai B'rith* – eine wohltätige, religiöse, steuerfreie amerikanische Mitglieder-Organisation – dazu benutzt, um internationale politische Aktivitäten zu entfalten, die im Widerspruch zur *B'nai B'rith*-Satzung stehen, und die Bestimmungen über die Registrierung von ausländischen Agenturen sowie Steuergesetze verletzen."

Besonders beunruhigt war Joftes durch die *Anstellung* einer Frau durch die *B'nai B'rith*, weil deren Posten vom israelischen Konsulat in New York City finanziert und kontrolliert wurde. Sie war damit betraut worden, für Juden, die in die Sowjetunion reisen wollten, *Unbedenklichkeits-Erklärungen* zu besorgen. Ihre Hauptaufgabe bestand jedoch darin, „ihre Informationen über Personen, die in die Sowjetunion fuhren bzw. über Russen, welche die Vereinigten Staaten besuchten, an die israelische Regierung weiterzuleiten."

Bei dieser Frau handelte es sich um Mrs. Avis Schulman, die herausgefunden hatte, daß „jüdische Organisationen, speziell die *B'nai B'rith*, besonders als Ausgangsbasis für Operationen sehr nützlich sind". Joftes, der mit seinem Wissen jetzt vor Gericht ging, war während seiner damaligen Tätigkeit für die *B'nai B'rith* gezwungen worden, ihrer Forderung nachzukommen, wonach „ein *Unterausschuß* erfunden werden sollte mit ihr (Mrs. Schulman) als *Sekretärin*. Diese Tarnung war relativ unauffällig aber dennoch einleuchtend."

Die einjährige Anstellung von Schulman war aber nur *ein* Aspekt, den Joftes als Beweis für die zionistische *Inanspruchnahme* der internationalen *B'nai B'rith*-Operationen anführte. Er hatte es ihnen übelgenommen, dazu gezwungen worden zu sein, deren Organisation mit aufzubauen, die sich den politischen Weisungen der israelischen Regierung unterordnet – mit „dem Aushängeschild *B'nai B'rith*, die als solche nur eine zweitrangige Rolle bei der Interessensvertretung für eine ausländische Macht spielt."

In Moshes Artikel wurde ferner die eigentliche Kernfrage zwischen *nationaler* und *außernationaler* Loyalität erörtert, die durch Joftes' Fall plötzlich akut geworden war. Zur Klärung ge-

rade dieser Frage wurden die Ansichten zahlreicher amerikanischer und internationaler jüdischer Führer zitiert. Der ehemalige *B'nai B'rith*-Funktionär Joftes hatte auch den Mechanismus enthüllt, mit dem steuerfreie Spenden – für ganz andere Zwecke als der vereinbarten *Hilfsmaßnamen* – von US-Juden nach Israel transferiert wurden. Hierbei wurde auch auf die Anhörungen des Senatskomitees für Auslandsbeziehungen vor sieben Jahren zurückgegriffen, wodurch eine illegale israelische Propaganda-Operation des *Amerikanischen Zionistenrates* entdeckt und zerschlagen wurde.

Kurz nach Erscheinen des Artikels wurden die Büros von *Dow Jones*, dem auch die Zeitung *National Observer* gehörte, durch Gustave Levy, Seniorpartner einer New Yorker Investmentfirma, sowie einer Gruppe weiterer jüdischer Führer aufgesucht. Die Besucher hatten nicht etwa die Genauigkeit des Artikels angezweifelt, sondern sie protestierten gegen seine Veröffentlichung an sich. Sie sei eine *Beleidigung* und ein *anti-jüdischer Akt*. Dabei erkundigten sie sich bei Warren Phillips, dem damaligen Vizepräsidenten von *Dow Jones*, nach den Motiven für die Veröffentlichung des Mosher-Artikels: „Warum wird das Interesse der Öffentlichkeit ausgerechnet auf diese Information gelenkt?" Trotz der einsetzenden Pressionen hatte Phillips seinen Autor in Schutz genommen.

„Wer könnte denn auf uns sauer sein?"

In seiner Aprilausgabe des Jahres 1974 veröffentlichte das *National Geographic Magazin* eine Titelstory mit der Überschrift *Damaskus, Syriens beklemmendes Paradies*. Der Artikel behandelte das frühere und das jetzige moderne Leben in Syriens Hauptstadt. Ein kurzer Abschnitt über das Leben der dortigen kleinen *Jüdischen Gemeinde* verursachte jedoch einen Sturm des Protestes.

Robert Azzi, Journalist mit langjähriger Nahost-Erfahrung, hatte in seiner Reportage geschrieben: „Die Stadt nimmt in toleranter Weise noch immer eine beachtliche Zahl von Juden auf": und sephardische Juden erfreuten sich „der Religionsfreiheit und Chancengleichheit", obwohl sie unter bemerkenswerten Einschränkungen lebten. Hierzu gehört die strikte Einschränkung von Reisen und der Auswanderung. Azzi hätte erfahren, daß etwa 500 Juden in den Jahren nach dem Krieg von 1967 Sy-

rien verlassen hatten, und daß „Repressalien gegen die zurückgebliebenen Familienmitglieder ... selten waren".

Amerikanisch-jüdische Gruppen und zahlreiche Abonnenten waren über Azzys Schilderung des jüdischen Lebens in Syrien derart verärgert, daß sie die Büros der *National Geographic Society* mit einer Flut aufgebrachter Briefe überschwemmten, in denen gegen die *Weißwaschung* der syrischen Behandlung jüdischer Bürger protestiert wurde. Die Briefschreiber protestierten vor allem gegen die Weigerung des Zeitungsherausgebers, Azzis „schockierende Verdrehungen" zu korrigieren. Später erinnerte sich der Präsident der *National Geographic Society*, Gilbert M. Grosvenor, daß sein Büro über 600 Protestbriefe erhalten hatte. Diese Korrespondenz war regelrecht gepfeffert mit harten Anschuldigungen wie etwa: *versteckte Lügen – erbärmlich – unmenschlich – kommunistische Propaganda* oder *– genauso wie Hitlers Haß gegen die Juden!* In einem der Briefe wurde ein Anschlag auf Grosvenors Leben angekündigt. Als sich der Streit zugespitzt hatte, erhielt die *Geographic Society* sogar ein Schreiben des Senators Robert Dole aus Kansas, worin er seine Sorge über die ganze Angelegenheit bekundete. Seinem Brief war eine längere Stellungnahme des Kontaktbüros der Jüdischen Gemeinde von Kansas City beigelegt worden.

Im Verlag des konservativen *National Geographic* war man an derlei Streitigkeiten nicht gewöhnt. Deshalb zeigte sich die Redaktion schockiert, da ein kleiner Standardartikel einen derart lauten Aufschrei verursacht hatte. Auch das Einschreiten des *Georgaphic*-Präsidenten Grosvenor hatte zu nichts geführt, obwohl er darlegen konnte, daß der Artikel durch westliche Diplomaten in Syrien, dem syrischen Presseoffizier im US-Außenministerium und sogar von mehreren Rabbis auf seine Genauigkeit hin überprüft wurde. Keiner hatte im vorgelegten Text irgendwelche Probleme entdeckt.

Die angeheizte Kritik gipfelte schließlich in einer öffentlichen Demonstration des *Amerikanisch-Jüdischen Kongresses* vor den Washingtoner Büros der altehrwürdigen *National Geographic Society* Ende Juni. Informiert über die Protestkundgebung draußen vor dem großen Gesellschaftsgebäude, erkundigte sich ein Rezeptionist mit einiger Verwunderung: „Wollen Sie mich etwa auf den Arm nehmen? Wer könnte denn auf uns schon sauer sein?"

Phil Baum, stellvertretender Geschäftsführer des *American Jewish Congress* (AJS), traf sich mit Präsident Grosvenor und

erklärte ihm die Notwendigkeit der Demonstration. Sie sei erforderlich geworden, weil das *National Geographic* sich geweigert habe, seine publizierten *Fehler* einzugestehen. Dies war die erste Protestkundgebung gegen die *National Geographic Society* seit ihrer Gründung im Jahre 1888. Gegründet wurde die Gesellschaft zur „Erweiterung und Vertiefung geographischer Kenntnisse". Als die Demonstranten – bei fast 40 Grad Hitze – sich vor dem *Geographic-Building* wieder zum Abmarsch versammelten, erklärte einer von ihnen einem *New York Times*-Reporter gegenüber den Grund ihres Protestes: „Das Magazin weigert sich, Leserbriefe zu veröffentlichen – Das war jetzt *unser Brief* an die Redaktion!"

Präsident Grosvenor betrachtete den Protest vor seinem Gesellschaftsgebäude im Grunde genommen als eine Aktion zur Geldbeschaffung für den *American Jewish Committee* (AJC): „Eine simple Sache von Dollar hin und Dollar her. Sie können in der ganzen Stadt Demonstranten auf Abruf anheuern." Obwohl einige Demonstranten drunten auf der Straße heftig mit den Angestellten des *National Geographic* gestritten hatten, haben sich doch viele von ihnen recht liebenswürdig verhalten: „Wir servierten den Demonstranten sogar Kaffee, Kuchen und Baguettes", erinnerte sich Grosvenor.„Ich glaube, daß wir aus dieser Gruppe heraus sogar ein paar neue (Geographic-) Leser gewonnen haben!"

Grosvenor war aber auf der anderen Seite nicht ganz unberührt geblieben durch den Druck, der von Baum und dem *American Jewish Committee* auf ihn ausgeübt wurde: Die Gesellschaft hatte nach alldem beschlossen, einen Redaktionsbeitrag über diesen Zwischenfall zu publizieren. Das bedeutete eine weitere *Premiere* in der 86jährigen Geschichte der Gesellschaft. In der Erklärung der Redaktion, die von Präsident Grosvenor persönlich unterschrieben war, hieß es: „Wir haben seit dem Erscheinen des Berichtes von vielen unserer jüdischen Leser Beweise erhalten, die uns überzeugten, daß wir unwissentlich die harten Bedingungen, unter denen diese kleine (Damaskus-Juden-) Gemeinde seit 1948 existierte, nicht bedacht hatten... Unsere Kritiker hatten Recht. Wir haben uns geirrt."

Da dieses neuerliche *Bekenntnis* des *National Geographic* im Widerspruch zu den tatsächlichen damaligen Geschehnissen in Syrien stand, hatte die syrische Regierung den umstrittenen Artikel sperren lassen. Paradoxerweise war dadurch jetzt der Autor Azzi zum Handkuß gekommen: Er wurde nämlich von den Sy-

rern wegen Verbreitung „zionistischer Propaganda" zur *persona non grata* erklärt.

„Wie ein Kopierautomat, den man nicht mehr stoppen kann"

Zur selben Zeit war – wegen einer Sendung über die Situation der Juden in Syrien im Rahmen der Programmreihe *60 Minutes* – auch bei der CBS-Fernsehgesellschaft ein ähnlicher Streit ausgebrochen. Die betreffende Sendung mit dem Titel *Israels ärgster Feind* war am 16. Februar 1975 übertragen worden. In dieser Dokumentation wurde der CBS-Korrespondent Mike Wallace gezeigt, der zum Abschluß seiner Sendung feststellte: „Die *Syrisch-Jüdische Gemeinde* wird streng überwacht." Damit wollte er sagen, daß die Juden nicht auswandern dürften, daß sie spezielle Ausweise benötigten und den Behörden anzeigen müßten, wenn sie innerhalb Syriens verreisen möchten.

Trotz dieser Einschränkungen, so resumierte Wallace, „ist das heutige Leben für die Juden in Syrien besser als in den vergangenen Jahren". Wallace untermauerte diese Behauptung durch mehrere Interviews mit Juden, denen es in der syrischen Gesellschaft gut geht. Das bemerkenswerteste Interview aber war jenes, das Wallace mit einem jüdischen Lehrer führte – und (ausschnittweise) folgenden Wortlaut hatte:

Wallace: „Woher kommen all diese Stories, daß die Juden von den Syrern schlecht behandelt würden?"

Lehrer: „Ich glaube, das ist zionistische Propaganda."

Nach diesen Äußerungen wurde die CBS mit verärgerten Briefen überflutet. Der *Amerikanisch-Jüdische Kongreß* brandmarkte den Bericht als „übertrieben, nicht richtig und verdreht". Auch die *Federal Communications Commission* (FCC) und der *National News Council* wurden mit Protestbriefen bestürmt. Und während die Beschwerden unaufhörlich ins Haus flatterten, hatte Wallace zum ersten Mal bemerkt, daß er sich hier „gegen eine ausgeklügelte Hetzkampagne der sogenannten Jüdischen Lobby wehren mußte – gegen einen Kopierautomaten, den man nicht mehr stoppen kann."

Damals mußte Wallace erkennen: „Die Jüdische Weltgemeinde tendiert irgendwie dazu, einen fairen Bericht über die Juden in Syrien mit einem Hieb gegen Israel zu assoziieren; denn Syrien ist zufällig Israels *ärgster Feind*. Tatsache ist jedoch, daß

heute nicht ein einziger syrischer Jude als politischer Gefangener eingesperrt ist."

Am 7. Juni wurde der Film über Syrien noch einmal in der Sendung *60 Minutes* ausgestrahlt. Diesmal erfolgte die Übertragung zusammen mit einer Berichterstattung über die eingesandten Kritiken und zusätzlichen Informationen über den Film an sich. In der neuerlichen Sendung hatte die CBS (Columbia Broadcasting System) ihren Zusehern versprochen, Wallace würde abermals nach Syrien „reisen, um noch einmal nachzuprüfen", wie es um die dort lebenden Juden tatsächlich bestellt ist.

Sein zweiter Film, der dann am 21. März 1976 ausgestrahlt wurde, hatte jene Kritiker, die sich eine Bestätigung ihrer Anschuldigungen erhofft hatten, offenbar noch mehr enttäuscht: Durch Wallace' *Remake* wurden nämlich die in seinem ersten Film verbreiteten Feststellungen noch einmal bestätigt. Ein syrischer Jude, der mit 13 Jahren aus Syrien geflohen war und in New York lebte, bekundete, die syrischen Juden seien „im großen und ganzen jetzt viel reicher als je zuvor."

Von nun an wurden die Angriffe gegen Wallace auf dessen persönlichen Lebensbereich ausgeweitet. Obwohl mittlerweile über ein Jahrzehnt vergangen ist, kann die AIPAC dem Fernsehjournalisten Wallace seine damalige TV-Dokumentation über Syrien noch immer nicht verzeihen. Dementsprechend veröffentlichte die AIPAC in ihrem *Nahost Report* vom Februar 1984 einen Anti-Wallace-Kommentar von M. J. Rosenberg. Dieser Redaktionsschreiber des *Nahost Report* war aufgebracht über Wallace' Feststellungen, wie er sie in seiner neuerlichen *60 Minutes*-Sendung vom 8. Januar 1984 noch einmal hervorgehoben hatte. Wallace sagte: „Nichts kränkt die Würde und den Stolz der Syrer mehr, als die Tatsache, daß Israel syrisches Land besetzt hält, nämlich die Golan-Höhen. Und Syrien möchte dieses Land zurückhaben".

Rosenberg hielt dieser Erklärung entgegen, Wallace „predigt syrische Propagandaphrasen, so, als wäre er ein Mitglied der jungen Führungsmannschaft der *Ba'ath-Partei*." Rückblickend auf die Kontroverse von damals, schrieb er: „Wallace hat nicht viel aus dieser Zeit gelernt. Immerhin – Mike Wallace ist Jude. Muß er denn wirklich solche Purzelbäume schlagen, um zu beweisen, daß er kein verkappter Zionist ist?"

„Zweierlei Maß für Terror und Mord"

Etwa zur gleichen Zeit, als die Wallace-Affäre die Gemüter bewegt hatte, war auch die Radiozentrale der CBS zum Sturmzentrum einer Kontroverse geworden. In der Sendung *First Line Report* benutzte der Korrespondent des Weißen Hauses, Robert Pierpoint, dieses Forum im März 1973 dazu, um eine umstrittene Erklärung über die Ereignisse im Nahen Osten zu verbreiten. Dabei ging es hauptsächlich um zwei Vorfälle: a) um ein Kommando-Unternehmen auf palästinensische Flüchtlingslager im Libanon, 130 Meilen landeinwärts; und b) um den Abschuß eines libanesischen Transportflugzeuges, das sich über einem damals von den Israelis besetzten Territoriums in der Sinai-Wüste verflogen hatte. Pierpoint hatte dann die abweichende amerikanische Reaktion auf die von Israelis *und* den Arabern begangenen Verletzungen kommentiert.

Dabei erinnerte er daran, daß nach dem Massaker an den israelischen Athleten im Jahre 1972 während der Olympischen Spiele in München „die Vereinigten Staaten vom Präsident Nixon bis runter zum einfachen Bürger – alle wütend waren". Demgegenüber hatten die beiden letzten von den Israelis verursachten Zwischenfälle den Tod von mehr als 100 unschuldigen Zivilisten zur Folge. Und darüber hat sich in Amerika kaum jemand aufgeregt. Pierpoint machte daher aus seiner Meinung keinen Hehl:

„Wie es sich hier zeigt, werden in unserem Land Terror und Mord mit zweierlei Maß bewertet. Bisher hatten die Amerikaner sich daran gewöhnt, die Israelis als die guten Jungs – und die Araber als die bösen Buben zu betrachten. Gefühlsmäßig reagieren viele so, wie sie es unter den üblichen Vorurteilen gerade getan haben. Tatsache aber ist, daß *beide* Seiten unverzeihliche Verbrechen des Terrors vollbracht haben. Beide Seiten haben Unschuldige getötet. Beide Seiten hegen berechtigten Groll gegeneinander, aber sie wenden gesetzwidrige Methoden an, um ihren Kränkungen Luft zu machen."

Pierpoint war sich bewußt, daß er eine Meinung vertreten hat, die nur selten über die Radiowellen der USA zu hören war. Deshalb überraschte es ihn auch nicht, als die Zentralen von CBS in Washington und New York nach der Übertragung seiner Dokumentation stundenlang mit Protestanrufen bombardiert wurden.

Die Reaktion wurde aber derart hitzig, daß sich Pierpoint allmählich darum sorgte, welchen Standpunkt das CBS-Manage-

ment vertreten würde. Er brauchte nicht lange auf die Antwort zu warten. Vizepräsident Sandford Socolow sagte es in unheilvollem Ton: „Bob, Sie sind tatsächlich in Schwierigkeiten", und Gordon Manning – ein anderer CBS-Geschäftsführer, gab zu bedenken: „Es sieht nicht gut aus für Sie!" Dennoch hatten beide Männer den Eindruck, daß Pierpoints Kommentar hervorragend war und deshalb verteidigt werden sollte.

Als Sie anschließend dann gemeinsam in Salants Büro gingen, um über die Angelegenheit weiterzusprechen, bedurfte es keiner weiteren Worte; denn Salant hatte sich bereits entschlossen, dem Druck der Lobby *nicht* nachzugeben: „Das war doch eine sagenhafte Sendung von Pierpoint!" sagte Salant, womit er die Angelegenheit innerhalb der CBS-Hierarchie zu einem Abschluß bringen wollte.

Für Pierpoint war aber die Kontroverse noch lange nicht beendet. Auf seine Sendung hin erhielt er über 400 Briefe. Einige davon bezeichneten ihn als einen „boshaften Antisemiten" und andere wieder beschrieben seinen Bericht als „Goebbels-Propaganda". Sein Kommentar war – wie er später erfahren mußte – Anlaß dazu, um als *Volksfeind* durch jüdische Amerikaner verfolgt zu werden.

Bald nach der Sendung von „Bericht aus erster Hand" besprach Ted Koppel die Pierpoint-Affäre für die Sendung „Welt des Kommentars" von *Radio ABC*. Koppel kam auf die prompte Reaktion der Israel-Lobby zu sprechen: „Die *Anti-Defamation League* reagierte sofort. Bereits am nächsten Tag hatten Ortsvertretungen der ADL Briefe mit Kopien von Pierpoints Bericht verteilt. Sie forderten die Freunde des ADL auf, ihre Proteste an die örtlichen, der CBS angeschlossenen Stationen zu schicken.

Bei dieser Art sorgfältig orchestrierter *spontaner Reaktion* beunruhigt es mich nicht minder, daß sie von der ADL kommt, die wie eine politische Parteiorganisation agiert. Das ist eine Einschüchterungs-Taktik. Ich hoffe, daß es die *Anti-Defamation League* unterläßt, Robert Pierpoints Entlassung zu bewirken; denn er ist ein anständiger und verantwortungsbewußter Reporter. Ich schätze, er wird jetzt sehr lange nachdenken, bevor er einen weiteren Kommentar abgibt, der das Mißfallen der ADL erregen könnte. Aus diesem Grund mußte ich das hier erwähnen: Amerikanische Reporter können es heutzutage einfach nicht hinnehmen, sich einschüchtern zu lassen – von niemandem."

Hinnehmen oder nicht – die Einschüchterungen haben ihre Spuren hinterlassen. Unter Druck gesetzt, hatte Pierpoint später

sogar ein Kapitel seines Buches *White House Assignment* mit den Details des Aufruhrs nach seiner CBS-Sendung wieder aus dem Manuskript entfernt. Dort war ursprünglich noch zu lesen, daß „eine sehr mächtige Gruppe jüdischer Kaufleute und Repräsentanten amerikanischer jüdischer Organsationen verlangt hatten, den CBS-Nachrichtenchef Richard Salant zu sprechen", und daß „eine Delegation jüdischer Kaufleute" einen Widerruf durch die der CBS angegliederte Station WTOB in Washington gefordert hatte.

In dem unterschlagenen Kapitel hatte Pierpoint freimütig die Auswirkungen (der Einschüchterung) auf seine Tätigkeit als Reporter geschildert: „Es hat viele Monate gedauert, ehe ich von mir aus wieder im Fernsehen über den Nahen Osten sprach." Er erinnerte an seinen Entschluß von damals und berichtete, daß Elisabeth Jakab, Buchlektorin des *Putnam-Verlages* befürchtet hatte, das strittige Kapitel würde die Aufmerksamkeit vom anderen Teil des Buches ablenken: „Sie sagte mir, Juden seien nun mal die Hauptkäufer von Büchern – und sie könnten mein Buch boykottieren." Ein anderer Mitarbeiter des *Putnam-Verlages* gab ihm einen ähnlichen Rat: „Joel Swerdlow sagte mir, daß er mit diesem Kapitel nicht einverstanden war. Aber er gab zu, von diesem Thema berührt zu sein; denn er ist Jude. Er empfahl mir, ich solle den Text ändern – oder das Kapitel streichen. Letztendlich habe ich dann nachgegeben".

Obwohl er sich freiwillig zur Streichung des riskanten Kapitels entschieden hatte, hinterließen – wie Pierpoint bestätigte – die einschüchternden Pressionen dennoch ihre Spuren: „Seit dieser harten Reaktion bin ich mir noch mehr der Gefahr bewußt, mit Hörern oder Zuschauern in Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Wenn ich die Wahl hatte, eine Sendung über ein ähnliches Thema zu gestalten oder der Sache auszuweichen, habe ich mich in die andere Richtung bewegt. Man will einfach nicht ständig herumstreiten, insbesondere nicht mit Menschen, denen man zugeneigt ist und die man bewundert – auch wenn man mit deren Meinung nicht übereinstimmt."

„Bringen Sie diese schreckliche Sache wieder in Ordnung"

1981 war Patsy Collins als Vorstandsvorsitzende von *King Broadcasting* in Seattle, wegen einer Reihe von Reportagen über Israel und die West-Bank ins Kreuzfeuer der Kritik gera-

ten. Kurz vor der israelischen Invasion im Libanon hatte sie mit einem Aufnahme-Team Orte wie die Universität von Bir Zeit in West Bank besucht sowie die Hebräische Universität in Jerusalem und die *Knesset*, das Parlament von Israel. Sie produzierten eine Serie von acht vierminütigen Filmen, die in acht aufeinanderfolgenden Tagen bei den Abendnachrichten im Fernsehen ausgestrahlt wurden. In den einzelnen Reportagen sollte über das Leben der Palästinenser unter israelischer Verwaltung berichtet werden. Darüber hinaus war ein abschließender, dreißigminütiger Dokumentarfilm vorgesehen gewesen.

Obwohl die öffentliche Reaktion auf diese Reportagen zurückhaltend war, tauchten plötzlich Ortsleiter des *Amerikanisch-Jüdischen Komitees* und der *Anti-Defamation League* beim Sender auf, um „diese schreckliche Sache wieder in Ordnung zu bringen." Sie forderten – was auch genehmigt wurde – eine Privatvorführung des abschließenden Dokumentarfilms, und zwar *vor* dessen Ausstrahlung. Da diese auswärtigen Prüfungsorgane an dem Film selbst nichts aussetzen konnten, kritisierten sie aber dennoch seinen „Ton und den Beigeschmack". Nachdem die Dokumentation schließlich über die amerikanischen Bildschirme gelaufen war, mußte sich Collins die telefonischen Proteste anhören, wozu auch die Anschuldigung gehörte, sein Film wäre von der PLO bezahlt worden!

Durch den israelischen Generalkonsul in San Franzisco, Mordecai Artzieli, war nun telefonisch die dringende Forderung erhoben worden, daß die Anstalt zusätzliche Sendezeit zur „Widerlegung der Lügen" in ihr Programm einplanen solle. Die Stationen des Senders Portland und Seattle hatten diesem Vorschlag auch zugestimmt, und waren damit einverstanden, daß nach der abschließenden Zusammenfassung eine dreißigminütige Diskussion zwischen Vertretern der Jüdischen und Arabischen Gemeinde folgen – und von einem Mitarbeiter des Senders moderiert werden sollte. Die geplante Diskussion wurde letztlich jedoch abgesagt, weil keine der jüdische Gruppen ihren Vertreter zu einer Diskussionsrunde schicken wollte, in der auch arabische Amerikaner vertreten sein würden. Collins war rückschauend zur Ansicht gelangt, daß die Weigerung zur Teilnahme an der Diskussion von Konsul Artziele selbst ausging, der ursprünglich die Extrasendung zur *Widerlegung der Lügen* angeregt hatte.

Patsy Collins ließ später ihre diversen Erfahrungen Revue passieren: „Ich glaube, es gibt gar keine israelische oder jüdische

Kontrolle der Medien. Es ist einfach ihr *Einfluß*. Und die Menschen können nur dann beeinflußt werden, wenn sie dies selbst zulassen."

Die Israelis haben bei ihrem Einmarsch in den Libanon 1982 auch die Kritik von Patsy Collins niedergewalzt. Damals bemängelte sie die dürftige Berichterstattung über die tägliche Ausweitung der Kampfhandlungen. Zu Beginn dieses Krieges beleuchtete die NBC den Angriff auf den Libanon nicht von der libanesischen Seite aus, sondern so, wie er von den Israelis beurteilt wurde. Trotz des Mutes der NBC-Reporter, den israelischen Vormarsch auf Beirut mit all seinen Auswirkungen zu filmen, wurden in den *NBC-Nachrichten um Mitternacht* aber nur Ausschnitte der israelischen Streitkräfte bei ihrem Überfall auf den Libanon gezeigt. Außerdem wurde in diesen Berichten immer wieder behauptet, die von den Arabern verwendeten Waffen wären „in der *Sowjetunion* hergestellt" worden. Wenn hingegen die Waffen der Israelis angesprochen wurden – jene *F-16* oder die von uns gelieferten Panzer – sagte keiner: „Made in USA!"

Collins Kommentare deckten sich mit denen von Alexander Cockburn, der in seiner *Village Voice*-Kolumne angemerkt hatte, wie die Redakteure der *New York Times* durch das Wort „willkürlich" betroffen waren, das ihr Auslandskorrespondent Thomas Friedman in seinem Bericht vom 3. August über den israelischen Bombenangriff auf Beirut verwendet hatte. Die Behandlung der ganzen Sache wich von der üblichen Linie der *Times* ab. In diesem Sinne übermittelte Friedman ein langes Telex, in dem er seine Wut zum Ausdruck brachte:

„Ich bin ein besonders genau arbeitender Reporter. Ich übertreibe nicht. ... Und Sie wußten auch, daß ich korrekt recherchierte, und daß dieses Wort (willkürlich) durch das, was ich berichtet habe, untermauert war. Aber Sie hatten nicht den Mut – den Mumm -, dieses Wort in der *New York Times* abzudrukken. Sie hatten Angst, unseren Lesern und denen, die sich bei ihnen beschweren könnten, zu sagen, daß die Israelis nicht davor zurückschreckten, *willkürlich* eine ganze Stadt zu bombardieren."

Auch der NBC wurden israelfeindliche Tendenzen vorgeworfen

Trotz der Beispiele israelischer Zuneigung seitens der NBC, wie sie von Patsy Collins, von Alexander Cockburn, Richard Broderick und anderen beschrieben wurden, gerieten 1983 dennoch acht Sender, die an die New York Zentrale angeschlossenen waren, unter heftigen Beschuß. Verschiedene Lobby-Aktivisten hatten nämlich behauptet, daß bei der Berichterstattung über den Libanonkrieg in den Sendungen der *NBC-Nachrichten um Mitternacht* anti-israelische Tendenzen erkennbar waren. Die New Yorker Lobby-Organisation *Amerikaner für ein gesichertes Israel* (AFSI), hatte beim *Federal Communications Committee* Einspruch eingelegt, um diesen acht, an New York angeschlossenen NBC-Stationen ihre Sendelizenzen nicht mehr zu erneuern.

AFSI-Direktor Peter Goldman beschrieb die NBC-Übertragungen als „vorsätzliche Verfälschung der Nachrichten". Er erhob die Anschuldigung, daß der Sender den Krieg „in einem den Arabern gefälligen Licht" präsentierte. Goldmans Hetzkampagne gegen die NBC gipfelte schließlich in einem eigenen Film mit dem Titel *NBC im Libanon: Eine Studie über Fälschungen durch die Medien.* Diese Produktion war von dem in Washington ansässigen *Komitee für Genauigkeit bei Nahost-Reportagen in Amerika* (CAMERA – *Committee for Accuracy in Middle East Reporting in America*) unterstützt worden. Diese Gruppe durchforstete vor allem die *Washington Post* nach *israelfeindlichen* Tendenzen.

Lawrence K. Grossman, Präsident der *NBC-News* wies die AFSI-Anschuldigungen als „unwahr und unbegründet" zurück. „Der von AFSI hergestellte Film entstellt die NBC-Berichterstattung und ignoriert nach Gutdünken wichtige Aspekte der NBC-Reportagen." Grossman stellte fest, daß die *Columbia Journalism Review* die „durchaus bemerkenswerte Ausgewogenheit" der NBC-Berichterstattung gepriesen hatte, und die *Washington Journalism Review* hingegen den AFSI-Film wegen „Manipulation" der NBC-Berichterstattung über den Libanonkrieg kritisierte. Anfang 1984 wies die *Federal Communications Commission* (FCC) ähnliche AFSI-Beschwerden gegen sieben der NBC angegliederte Stationen in New England zurück. Dennoch hat die Lobby ihren Druck nicht vermindert. Die Petitionen wurden überarbeitet und dann erneut vorgelegt.

Derartige Versuche, jegliche für Israel *unschmeichelhaft* erscheinende Medienberichterstattung zu ersticken, wurden schließlich durch eine $ 2-Millionen-Medienkampagne von Israel auf die Spitze getrieben. Die Kampagne sollte „die Amerikaner daran erinnern, daß die Israelis *nette, warmherzige* Menschen sind und keine *blutrünstigen Militaristen*."

William Branigin von der *Washington Post* hatte über dasselbe Ereignis berichtet, wobei sein Redakteur jedoch das Wort *willkürlich* aus dem Bericht auf der ersten Seite *nicht* herausgestrichen hatte. Während dieser Zeit standen in ihren Nachrichtenbüros die Redakteure der *Washington Post* aber schon unter dem Druck der üblichen Einschüchterungen.

Lobbyist in der Nachrichtenredaktion

Fairness bei der Berichterstattung über die Nahost-Ereignisse war während der letzten Jahre ein spezielles Anliegen der *Washington Post*. Beschwerden, die wegen des Berichtes über den Libanon – speziell über die Massaker bei Sabra und Shatila – aus *israelfreundlichen* Kreisen vorgebracht wurden, führte zu einer beispiellosen Plazierung eines *pro-israelischen* Vertreters als Aufpasser in der Nachrichtenredaktion der *Washington Post*.

Die Idee war geboren worden, als Michael Berenbaum, geschäftsführender Direktor des *Rates der Jüdischen Gemeinde* von Groß-Washington, Ratspräsident Nathan Lewin und Hyman Bookbinder, Distriktleiter des *Amerikanisch-Jüdischen Komitees* sich mit den Redakteuren der *Washington Post* getroffen hatten und diesen darlegten, daß ihre Zeitung „ein jüdisches Problem" hätte. Nach dieser Zusammenkunft entwickelte sich eine rege Korrespondenz zwischen der *Washington Post* und den Führern der Jüdischen Gemeinde. In entgegenkommender Weise stimmte der geschäftsführende Redakteur Benjamin C. Bradley zu, daß Berenbaum die *Washington Post* eine Woche lang bei der Bearbeitung und Übertragung der Nachrichten beobachten könne – vorausgesetzt allerdings, daß dabei keine Lobby-Arbeit entfaltet wird, und er „sich nicht in das redaktionelle Verfahren einmischt."

Vielen *Post*-Mitarbeitern hatte es überhaupt nicht behagt, unter derartiger Überwachung durch einen Außenstehenden arbeiten zu müssen. Nachrichtenredakteurin Karen DeYoung erklärte, diese Idee „ist nicht die beste. ... Es ist doch keine Frage, daß

es schon sehr lästig ist, wenn einem den ganzen Tag jemand auf die Finger schaut."

Der Kolumnist Nick Thimmesch fand das Experiment „äußerst furchterregend". Er erinnerte dabei an die Bemerkung eines Redakteurs, der die Ansicht vieler zum Ausdruck brachte: „Sie werden sehen – demnächst wird noch jemand ganz anderer hiersitzen."

Robert J. McCloskey, der *Ombudsmann* der *Washington Post*, bezeichnete die Woche damals als einen *wertvollen Versuch*: „Ungewöhnlich – ja; aber so läuft das eben, wenn eine Zeitung unter Beschuß gerät." Obwohl danach die Kritik seitens der Jüdischen Gemeinde irgendwie nachgelassen hatte, beurteilten Redakteure anderer großer Zeitungen die ganze Episode dennoch skeptisch. Thomas Winship, Redakteur des *Boston Globe* kommentierte die Situation so: „Ich begreife durchaus den Druck, unter dem die *Post* seitens des *Rates der Jüdischen Gemeinde* stand. Mir gefällt es auch, wie die *Post* reagierte. Aber ich hoffe, daß ich für meinen Teil nicht so handeln müßte." Robert Gibson, Redakteur für Auslandsnachrichten der *Los Angeles Times*, stellte die Fairness der *Washington Post*-Entscheidung in Frage: „Ich weiß wirklich nicht, warum man sowas den Juden erlaubt und den Arabern verbietet."

Als im Februar 1982 Moshe Arens als neuer israelischer Botschafter in den Vereinigten Staaten eintraf, veranlaßte er sofort eine Überwachung und Bewertung der Berichterstattung über Israel, wie sie von amerikanischen Zeitungen praktiziert wird. Sein Notenraster hatte ihm gezeigt, daß sich die *Washington Post* – bei ihrer Berichterstattung über Israel und den Nahen Osten, besonders im Jahre 1982, als die israelische Invasion im Libanon erfolgte – „bei weitem als die negativste" Zeitung ausgezeichnet hatte. Arens bemerkte mit Bestürzung, daß – seit Beginn der wöchentlichen Umfragen – die Resonanz auf das Massaker von Hunderten von Zivilisten in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila Ende 1982 einen erheblichen Sturz im US-Meinungsindex bis zum untersten Punkt verursacht hatte.

Beladen mit Stapeln von Graphiken und Listen, präsentierte Arens seine Entdeckungen sodann Meg Greenfield, Redakteurin des redaktionellen Teils der *Washington Post*. Greenfield, die zu den anerkanntesten Publizisten im US-Journalismus gehört, bezweifelte die eigentlichen Voraussetzungen, wie sie zur vorgelegten Bewertung geführt haben. Sie protestierte dagegen, da die *Washington Post* ihre „Verpflichtungen zur Fairness" durch-

aus erfüllt hatte, indem „wir möglichst vielen wichtigen arabischen und israelischen Politikern die Gelegenheit boten, sich in eigener Sache auf unserer *Meinungsseite* zu äußern."

Während der umstrittenen israelischen Invasion wurden dort Kommentare des israelischen Außenministers Yitzhak Shamir, von Abba Eban, Henry Kissinger, Alfred Friendly, Shimon Peres und auch von Arens selbst veröffentlicht. Überdies druckte die *Washington Post* noch zwei lange Leitartikel ab, die vorher in bekannten israelischen Zeitungen erschienen waren.

Abgesehen von der *Washington Post*, war der *Boston Globe* die einzige weitere Zeitung, die von Arens aufgrund schlechter *Bewertungsnoten* kontaktiert wurde. Zu dieser Beurteilung war Arens aufgrund unfreundlicher Stories über Israel und den Nahen Osten gelangt. Der Redakteur Winship erinnerte sich, daß Arens „direkt, ohne Zögern auf die amerikanische Presse losging, wo er das Gefühl eines Vorurteils gegen Israel witterte". Er bezeichnete den *Boston Globe* als „eine der Zeitungen mit der negativsten Einstellung": Arens hatte seine diesbezüglichen Ansichten auch der örtlichen Jüdischen Gemeinde bekanntgegeben.

Ebenso wie Greenfield, hatte auch Winship das israelische *Bewertungssystem* abgelehnt: „Meinem Gefühl nach erinnert eine solche Liste an die *Feindlisten* aus der Nixon-Ära; und sie erscheint mir nahezu als Schikane gegenüber den Medien." Ben Bradlee jr., Chefautor des *Boston Globe*, bezeichnete Arens' Studie und dessen Verhandlungen mit den Geschäftsführern der Zeitungen als eine „ungewöhnliche und unverschämte Demonstration in den Bestrebungen Jerusalems, die amerikanische Presse in die Defensive zu drängen und sich selbst bei den Meinungsmachern zu profilieren."

„Stoppt die Anzeigen"

Der eigentliche Druck durch die Annulierung von bezahlten Anzeigen, die kein Mitgefühl für die israelischen Interessen erkennen ließen, begann Ende 1982 gegen die führenden Medien in Maryland, Pennsylvania sowie im Distrikt von Columbia. Die private Mitglieder-Organisation *National Association of Arab Americans* (NAAA), mit Sitz in Washington, kaufte in diesen Gebieten Sendezeiten für Werbespots, die die Entscheidung der

US-Regierung, ihre finanzielle Unterstützung für Israel zu erhöhen, in Frage stellen sollten.

Typisch für einen derartigen Aufruf war der folgende Wortlaut, wie er in einem Spot enthalten war, der in Pennsylvania ausgestrahlt wurde: „Obwohl mehr als 12 Millionen Amerikaner arbeitslos sind – davon allein über eine halbe Million in Pennsylvania – hat der Kongreß entschieden, Israel zwei Milliarden zu geben. Das sind also 485 Millionen von *Ihren* Steuergeldern. Senator Arlen Specter (Pennsylvania) ist im Zuteilungs-Komitee des Senates tätig, das Israel sogar noch mehr Geld geben wollte. Ist die Finanzierung Israels wichtiger als die Finanzierung Pennsylvanias? Rufen Sie Ihre Senatoren an und fragen, ob sie *dafür* gestimmt haben, daß *Ihre* Steuerdollars an Israel weitergeleitet werden."

In Pennsylvania hatten dreizehn Sender den NAAA-Aufruf ausgestrahlt. Aber vier dieser Stationen setzten die Spots schon am dritten Tag wieder ab, obwohl eine fünftägige Laufzeit fix vereinbart worden war. Mike Kirtner, Werbekaufmann für zwei dieser Sender in Allentown, informierte die NAAA, die Werbespots seien aus dem Programm gestrichen worden; denn „sie bekommen sehr viele Anrufe, Haßanrufe – und es wird großer Druck auf die Sender ausgeübt, damit sie diese Werbung stoppen". Das Management verweigerte freilich die Auskunft darüber, *wer* den entsprechenden Druck ausgeübt hatte.

Mike George, Werbeverkäufer für einen Sender in Erie, der ebenfalls die Spots vom Programm gestrichen hatte, war etwas offenherziger. Er teilte der NAAA mit, der Eigentümer des Senders sei angerufen worden von „einer Gruppe jüdischer Geschäftsleute. Sie sagten ihm, wenn er nicht sofort die Spots aufkündigt, könnten sie dafür sorgen, daß seine Radio- und Fernsehstationen Tausende und Abertausende von Dollars verlieren würden".

In Maryland sponserte die NAAA ähnliche Botschaften. Dabei wurde der bekannte Kongreßabgeordnete Clarence „Doc" Long (Maryland) angeführt, der die Finanzhilfe an Israel befürwortet hatte. Obwohl die Werbung von vier Sendern in Washington und vier weiteren in Baltimore ausgestrahlt wurde, wiesen einige Sender diese Spots als *antisemitisch* zurück.

Später erfuhr die NAAA des Bundesstaates Kalifornien noch von anderen Sendern in San Francisco, San Mateo, Berkeley und Santa Clara, die nicht bereit waren, den bezahlten Aufruf der NAAA zu übertragen. Dies war um so erstaunlicher, als ver-

schiedene Lokalzeitungen in ihren redaktionellen Erklärungen nachdrücklich das Recht der NAAA auf *freie Meinungsäußerung* unterstützt haben. Die Sender gaben für ihre Ablehnung freilich keine Erklärung ab.

Ron Cathell, Kommunikations-Leiter der NAAA, ist von diesen Machenschaften nicht überrascht: „Das haben wir schon früher einmal erlebt. Man drohte den Bürgern mit finanziellen Verlusten, wenn sie an einer Talk-Show mit uns teilnehmen – oder unsere Werbespots bringen würden. (Aber) in diesem Ausmaß haben wir etwas derartiges noch nicht erlebt. Das war wirklich eine schockierende Woche."

Und Cathell fügte hinzu: „Die einzige Möglichkeit, eine Lösung (des Nahost-Konflikts) herbeizuführen, ist die, daß man darüber spricht. Und wenn wir nicht einmal hier in den Vereinigten Staaten darüber sprechen dürfen – wie können wir von ihnen erwarten, daß sie im Nahen Osten darüber verhandeln?"

12. Kapitel

Kann man den Schaden wieder gutmachen?

Durch meine Recherchen für dieses Buch wollte ich all die Fragen klären: Waren meine Erfahrungen im Schatten der Israel-Lobby *nur gewöhnliche Politik* oder waren sie Teil eines umfassenden Aktionsprogramms, womit die Kritik an den israelischen Machenschaften ausgeschaltet werden sollte? Hatten auch andere Kongreßabgeordnete und Regierungsbeamte unter ähnlichen Pressionen zu leiden? Was ist mit den Menschen in anderen Berufen – auf den Universitäten, in der Wirtschaft, auf den Kanzeln, in den Nachrichtenredaktionen und sonstigen Bereichen des täglichen Lebens? Die Antworten, die ich gefunden habe, sind beunruhigend. Sie können in einem einzigen Satz zusammengefaßt werden: In den Vereinigten Saaten vollzieht sich eine gefährliche Aushöhlung unserer freien Meinungsäußerung.

Offensichtlich trauen sich viele Amerikaner nicht, frei über eines der kompliziertesten und herausforderndsten Probleme unserer Tage zu sprechen: nämlich den arabisch-israelischen Konflikt. Die relativ wenigen Menschen, die sich auf dieses Parkett gewagt haben, mußten entdecken, daß ihre bis dahin gehegte Vorstellung über eine freie und aufgeschlossene Gesellschaft nur ein Traum war. Anders als bei anderen Meinungsverschiedenheiten, gibt es auf der einen Seite dieser anhaltenden Streitigkeiten keinerlei Spielraum für eine *ehrliche* Meinungsabweichung. Die einzige Seite allerdings, die offensichtlich *ungestraft* ihren Standpunkt vertreten darf, ist die *israelische.*

Diejenigen, die in verschiedener Weise die israelische Politik unnachgiebig kritisieren, fordern schmerzliche und unerbittliche Vergeltung heraus – manchmal sogar die Vernichtung ihrer Existenz. Das sind die Auswirkungen jener Pressionen, die von verschiedenen Gruppen der Israel-Lobby verursacht werden. Vor diesem Druck fürchten sich selbst Präsidenten. Kongreßabgeordnete zahlen ihren Preis. Bevorzugten Universitäten werden wissenschaftliche Programme und Stipendien gestrichen, wenn sie der Lobby nicht genehm erscheinen. Mediengiganten und hohe Militärs – sie alle buckeln unter diesem Druck. Statt ihre

Argumente und Meinungen als *Verdienste* anzuerkennen, müssen es sich die Kritiker der israelischen Politik gefallen lassen, daß ihre Motivationen, ihre Integrität und moralischen Werte in Frage gestellt werden. Es ist völlig unerheblich, wie gemäßigt ihre Kritik auch sein mag – sie werden immer wieder als *Schachfiguren der Öl-Lobby* bezeichnet, als *Ehrenretter des arabischen Terrorismus'* oder sogar als *Antisemiten.*

Besonders die Anschuldigung des *Antisemitismus* birgt große Gefahren in sich, weil die Verwendung gerade dieser Bezeichnung am meisten verbreitet ist. Lesen Sie hierzu, was Ben Meed, der Präsidenten der *Amerikanischen Versammlung der Holocaust-Überlebenden* zu sagen hat: „Vor Jahren nannten sie es *Antisemitismus.* Heute bezeichnen sie es als *Antizionismus.* Aber im Endeffekt ist es dasselbe." Wenn Sie – nach seiner Definition – *gegen Israel* ihre Meinung äußern, sind Sie demnach automatisch gegen *alle* Juden.

Neuerdings hat die Bezeichnung *Antisemitismus* fast nichts mehr zu tun mit ethnischen oder religiösen Belangen. *Antisemitismus* wird offenbar nur noch als *Ablehnung* ausgelegt, sollte man mit den politischen Entscheidungen der israelischen Regierung nicht einverstanden sein. So besehen, bezieht sich dieser Ausdruck heute nicht nur auf ein verachtenswertes gesellschaftliches Phänomen – eben den klassischen Antisemitismus -, sondern ist eine *Anklage*, die als solche von den pro-israelischen Parteien als Waffe eingesetzt wird. Obwohl das Wort nicht mehr nur zur Beschreibung der ethnischen und religiösen Bigotterie verwendet wird – was dem Wort *Semitismus* seine ursprüngliche Bedeutung verliehen hatte -, haben die findigsten Köpfe unter den Befürwortern Israels herausgefunden, daß schon die bloße Beschuldigung des *Antisemitismus* genügt, um Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Das war schon immer eine wirkungsvolle Waffe, mit der die Debatten über den arabisch-israelischen Konflikt erstickt wurden. Dadurch sahen sich viele religiöse und auch freidenkende Amerikaner veranlaßt, ihre eigenen Äußerungen nicht nach der Wahrheit auszurichten, sondern eher danach, wie ihre Bemerkungen von der Israel-Lobby aufgefasst würden, d.h. von besonderen Kreisen, die ein starkes geschäftliches Interesse damit verbinden, und daher die Kritiker zum Schweigen bringen wollen.

Die Lobby hat längst eine weit größere *Stärke*, als die Mitgliederzahl dies vermuten lässt. Die Aktiven in ihren Reihen stellen

in den Vereinigten Staaten nur einen winzigen Teil unserer Bevölkerung dar. Aber ihre bevölkerungspolitische Konzentration in US-Staaten, die für die entscheidenden Bundeswahlen besonders kritisch sind, verhilft ihnen – in Verbindung mit ihrer einzigartigen Fähigkeit, Wahlkampfgelder und damit die öffentliche Meinung zu mobilisieren – zu einer Einflußnahme auf die politischen Geschehnisse, die in keinem Verhältnis zu ihrem eigentlichen Bevölkerungsanteil steht. Noch wichtiger aber ist das erstaunliche Engagement und die Hingabe, welche die Lobbyisten ihrer großen Sache entgegenbringen.

Sie sind großzügig mit ihrer Zeit, mit Geldern und ihrer Energie. Viele bekleiden wichtige Posten in der US-Regierung, im öffentlichen Nachrichtenwesen, in der Erziehung und in der Politik. Ihre Aktivitäten werden durch die israelische Regierung unterstützt; und zwar in völlig offener Weise – über die Botschaft in Washington und die Konsulate in unseren Großstädten. Darüber hinaus werden die Lobby-Aktivitäten – unauffällig getarnt – gleichzeitig auch durch die Operationen des israelischen Geheimdienstes *Mossad* gefördert, der im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten aktiv ist.

Der Erfolg der Lobby bei der Ausschaltung der freien Meinungsäußerung – besonders im Kongreß – ist schockierend. Meinungsumfragen haben ergeben, daß die Mehrheit der amerikanischen Juden – und des amerikanischen Volkes insgesamt – *gegen* bestimmte israelische Vorgangsweisen eingestellt ist. Normalerweise würde sich diese Opposition in den Bekanntmachungen und Wahlberichten ihrer Legislatoren widerspiegeln. Aber bei dieser speziellen Frage werden die Ansichten der Mehrheiten freilich nicht bekanntgegeben. Die Kluft, die zwischen den Ansichten über den arabisch-israelischen Konflikt im Kongreß einerseits – und bei den Bürger auf der Straße andererseits besteht, ist bei dem sensiblen Nahost-Thema wahrscheinlich größer als bei anderen Dingen.

Die Lobby hat – indem sie unser freiheitliches System für ihre Zwecke geschickt zu nutzen versteht – die freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt. In den meisten Fällen ist diese Freiheit aber nur noch spärlich zwischen den Zeilen des Gesetzes zu finden, und damit wird der Geist von Fairness und Toleranz, der für jede öffentliche Debatte eine Grundvoraussetzung darstellt, in den Dreck gezogen. Dadurch werden vor allem diejenigen verleugnet, die solchen Methoden die Berufung auf unser verfassungsmäßig garantiertes Recht der freien Meinungsäußerung

verweigern. Man weiß, daß die Mitmenschen für gewöhnlich gegen dich sind, wenn du laut und deutlich deinen Standpunkt vertrittst. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn man damit rechnen muß, daß sie alles unternehmen werden, um dich in Verruf zu bringen und dein Ansehen zu zerstören. Allein schon die *Androhung* solcher Vergeltungsmaßnahmen verhindert jeglichen offenen Gedankenaustausch, der für die gesunde Entwicklung der Politik in unserer Demokratie unentbehrlich ist.

Deshalb scheuen sich die Menschen, ihre wahre Meinung zu sagen; denn die Nahost-Probleme erscheinen ihnen als „viel zu heiß". Kein Wunder, wenn sie dann am besten überhaupt keine Stellung beziehen. Sie wissen, was ihren mutigeren Mitbürgern in dieser Hinsicht passiert ist und zögern daher, ihre persönliche Meinung zu äußern. Lieber unterwerfen sie sich ihrer eigenen Zensur, aus Furcht – denn sonst könnte die Lobby deren Arme nach ihnen ausstrecken und sie mundtot machen.

Der Schaden, den unsere US-Institutionen erlitten haben, liegt auf der Hand. Was unsere Bürger nicht so genau wissen, sind die Gründe, warum die Lobby überhaupt entstanden ist und ihre einschüchternden Aktivitäten mit derartigem Eifer verfolgt hat. Ursprung und Motivation lassen sich in einem Wort zusammenfassen: *Furcht*! Viele Juden haben Angst – und ihre Angst muß man verstehen. Denn wenn sie sich an das furchtbare Ausrottungsprogramm aus der Hitler-Ära zurückerinnern, bei dem angeblich sechs Millionen Juden vernichtet wurden, betrachten sie Israel als ihren vielleicht *einzigen* Zufluchtsort, sollte sich ein derartiger *Holocaust* vielleicht eines Tages wiederholen. Perry J. Saidman, Bewohner von Potomac, Maryland, drückte diese Furcht in einem Leserbrief an die *Washington Post* aus:

"Fast alle Juden glauben, das Überleben Israels sei gleichbedeutend mit dem Überleben des Judentums als solchem. Vor dem Hintergrund des *Holocaust* erscheint das natürlich einleuchtend. Denn die Juden, die in der Diaspora (außerhalb Palästinas) leben, sind sich jetzt bewußt, daß das *einzige* Land, das sie beim nächsten *Holocaust* nicht zurückweisen würde, der jüdische Staat von Israel sein wird."

Saidman und andere Juden halten einen weiteren *Holocaust* für durchaus wahrscheinlich, besonders dann, wenn die Kritik an Israel *ungestraft* verbreitet werden darf. Für solche Menschen bedeutet der *Holocaust* nicht nur ein geschichtliches Ereignis, sondern ein persönliches Martyrium, bei dem Verwandte oder Freunde der Familien rücksichtslos ermordet wurden.

Diese Angst vor derartigen Martyrien ist tief verwurzelt. Schon bei einer seiner ersten diplomatischen Missionen in den Nahen Osten sinnierte Außenminister Henry Kissinger privat über die Möglichkeit, wonach eine ungkluge Politik Israels eines Tages eine Welle des *Antisemitismus* in den Vereinigten Staaten auslösen könnte. Das sagte er einem seiner Kollegen: „Ich mache mir Sorgen um meinen Sohn, wenn er erwachsen wird – ein Jude in Amerika!" Eine Jüdin, die 1984 in Michigan in einer Vorwahl für Jesse Jackson stimmte, wurde von ihrem wütenden Bruder gewarnt: „Du wirst irgendwann noch in der Gaskammer umkommen!"

Die jüdischen Bande zu Israel sind auch noch aus anderen Gründen so eng und stark. Abgesehen von der Vorstellung ihrer eventuellen letzten Zufluchtsstätte, ist Israel das eigentliche Zentrum des Judentums, die Erfüllung uralter jüdischer Träume und das Symbol ihres Überlebens und der jüdischen Errungenschaften. Ebenso wichtig sind ihre Familienbande zu den Juden in Amerika. Ihre Verwandten und Bekannten in den USA empfinden tiefes Mitleid mit israelischen Familienangehörigen, die – durch die Konflikte mit den Arabern – ständig Verletzungen und dem Tode ausgesetzt sind.

Diese Verbindungen haben sich sehr vertieft und werden durch das Bewußtsein ihrer eigenen Unsicherheit für Israels Überleben immer zwingender. Trotz seiner unübertroffenen Kriegsmaschinerie und seiner wachsenden militärischen Fähigkeiten, bleibt Israel mit seinen Nachbarn dennoch in anhaltendem Kriegszustand. Ägypten bildet hierbei eine Ausnahme. Im großen und ganzen sehen die israelischen Bürger und andere Juden, wie ihr Land inmitten eines gewaltigen und immer stürmischer werdenden Meer um sein Überleben kämpfen muß. Es ist ein winziges Land, das an einer Stelle nur etwa neun Meilen breit ist. Diese trostlose Aussicht hält die israelischen Streitkräfte in ständiger Alarmbereitschaft, und erzeugt bei vielen Israelis eine Art Eroberungs-Mentalität, die sie veranlasst, auch ihre persönliche Freiheit einzuschränken, was sie – unter anderen Umständen – nicht akzeptieren würden. Sowohl die arabische als auch die israelische Presse unterliegt der Zensur; und die arabische Bevölkerung, speziell in den besetzten Gebieten von West Bank und Gaza, sind in ihren Freiheit gleichermaßen eingeschränkt und werden überdies auch noch brutal behandelt.

Dieser gefährliche Ausblick erfüllt nicht nur Israel, sondern einen großen Teil der Jüdischen Gemeinde in den Vereinigten

Staaten mit großer Sorge. Da Israel sich im Krieg befindet, haben auf der anderen Seite des Atlantiks viele amerikanische Juden das Gefühl, daß auch für sie der Krieg ausgebrochen ist. Besorgt um Israels Überleben in einer rundherum feindlichen Welt, bedienen sich deren Freunde in unserem Land bedenklicher Taktiken, die in ihren eigenen Gemeinden sowie in ganz Amerika die freie Meinungsäußerung abwürgen soll. Solche Maßnahmen sind in ihren Augen notwendig, um die Bereitschaft der USA, Israel auch weiterhin als Rettungsanker zur Verfügung zu stehen, noch zu erhöhen.

Und die Vereinigten Staaten sind tatsächlich der *Rettungsanker* Israels. Die meisten Beobachter sind der Auffassung, Israel hätte ohne die von den Vereinigten Staaten gelieferten Waffen den Krieg von 1967 nicht gewinnen können. Im Krieg von 1973 hing das Überleben Israels gleichermaßen an einem dünnen Faden, bis sich die Vereinigten Staaten schließlich zu zwei außergewöhnlichen Maßnahmen entschlossen haben: Zunächst wurden die eigenen US-Streitkräfte weltweit in höchste Alarmbereitschaft versetzt, um ein stärkeres Eingreifen der Sowjets in den Krieg zu verhindern. Dafür hatten die USA gewaltige Mengen Kriegsmaterial und Versorgungsgüter über eine interkontinentale Luftbrücke nach Israel geflogen. Diese Rettungsaktionen demonstrierten deutlich die Isoliertheit Israels.

Um die US-Lufttransport-Flotte auf ihrem langen Flug von Amerika nach Israel nachtanken zu können, hat von allen westeuropäischen Alliierten der Vereinigten Staaten nur Portugal die Erlaubnis zu einer für die erforderlichen Zwischenlandungen erteilt. Sollte es zu einem weiteren Krieg mit den arabischen Staaten kommen – und viele Juden meinen, dies sei nur noch eine Frage der Zeit – sind die meisten Juden davon überzeugt, daß Israels Aussichten – ohne eine *uneingeschränkte* Unterstützung seitens der USA – düster sein würden.

Viele betroffene Juden betrachten es daher als ihre vornehmste und dringlichste Aufgabe, die Bedingungen zur weiteren Aufrechterhaltung des US-Beistandes gegenüber Israel zu schaffen. Diese Aufgabe rechtfertigt in ihren Augen auch außergewöhnliche Maßnahmen. In diesem Sinne akzeptieren die Führungskräfte der Israel-Lobby – bewußt oder unbewußt – auch die Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung in den Vereinigten Staaten als einen Preis, der für Israels Überleben gezahlt werden muß.

Wann immer *anti-israelische* oder *pro-arabische* Äußerungen

an die Öffentlichkeit dringen – die Antwort der Lobby erfolgt schlagartig und vernichtend. Das vordergründige Ziel ist es, Israel vor jeglicher Kritik in Schutz zu nehmen, wobei allerdings durch die angewandten Praktiken das verbürgte Recht, fragen zu dürfen und Antworten zu geben, *ad absurdum* geführt wird. Die Praktiken der Lobby sind variabel und mitunter gemein. Sie beinhalten Beschimpfung und Verleumdungen, Beschwerden beim Vorgesetzten am Arbeitsplatz, namentliche Erwähnung in der veröffentlichten *Feindliste*, Ächtung, Haßbriefe, anonyme Anrufe, Bedrohung der persönlichen Sicherheit und manchmal sogar tätliche Angriffe. Das ist ein Prozeß, den viele Amerikaner nur vom Hörensagen kennen. Wir kennen diesen unseren eigenen Zustand, während wir gleichzeitig immer wieder die Sowjetunion und andere totalitäre Gesellschaften verdammen, weil sie dieselben Praktiken anwenden. Aber das erinnert uns an ein anderes dunkles Kapitel unserer eigenen Vergangenheit.

Vor dreißig Jahren haben wir all das in noch schärferer Form erlebt, nämlich als *McCarthyismus*. Nach einer schmachvollen Verzögerung fanden wir endlich wieder den Willen, diese Machenschaften aufzudecken, anzuprangern und ihnen Einhalt zu gebieten. Heute wie damals gehören diejenigen, die sich am meisten fürchten, wieder zu den unduldsamsten Gegnern der freien Meinungsäußerung. In ihrem Eifer, Kritiker zum Schweigen zu bringen, setzen diese Leute extreme Mittel ein.

Nur wenigen ist es bewußt, daß diese Maßnahmen – vor allem die Angst, die sie so wirkungsvoll machte – noch aus unserer eigenen politischen Vergangeheit stammen. Obwohl sie jetzt von anderen praktiziert und als Antwort auf unterschiedliche Themen eingesetzt werden, sind die Werkzeuge der Einschüchterung heutzutage zwar weniger derb, dafür aber umso wirkungsvoller. Und diejenigen, die heute ihre Peitschen schwingen, berufen sich gleichermaßen auf eine moralische Gerechtigkeit. Die Prozedur ist weniger transparent als damals bei Joseph McCarthy, weil die heutigen sogenannten Möchtegern-Antreiber politischer Eintracht meistens das Rampenlicht scheuen. Trotz ihres Erfolges, ist die Israel-Lobby in diesem Zusammenhang wenig bekannt. Sie ist bemüht, sich der öffentlichen Aufmerksamkeit und der näheren Beleuchtung ihrer Aktivitäten zu entziehen. Sie arbeitet hinter den Kulissen, motiviert andere Einzelpersonen oder Institutionen, die scheinbare Führung zu übernehmen.

Die Lobby arbeitet gewissenhaft in allen Kongreßetagen, um

eine möglichst *kritiklose* Unterstützung Israels zu gewährleisten. Was immer Israel unternimmt, wird gleichzeitig auch als *hilfreich für die Vereinigten Staaten* hingestellt. Durch dieses Verhalten wird natürlich jegliche Kritik an Israel von vorneherein als *un-amerikanisch* und somit als *undenkbar* schon im Keime erstickt. Die isrelischen Politiker haben die Richtlinien für Diskussionen über den Nahost-Konflikt derart streng festgesetzt, daß eine Debatte darüber ausgeschlossen ist: „Wenn du nicht *für uns* bist," sagen ihre Vertreter, „so bist du *gegen uns*." Es gibt kein Mittelfeld. Man steht entweder auf schwarzem oder auf weißem Grund. Graue Zwischentöne, in denen sich meistens die Wahrheit verbirgt, gelten als zu gefährlich.

Von tief verwurzelter Angst getrieben, verstehen es die pro-Israel-Aktivisten, Angst in anderen Mitbürgern zu erwecken. Bei den Interviews, die ich im Zusammenhang mit diesem Buch geführt habe, traf ich immer wieder auf Professoren, Politiker, Geschäftsleute und andere, die Angst davor hatten, daß ich ihre Identität als Quelle meiner Informationen offenbaren würde. Einer sagte – wie ich es eingangs schon erwähnte: „Wenn mein Name in diesem Buch erscheint, wird meine Karriere beendet sein." Als mir der Verwalterbeamte einer unserer Universitäten ein Dokument übergab, das vom *Amerikanisch-Jüdischen Komitee* herausgegeben worden war, sagte er warnend: „Sie dürfen niemandem – wirklich niemandem – sagen, von wem Sie dieses Dokument erhalten haben." Andere sagten: „Ich begrüße, was Sie da tun und ich würde Ihnen gerne dabei helfen; aber ich kann es leider nicht tun." Ein Professor aus Texas, der mir eine Informationsquelle in Arizona empfahl, flehte: „Bitte, vergessen Sie diesen Anruf."

Ein Geschäftsmann sagte: „Ich ergreife die große Chance, Ihnen das zu erzählen. Ich hoffe jedoch, ich kann mich darauf verlassen, daß Sie meine Information vertraulich behandeln." Ein Gelehrter, der mir Einzelheiten über seine eigenen Erfahrungen berichtete, die er unter dem Druck der Lobby ertragen mußte, bat mich verzweifelt: „Ich kann nicht zulassen, daß Sie diese Information veröffentlichen. Ich fürchte um mein Leben." Ein bekannter Diplomat im Ruhestand, der jetzt halbtags Beratungsdienste in Washington anbietet, ermutigte mich zum Schreiben dieses Buches. Er zog jedoch sein Angebot, eine öffentliche Stellungnahme zu verfassen, wieder zurück, als er erfuhr, daß er dadurch seinen Hauptklienten verletzen würde: „Ich bin beschämt, dies zuzugeben," sagte er reuevoll. „Aber meine Ent-

scheidung ist ein Beispiel für diese Einschüchterungen, die ja offenbar das zentrale Thema Ihres Buches sind."

Ich war beeindruckt von der Tatsache, daß viele der Menschen, die sich offen ihre Meinung zu sagen getrauten, ein eigenes Einkommen haben, das nicht durch ihre Aufrichtigkeit gefährdet ist. Die meisten Mitglieder von Akademien, die ihre Meinung frei zu äußern wagen, sind während ihrer Amtszeit geschützt. Mit dieser finanziellen Absicherung im Rücken, trauten sich auch J. William Fulbright, Adlai E. Stevenson III, George W. Ball, Dekan Francis B. Syre, Philip M. Klutznick, Rabbi Elmer Berger und Alfred M. Lilienthal jr. aus tiefer Überzeugung ihre Standpunkte zu vertreten.

Das Bewußtsein der Öffentlichkeit über die Aushöhlung der freien Meinungsäußerung erscheint gerade zum jetzigen Zeitpunkt besonders wichtig, da der Nahe Osten möglicherweise schon bald zum Kriegsschauplatz für eine Konfrontation der Großmächte werden könnte. Heute, mehr denn je zuvor, muß das amerikanische Volk – Juden und Nicht-Juden gleichermaßen – offen und unbehindert die Methoden der Lobby untersuchen. Man sollte sie für ihre Aktionen verantwortlich machen und auf dem Recht bestehen, wonach *alle* ihre Meinung äußern dürfen.

In den kommenden Monaten müssen Entscheidungen über Leben und Tod getroffen werden, welche das Verhalten der Vereinigten Staaten im arabisch-israelischen Konflikt betreffen. Diese Entscheidungen sollen aus einer Atmosphäre der Höflichkeit heraus entstehen, in der Argumente angehört und nach ihren tatsächlichen Werten beurteilt werden, und zwar ohne Verdächtigungen und ohne Emotionen. Die arabisch-israelische Kontroverse ist aber eine tickende Bombe, die von Tag zu Tag gefährlicher wird. Erneute Kämpfe im Nahen Osten würden das Risiko einer erhöhten militärischen Beteiligung der Vereinigten Staaten sowie ein Eskalieren der politischen und wirtschaftlichen Kosten in sich bergen. Der letzte Nahost-Konflikt hat 264 US-Marinern das Leben gekostet. Selbst nach unserem militärischen Rückzug aus dem Libanon blieben mehr als 1.000 US-Soldaten als Friedensstreitmacht an der Grenze zwischen Ägypten und Israel stationiert. Israel und Syrien sowie einige andere benachbarte Staaten sind in einer zunehmenden Massierung von Vernichtungswaffen mit unvorstellbarer Sprengkraft engagiert; und es ist keine Entschärfung der gegenseitigen Feindseligkeiten abzusehen.

Wenn unsere Bürger, ob im Privatleben oder im öffentlichen Dienst, immer nur eine Seite des Problems zu hören bekommen, werden sie automatisch ihres Urteilsvermögens beraubt. Sie sind dann unfähig, in intelligenter Weise ihre Interessen zu definieren und danach zu handeln. Aus einem beschränkten und einseitigen Dialog können wirklich nur furchtbare Entscheidungen erwachsen.

In einer Demokratie müssen freilich die von großen Bürgergruppierungen – wie zum Beispiel die Israel-Lobby – vertretenen Anliegen berücksichtigt werden. Die Vereinigten Staaten haben – über ihr moralisches Interesse an Israels Überleben hinaus – auch einen legitimen Grund und die Verpflichtung, die Wünsche der Bürger dementsprechend zu respektieren, allerdings nur solange, als durch die Bevorzugung einer bestimmten Interessen-Gruppe nicht die Anliegen der Mehrheit des Volkes verletzt werden. Dies setzt keinesfalls eine *blinde Einmütigkeit* voraus. Sicherlich kann man die israelische Politik kritisieren, ohne dabei gleich *anti-israelisch* zu sein, wie man – umgekehrt – auch die amerikanische Politik kritisieren kann, ohne *anti-amerikanisch* zu sein.

Die Respektierung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung erfordert von jedem einzelnen Bürger unseres Landes Realismus, Aufmerksamkeit und Engagement. Dafür müssen wir uns zunächst freimachen von der falschen Vorstellung, die Israel-Lobby sei *wichtiger als das Leben.* Ihre Mitglieder sind weder Übermenschen, noch sind sie besonders mit der Gabe der Wahrheit gesegnet. Die Lobby ist eine relativ kleine Gruppe von höchstens 200.000 Aktivisten. Der Kern dieser Gruppe, die das ganze Karussell in Bewegung hält, macht nur einen Bruchteil der Gesamtzahl aus. Ihre Führer sind zwar hoch professionell und äußerst stark engagiert -, aber diese Qualitäten kann man auch bei anderen Gruppen entdecken. Die Lobby kann gewaltige Geldmittel herbeischaffen und setzt auf umfassende Unterstützung, aber sie wird sich auf die Dauer keinesfalls gegen eine halbwegs informierte und entschieden auftretende Mehrheit unserer Bürger durchsetzen können.

Wissen ist Macht. Diesen Leitspruch kennt keiner besser als die Lobby. Um aber ihre Fassade der Unbesiegbarkeit demolieren zu können, muß man zuerst ihre Taktiken verstehen. Sie erwecken häufig den Eindruck einer übertriebenen und beeindrukkenden Mitgliederzahl. So wurden zum Beispiel vor ein paar Jahren 100 genau gleichlautende Telegramme an Senator Adlai

E. Stevenson von Illinois geschickt, womit aufgebrachte Bürger gegen die von ihm vorgeschlagene Gesetzgebung protestierten. Die Telegramme trugen Seriennummern in zusammenhängender Reihenfolge. Diese Nummern lieferten den Beweis, daß die Telegramme von einer einzigen Person aufgegeben wurden, obwohl jedes einen anderen Namen trug. In der gleichen Zeit erhielt Senator Abraham Ribicoff von Connecticut 28 Telegramme. Auch sie enthielten denselben Wortlaut und wurden derselben Telefonnummer in Hartford in Rechnung gestellt, obwohl auf jedem Formular ein anderer Name vermerkt war.

Selbst zwei oder drei Telefonanrufe können den Eindruck des Protestes einer starken Wählerschaft vermitteln, obwohl nur ein paar Protestierende die Anrufe tätigten. So wurden mit nur ein paar spärlichen Telefonanrufen 14 junge Kongreßabgeordnete zu jener außergewöhnlichen Aktion überredet, in deren Verlauf sie ihre Abstimmung zur Gesetzesvorlage über die Israel-Hilfe geändert haben. Diese Anrufe wären weit weniger verhängnisvoll gewesen, wenn nur durch einen einzigen Anruf die wankelmütigen Kongreßabgeordneten von der gegenteiligen Meinung überzeugt worden wären. Wenn Kongreßabgeordnete per Brief, durch Telegramme, Telefonanrufe und persönlichen Besuchen – oder in einer öffentlichen Debatte – nur *eine* Seite eines Problems zu hören bekommen, gehen sie natürlich davon aus, daß dementsprechend nur diese *eine* Seite beachtet werden muß.

Meine eigene Wahlniederlage von 1982 wird oft als Beispiel für die Macht der Lobby angeführt. So muß das nicht gesehen werden. Meine Niederlage war so knapp – weniger als ein Prozent aus dem gesamten Wahlergebnis -, daß dies wohl auf irgendeine politische oder wirtschaftliche Entwicklung zurückgeführt werden kann: Neuaufteilung der Bezirke, was mir einen neuen Demokratischen Bereich zusätzlich zu meinem Bezirk eingebracht hatte. Dann kam noch die damalige Rezession hinzu, mit dem Ergebnis einer Rekord-Arbeitslosigkeit in Decatur, der größten meiner neuen Städte. Ferner setzte ein allgemeiner wirtschaftlicher Rückgang ein, der Unruhe im ganzen Bezirk stiftete, besonders unter den Farmern.

Doch aus verständlichen Gründen rühmte sich die Israel-Lobby, auch meine Niederlage herbeigeführt zu haben. In der Tat spielte die Lobby nur insofern eine entscheidende Rolle, indem sie – ganz einfach – meinen Kontrahenten mit einem Riesenhaufen Geldes unter die Arme gegriffen hatte. Vor diesem Hintergrund kann das Gesamtergebnis der für meine Kandidatur ab-

gegebenen Stimmen als ein *moralischer Sieg* bezeichnet werden. Trotz der zahlreichen diversen Herausforderungen hätte ich dennoch beinahe gewonnen. Das Geld aus jüdischen Quellen hat mich förmlich weggeschwemmt. Aber meine Anhänger waren dieser Flut durchaus gewachsen.

Dieser landesweite Angriff gegen mich erfolgte, weil ich damals als einziger Kritiker der Israel-Politik im Kongreß aufgetreten bin. Wenn also in Zukunft auch nur ein paar mutige Seelen *gleichzeitig* und entschieden ihre Meinung im Kapitol herausrufen, wird die Lobby einem Vielfachen an Problemen gegenüberstehen. Dann wird sie sich nicht mehr nur auf *einen* ihrer Kritiker konzentrieren. Bis jetzt konnte die Lobby hauptsächlich deshalb so erfolgreich agieren, weil sie das Feld unserer Nahost-Politik größtenteils allein okkupierten. Sie hat in den Wandelhallen und in den Kammern der Regierung keine ernsthafte Konkurrenz. Daher sind weitere professionelle und engagierte Leute erforderlich, den Argumenten der Lobby entschieden entgegentreten, ihre Theorien in Frage stellen und sich enthusiastisch in der öffentlichen Arena mit ihnen auseinandersetzen.

Der Einfluß der Lobby beruht in der Hauptsache auf Mythologie, die ein vernünftiges, breitangelegtes Erziehungsprogramm zunichte machen kann. So hat die Lobby zum Beispiel erfolgreich den Mythos gefördert, daß eine *Öl-Lobby* – manchmal auch als *Arabische Öl-Lobby* bezeichnet – in den Vereinigten Staaten operiere und unsere höheren Bildungsanstalten bedrohe. Jerome Bankst, Forschungsleiter der *Anti-Defamation League* in New York, warnte: „Unser Hauptaugenmerk richtet sich auf die Anzeichen, daß unsere akademischen Freiheiten gefährdet sind. Wir sind besorgt, daß der arabische Einfluß die Objektivität des Unterrichts und eine Diskriminierung der jüdischen Lehrerschaft an diesen Universitäten bewirken könnte." Bankst benutzt das Wort *arabisch* als negatives Klischee, als eine Art blinden Fanatismus', der – in anderer Verwendung – einen Aufschrei der Wut hervorrufen würde, wenn man es z.B. durch *jüdisch* oder *israelisch* ersetzen würde.

Arabische Regierungen und Ölgesellschaften haben zwar für Unterrichtsprojekte Spenden eingebracht, aber dieses Geld wurde nicht als Druckmittel verwendet, um die schulische Objektivität zu verletzen. In der Tat bin ich bei den Recherchen für dieses Buch auf kein Beispiel gestoßen, das seitens der Ölgesellschaften auch nur den Versuch erbracht hätte, unsere akademi-

schen Freiheiten zu stören oder die Auswahl des Lehrkörpers zu beeinflussen. Betrachtet man den enormen Schaden, der in den letzten Jahren der *akademischen Lehrfreiheit* durch jüdische Aktivisten zugefügt wurde, so sollte die Warnung von Bankst doch besser an seine Kollegen in der Israel-Lobby gerichtet werden.

Die sogenannte *Öl-Lobby* versucht auch nicht, die US-Politik in bezug auf den Nahen Osten zu *kontrollieren*. Der verstorbene Evan Wilson, Spezialist für Nahost-Fragen, äußerte seine Erkenntnis, wonach die Ölgesellschaften wenig bzw. gar keinen Druck auf die Führungskräfte der amerikanischen Politik ausüben. Professor Seth Tillman von der Universität Georgetown erhärtet Wilsons Behauptung:

"Die Befürworter Israels verweisen manchmal auf die großen Ölgesellschaften als Beteiligte einer *arabischen Lobby*. Einer genauen Untersuchung hält diese Behauptung jedoch nicht stand. Außerhalb des Bereiches der Energiekosten, der Gemeinnützigkeit und gewissen Steuerverpflichtungen, waren die Ölgesellschaften tatsächlich vorsichtig mit ihrer öffentlichen Einmischung in die Nahostprobleme. Schon gar nicht hatten sie den Kongreß unter Druck gesetzt."

Die Israel-Lobby profitiert auch von anderen falschen Vorstellungen, die in der Öffentlichkeit kursieren:

Da ist die unbegründete Anmaßung, die Lobby könne am Wahltag eine mächtige jüdische Wählergemeinde stellen. Einige wenige Kongreßbezirke haben einen Wahlkreis mit mehr als einem Prozent Juden. In nur zwölf Bundesstaaten beträgt die jüdische Bevölkerung mehr als drei Prozent. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Prozentzahl der Juden, die am Wahltag zur Wahlurne gehen, höher wäre als bei den Nicht-Juden, könnten die Juden nur bei extrem knappen Wahlgängen ausschlaggebend sein.

Die wenigsten Menschen in den USA sind sich über den Umfang der Israelhilfe im klaren. Sie wissen nicht, daß ein Viertel der gesamten weltweiten US-Hilfe in dieses eine Land fließt – das entspricht $ 750 im Jahr für jeden einzelnen israelischen Bürger – Männer, Frauen und Kinder. Diese Unkenntnis hat noch erheblich zur allgemeinen Mißbilligung der Auslandshilfe seitens der US-Bevölkerung beigetragen.

Die meisten Bürger wissen nur sehr wenig über die US-Politik im Nahen Osten. Wenn die Wähler der Abgeordneten im Repräsentantenhaus und Senat für ihre Entscheidungen – zum Bei-

spiel in Sachen *Israelhilfe* – zur Verantwortung zögen, so würden sehr rasch einschneidende Veränderungen von Mitgliedschaften oder in Beamtenstellungen erfolgen. Im Frühjahr 1984 stimmten 379 Kongreßabgeordnete für eine Spende von $ 250 Millionen an Israel. Das Geld sollte für den Ausbau seiner eigenen Luftwaffen-Industrie dienen. Nur 40 Kongreßabgeordnete stimmten dagegen. Vor dem Hintergrund der Bedeutung unserer eigenen Flugzeugindustrie für die US-Wirtschaft – ganz zu schweigen von dem Defizit im US-Bundeshaushalt – war die Abstimmung für eine derart beachtliche, direkte Beihilfe für ausländische Konkurrenz schon eine außergewöhnliche Unterstützung. Die Wähler hätten allen Grund gehabt, von ihren 379 Abgeordneten eine Erklärung für deren Zustimmung zu dieser beispiellosen Subvention einzufordern.

Die Israel-Lobby hat das Feld der Nahost-Politik weitgehend für sich allein gepachtet. Um diese extreme Unausgewogenheit zu korrigieren, müßten sich Amerikaner arabischer Abstammung jener Taktiken bedienen, die den Erfolg politischer Aktionen ausmachen. Der Demokrat und Kongreßabgeordnete Merwyn L. Dymally aus Kalifornien stellt fest, daß die meisten Amerikaner unterschiedlichen Volksstammes keine Lobby-Arbeit betreiben, weil sie deren Wichtigkeit nicht erkennen. Er meint, daß sie keinen „Sinn für *politische Menschenfreundlichkeit*" besäßen. Amerikanische Juden spenden großzügig sowohl Geld als auch Energie für politische Kandidaten, während die arabischen Amerikaner keines von beidem hergeben. Obwohl die arabisch-amerikanische Bevölkerung mit zwei Millionen nur ein Drittel der jüdischen Bevölkerung ausmacht, wäre das hinreichend, um mit genügend Anhängern, finanziellen Quellen und Engagement die Aktivitäten der israelischen Lobby aufzuwiegen.

Um sich über die Stärke der Israel-Lobby ein klares Bild machen zu können, sollte man daran denken, daß die Mehrheit der amerikanischen Juden in wichtigen Punkten mit der Politik der israelischen Regierung und der Arbeit ihrer Lobby *nicht* einverstanden ist. Ein paar tausend hochmotivierte Bürger, die zu einer Zusammenarbeit bereit wären und sich ein Gespür für politische Menschlichkeit aneignen würden, könnten – wie Dymally erwähnt – den öffentlichen Diskurs grundsätzlich in eine andere Richtung lenken.

Die Aktivitäten im *Arabisch-Amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Komitee* und der *Nationalen Vereinigung arabischer*

Amerikaner sind ein Zeichen des Fortschrittes. Allerdings hat keine dieser Gruppen bisher ein geeignetes Programm entwikkelt, um mit den Aktionen an der Basis zu konkurrieren, wo die Israel-Lobby zunehmenden Einfluß gewinnt, obwohl – zahlenmäßig – die Juden dort nur schwach vertreten sind. Eine dramatische Illustration dieser Schwäche zeigte sich im Juni 1984. Damals waren vierzig Parlamentsabgeordnete, die einem Antrag zur Verkürzung der US-Hilfe für die israelische Luftwaffenindustrie zustimmten, mit Protesten israelischer Aktivisten überhäuft worden. Im Gegensatz zu diesen Mißfallensäußerungen erhielten die Abgeordneten aber fast keine Anrufe oder Briefe, die ihre Handlungsweise *befürworteten*. Vor dem Hintergrund solcher Erfahrung werden die betreffenden Kongreßabgeordneten solchen Änderungsanträgen zukünftig höchstwahrscheinlich ihre Zustimmung verweigern.

US-Bürger arabischer Herkunft scheuen sich zunehmend, ihre Interessen geltend zu machen. Eines Tages trat ich auf der Etage des Repräsentantenhauses an James Abdnor heran. Dieser Mann – ein Republikaner-Kollege libanesischer Abstammung aus South Dakota – saß damals im Senat. Da bat ich ihn, er solle mit mir und einigen anderen Kongreßabgeordneten einen Protestbrief gegen die von Israel verwendeten US-Waffen unterzeichnen, die von uns in den Libanon geliefert worden waren. Abdnor hielt inne und sagte: „Oh, ich glaube, hier kann ich nicht mitmachen – wegen meiner Nationalität!" Mir kam es damals nicht in den Sinn, daß mein Gesprächspartner seine Herkunft verbergen wollte. Ich glaubte vielmehr, er wollte sie seinen Kollegen gegenüber nicht besonders *hervorheben*. Im Gegensatz dazu versäumen unsere jüdischen Kongreßmitglieder kaum eine Gelegenheit, sich für Israel einzusetzen.

Die amerikanische Jüdische Gemeinde sollte von sich aus wieder das Recht auf freie Meinungsäußerung respektieren, wobei eine solche Tat der großen jüdischen Tradition entspräche, als für bürgerliche Freiheiten noch gekämpft und gegen Einschüchterung und Unterdrückung opponiert wurde. Hier ist hervorzuheben, daß die scharfsinnigsten und unverblümtesten Vorwürfe gegenüber der israelischen Politik von Juden selbst erhoben werden. Aber sie vertreten ihre Meinung lediglich als *Privatpersonen*, und geben sich nicht als jüdische Führer zu erkennen.

Es wäre begrüßenswert, wenn noch mehr Stimmen ihrem persönlichen Gewissen folgten. Dennoch ist es unbedingt erforderlich, daß die Führerschaft der jüdischer Organisationen sich of-

fen bekennt. Philip M. Klutznick war 1958 mit gutem Beispiel vorangegangen. Als damaliger Vorsitzender der *Konferenz der Präsidenten großer Jüdischer Organisationen* und als Präsident des *B'nai B'rith*, unterstützte er die von Dwight D. Eisenhower vorgeschlagene Nahost-Resolution gegen die starke Opposition seitens des israelischen Ministerpräsidenten. 1982, nachdem sie den *September-Friedensplan* von Präsident Reagan wärmstens begrüßt hatten, gab es bei der Führung der *B'nai B'rith* plötzlich ein großes Schweigen, als man vom Widerstand erfuhr, den der israelische Ministerpräsident Menachem Begin inzwischen gegen den Reagan-Plan inszeniert hatte.

Sonderbarerweise ist in Amerika die freie Meinungsäußerung nirgends stärker eingeschränkt als innerhalb der organisierten jüdischen Gemeinden daselbst. Jüdische Führer trauen sich nicht, ihre Meinung gegen die israelische Politik zu äußern oder gar die berechtigte Kritik anderer zu verteidigen. Sie stellen sich taub, wenn Lobby-Aktivisten den Ruf von Israel-Kritikern mit dem Schimpfwort *Antisemitismus* beschmutzen.

Nur wenige Juden hatten wegen der 1983 getroffenen Entscheidungen der AIPAC und der *Anti-Defamation League*, ihre *Feindlisten* zu veröffentlichen, Besorgnis bekundet. Sie hatten sich auch ein Jahr zuvor nicht gegen die Flut von Besudelungen und Verdächtigungen gegen Adlai E. Stevenson III aufgelehnt, als er für den Gouverneursposten in Illinois kandidierte. Nur ein paar führende Juden äußerten zögernd ihre Bedenken über den brutalen Angriff Israels auf Beirut im Jahre 1982. Aber unter dem Druck der Lobby änderten manche von ihnen schnell wieder ihre Einstellung, wobei sie entweder diesen Krieg verteidigten oder den Mund hielten.

1983 strömten amerikanische Juden in Scharen zu diversen Dinnerparties, auf denen der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon gefeiert wurde, obwohl er für die Ereignisse, die ein paar Monate zuvor zum Massaker an Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila führten, persönlich verantwortlich war. Einige wenige Juden verkünden lautstark die *akademische Freiheit* in den palästinensischen Universitäten in der besetzten West-Bank, während israelische Soldaten in regelmäßigen Abständen Studenten verhaften und – unter irgendeinem Vorwand – die Schulen schließen.

Zum Teil ist das Schweigen der Juden auf ihre Unkenntnis der wahren Geschehnisse zurückzuführen. Leider halten die Israelis und ihre Lobby jüdische Führer aus den USA bei deren Besu-

chen in Israels von der rauhen Wirklichkeit fern. Diesen Führern werden nur besondere Orte und ausgesuchte Bürger vorgeführt. Sie haben keine Gelegenheit zu einem offenen Gespräch mit Arabern, und sie kehren aus den besetzten Gebieten wieder in die Vereinigten Staaten zurück, ohne der Brutalitäten der israelischen Besatzungsmacht kennengelernt zu haben.

Die Manipulation seitens der jüdischen Führer wird in den Vereinigten Staaten fortgesetzt. Hier erhalten sie einen nicht abreißenden Strom von Nachrichten und Besuchen israelischer Politiker und anderen Vertretern der Lobby. Gerade diese jüdischen US-Führungspersönlichkeiten würden ihren jüdischen Mitbürgern – und auch ihrem Land Amerika – einen sehr großen Dienst erweisen, wenn sie darauf bestünden, ihre Reiserouten in den Nahen Osten nach eigenem Gutdünken festzulegen. Ebenso nützlich wäre es, wenn sie darauf drängten, persönliche Gespräche mit arabischen Führern – innerhalb und außerhalb Israels – zu führen und Palästinenser zu befragen, wie das Leben in der West-Bank *wirklich* ist. Solche Erkenntnisse würden dazu beitragen, die Klischeevorstellungen und Vorurteile, von denen *beide* Seiten infiziert sind, wieder abzubauen.

Die Ausschreitungen der Israel-Lobby in unserem Land können aber durch das jüdische Schweigen nicht entschuldigt werden. Auch während des dreijährigen Martyriums an der Universität von Arizona, das durch Carol Karsch und den Rat der Jüdischen Gemeinde von Tucson verursacht worden war, haben die Juden geschwiegen. Mit Ausnahme von Professor Jerrold Levy, sagten und taten sie nichts, obwohl sie durch ihre blinde Ergebenheit gegenüber der *israelischen Sache* unseren akademischen Institutionen Schaden zugefügt haben. Mehrere Funktionäre amerikanischer, jüdischer Organisationen äußerten sich in privatem Kreise, daß Carol Karsch zu weit gegangen sei. Aber sie beschwerten sich darüber nur untereinander. Wenn sich aber nur ein paar aufrechte Juden – ortsansässige oder ferner beheimatete – Levys Protest öffentlich angeschlossen hätten, wären die Exzesse wahrscheinlich eingestellt worden.

Die Gefahr, die dem *Erfolg* von Carol Karsch innewohnte, pflanzte sich über Tucson hinaus weiter fort. Obwohl ihre Taktiken nur auf die Verhältnisse in Tucson zugeschnitten und lediglich in lokalem Rahmen angewandt wurden, können sie aber auch anderswo eingesetzt werden. Ein *Erfolg* zieht den nächsten nach sich. Und so wird sich dieser Fanatismus – wie ich ihn in meinem Buch beschrieben habe – immer weiter ausdehnen. Und

er wird den Wahnsinn widerspiegeln, wie er schon einmal in der frühen Geschichte der Vereinigten Staaten durch die Salem-Hexenverfolgung entzündet worden war.

Die meisten amerikanischen Juden werden beunruhigt sein von den Beispielen des Fanatismus', die in diesem Buch beschrieben werden. Wenn sie aber in der Weise reagieren, daß sie ihre Besorgnis für sich behalten, leisten sie jenen Fanatikern Vorschub, die den Eindruck erwecken, als bildeten *alle* amerikanischen Juden eine Verschwörung, die unsere Schulen oder andere Institutionen der Gesellschaft verändern möchte – nur, um Israel vor gerechter Kritik zu bewahren und seine arabischen Nachbarn an den Pranger zu stellen.

Wir erfuhren von Geschehnissen, in die Menschen unterschiedlicher Berufe aus allen Teilen unseres Landes verwickelt waren. Viele von ihnen wurden belästigt und gebrandmarkt wegen ihrer Abstammung, die schicksalhaft *arabisch* ist. Wenn Juden gleichermaßen behandelt würden, gäbe es gerechterweise einen nationaler Aufschrei, wobei sich in diesem Protest Menschen aller Glaubensrichtungen vereint hätten. Aber trotz ihrer eigenen Erinnerung an eine ähnliche Verdammung, schweigen – mit wenigen Ausnahmen – die Juden ebenso wie die meisten anderen Amerikaner, wenn Araber die Opfer von Diskriminierungen sind.

Aber ihr Schweigen ist nur ein Teil des Unwillens der Amerikaner, die im allgemeinen über die beunruhigenden Fragen des arabisch-israelischen Konflikts nicht sprechen wollen. In diese noch umfassendere Verschwörung des Schweigens sind zum großen Teil auch die Christlichen Gemeinden der Vereinigten Staaten mit eingeschlossen. Einige konservative, christliche Führer akzeptieren – manchmal sogar mit Freude – die Gewalt und das Blutvergießen für das politische Endziel der Israelis. Nach dem israelischen Angriff auf den Nuklear-Reaktor im Irak mit amerikanischen F-16-Flugzeugen, beglückwünschte der Prediger Jerry Falwell Israel zu „einer Mission, die uns sehr stolz gemacht hat, daß solche F-16 von uns produziert wurden." Ebenso beglückt zeigte sich der Prediger Mike Evans: „Welch ein Wunder", daß alle israelischen Flugzeuge von ihren Angriffen gegen unbefestigte Ziele des Geschäftsviertels im Herzen von Beirut wieder sicher zurückgekehrt sind. Daß es bei diesen Überfällen auch unzählige tote Zivilisten gab – bewegte die Gemüter offenbar nicht.

Als moralische Institution sollte der Klerus vornehmlich die

Unterdrückten beschützen und den Rassismus verurteilen. Aber nur wenige Kirchenführer haben den Mißbrauch des diskriminierenden und aufpeitschenden Wortes *Antisemitismus* verdammt, das – wem immer auch dieser Stempel aufgebrannt wird – einer beschämenden Verurteilung gleichkommt. Der Klerus verurteilt auch so gut wie nie die häßlichen Klischees, mit denen man im allgemeinen Palästinenser oder andere Araber abstempelt. Im Gegenteil. Sie weichen dem Streit vielmehr aus und stärken somit die Position derer, die keinerlei Debatte über dieses Thema dulden. Viele fügen sich Israels *historischen Forderungen* eher aus Bequemlichkeit als aus Überzeugung.

Seit Jahrhunderten leben in der Region viele Menschen unterschiedlicher Religionen und Abstammung. Die Probleme, die sie trennen, sind vielfältiger Art. Die Berufung auf biblische Prinzipen wird sicher eine Hilfe bei der Forderung nach Frieden sein. Reverend Jesse Jackson riet jedoch: „Wir sollten nicht versuchen, die Bibel als Immobilien-Prospekt zu benutzen." Die Lösungen sind eben nicht so einfach. Unsere Bemühungen, die göttliche Bestimmung in bezug auf den den Nahen Osten richtig zu deuten, erfordert sicherlich auch Meditation und Gebet. Aber in einer von uns allen ersehnten *freien Gesellschaft* sollten wir uns auch des Geschenks nutzbringender Einsichten erfreuen, die wir – in Toleranz und Respektierung *gemeinsamer* Anliegen – nur durch freimütig und sachlich geführte Debatten erlangen können.

Unsere politischen Führungskräfte können sich nicht vor der Hauptverantwortung der Förderung *freier Diskussionen* über die Nahost-Politik herumdrücken. Hier ist vor allem die oberste Instanz, nämlich der Präsident der Vereinigten Staaten gefordert. Zbigniew Brzezinski, Nationaler Sicherheitsberater während der Carter-Regierung, stellt fest: „Erfolg hängt sehr stark von der Bereitschaft des Präsidenten ab, sich mit der Lobby auseinanderzusetzen. Wenn es darum geht, ob der Präsident (für seine Vorhaben) unterstützt oder behindert wird, können die meisten Präsidenten mit der Unterstützung des Kongresses rechnen."

Die Mitglieder unseres Repräsentantenhauses und des Senats tragen eine ähnliche Verantwortung. Abgesehen von meinen persönlichen Erfahrungen, könnten die meisten Kongreßabgeordneten ohne weiteres auch eine länger anhaltende Attacke der Israel-Lobby überstehen. Aber die Politiker sehnen sich alle nach öffentlichem Applaus, und vor diesem Hintergrund haben sie nicht nur Angst, eine Wahl zu verlieren; sondern sie reagie-

ren zunächst auf die deutlichen Drohungen, daß sie gegebenen- oder widrigenfalls einen Gönner verlieren könnten, aus welchem Grund auch immer. Das ist der eigentliche Grund, warum sich die Situation nicht ändern wird, solange pro-israelische Aktivisten mit den Spendenschecks drohen, ihre Unterstützung eventuell zu versagen, während andere den Dingen gleichgültiger gegenüberstehen. Für die meisten Kongreßabgeordneten ist es daher einfach geworden, eine umstrittene Position zu beziehen, die sie vielleicht isolieren könnte – selbst in ihrer eigenen Partei.

Angesichts dieses rücksichtsvollen Zusammenspiels gelange ich zu der Erkenntnis, daß unsere Spitzenpolitiker nur schwerlich die Initiative ergreifen werden, um den gesunden Diskurs wieder in Gang zu setzen. Die Reform muß daher von unten her kommen, von den Bürgern auf der Gemeindeebene.

Alle Amerikaner – nicht nur die Juden, der christliche Klerus, *Arab Americans* und Politiker – müssen an der Förderung offener Debatten über die Nahost Politik interessiert sein. Die militärischen Risiken unserer heutigen Politik werden sich vor allem auf unsere Jugend auswirken – und alle Bürger müssen sich an den Kosten beteiligen: an den Budgetausgaben und – was noch schwerer wiegt – am Schaden an unseren demokratischen Institutionen. Deshalb sollten all jene in die Verantwortung genommen werden, die ein öffentliches Amt anstreben bzw. bekleiden, daß sie Stellung beziehen und ihren Standpunkt verteidigen.

Während der Präsidentschafts- und Kongreßwahlen des Jahres 1984 war die arabisch-israelische Kontroverse *kein* Thema. Außer ein paar kurzen Erklärungen der Präsidentschaftskandidaten Jesse Jackson und George McGovern, hatte kein einziger Kandidat für irgendeinen Regierungsposten die grundlegende US-Politik in bezug auf den Nahen Osten Nahost in Frage gestellt – zumindest nicht laut genug, um dadurch nationale Beachtung zu finden. Sogar die sogenannten *Freiläufer* – die sich außer Konkurrenz zur Wahl stellten – gaben keinerlei Empfehlungen für eine Kursänderung. Zum Beispiel hätte man die Israelhilfe zu Gunsten einer besseren Zusammenarbeit einschränken können.

Überraschenderweise war nicht einmal ein Echo zu hören, das die noch nie dagewesene Subvention in Höhe von $ 2,6 Milliarden für Israel sowie $ 1 Milliarde für Ägypten beanstandet hätte. Hierzu muß angemerkt werden, daß zum damaligen Zeitpunkt dringende US-Inlandsprogramme gekürzt wurden. Kandidaten und Politiker schweigen zu diesem Thema, weil sie von

ihrer Wählerschaft erst gar nicht danach gefragt werden. Die Austragungsstätte für eine Reform dieses Systems ist nicht das Kapitol, sondern unsere Plätze und Straßen, die Vororte und das ländliche Amerika.

Glücklicherweise wird durch die Transparenz unseres politischen Systems der Prozeß zu einer wirkungsvollen Herausforderung in die Reichweite jedes einzelnen Bürgers gerückt. Kongreßabgeordnete und -kandidaten sind geübt in der Beantwortung von Fragen, die ihnen von der *Liga der Frauenwähler*, von organisierten Arbeitergruppen, Betriebsräten und anderen Interessensgruppen gestellt werden. Überdies finden derartige Befragungen meistens im Rahmen öffentlicher Versammlungen statt. Wenn die Kongreßabgeordneten aber während ihrer Kandidatur oder ihrer Regierungstätigkeit unter Druck geraten, werden sich wahrscheinlich die meisten von ihnen auf eine vorsichtig definierte Position zurückziehen. Bis hierher können sie sich noch ducken und den Problemen ausweichen.

Wie die Israel-Lobby es bewiesen hat, kann eine kleine Gruppe äußerst engagierter Akteure eine erstaunliche Bewegung in der öffentlichen Politik bewirken. Die Parteigänger Israels beginnen schon frühzeitig, ihren Druck häufig über die AIPAC, über die verschiedenen PAC's (politische Aktions-Komitees) oder durch andere Organisationen und Privatpersonen ausüben zu lassen. Sie scheinen keine Minute zu schlafen. Sie bewachen Israels Interessen rund um die Uhr.

Jene Bürger, die sich eine ausgewogenere US-Politik im Nahen Osten wünschten, und zwar auf der Basis der fundamentalen Ideale wie Gerechtigkeit und *friedlicher* Bereinigung internationaler Streitigkeiten, können über etablierte Organisationen tätig werden und durch persönliche Aktivitäten diese Aufgabe erleichtern. Wenn sie ihre Bemühungen mit genügend starkem Engagement betreiben, würden die Kandidaten und Funktionäre auch reagieren. Die meisten Kongreßabgeordneten sind ohnehin empört über die plumpen Taktiken der Israel-Lobby, und würden es daher begrüßen, wenn – durch den Druck aus der Wählerschaft – bei den Abstimmungen sich die praktizierten Gewohnheiten änderten – und die Israelis nicht immer das bekommen, was sie gerade haben wollen.

Diese Art von Herausforderung würde nicht nur den Vereinigten Staaten helfen, sondern auch den Interessen Israels. Der übliche Einwand gegen eine versöhnlichere Israel-Politik scheitert daran, daß Israel seine Irrtümer nicht einsieht und glaubt, daß

jede Konzession den Arabern gegenüber, insbesondere gegenüber den Palästinensern, die Existenz des Landes gefährden könnte. Aber die nationale Sicherheit ist nicht ausschließlich – oder gar prinzipiell – eine Sache militärischer Stärke. Das Überleben Israels ist auch nicht von ein paar Hektar Land abhängig, die sie weiterhin besetzt halten oder wieder zurückgeben werden. Heutzutage bieten Hügel oder Flüsse keine Sicherheit mehr vor Angriffen.

Nahum Goldmann, *Geburtshelfer* bei der Staatsgründung Israels und erster Präsident des *World Jewish Congress*, stellte fest: „In einer Zeit, in der Kriege mit Überschallflugzeugen und Raketen geführt werden, ist – vom Sicherheitsstandpunkt aus gesehen – die Wichtigkeit von Grenzlinien zwar nicht bedeutungslos, aber äußerst gering geworden."

Wahre Sicherheit erwächst vielmehr aus den Werten und ethischen Prinzipien sowie der Lebensweise, die einem Land seinen Charakter verleihen. Dementsprechend muß auch die Militärpolitik sich jenen Grundsätzen unterordnen, nach denen ein bestimmtes Land leben möchte – und die es dementsprechend zu erhalten sucht. Die Sicherheit einer Demokratie wie Israel – oder die der Vereinigten Staaten – wird durch Respekt vor den Idealen des Friedens und der Demokratie nachhaltiger gewahrt als durch die Machtdemonstration seiner Waffen. Somit würde der Weg, der zu einem freien Meinungsaustausch in den Vereinigten Staaten führen könnte, auch die Verhältnisse in Israel verbessern. Auch dort wird aus dem oppositionellen Lager immer wieder der Vorwurf erhoben, daß die unnachgiebigen Kräfte der israelischen Regierungspolitik nur durch die *unkritische* Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten ihre Stärke demonstrieren können. Somit trifft die USA eine Mitschuld, wenn Israel fortwährend die angestrebten Verhandlungen ablehnt, kurzsichtige militärische Lösungen vorzieht und die sozialen und politischen Probleme weiterhin kompliziert.

Dennoch sind die Probleme Israels einmalig. Die Vielschichtigkeit gegenseitigen Mißtrauens, der Bitternis und des Hasses, die Israel von seinen Nachbarn abspalten, ist derart groß und sitzt so tief, daß die Parteien – ohne Ermutigung und Hilfe von außen – diese Barrieren nur schwerlich überwinden können. Unter Berücksichtigung dieser Situation habe ich mehrmals bei verschiedenen Kongressen eine Resolution vorgelegt, wonach die Vereinigten Staaten im Rahmen einer umfassenden Entscheidung Israels Grenzen – so, wie sie vor 1967 verliefen – ga-

rantieren sollten. Dadurch sollte auch der Kriegszustand beendet und normale diplomatische Beziehungen zwischen den Parteien wieder hergestellt werden. Vor allem hätte man diesem Volk, das auf eigenem Territorium unter israelischer Militärbesetzung leben muß, ihr Recht auf Selbstbestimmung wieder gewähren müssen. Ich hatte das Gefühl, daß dieser Vorschlag – würde er von den Vereinigten Staaten angenommen werden – den notwendigen Anreiz bot, um Israelis und Araber zusammenzubringen. Damit hätte sich die größte Hoffnung auf einen anhaltenden Frieden in diesem Gebiet wahrscheinlich erfüllt.

Aber die US-Politik in bezug auf den Nahen Osten muß zuerst und vordringlich mit unseren eigenen nationalen Erfordernissen in Einklang gebracht werden. Bei diesem Prozeß muß Israel zweifelsohne ein wichtiger Faktor unserer Überlegungen bleiben – aber er sollte nicht der *einzige* sein. Bei einer Reihe von Fragen decken sich die Interessen der Vereinigten Staaten nicht mit jenen der Israelis. Allein, wenn man die Unterschiede in der Geschichte dieser beiden Länder betrachtet – die Religion, ihre Kultur und die unterschiedlichen internationalen Verantwortlichkeiten – so überrascht dies keinesfalls.

Interessen und Politik liegen naturgemäß weit auseinander, wie dies am Beispiel der Nuklearwaffen demonstriert werden kann. Um nun einerseits die Vermehrung derartiger Waffen zu verhindern und dabei gleichzeitig seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen, spannten die Vereinigten Staaten über viele Nationen des Nahen Ostens schützend ihren *Nuklearschirm* auf. So wurden alle derart beschützten nahöstlichen Nationen dazu ermuntert, den sogenannnten *Nuclear Non-Proliferation Treaty* zu ratifizieren. Durch diesen nuklearen *Sperrvertrag* mußten sich die Unterzeichner dazu verpflichten, von sich aus keine Nuklearwaffen anzuschaffen. Israel hat es allerdings abgelehnt, seine Unterschrift unter diesen Verzichtvertrag zu setzen, und betreibt seither unter größter Geheimhaltung seine eigene Nuklearforschung und -entwicklung im Sperrgebiet von *Dimona*. Experten glauben, daß Israel hier bereits eine Reihe nuklearer Sprengköpfe produziert hat und für den Eventualfall bereithält.

Mit welchen Mitteln Israel dieses *Geheimnis von Dimona* zu schützen bereit ist, zeigt folgender Zwischenfall, der sich während des arabisch-israelischen Krieges 1973 – abseits des spektakulären Weltgeschehens – ereignet hatte. Damals hatte die israelischen Luftwaffe versucht, ein über Dimona fliegendes US-

Aufklärungsflugzeug abzuschießen. Dies war verwunderlich deshalb, weil die Vereinigten Staaten just zur gleichen Zeit ihrerseits Waffen nach Israel transportierten. Admiral Thomas L. Moorer, ehemals Vorsitzender der *Vereinigten Generalstabchefs der US-Streitkräfte* (Heer, Luftwaffe, Marine) hat über diesen von der Weltöffentlichkeit unbeachteten Eklat berichtet, daß – obwohl die Israelis die US-Maschine auf ihrem Radarbildschirm entdeckt und zweifelsfrei als eine *US SR-71* identifizierten „ihrer Luftwaffenstaffel befohlen, unser Flugzeug herunterzuholen". Zum Glück – so fügte Admiral Moorer hinzu – „flog unsere Maschine für die israelischen Kampfflugzeuge so hoch, daß es wohlbehalten wieder zurückkehren konnte. Damit blieb das *Geheimnis von Dimona* weiterhin gewahrt.

Während Israel – wie dieses Beispiel zeigt – auch vor extremen Mitteln nicht zurückschreckt, um ihre eigenen geheimen Nuklearanlagen abzuschirmen, steht eine derartige Politik im Kontrast zur langjährig geübten Praxis unserer Regierung, die Etablierung von Nukelarwaffen im Nahen Osten zu verhindern. Die Atomwaffenpolitik zeigt nur einen der fundamentalen Unterschiede auf, die die Vereinigten Staaten und Israel voneinander trennen. Andere offensichtliche Unterschiede sind durch die Besetzung von Territorien mit Waffengewalt begründet sowie den israelischen Beziehungen gegenüber seinen arabischen Nachbarn.

Bei der Gestaltung unserer Nahostpolitik müssen wir erkennen, daß wir uns in wichtigen Fragen von Israel unterscheiden und in anderen wiederum voll übereinstimmen. Der ehemalige Außenminister Dean Rusk stellt fest: „Israel hat immer und immer wieder demonstriert, daß es kein *Satellitenstaat* der Vereinigten Staaten ist. Ebenso wichtig ist es für jeden, zu erkennen, daß auch die Vereinigten Staaten kein *Satellitenstaat* von Israel sind."

Unser Ziel muß es daher sein, sich anständig und fair zu verhalten, und *allen* Parteien dieser Region Sicherheit zu gewähren. Insbesondere sollten wir unsere Sorge um die Palästinenser in der West-Bank demonstrieren, die seit über zwei Jahrzehnten unter israelischer Militärbesatzung leben. Im Verlaufe der Geschichte unseres Landes haben wir immer wieder gerade die *Selbstbestimmung* als den grundlegendsten Aspekt der Demokratie erkannt. Diese *Selbstbestimmung* ist wahrlich ein Heiligtum unserer demokratischen Tradition. Im Glauben an diese sakralen Grundsätze, sind – in letzter Konsequenz – die Vereinig-

ten Staaten sogar mehrmals in den Krieg gezogen, um die *Selbstbestimmung der Völker*, u.a. in Europa, in Korea und in Vietnam, wieder herzustellen.

Somit erscheint es mir – gelinde gesagt – als *inkonsequent*, wenn die Vereinigten Staaten jedermanns *Selbstbestimmung* verteidigen – aber den Palästinensern dieses Grundrecht immer wieder vorenthalten. Wir sollten und brauchen keineswegs gleich zu militärischen Mitteln greifen, um unsere Sorge um die Palästinenser zu demonstrieren. Aber wir müssen unsere unkritische Befürwortung der israelischen Militärpolitik aufgeben, die einem unterdrückten Volk sein menschliches Existenzrecht in Frage stellt – und dadurch gleichzeitig die hochgepriesene moralische Tradition des Judentums degradiert, wodurch auch der moralische Wert unserer eigenen Nation in Mitleidenschaft gezogen wird.

Amerika könnte Israel am besten dadurch dienlich sein, daß es zunächst seine eigene Position als respektierter Befürworter einer ausgeglichenen Friedenspolitik wiedererlangt, um sie dann – unterschiedslos – für *alle* Parteien in gerechter Weise anzuwenden. Viele Israelis haben inzwischen selbst erkannt, daß ihre Demokratie auf die Dauer nicht durch den bedingungslosen Beistand der USA gewahrt werden kann, und zwar durch rücksichtsvolle Überlegungen und freien Meinungsaustausch, an dem sich *alle* beteiligen müßten – *Juden* ebenso wie *Nicht-Juden*. Die Unterstützung durch die USA könnte auf diesem Wege weitgehend zur Förderung eines umfassenden Nahost-Friedens beitragen. Aber diese Unterstützung kann niemals wirksam werden, solange die Israel-Lobby als Stimme der Jüdischen Gemeinde in den USA ihre Forderung aufrechterhält, daß die Vereinigten Staaten auch weiterhin und bedingungslos die fruchtlosen militärischen Ansichten zur nationalen Sicherheit favorisieren, wie sie momentan in Israel aktuell sind.

Bereits 1982 hatte während des israelischen Krieges im Libanon der Washingtoner Kolumnist Richard Cohen davor gewarnt: „Der uralte Traum von einem Israel, das die allerbesten Errungenschaften des Judentums in sich verkörpert – der Traum, der uns Kinder wie mich zur *Jüdischen Nationalsammlung* damals mit einer Blechbüchse aus dem Hause gezogen hatte, wird immer mehr zu einem *Alptraum*. Das Unentschuldbare zu verteidigen, würde die Amerikanisch-Jüdische Gemeinde weitgehend aus der amerikanischen Gemeinschaft hinausdrän-

gen – und eine moralische Macht in diesem Lande in nichts weiter als eine *Lobby* verwandeln."

Wir sollten uns aber nicht durch die Beschädigung unserer sittlichen Kraft, wie sie durch die Jüdische Gemeinde der USA betrieben wird, beirren lassen – obwohl alle Bürger durch die Verkümmerung dieser Kraft zu leiden haben. Alle Amerikaner sollten sich vielmehr der noch gefährlicheren Bedrohung bewußt werden – jenes Schadens, den die geheiligte Institution der freien Meinungsäußerung erleidet, wenn sich unsere Bürger davor fürchten müssen, frei und offen ihre Meinung über die amerikanische Nahost-Politik zu äußern.

Wir können kaum besser handeln, als der Zukunftsvision zu folgen – und die Warnung zu beachten –, die der israelische Schriftsteller Amos Oz seinem eigenen Land empfohlen hat: „Wenn es Menschen gibt, die uns vom Fluch des Pluralismus *heilen* und mit starker Hand und ausgestrecktem Arm die Augen derjenigen öffnen, die das Licht nicht gleichermaßen sehen wie sie selbst, dann wird es notgedrungen einen häßlichen – ja sogar gefährlichen Kampf geben. (Aber) wenn die Konfrontation eine Angelegenheit des Lobbyismus' ist, mit der Anerkennung der Legitimität unterschiedlicher Standpunkte und der Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen, dann wird sich daraus eine fruchtbare und kreative Spannung entwickeln."

Durch die ganze Geschichte hindurch, ist die gefährlichste Bedrohung stets in unseren eigenen Reihen entstanden – durch die Tendenz furchtsamer Menschen nämlich, welche die Rechte ihrer Mitbürger mit Füßen treten. Abraham Lincoln warnte in diesem Zusammenhang, daß diejenigen, die im Namen der nationalen Sicherheit „die Ideale der Freiheit als das höchste Gut aller Menschen in allen Ländern der Welt zerstören", damit bereits „die Saat für eine neue Gewalt in unsere Erde pflanzen." Demokratie kann in einer Atmosphäre, in der unsere Bürger fürchten müssen, ihre persönliche Meinung auszusprechen, niemals funktionieren.

Denn wenn es dem einen Machtblock gelingt, die freie Meinungsäußerung über ein bestimmtes Thema zu unterdrücken, werden unweigerlich auch die anderen Gruppen versuchen, dasselbe zu tun. Auch sie haben ein Recht, ihren eigenen vordringlichen Anliegen Gehör zu verschaffen. Wenn die großen Einrichtungen unseres Erziehungssystems bei einem bestimmten Thema gezwungen werden können, all die dargelegten Verletzungen ihrer akademischen Freiheit widerspruchslos hinzuneh-

men, so können sie sehr leicht auch zum Spielball für andere Tendenzen werden. Wenn eine große Zeitung dazu genötigt werden kann, sich vom Überwachungsagenten einer Lobby bei der Bearbeitung der Nachrichten zum Libanon-Krieg über die Schulter schauen zu lassen, dann könnten sich auch andere Lobbies auf diesen Präzedenzfall berufen und ähnliche Forderungen stellen.

Wenn eine katholische Nonne und ein Episcopal-Propst *als antisemitisch* verleumdet werden können, weil sie sich in Verbindung mit der Nahost-Tragödie auf religiöse Grundsätze beriefen – und wenn diese Grundsätze dann für politische Zwecke verdreht werden können, dann ist immer und überall auch die religiöse Freiheit gefährdet. Wenn eine Lobby Regierungsbeamten ein entwürdigendes Schweigen über ein lebenswichtiges – ja *überlebenswichtiges* Anliegen der öffentlichen Politik anbefehlen kann, könnten andere Gruppierungen unserer Gesamtpolitik in ähnlicher Weise ausgeschaltet werden. Wenn eine Lobby es schafft, unserer ganzen Nation den Mund zu verbieten, um kein kritisches Wort über das umstrittene Nahost-Thema zu verlieren, dann haben wir alle das wertvollste Gut unserer Demokratie – nämlich die freie Meinungsäußerung – schuldhaft aufs Spiel gesetzt.



Anmerkungen

Bei dieser deutschen Ausgabe wurden die Anmerkungen der amerikanischen Originalausgabe für jene Leser aufgeführt, die Original-Quellen haben wollen.

1. Kapitel: AIPAC – Die geheime Macht des Kapitols

A former Congressman: Paul N. McCloskey, adress before Conference on „U.S. Economic and Policy Challenges in the Arab World," sponsored by American Arab Affairs Council, Birmingham, Alabama, March 4. 1983.
A professional: A number of professionals in pro-Israel lobbying groups provided information for this chapter but, fearing an adverse impact on their future careers, preferred to remain anonymous.
This was illustrated: James G Abourezk, interview, July 27. 1984.
No major Jewish: See *New York Times*, September 7. 1982. M.J. Rosenberg, editor of *Near East Report*, stated in an interview on September 5. 1983, that his publication does not publish criticism of Israeli policies lest this be construed as a schism within the pro-Israel Jewish community.
„At the State": Letter to the author from Don Bergus, July 10. 1984.
Stephen S. Rosenfeld: *Present Tense*, Spring 1983.
Certainly Israel: See *Washington Post*, September 27. 1983.
The Withe House: Interview with confidential Capitol Hill source.
Nine of the: *Richmond Times-Dispatch*, Qctober 2. 1983.
The *Post* quoted: White House Press Release, October 18. 1983.
A candid tribute: John K. Wilhelm, statement to the Board for International Food and Agricultural Development, January 5. 1984.
In November: Interview with confidential Capitol Hill source.
In mind-March: See *New York Times*, March 15. 1984.
One development which: See *Washington Post*, April 10. 1984: also see *Wall Street Journal*, July 19. 1984.
At the time: Interview with confidential source.
After he rejected: The United States had engaged in indirect talks with the PLO during the Israeli invasion of Lebanon in 1982 and earlier during the Carter and Nixon administrations.
Paul Weyrich, who: *National Journal*, May 13. 1978.
As they voted: *Condressional Record*, October 3. 1984, page H10961; hearings, Trade Subcommittee, Ways and Means Committee, May 22. 1984.
Chairmanships: *Mideast Observer*, November 15. 1984.
Pro-Israel PACs: *Mideast Observer*, November 1. 1983; *Wall Street Journal*, August 3. 1983.
Also in the highest range were doctors, milk producers, realtores and automobile workers.
Richard Altman: *Jewish Exponent* (Philadelphia, Penna.), November 11. 1983.
Golder explains: Stephen D. Isaacs, *Jews and American Politics*.
A non-Jewish: Ibid.
After the 1982: *Wall Street Journal*, August 3. 1983.
Columnist Nat Hentoff: *Village Voice*, June 14. 1983.
After the 1982: Thomas A. Dine, adress before Jewish community leaders, Austin Texas, November 1982.
Later when he: *Yedi'ot Aharonot* (Jerusalem), November 27. 1984.

2. Kapitel: Wie man schwache Stimmen zum Schweigen bringt

In offering: *Congressional Record*, June 5. 1980: also see *Near East Report*, June 11. 1980.
„Friend and foe": Paul N. McCloskey, interview, May 10. 1983.
Representative James Johnson: *Congressional Record*, June 5. 1980.
This was true: See *New York Times Magazine*, April 18. 1971.
The wrong decisions: McCloskey, adress to the Kenna Club, Santa Clara, Calif., August 13. 1982.
He charged it: Paul N. McCloskey, *Truth and Untruth, Political Deceit in America*.
Although the Californian: See McCloskey, *Truth an Untruth, Political Deceit in America*.
McCloskey agonized over: See *HaKol* (Stanford University), March 1981
McCloskey knew war's: See *New York Times Magazine*, April 18. 1971; also see *New York Magazine*, June 14. 1971.
He later explained: McCloskey, interview, May 10. 1983.
For protesting the: *New York Magazine*, June 14. 1971.
„At least fifty": Ibid.
He was twice: *San Jose Mercury*, October 23. 1978.
As a college: McCloskey, interview, May 10. 1983.
He reminded a: Letter from McCloskey to Earl Raab, August 11. 1981; also see *HaKol* (Stanford University), March 1981; also see *Heritage Southwest Jewish Press* (Los Angeles, Calif.), July 17. 1981.

McCloskey also vigorously: *Los Angeles Times*, August 2. 1981.
Still, McCloskey had: Ibid.
One of the: *Redlands Daily Facts*, April 11. 1981.
On the other: *San Francisco Examiner*, August 17. 1981.
A few days: *San Francisco Examiner*, August 26. 1981.
An article in: *B'nai B'rith Messenger* (Los Angeles, Calif.), August 7. 1981.
The charge was: Letter from McCloskey to *B'nai B'rith Messenger*, October 21. 1983.
The *Messenger* published: *B'nai B'rith Messenger* (Los Angeles, Calif.), October 2. 1981.
In a interview: Douglas Blommfield, interview, October 8. 1983.
The *Messenger* charged: *B'nai B'rith Messenger* (Los Angeles, Calif.), August 7. 1981.
Another Jewish publication: McCloskey, interview, May 10. 1983; also see *Palo Alto Times-Tribune*, August 17. 1982.
An article in: *Heritage and Southwest Jewish Press* (Los Angeles, Calif.), August 7. 1981.
One of a: *San Francisco Exminer*, August 15. 1982.
John Teitelbaum, who: McCloskey, interview, May 10. 1983.
McCloskey's views on: See *Sacramento Bee*, December 17. 1982.
One former supporter: *Los Angeles Times*, August 2. 1981.
In the closing: See *Congressional Record*, August 11. 1982.
On September 22: *Congressional Record*, September 22. 1982.
In the Closing: *Congressional Record*, December 21. 1982.
„Many of my": McCloskey, interview, May 10. 1983.
Ken Oshman, President: Ibid.
McCloskey accepted a: Ibid.
The group distributed: The Memorandum, dated March 1. 1983, was headed: „To ADL regional directors from Justin J. Finger."
McCloskey accepted an: Letter to McCloskey from David Marks of the Guest Professorship Board of ASSP; also see *Stanford Daily*, November 9. 1982.
His own remuneration: See *Washington Post*, July 28. 1983.
Howard Goldberg: *Stanford Daily*, February 8. 1983.
Student leader Seth: See *Stanford Review*, May 25. 1983.
According to a: *San Jose Mercury News*, May 27. 1983.
One Student, Jeffrey: *Stanford Daily*, April 29. 1983.
Responding, Professor Hubert: Letter to Jeffrey Au from Prof. Hubert Marshall, April 19. 1983.
McCloskey reacted sharply: *San Francisco Chronicle*, May 5. 1983.
The *San Francisco*: Ibid.
By mind-May: See *Washingtan Post*, July 28. 1983.
Mc Closkey told the: *Penisula Times-Tribune*, July 27. 1983.
In September 1983: McCloskey, address before the International Conference on the Question of Palestine, Geneva, Switzerland, September 1. 1983.
Andrew Young resigned: *Washington Post*, August 16. 1979.
To show support: *Washington Star*, August 21. 1979.
Fauntroy said he: *Washington Post*, August 21. 1979.
While Terzi said: Ibid.
„I don't think": Ibid.
Prominent Jewish businessman: Ibid.
In an attempt: *Washington Post*, August 22. 1979.
Howard Squadron, president: Ibid.
Some said they: *Washington Star*, August 23. 1979.
Fauntroy said: „In": *Washington Post*, August 23. 1979.
The *Washington Post*: Ibid.
The validity of: *Washington Post*, August 27. 1979.
It didn't cripple: The Rev. Walter Fauntroy, interview, July 26. 1983.
As they departed: *Washington Post*, September 17. 1979.
Fauntroy recalls the: *Washington Post*, September 24. 1979.
Jews in the United States: See *Washington Post*, September 18. 1979; *Washington Star*, September 24. 1979.
The controversy deepened: *Washington Post*, September 23. 1979.
Rabbi Joshua Haberman: Ibid; also see *Washington Post*, October 29. 1979.
At a news: *Washington Post*, September 23. 1979.
Before the vote: *Washington Post*, January 26. 1980; February 7. 1980; February 21. 1980; March 9. 1980.
In a editorial: *Washington Post*, January 30. 1980; January 31. 1980.
Fauntroy called the: *Washington Post*, February 1. 1980.
The amendment was: See *Washington Post*, March 20. 1980.
Fauntroy's Middle East: *Washington Post*, October 16. 1979; also see *Washington Post*, October 24. 1979.
Some black leaders: *Newsweek*, October 22. 1979.
Before leaving for: *Washington Post*, October 17. 1979.
Other blacks supported: *Washington Post*, October 16. 1979.
„Any civil rights": Ibid.
Even before these: *Washington Post*, October 12. 1979.

Fauntroy added that: *Washington Post*, October 16. 1979.
Announcing her intention: *Washington Post*, May 15. 1982.
A month later: *Washington Post*, June 29. 1982.
Both candidates gave: *Jewish Week*(Washington, D.C.), July 1-7, 1982.
The challenger's campaign: See *Washington Post*, November 6. 1980.
He agreed with: *Washington Post*, August 13. 1983; August 14. 1983.
Reflecting on the: The Rev. Walter Fauntroy, interview, July 26. 1983.
Michael Nieditch, a: *Jews Speak Out*: Views from the Diaspora, a pamphlet published by International Center for Peace in the Middle East (Tel Aviv).
Morris Amitay, then: Michael Nieditch, interview, September 24. 1983.
Republican Charles Whalen: Charles Whalen, letter to the author, February 17. 1984.
Richard Nolan, now: Richard Nolan, interview, February 17. 1984.
Afterwards he told: *Chicago Sun-Times*, October 17. 1981; also see *Houston Chronicle*, October 16. 1981.
Columnist Carl Rowan: *Washington Post*, October 25. 1981.
In the following: *Mideast Observer*, November 1. 1983.
As Stephen S. Rosenfeld: See *Washington Post*, May 12. 1983.
They based their: *New York Times*, January 11. 1977.
Zablocki dismissed the: *Congressional Quarterly*, January 15. 1977.
Zablocki declared that: *Washington Post*, January 11. 1977; also see *Washington Post*, December 17. 1976.
He told columnist: *Washington Post*, January 10. 1977.
Despite the lobby's: *New York Times*, January 19. 1977; *1977 Congressional Quarterly Almanac*.
An aide said: Interview with confidential source.
Solarz's zeal: Public meeting, Room 2200, Rayburn Building, Washington, September 26. 1984.
He asked Chairman Howard Wolpe: Ibid.
A veteran Congressman: Regard for the influence of pro-Israeli lobbying interests compelled the Congressman to request anonymity.
He says, „When": Mervyn M. Dymally, interview, March 8. 1984.
The first encounter: Ibid.
Dymally met the: Ibid.
Moreover, to make: Letter from Dymally to Barry Binder, February 29. 1984.
Carmen Warshaw, long: Dymally, interview, March 8. 1984.
While one staff: Ibid.
He told the: *Wall Street Journal*, August 3. 1983.
Whenever he complains: Dymally, interview, March 8. 1984.
Taking part in: Hearings of the Subcommittee on Europe and the Middle East, February 28. 1983.
At fund-raising: Interview with confidential source.
Dymally spoke: Hearings of the Subcommittee on Europe and the Middle East, April 12. 1983.
During the same: Ibid.
Asked for comment: *Washington Post*, May 11. 1983.
He warned that: Ibid.
Democratic Congressman George: Ibid.
But Kansas Republican: Ibid.
A lobbyist for: Confidential interview with a member of the Congressional liason staff of AID.
Pritchard, witnessing Israel's: *Washington Post*, May 11. 1983.
„I must confess": Mervyn M. Dymally, interview, March 8. 1984.
„What is tragic": Ibid.
Dymally notes that: Ibid.
Dymally believes the: Ibid.
Donald J. Pease: Donald J. Pease, interview, September 20. 1983.
The resolution provided: See *New York Times*, November 11. 1983.
When the roll: *Congressional Record*, November 8. 1983.
„The Jewish community": As with many other knowledgeable Capitol Hill sources, this Capitol Hill insider would speak candidly about the workings of the Israeli lobby only on the condition that he remain anonymous.
Silvio Conte, senior: *Congressional Record*, November 10. 1983.
Republican leader Bob: Ibid.
To Republicans Conte: Ibid.
When the roll: Ibid.
But the excuse: Ibid.
During debate of: *Near East Report*, May 11. 1984; also see *Washington Report on Middle East Affairs*, May 28. 1984.
Rehall recalls that: Nick J. Rahall II, letter to the author, June 6. 1984.
The „brave" Congressman: Ibid.
He received „less": Rahall, interview, June 8. 1984.
In all, 91: *Congressional Record*, September 28. 1983.
A veteran Congressman: Interview with a confidential Administration source present at the discussion.
In late February: Interview with confidential source.
Asked to explain: Interview with confidential source.

Confronted by the: Interview with confidential source.
The panel approved: *Mideast Observer*, March 15. 1984; also see *Washington Report on Middle East Affairs*, March 5. 1984.
Written by AIPAC: Interview with confidential source.
In either from: See *Washington Post*, February 28. 1984.
When King Hussein: See *New York Times*, March 15. 1984: also see *Washington Report on Middle East Affairs*, April 2. 1984.
Meanwhile Democratic Congressman: Hearings of the House Subcommittee on Europe and the Middle East, June 7. 1984; also see *Washington Post*, April 27. 1984; also see *Near East Report*, August 17. 1984.
Democrat Larry Smith: Subcommittee Hearings, June 7. 1984.
Republican Larry Winn: Ibid.

3. Kapitel: Die Ratschläge der beratenden Versammlung

This phenomenon: Hassan, Crown Prince of Jordan, interview, May 11. 1983.
Thompson, a Republican: See *Time*, September 20. 1982.
A crucial part: See *Jewish Chicago*, October 1982; also see *Chicago Sun-Times*, September 14. 1983; September 16. 1983.
Stevenson was attempting: See *Illinois Issues*, November 1977; *Nation*, December 11. 1976; March 3. 1979; *Foreign Affairs*, October 1974.
Time magazine described: *Chicago Magazine*, June 1979.
Effective in committee: *Chicago*, June 1979.
Chicago Daily News: November 1. 1974.
Although a „blue-blood": See *New York Times Magazine*, February 22. 1970; also see *Washington Post*, November 24. 1970.
During his second: *News Republic*, February 24. 1979; also see *Christian Science Monitor*, February 5. 1979.
„I'm going to": *Washington Post*, February 9. 1979; also see *Nation*, March 3. 1979.
Stevenson ultimately decided: Adlai E. Stevenson III, interview, June 9. 1983.
Several of the: Ibid.
Stevenson himself had: The Israel Bond „Man of the Year" designation was awarded to Stevenson on December 15. 1974, and recorded in the *Congressional Record*, January 10. 1975. The AJC in 1977 awarded Stevenson a commendation and a plaque for his work opposing the trade boycott against Israel. The Weizman Institute etablished the Adlai E.
Stevenson III Chair in endocrinology and reproductive biology in recognition of the Senator's steadfast support of the Institute and its word.
But Trouble developed: *Jacksonville Journal Courier* (Jacksonville Ill.), August 31. 1982. Though the Washington office of AIPAC had produced the defamatory document, an AIPAC spokesman at the time expressed displeasure at seeing AIPAC material thus used in a political campain. Such political smear tactics have become less common for AIPAC under the more sophisticated leadership of present director Thomas A. Dine.
In fact, the: Adlai E. Stevenson, *The Middle East: 1976*, report to the Committee on Banking, Housing and Urban Affairs, United States Senate, on his study mission to the Middle East conducted between February 10 and February 25. 1976 (GPO, Washington, 1976).
The anti-Stevenson: *Congressional Record*, June 17. 1980; October 11. 1979.
In speaking for: *Congressional Record*, June 17. 1980.
After the vote: Stevenson, interview, June 9. 1983.
Stevenson was actually: See Rennan Lee Teslik, *Congress, The Executive Branch and Special Interests: The American Response to the Arab Boycott of Israel*; also Stan Mercus, interview, October 7. 1983.
For this achievement: Stevenson, interview, June 9. 1983.
The chairman of: Letter from Theodore R. Mann to Adlai E. Stevenson III, July 28. 1977.
Jewish Chicago, making: *Jewish Chicago*, October 1982.
A flyer distributed: *Jacksonville Journal Courier* (Jacksonville, Ill.), August 31. 1982.
The word was: See *Sentinel*, September 30, 1982; also see *Waukegan News Sun*, November 9. 1982.
The political editor: *Chicago Sun-Times*, June 27. 1982.
When Republican Senator: *Chicago Sun-Times*, September 14. 1982.
„I Learned after": Stevenson, interview, June 9. 1983.
Phil Klutznick's daughter: Bettylu Saltzman, interview, June 16. 1983.
Stevenson's running-mate: Grace Mary Stern, interview, October 18. 1983.
„Many of my": Stevenson, interview, June 9. 1983.
In the end: *Time*, November 15. 1983.
Fed up by: *Chicago Tribune*, September 10. 1982.
The *Chicago Sun-Times*, September 16. 1982.
Philip Klutznick, prominent: Stevenson, interview, June 9. 1983.
The election was: *Time*, November 15. 1982.
Stevenson asked for: See Illinois Supreme Court Docket No. 57637, Agenda 52, November 1982.
A post-election: *Waukegan News Sun*, November 9. 1982.
Campaign manager Joseph: *Chicago Sun-Times*, September 14. 1982.
Press secretary Rick: Rick Jasculca, interview, October 18. 1983.
Thomas A. Dine: *Present Tense*, Spring 1983.

Stevenson too believes: Stevenson, interview, June 9. 1983.
„When all of": *New York Times Magazine*, November 24. 1974.
Fulbright first gained: Haynes Johnson and Bernard N. Gwertzman, *Fulbright, The Dissenter*.
Because of this: Ibid.
Twenty-five years: *New York Times*, June 2, 1974.
His deepest and: See *Foreign Affairs*, Spring 1979.
But Fulbright also: *Time*, June 10. 1974.
Fulbright put no: See J. W. Fulbright, *The Arrogance of Power*.
In 1963 Fulbright: *Congressional Record*, August 1. 1963.
Pincus recalls that: Walter Pincus, interview, November 14. 1983.
Both Fulbright and: Ibid.
The Fulbright hearings: See *National Journal*, May 18. 1970.
Despite his concern: *New York Times*, August 23. 1970. Also see *National Observer*, August 31. 1970; *New Republic*, October 10. 1970.
In 1971, he: *New York Times*, April 5, 1971; also see J. W. Fulbright, *The Crippled Giant*.
Appearing on CBS: „Face the Nation," April 15. 1973.
Six weeks after: *Washington Post*, May 31. 1973.
His criticism of: See *Christian Science Monitor*, January 24. 1974; *New Republic*, April 27. 1974; *Newsweek*, June 10. 1974.
Fulbright hadn't expected: J. William Fulbright, interview, June 3. 1983; also see *Saturday Review*, January 11. 1975.
Walter Pincus, who: Walter Pincus, interview, November 14. 1983.
The *New York Times*: *New York Times Magazine*, May 1974; November 1974.
„I don't think": J. William Fulbright, interview, June 3. 1983.
Marked „confidential": Memorandum from the Washington office of B'nai B'rith, May 7. 1974.
In a speech: See *National Observer*, November 16. 1974.
His central concern: *Washington Post*, November 5. 1974; Fulbright, adress at Westminster College, Fulton, Missouri, November 2. 1974.
Pondering the future: Fulbright, interview, June 3. 1983.
Yet the detemination: *National Observer*, November 16. 1974.
Soon after he: James G Abourezk, interview, August 1. 1984.
Blitzer's report: *Near East Report*, February 13. 1974.
The mailing: I. L. Kenen, letter to Ms. Carol V. Bernstein, February 25. 1974.
The next day: AIPAC later sent a memorandum to its Connesticut membership, as well as state leaders, denouncing Ribicoff for his attendance at the luncheon. (*Jewish Ledger* [Connecticut], March 23. 1978).
A major storm: See James Abourezk, *On Democracy and Dissent* (Middle East Affairs Council, 1977).
The Israeli lobby's: See *Boston Globe Magazine*, April 29. 1984.
This involvement began: Interview with confidential source.
The letter was: Interview with confidential source.
Over the years: Ibid.
Hathaway cooperated in: The letter was sent to President Ford an May 21. 1975. See Gerard G. Sheehan, *The Arabs Israelis, and Kissinger*; also see Richard H. Curtiss, *A Changing Image: American Perceptions of the Arab-Israeli Dispute*.
Ford, dissatisfied with: See *Washington Post*, March 8. 1978.
Three years later: Ibid.
Lobbying on both: See *Washington Post*, May 7. 1978.
The *Washington Post*: Ibid.
In the wake: *Washington Post*, April 22. 1978.
Concerning the book: Ibid.
Senator Wendell Anderson: Interview with confidential source.
In an interview: *Wall Street Journal*, March 13. 1978.
One of them: Interview with confidential source.
A staff member: Ibid.
Israeli officials opposed: See *Washington Star*, April 16. 1981.
Even before Reagan: Associated Press Wire Service, September 21. 1981.
Lobbyist Frederick Dutton: *Washington Post*, September 28. 1981.
The *Post* reported: Ibid.
Senator John Glenn: Associated Press Wire Service, September 21. 1981.
Syndicated columnist Carl: *Washington Post*, November 25. 1981.
When the Senate: *Boston Globe Magazine*, April 29. 1984; also see Seth Tillman, *The United States in the Middle East: Interests an Obstacles*.
His opposition to: *Washington Post*, July 9. 1973.
In a December: *Washington Post*, December 5. 1971.
Mathias was alarmed: See *Nation*, December 8. 1975; also see *Washington Post* November 26. 1975; February 15. 1976.
The late Clarence: Biography of Sen. Charles McC. Mathias Jr., prepared by the office of Sen. Mathias, June 1. 1978.
In fact, early: *Baltimore Sun*, December 3. 1980.
A resident of: *Washington Post*, June 2. 1974.

The controversial article: *Washington Post*, June 28. 1981.
The same year: *Baltimore Sun*, December 8. 1980.
As the *Baltimore Sun*: Ibid.
He was exhibiting: Biography of Sen. Charles McC. Mathias Jr., prepared by the office of Sen. Mathias, June 1. 1978; also see *Frederick Post* (Frederick, Md.), April 12. 1980; *Congressional Record*, December 18. 1979.
These qualities led: *Foreign Affairs*, Spring 1981.
The Baltimore *Jewish Times: Jewish Times* (Baltimore, Md.), July 3. 1981.
Arnold Blumberg, a: *Evening Sun* (Baltimore, Md.), July 13. 1981.
A prominent Jewish: *Jewish Times* (Baltimore, Md.), July 3. 1981.
Congressman Benjamin S. Rosenthal: *Baltimore Sun*, November 5. 1981.
Other critics expressed: Discussion of difficult issues involving the Middle East, Israel and American Jews, such as the AWACS sale to Saudi Arabia, laways raises the issue of anti-Semitism on Capitol Hill. See *Washington Post*, November 29. 1981; *New York Times*, October 28. 1981; *Near East Report*, November 20. 1981.
A spokesperson for: *Jewish Times* (Baltimore, Md.), July 3, 1981; *Baltimore Sun*, July 6. 1981.
One critic, identified: *Jewish Times* (Baltimore, Md.), July 3. 1981.
Mathias dismissed the: Charles McC. Mathias, interview, August 3. 1983.
In his first: *Baltimore Jewish Times*, October 29. 1982.
His honeymoon: *Washington Post*, June 28. 1975.
That same year: *Jewish Times* (Baltimore, Md.), October 29. 1982.
A full-page: *Chicago Tribune*, July 21. 1983.
Although Percy: Confidential interviews, Bovember 12. 1984.
By mid-August: *New York Times*, August 16. 1984.
By election day: *Washington Post*, December 7. 1984.
In addition: *Journal-Register* (Springfield, Ill.), December 8. 1984.
Former Senator: Chicago *Sun-Times*, November 5, 1984.
When the votes: *Journal-Register* (Springfield, Ill.), December 8. 1984, and *Washington Post*, November 12. 1984.
The Middle East figured: Paul Simon, interview, December 7. 1984, and *Journal-Register* (Springfield, Ill.), December 8. 1984.
Reviewing the impact: Interviews, Percy, November 13. 1984, and Simon, December 7. 1984.
AIPAC's Dine told: *Yedi'ot Aharonot* (Jerusalem), November 27. 1984.

4. Kapitel: Die Lobby und das ‚Oval Office'

It was a: Charles Bartlett, interview, November 1. 1983.
After learning of: Myer Feldman, interview, October 30. 1983.
Mr. and Mrs. Arthur: Confidential interview with informed source.
Zionists began: See John Snetsinger, *Truman, the Jewish Vote and the Creation of Israel*; also see Robert J. Donovan, *Conflict and Crisis: The Presidency of Harry S. Truman, 1945-1948;* Roberta Feuerlicht, *The Fate of the Jews*.
When Truman continued: Snetsinger, op. cit.
Two-thirds of: Feuerlicht, op. cit.
Their spokesman, Ambassador: Evan M. Wilson, *Decision On Palestine*; also see *Christian Science Monitor*, June 16. 1981.
In fact, pro-Israeli: Confidential observation of a person currently prominent in Middle East policy activities.
In fact, pro-Israeli: „At 6:11 P.M. in May 14, 1948--eleven minutes after the expiration of the British mandate and ten minutes after the coming into existence of the state of Israel--the White House announced American de facto recognition of the new state an its provisional goverment." (Seth Tillman, *The United States in the Middle East, Interests and Obstacles*).
Secretary of State: Evan M. Wilson, *Decision On Palestine*.
During a 1949: Quoted by Tillman, op. cit.
In September 1953: Stephen Green, *Taking Sides: America's Secret Relations with a Militant Israel*; also see Wilbur Crane Eveland, *Ropes of Sand: America's Failure in the Middle East*.
Predictably Eisenhower's decision: Green, op. cit.
Dr. Israel Goldstein: Ibid.
Eisenhower faced the: Ibid; also see Tillman, op. cit.
Despite partisan assaults: Stephen D. Isaacs, *Jews and American Politics*.
Despite protests: Green, op. cit.; also see Kennett Love, *Suez: The Twice-Fought War*.
Informed that the: Ibid.
That night the: Ibid.
A determined President: Ibid; also see Tillman, op. cit.
Dulles complained: Green, op. cit.
Eisenhower persisted, declaring: Ibid.
Although there is: See above, pp. 114-15; Isaacs, op. cit.
He approved for: Eveland, op. cit.
But Israel's military: Green, op. cit.
Friends of Israel: Ibid.
The latter often: So close was Johnson's friendship with the Krims that they were the first beyond the Johnson family to learn of the President's decision not to seek re-election in 1968. (See Donald Neff, *Warriors at Suez*)

In a September: Donald Neff, interview, May 23. 1984.
In early June: Green, op. cit.
Although Johnson's successor: See Stephen D. Isaacs, *Jews and American Politics.*
Privately, Nixon criticized: See Henry A. Kissinger, *Years of Upheaval.*
In July: Richard M. Nixon, interview, July 26. 1984.
The *Manchester Guardian: Manchester Guardian*, October 10. 1976.
He took the: George W. Ball, *The Past Has Another Pattern.*
Ball declined, believing: Ibid.
Ball was one: See *Foreign Affairs*. Winter 1975/76; *New York Times*, August 25. 1982.
Enlisted the year: *Washington Post*, July 11. 1982.
He admitted that: George W. Ball, interview, June 10.1983.
A senior diplomat: Confidential interview with informed source.
Conally's campaign theme: See *Economist* (London), October 20. 1979.
He argued that: *New York Times*, October 12. 1979.
Connally became the: *New York Times*, October 22. 1979.
Henry Siegman, executive: *Washington Star*, October 13. 1979.
Christian Science: Christian Science Monitor, October 16. 1979.
Writing in: *The Nation*, November 3. 1979.
The *Washington Post: Washington Post*, October 15. 1979.
Within a few: *See Los Angeles Times*, December 29. 1974.
The New York Republican Committee: *Washington Post*, November 6. 1979.
The *Washington Post*, Ibid.
Columnist William Safire: *New York Times*, October 15. 1979.
But he had: See *Washington Post*, December 27. 1983.
Polls showed: Ibid.
In April 1983: Ibid.
After meeting with: See *Chicago Tribune*, December 5. 1983.
In addition: $ 300 million was to be spent in the United States for development of the Israeli Lavi fighter plane, While an additional $ 250 million was authorized to be spent in Israel. This $ 250 million, an unprecedented U.S. subsidy to foreign industry, was the issue behind the Rahall amendment. See chapter two.
Near East Report: Near East Report, December 23. 1983.
In March, Reagan: See *Washington Post*, March 16. 1984.
Hussein told a: *New York Times*, March 15. 1984.
Mondale accused Hart: See *New York Times*, March 22. 1984.
Hart accused Mondale: Ibid.
When Donald McHenry: See *Washington Post*, March 2. 1980.
Three days later: *Washington Post*, March 5. 1980.
Both the nation: See *Wall Street Journal*, March 5. 1980; March 7. 1980; also see *Washington Post*, March 6. 1980; March 12. 1980.
Arabs were outraged: Ibid.
Sharon told Jews: Roberta Feuerlicht, *The Fate of the Jews.*
In November: See *Washington Post*, November 6. 1980; November 9. 1980.
In June 1984: Albert Joseph, interview, August 15. 1984.
Upon learning that: *Wall Street Journal*, March 23. 1984.
Hart's competitor for: *Los Angeles Times*, July 14. 1984.
As a Senator: *United States Senator Gary Hart on the Issues: Israel and the Middle East* (two-page summary prepared by the Hart presidential campain, undated); also see *Near East Report*, January 13. 1984.
Senator Ernest Hollings: See *New York Times*, September 15. 1983; also see *Near East Report*, January 6. 1984; January 13. 1984.
In the past: See *Boston Globe*, February 15. 1983; February 20. 1983.
Bitten by the: Ibid.
In a speech: *New York Times*, September 14. 1983; also see *Washington Post*, September 15. 1983.
One of Glenn's: Confidential interview with an Ohio Congressman.
The speech caused: Lucius Battle, interview, May 21. 1983.
McGovern called for: *New York Times*, February 4. 1979.
In a speech: Ibid.
The „Super Tuesday": *Washington Post*, March 14. 1984.
Jackson became controversial: *Washington Post*, October 6. 1979; also see *Rocky Mountain News* (Denver, Colo.), August 7. 1983.
By the time: *Washington Post*, October 12. 1984.
He immediately enlivened: See *Newsweek*, January 16. 1984.
He proclaimed, „The": Ibid.
In televised debates: See *Washington Post*, March 29. 1984; also see *New York Magazine*, January 9. 1984; *Sun* (Baltimore, Md.), February 6. 1984.
Jackson found himself: See *Chicago Sun-Times*, February 27. 1984.
Inspired by attacks: See *Washington Post*, April 7. 1984; April 15. 1984; April 18. 1984, inter alia.
In advance of: Confidential interview with informed source; also see *New York Times*, November 11, 1983.

5. Kapitel: Die durchlässigen Schutzmauern unserer Verteidigung

„The leaks to": This chapter is based upon interviews with 17 present and former officials from the Department of Defense, the Department of State and the White House. Where considerations of career security permit, these sources have been identified.
Thomas Pianka, an: Thomas Pianka, interview, November 17. 1983.
Richard Helms, director: Donald Neff, *Warriors For Jerusalem.*
Les Janka, a: Les Janka, interview, August 16. 1983.
Zbigniew Brzezinski, Carter's: Zbigniew Brzezinski, interview, October 31. 1983.
„Our officers cannot": Israel is the only country where the U.S. permits such limitations.
On one occasion: Wilbur Crane Eveland, correspondence with the author, January 23. 1984.
Young recalls: Andrew Young, interview, May 10. 1983.
Young resigned as: See chapter two.
This denial: *Newsweek,* September 3. 1979.
The perpetrator was: *Washington Post,* March 2. 1977.
A few days: *Washington Post,* February 18. 1977.
When he read: James G. Abourezk, interview, August 1. 1984.
Abourezk tried unsuccessfully: Legislation was introduced in 1984 to provide Israel with open U.S. Financing for its foreign aid activities. See chapter two.
The episode caused: Ambassador John C. West, interview, April 18. 1983; also see *New York Times,* April 20. 1980.
West recalls: *New York Times,* April 20. 1980.
If so, the: In the wake of the AWACS vote, the United States agreed to boost the level of aid to Israel by $ 300 million per year for a period of four years.
Before leaving his: *Washington Post,* January 24. 1981.
L. Dean Brown: L. Dean Brown, interview, January 1984.
Harold Saunders, a: Harold Saunders, interview. May 19. 1983.
Seelye pinpoints a: Talcott Seelye, interview, May 14. 1983.
Bryen was publicly: *Defense Week,* July 27. 1981; *Focus,* February 15, 1982; *New Statesman,* May 6. 1983.
During the controversy: *Washington Post,* April 6. 1978.
He later left: *Jewish Week* (Washington, DC), July 17-23. 1983.
Indeed a Justice: Memorandunm from John H. Davitt, Chief of the Internal Security Section, Criminal Division, to Philip B. Heymann, Assistant Attorney General, Criminal Divission, to Philip B. Heymann, Assistant Attorney General, Criminal Division.
An FBI summary: *In These Times,* April 27-May 3. 1983; *Atlantic Monthly,* May 1982.
Admiral Thomas Moorer: Admiral Thomas Moorer, interview, August 24. 1983.
During a visit: *DeLand Sun News* (DeLand, Fla.), August 11. 1983; also see *USA Today,* August 12. 1983.
The rifles in: *Washigton Post,* August 10. 1983.
Les Janka: Janka, interview, August 16. 1983.

6. Kapitel: Der Angriff auf die ‚Liberty'

The episode: Adm. Thomas L. Moorer, interview, August 24. 1983.
The *Liberty:* See James M. Ennes Jr., *Assault on the Liberty.*
Israeli Chief of Staff: *New York Times,* June 8. 1967.
At 6 A.M.: *U.S. Naval Institute Proceedings,* June 1978.
Admiral Donald Engen: Adm. Donald Engen, interview, August 29. 1983.
The planes: See Ennes, op. cit.
President Johnson accepted: *New York Times,* June 10. 1967.
Smith Hempstone, foreign: *Washington Star,* June 16. 1967.
The Pentagon staved: *U.S. News and World Report,* June 26. 1967; *Defense Electronics,* October 1981.
The Court: *New York Times,* June 18. 1967.
Testimony completed, Admiral: Admiral Isaac Kidd, interview, October 7. 1983.
When finally released: Office of Assistant Secretary of Defense (Public Affairs), news release, June 28. 1967.
The censored summary: Ennes, *Assault on the Liberty.*
The report did: *New York Times,* June 29. 1967; also see *Washington Post,* June 30. 1967.
The *New York: New York Times,* July 1. 1967.
The *Washington Star: Washington Star,* June 30. 1967.
In early July: *New York Times,* July 1967.
Lieutenant James M.: Ennes, interview, April 30. 1983.
Ennes discovered „shallowness": Ennes, *Assault on the Liberty.*
Ennes learned that: Ibid; see also *OPC Bulletin,* February 15. 1982.
The embassy message: Ibid.
Ennes believes this: See *National Review,* September 5. 1967.
Another request for: Ennes, interview, April 30. 1983.
It Paralleled the: *Defense Electronics,* October 1981.
Pueblo Commander Lloyd: Cmdr. Lloyd N. Bucher, interview, April 10. 1983.
Bucher recalls how: Ibid.
Admiral Thomas L. Moorer: Moorer, interview, August 24. 1983.

Ennes quoted a: Ennes, *Assault on the Liberty;* also see *Pacific Northwest,* September 1982.
Admiral Moorer said: *Christian Science Monitor,* June 22. 1982.
Even tomstone inscriptions: *USS Liberty Newsletter,* December 1982.
A few days: White House memorandum from James U. Cross to Harry McPherson, June 20. 1967.
Responding to the: White House memorandum from Harry McPherson to James U. Cross.
While Washington engaged: Engen, August 29. 1983.
Yitzhak Rabin, military: Yitzhak Rabin, *Rabin Memoirs.*
Lyndon Johnson's own: President Lyndon Johnson, *Vantage Point.*
Although his signature: These understated numbers reflect estimates which appeared in some newspapers before the full casualty count was known. See *New York Times,* June 9. 1967; *Washington Post,* June 9. 1967.
Moshe Dayan, identified: Moshe Dayan, *Story of My Life.*
The cover-up: *Washington Post,* July 18. 1982; Ennes, interview, August 10. 1983.
The *Atlanta Journal:* Quotations taken from the dust jacket of Ennes, *Assault on the Liberty.*
Journalist Seymour Hersh: Letter from Seymour Hersh to Robert Loomis of Random House, 1979.
A caller: Ennes, interview, April 30. 1983.
As the result: *Middle East Perspective,* June 1981.
Talk show host: Ennes, interview, April 30. 1983.
At the invitation: Ibid.
After National Public: Ennes, interview, April 30. 1983.
Ennes's book may: Bucher, interview, April 30. 1983.
Later in 1983: *Jewish Veterans* (magazine), April/May/June, 1983.
Another retired officer: Moorer, interview, August 24. 1983.

7. Kapitel: Unsere akademische Unabhängigkeit ist bedroht

Coordinator Konathan Kessler: Information on this and Subsequent pages about AIPAC's Political Leadership Development Program is largely from public remarks by Jonathan Kessler made at an AIPAC workshop in Washington. June 12. 1983, and literature distributed at the workshop: also see *AIPAC COLLEGE GUIDE: Excposing the Anti-Israel Campaign on Campus: Near East Reportr,* August 10. 1984.
Edward Said, a: Edward Said, interview, July 20. 1983.
The Harvard Jewish: George Bisharat, former Harvard law student who helped organize the event, interview, June 21. 1983.
When this failed: *Harvard Law Record,* May 7. 1982.
Several members of: *Harvard Law Record,* April 30. 1982.
According to the: *Harvard Law Record,* May 6. 1983.
Noam Chomsky, world: Noam Chomsky, letter to the author, July 10. 1983.
When the monthly: James Schamus, interview, January 25; letter to the author, January 29. 1984.
The campus Jewish: *Daily Californian* (University of California at Berkeley), April 15. 1982.
The following week: *Daily Californian,* April 14. 1982.
The next day: *Daily Californian,* April 15. 1982.
While he was: James Schamus, letter to the author, January 29. 1984.
In an interview: *San Francisco Examiner,* October 25. 1982.
He told the: *Daily Californian,* October 20.
D'Anna was shocked: John D'Anna, interview, July 8. 1983.
He said that: *Arizona Daily Wildcat* (University of Arizona, Tucson), March 2. 1983.
Nevertheless, the day: *Arizona Daily Star,* March 4. 1983.
When deadline: Copy of letter from United Zionist Institutions to „Business Concerns Advertising in the *Arizona Daily Wildcat* and All Ad Agencies in Tucson," dated March 15. 1983.
Beginning in the: Letter to the author Willem A. Bijlefeld, Director of Hartford Seminary's Duncan Black MacDonald Center for the Study of Islam and Christian-Muslim Relations.
Ahmad says that: Eqbal Ahmed, interview, September 24. 1983.
S.C. Whittaker: S.C. Whittaker, interview, January 30. 1984.
The Washington-based: *Bryn Mawr-Haverford College News,* November 4. 1977, citing (without date) the *New York Times.*
„It was as": Kendall Kandis, interview, June 17. 1983.
Haverford President Stephen: *Evening Bulletin,* (Philadelphia, Penn.), November 5. 1977.
The program would: *Bryn Mawr-Haverford College News,* November 4. 1977.
„This was to": Willis Armstrong, interview, June 22. 1983.
„There was never": Stephen Cary, interview, July 12. 1983.
Using material provided: *Phoenix* (Swarthmore College), November 2. 1977. p. I.
Asked later about: James Platt, interview, July 27. 1983.
The Jewish Community: *Jewish Exponent* (Philadelphia, Penn.), November 11. 1977.
Finally, the Washington: Copy of Ira Silverman's confidential AJC memorandum dated November 28. 1977, p. 3.
Harrison Wright, a: Harrison Wright, interview, July 25. 1983.
Peter Cohan, a: *Phoenix,* February 8. 1978.
In a letter: *Phoenix,* November 9. 1977.
„I think the": *Bryn Mawr-Haverford News,* November 11. 1977.
In an editorial: *Philadelphia Inquirer,* November 9. 1977.
In a letter: Copy of letter from Armstrong to Friend dated April 11. 1979.

Haverford's provost at: Thomas D'Andrea, interview, July 29. 1983.
The dean of: Peter F. Krogh, interview, September 27. 1983.
John Ruedy, director: John Ruedy, interview, June 21. 1983.
The protest included: *Georgetown Voice*, November 1. 1977.
But Georgetown's executive: *Washington Post*, May 4. 1977.
„We don't mix": Ibid.
In his letter: *Chronicle of Higher Education*, September 25. 1978.
Arab Studies Director: Ibid.
According to the: *Washington Star*, July 27. 1978.
Father Healy refused: *Chronicle of Higher Education*, September 25. 1978.
An article in: *Washington Post*, September 9. 1980.
Heals said Libya's: *Washington Post*, February 24. 1981.
John Ruedy added: John Ruedy, interview, June 21. 1983.
Moreover, the day: *Washington Post*, February 25. 1981.
Healy told the: *Washington Post*, February 14. 1981.
In an interview: *Washingtonian*, October 1981.
One expression of: Peter F. Krogh, interview, September 27. 1983.
Says Fr. Ellis: Fr. Kail Ellis, interview, January 11. 1984.
Established in 1965: CSIS in Brief," from inside cover of Center for Strategic and International Studies, Georgetown University, Publications 1983.
Scholarly participation: Ibid.
Former U.S. Ambassador: Letter of reference given Hameed by Akins, dated August 22. 1983.
Hameed was hired: Copy of letter of appointment, dated November 11. 1980.
That memo stated: Copy of CSIS memorandum, dated October 8. 1980.
Jordan sent back: Copy of telex from Jordan to Pat Denny, dated August 30. 1981.
Jean Newson, when: Jean Newson, interview, July 26. 1983.
But Trish Wilson: Trish Wilson, interview, August 2. 1983.
Research assistant: Paul Sutphin, interview, August 1. 1983.
Another of Hameed's: George Smally, interview, June 26. 1984.
In November: This account, from Hameed, was confirmed in substance by Amos Jordan in an interview April 5. 1984. Jordan specified that while Hameed's work was mentioned, it was „not central to the discussion" with Emerson.
In early December: Hameed's account. Jordan says he was interviewed „once" by Emerson and makes no mention of a draft.
Entitled „The Petrodollar": *New Republic*, February 17, 1982, p. 25.
Entitled „Georgetown Study": *Platt's Oilgram News*, February 18. 1982, p. 4.
The editor: Onnik Maraschian, interview, August 11. 1983.
The memo: Copy of CSIS memorandum „Re: Attached Platt's Oilgram Article," dated February 22. 1982.
In the secret version: *Draft of a Proposed Report: U.S. Assistance to the State of Israel*, prepared by the staff of the U.S. General Accounting Office (1983).
A week later: Amos Jordan states in a letter to the author dated April 12. 1984, that this incident occurred in October 1981, not in February 1982.
The new charge would: Jordan denies this, saying the new charge replaced the old. He also denies that the charge was made retroactive and says it was applied „to all project directors at the Center."
Wendt told Hameed: Hameed acknowledged a temporary deficit of about $ 12.000, which he had expected to cover through CSIS sales of his report.
Then, on March 5: The date and other details of the burglary are confirmed in the report of the Metropolitan Police Department, Washington, D.C., complaint number 109-933.
Several corporations: Hameed's account.

8. Kapitel: Musterbeispiel einer operativen Verleumdungskampagne

In November 1980: Sheila Scoville, interview, July 1983.
They told Dever: „Part II: History and Chronology," *Report on the Outreach Function of the Near East Center, Oriental Studies Department, University of Arizona*, prepared by the Tucson Jewish Community Council, Community Realations Committee.
The report questioned: Ibid.
It included reviews: *Report on the Outreach Function of the Near East Center*.
In May, 1982: Memorandum from Robert M. Gimello to Dr. Paul Rosenblatt, Acting Provost and Dean, May 13. 1982.
The four volunteers: *Arizona Post* (Tucson, Ariz.), May 21. 1982.
He dispatched a: Memorandum from Ludwig W. Adamec to Faculty, University of Arizona, re: „Censorship of Outreach Materials," August 9. 1982.
In a statement: Letter from Ludwig Adamec to Editor, *Arizona Daily Wildcat*. September 9. 1982.
After acknowledging the: Memorandum from Robert M. Gimello to Herman K. Bleibtreu, Dean of the Faculty of Social and Behavioral Sciences, September 24. 1982.
With this information: Letter from William G. Dever to Carol Karsch, October 29. 1982.
Instead, Carol Karsch: *Reply to the Department of Oriental Studies „Final Response"*, November 9. 1982.

In a letter: Letter from Dennis DeConcini to Kenneth D. Whitehead, Director, International Education Program, U.S. Department of Education, April 6. 1983.
Responding to the two: Letter from Edward M. Elmendorf, Assistant Secretary for Postsecondary Education, to Rep. James F. McNulty, March 29. 1983, and letter from Kenneth D. Whitehead (see previous reference) to. Sen. Dennis DeConcici, April 15. 1983.
When Adamec learned: Letter from Ludwig Adamec to Henry Koffler, March 7. 1983.
When, despite these: Letter from Sen. Dennis DeConcini and Rep. James F. McNulty to Secretary T.H. Bell, May 13. 1983.
Secretary Bell responded: Letter from Secretary Bell to Sen. DeConcini of which duplicate was sent to Rep. McNulty, June 22. 1983.
In a letter to university: Letter from Ludwig Adamec to Henry Koffler, January 17. 1983.
The memorandum notified: Memorandum from Jack H. Murrieta to Mary Lou Tompkins, Teacher, Tucson Unified School District, May 4. 1983.
In a letter: Letter from Robert Gimello to Jack Murrieta, May 12. 1983.
The ACLU agreed: Letter from Helen Mautner, Associate Director, Arizona Civil Liberties Union, to Tom Castillo, President, TUSD School Board, May 19. 1983.
In a letter: Ibid.
The list of: Letter from Boris Kozolchyk to Henry Koffler, June 6. 1983, and letters from Saul Tobin, President, TJCC, to Henry Koffler, July 1 and July 5. 1983.
The newspapers quoted: *Tucson Citizen*, July 15. 1983.
Carol Karsch informed: Transcript of KUAT TV's public affairs program „Arizona Illustrated," July 15. 1983.
„But I couldn't": Sheila Scoville, interview, July 15. 1983.
He said that: Letter from Robert Gimello to Henry Koffler, July 15. 1983.
One teacher said: *Tucson Citizen*, July 15. 1983.
She said she: *Arizona Daily Star*, July 16. 1983.
A librarian who: *Tucson Citizen*, July 15. 1983.
In a statement: *Arizona Daily Star*, July 16. 1983.
In a joint: Transcript of KUAT TV's „Arizona Illustrated," July 19. 1983.
According to Scoville: Sheila Scoville, interview, September 5. 1983.
Gimello wrote to Ares: Letter from Robert Gimello to Charles Ares, September 7. 1983.
After learning that: Letter from Michael Bonine to Henry Koffler, September 20. 1983.
He wrote to: Letter from Ludwig Adamec to Charles Ares, September 7. 1983.
It seems not: Letter from Ludwig Adamec to Charles Ares, September 12. 1983.
TUSD Compliance Officer: *Arizona Daily Star*, July 15. 1983.
Its 11-page: *Investigation Findings--Near Eastern Center Outreach Program--University of Arizona, „Survey History of the Middle East,"* by Sylvia Campoy, Special Assistant for Compliance, Tucson Unified School District, September 13. 1983.
The *Arizona Daily Star*: *Arizona Daily Star*, September 16. 1983.
Adamec again wrote: Letter from Ludwig Adamec to the editor of the *Arizona Daily Star*, September 16. 1983.
The *Tucson Citizen*: *Tucson Citizen*, September 20. 1983.
The scholars: *Report to the President of the University of Arizona*, August 1. 1983.
Ares's report, to the: *Report to President Koffler on Outreach Program of Near Eastern Center*, by Charles E. Ares, Professor of Law.
Carol Karsch also: *Arizona Post*, October 7. 1983.
At a TUSD: *Tucson Citizen*, October 19. 1983.
At a faculty: Minutes of the Meeting of the Feculty Senate of the University of Arizona, October 3. 1983.
In a letter: Letter from Ludwig Adamec to members of the University of Arizona Faculty Senate, October 27. 1983.
In a memo: Memorandum from Myles Brand, Acting Dean, to Vice President Hasselmo, October 10. 1983.
Written by Gary: *Middle East Centers at Selected American Universities:* A Report Presented to the American Jewish Committee by the Academy for Educational Development, Dr. Gary Schiff, Project Director, 1981.
For its part: American Jewish Committee press release, September 16. 1981.
During the summer: Charlotte Albright, interview, June 21. 1983.
After attending a: Sheila Scoville, interview, May 16. 1984.
This professor: Richard Frye, interview, September 5. 1983.
Another Jewish professor: Jerrold Levy, interview, November 17. 1984.

9. Kapitel: Kirche und Staat

At „town meetings": Lee Hamilton, interview, August 2. 1983.
Many U.S. Christians: See Thomas Wiley, *American Christianity, The Jewish State and the Arab-Israeli Conflict* (Occasional Papers Series, CCAS, Georgetown University, 1983).
His views are: Speech reprinted in *Near East Report*, June 5. 1981.
Jepsen cited his: See *New York Times*, October 28. 1981.
Acclaimed in a: *Economist* (London), 3-9 March, 1984.
He has since: Mike Evans, letter to Mike Evans Ministries supporters, January 23. 1984.
„Did you ever": George Otis, letter to High Adventure Holyland Ministry supporters, undated.

As Dr. Franklin: *Near East Report*, November 20. 1981.
The prophecy argument: See Wiley, op. cit.: Dr. Dewey Beegle, *Prophecy and Prediction; The Link*, vol. 16. no. 4. November 1983.
First, the prophesied: See also Professor Alfred Guillaume in *Palestine and the Bible*, M. T. Mehdi, editor.
Second, the covenant: See also Bishop Jonathan G. Sherman, in ibid.
Dr. Beegle views: Dr. Dewey Beegle, interview, January 12. 1984.
President Reagan, in: White House press release, October 18. 1983.
Jews instinctively mistrusted: Roberta Feuerlicht, *The Fate of the Jews*.
Dan Rossing, director: *New York Times*, January 15. 1984.
The „embassy" was: *Near East Report*, December 16. 1983.
In Israel, Orthodox: *New York Times*, January 15. 1984.
The dilemma faced: The Friends of Israel Gospel Ministry, Inc., centered in Collingwood, New Jersey, is one of a number of American evangelistic organizations which take Jewish conversion as a primary goal. Its 1983 Mission Update report referred to more than 2.000 meetings on „Jewish evangelism, missions, prophecy and deeper life" conducted during the year, in addition to the distribution of nearly a million copies of its various publications.
While spokesmen within: *New York Times*, December 1. 1981.
Opposition to the: *New York Jewish Weekly*, Oct. 19. 1980.
In Israel the: *New York Times*, December 1. 1981.
He pointedly observed: *Atlanta Constitution Journal*, February 20. 1981.
Though traditional efforts: *New York Times*, January 15. 1984.
The mainline churches: See Ernest Volkman, *A Legacy of Hate*.
Several of the: The Middle East policy statements of eight of the leading U.S. Christian churches were collected in *Where We Stand*, a pamphlet published in 1977 by the Middle East Peace Project (Allan Solomonow, ed.)
Despite more than: Wiley, op. cit.
Christian churches have: Volkman, op. cit.; also see Alfred M. Lilienthal, *The Zionist Connection*.
Journalist Ernest Volkman: Volkman, op. cit.
Since it is: Peggy Briggs, interview, October 7. 1983.
In discussing the: Helen Feely, interview, October 6. 1983.
Greg Degiere, head: Greg Degiere, interview, January 16. 1984.
As Joseph Gerson: *Nuclear Times*, February 1984, cited in *Palestine/Israel Bulletin*, March 1984.
Offered a goverment: *Life*, April 2. 1965.
He explained his: *Washington Post*, June 17. 1977.
On Palm Sunday: The 1972 Palm Sunday sermon and a number of statements reacting to it were collected in *The Jerusalem Debate*, a pamphlet published in 1972 by the Middle East Affairs Council (A.R. Taylor and J.P. Richaradson, eds.).
He was not: Ibid.
Their position received: Ibid.
An angry editorial: *Washington Post*, April 4. 1972.
Writer Ernest Volkman: op. cit.
David A. Clarke: *Washington Post*, April 8. 1972.
Describing the 1967: Dean Francis B. Sayre, interview, July 23. 1983; also see *Washington Star*, April 6. 1972.
Two leaders of: Taylor and Richardson, eds., op. cit.
First they questioned: *Washington Post*, April 4. 1972.
Citing United Nations: *Christianity Today*, April 28. 1972.
Support for Sayre: Rev. Joseph L. Ryan, press conference, April 6. 1972 (see *The Jerusalem Debate*).
„Of course I": Dean Francis B. Sayre, interview, May 25. 1983.
Three days after: Sayre, interview, May 25. 1983.
They heard Dean: Washington *Evening Star and Daily News*, September 11. 1972.
„I perceive that": Ibid.
He was at: The Rev. Don Wagner, interview, November 12. 1983.
He had been fully: Ibid.; Wagner, interview, February 3. 1984.
He had been invited: Ayoub Talhami, interview, February 6. 1984.
Still, she was: Sr. Miriam Ward, interview, February 6. 1984; Wagner, interview, February 3. 1984.
The article claimed: *Jewish Week-American Examiner*, June 21. 1981.
„I was physically": Ward, Ibid.
In January 1982: *Jewish Week-American Examiner*, January 14. 1982.
„It's the original": Ward, interview, February 6. 1984.

10. Kapitel: Nicht alle Juden fügen sich

As Rabbi Balfour Brickner: *Village Voice*, September 7. 1982.
A 1983 survey: See Stephen M. Cohen, *Attitudes of American Jews Toward Israel and Israelis: The 1983 National Survey of American Jews and Jewish Communal Leaders* (Institute on American Jewish-Israeli Relations, The American Jewish Committee).
The counterattack was: See Roberta Feuerlicht, *The Fate of the Jews*.
Jewish leaders were warned: *Progressive*, August 1979.

Carolyn Toll, a: Ibid.
An unsigned „fact sheet": Ibid.
The *Seattle Jewish Transcript:* Ibid.
Irving Howe, speaking: Irving Howe, *New Perspectives: The Diaspora and Israel.*
At the same: See Roberta Feuerlicht, *The Fate of the Jews.*
In December 1980: Ibid.
The council members: *Washington Post,* June 4. 1983.
Irwin Stein, president: Ibid.
To Carolyn Toll: *Progressive,* August 1979. Ibid.
Moe Rodenstein, representing: Ibid.
A successful Jewish: See *Washington Report on Middle East Affairs,* April 2. 1984.
The *Los Angeles Times:* Roberta Feuerlicht, interview, October 19. 1983.
A few minutes: Gail Pressberg, interview, November 4. 1983.
In a later: *Washington Post,* July 6. 1982.
Public television broadcast: John Wallach, interview, April 15. 1983.
For a time: Ibid.
„I thought it": *Washington Post,* December 14. 1982.
„It makes one": John Wallach, interview, April 15. 1983.
During the Israeli: *Village Voice,* June 29. 1982.
A member of: Charles Fishbein, interview, October 11. 1983.
He lamented the: See *The Autobiography of Nahum Goldmann,* trans. by Helen Sebba.
When the fledgling: See *The Jewish Paradox* by Nahum Goldmann.
In a strikingly: *Jewish Week,* (Washington, DC) September 2-8. 1982.
On returning, Klutznick: *Chicago Tribune,* December 3. 1981; see also *The Path to Peace: Arab-Israeli Peace and the United States,* published in 1981 by the Seven Springs Center.
When I opposed: Chicago *Sun-Times,* December 8. 1981; Klutznick, interview, September 19. 1983.
Robert Schrayer, chairman: Chicago *Sun-Times,* December 3. 1981.
The *Near East Report: Near East Report,* November 20. 1981.
Four hours later: Klutznick, interview, September 19. 1983.
The real issue: *Christian Science Monitor,* July 14. 1982.
Klutznick took the: Klutznick, interview, September 1983.
A few Jews: *Chicago Sun-Times,* October 20. 1982.
„We cannot be": *Jewish Post and Opinion* (USA), February 23. 1983.
One of them: Interview with confidential source.
Charles Fishbein, for: Fishbein, interview, October 11. 1983.
„Jews never had": I.F. Stone, interview, April 24. 1983.
A recent lecture: See *Washington Post,* March 21. 1983.
According to: *The Progressive,* August 1979.
Proud to be: I.F. Stone, interview, April 24. 1983.
Stone sees a: *New York Review of Books,* March 1978.
But in the United": *New York Review of Books,* March 1978.
Those who speak: *Lincoln Review,* Autumn 1979.
His gratest accomplishment: Alfred M. Lilienthal, interview, May 24. 1983.

11. Kapitel: Der Druck weitet sich aus

Pro-Israeli PACs: *Wall Street Journal,* August 3. 1983; *Mideast Observer,* November 1. 1983.
On October 14: *Philadelphia Inquirer,* October 16. 1983.
After a short: *Philadelphia Inquirer,* October 19. 1983.
Yet as one: *Jewish Exponent* (Philadelphia, Penna.), November 11. 1983.
Anisa Mehdi, a: Anisa Mehdi, interview, September 4. 1983.
Arab ancestry can: Elaine Hagopian, interview, September 21. 1983.
Another person of: Mahmoud A. Naji, interview, April 16. 1984; see *Chicago Tribune,* July 13. 1975.
Naji, a native: Official correspondence between INS Regional Commissioner and counsel for Mahmoud A Naji, February 13. 1981.
Arab Americans in: *ADC Bi-Weekly Reports,* April 1-15. 1984.
This harsh accusation: *Monthly Detroit,* February 1984.
Mediterranean House restaurant: Abdel Hamid El-Barbarawi, interview, September 7. 1983.
At the peak: See, for example, *Bilalian News,* October 7. 1977.
The next month: *Chicago Jewish Post an Opinion,* July 2. 1976.
In a *Chicago Sun-Times: Chicago Sun-Times,* November 11. 1977.
Dick Kay, a: Dick Kay, interview, September 15. 1983.
An offical of: Eric Hooglund, interview, August 19. 1983.
In mid-1983: Stephen Green, interview, March 5. 1983.
Redgrave's apprehension was: Vanessa Redgrave, interview, September 4. 1983.
In 1978, the: *Los Angeles Times,* April 5. 1978.
Another controversy arose: *Midstream,* January 1980.
Fenelon herself declared: *New York Times,* September 25. 1980.
Yellen responded to: Ibid.
One asserted that: *Los Angeles Times,* September 28. 1980.

The Simon Wiesenthal: *Los Angeles Times*, September 28. 1980.
As the *Los Angeles Times:* Ibid.
The difficulty in: *Village Voice*, June 8. 1982.
Edmund Ghareeb, a: *Split Vision*.
Journalist Lawrence Mosher, a: Ibid.
Even *Time* magazine: *Twin Cities Reader* (Minneapolis, Minn.), July 1. 1982.
Such stereotyping of: Harold R. Piety, *Split Vision*.
Columnist Rowland Evans: *National Journal*, January 8. 1972.
Even former Defense: *Armed Forces Journal International*, October 1977.
For this straightforward: *Washington Post*, October 27. 1977.
Journalist Harold R.: *Journal Herald* (Dayton, Ohio), November 13. 1975.
In late 1978: *Middle East International*, December 1978.
A column asserting: *Journal Herald* (Dayton, Ohio), November 13. 1975.
Editor Dennis Shere: Harold R. Piety, letter to the author, July 27. 1983.
Among his findings: *Twin Cities Reader* (Minneapolis, Minn.), June 17. 1982.
Soon after the: Richard Broderick, interview, July 14. 1983.
Later in the: *Twin Cities Reader* (Minneapolis, Minn.), August 19. 1982.
Concern over appearances: Georgia Ann Geyer, interview, May 16. 1983.
She is frequently: Georgia Ann Geyer, *Buying the Night Flight;* see also *The Quill*, February 1983.
Geyer, whose worldwide: Geyer, interview, May 16. 1983.
Editor Howard Kleinberg: *Miami News*, April 4. 1983.
In two installments: *New York Times*, December 22. 1983; January 16. 1984; also see *Foreign Affairs*, July 1978.
The *Times* published: *Boston Globe Magazine*, April 29. 1984.
Jack Sunderland: Jack Sunderland, interview, June 3. 1983.
On a Saturday: *Twin Cities Reader* (Minneapolis, Minn.), July 1. 1982.
James Batal, a: Wafiya El-Hossaini, interview, April 17. 1983.
Grace Halsell, a: *Middle East International*, 27. January, 1984.
John Law, a: *Washington Report on Middle East Affairs*, May 17. 1982.
One reader hailed: *Village Voice*, February 7. 1984.
In August 1982: *Village Voice*, January 24. 1984.
Editor David Schneiderman: Ibid.
Lawrence Mosher: *Split Vision*.
Shortly after the: Lawrence Mosher, interview, November 16. 1983.
Society President Gilbert: Gilbert M. Grosvenor, interview, March 31. 1983.
The criticisms culminated: *New York Times*, June 21. 1974.
Grosvenor views the: Grosvenor, interview, March 31. 1983.
Personally signed by: *National Geographic*, November 1974.
CBS was swamped: Russell W. Howe and Sarah H. Trott, *The Power Peddlars: How Lobbyists Mold America's Foreign Policy*.
Wallace observed: *Christian Science Monitor*, March 19. 1976.
On its „First": „First Line Report," March 7. 1973.
Knowing that he: Robert Pierpoint, interview, March 8. 1983.
He later remarked: Robert Pierpoint, unpublished manuscript.
Affordable or not: Robert Pierpoint, interview, March 8. 1983.
Indeed, Pierpoint admits: Ibid.
During 1981 Patsy: Patsy Collins, interview, April 30. 1983.
Her comments paralleled: *Village Voice*, October 7. 1982.
Despite the instances: *Washington Report on Middle East Affairs*, May 28. 1984.
Goldman's campaign against: Goldman was featured as a panelist at the first national CAMERA Conference, held November 20. 1983 in Washington, DC.
Lawrence K. Grossman: NBC News Press Release, May 3. 1984; also see *Columbia Journalism Review*, November/December 1982.
Early in 1984: *Washington Report on Middle East Affairs*, May 28. 1984.
Such attempts to: *Minneapolis Star and Tribune*, April 3. 1983.
The idea arose: *Washington Journalism Review*, March 1983.
Columnist Nick Themmesch: Nick Thimmesch, interview, April 11. 1983.
Post ombudsman Robert: *Washington Post*, October 6. 1982.
Boston Globe Editor Thomas: *Washington Journalism Review*, March 1983.
When Moshe Arens: *Washington Post*, November 10. 1982.
Greenfield, who ranks: *Washington Post*, November 12. 1982.
The *Boston Globe: Washington Post*, November 10. 1982.
He described the: *Jewish Week* (Washington, DC), November 4-10.
Like Greenfield, Winship: *Washington Post*, November 10. 1982.
Globe staff writer: *Boston Globe Magazine*, April 29. 1984.
Typical of the: *Sunday Call-Chronicle* (Allentown, Penn.), January 16. 1983.
In Maryland the: *Evening Sun* (Baltimore,Md.), November 4. 1983; *Washington Post*, November 7. 1983; also see *Washington Times*, November 2. 1983; *Jewish Exponent* (Baltimore, Md.), January 21. 1983.
Later, in California: *Times* (San Mateo, Calif.), November 1. 1982; November 9. 1982.
Ron Cathell: *Sunday Call-Chronicle* (Allentown, Penn.), January 16. 1983.

12. Kapitel: Kann man den Schaden wieder gutmachen?

Ben Meed: *Washington Post,* May 2. 1983.
The lobby: *Boston Globe Magazine,* April 29. 1984.
Their activities: See chapter five (Penetrating the Defenses at Defense--and State).
Polls show: See Stephen M. Cohen, *Attitudes of American Jews Toward Israel and Israelis: The 1983 National Survey of American Jews and Jewish Communal Leaders* (Institute on American Jewish-Israeli Relations, The American Jewish Committee).
Its origin: See Seth P. Tillman, *The United States in the Middle East: Interests and Obstacles,* chapter four (Israel: the Politics of Fear). Also see *New York Times Magazine,* April 18. 1982.
A resident: *Washington Post,* May 2. 1983.
During his earliest: This incident and the one following are drawn from interviews with confidential sources.
Jewish ties: See *New York Times Magazine,* November 7. 1982; also see Cohen, op. cit.
The press: *Middle East International,* 23. December, 1983; *Miami Herald,* July 23. 1983; Amos Oz, *In the Land of Israel.*
This siege outlook: See chapter nine (Not All Jews Toe the Line).
Most observers: Donald Neff, interview, April 28. 1984.
In the 1973: See Neff, *Warriors For Jerusalem: The Six Days That Changed the Middle East.*
Also see *Washington Post,* November 19. 1974.
Faced with: Admiral Thomas Moorer, interview, August 24. 1983.
For many concerned: See Richard Cohen, „When Jews Lose Their Tolerance for Dissent," *Washington Post,* September 26. 1982.
Surely one can: See Nat Hentoff, „The Continuing Silence of Most American Jews," *Village Voice,* June 7. 1983.
For example: *National Review,* May 13. 1978.
Jerome Bankst: *Boston Globe Magazine,* April 29. 1984.
The late Evan Wilson: Richard H. Curtiss, *A Changing Image: American Perceptions of the Arab-Israeli Dispute,* sited in *The Link,* January-March, 1984.
Professor Seth Tillman: Tillman, op cit.
There is the unfounded: See Stephen D. Isaacs, *Jews and American Politics;* also see *American Jewish Yearbook, 1980.*
This unawareness: See *Draft of a Proposed Report: U.S. Assistance to the State of Israel,* U.S. General Accounting Office (1983); also see Robert G. Kaiser, „The U.S. Risks Suffocating Israel with Kindness," *Washington Post,* May 27. 1984.
Most citizens: Hyman H. Bookbinder, Washington representative for the American Jewish Committee has declared: „The gratest single thing going for American support for Israel is the fact that our American leaders--the President, Cabinet officials, Senators, Congressmen, national security advisers--have for 30 years consistently *said* that it is in America's interest. I do not contend that the great majority of Amerisans have themselves studied the issues...[or] come to their own conclusion. They have accepted a national verdict." *(National Review,* May 13. 1978).
In the spring: *Mideast Observer,* May 15. 1984.
Democratic Congressman Mervyn: Merwyn M. Dymally, interview, March 8. 1984.
American Jews: See *Jerusalem Post,* October 28. 1981.
The activities: Ibid.
Philip M. Klutznick: Klutznick, interview, September 19. 1983.
In 1982: Michael Nieditch, interview, September 24. 1983.
Nowhere is free: See Roberta Feuerlicht, *The Fate of the Jews,* also see Cohen, op. cit.; Hentoff, op. cit.
American Jews flocked: See Mike Ryko, „Terror Is Telling," *Chicago Sun-Times,* October 3. 1982.
These U.S. leaders: See chapter one (King of the Hill).
Unfortunately: Interview with confidential source.
After the Israelis: Larry Neumeister, „Moral Majority Leader Says Begin Called Him Shortly After Reactor Raid," Associated Press Wire Service, July 6. 1981.
Similarly, evangelist Mike: Mike Evans, *Israel, America's Key to Survival.*
The application: the Rev. Jesse Jackson, interview, August 3. 1979.
Zbigniew Brzezinski: Zbigniew Brzezinski, interview, October 31. 1983.
As Nahum Goldmann: *Foreign Affairs,* Fall, 1978.
Israel has refused: See *New York Times,* March 16. 1976 ck.
During the 1973: Admiral Thomas M. Moorer, interview, August 24. 1983.
Former Secretary: Dean Rusk, letter to the author, May 25. 1984.
As Washington columnist: *Washington Post,* September 26. 1982.
We could hardly: Amos Oz, *In the Land of Israel.*
Abraham Lincoln warned: See Paul Findley, *Lincoln: The Crucible of Congress.*

Namensregister

